

BETEILIGUNGSBERICHT 2009

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Die Oberbürgermeisterin
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand der Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2009	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	22
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	24
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBS-WIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2009 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	34
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009	34
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008	37
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2007	41

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	45
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	51
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	56
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	57
	Stadtwerke Halle GmbH	58
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	69
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	70
	A/V/E GmbH	79
	Cives Dienste GmbH	85
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	89
	EVH GmbH	100
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	112
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	117
	GISA GmbH	125
	Hafen Halle GmbH	133
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	139
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	152
	ICS adminservice GmbH	158
	IT-Consult Halle GmbH	164
	M-Exchange AG	170
	Public Services GmbH	174
	Public Services Management GmbH & Co. KG	178
	RAB Halle GmbH	182
	RPL Recyclingpark Lochau GmbH	188
	SASKIA Informations-Systeme GmbH	192

VER- UND ENTSORGUNG

TELONON Abwasserbehandlung GmbH	198
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	203
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	209

3.3 VERKEHR 215

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	216
Hallesche Verkehrs-AG	221
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	232
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	244
Saalebus GmbH	250
Servicegesellschaft Saale mbH	253

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT 259

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	260
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	266
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	282
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	298
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	314

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG 317

Bio-Zentrum Halle GmbH	318
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	329
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	336
Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH	341
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	352
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	367

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	380
	ARGE SGB II Halle GmbH	381
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	388
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	397
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	404
	EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	411
	FTZ Freizeit und Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	416
	Maya mare GmbH & Co. KG	421
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	428
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	432
	Serva GmbH	440
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle	443
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	448
3.7	KULTUR	452
	Stiftung Händel-Haus	453
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	459
	Zoologischer Garten Halle GmbH	467
3.8	BETEILIGUNGSMANAGEMENT	473
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	474

1.0 EINLEITUNG

Vorwort der Oberbürgermeisterin

Die städtischen Beteiligungen sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Stadt Halle (Saale) und die gesamte Region. Zur Stabilität des städtischen Haushalts leisten Beteiligungen einen wichtigen Beitrag.

Die Vielfältigkeit des Beteiligungsportfolios ist Beleg für den Anspruch der Stadt Halle (Saale) als ein Zentrum der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Mitteldeutschland.

Das Geschäftsjahr 2009 war für viele der städtischen Beteiligungen anspruchsvoll und wurde durch schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen geprägt. Im Stadtwerke-Konzern standen weitreichende Strukturveränderungen und Optimierungsprozesse im Mittelpunkt. Weiterhin stellt die Zusammenführung der Kultureinrichtungen unter dem Dach der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle einen wichtigen Schritt für die Zukunftsfähigkeit eines guten städtischen Kulturangebotes dar.



Eine verbesserte Steuerung der Unternehmen und Geschäftsprozesse, die Nutzung von Synergieeffekten sowie Effizienzsteigerungen sind nur einige Ziele, die mit diesen Maßnahmen verfolgt werden. Sie dienen dazu, dass auch in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt von den Leistungen der städtischen Beteiligungen auf unverändert hohem Niveau profitieren.

Die erbrachten Leistungen und Erfolge des Geschäftsjahres 2009 sind dem Engagement der Geschäftsleitungen sowie den qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungen zu verdanken.

Für die hervorragende Unterstützung der städtischen Entscheidungsträger in Beteiligungsangelegenheiten gilt mein besonderer Dank der BMA BeteiligungsManagementAnstalt der Stadt Halle (Saale).

Halle (Saale), im Oktober 2010

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand der Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterung betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Die Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2009, zuletzt geändert am 08. Juli 2010, verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 118 Abs. 2 GO-LSA hat eine Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2009 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 3 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 47 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger einer Anstalt öffentlichen Rechts.

Diese 56 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 7.000 Mitarbeitern und 250 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2009 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Unternehmen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Unternehmen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2008 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Beteiligungen
- d) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen sind enthalten.

Der Leitfaden Nr. 3 „Inhalt eines Beteiligungsberichtes“, herausgegeben im Januar 2005 vom Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, wurde der Konzeption dieses Reports zugrunde gelegt.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2009



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %

1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00

2. VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	26	100,0
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	70,00
EVH GmbH	10.250	70,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
GISA GmbH	4.100	25,10
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	256	50,00
ICS adminservice GmbH	26	25,10
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
M-Exchange AG	100	7,00
Public Services GmbH	25	100,00
Public Services Management GmbH & Co. KG	100	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	51	75,10
SASKIA Informations-Systeme GmbH	256	22,59
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	23,96
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	30	33,00
Saalebuss GmbH	25	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

ARGE SGB II Halle GmbH	25	50,40
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	72,50
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	287	100,00
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.629	100,00
Serva GmbH	26	100,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle	12.372	100,00
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	100,00

7. KULTUR

Stiftung Händel-Haus	6.411	100,00
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00

8. BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2008 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH (alt) ist mit Eintragung in das Handelsregister vom 21.09.2009 und Wirkung zum 01.01.2009 auf die Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH verschmolzen worden. Die Gesellschaft ist in Stadtwerke Halle GmbH (neu) umfirmiert worden.

Mit Wirkung zum 01.01.2009 ist die Stadtwirtschaft GmbH Halle auf die Hallesche Wasser und Abwasser GmbH verschmolzen und die Gesellschaft in Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH umfirmiert worden. Die Eintragung im Handelsregister ist am 21.09.2009 erfolgt.

Im Weiteren hat sich das Beteiligungsportfolio wie folgt verändert:

Die Überführung des städtischen Regiebetriebes Verbund Oper/Staatskapelle, des Eigenbetrieb Kulturinsel und des Eigenbetrieb Thalia Theater Halle / Kinder- und Jugendtheater in die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Saale) erfolgte zum 01.01.2009.

Die Liquidation der Rentengutsgesellschaft Merseburg eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht ist beendet worden. Mit Datum vom 13.02.2009 ist die Löschung im Genossenschaftsregister erfolgt.

Der Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale) wurde mit Vereinnahmung des Kaufpreises durch die Stadt Halle (Saale) am 12.03.2009 faktisch übertragen. Mit Eintragung vom 19.10.2009 im Handelsregister ist der Eigenbetrieb der Stadt Halle (Saale) aufgelöst und erloschen.

Im März 2009 hat die Stadtwerke Halle GmbH von der envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM) einen Anteil von 40 % an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH erworben.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat ihre Anteile an die EnD-I AG in Höhe von 27,91 % verkauft. Der Aktienkauf- und Abtretungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der E & D Energie- und Dienstleistungs GmbH & Co. KG ist am 31.03./02.04.2009 geschlossen worden.

Der Aktienkaufvertrag über den Anteil der Stadtwerke Halle GmbH an der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH in Höhe von 14,17 % ist am 22.04.2009 mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH unterzeichnet worden.

Die Geschäftsanteile der Stadtwerke Halle GmbH an der Trianel GmbH reduzierten sich im Geschäftsjahr 2009 auf 1,77 %. Die Verringerung des Anteils resultiert aus eigenem Anteilserwerb durch die Trianel GmbH mit Wirkung zum 16.07.2009 und im Weiteren aus dem Beitritt neuer Gesellschafter durch Kapitalerhöhungen.

Der Gesellschafteranteil der Stadt Halle (Saale) an der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH verringerte sich aufgrund des Anteilsverkaufs von 5 % an die Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg mit notarieller Beurkundung vom 27.08.2009 auf 55 %.

Mit Notarvertrag vom 28.09.2009 und wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2009 hat die Stadtwerke Halle GmbH einen 50 % Anteil an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH an die VNG Verbundnetz Gas AG veräußert.

Der 100 % Geschäftsanteil der Stadt Halle (Saale) an der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau ist mit notarieller Beurkundung vom 16.12.2009 und wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2009 an die Stadtwerke Halle GmbH verkauft und abgetreten worden. Der rechtliche Anteilsübergang fand am 22.12.2009 statt.

Die IT-Consult Halle GmbH hat mit der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt" mit dem Zweck des Betriebs eines elektronischen Personenstandsregisters für die Kommunen in Sachsen-Anhalt gebildet. Der Beteiligungsanteil der IT-Consult Halle GmbH beträgt 50 %. Die ARGE nahm ihre Geschäftstätigkeit nach dem 01.01.2010 auf. Eine Berichterstattung erfolgt im Beteiligungsbericht 2009 deshalb nicht.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) nach den Veränderungen im Beteiligung-Portfolio nunmehr an drei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Für eine Anstalt öffentlichen Rechts, die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, wovon ein privatrechtliches Unternehmen eine Holdingfunktion erfüllt.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapitalgesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten der Ver- und Entsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 9 GO-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 11 GO-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat nach der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) die Aufgabe, das Beteiligungsmanagement durch eine fachlich geeignete Stelle zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2009 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2009 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Ertrags- zuschüsse	Verlust- ausgleich	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Stand Darlehen (31.12.09)	Stand Bürg- schaften (31.12.09)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Angaben in TEUR	
											Rück- zahlung von Darlehen
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		6.937						7.016			
Stadtwerke Halle GmbH		6.937 ¹⁾						7.016			
2. VER- UND ENTSORGUNG											
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau								3.885	2.130		
A/V/E GmbH											
Cives Dienste GmbH											
Energieversorgung Halle Netz GmbH								(1.015 ²⁾)			
EVH GmbH								(8.705 ²⁾)		8.947*	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH											

* gemäß Pachtvertrag über die Energieversorgungsnetze in Halle (Saale) zwischen EVH und EHN werden die zu zahlenden Konzessionsabgaben an die EHN weiterberechnet

¹⁾ Zuschüsse zur Weiterleitung an die HAVAG

²⁾ quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>

VER- UND ENTSORGUNG

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH										
GISA GmbH										
Hafen Halle GmbH						3.538				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH						22.067	(8.092 ²⁾)			
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH							(327 ²⁾)			
ICS adminservice GmbH							7 ²⁾			
IT-Consult GmbH							(1.503 ²⁾)			
M-Exchange AG										
Public Services GmbH							1 ²⁾			
Public Services Management GmbH & Co. KG										
RAB Halle GmbH										
RPL Recyclingpark Lochau GmbH										

²⁾ quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>

VER- UND ENTSORGUNG

SASKIA GmbH	Informations-Systeme										
TELONON GmbH	Abwasserbehandlung							(15 ²⁾)			
WER-Wertstoffeffassung Recycling Halle GmbH	und							44 ²⁾			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH								(336 ²⁾)			

²⁾ quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

		<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
3.	VERKEHR	4.145				39	15.311	4			13
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					39	33				13
	Hallesche Verkehrs-AG	3.112 ³⁾					15.278				
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.033									
	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis mbH										
	Saalebus GmbH							4 ²⁾			
	Servicegesellschaft Saale (mbH)										

²⁾ quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

³⁾ Zuschuss Rosengarten

		<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
4.	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	696				456		562	24.300		147
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(6 ²⁾)			
	Eigenbetrieb Zentrales Gebäude Management	696**									
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							187	9.300***		
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH					456		375	15.000****		147
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

²⁾ quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

** Aufwandszuschuss

*** Ausschüttung erfolgte durch Auflösung der Gewinnrücklage i. H. v. 1.029 TEUR und aus dem Jahresüberschuss 2008 anteilig i. H. v. 8.271 TEUR

**** Ausschüttung erfolgte anteilig aus dem Bilanzgewinn 2008

		<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.321		2.208		2.400		138	26		76
	Bio-Zentrum Halle GmbH							54 ²⁾			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG			2.208 ⁴⁾							
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH										
	Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	140 ⁵⁾				2.000					
	Stadtmarketing Halle GmbH	1.111						3 ²⁾			
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	70 ⁶⁾				400		81 ²⁾	26		76

²⁾ quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) für Eigenmittelanteil. Der Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse inklusive weitergeleiteter Fördermittel beläuft sich auf 25,5 Mio. EUR.

⁵⁾ davon 30 TEUR für 2008

⁶⁾ davon 35 TEUR für 2008

		<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	25.516				1.433	11.865	50			92
	ARGE SGB II Halle GmbH										
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	2.243									
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	23.273 ⁷⁾						50			
	EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH										
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH										
	Maya mare GmbH & Co. KG										
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					1.433	7.824				92
	Serva GmbH										

⁷⁾ davon 1.469 TEUR für Vorjahre

<i>Ertrags- zuschüsse</i>	<i>Verlust- ausgleich</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.09)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.09)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Stiftung Hospital St. Cyriaci et
Antonii

4.041

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

7. KULTUR

40.993

256

11.394

Stiftung Händel-Haus

2.153

Theater, Oper und Orchester
GmbH Halle

35.300

Zoologischer Garten Halle GmbH

3.540

256

11.394

8. BETEILIGUNGSMANAGEMENT

755

8

88

BMA
BeteiligungsManagementAnstalt
Halle (Saale)

755

8

88

SUMME

80.363

2.472

4.328

64.175

11.707

26.544

8.947

328

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	73.575	0	144.597	337.637	152.614	35.687	233.625	69,2	23	
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.292	6.498	3.316	77.809	1.260	0	8.668	11,1	57	6
A/V/E GmbH	19.206	18.671	652	5.288	1.428	421	2.199	41,6	240	12
Cives Dienste GmbH	452	409	3	52	1	0	18	35,0	30	
Energieversorgung Halle Netz GmbH	106.442	105.303	1.673	37.950	451	262	25	0,1	47	3
EVH GmbH	402.947	376.028	22.959	343.418	247.955	15.467	76.736	22,3	515	44
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-25	291	0	0	279	95,9	0	
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	44.238	40.316	1.267	138.792	130.067	11.487	102.856	74,1	240	10
GISA GmbH	75.366	71.097	2.571	26.741	9.744	3.946	8.171	30,6	433	8
Hafen Halle GmbH	2.157	1.228	-1.259	16.876	14.876	1.793	727	4,3	17	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	113.799	108.529	6.341	437.593	408.909	15.914	68.898	15,7	660	67
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	75.039	70.343	313	19.570	2.707	579	741	3,8	0	
ICS adminservice GmbH	4.592	4.477	3	1.341	76	30	495	36,9	59	5
IT-Consult Halle GmbH	10.753	10.426	1.148	6.156	360	211	522	8,5	91	
M-Exchange AG*										
Public Services GmbH	3	0	0	33	0	0	30	91,2	0	
Public Services Management GmbH & Co. KG	2	0	-7	118	0	0	78	65,7	0	
RAB Halle GmbH	6.507	6.419	69	958	0	0	606	63,2	0	

* Der Jahresabschluss 2009 lag zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	68	20	-121	2.031	0	0	0	0,0	0	
SASKIA Informations-Systeme GmbH	4.214	4.108	163	1.048	100	50	577	55,1	56	
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.138	3.138	14	594	0	0	25	4,1	0	
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	343	297	59	812	1	0	701	86,3	2	
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.912	3.811	329	902	222	59	225	24,9	55	5
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	691	567	95	2.201	2.070	48	214	9,7	8	
Hallesche Verkehrs-AG	49.653	37.270	140	318.941	308.141	10.300	83.583	26,2	799	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.333	326	0	1.506	621	344	461	30,6	26	1
OBS Omnibusbetrieb Halle-Saalkreis GmbH	11.048	10.020	-438	11.153	8.549	1.414	4.720	42,3	119	
Saalebus GmbH	1.721	1.715	47	302	0	0	96	31,8	30	
Servicegesellschaft Saale mbH	1.299	1.254	6	271	53	62	89	32,9	51	
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.055	4.646	50	1.783	93	43	526	29,5	54	
Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale)	37.588	36.710	1	28.285	1.036	166	1.534	5,4	257	
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.888	45.136	7.653	345.213	308.602	13.785 ¹⁾	167.704	48,6	108	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	84.595	79.547	11.678	517.911	451.687	12.451	244.111	47,1	217	18
HWG Wohnungsverwaltungs GmbH & Co. KG	6.068	6.068	-4	79.872	78.958	0	4	0,0	0	
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.823	1.686	89	13.262	9.958	8	6.300	47,5	4	
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	509	95	-149	20.929	0	0	16.983	81,1	3	
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	49	0	2	93	2	0	55	59,0	0	

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.313	936	-501	31.008	29.028	47	6.291	20,3	8	
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.635	420	-35	274	32	5	107	38,9	26	
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.861	3.456	158	44.468	38.479	1.789	13.915	31,3	8	
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
ARGE SGB II Halle GmbH	12.702	0	0	310	67	38	25	8,1	455	
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.396	5.800	222	24.025	17.694	520	5.682	23,7	77	
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	29.797	5.831	93	37.929	29.592	2.153	19.883	52,4	655	
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	888	880	57	9.607	9.229	5	2.439	25,4	0	
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	7	7	2	54	0	0	44	82,1	0	
Maya mare GmbH & Co. KG	4.687	3.902	-489	16.003	15.161	442	4.396	27,5	89	14
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung	16	0	22	518	287	0	518	100,0	0	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	17.490	15.615	308	54.787	51.239	377	16.066	29,3	357	6
Serva GmbH	264	264	1	142	0	0	81	56,8	0	
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii	5.430	4.098	66	30.235	28.211	861	18.867	62,4	38	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	13	0	14	491	344	0	491	100,0	0	
Kultur										
Stiftung Händel-Haus*										
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	22.511	22.124	-513	34.660	28.460	870	28.233	81,5	597	10
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.495	1.350	-1.859	34.915	34.307	297	7.512	21,5	73	10
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	834	0	138	492	170	11	62	12,6	6	

* Der Jahresabschluss 2009 lag zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor.

** Ein festgestellter Jahresabschluss 2009 lag zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH (ehem. Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH)	12.351	72	7.016	96.500	77.117	20.853	89.028	92,3	0	
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	11.138	6.695	3.885	80.336	1.260	0	5.352	6,7	56	8
A/V/E GmbH	18.434	18.067	963	6.459	1.577	643	2.511	38,9	243	11
Cives Dienste GmbH	277	249	2	41	2	2	15	37,1	17	
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.048	110.920	1.015	35.585	347	261	25	0,1	43	1
EVH GmbH	434.925	408.121	8.705	348.558	259.309	14.755	76.736	22,0	525	42
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-12	309	0	0	304	98,4	0	
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	39.870	35.111	240	135.656	127.837	6.915	101.588	74,9	248	12
GISA GmbH	75.446	72.935	2.950	29.395	8.462	3.587	8.550	29,1	395	18
Hafen Halle GmbH	2.008	1.592	-891	15.615	13.833	3.227	727	4,7	14	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (ehem. Hallesche Wasser und Abwasser GmbH)	87.986	82.093	6.536	425.533	400.276	18.554	62.007	14,6	312	21
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	93.783	89.838	327	18.502	2.645	1	741	4,0	0	
ICS adminservice GmbH	3.668	3.566	55	1.110	83	43	519	46,8	53	5
IT-Consult Halle GmbH	10.148	10.018	1.503	5.376	343	223	522	9,7	86	
M-Exchange AG	671	633	35	227	63	16	0	0,0	1	
Public Services GmbH	3	0	1	32	0	0	30	91,2	0	
Public Services Management GmbH & Co. KG	0	0	-10	95	0	0	85	88,5	0	
RAB Halle GmbH	7.334	7.303	-256	1.594	0	0	162	10,1	0	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	474	378	-40	1.990	0	0	0	0,0	0	
SASKIA Informations-Systeme GmbH	4.158	4.078	107	960	116	58	521	54,3	49	
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	2.988	2.988	15	593	0	0	25	4,1	0	
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	473	318	123	819	2	0	692	84,4	2	
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.764	3.651	336	946	218	64	225	23,7	57	
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	716	564	73	2.266	2.136	45	119	5,2	7	
Hallesche Verkehrs-AG	47.688	33.694	506	334.852	319.149	12.100	83.583	25,0	825	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.426	317	0	1.451	485	202	400	27,6	26	
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10.398	9.382	-97	11.533	8.511	3.036	5.158	44,7	124	
Saalebus GmbH	1.647	1.640	8	245	0	0	50	20,2	29	
Servicegesellschaft Saale mbH	1.143	1.132	24	261	35	14	107	41,2	49	
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.922	6.479	6	1.637	77	15	526	32,1	60	
Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	40.469	37.857	0	29.617	1.113	77	1.534	5,2	268	
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	47.449	45.496	8.855	351.107	308.095	11.089 ¹⁾	168.630	48,0	118	6
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	88.079	76.795	13.712	534.462	449.269	24.724	247.019	46,2	231	17
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.091	3.091	-2	80.350	80.319	81.000	8	0,0	0	

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.783	1.638	106	13.724	11.976	1.410	6.212	45,3	4	
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle- Saalkreis mbH & Co. KG	763	0	-403	17.608	0	0	17.131	97,3	2	
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle- Saalkreis mbH	49	0	-259	75	2	3	53	70,6	0	
Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.218	906	-399	32.925	30.348	253	6.793	20,6	5	
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.615	380	6	343	39	9	141	41,2	22	
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.572	2.817	160	47.832	44.173	5.512	13.783	28,8	8	
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
ARGE SGB II Halle GmbH	12.050	0	0	232	44	38	25	10,8	461	
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	5.925	5.397	-22	24.515	17.941	302	5.460	22,3	75	
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	6.944	5.426	0	3.676	11	4	37	1,0	525	
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	25.926	5.059	50	36.879	29.711	4.501	19.370	52,5	613	
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	864	779	38	9.758	9.403	46	2.382	24,4	0	
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	7	6	2	51	0	0	43	83,7	0	
Maya mare GmbH & Co. KG	4.875	3.706	-145	17.551	16.263	305	4.887	27,8	91	14
Oelhäfe-Zeysesche-Stiftung	127	0	94	508	287	0	508	100,0	0	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	16.570	15.486	-575	56.059	52.420	451	15.758	28,1	331	6
Serva GmbH (ehem. „Akazienhof“ - gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH	15	0	3	101	0	0	80	79,5	0	
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle	5.658	4.231	147	30.892	29.053	2.450	18.800	60,9	48	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	13	0	-20	478	344	0	478	100,0	0	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Kultur										
Stiftung Handel-Haus	5.065	4	1.565	27.469	7.353	7.451	26.776	97,5	18	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	100	0	5	530	0	0	30	5,7	0	
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.502	1.328	109	38.166	37.188	1.498	9.371	24,6	74	10
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	783	0	87	484	202	42	62	12,9	6	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2007

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH (ehem. Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH)	13.834	76	5.406	99.262	75.629	19.767	82.013	82,6	0	
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.954	4.742	1.989	80.169	1.260	0	3.997	5,0	57	11
A/V/E G mbH	17.683	16.972	222	5.946	1.260	643	1.769	29,8	228	11
Cives Dienste GmbH	8	8	-4	24		0	13	52,9	3	
Energieversorgung Halle Netz GmbH	105.926	105.501	65	20.346	314	322	25	0,1	41	
EVH GmbH	391.834	368.288	6.826	361.635	269.853	17.866	76.736	21,2	544	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	3.032	3.032	122	325	0	0	316	97,2	0	
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	42.129	36.980	-1.154	135.866	130.246	8.142	101.348	74,6	257	10
GISA GmbH	61.402	59.462	3.258	24.536	7.419	1.986	8.858	36,1	362	
Hafen Halle GmbH	2.266	1.939	-956	12.856	11.090	243	727	5,7	11	
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (ehem. Hallesche Wasser und Abwasser GmbH)	87.405	82.609	7.213	427.162	398.650	20.049	62.007	14,5	320	23
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	50.515	50.426	213	26.084	3.185	24.401	741	2,8	0	
ICS adminservice GmbH	3.870	3.815	93	1.235	71	59	510	41,3	70	3
IT-Consult Halle GmbH	9.341	9.164	1.125	4.692	290	159	522	11,1	83	1
M-Exchange AG	553	515	33	314	60	60	0	0,0	1	
Public Services GmbH	3	0	1	32	0	0	29	89,4	0	
Public Services Management GmbH & Co. KG	238	235	2	155	0	0	95	61,0	1	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2007

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
RAB Halle GmbH	7.351	7.350	-741	1.689	0	0	163	9,6	0	
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	507	391	-37	1.915	0	0	0	0,0	0	
SASKIA Informations-Systeme GmbH	3.392	3.218	110	768	132	70	524	68,2	45	
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	2.857	2.857	15	487	0	0	25	5,0	0	
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	358	342	65	857	2	0	634	74,0	2	
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.699	3.597	377	1.100	229	48	225	20,4	57	6
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	686	513	74	2.406	2.197	366	46	1,9	7	
Hallesche Verkehrs-AG	47.184	35.655	934	348.139	329.491	15.765	83.583	24,0	846	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.094	319	0	1.312	456	219	400	30,5	25	
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10.702	9.712	149	10.169	6.502	332	5.405	53,1	128	
Saalebus GmbH	1.698	1.687	14	216	0	0	42	19,5	29	
Servicegesellschaft Saale mbH	1.098	1.089	2	199	43	5	83	41,8	48	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2007

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.660	4.126	-228	1.531	90	3	757	49,4	61	1
Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	44.872	35.464	-7.462	291.600	260.408	3.107	247.303	84,8	287	
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	48.902	45.615	7.765	368.923	309.028	13.539 ¹⁾	176.827	47,9	119	6
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	82.666	73.270	10.341	569.910	513.556	30.874	246.993	43,3	245	18
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.716	1.515	194	14.138	11.156	2.348	6.106	43,2	4	
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	319	0	14	17.733	0	0	17.537	98,9	0	
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	7	0	-6	319	0	0	313	98,1	0	
Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.364	558	-399	35.331	31.539	5.315	7.192	20,4	4	
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.604	361	20	339	46	23	136	40,1	23	
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	2.671	2.174	-18	50.904	42.922	6.275	13.624	26,8	8	
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
ARGE SGB II Halle GmbH	10.220	0	0	813	15	23	25	3,1	465	
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	5.859	5.277	-233	25.412	18.846	215	5.482	21,6	86	
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	6.018	6.492	0	3.206	11	6	131	4,1	445	
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	23.481	4.663	21	34.771	26.499	5.182	19.320	55,6	585	
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	587	547	-13	9.844	9.535	4.553	2.344	23,8	0	
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	7	6	2	50	0	0	41	81,3	0	
Maya mare GmbH & Co. KG	4.565	3.353	0	19.280	18.305	631	5.036	26,1	85	11

¹⁾ incl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2007

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Oelhäfe-Zeysesche-Stiftung	14	0	7	414	302	0	414	100,0	0	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	16.466	15.412	-236	57.681	53.614	1.410	16.332	28,3	324	5
Serva GmbH (ehem. „Akazienhof“ - gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH	47	0	21	125	0	0	77	61,5	0	
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle	5.555	4.377	387	31.253	29.342	769	18.653	59,7	50	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	8	498	344	0	498	100,0	0	
Kultur										
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.293	1.456	-473	39.075	37.199	2.231	9.262	23,7	73	11
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	871	0	152	427	215	49	62	14,6	5	

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Sonderverlustkonto

Regelung gemäß § 17 Abs. 4 DM-Bilanz-Gesetz im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung in den neuen Bundesländern nach der Währungsumstellung: Bei erstmaliger Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bildenden Rückstellungen auf der Aktivseite in einem Sonderverlustkonto gesondert ausgewiesen. Der dort aktivierte Betrag wurde/wird in den Folgejahren in dem Umfang abgeschrieben, in dem Aufwendungen zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtungen entstehen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Durch den Verlustvortrag können die im Verlustentstehungsjahr nicht anrechnungsfähigen Verluste in den folgenden Veranlagungszeiträumen als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Negative Einkünfte (Verluste) können bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden (Verlustabzug). Dadurch wird verhindert, dass die Steuerpflichtigen Einkommensteuer auf ihre Gewinne aus einer ihrer Tätigkeiten zahlen müssen, wenn sie die entsprechenden Beträge in Wahrheit längst durch eine andere Betätigung verloren haben und deshalb über gar keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mehr verfügen, die sie zur Steuerzahlung befähigen können. Verluste aus einer Einkunftsart sind zunächst vorrangig mit Gewinnen aus derselben Einkunftsart zu saldieren (sog. horizontaler Verlustausgleich). Soweit hiernach noch Verluste nicht berücksichtigt worden sind, sind sie mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten zu verrechnen (vertikaler Verlustausgleich). Bleibt auch nach diesem Verrechnungsschritt noch ein Verlustüberhang übrig, findet ein Ausgleich mit dem Einkommen des vorigen Veranlagungszeitraums statt (Verlustrücktrag) und, wenn auch dann noch Verluste nicht ausgeglichen werden konnten, kommt es zur Verrechnung mit dem Einkommen folgender Jahre (Verlustvortrag).

(Quelle: Gabler-Wirtschafts-Lexikon, 16. Auflage 2004, Wiesbaden: Gabler)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cashflow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cashflow

Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Bildung, Soziales und Sport

Kultur

Beteiligungsmanagement

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30.000

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafenbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Klose, Wilfried	
		Geier, Egbert	(bis 25.06.2009)
		Girard, Francois	
		Lux, Matthias	(seit 25.06.2009)
		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	(seit 21.09.2009)
	Arbeitsdirektor	Walther, René	(seit 01.12.2009)
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Böcker, Udo	(seit 21.09.2009)
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)
		Dr. Schädlich, Michael	(bis 21.09.2009)

Aufsichtsrat:

El-Khalil, Milad	(bis 21.09.2009)
Gärtner, Steffen	(seit 21.09.2009)
Heft, Frank Uwe	(bis 21.09.2009)
Junghans, Torsten	
Kley, Gerry	
Kocian, Burkhard	
Koppitz, Erhard	
Krause, Johannes	
Lange, Hendrik	(seit 21.09.2009)
Mahlert, Eckert	
Müller, Raik	(seit 21.09.2009)
Nagel, Elisabeth	(seit 21.09.2009)
Richter, Ulrich	
Weirich, Dietmar	(seit 21.09.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	46	20	21

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	26	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Energieunion AG	150	3,41
EVH GmbH	7.175	70,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
GISA GmbH	1.029	25,10
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	128	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
Public Services GmbH	12	49,00
Public Services Management GmbH & Co. KG	49	49,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	38	75,10
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,77

mittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka ebusiness GmbH	1	0,32
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (BEKA) mbH	2	0,63
Energiefinanz GmbH	27	3,41
energieGUT GmbH	0	0,15
Energieversorgung Halle Netz GmbH	18	70,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH		41,36
G.P.A. Gesellschaft für Personalabrechnung und -verwaltung mbH	6	25,10
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Halle (Saale) i. L.	8	30,00
ICS adminservice GmbH	6	25,10
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	11,51
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10	33,00
Public Services GmbH	13	51,00
Public Services Management GmbH & Co. KG	51	51,00
Saalebuss GmbH	13	50,00
SASKIA Informations-Systeme GmbH	58	22,59
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.	1	1,77
Trianel Finanzdienste GmbH	44	1,77
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	46	0,11
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,77
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	23	0,31
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,77
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	3	0,11
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,77
Trianel Service GmbH	2	0,35
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	9	0,05
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,77
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
152.614	45	77.117	80	75.629	76	75.497	98
184.791	55	19.382	20	23.633	24	165.409	853
232	0					232	

Bilanzsumme

337.637	100	96.500	100	99.262	100	241.138	250

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
233.625	69	89.028	92	82.013	83	144.597	162
7.580	2	784	1	915	1	6.796	867
96.433	29	6.687	7	16.334	16	89.745	1.342

Bilanzsumme

337.637	100	96.500	100	99.262	100	241.138	250

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse		72	76
sonstige betriebliche Erträge	73.575	12.280	13.757
Personalaufwand	2.206		
Abschreibungen	70		
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.071	227	194
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	27.519	13.749	11.464
Erträge aus Beteiligungen	1.039		
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	85		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.329	580	336
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.259		
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	83.444	19.365	19.767
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.509	463	268
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.989	6.625	5.405
außerordentliche Erträge	140.014		
außerordentliche Aufwendungen	1.117		
außerordentliches Ergebnis	138.896		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.175	-391	-1
sonstige Steuern	114		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	144.597	7.016	5.406
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	7.016	5.406	-9.378
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7.016	5.406	-9.378
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	144.597	7.016	5.406

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:		9.753,76	7.078,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	162,42	8,55	7,06	%
Cash-Flow:	228.111	26.381	25.172	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	3.199			T€
Personalaufwandsquote:	3,00			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,13			%
Eigenkapitalquote:	69,19	92,26	82,62	%
Fremdkapitalquote:	30,81	7,74	17,38	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Wesentliche Veränderung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr wurde die Stadtwerke Halle GmbH (alt) auf die Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH rückwirkend zum 1. Januar 2009 verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister erfolgte am 21. September 2009. Seither firmiert die Gesellschaft unter Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Zeitgleich erfolgte auf Ebene der Tochterunternehmen die Verschmelzung der Stadtwirtschaft GmbH Halle auf die Hallesche Wasser und Abwasser GmbH und deren Umfirmierung in Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS).

Mit den vorgenannten Verschmelzungen wurde nach mehrmonatiger Arbeit ein bedeutender Meilenstein zur Verschlinkung der Stadtwerke-Strukturen erreicht. Parallel hierzu wurde auch das Management der Gesellschaft erweitert. Der Geschäftsführung gehören an: Herr Wilfried Klose (Vorsitzender), Herr Francois Girard, Herr Prof. Matthias Krause, Herr Matthias Lux und Herr René Walther.

Zudem erfolgte im Geschäftsjahr eine Bereinigung des Beteiligungsportfolios der SWH durch Veräußerung der Aktien der VNG Verbundnetz Gas AG und der EnD-IAg, des Geschäftsanteils der VNG VuB sowie durch Anpassung der Beteiligungsquote an der TRIANEL GmbH.

Darüber hinaus wurden sämtliche Geschäftsanteile an der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) und an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) erworben. Mit dem Erwerb der AWH ist der ergänzende Ausbau der Wertschöpfungskette im Geschäftsbereich Abfallwirtschaft/Logistik beabsichtigt.

1.2 Geschäft

Mit der Verschmelzung erstreckt sich das Geschäft der Stadtwerke Halle GmbH auf die strategische Steuerung, Beratung und Koordination der Tochter- und Beteiligungsunternehmen aus den Bereichen der Ver- und Entsorgung, der Informationstechnologie, der Logistik sowie aus dem Bereich Verkehr. Das Beteiligungsportfolio der Stadtwerke gliedert sich in die Geschäftsfelder Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft/Logistik, Service sowie Verkehr.

Die Organisation der Stadtwerke unterteilt sich in die Struktureinheiten Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash Pool), Recht, Zentralbereich Personal, Unternehmenskommunikation, Konzernentwicklung, Projektentwicklung und Konzernrevision. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 23 Mitarbeiter beschäftigt. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 13 Jahre, das Durchschnittsalter 48 Jahre.

1.3 Rahmenbedingungen

1.3.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigt -5,0 % im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Hierbei war der deutliche Rückgang der Wirtschaftsleistung hauptsächlich auf den konjunkturellen Einbruch im ersten Quartal des Jahres 2009 zurückzuführen. Während das Inlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal 2009 bereits wieder leicht zulegen konnte, versiegten die Wachstumsimpulse im vierten Quartal mit einem Nullwachstum.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands liegen für 2009 derzeit Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen zeigte sich das Inlandsprodukt Ostdeutschlands jedenfalls im ersten Halbjahr 2009 robuster gegenüber der globalen Abwärtsbewegung als im Westen der Republik. Auch in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Höhe von -5,6 % (1. Hj. 2009) weniger deutlich ausgefallen als im Westen (inkl. Berlin) mit -7,0 % (1. Hj. 2009) bzw. im Bundesdurchschnitt (-6,8 % im ersten Halbjahr 2009).

1.3.2 Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt zeigte im abgelaufenen Jahr eine nur geringfügige Reaktion auf die Rezession. Mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 % war der Arbeitsmarkt weniger empfindlich gegenüber konjunktureller Schwankung als zunächst zu erwarten war. In Ostdeutschland und in unserem Bundesland fiel die Arbeitslosigkeit sogar geringer aus als im Vorjahr und im Bundesdurchschnitt. So verringerte sich die Arbeitslosenquote Sachsen-Anhalts um 0,1 Prozentpunkte auf 13,0 %

1.3.3 Bevölkerungsentwicklung

Für die Tochterunternehmen ist die Bevölkerungsentwicklung im Stammmarkt Halle (Saale) hinsichtlich der Auslastung der von den Unternehmen für die Ver- und Entsorgung sowie für den Verkehr vorgehaltenen Ressourcen weiterhin von hervorgehobener Bedeutung. Hierbei verlief die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Mit 230.377 Einwohnern (Vorjahr: 230.900) verzeichnete die Stadt einen um ca. zwei Drittel geringeren Rückgang der Bevölkerung als zu erwarten gewesen wäre. Im Vorjahr betrug der Rückgang noch -1.367 Personen.

1.3.4 Umfeldentwicklungen

Die Entwicklungen in den Branchen des Beteiligungsportfolios der Stadtwerke waren weiterhin durch intensiven Wettbewerb, steigenden Erlös- und Kostendruck bei gleichzeitig zunehmenden Anforderungen an die Qualität der Leistungen gekennzeichnet.

Sowohl im Geschäftsfeld Energie als auch im Bereich Wasser/Abwasser standen die Preisentwicklungen im Vordergrund kartellamtlicher Untersuchungen (bundesweite Sektoruntersuchungen bei Strom, Gas und Fernwärme sowie auf Länderebene im Bereich Wasser).

Durch neue als auch durch zurückliegende Änderungen der Rechtsrahmen und fachgesetzlicher Einzelregelungen bestanden in den Geschäftsbereichen weiterhin hohe Wettbewerbsintensitäten. Zu nennen sind insbesondere die EU-Verordnung zur Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen, das 3. Binnenmarktpaket zur Strom- und Gasmarktliberalisierung sowie die Auswirkungen des zurückliegenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf die Kapazitäten und Preise für die Abfallbehandlung oder die zurückliegenden Regelungen in Bezug auf die Netzzugangsregulierung und die damit einhergehende Markttöffnung.

Zudem behielten die Entwicklungen der Preise für Energien, Wasser und Kraftstoffe weiterhin eine hohe Bedeutung für die Erfolgspositionen der Tochterunternehmen.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Entwicklungen und auch unter Berücksichtigung der gestiegenen Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin setzte die Geschäftsführung den Kurs zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Steigerung der Ertragskraft der Tochterunternehmen fort.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Mit einem Jahresüberschuss von 144,6 Mio. € erzielte die SWH ein Rekordergebnis, welches jedoch maßgeblich durch einmalige Sondereinflüsse bestimmt war.

2.1 Sondereinflüsse

Die Verschmelzung der SWH (alt) auf die VVV mbH erfolgte nach Maßgabe des Umwandlungssteuergesetzes unter Fortführung der Buchwerte. Hierdurch resultierte auf Ebene der SWH (neu) aus der Übernahme der Buchwerte bei gleichzeitigem Wegfall des Beteiligungsbuchwertes an der SWH (alt) ein Verschmelzungsgewinn in Höhe von 139,6 Mio. €, welcher keinerlei Einfluss auf die Liquidität der Gesellschaft hatte.

Neben der Verschmelzung erfolgte eine Bereinigung des Beteiligungsportfolios der Stadtwerke Halle durch Veräußerung der Aktien der VNG Verbundnetz Gas AG, Leipzig, und der Aktien der EnD-I AG, Halle, sowie des Geschäftsanteils der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Halle. Darüber hinaus wurde die Beteiligung an der TRIANEL GmbH, Aachen, durch Veräußerung von Geschäftsanteilen reduziert. Die aus den vorgenannten Veräußerungen entstandenen Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen betrugen insgesamt 65,5 Mio. €.

2.2 Ertragslage

Vor der Verschmelzung bestand das Portfolio der VVV mbH in den Beteiligungen an der Stadtwerke Halle GmbH (alt) und an der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG). Die Verwaltung der Gesellschaft erfolgte über einen Dienstleistungsvertrag durch die SWH (alt).

Die ausgewiesenen Ertrags- und Aufwandspositionen bzw. deren Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr (2008) sind im Wesentlichen Folge der mit der Verschmelzung von der Stadtwerke Halle GmbH (alt) übernommenen Vermögenswerte und Schulden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft waren hauptsächlich geprägt durch die Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf der Aktien an der VNG AG und EnD-I AG sowie des Geschäftsanteils der VNG VuB. Daneben wurden in dieser Position Betriebskostenzuschüsse der Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des ÖPNV vereinnahmt, welche durch die SWH in die HAVAG eingelegt wurden. Während der Zuschussbedarf der HAVAG im Vorjahresvergleich angestiegen war, konnte der städtische Anteil an der Betriebskostenfinanzierung in Folge der besseren Ertragssituation der anderen Stadtwerke-Unternehmen leicht zurückgefahren werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassten ansonsten im Vergleich zum Vorjahr typische Weiterberechnungen an Tochterunternehmen u. a. für Mieten und Versicherungen.

Der Personalaufwand der Stadtwerke resultiert aus dem Personalübergang im Zuge der Verschmelzung.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen sind einerseits induziert durch die mit der Umstrukturierung des SWH-Konzerns geplante Umstellung der Finanzierung der Zuschüsse zum ÖPNV überwiegend bzw. ausschließlich aus Mitteln der SWH (neu), die unter Berücksichtigung der dauerhaften Verlustsituation der HAVAG eine Vollabschreibung der Aktien notwendig machte. Darin eingeschlossen ist auch die außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der von der Stadt Halle (Saale) und von der Stadtwerke Halle GmbH im Geschäftsjahr 2009 geleisteten Betriebskostenzuschüsse. Des Weiteren war eine außerplanmäßige Abschreibung des Beteiligungsbuchwerts der HWS um 12 Mio. € vor dem Hintergrund kartellrechtlicher Untersuchungen sowie aktueller Rechtsprechung aus Vorsichtsgründen notwendig.

Die Erträge aus Beteiligungen betrafen im Wesentlichen Gewinnausschüttungen der GISA GmbH, Halle, und der A/V/E GmbH, Halle.

Die zwischen der SWH (alt) und ihren Tochterunternehmen geschlossenen Gewinnabführungs- bzw. Beherrschungsverträge waren durch Verschmelzung auf die SWH (neu) übergegangen. Der Anstieg der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen war hauptsächlich Folge einer deutlich gestiegenen Ergebnisabführung der EVH GmbH.

Das Zinsergebnis der Gesellschaft veränderte sich hauptsächlich in Folge der durch die Verschmelzung übernommenen Schulden sowie durch Übernahme des Cash-Poolings für die Unternehmen der Stadtwerke.

Hervorzuheben ist, dass die in Gefolgschaft der Finanzmarktkrise gesunkenen Zinsniveaus zu einer annähernden Halbierung der Zinserträge trotz gestiegener Cash Pool-Anlagen geführt hatte. Spiegelbildlich hierzu konnten allerdings auch Zinseinsparungen bedingt durch variable Finanzierungen sowie durch die vorzeitige Auflösung eines Darlehens erreicht werden.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultieren aus der Übernahme der Verluste der Hafen Halle GmbH in Anwendung des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages.

Das außerordentliche Ergebnis war Resultat der bereits aufgezeigten einmaligen Sondereffekte.

Der Anstieg der Ertragsteuern ergibt sich hauptsächlich aus der aufgrund des deutlich gestiegenen steuerlichen Ergebnisses zu berücksichtigenden sogenannten Mindestbesteuerung (eingeschränkter Verlustabzug). Nachteilig wirkt sich auch die erstmalige Anwendung des § 8 Abs. 8 Satz 2 KStG i. d. F. des JStG 2009 aus, wonach Tätigkeiten im Organkreis 2009 im Ergebnis zwei Sparten (steuerlicher Querverbund, übrige Tätigkeiten) zuzuordnen sind und Verluste sowie Verlustvorträge nicht mehr spartenübergreifend verrechnet werden können.

2.3 Vermögenslage und Finanzlage

Die mit der Verschmelzung erfolgte Übertragung der Vermögenswerte und Schulden der SWH (alt) führte zu einem sprunghaften Anstieg der Bilanzsumme der Gesellschaft von 96.500 T€ auf 337.637 T€.

Der Anstieg betraf im Anlagevermögen hauptsächlich die Finanzanlagen, welche neben der Übernahme der Buchwerte der SWH (alt) auch den Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile an der AWH und an der KWT enthielten. Die Finanzanlagen stiegen bei außerplanmäßigen Abschreibungen von 83.444 T€ so insgesamt um 75.047 T€ an.

Im Umlaufvermögen bezogen sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen hauptsächlich auf die Gewinnansprüche der Holding gegenüber den in die Organschaft einbezogenen Tochterunternehmen.

Die Bankguthaben umfassten die zum Stichtag bestehenden Cash Pool-Guthaben der beteiligten Tochterunternehmen und der Holding. Der einmalig hohe Bestand war Ausdruck der mit den Aktienverkäufen bewirkten Liquiditätszuflüsse.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft wurde auf 30.000 T€ aus Gesellschaftsmitteln aufgestockt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultierten wesentlich aus Altschulden der verschmolzenen Stadtwerke (alt). Diese konnten durch planmäßige und außerplanmäßige Ablösung von Darlehensverträgen sowie planmäßige Tilgungsleistungen um knapp 9 Mio. € gesenkt werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassten hauptsächlich die zum Stichtag bei der Holding gebündelten Cash Pool-Bestände der Tochterunternehmen, die hierüber jederzeit verfügen können.

Nach der erfolgreichen Verschmelzung ermittelte sich für die neue Stadtwerke Halle GmbH bei einer Bilanzsumme von 337.637 T€ und einem Eigenkapital von 233.625 T€ eine Eigenkapitalquote i. e. S. von 69,2 %.

Der Finanzmittelfonds, in dem neben den flüssigen Mitteln Forderungen und Verbindlichkeiten aus Cash Pool sowie Wertpapiere des Umlaufvermögens zusammengefasst werden, ist insbesondere wegen der Einzahlungen aus Verkäufen von Aktien und Beteiligungen auf 86,9 Mio. € angestiegen, gleichermaßen erhöhte sich das Netto-Geldvermögen auf 108,4 Mio. €.

3. Finanz- und Risikomanagement

Die Stadtwerke Halle GmbH hat für ihre und für die eigenverantwortlichen Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die Vereinheitlichung von zu gewährenden Sicherheiten und weiteren Vertragsbedingungen.

Die Stadtwerke Halle GmbH führt ein aktives Zinsmanagement durch. Im Zuge dessen werden Zinssicherungsinstrumente ausschließlich mit dem Ziel der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt - ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch des Cash Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt. Bankenausfälle wie im zweiten Halbjahr des vorangegangenen Geschäftsjahres würden insofern das Risiko eines vorübergehenden Liquiditätsausfalles bis zur Ersatzleistung durch die Sicherungsfonds bergen. Zur Minderung dieses Risikos erfolgte soweit möglich eine breitere Streuung der Geldanlagen zu jeweils geringeren Anlagenbeträgen.

In das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH sind alle wesentlichen Beteiligungsgesellschaften einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem konzerneinheitlichen System.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde das Risikomanagement überarbeitet. Durch Regelungen zur Bewertung der Risiken ist die konzernweite Bewertung von Risiken hinsichtlich der Schadenshöhen und hinsichtlich der Aggregation verbessert worden. Gegenwärtig bestehen keine den Bestand der Stadtwerke Halle GmbH gefährdenden Risiken.

4. Chancen, Risiken und Ausblick

Die Stadtwerke Halle GmbH ist über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen mittelbar verbunden. Insofern könnten als unmittelbare, finanziell wirksame Risiken deshalb Verlustausgleichspflichten oder unzureichende Erträge aus Ergebnisabführungen in Betracht kommen, welche einzeln oder zusammen die Finanzierungskraft der Gesellschaft belasten könnten.

Vermittelt der gegebenen personellen Verzahnung der Geschäftsführung der Stadtwerke und der großen Tochterunternehmen sowie durch das bestehende engmaschige Berichtswesen ist eine frühzeitige Adaption derartiger Entwicklungen gewährleistet.

Die Geschäftsführung geht auch in Zukunft von einem steigenden Ertrags- und Kostendruck aus, der alle Geschäftsbereiche betreffen dürfte. Dieses begründet sich insbesondere aus der Bevölkerungsentwicklung, in der für alle Geschäftsbereiche erwarteten zunehmenden Wettbewerbsintensität sowie aus der steigenden Ergebniserwartung der Gesellschafterin.

Die Bestimmungen in der Energiewirtschaft und der dadurch erleichterte Marktzutritt bietet sowohl Chancen für das eigene überregionale Geschäft als auch Risiken aus einem erleichterten Markteintritt von Mitbewerbern im Stadtgebiet Halle (Saale).

Für die Geschäftsbereiche Wasser/Abwasser und Entsorgung ist sowohl durch die Diskussionen auf europäischer und auf Bundesebene eine Liberalisierung dieser Märkte über kurz oder lang nicht auszuschließen. Auch hieraus lässt sich ein beachtlicher Druck auf die Ertrags- und Kostensituation ableiten. Daneben könnten die Preisbeobachtungen seitens der Kartellbehörden kurzfristigen Handlungsdruck erzeugen.

Die Zulässigkeit von öffentlichen Zuschüssen und von Inhouse-Geschäften sowie bestehende beihilferechtliche Regelungen und die europäische Marktöffnung im ÖPNV-Bereich implizieren Wettbewerbsrisiken, die eine frühzeitige Anpassung der Kostenstrukturen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau erforderlich machen.

Die das Marktumfeld der Stadtwerke prägenden volatilen Märkte können zu ungeplanten Abweichungen der Erträge der Stadtwerke führen und somit die auf Planwerten beruhenden Finanzierungsanteile der Stadtwerke in Bezug auf den ÖPNV gefährden.

Im Fokus der Stadtwerke stehen deshalb auch zukünftig Maßnahmen zur Effizienzsteigerung mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Beteiligungsportfolio.

Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Verschlinkung der Konzernstrukturen, insbesondere durch Zusammenfassung von netz- und abrechnungstechnischen sowie kaufmännischen Serviceleistungen in unternehmensübergreifende Zentraleinheiten. Hierzu ist beabsichtigt, den im abgelaufenen Geschäftsjahr eingeleiteten Prozess „Optimus“ zur Optimierung der Konzernstrukturen für die vorgenannten Bereiche weiterzuführen.

In Zusammenhang mit der Verschlinkung und Zusammenfassung von Konzernstrukturen ist auch der beabsichtigte Erwerb von allen außenstehenden Anteilen an der EVH GmbH zu sehen. Der Erwerbsvorgang wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen werden können.

Die anstehenden Auszahlungen für Anteilserwerbe werden aus Eigenmitteln und teilweise aus Darlehensaufnahmen, der Betriebskostenzuschuss in die HAVAG aus Eigenmitteln finanziert.

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich Sondereffekte einen Jahresüberschuss von rd. 20 Mio. €.

5. Nachtragsbericht

Am 22. Februar 2010 wurden 50 % der Geschäftsanteile an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH an die Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig, rückwirkend zum 1. Januar 2009 veräußert. Mit Eintritt der VNG in den Gesellschafterkreis der KWT können die geplanten Maßnahmen zur Ertüchtigung der Altanlagen des Kraftwerkes umgesetzt werden. Ferner wurde der mit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestehende Ergebnisabführungsvertrag am 23. Februar 2010 fristlos mit Wirkung zum 1. Januar 2010 gekündigt.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Berliner Straße 100
06258 Schkopau

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die komplette Entsorgung von Haus- und Gewerbeabfällen auf einer oberirdischen Deponie sowie sämtliche damit im Zusammenhang stehende Tätigkeiten. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Dritter bedienen sowie andere Unternehmen mit dem gleichen oder ähnlichen Geschäftszweck gründen bzw. sich an ihnen beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abfallbeseitigung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Klose, Wilfried

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(seit 22.12.2009 Vorsitzende)
	Vorsitzender	Misch, Werner	(bis 22.12.2009)
	stellv. Vorsitzender	Dr. Fuchs, Wilfried	(bis 22.12.2009)
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 22.12.2009)
		Böcker, Udo	(seit 22.12.2009)
		Bönisch, Bernhard	(seit 22.12.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 22.12.2009)
		Gärtner, Steffen	(seit 22.12.2009)
		Junghans, Torsten	(seit 22.12.2009)
		Klaus, Oliver Christoph	(bis 02.02.2009)
		Kley, Gerry	(seit 22.12.2009)
		Kocian, Burkhard	(seit 22.12.2009)
		Koehn, Gottfried	(bis 22.12.2009)
		Koppitz, Erhard	(seit 22.12.2009)
		Krause, Johannes	(seit 22.12.2009)

Aufsichtsrat:

Lange, Hendrik	(seit 22.12.2009)	
Mahlert, Eckert	(seit 22.12.2009)	
Müller, Raik	(seit 22.12.2009)	
Nagel, Elisabeth	(seit 22.12.2009)	
Richter, Ulrich	(seit 22.12.2009)	
Sprung, Michael	(seit 05.03.2009 bis 22.12.2009)	bis
Weihrich, Dietmar	(seit 22.12.2009)	
Weiland, Mathias	(bis 22.12.2009)	

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	9	9	9

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.260	2	1.260	2	1.260	2	0	0
76.518	98	79.055	98	78.881	98	-2.538	-3
31	0	20	0	28	0	11	55

Bilanzsumme

77.809	100	80.336	100	80.169	100	-2.527	-3

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.668	11	5.352	7	3.997	5	3.316	62
67.754	87	71.678	89	75.646	94	-3.923	-5
1.357	2	3.306	4	526	1	-1.949	-59
30	0			0	0	30	

Bilanzsumme

77.809	100	80.336	100	80.169	100	-2.527	-3

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.498	6.695	4.742
sonstige betriebliche Erträge	3.795	4.444	4.212
Materialaufwand	193	129	122
Personalaufwand	2.403	2.435	2.303
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.523	6.440	6.686
Erträge aus Beteiligungen			249
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.880	2.781	6.386
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	19	407	3.634
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21	54	89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.014	4.454	2.756
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-319	553	750
sonstige Steuern	17	17	18
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.316	3.885	1.989
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.316	3.885	1.989

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	51,03	58,03	41,94	%
Eigenkapitalrentabilität:	61,95	264,74	99,02	%
Cash-Flow:	3.335	4.292	5.623	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	181	199	157	T€
Personalaufwandsquote:	23,35	21,86	25,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,62	1,57	1,57	%
Eigenkapitalquote:	11,14	6,66	4,99	%
Fremdkapitalquote:	88,86	93,34	95,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Abfallmenge	1.252.216,00	1.170.243,00	733.454,00	Mg
Durchschnittserlöse	2,82	3,09	2,70	EUR/Mg

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2009 war das vierte volle Geschäftsjahr in der Stilllegungsphase der Deponie Halle-Lochau, die am 1. Juni 2005 begann.

Wesentlich für das Geschäftsjahr war der zum 1. Januar 2009 rückwirkend erfolgte Gesellschafterwechsel der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH). Die AWH, die bis dato eine 100%-ige Tochter der Stadt Halle (Saale) war, ist damit nunmehr ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Mit Gesellschafterbeschluss vom 28. Januar 2010 wurde der Gesellschaftsvertrag der AWH neu gefasst. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde auf EUR 30.000 erhöht. Wirksam wurde diese Kapitalerhöhung mit Eintragung in das Handelsregister am 3. März 2010. Zudem wurde der Sitz der Gesellschaft mit Halle (Saale) neu bestimmt. Die neue Geschäftsanschrift lautet nun: Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Bornknechtstraße 5, 06108 Halle (Saale).

Weiterhin wurde der Gegenstand des Unternehmens weiter gefasst und enthält neben der Stilllegung und Nachsorge der Deponie nun auch die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums. Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein eigener Aufsichtsrat ist für die AWH nicht vorgesehen, die Aufgaben werden vom Aufsichtsrat der SWH wahrgenommen.

Die Deponie Halle-Lochau ist eine Deponie in der Stilllegungsphase. Rechtliche Grundlage für die Deponiestilllegung ist die am 1. August 2002 in Kraft getretene Deponieverordnung (DepV). Die DepV stellt u. a. zusammen mit der Abfallablagerungsverordnung und Teilen der Verwaltungsvorschrift „Technische Anleitung Siedlungsabfall“ die Umsetzung der europäischen Deponierichtlinie in nationales Recht dar. In dieser Verordnung wird die Errichtung von Deponien, der Betrieb von Deponien und erstmalig die Stilllegung und Nachsorge von Deponien geregelt. Danach unterteilt sich der Deponiebetrieb in die Ablagerungsphase und in die Stilllegungsphase. An die Stilllegungsphase schließt sich eine Nachsorgephase an, die vom Verordnungsgeber für 30 Jahre vorgesehen ist.

Die Stilllegungsphase der Deponie Halle-Lochau begann mit Beendigung der Ablagerungsphase am 1. Juni 2005, d. h. mit der Beendigung der Annahme und des Einbaus von Abfällen zur Beseitigung. In der Stilllegungsphase werden alle Maßnahmen durchgeführt, die zur umweltgerechten, nachhaltigen Sicherung des Standortes notwendig sind, wie z. B. Anlagenbetrieb zur Sickerwasser- und Deponiegasfassung, geotechnische Sicherung des Deponiekörpers, Rekultivierungs- und Rückbaumaßnahmen sowie Monitoring. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Deponie nach der endgültigen Stilllegung in die Nachsorgephase übergehen kann. In der Nachsorgephase, die nach jetziger Planung 2022 beginnen soll, wird durch ein umfangreiches Umweltmonitoring der Erfolg dieser Maßnahmen kontrolliert. Wird anhand der Monitoringergebnisse nachgewiesen, dass kein Risiko für die Schutzgüter mehr besteht, erfolgt durch die zuständigen Behörden auf Antrag der AWH die Entlassung aus der Nachsorge. Erst dann ist die Gesellschaft aus der umweltrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen.

Mit Stilllegungsanzeige an das Landesverwaltungsamt (LVwA) vom 1. September 2004 hat die AWH als Betreiber der Deponie Halle-Lochau gegenüber der zuständigen Genehmigungsbehörde angezeigt, dass die Deponie den Abfallablagerungsbetrieb zum 31. Mai 2005 einstellt und ab dem 1. Juni 2005 mit dem Deponiestilllegungsbetrieb beginnt.

Aufgrund von geologischen und anderen Besonderheiten der subaquatischen Deponie Halle-Lochau waren die Regelanforderungen an die Stilllegung einer Deponie gemäß deponierechtlichen Vorgaben auf die Deponie Halle-Lochau nicht übertragbar. Aus diesem Grund wurde die AWH im September 2002 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt beauftragt, im Rahmen eines Forschungsvorhabens nachhaltig wirksame, technisch machbare, genehmigungsfähige und kostenoptimierte Lösungen zur Stilllegung der Deponie Halle-Lochau sowie vergleichbarer Deponien zu erarbeiten.

Dieses BMBF-Forschungsvorhaben wurde im März 2007 beendet. Im Mai 2007 wurden die Ergebnisse durch die Umweltministerin des Landes Sachsen-Anhalt auf einer Pressekonferenz vorgestellt und als Langfassung und Kurzfassung in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

Die im Rahmen dieses Projektes erarbeiteten Ergebnisse waren Grundlage für das beim LVwA im Rahmen der Stilllegungsanzeige am 1. September 2004 eingereichte Stilllegungskonzept. Die Beantragung der Stilllegung erfolgte auf der Grundlage des § 14 Abs. 6 der Deponieverordnung (Abweichung von den Regelanforderungen).

Auf Basis des Stilllegungskonzeptes hat die AWH eine Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation) für den Stilllegungsbetrieb und die Nachsorgephase der Deponie vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2051 erarbeitet. Die Kalkulation stellt die aus heutiger Sicht und heutigen Nominalwerten durch die Sanierung der Deponie entstehenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse (z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) dar und bildet damit die Grundlage für die Bewertung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Im Mai 2005 wurde erstmalig die Decklungsrechnung durch die Gesellschaft beim LVwA eingereicht.

Mit Schreiben vom 21. Februar 2007 teilte das LVvA mit, das Verwaltungsverfahren zum Erlass der Rekultivierungsanordnung, das sich unter anderem auch aufgrund der beabsichtigten Klärung offener Fragestellungen zwischen der AWH und dem bergbauverantwortlichen Unternehmen noch im Anhörungsverfahren befand, nunmehr fortzuführen.

Anfang 2008 wandte sich die Geschäftsführung der AWH in einem Brief an die Umweltministerin des Landes Sachsen-Anhalt mit der Bitte, das Verwaltungsverfahren zum endgültigen Bescheid der Rekultivierungsanordnung zu beschleunigen. Hintergrund hierzu war vor allem die beabsichtigte Inkraftsetzung der integrierten Deponieverordnung (jetzt Verordnung über die Vereinfachung des Deponierechts), die einen Wegfall der Bestandsschutzregelung für Deponien ohne rechtsgültige Rekultivierungsanordnung vorsieht. Das hätte für die Deponie Halle-Lochau nicht absehbare wirtschaftliche und technische Risiken zur Folge gehabt.

Am 13. März 2008 wurde der AWH der dritte Entwurf der Rekultivierungsanordnung übermittelt. In einem Anhörungsverfahren am 18. März 2008 erklärten die am Verwaltungsverfahren Beteiligten ihre grundsätzliche Zustimmung zu diesem Entwurf. Mit Datum vom 5. Juli 2008 liegt nunmehr der AWH die rechtskräftige Rekultivierungsanordnung vor. Die Rekultivierungsanordnung ist unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen ergangen. Im August 2008 erfolgte durch die AWH die Anpassung der Decklungsrechnung an die Rekultivierungsanordnung. Diese angepasste Decklungsrechnung wurde einer erneuten Plausibilitätsprüfung bezüglich der Kosten- und Erlöskalkulation durch einen externen Gutachter unterzogen.

Das LVvA vertrat die Auffassung, dass auch ohne vorliegenden bestandskräftigen Rekultivierungsbescheid auf Basis des Stilllegungskonzeptes der Gesellschaft und der eingereichten Kosten- und Erlöskalkulation der Betrag einer Sicherheitsleistung für die Rekultivierung und Nachsorge, im Sinne einer oberen Begrenzung der geforderten Sicherheitssumme festzulegen ist. Am 18. Dezember 2006 erging entsprechend der „Bescheid zur oberen Begrenzung der geforderten Sicherheitssumme“. In dem Bescheid wird die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung auf Mio. EUR 129 festgesetzt sowie eine Sicherheitsleistung für die Nachsorge unter dem Vorbehalt der späteren Neufestsetzung auf vorläufig Mio. EUR 12,3 eingefordert. Dabei wurde seitens der Behörde festgestellt, dass die AWH zum 31. Dezember 2005 bereits einen Betrag in Höhe von Mio. EUR 77,9 nachgewiesen hat. Der Restbetrag war vorbehaltlich einer anderweitigen Festsetzung des objektiven Sicherungsbedarfes regelmäßig aufzustocken. In der Bescheidebegründung wird diesbezüglich ausgeführt, dass die gemäß Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) im Rahmen der Stilllegung zu erwirtschaftenden Mittel unmittelbar für die Rekultivierung eingesetzt werden sollen und so den objektiven Sicherungsbedarf verringern. Gemäß Bescheid kann die Sicherheit wie bisher durch „erstklassige Bürgschaften“ erbracht werden; es können aber auch andere zugelassene Sicherungsmittel, z. B. die insolvenzfesten Verpfändungen von Wertpapieren, zugelassen werden. Diese Möglichkeit machte die Konkretisierung des Bescheides vom 18. Dezember 2006 erforderlich. Der Bescheid selbst sah zu diesem Zweck den Abschluss einer Verpfändungsvereinbarung zwischen der AWH und dem Land Sachsen-Anhalt vor.

Im August 2007 wurde zwischen der AWH und dem Land Sachsen-Anhalt eine Verpfändungsvereinbarung abgeschlossen, mit der die AWH ihre für die Stilllegung und Nachsorge gehaltenen Wertpapiere zugunsten des Landes verpfändet und zwar in der Weise, dass die Ansprüche auf Auszahlung, die sich bei einer Verwertung der Wertpapiere im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge ergeben, dem Land Sachsen-Anhalt zustehen. Von dieser Vereinbarung nicht berührt sind die Zinserträge, die mit den Wertpapieren verbunden sind; diese verbleiben, nach Maßgabe des genannten Bescheides vom 18. Dezember 2006, bei der AWH. Ausgenommen hiervon ist gemäß dem oben genannten Bescheid der Eintritt des Sicherungsfalles. Eventuelle Kursgewinne der Wertpapiere sind zweckgebunden für die Stilllegung und Nachsorge der Deponie einzusetzen.

Die Übergabe der Wertpapiere wurde 2008 durch eine gemeinschaftliche Erklärung der AWH und des Landes an die wertpapierverwahrenden Banken ersetzt, in dem die Banken verpflichtet werden, die Verwahrung nunmehr für das Land vorzunehmen.

Mit Datum vom 20. Januar 2010 liegt nunmehr der vierte Änderungsbescheid zum oben genannten Bescheid vom 18. Dezember 2006 und zur Verpfändungsvereinbarung vom 28. August 2007 vor. Hierin wird insbesondere die geforderte Sicherheit neu festgelegt (vgl. hierzu Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009, Punkt III. 5).

Das Geschäftsjahr 2009 war bezüglich der Annahme von Abfällen für den Einsatz als Deponiebaustoff sehr erfolgreich. Der AWH gelang es, durch sehr flexibles Reagieren auf Marktbedingungen und offensives Herangehen an potentielle Kunden sich im Wettbewerb weiter zu qualifizieren und insbesondere das große Mengendefizit hervorragend auszugleichen. Gleichzeitig musste den strikten Auflagen der Genehmigungsbehörde bezüglich Qualitätssicherung und Nachweis der Qualitätssicherung des eingebauten Abfalls in den unterschiedlichen Deponiebereichen, der hohen Eigenkontrollverantwortlichkeit der AWH bezüglich der Annahme von Abfällen, ihrer chemischen und bodenmechanischen Eignung sowie der notwendigen Transparenz des abfallrechtlichen Nachweisverfahrens und der Rechtssicherheit der AWH bei der Umsetzung mittelbar geltender Verordnungen Rechnung getragen werden.

Seit 1. Februar 2007 ist die Verordnung zur Umsetzung der EU-Ratsentscheidung vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien vom 13. Dezember 2006 in Kraft getreten. Diese Verordnung enthält neue Regelungen u. a. bezüglich der „grundlegenden Charakterisierung“ des Abfalls, der Festlegung von Schlüsselparametern für Kontrolluntersuchungen, deren Häufigkeit und Änderung bezüglich chemischer Parameter. Mit dieser Verordnung ist wiederum eine Zunahme des Kontrollaufwandes und des chemischen Analyseumfanges verbunden. Die AWH hat sich langfristig auf die Änderungen im Ergebnis dieser Verordnung vorbereitet, sodass eine zeitnahe betriebliche Umsetzung erfolgen konnte. Gleichzeitig trat am 1. Februar 2007 die neue „Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen“ vom 20. Oktober 2006 in Kraft sowie die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Das Jahr 2009 war geprägt von der Diskussion um den Entwurf der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts. Mit dieser Verordnung ist vorgesehen, das historisch zersplitterte Deponierecht zu einer übersichtlichen Regelung zusammenzufassen und zugleich an den Stand der Technik anzugleichen. Diese Verordnung trat am 16.07.2009 in Kraft. Sie schreibt u.a. in § 26 den Bestandsschutz für diejenigen Altdeponien, die sich bereits in der Stilllegung befinden und für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung eine rechtsgültige Rekultivierungsanordnung vorlag, fest. Mit der vorliegenden Verordnung einher ging eine weitere Verschärfung der Eigenkontrollverantwortung der Deponiebetreiber sowie der Ausbau der Verantwortung und Kontrollpflicht der Deponiebetreiber gegenüber den Abfallerzeugern.

Um weiterhin Rechtssicherheit in Bezug auf Abfallannahme und Abfallverwertung im Unternehmen zu gewährleisten und die innerbetrieblichen Abläufe mit der notwendigen Transparenz für die Kontrollbehörde deutlich zu machen, erfolgte eine Anpassung der diesbezüglichen Ablauforganisation der einzelnen Bereiche im Unternehmen.

Weiterhin als Arbeitsentwurf liegt die Ersatzbaustoffverordnung vor, die den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe außerhalb des Deponierechts regeln soll.

In den Erarbeitungsprozess beider Verordnungen brachte und bringt sich die AWH durch ihre Mitarbeit in den einschlägigen Fachverbänden ein.

Grundlage für die 2009 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen ist der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF - Forschungsvorhabens der AWH basiert.

Im Rahmen der Stilllegungsmaßnahme der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers werden geeignete Abfälle zur Verwertung in den unterschiedlichen Bereichen des Deponiekörpers eingebaut mit dem Ziel, das Durchströmungsverhalten im Deponiekörper hydraulisch zu optimieren und somit eine langfristig wirksame und nachhaltige Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper zu gewährleisten. Im Geschäftsjahr 2009 wurden im Rahmen dieser Maßnahmen 1.252.216 Mg Abfall als Deponiebaustoff eingebaut und daraus Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 3.537 erzielt.

Zur Reduzierung der Menge des in den Deponiekörper eindringenden Niederschlagswassers und somit zur Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper wird eine 1,5 m mächtige Wasserhaushaltsschicht aufgebaut und anschließend auf einer Fläche von ca. 100 ha aufgeforstet. Die Art und Beschaffenheit der Wasserhaushaltsschicht sowie die geeignete Vegetation zur Reduzierung der Niederschlagsinfiltration ist durch Modellprognoserechnungen belegt und muss regelmäßig nachgewiesen werden. Die Verringerung des Niederschlagseintrages in den Deponiekörper erfolgt im Wesentlichen durch die hydraulische Entlastung über eine Drainageschicht in einem dann angestauten Wasserkörper durch die Wasserspeicherung in der Wasserhaushaltsschicht und Evapotranspiration durch den dafür vorgesehenen Wald. Die genehmigungsrechtliche Antragstellung dieser Maßnahme durch die AWH erfolgte schrittweise seit 2005. In den Jahren 2008 und 2009 erfolgte zunächst ein Probetrieb auf 5 ha Deponiefläche um nachzuweisen, dass die anspruchsvollen chemischen und bauphysikalischen Zuordnungspunkte eingehalten werden.

Die Annahme von Abfällen zum Einsatz für die geotechnische Sicherung als auch für den Aufbau der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht unterliegen einer komplexen Kontrolle der chemischen Zusammensetzung und der bodenphysikalischen Eigenschaften sowie einer engmaschigen Überwachung im eingebauten Zustand.

Durch kontinuierliche Kontrollmessungen im Deponiebereich Süd wurde 2007 ein Methangehalt größer 50 % im Deponiegas festgestellt. Deponiegas mit einem Methangehalt dieser Größenordnung ist ordnungsgemäß zu fassen und schadlos zu beseitigen. Im August 2008 wurden durch die AWH die Genehmigungsunterlagen für den Bau einer Gasfassungs- und Gasverwertungsanlage für den Deponiebereich Süd bei der zuständigen Behörde eingereicht.

Im April 2009 lag der AWH die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor, im Juni 2009 die abfallrechtliche Genehmigung. Nach Durchführung einer beschränkten Ausschreibung mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb erfolgte im August 2009 der Baubeginn. Im Rahmen dieser Baumaßnahme wurden sieben Horizontaldrainagen zur Gasabsaugung im Deponiekörper nieder gebracht, 30 Gasbrunnen geteufte, sowie zwei Gasverdichter, eine Notfackel- und drei Gassammelstationen errichtet. Die installierte elektrische Leistung beträgt 1,5 MW. Die zusätzlich zu erzielenden Erlöse belaufen sich pro Jahr auf ca. TEUR 800. Die Kosten der Baumaßnahme beliefen sich im Jahr 2009 auf TEUR 1.826.

Des Weiteren wurde 2009 mit einer umfassenden Ertüchtigung des Deponiegasfassungssystems im mittleren Bereich des Deponiekörpers begonnen, wozu neben der Erhöhung der Fassungselemente und dem Höhersetzen der Gassammelstationen, entsprechend des Einbaufortschritts im Rahmen der geotechnischen Sicherung, auch eine teilweise oberflächliche Neuverlegung von Gastransport- und -absaugleitungen gehörte. Diese Maßnahme wird 2010 abschließend weitergeführt. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme resultiert aus Abrissen der Gasleitungen durch Setzungen und Sackungen im Deponiekörper, die eine Verminderung der Gasfassung und somit der Gasverwertung zur Folge haben und u. a. zu wesentlichen Erlösschmälerungen führen. Die Kosten dieser Ertüchtigungsmaßnahme beliefen sich 2009 auf ca. TEUR 280. Sie trugen 2009 zu einer erheblichen Stabilisierung der Gasverwertung und der Erlöseinnahmen bei. Insgesamt konnten jedoch die für 2009 geplanten Deponiegaserlöse von TEUR 2.101 mit TEUR 1.278 nicht vollständig realisiert werden, da die neue Gasverwertung nicht wie ursprünglich geplant im 2. Quartal 2009 in Betrieb gehen konnte, sondern wegen der Genehmigungslage erst Ende 2009 zugeschaltet wurde.

Eine andere im Geschäftsjahr 2008 begonnene Maßnahme, die Errichtung des ersten Baufeldes der Sickerwasserinfiltration im Rahmen der biochemischen Inertisierung, konnte im Berichtsjahr mit dem geplanten zweiten Baufeld nicht weitergeführt werden, weil eine beabsichtigte Fördermittelbeantragung nicht erfolgen konnte. Entgegen der ursprünglichen Zusage der Investitionsbank wurde der Erlass der Durchführungsbestimmungen zur Antragstellung immer wieder zeitlich verschoben, liegt aber nunmehr seit dem 1. März 2010 vor. Eine Projektskizze zu o. g. Bauvorhaben liegt der zuständigen Fachbehörde, dem Landesverwaltungsamt vor, ebenso der Antrag zum vorzeitigen Baubeginn.

Mit der Maßnahme der Sickerwasserinfiltration ist beabsichtigt, durch die Einstellung eines optimalen Wassergehaltes im Deponiekörper die Mineralisierung in der Deponie zu beschleunigen und in einem überschaubaren Zeitraum die Emission zu minimieren. Die bereits bestehende Anlage ist kombiniert mit kiesgefüllten Infiltrationssäulen und Infiltrationsrigolen und versickert zurzeit im Probetrieb ca. 2.600 m³ Sickerwasser im Monat. Die umfangreiche Datenerfassung und wissenschaftliche Auswertung erfolgt durch die AWH. Die bisherigen Ergebnisse entsprechen den Erwartungen und Prognosen des Forschungsvorhabens und sind Grundlage für die Vorgaben für den Regelbetrieb und die Planung des darauf folgenden Bauabschnittes.

In Vorbereitung für die zum Ende der Stilllegung geplante Flutung des sogenannten Drehpunktgebietes des Tagebaurestloches ist es notwendig, die Böschungen in diesem Bereich standsicher zu gestalten sowie Schnittstellen zum Deponiekörper und zum Westschlauch geotechnisch und hydrogeologisch zu sichern.

Im Vorfeld hierfür sind umfangreiche Arbeiten notwendig (Stand sicherheitsnachweise, hydraulische und limnologische Gutachten, hydrogeologische Gutachten u. a.), die in einem mit den zuständigen Behörden abgestimmten Planungskonzept zusammengefasst sind. Im Jahr 2009 wurden mehrere Varianten der Böschungsgeometrie erarbeitet, die sich noch im Stadium der geotechnischen und abfallrechtlichen Prüfung bzw. wirtschaftlichen Bewertung befinden.

Eine weitere Maßnahme 2009 war die Erstellung einer neuen Waagedatensoftware, deren Notwendigkeit sich aus der Anpassung an die in den letzten 10 Jahren erfolgten Änderungen im Deponierecht ergab, aber auch aus der Notwendigkeit, das veraltete DOS-Betriebssystem, das nicht mehr kompatibel war, mit Hardware der neuen Generation durch ein Windows-Betriebssystem zu ersetzen. Parallel wurde eine Orakel-Datenbank installiert, die die Anwendungsmöglichkeiten erweitert und eine hohe Sicherheit bietet.

Weitere Maßnahmen im Jahr 2009 betrafen die Bereiche Erkundung, Umweltcontrolling und Monitoring. Hierbei waren aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen umzusetzen, die insbesondere auch aus dem Inkrafttreten der „Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts“ im Bereich der abfallrechtlichen Nachweisverfahren resultieren aber auch aus der Rekultivierungsanordnung. So erfolgte 2009 die Überprüfung und Aktualisierung der Datenbasis der für die Modellrechnung des Stilllegungskonzeptes getroffenen Annahmen zur Entwicklung der hydrologischen Situation und weiterführend auch der Prognosewerte zu den Transportmechanismen, den Austragungsmengen und Frachten.

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2009 eine Gesamtleistung von Mio. EUR 10,3 erzielt werden (Vj.: Mio. EUR 11,1).

Der gesamte betriebliche Aufwand des Geschäftsjahres 2009 belief sich auf Mio. EUR 10,1 (Vj.: Mio. EUR 9,0). Davon entfallen Mio. EUR 8,5 auf die Kosten des Stilllegungsbetriebes. Die im Rahmen des Stilllegungsbetriebes erzielten Umsatzerlöse und sonstige Erträge betragen für 2009 Mio. EUR 4,9. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos von Mio. EUR 3,6 entsprechende Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge verbucht.

Im Jahr 2008 wurde erstmalig bei der Feststellung des Jahresabschlusses 2007 durch Gesellschafter und Aufsichtsrat der AWH der Beschluss gefasst, den Jahresüberschuss 2007 nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag in Höhe von TEUR 530 dem Gesellschafter als Gewinnvortrag zuzuführen. Des Weiteren wurde durch den Gesellschafter der Beschluss gefasst, die Anderen Gewinnrücklagen und die Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG (insgesamt TEUR 2.000) zu entnehmen. Die Auszahlung der beschlossenen Ausschüttung erfolgte im März 2009 an den damaligen Gesellschafter Stadt Halle (Saale). Der sich für das Geschäftsjahr 2008 ergebende Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von Mio. EUR 3,9 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Es ist vorgesehen, den sich nach Steuern ergebenden Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2009 (TEUR 3.316), der letztlich v. a. aus den Wertpapiererträgen resultiert, zusammen mit dem Gewinnvortrag (TEUR 3.885) an den Gesellschafter SWH auszuschütten. Die Ausschüttung wird auf den planmäßigen Verlauf der Rekultivierung der Deponie keinen Einfluss haben. Die Geschäftsführung wird sicherstellen, dass die Ausschüttung in Einklang mit dem vom LVwA beschiedenen Sicherungsbetrag (geforderte Sicherheit für die Rekultivierung der Deponie) steht.

Im Geschäftsjahr 2009 bestanden grundsätzlich insbesondere durch den vom LVwA genehmigten Verkauf von Wertpapieren und die Ausschüttung von Wertpapiererträgen keine Liquiditätsprobleme.

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2009 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit für die Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb vom EdDE bestätigt. Im September 2009 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung.

Weiterhin fand im September und Dezember 2009 die Überwachungsbegutachtung zur Laborakkreditierung statt, in dessen Ergebnis das Labor der AWH wiederum den Nachweis als Prüflabor erbrachte.

Ausblick

Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen weiter einzugrenzen und eine Umsetzung unter genau definierten Rahmenbedingungen zu erreichen, sind weiterhin konkretisierende, wissenschaftlich fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. durch Systemmonitoring ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu verifizieren und darauf aufbauend die bisher aufgestellten Prognosen im Sinne der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit fortzuentwickeln und weitergehend untersetzen zu können.

Diese Untersuchungen dienen im Wesentlichen der Bemessung und Optimierung von Maßnahmen, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können.

Die Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) für den Zeitraum vom 1. Juni 2005 bis 31. Dezember 2051 wird von der AWH ständig fortgeschrieben. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den nach der genannten geplanten Ausschüttung an den Gesellschafter verfügbaren Mitteln eine Rekultivierung der Deponie wie geplant möglich ist. Zum 31. Dezember 2009 sind hierfür Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 66,8 gebildet. Wertpapiere sind mit einem Buchwert zum 31. Dezember 2009 in Höhe von Mio. EUR 72,2 ausgewiesen.

Die Geschäftsführung der AWH geht jedoch nach wie vor davon aus, dass aufgrund der langfristigen Sanierungszeiträume auch unter Einbeziehung der Wertpapiererträge und eventuell entstehender Kursgewinne Fehlbeträge eintreten können (Differenz zwischen den tatsächlich anfallenden Stilllegungs- und Nachsorgekosten, abzüglich zu erzielender Erlöse, und den durch die AWH finanzierbaren Mitteln).

Eine Erhöhung der Mittelbereitstellung zur Sanierung (Sicherung der Decklungsrechnung) kann ggf. durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Beantragung von Förder- und Zuschussmitteln (u. a. aus dem Zukunftsfonds Entsorgungswirtschaft)
- Steigerung der Einnahmen während der Stilllegungsphase bzw. Kosten brauchen in der geplanten Höhe nicht in Anspruch genommen zu werden.

Noch im März 2010 ist die VOB-Abnahme der Deponiegasverwertung Süd geplant sowie die abschließenden Ertüchtigungsmaßnahmen am Gasfassungssystem im mittleren Deponiebereich, die bedingt durch Setzungen und Sackungen des Deponiekörpers erforderlich werden.

Des Weiteren wird auf Grundlage des Ergebnisberichtes des Probetriebes der Sickerwasserinfiltrationsanlage 2010 die Planung des zweiten Bauabschnittes erfolgen.

Parallel zur weiteren geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers erfolgen der Abschluss der 5 ha Probefläche der Wasserhaushaltsschicht und die Übergabe des Ergebnisberichtes an das LVwA. Im März 2010 wird der Genehmigungsantrag für weitere 16 ha Wasserhaushalts- und Drainageschicht beim LVwA eingereicht. Im Herbst 2010 beginnt die Aufforstung der ersten beiden Hektar Wasserhaushaltsschicht. Besonderer Arbeitsschwerpunkt ist die Böschungsgestaltung Drehpunktbereich. Die Arbeiten sind entsprechend Planungskonzept fortzusetzen.

Die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der durchzuführenden Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen und ihrer Finanzierung sind sorgfältig eingeschätzt, sind aber durch die Langfristigkeit und verbleibenden Innovationsrisiken nicht vollständig kalkulierbar. Der Fortbestand der AWH ist bedroht, wenn die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge durchzuführenden Maßnahmen und ihrer Finanzierung nicht eintreten. Dies kann u. a. durch Mehrkosten, die eventuell im Rahmen von Genehmigungsanordnungen für die einzelnen Maßnahmen entstehen könnten, eine sich ändernde Rechtslage (insbesondere in Bezug auf EU-Vorgaben), Kosten- und Preissteigerungen, höher als geplante Steuer(nach)zahlungen und geringere als geplante Erlöse verursacht sein. Des Weiteren ist zu beachten, dass Teile des Stilllegungskonzeptes auf modelltheoretischen Ansätzen basieren, deren Bestätigung in der Praxis noch nicht gesichert ist und bei denen die Auswirkungen auf den tatsächlichen Sanierungsprozess noch nicht eingeschätzt werden können. Dies könnte die Fortsetzung des Sanierungsprozesses beeinflussen und Auswirkungen auf die Gesamtsanierungsaufwendungen nach sich ziehen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die von der AWH gehaltenen Wertpapiere neben Chancen einer überdurchschnittlichen Performance auch Kurs-, Teilungs- (Tranchen-) und Wertschwankungsrisiken unterliegen, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise. Die zusätzlich zum Verkauf der Wertpapiere erzielten (und sich im Zeitablauf mit Fortschreiten der Sanierungsarbeiten und damit Abbau des Wertpapierbestands verringernden) Wertpapiererträge (nach Steuern) dienen vorrangig dazu, mögliche Kosten- und Preissteigerungen der Sanierung zu kompensieren.

Hinsichtlich möglicher Risiken aus künftigen finanzamtlichen Außenprüfungen ist zu beachten, dass die bisherigen Betriebsprüfungen die Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation), die als Basis zur Berechnung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge dient, noch keiner tiefergehenden Prüfung unterzogen haben. Der Kosten- und Erlösplan ist Basis für die Bildung und Bewertung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge.

Die Unternehmenskonzeption der AWH sieht neben der Durchführung des Stilllegungs- und Nachsorgebetriebes den Ausbau des Standortes Halle-Lochau zu einem Abfallwirtschaftszentrum vor, dass auch weitere (nicht nur durch die AWH betriebene) Anlagen zur Stoffkonditionierung für den Stilllegungsbetrieb vorsieht bzw. Flächen für andere Ansiedlungen anbietet. Dazu wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Gesellschafter Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Saalekreis zur Entwicklung eines Kreislaufwirtschafts-Parks geschlossen. Ein entsprechender Bebauungsplan ist von der AWH vorbereitet und befindet sich in der Endphase. Im Rahmen der Ansiedlungsprojekte kann die AWH als Infrastrukturdienstleister auftreten. Im Rahmen ihrer weiteren geplanten EU-Projektarbeit wird sie ihren Wissensvorsprung bezüglich Deponiestilllegung weiterhin nutzen.

Die AWH wird die Entwicklung auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten verfolgen müssen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass grundsätzlich die im Wirtschaftsplan 2010 festgeschriebenen Mengen und Erlöse aus der Annahme von Abfällen zur Verwertung eingehalten werden können.

Nach Einbindung der AWH in den Verbund der Stadtwerke Halle GmbH wird 2010 weiter zu untersuchen sein, ob damit auch weitere Effizienzsteigerungen aus Synergieeffekten erschlossen werden können, um die zukünftigen Entwicklungserfordernisse zu unterstützen.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
enviaM Beteiligungsmanagement GmbH	281	51,00
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 116 GO-LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.428	27	1.577	24	1.260	21	-150	-9
3.860	73	4.882	76	4.685	79	-1.022	-21

Bilanzsumme

5.288	100	6.459	100	5.946	100	-1.171	-18

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.199	42	2.511	39	1.769	30	-311	-12
				0	0	0	
1.645	31	2.399	37	2.868	48	-754	-31
1.444	27	1.549	24	1.308	22	-106	-7

Bilanzsumme

5.288	100	6.459	100	5.946	100	-1.171	-18

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
18.671	18.067	16.972
535	367	712
4.615	4.523	4.635
11.064	10.498	9.648
500	303	210
2.027	2.204	2.849
17	128	122
5	1	4
1.011	1.031	459
359	67	237
652	963	222
652	963	222

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,49	5,33	1,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	42,14	62,26	14,34	%
Cash-Flow:	1.152	1.267	431	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	80	76	78	T€
Personalaufwandsquote:	57,61	56,95	54,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,19	4,64	6,08	%
Eigenkapitalquote:	41,59	38,87	29,75	%
Fremdkapitalquote:	58,41	61,13	70,25	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsentwicklung

Die Erwartungen an 2009, dem Jahr nach unserem 15-jährigen Firmenjubiläum, waren nicht geringer als zuvor. Der Ausbau des Drittmarktgeschäftes und wirtschaftliche Stabilität waren und sind weiterhin das Ziel der A/V/E. Diese Ziele sind 2009 klar erreicht worden. Mit sieben neuen Kunden konnte die A/V/E 2009 ihr Ziel, die Erweiterung des Drittmarktgeschäftes, erfolgreich vorantreiben. Die Umsatzerlöse wurden erneut gesteigert.

Begünstigt wurde diese Entwicklung vor allem durch die strategische Ausrichtung der A/V/E, neben dem Full-Service ihren Auftraggebern auch die Möglichkeit der Beauftragung, kundenindividueller Einzelleistungen anzubieten. Mit diesem sogenannten Cafeteria-Prinzip können sich neue Kunden von der Qualität der A/V/E-Leistungen bei kleineren Projekten überzeugen und Vertrauen für größere Nachfolgeprojekte fassen.

Die Wettbewerbssituation hat sich 2009 für die A/V/E spürbar verändert. Nach wie vor drängen sogenannte ausgegründete Shared-Service-Gesellschaften auf den Markt für Abrechnungs- und Kundenservicedienstleistungen. In diesem Jahr ist neu, dass sich das Volumen der tatsächlichen freien Dienstleistungsnachfrage deutlich in Richtung Onlineprodukte erhöht hat. Viele neu gegründete Gesellschaften traten 2009 mit Strom- und Gasprodukten auf den Markt, die ausschließlich das Internet als Vertriebs- und Auftragsplattform für ihre Kunden nutzen. Der Trend zu diesen online-basierten Tarifen wird sich auch 2010 weiter fortsetzen.

Wie im Vorjahr führten die sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen für den Energievertrieb und die steigende Sensibilität der Endkunden dazu, dass die Ansprüche der Kunden stiegen und ein erhöhtes Mengenvolumen an Kundennachfragen bearbeitet wurde.

Die gesetzlichen Entwicklungen der letzten Jahre führten 2009 in der A/V/E zu einer wichtigen strategischen Entscheidung. Genau wie viele andere Marktbegleiter stand die A/V/E vor der Herausforderung, sich zu den neuen Markttrollen Messdienstleister und Messstellenbetreiber, die aufgrund der Liberalisierung des Zähl- und Messwesens entstanden, zu positionieren. Vor dem Hintergrund der noch nicht vollständig geklärten rechtlichen Rahmenbedingungen, wird sich die A/V/E zukünftig als unabhängiger Dienstleister für die Markttrollen Lieferant, Netzbetreiber, Messdienstleister und Messstellenbetreiber aufstellen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt sieht die Gesellschaft die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auch 2009 stabil und positiv.

Das Investitionsvolumen fiel im Geschäftsjahr 2009 geringer aus als im Vorjahr (421 T€; 2008 643 T€). Die im Geschäftsjahr 2008 angeschaffte hochmoderne Voice-over-IP Telefonanlage konnte zu Jahresbeginn in Betrieb genommen werden und beeinflusste somit die Abschreibungen für 2009 spürbar. Der Umzug in ein anderes Bürogebäude mit moderner Infrastruktur und zentraler Lage in Halle an der Saale war verbunden mit der Anschaffung neuer Büromöbel und IT-Ausstattung.

Mit dem System ARGOS wurde ein neues IT-System zur Steuerung von Ables- und Inkassoaufträgen angeschafft und befindet sich in der praktischen Einführungsphase.

Der Rückgang des Umlaufvermögens entfiel mit 638 T€ auf den Rückgang der flüssigen Mittel (Cash-Management-Guthaben).

Das Eigenkapital betrug unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses 2009 und der Gewinnausschüttung für das vorige Geschäftsjahr zum Bilanzstichtag 2.199 T€. Die Eigenkapitalquote stieg auf 41,6% (Vorjahr 38,9%).

Bei den Rückstellungen zeigte sich insgesamt ein Rückgang um 754 T€. Ursächlich dafür war der Rückgang um 221 T€ in den Rückstellungen für Altersteilzeit, der Inanspruchnahme beziehungsweise Auflösung der Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Umzug von 367 T€ sowie dem Rückgang von Personalrückstellungen um 35 T€.

Der Umsatz stieg um 604 T€ auf 18.671 T€. Die Umsatzrendite betrug 3,5% (Vorjahr 5,3%).

Im Finanzergebnis zeigten sich auch für die A/V/E die Folgen der Banken- oder Weltwirtschaftskrise. Weitere Auswirkungen auf die Gesellschaft gab es nicht. Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war jederzeit gewährleistet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit blieb im Vergleich zu 2008 nahezu unverändert. Aufgrund des Wegfalls von periodenfremden Effekten stieg der Steueraufwand gegenüber 2008 an. Der Jahresüberschuss belief sich danach auf 652 T€ (Vorjahr 963 T€).

Personal- und Sozialwesen

Das Personal- und Sozialwesen der A/V/E war 2009 entgegen der Erwartung weniger geprägt von demografischer Entwicklung, sondern mehr durch Gesundheitsmanagement, Mitarbeiterbefragung, Bildungsanalyse und Azubi-Assessment-Center.

Einen besonderen Interessenschwerpunkt bildete 2009 sowie aktuell für die A/V/E, die optimale Betreuung ihrer Mitarbeiter. Auch die Personalgewinnung stellt aufgrund der aktuellen Entwicklungen jedes Jahr eine größere Herausforderung dar.

Mit dem Austritt aus der Tarifgruppe Energie des AVEU zum 31.03.2009 wurde ein erster Schritt in Richtung eines zukunftsfähigen und marktgerechten Tarifwerks für die A/V/E vollzogen. Mit der Gewerkschaft wurden neben einem bis 31.12.2010 geltenden Vergütungsabschluss weitere wesentliche Meilensteine vereinbart. Bis April 2010 werden die Verhandlungsparteien ein komplettes Tarifwerk verhandeln.

Die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte war auch 2009 für die A/V/E von großer Bedeutung. Die Ausbildungsquote betrug 5%. Die insgesamt 12 Azubis wurden in den Ausbildungsberufen Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Dialogmarketing ausgebildet. Bereits im Dezember wurden über ein Assessment-Center die neuen Auszubildenden für das Ausbildungsjahr 2010 ausgewählt. Hier zeigte sich die demografische Entwicklung am stärksten. Der Pool an potenziellen Auszubildenden hatte sich deutlich reduziert.

Der Personalbestand (Arbeitnehmer) verringerte sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 5 Mitarbeiter auf 237 per 31. Dezember 2009.

Risiko-Management

Risiko-Management und Controlling sind bei der A/V/E eng verzahnt. Die quartalsweise identifizierten und bewerteten Risiken wurden mit dem Controlling abgestimmt und fanden Eingang in die Kostenrechnung. Soweit handelsrechtlich zulässig, fand eine Überleitung in die Bilanz statt.

Im Risiko-Management-Prozess wurden auch Chancen erfasst. Die A/V/E setzte damit auf eine umfassende Zukunftseinschätzung.

Die neuen Verordnungen zur Liberalisierung des Zähl- und Messwesens wurden durch die A/V/E kritisch aufgenommen. Die aktuelle Rechtslage warf vielfältige Fragen auf, die die A/V/E 2009 für sich beantwortete. Als kompetenter und erfahrener Dienstleister für die Markttrollen Lieferant und Netz war 2009 in der A/V/E die Entscheidung gefallen, dies auch im vollen Umfang für Messdienstleister und Messstellenbetreiber sein zu wollen, ohne die Marktrolle selbst mit allen rechtlichen Rahmenbedingungen ausfüllen zu müssen.

Aufmerksam verfolgte die A/V/E das Verhalten von einzelnen Vertriebsgesellschaften und deren Auslegung entsprechender Gesetze, beziehungsweise die Reaktion der Netzbetreiber auf gesetzliche Bedingungen. Die Gesellschaft war und ist weiterhin auf ein schnelles Reagieren vorbereitet.

Chancen, Aussichten und Strategie

Mit der Positionierung als Markttrollen-Dienstleister kann die A/V/E nicht nur erhebliche Potenziale heben, sondern sich auch weitere Marktchancen eröffnen. Neue Kunden können, unabhängig von Art und Umfang der zu vergebenden Dienstleistung und ihrer Markttrolle, in dem modular aufgebauten Full-Service-Angebot gefunden werden.

Erfolgreich wurde 2009 ein weiteres Abrechnungssystem für einen Kunden eingeführt. Nunmehr existieren SAP, Schleupen, Wilken Neutrasoft und LIMA als lebendiges Nebeneinander bei der A/V/E. Die Fähigkeit, in und mit allen marktüblichen Abrechnungssystemen fallabschließend zu arbeiten, ist am Markt ein derzeit einmaliges Leistungsangebot. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um ein Angebot im Rahmen eines Application Service Providing (ASP) oder eines Business Service Providing (BSP) handelt. Die damit gelebte Systemunabhängigkeit eröffnet der A/V/E zahlreiche Chancen am Markt.

Das von der A/V/E entwickelte Schulungsprogramm „TÜV zertifizierter Mitarbeiter im Kundenservice“ hatte sich 2009 zunehmend am Markt etabliert. Nicht nur die A/V/E setzte auf die hierdurch nachgewiesene Einzelqualifikation der im Kundenservice eingesetzten Mitarbeiter, sondern zahlreiche Wettbewerber erhoben den gleichen Anspruch. Der von der A/V/E gesetzte Standard etablierte sich am Markt und steigerte auf diesem Wege die Wettbewerbsfähigkeit.

Eine Steigerung der Beratungsqualität erreichen die Mitarbeiter der A/V/E zusätzlich mit dem in 2009 eigenentwickelten webbasierten Tarifrechner TA/V/EX. Schnell und übersichtlich werden sämtliche Tarife und Produkte eines Lieferanten, unter Einbeziehung einer vorgeschalteten Kundenbedarfsanalyse (Preis, Mehrwert, Sicherheit, Laufzeiten), dargestellt. So ist eine kundenspezifische und qualitativ hochwertige Tarif- und Produktberatung sichergestellt.

Die Liberalisierung des Zähl- und Messwesens bietet der A/V/E ein sehr interessantes Geschäftsfeld, das heute zum Teil schon von der A/V/E bearbeitet wird, aber angesichts der offenen rechtlichen Rahmenbedingungen und des erwarteten Margendrucks noch einige Fragen unbeantwortet lässt. Ausgerichtet als marktrolle-spezifischer Full-Service-Dienstleister stehen wir, ungeachtet der ausstehenden Entscheidungen, den dadurch entstandenen Marktrolle-Messdienstleister und Messstellenbetreiber ebenso als kompetenter Partner zur Seite.

Mit der klaren Ausrichtung auf die Erbringung von Dienstleistungen für Lieferant, Netz, Messdienstleister und Messstellenbetreiber der Branchen Energie, Wasser und Abwasserentsorgung verfolgt die A/V/E eine sehr wachstumsträchtige Strategie.

Ausblick

Die Regulierung der Energiewirtschaft bietet für die A/V/E vielfältige Chancen. Es ist vorhersehbar, dass sich der Wettbewerb weiter verschärfen wird. Dies wird mittelfristig zu einer Marktbereinigung und somit einer Konsolidierung des Marktes führen. Bei dieser Marktbereinigung wird die A/V/E eine wesentliche Rolle spielen.

Auch die steigende Anzahl der Vertriebsgesellschaften, vor allem im Online-Bereich, die sich aus Kostengründen einem Outsourcing oder einer dauerhaften Kooperation nicht verschließen können, lassen die A/V/E positiv in die Zukunft blicken. Gleichwohl wird sich die A/V/E keine Ruhe gönnen und weiterhin individuell und aktiv seine Bestandskunden betreuen und neue Kunden akquirieren. Die A/V/E war in der Vergangenheit aktiv, vital und energisch und wird auch zukünftig **Aktuelle Veränderungen Erkennen**.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 29.10.2009)
	Vorsitzender	Misch, Werner	(seit 21.09.2009, seit 29.10.2009 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(seit 29.10.2009 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009)
		Böcker, Udo	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
		Gärtner, Steffen	(bis 21.09.2009)
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)
		Hildebrandt, Roland	(seit 21.09.2009)
		Kocian, Burkhard	(bis 21.09.2009)
		Krause, Johannes	
		Lange, Hendrik	(bis 21.09.2009)
		Nebelung, Barbara	
	Neumann, Wolfram	(seit 29.10.2009)	

Aufsichtsrat:

Philipp, Lothar	
Raab, Katja	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Sieber, Olaf	(seit 21.09.2009)
Weihrich, Dietmar	(bis 21.09.2009)
Weiland, Mathias	(seit 21.09.2009)
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1	2	2	4			-0	-25
51	98	39	96	24	100	12	30

Bilanzsumme

52	100	41	100	24	100	11	28

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
18	35	15	37	13	53	3	21
24	46	12	30	4	17	12	95
10	19	13	33	7	30	-4	-26

Bilanzsumme

52	100	41	100	24	100	11	28

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
409	249	8
42	28	
7	17	0
401	224	7
0	0	
40	32	5
0	0	0
0	0	
3	2	-4
3	2	-4
3	2	-4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,76	0,91	-47,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,59	17,56	-23,24	%
Cash-Flow:	4	3	-4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	15	16	3	T€
Personalaufwandsquote:	88,75	81,14	83,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,42	4,11		%
Eigenkapitalquote:	35,05	37,09	52,89	%
Fremdkapitalquote:	64,95	62,91	47,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Allgemeine Lage

Nach dem ersten Jahr der vollständigen Anteilsübernahme der Cives Dienste GmbH durch die damalige Stadtwirtschaft GmbH Halle (SGH) stand im folgenden Jahr die Festigung und der Ausbau der Dienstleistungsqualität im Vordergrund. Die Fortführung der durchweg positiven Geschäftsbilanz sowie ein geplanter und stetiger Ausbau des Leistungsumfanges bestimmen die Berichtsperiode 2009. Die Verschmelzung der Gesellschafterin SGH mit der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH (Eintragung ins Handelsregister am 21. September 2009) beeinflusste den Geschäftsbetrieb der Cives Dienste GmbH in vernachlässigbarem Umfang. Dennoch ist die Gesellschaft bestrebt, mit ihrem Ergebnis die Erwartung der nun umfirmierten Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) zu erfüllen und mit der übernommenen Ergebnisabführungsverpflichtung diesen Prozess zu unterstützen.

Nach dem Ausscheiden eines Mitarbeiters der HWS als Handlungsbevollmächtigter der Cives Dienste GmbH hat zur Ausübung des Direktionsrechtes der Bereichsleiter Entsorgungsdienste der HWS eine Handlungsvollmacht erhalten und ergänzt damit die erteilte Handlungsvollmacht der Bereichsleiterin Gebäudereinigung. Zusätzlich hat die Geschäftsführung zur Unterstützung des Geschäftsbetriebes der Bereichsleiterin Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf der HWS eine erweiterte Handlungsvollmacht erteilt und zeigt somit die enge Vernetzung in die Leistungserstellung der Gesellschafterin.

Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr

Der zwischen der Cives Dienste GmbH und der damaligen SGH (nunmehr HWS) geschlossene Dienstleistungsvertrag wurde vollumfänglich erfüllt und beinhaltet weiterhin neben der Grundreinigung noch die Industriereinigung.

Wirtschaftliche Entwicklung

Bis zum Jahresende 2009 konnten somit die Leistungen kontinuierlich gesteigert werden und erreichten ein Niveau weit über dem Vorjahr und dem Plan. Im zurückliegenden Geschäftsjahr erwirtschaftete die Cives Dienste GmbH Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 409 und überschreitet damit den Plan von TEUR 340 um TEUR 69. Positiv dabei ist sowohl der Zuwachs der Rohmarge als auch des Deckungsbeitrages zu nennen. Getragen wurde die Umsatzsteigerung von einem Ausbau der Personalstärke, so dass die Personalkosten einen kongruenten Verlauf zu den Umsatzerlösen nahmen. Zusätzlich belasteten im Jahr 2009 die Forderungen der Bundesagentur für Arbeit nach Schwerbehindertenabgabe die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Gesellschaft. Trotz dieser und anderer dem Leistungsumfang angepasster Aufwendungen kann die Cives Dienste GmbH auf ein Betriebsergebnis von TEUR 5 verweisen und dabei die geplanten Erwartungen verdoppeln. Das Jahresergebnis beträgt TEUR 3 und entspricht damit nahezu der Planung.

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 waren 30 Mitarbeiter (22,5 VBE) in der Cives Dienste GmbH beschäftigt.

Zukünftige Entwicklung

Für das Jahr 2010 erwartet die Gesellschaft bei gegebener Liquidität ein geplantes Jahresergebnis von TEUR 2 vor Gewinnabführung an die HWS. Das Bestreben der Gesellschaft besteht weiterhin in der kostengünstigen Aufgabenerfüllung auf einem fortwährend hohen Niveau und dem weiteren Ausbau der Dienstleistungspalette gegenüber der Gesellschafterin.

Ab dem 1. Januar 2010 wird die Cives Dienste GmbH als Subunternehmer der HWS die Leistung der Entsorgung von Abfällen des Dualen Systems aufnehmen. Zum Stichtag sind zehn weitere Arbeitnehmerverträge unterzeichnet, so dass der stetige Ausbau der Leistungen bereits zu Jahresbeginn gesichert ist. Die festgelegten Konditionen überschreiten dabei die unter den privaten Anbietern der Branche gebotenen Bedingungen für die Arbeitnehmer. Die Cives Dienste GmbH zielt mit dieser Einstellung auf die Sicherung der Qualität in der Leistungserbringung durch motivierte Mitarbeiter.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5 Zum Heizkraftwerk 12
06108 Halle (Saale) 06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und Telekommunikationsanlagen und sonstige Anlagen zur Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen für elektrische Energie-, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsberatung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf dem Gebiet der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
451	1	347	1	314	2	104	30
32.317	85	32.376	91	18.875	93	-59	-0
5.182	14	2.862	8	1.157	6	2.320	81

Bilanzsumme

37.950	100	35.585	100	20.346	100	2.366	7

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
25	0	25	0	25	0	0	0
19.545	52	17.359	49	2.724	13	2.186	13
13.229	35	15.368	43	16.459	81	-2.140	-14
5.152	14	2.832	8	1.138	6	2.319	82

Bilanzsumme

37.950	100	35.585	100	20.346	100	2.366	7

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
105.303	110.920	105.501
11	-9	13
1.127	1.137	412
81.525	92.581	87.405
2.722	2.477	2.387
145	182	1
17.634	15.489	15.476
31	9	68
13	47	7
6	112	108
4.428	1.170	610
2.366	12.566	
5.080	12.709	534
-2.715	-144	-534
40	11	11
1.673	1.015	62
0	0	2
0	0	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,59	0,92	0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	6.691,12	4.060,55	286,08	%
Cash-Flow:	1.831	1.244	72	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.265	2.606	2.584	T€
Personalaufwandsquote:	2,56	2,21	2,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,05	0,06	0,12	%
Eigenkapitalquote:	0,07	0,07	0,12	%
Fremdkapitalquote:	99,93	99,93	99,88	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Netznutzung Gas	1.174,00	1.139,00	1.123,00	GWh
Netznutzung Strom	789,00	791,00	785,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigten -5,0 Prozent im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Der deutliche Rückgang der Wirtschaftsleistung ist hauptsächlich auf den konjunkturellen Einbruch im ersten Quartal des Jahres 2009 zurückzuführen. Während das Inlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal bereits wieder leicht zulegen konnte, versiegten die Wachstumsimpulse im vierten Quartal mit einem Nullwachstum.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands liegen derzeit Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen zeigte sich das Inlandsprodukt Ostdeutschlands jedenfalls im ersten Halbjahr robuster gegenüber der globalen Krise als im Westen der Republik. Auch in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Höhe von -5,6 Prozent (1. Halbjahr) weniger deutlich ausgefallen als im Westen (inkl. Berlin) mit -7,0 Prozent (1. Halbjahr) bzw. im Bundesdurchschnitt (-6,8 Prozent im ersten Halbjahr).

Der Arbeitsmarkt zeigte im abgelaufenen Jahr eine nur geringfügige Reaktion auf die Rezession. Mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent war der Arbeitsmarkt weniger empfindlich gegenüber konjunktureller Schwankung als zunächst zu erwarten war. In Ostdeutschland und in unserem Bundesland fiel die Arbeitslosigkeit sogar geringer aus als im Vorjahr. So verringerte sich die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,1 Prozentpunkte auf 13,0 Prozent.

Auch die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle verlief günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Mit 230.377 Einwohnern (Vorjahr: 230.900) verzeichnete die Stadt einen um ca. zwei Drittel geringeren Rückgang der Bevölkerung als zu erwarten gewesen wäre.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Im Mai 2009 beschloss der Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze. Wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist das Energieleitungsbaugesetz (EnLAG). Mit dem EnLAG soll der Netzausbau auf der Höchstspannungsebene beschleunigt werden. Ziel ist es, neue Transportmöglichkeiten von den Erzeugungsschwerpunkten der Windkraft im Norden zu den Verbrauchsschwerpunkten im Süden Deutschlands zu schaffen. Weiterhin soll der Netzausbau auch den europäischen Stromwettbewerb weiter intensivieren.

Im April 2009 trat das novellierte Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden (EnEG 2009) in Kraft. Das Gesetz zielt darauf ab, in Gebäuden nur so viel Energie zu verbrauchen, wie jeweils notwendig ist um das Gebäude zweckdienlich zu nutzen. Hauptaugenmerk legt das EnEG 2009 auf den Wärmeschutz der Gebäudehülle sowie die effiziente Anlagentechnik und deren Betrieb. Bestandteil des Gesetzes ist auch die Verteilung der Heizkosten und die Energieeinsparung im Bestand sowie die Überwachung der Bußgelder. Mit dem EnEG 2009 wurde der Weg zur Änderung der Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) eröffnet.

Die Bundesregierung beschloss im Juni 2009 die Änderung der Energieeinsparverordnung (EnEV). Die Änderung der EnEV trat im Oktober 2009 in Kraft. Durch die Novellierung der EnEV wurden die Beschlüsse der Bundesregierung zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) im Gebäudebereich umgesetzt. Ziel der novellierten EnEV ist es, den Energiebedarf für Heizung und Warmwasser im Gebäudebereich um ca. 30 Prozent zu senken. In einem weiteren Schritt sollen ab 2012 die energetischen Anforderungen nochmals um bis zu 30 Prozent erhöht werden. Die novellierte Verordnung leitet das Ende der Nachtspeicheröfen ein. Nachtstromheizungen, die älter als 30 Jahre sind, müssen bis 2019 durch effiziente Heizsysteme ersetzt werden. Nach 1990 installierte Geräte sind 30 Jahre nach Einbau auszuwechseln.

Im Juni 2009 verabschiedete der Europäische Rat das 3. Binnenmarktpaket zur Strom- und Gasmarkliberalisierung, das im September 2009 in Kraft trat. Die Verordnungen gelten ab März 2011. Mit dem Paket werden die Strom- und Erdgasbeschleunigungsrichtlinien aus dem Jahr 2003 fortgeschrieben. Ziel des Paketes ist unter anderem eine effektive Trennung des Netzbetriebes von der Erzeugung. Zudem sollen die Befugnisse der Regulierungsbehörden gestärkt, ein diskriminierungsfreier Zugang zu Übertragungs- und Fernleitungsnetzen sowie Speicher- und LNG-Anlagen ermöglicht und die Verbraucherrechte erweitert werden.

Das Klima- und Energiepaket der Europäischen Union (EU) trat im Juni dieses Jahres in Kraft. Darin hat die EU den Ausbau der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent bis 2012 in der Union beschlossen. Außerdem sollen die Energieeffizienz um 20 Prozent verbessert und der CO₂-Ausstoß um mindestens 20 Prozent verringert werden. Das Hauptinstrument des Maßnahmenpaketes ist der EU-weite Handel mit Emissionszertifikaten. Ab 2013 müssen Stromerzeuger ihre Emissionszertifikate zu 100 Prozent ersteigern. Diese Regelung birgt Zusatzkosten für Energieversorger, die von der CO₂-basierten Stromerzeugung abhängen.

Die Anzahl der Gasmarktgebiete hat sich zum 1. Oktober 2009 von zehn auf sechs reduziert. Die Zusammenlegung der Gasmarktgebiete vereinfacht den Netzzugang beim Gastransport und ermöglicht eine Intensivierung des Wettbewerbs in Deutschland. So haben sich unter dem Namen GASPOOL die Unternehmen Gasunie Deutschland, ONTRAS - VNG Gastransport, Wingas Transport, Dong Energy und Statoil Hydro Deutschland zusammengeschlossen. Des Weiteren ist die Marktgebietskooperation der Netzbetreiber bayernets, Eni Gas Transport Deutschland, E.ON Gastransport, GRTgaz Deutschland und GVS Netz unter dem Dach der NetConnect Germany entstanden.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) entschied im Herbst des Jahres 2008, dass überregionale Ferngasunternehmen der Kostenprüfung unterliegen. Zuvor wurden die Entgelte auf Basis des Vergleichsmarktprinzips gebildet. Die BNetzA hat Anfang Oktober dieses Jahres bekannt gegeben, mit Wirkung zum 1. Oktober 2009 die Netzentgelte für überregionale Ferngasnetze um durchschnittlich 25 Prozent zu kürzen. Betroffen sind davon folgende zehn Unternehmen: E.ON Gastransport, Dong, Eni Gas Transport, Erdgas Münster, Gasunie Deutschland, GRTgaz Deutschland, ONTRAS - VNG Gastransport, Statoil Hydro, Thyssengas und Wingas. Weiterhin gilt für die überregionalen Fernleitungsnetze ab dem 1. Januar 2010 auch die Anreizregulierung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr genehmigte die BNetzA die ersten Investitionsbudgets im Zusammenhang mit der Anreizregulierung. Dabei handelte es sich um drei Projekte der Vattenfall Europe Transmission und ein Projekt der Bayernets. Investitionsbudgets können von den Netzbetreibern für bedeutende Vorhaben beantragt werden. Dabei geht es um Investitionen, die notwendig sind, um die Versorgungsqualität der Energienetze aufrechtzuerhalten, neue Kraftwerke anzuschließen und die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Auf Grundlage der erteilten Genehmigungen können die Netzbetreiber ihre Erlösobergrenzen ab dem Jahr 2010 anpassen. Insgesamt liegen der Bundesnetzagentur noch rund 300 Anträge auf Genehmigung von Investitionsbudgets mit einem Volumen von 9 Mrd. Euro vor. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat ebenfalls einen Antrag für ein Investitionsbudget gestellt. Die Anhörung zum Antrag auf Investitionsbudget liegt mit Schreiben vom 16. Dezember 2009 vor. Die Prüfung erfolgte bis 8. Januar 2010, der Feststellungsbescheid der BNetzA steht noch aus.

Neben dem Gesetz zur Öffnung des Messwesens, welches im September 2008 in Kraft trat, wurde auch mit der Neufassung der Messzugangsverordnung der Markt für Messstellenbetrieb und Messung vollständig geöffnet. Die Verordnung zielt auf die schnelle Verbreitung intelligenter Stromzähler und damit verbundene Einsparmöglichkeiten ab. Durch den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meters) kann der Kunde eigenverantwortlich Energie sparen, da er genau seinen Verbrauch sehen und somit seine Nutzungsgewohnheiten ändern kann. Ab Januar 2010 müssen in Neubauten sowie in Altbausanierungen intelligente Strom- und Gaszähler installiert werden. Dies ist in Deutschland der erste Schritt zur Umsetzung einer EU-Umweltrichtlinie, alle Haushalte bis zum Jahr 2022 mit diesen „Smart Meter“ auszustatten. Nach der Verordnung der Europäischen Kommission sollen bis zum Jahr 2020 rund 80 Prozent der Haushalte diese intelligenten Zähler haben.

1.3. Geschäft

Die Gesellschaft ist als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Das Unternehmen erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 105,3 Millionen Euro, der sich überwiegend aus der Vereinnahmung der Netznutzungserlöse sowie aus der Abwicklung der Erfordernisse des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) zusammensetzte.

Auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 und der Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 wurde mit einem Schreiben vom 2. September 2008 von der Bundesnetzagentur für die 1. Regulierungsperiode ein unternehmensspezifischer Effizienzwert für die beeinflussbaren Kostenbestandteile der Netzentgelte Strom von 95,7 Prozent festgelegt. Die Erlösobergrenze für Strom wurde mit Schreiben vom 6. Januar 2009 der Energieversorgung Halle Netz GmbH mitgeteilt.

Für den Bereich des Verteilnetzes Gas wurde mit Schreiben vom 10. Dezember 2008 von der Landesregulierungsbehörde Magdeburg ein unternehmensspezifischer Effizienzwert von 82,2 Prozent festgelegt. Mit gleichem Schreiben wurde auch die Erlösobergrenze für Gas mitgeteilt.

Die festgelegten Erlösobergrenzen erhielten zum 1. Januar 2009 ihre Gültigkeit. Die Netznutzungsentgelte für Strom und Gas wurden entsprechend angepasst.

Eine finanzielle Belastung aufgrund der Mehrerlösabschöpfung infolge der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom August 2008 wird sich für die Energieversorgung Halle Netz GmbH frühestens ab 2010 bemerkbar machen. Dies betrifft Mehrerlöse, die die Netzbetreiber durch Beibehaltung der ursprünglichen Entgelte in den vorangegangenen Jahren erzielt hatten. Mitte des Jahres 2009 erhob die Bundesnetzagentur (BNetzA) Daten zur Abschöpfung der Mehrerlöse aus den Jahren 2005, 2006 und 2007. Die BNetzA bot den Stromnetzbetreibern ein vereinfachtes Verfahren zur Berechnung der Mehrerlösabschöpfung an. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat sich mit Schreiben vom 13. November 2009 an die BNetzA für die Teilnahme am vereinfachten Mehrerlösabschöpfungsverfahren entschieden. Mit Schreiben vom 27. November 2009 teilte die Bundesnetzagentur ihre Entscheidung zur Mehrerlösabschöpfung mit.

2008 wurden die Ländervertretungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Mitteldeutschland neu strukturiert. Die Themen und Aufgaben der neuen Gremienzusammenstellung richten sich schwerpunktmäßig anhand der Wertschöpfungsstufen der Energie- und Wasserversorgungsunternehmen aus. Grundlage der Arbeit in den Landeslenkungs-kreisen (LLK) Erzeugung und Beschaffung, Regulierung und Netze, Marketing und Vertrieb sowie Betriebswirtschaft und Benchmarks ist die bundesland- und spartenübergreifende Abstimmung von Themen der Branche und der Region. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit April 2009 Mitglied im Landeslenkungs-kreis Regulierung und Netze Mitteldeutschland. Die den Lenkungs-kreisen zugeordneten Landesfachausschüsse (LFA) befassen sich mit spezifischen Fachfragen, regional- oder spartenspezifischen Themen, mit Fachfragen zur Energie- und Wasserpolitik und mit der Umsetzung von Gesetzen und Regelungen in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH trat im Mai dieses Jahres dem Verein "Sicherheitspartnerschaft Tiefbau" zur Schadensprävention im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen bei. Der Verein fördert den Arbeitsschutz und unterstützt die Weiterbildung von Ausführenden, Aufsichtsführenden und Planern bei der Einhaltung von Unfallverhütungsmaßnahmen bei Tiefbaumaßnahmen im Näherungsbereich von unterirdischen Versorgungsanlagen der Sparten Gas, Wasser, Abwasser, Strom und Telekommunikation. Der Nachweis dieser Weiterbildung wird zukünftig Voraussetzung für Arbeiten am Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH sein.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit März 2009 Mitglied in der Energiegemeinschaft Halle/Saale e.V. Fachgruppe Elektro und seit Juni 2009 der Fachgruppe Gas. Die Ziele des Vereins sind neben der Steigerung der Fachkompetenz und des Ansehens des Handwerks auch die Verbreitung umweltfreundlicher Energieträger und Energiesparsysteme. Die Gesellschaft wird in ihrer Funktion als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle den Erfahrungsaustausch zwischen Handwerk, Fachhandel, Herstellern von Anlagen und Bauteilen sowie deren Anwendern wie Wohnungsunternehmen und Planungsbüros unterstützen.

Der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) übernahm zum 1. Juni 2008 den Themenbereich Netztechnik und Netzbetrieb im neu geschaffenen Forum Netztechnik/Netzbetrieb (FNN). Bisher wurden die Aufgaben im Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wahrgenommen. Die Forderung der Energieaufsichtsbehörden nach einer neutralen, unabhängigen und von den politischen Unternehmensinteressen losgelösten technischen Regelsetzung für Stromnetze machte eine Umstrukturierung notwendig. Das Forum steuert nunmehr die Erarbeitung und Herausgabe neuer Anwendungsregeln und unterstützt durch Lenkungs-kreise und Projektgruppen. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH wurde im Juli 2009 Mitglied dieses Forums.

Im August 2009 trat die Gesellschaft dem Verein „Solarvalley Sachsen-Anhalt e. V.“ bei. Ziel des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Anwendung und Bildung im Bereich Photovoltaik in Sachsen-Anhalt. Solarvalley Sachsen-Anhalt e. V. ist offen für Teilnehmer aus Industrie, Forschung und Wissenschaft, kommunalen Organisationen und Privatpersonen.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist Netzbetreiber im Sinn des Energiewirtschaftsgesetzes und damit zur Einhaltung aller Anforderungen der Entflechtung im Sinne § 6 - 10 EnWG verpflichtet. Infolge der hierzu notwendigen Umgestaltungen waren vielfältige Maßnahmen zu ergreifen, die den Auslegungsgrundsätzen der BNetzA vom 1. März 2006 und den Konkretisierungen der Auslegungsgrundsätze vom 21. Oktober 2008 entsprechen. Im Ergebnis der Auswertung der Arbeiten der vergangenen zwei Jahre erweist sich eine Fortschreibung der Auslegungsgrundsätze auch für den Netzbereich Fernwärme als sinnvoll. Die Netzgesellschaft Halle wurde beauftragt, die Übernahme der strategischen Aufgaben der Fernwärme vorzubereiten. Dazu wurden die Aufgaben zu Grundsatzplanung und Netzstrategie, die Verantwortung für die Führung der Netzleitstelle sowie Netzwirtschaft und Netznutzung mit Hilfe einer Projektstruktur in die Netzgesellschaft Halle überführt. Die operative Umsetzung erfolgt zum 1. Januar 2010.

1.4. Kommunikation

Der Gesellschafter der Netzgesellschaft Halle wurde durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung regelmäßig über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Wichtige Geschäftsvorgänge, die Geschäftsentwicklung, die finanzielle Lage der Gesellschaft und die Ergebnissituation sowie alle Maßnahmen, die nach den Regelungen der Satzung der Zustimmung des Gesellschafters bedürfen, wurden eingehend beraten.

2. Ertragslage

2.1. Umsatz

Die Gesamtumsatzerlöse aus Netznutzung für das Geschäftsjahr 2009 betrugen 72,5 Millionen Euro, im Vorjahr waren es 65,9 Millionen Euro.

Die im Netzgebiet der Energieversorgung Halle Netz GmbH agierenden Stromhändler versorgten im Jahr 2009 ihre Kunden mit 789 GWh (Vj.: 791 GWh) Strom. Die Umsätze in diesem Zusammenhang betrugen 48,4 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2,7 Millionen Euro mehr erzielt, was auf höhere genehmigte Netznutzungsentgelte zurückzuführen war.

Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.174 GWh (Vj.: 1.139 GWh). Der Umsatz in diesem Segment belief sich auf 24,1 Millionen Euro (Vj.: 20,2 Millionen Euro). Die Umsatzsteigerung wurde neben der Mengenerhöhung um 3 Prozent durch einen Preisanstieg im Zusammenhang mit der von der BNetzA genehmigten Erlösobergrenze erzielt.

Das KWK-G sieht vor, dass der von dezentralen KWK-Anlagen erzeugte Strom vom Netzbetreiber aufgenommen werden muss. Der im Kraftwerk Dieselstraße erzeugte Strom wird von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH an die Netzgesellschaft verkauft und zum gleichen Verrechnungspreis an die EVH GmbH weiterverkauft. Somit wurden in den Umsatzerlösen aus Strom in Höhe 20,4 Millionen Euro (Vj.: 32,0 Millionen Euro) die eingespeisten Strommengen dezentraler KWK-Anlagen ausgewiesen. Dieser Strom wurde an die EVH GmbH weiterverkauft. Die Gegenposition ist in Höhe von 20,4 Millionen Euro im Strombezug enthalten. Grund für den Rückgang waren ein Getriebeschaden im Kraftwerk sowie die verlängerte Revision am Block B.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH erzielte mit Servicedienstleistungen einen Umsatz in Höhe von 2,1 Millionen Euro. Bestandteil dieser Position waren vor allem die Erlöse aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH für Dienstleistungen im Rahmen der Bereitstellung von Info-, Fernwirk- und Leittechnik an die EVH GmbH. Ferner enthielt diese Position Erlöse für Servicedienstleistungen, vor allem aus Umverlegungsarbeiten für Kundenanschlüsse. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 0,1 Millionen Euro geringere Erlöse für Servicedienstleistungen generiert.

Weitere Sonstige Umsatzerlöse beliefen sich auf 10,1 Millionen (Vj.: 10,8 Millionen Euro). Diese Position enthielt überwiegend die Erlöse aus Zuschlägen gemäß § 7 KWKG in Höhe von 8,0 Millionen Euro. Die Erlöse berücksichtigten die im Kraftwerk Dieselstraße per Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte und gemäß KWK-Gesetz geförderte Strommenge.

Außerdem enthalten waren die vom regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber Vattenfall Europe Transmission GmbH gezahlten Vergütungen für die eingespeisten KWK-Strommengen kleiner dezentraler Einspeiser sowie für die nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien geförderten, vom Netzbetreiber aufgenommenen Strommengen.

Des Weiteren beinhalteten die Sonstigen Umsatzerlöse die Weiterberechnung der Reservenetzkapazität an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH in Höhe von 1,6 Millionen Euro.

2.2. Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 81,5 Millionen Euro an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 11,1 Millionen Euro weniger ausgegeben. Grund hierfür waren die geringeren KWK-Strombezugskosten.

Die KWK-Strombezugskosten aus der Einspeisung dezentraler Erzeuger entsprechen mit 20,4 Millionen Euro den ausgewiesenen Umsatzerlösen aus Strom. Im Vorjahr wurden hierfür 32,0 Millionen Euro aufgewandt.

Der KWK-Aufwand belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 9,3 Millionen Euro (Vj.: 9,9 Millionen Euro). Dieser Sachverhalt resultierte zum einen aus der Vergütung der KWK-Förderung an die zu-schussberechtigten Stromeinspeiser und zum anderen aus dem im Netznutzungsentgelt als Letztverbraucherzuschlag enthaltenen KWK-Lastenausgleich.

Weiterhin bezog die Energieversorgung Halle Netz GmbH Strom in Höhe von 3,3 Millionen Euro (Vj.: 2,6 Millionen Euro) zur Deckung der Netzverluste und des Betriebsverbrauchs für das Stromnetz sowie 0,4 Millionen Euro (Vj.: 0,3 Millionen Euro) für den Bezug von Kommunalgas für das Gasnetz.

Die Gesellschaft wendete für bezogene Leistungen 46,6 Millionen Euro (Vj.: 45,9 Millionen Euro) auf. Neben dem Aufwand für die Nutzung des vorgelagerten Stromnetzes der envia Verteilnetz GmbH sowie der gesonderten Kosten des vorgelagerten Gasnetzes von ONTRAS enthielt diese Position im Wesentlichen das Pachtentgelt für die von der EVH GmbH gepachteten Energieversorgungsnetze sowie für die von der EVH GmbH erbrachten kaufmännischen und technischen Dienstleistungen im Rahmen der Geschäftsbesorgung durch die EVH GmbH. Weiterhin fielen Aufwendungen für die Erbringung von Servicedienstleistungen für das Sekundärnetz an.

2.3. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2009 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 46 Mitarbeiter und vier Auszubildende.

Der Personalaufwand betrug 2,7 Millionen Euro (Vorjahr: 2,5 Millionen Euro). Dies ist eine Steigerung um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben wurde Personal eingestellt.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 43 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 17 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH stellt sich der demographischen Entwicklung und deren Auswirkungen durch eine verstärkte Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen bzw. die Gewinnung von Hochschulabsolventen. So werden mehr Auszubildende eingestellt und verstärkt Diplomanden-, Praktikanten- und Trainee Stellen angeboten. Zum 31. Dezember 2009 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH zwei Trainees und zwei Jungfacharbeiter. 2009 wurden insgesamt 8 Praktikanten und Diplomanden betreut.

Wesentlicher Faktor für den Erfolg der Energieversorgung Halle Netz GmbH ist ein aktueller Wissensstand der Mitarbeiter und deren Erfahrungswissen. 2009 investierte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 30 Tausend Euro in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter.

2.4. Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtszeitraum 17,6 Millionen Euro und fielen mit 2,1 Millionen Euro höher aus als im Vorjahr. Die Abweichungen resultierten hauptsächlich aus den höheren Aufwendungen für Instandhaltung der Netze, die Zuführung der Rückstellung Periodenübergreifende Saldierung sowie höhere Kosten für DV-Dienstleistungen. Weitere wesentliche Bestandteile dieser Position waren die Aufwendungen für die Konzessionsabgabe (8,9 Millionen Euro) sowie die Kosten für Abrechnungsdienstleistungen.

2.5. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -2,7 Millionen Euro. Grund für die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von -2,6 Millionen Euro war im Wesentlichen die Rückstellungsbildung für Mehrerlösabschöpfung. Dies wurde erforderlich durch einen vorliegenden Bescheid der BNetzA.

2.6. Ergebnisverwendung

Die Gesellschaft führt den Jahresüberschuss in Höhe von 1,7 Millionen Euro an die EVH GmbH aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages ab.

3. Finanzlage

Trotz eines um 0,7 Millionen Euro besseren Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 6,8 Millionen Euro im Vorjahr auf 2,0 Millionen Euro.

Die Verringerung in Höhe von 4,8 Millionen Euro beruht im Wesentlichen auf einem geringeren Saldo aus Zuführungen und Auszahlungen von Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr und dem Abbau von Verbindlichkeiten in Höhe von 0,5 Millionen Euro (im Vorjahr Zunahme 3,3 Millionen Euro).

Aufgrund der Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und unter Berücksichtigung des Cash-Outflows aus der Investitionstätigkeit (0,3 Millionen Euro) sowie der Abführung des Vorjahresergebnisses (1,0 Millionen Euro) ergibt sich insgesamt ein Finanzmittelbestand in Höhe von 3,5 Millionen Euro.

Dies entspricht einer Verbesserung des Finanzmittelbestandes um 0,7 Millionen Euro zum Vorjahr.

Der Finanzmittelbestand wird täglich dem Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH zugeführt und dort angemessen verzinst. Er belief sich am 31. Dezember 2009 auf insgesamt auf 3,5 Millionen Euro und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH.

4. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist mit der EVH GmbH über einen Pachtvertrag verbunden, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Das Unternehmen tätigte im Geschäftsjahr 2009 Investitionen in Höhe von 0,2 Millionen Euro, welche hauptsächlich für die Beschaffung von spezieller Hard- und Software ausgegeben wurden.

Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich um 2,4 Millionen Euro auf 38,0 Millionen Euro. Das Eigenkapital belief sich auf 25 Tausend Euro.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Energieversorgung Halle Netz GmbH notwendig machen würden.

6. Risikobericht

Basierend auf den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich bildet das Risikomanagementsystem der Energieversorgung Halle Netz GmbH einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung. Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und Chancen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zu gewinnen, die Erkenntnisse fortlaufend in unternehmerische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen und gegenüber den Gesellschaftern kontinuierlich zu kommunizieren.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In den ersten fünf Jahren müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,25 Prozent und in den zweiten fünf Jahren von 1,5 Prozent erzielen. Das bedeutet für die Gesellschaft, dass sie ihre Netzentgelte am günstigsten vergleichbaren Unternehmen ausrichten und dessen Niveau spätestens nach zehn Jahren erreichen muss.

Daraus ergibt sich eine Unsicherheit bezüglich des Preisniveaus des Nutzungsentgeltes für Strom und Gas.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

7. Prognosebericht

Mit dem Inkrafttreten von gesetzlichen Bestimmungen und Anreizregulierung haben sich die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Branche nachhaltig verändert. Wesentliche Gesetze und Verordnungen haben auch Einfluss auf die Aktivitäten der Energieversorgung Halle Netz GmbH.

Vor diesem Hintergrund ist künftig von deutlichen Belastungen der Ertragslage auszugehen. Die Gesellschaft stellt sich aktiv den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Anforderungen der Regulierung. In seiner Sitzung am 5. Juni 2009 beauftragte der Aufsichtsrat der EVH GmbH die Geschäftsführung der EVH, die Verpachtung des Fernwärme-Assets an die Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2010 vorzubereiten. In ihrer Gesellschafterversammlung am 1. Juli 2009 wurde die Übernahme der strategischen Aufgabenfelder der Fernwärme in die Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2010 abgestimmt. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wurde in der September-Sitzung dem Aufsichtsrat der EVH GmbH unterbreitet und verabschiedet.

Hintergrund dieser Entscheidung ist die Überlegung, dass die Erfahrungen der vergangenen Jahre bei der Entwicklung der Netzausbaustrategie für Strom- und Gasnetze auf das Fernwärmenetz übertragen werden sollten. Damit ist die Koordination der Netzausbaustrategie besser möglich.

Ein weiterer Vorteil: Die thematische Orientierung an den Auslegungsgrundsätzen der Bundesnetzagentur wird zu einem gemeinsamen Verständnis in der Auslegung und Umsetzung einer Netznutzungsentgeltstrategie in der Fernwärme beitragen. Anders gesagt: Fragen nach der Billigkeit der Fernwärmepreise laut § 315 des BGB lassen sich durch die getrennte Darstellung von Netznutzungsentgelten und Lieferpreisen besser beantworten.

Schließlich lassen sich bei der Betreuung der Netze „aus einer Hand“ auch Strukturen gut optimieren, Instandhaltungsstrategien leichter abstimmen und Investitionsentscheidungen sicherer treffen.

Die Einführung der Anreizregulierung zum 1. Januar 2009 setzt Impulse für einen effizienten Betrieb der Strom- und Gasversorgungsnetze. Dabei erfolgt die Entkopplung der Erlöse der Netzbetreiber von den Kosten des Netzbetriebes. Die Regulierungsbehörde gibt die Erlösobergrenze vor. Eine Anpassung der Erlösobergrenze kann jährlich zum 1. Januar des Folgejahres lt. Anreizregulierungsverordnung (ARegV) erfolgen. Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen müssen nach § 11 Satz 1 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) beziehungsweise § 10 der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) nach Abschluss einer Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den Erlösen ermitteln, die sie in dieser Periode aus den Netzentgelten erzielt haben, sowie den für die Periode kalkulierten Netzkosten. Diese Differenz müssen sie bilanziell verbuchen. In den Jahren 2009 bis 2011 ist die Periodenübergreifende Saldierung des Jahres 2007 Bestandteil der genehmigten Erlösobergrenzen für Strom und Gas. Die Periodenübergreifende Saldierung für das Jahr 2008 wurde für Strom am 17. August 2009 bei der BNetzA und für Gas am 30. September 2009 bei der Landesregulierungsbehörde im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt (LRegB) beantragt. Die Vorgaben zur Erlösobergrenze von der BNetzA und der LRegB stehen noch aus.

Die Einschätzung zur zukünftigen Entwicklung der Netznutzungsentgelte sowie die Auswirkungen durch die Anreizregulierung ab 2009 beeinflussen die künftigen Planungen.

Mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde zur Bestimmung der Erlösobergrenzen Gas vom 10. Dezember 2008 und dem Schreiben der Bundesnetzagentur vom 2. September 2008 teilen die Behörden den Abschluss der bundesweiten Benchmarkberechnungen mit, die der Anreizregulierung ab 1. Januar 2009 zu Grunde liegen.

Für das Netzgebiet Strom wurde ein Effizienzwert von 95,7 % und für das Netzgebiet Gas ein Effizienzwert von 82,2 % für die Netzgesellschaft Halle ermittelt.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenoptimierung, insbesondere im Bereich Instandhaltung und Ersatzinvestition, mittelfristig eine Verbesserung der Effizienzwerte einstellen wird.

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investition, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Übertragungs- und Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Erdgas, Leittechnik, Passivnetze und Zähler.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Die bereits im Jahr 2009 begonnenen und mittelfristig weiterzuführenden Maßnahmen im Schutzrohrtauschprogramm, zur Netzverdichtung der Gas-Randgebiete, zur Optimierung des Gebietes Turmstraße (Strom) und beim Umbau der Kettenpaartrafostationen führen zum einen zur Optimierung im Bereich der Investition und zeigen andererseits Kostensenkungspotenziale der Betriebs- und Instandhaltungskosten.

Zusätzliche Effizienzsteigernde Maßnahmen ab 2010 ergeben sich aus der Vermeidung der parallelen Verlegung von Gas- und Fernwärmeleitungen (ab 1. Januar 2010 strategische Führung durch die Netzgesellschaft Halle), dem Projekt zum Rückbau der Kochgaskunden und den im IV. Quartal 2010 zu erwartenden Ergebnissen aus der Stadtwerke-Projektgruppe „Technische Dokumentation und Kostencontrolling“ als Basis des strategischen Asset-Managements für Infrastruktur. Zielstellung ist, zukünftig innerhalb der Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH, die Strategie bei Investition und Instandhaltung zu optimieren und die Herangehensweise zu vereinheitlichen.

Für die Mehrerlösabschöpfung der Jahre 2005 bis 2007 wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 eine Rückstellung i. H. v. 9,9 Millionen Euro für Strom und 2,7 Millionen Euro für Gas eingestellt. Zur Ermittlung der Höhe der Mehrerlösabschöpfung Strom hat die BNetzA einen Erhebungsbogen erstellt, welcher am 19. August 2009 übersandt worden ist. Mit Schreiben vom 14. Oktober 2009 teilte die BNetzA der Gesellschaft mit, dass sie im Rahmen eines vereinfachten Mehrerlösabschöpfungsverfahrens die Mehrerlöse ermittelt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH stimmte mit Schreiben vom 13. November 2009 der Teilnahme an diesem Verfahren zu. Der auf der Basis des Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA ermittelte Wert der Mehrerlösabschöpfung wird in den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 zu je einem Viertel verbraucht. Eine Abfrage seitens der Landesregulierungsbehörde zur Mehrerlösabschöpfung Gas liegt derzeit nicht vor.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleich bleibenden Strommengenaufkommen im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Wie viele Unternehmen steht auch die Energieversorgung Halle Netz GmbH vor der Herausforderung, kurzfristig geeignete ingenieurtechnische Nachwuchskräfte zu finden. Um zukünftig einen Teil ihres Bedarfes auch aus eigenen Reihen zu decken, bildet die Netzgesellschaft seit 2008 selbst aus. In Kooperation mit der bze GmbH, der Hochschule Zittau bzw. der Hochschule Leipzig erlernen Abiturienten einen Ausbildungsberuf und absolvieren parallel dazu ein ingenieurwissenschaftliches Studium an der jeweiligen Hochschule. Neben den Fachrichtungen Elektrotechnik und Gas wird die Gesellschaft ab 2010 auch in der Fachrichtung Wärmetechnik ausbilden. Während des Studiums werden neben den Praktika auch die Master- bzw. Diplomarbeiten durch die Netzgesellschaft betreut. Nach Abschluss des Studiums ist eine Übernahme als Trainee geplant.

Die Gesellschaft geht in 2010 von Investitionen in Höhe von 0,9 Millionen Euro aus. Hauptsächlich wird in den Kauf bzw. Ersatz von Hard- und Software investiert.

Für das Geschäftsjahr 2010 erwartet die Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 0,8 Millionen Euro.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 10.250

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	3.075	30,00
Stadtwerke Halle GmbH	7.175	70,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen, die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Vorsitzender Müller-Urlaub, Berthold

Technische Geschäftsführung: Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
1. stellv. Vorsitzender	Giesting, Carl-Ernst	
2. stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard	
	Bauersfeld, Martin	(seit 01.09.2009)
	Birth, Siegfried	
	Dr. Auerbach, Andreas	
	Dr. Fiedler, Christian	(bis 01.09.2009)
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 01.09.2009)
	Dr. Schweer, Adolf	(seit 17.12.2009)
	Gärtner, Steffen	
	Hajek, Andreas	(seit 01.09.2009)
	Krause, Johannes	

Aufsichtsrat:

Krippendorf, Dietrich	(bis 17.12.2009)
Kupke, Wolfgang	(bis 01.09.2009)
Matschke, Wolfgang	(bis 01.09.2009)
Neumann, Lutz	
Philipp, Lothar	
Schramm, Rudenz	(seit 01.09.2009)
Schüssler, Armin	
Wolter, Tom	(seit 01.09.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	24	24	23

c) Beteiligungen

unmittelbar

Energieversorgung Halle Netz GmbH

T€	%
25	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2009		2008		2007		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	247.955	72	259.309	74	269.853	75	-11.355	-4
Umlaufvermögen	87.703	26	87.693	25	90.758	25	10	0
Rechnungsabgrenzungsposten	7.761	2	1.556	0	1.024	0	6.205	399

Bilanzsumme

343.418	100	348.558	100	361.635	100	-5.140	-1

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	76.736	22	76.736	22	76.736	21	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	10.784	3	12.350	4	13.801	4	-1.566	-13
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten Rückstellungen	28.896	8	32.979	9	35.995	10	-4.083	-12
	51.256	15	46.655	13	59.426	16	4.600	10
Verbindlichkeiten	167.415	49	176.081	51	172.243	48	-8.666	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	8.333	2	3.757	1	3.435	1	4.576	122

Bilanzsumme

343.418	100	348.558	100	361.635	100	-5.140	-1

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	409.097	443.919	401.076
Stromsteuer/Erdgassteuer	-33.068	-35.798	-32.788
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-39	16	-2
andere aktivierte Eigenleistungen	2.158	2.251	1.407
sonstige betriebliche Erträge	24.799	24.537	22.142
Materialaufwand	271.830	319.233	283.884
Personalaufwand	26.837	26.764	26.706
Abschreibungen	26.031	24.383	27.330
sonstige betriebliche Aufwendungen	49.716	37.035	38.473
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.673	1.015	62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	347	1.097	1.276
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	114	412	85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.277	5.069	4.993
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26.163	24.141	11.702
außerordentliche Erträge	4.305	63	734
außerordentliche Aufwendungen	5.952	14.555	4.375
außerordentliches Ergebnis	-1.646	-14.492	-3.642
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	623	350	659
sonstige Steuern	935	594	575
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	22.959	8.705	6.826
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,11	2,13	1,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	29,92	11,34	8,90	%
Cash-Flow:	49.104	33.500	34.241	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	782	828	720	T€
Personalaufwandsquote:	6,66	6,15	6,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,54	73,80	73,85	%
Eigenkapitalquote:	22,34	22,02	21,22	%
Fremdkapitalquote:	77,66	77,98	78,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Absatz Erdgas	2.910,00	2.980,00	2.320,00	GWh
Absatz Strom	1.339,00	1.557,00	1.947,00	GWh
Absatz Wärme	753,00	719,00	690,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigten -5,0 Prozent im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Der deutliche Rückgang der Wirtschaftsleistung ist hauptsächlich auf den konjunkturellen Einbruch im ersten Quartal des Jahres 2009 zurückzuführen. Während das Inlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal bereits wieder leicht zulegen konnte, versiegten die Wachstumsimpulse im vierten Quartal mit einem Nullwachstum.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands liegen derzeit Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen zeigte sich das Inlandsprodukt Ostdeutschlands jedenfalls im ersten Halbjahr robuster gegenüber der globalen Krise als im Westen der Republik. Auch in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Höhe von -5,6 Prozent (1. Halbjahr) weniger deutlich ausgefallen als im Westen (inkl. Berlin) mit -7,0 Prozent (1. Halbjahr) bzw. im Bundesdurchschnitt (- 6,8 Prozent im ersten Halbjahr).

Der Arbeitsmarkt zeigte im abgelaufenen Jahr eine nur geringfügige Reaktion auf die Rezession. Mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent war der Arbeitsmarkt weniger empfindlich gegenüber konjunktureller Schwankung als zunächst zu erwarten war. In Ostdeutschland und in unserem Bundesland fiel die Arbeitslosigkeit sogar geringer aus als im Vorjahr. So verringerte sich die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,1 Prozentpunkte auf 13,0 Prozent.

Auch die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle verlief günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Mit 230.377 Einwohnern (Vorjahr: 230.900) verzeichnete die Stadt einen geringeren Rückgang der Bevölkerung als zu erwarten gewesen wäre.

1.2. Branchenentwicklung

Im Februar 2009 startete das Bundeskartellamt eine Sektoruntersuchung im Gasmarkt. Im Rahmen der Untersuchung wurden über 50 Unternehmen befragt und mehrere tausend Kapazitäts- und Lieferverträge analysiert. Dabei wurde festgestellt, dass viele Grenzübergangspunkte langfristig und meist von konzernverbundenen Vertriebsunternehmen ausgebucht sind, was zu einer Marktabstottung auf den nachgelagerten Gasliefermärkten führen kann. Diese Feststellung könnte die Einleitung von Missbrauchsverfahren zur Folge haben. Die Bundesregierung plant mit der anstehenden Novelle der Gasnetzzugangsverordnung die Laufzeiten der Kapazitätsbuchungen zu begrenzen. Damit würde sich eine Einleitung von Missbrauchsverfahren erübrigen. Von der Untersuchung war die EVH GmbH nicht betroffen.

Das Bundeskartellamt führt eine Sektoruntersuchung zu Stromerzeugung und Stromgroßhandel durch. Damit soll die Strompreisentwicklung der vergangenen Jahre geprüft werden. Die angefragten Unternehmen der Branche sollten Auskunft darüber geben, wie sie ihre Stromerzeugungskapazitäten vermarkten. Das Amt geht dem Verdacht nach, dass durch absichtliche Stromverknappung die Preise an der Strombörse EEX in Leipzig manipuliert werden können. Der EVH GmbH wurden in diesem Zusammenhang Zuarbeiten abverlangt.

Bei der Sektoruntersuchung in der Fernwärmebranche untersucht das Bundeskartellamt derzeit die Preise von 30 Fernwärmeanbietern. Die Behörde begründet diese Untersuchung mit der Tatsache, dass Fernwärmeunternehmen oftmals Monopolanbieter sind und die Kunden in der Regel keine Möglichkeit haben, den Fernwärmeanbieter zu wechseln. Die betroffenen Unternehmen, darunter auch die EVH GmbH, mussten bis November 2009 die angeforderten Daten ausreichen. Anfang 2010 will das Bundeskartellamt erste Ergebnisse vorlegen.

Im April 2009 trat das novellierte Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden (EnEG 2009) in Kraft. Das Gesetz zielt darauf ab, in Gebäuden nur so viel Energie zu verbrauchen, wie jeweils notwendig ist um das Gebäude zweckdienlich zu nutzen. Hauptaugenmerk legt das EnEG 2009 auf den Wärmeschutz der Gebäudehülle sowie die effiziente Anlagentechnik und deren Betrieb. Bestandteil des Gesetzes sind auch die Verteilung der Heizkosten und die Energieeinsparung im Bestand sowie die Überwachung der Bußgelder. Mit dem EnEG 2009 wurde der Weg zur Änderung der Energieeinsparverordnung (EnEV) eröffnet.

Die Bundesregierung beschloss im Juni 2009 die Änderung der EnEV. Die Änderung der EnEV trat im Oktober 2009 in Kraft. Durch die Novellierung der EnEV wurden die Beschlüsse der Bundesregierung zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) im Gebäudebereich umgesetzt. Ziel der novellierten EnEV ist es, den Energiebedarf für Heizung und Warmwasser im Gebäudebereich um ca. 30 Prozent zu senken. In einem weiteren Schritt sollen ab 2012 die energetischen Anforderungen nochmals um bis zu 30 Prozent erhöht werden. Die novellierte Verordnung leitet das Ende der Nachtspeicheröfen ein. Nachtspeicherheizungen, die älter als 30 Jahre sind, müssen bis 2019 durch effiziente Heizsysteme ersetzt werden. Geräte, die nach 1990 installiert wurden, sind 30 Jahre nach Einbau auszuwechseln.

Im Juni 2009 verabschiedete der Europäische Rat das 3. Binnenmarktpaket zur Strom- und Gasmarktliberalisierung, welches im September 2009 in Kraft trat. Die Verordnungen gelten ab März 2011. Mit dem Paket werden die Strom- und Erdgasbeschleunigungsrichtlinien aus dem Jahr 2003 fortgeschrieben. Ziel des Paketes ist unter anderem eine effektive Trennung des Netzbetriebes von der Erzeugung. Zudem sollen die Befugnisse der Regulierungsbehörden gestärkt, ein diskriminierungsfreier Zugang zu Übertragungs- und Fernleitungsnetzen sowie Speicher- und LNG-Anlagen ermöglicht und die Verbraucherrechte erweitert werden.

Das Klima- und Energiepaket der Europäischen Union trat im Juni 2009 in Kraft. Darin hat die EU den Ausbau der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent bis 2012 in der Union beschlossen. Außerdem sollen die Energieeffizienz um 20 Prozent verbessert und der CO₂-Ausstoß um mindestens 20 Prozent verringert werden. Das Hauptinstrument des Maßnahmenpaketes ist der EU-weite Handel mit Emissionszertifikaten. Ab 2013 müssen Stromerzeuger ihre Emissionszertifikate zu 100 Prozent ersteigern. Diese Regelung birgt Zusatzkosten für Energieversorger, welche von der CO₂-basierten Stromerzeugung abhängen.

Der Deutsche Bundestag hat im Juli die neue Ausgleichsmechanismusverordnung für EEG-Strom verabschiedet. Die EEG-Ausgleichsverordnung regelt die Wälzung der EEG-Strommengen neu. Auf Basis dieser Verordnung soll ab Januar 2010 nur noch ein rein finanzieller Ausgleich für den EEG-Strom erfolgen. Bislang waren die nach dem EEG vergüteten Strommengen in einem aufwändigen Verfahren auf alle Stromvertriebsunternehmen in Deutschland verteilt worden.

Im Dezember fand die Klimakonferenz in Kopenhagen statt, um ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Klimaschutzprotokoll von Kyoto abzuschließen. Weder das Ziel, eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden, noch das im Vorfeld der Konferenz genannte Ziel einer Halbierung des CO₂-Ausstoßes bis 2050 wurden erreicht. Die Delegierten einigten sich lediglich auf einen Minimalkonsens, der als Ziel die Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau beinhaltet. Konkrete Zielvorgaben zur Verringerung der Treibhausgasemissionen wurden nicht beschlossen.

1.3. Geschäft

Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 erwarb die Stadtwerke Halle GmbH die Geschäftsanteile der envia Mitteldeutsche Energie AG an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Infolgedessen wurden die bestehenden Strom- und Wärmelieferungsverträge mit dem Kunden EVH GmbH und envia Verteilnetz GmbH/envia THERM GmbH beendet. Die EVH GmbH nimmt seit dem 1. Januar 2009 die gesamte Strom- und Wärmeproduktion des Heizkraftwerks Trotha ab. Hierzu wurde zwischen der EVH GmbH und der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein neuer Strom- und Wärmelieferungsvertrag geschlossen.

Die Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt gab im Februar die Emissionsberechtigungen für das Jahr 2009 aus. Sie stehen der EVH GmbH auf ihrem Konto im Emissionshandelsregister zur Verfügung.

Ab dem dritten Quartal 2008 sanken die Rohölpreise drastisch. Im Februar 2009 wurde ein Tiefstand von 40 US-Dollar pro Barrel erreicht. Die Sorge über eine weltweite Rezession ließ den Ölpreis fallen. Dem folgte ab Mitte März 2009 ein sukzessiver Preisanstieg auf 80 US-Dollar pro Barrel im Oktober 2009. Die Entwicklung des Ölpreises von 2008 zu 2009 wirkte sich positiv auf das Ergebnis der EVH GmbH aus. Die EVH GmbH senkte zum 1. März 2009 und erneut zum 1. Juli 2009 die Preise für Erdgas und gab damit die günstigeren Beschaffungskosten für Erdgas direkt an ihre Kunden weiter. Für 2010 werden bei weiterer Konjunkturverbesserung Barreelpreise von 90 Dollar im Jahresschnitt von namhaften Banken prognostiziert.

Der Preisverfall von Brennstoffen und Emissionsrechten sowie Überkapazitäten auf Grund der Wirtschaftskrise spiegelten sich auch auf den europäischen Strom-Großhandelsmärkten wider. Im Vergleich zum Dezember 2008 sank der VIK-Index zum Dezember 2009 um 40,18 Punkte (- 21,02 Prozent). Der VIK-Strompreisindex spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten.

An der Leipziger Strombörse EEX startete im Juli der Intraday-Gashandel. Durch diese Maßnahme haben die Marktteilnehmer nunmehr die Möglichkeit, ihre Bezugs- und Absatzportfolien besser zu strukturieren. Zugleich ermöglicht die Auktion eine Bündelung der Liquidität und eine Konzentration der Handelsteilnehmer auf einen festen Zeitraum.

Die Zusammenlegung von Gasmarktgebieten vereinfacht den Netzzugang beim Gastransport und ermöglicht eine Intensivierung des Wettbewerbs in Deutschland. So haben sich unter dem Namen GASPOOL die Unternehmen Gasunie Deutschland, ONTRAS - VNG Gastransport, Wingas Transport, Dong Energy und Statoil Hydro Deutschland zusammengeschlossen. Des Weiteren ist die Marktgebietskooperation der Netzbetreiber bayernets, Eni Gas Transport Deutschland, E.ON Gastransport, GRTgaz Deutschland und GVS Netz unter dem Dach der NetConnect Germany entstanden. Die durch die Kooperationen geschaffenen neuen Transport- und Handelsräume tragen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in Deutschland bei und machen Deutschland zu einer europäischen Drehscheibe für Erdgas.

Die Zahl der deutschlandweiten Stromanbieter erhöhte sich vom Januar 2009 von 34 auf 45 im Juni 2009 mit steigender Tendenz. Diesen zunehmenden Wettbewerbsdruck spürt auch die EVH GmbH, welche schon seit Jahren zu den bundesweiten Stromanbietern gehört.

Die privaten Strom- und Gaskunden wechseln immer öfter zu einem anderen Anbieter oder Produkt. Fast jeder vierte Stromkunde in Deutschland hat innerhalb der letzten drei Jahre mittlerweile seinen Stromversorger gewechselt. Seit der Liberalisierung im Jahr 1998 haben rund 60 Prozent der Privathaushalte aktiv einen Stromtarif oder einen Stromversorger gewählt. Seit dem Frühjahr 2009 ist das Wechsellpotenzial um 20 Prozent gestiegen.

Der Wettbewerb am deutschen Gasmarkt gewann 2009 erheblich an Intensität. Die Anzahl der Gasanbieter für Privatkunden hat sich im letzten Jahr verdreifacht. Ende 2008 konnten Gaskunden in Deutschland zwischen sechs Gasanbietern auswählen, aktuell hat sich die Zahl der verfügbaren Wettbewerber auf 19 erhöht.

Diese aktuellen Marktaktivitäten verdeutlichen, dass sich die EVH GmbH auf eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs um Endkunden einstellen muss.

Im Juni startete die EVH GmbH eine Kampagne zur Neugewinnung von Kunden außerhalb des Stadtgebietes von Halle. Ca. 45.000 potenzielle Strom- und Gaskunden wurden angeschrieben. Zur Unterstützung setzte das Unternehmen dabei erstmalig Bonuszahlungen ein. In diesem Zusammenhang steht das reisende Kinderprojekt Wikiwiki mamokupuni nun auch im Umland von Halle zur Verfügung.

Elf Mitarbeiter des Kundencenters sowie der Vertriebsabteilung Privat- und Gewerbekunden wurden einer Prüfung durch Vertreter des TÜV Rheinland unterzogen. Das Zertifikat „Kundenservice in der Energie- und Versorgungswirtschaft“ bescheinigt den Mitarbeitern eine sehr hohe Kompetenz im Umgang mit Kunden. Ziel dieser Maßnahme ist die ständige Verbesserung des Kundenservice.

Die Energiegemeinschaft Halle (Saale) e.V. beschloss im Januar 2009 auf ihrer jährlichen Mitgliederversammlung eine Kooperation von Handwerk und EVH GmbH, um die Nutzung regenerativer Energien zu vereinfachen. Die Kunden werden verstärkt über die Energieeinsparungen durch Solarthermie und durch den Einsatz modernerer Technologie informiert. In diesem Zusammenhang gibt es seit Juni 2009 das neue Produkt Halplus Erdgas Solar+. Die EVH GmbH hilft ihren Kunden bei der Umrüstung ihrer Heizungsanlage, um Erdgas zu sparen und mit Sonnenenergie warmes Wasser zu bereiten.

Zukünftig sollen Energiedienstleistungen innerhalb der EVH GmbH aus einer Hand organisiert werden. Bisher wurden diese Aufgaben durch mehrere Abteilungen und Bereiche mit großem Abstimmungsaufwand erfüllt. Zum 1. September 2009 wurde eine neue Abteilung im Vertrieb mit den Schwerpunkten Energieanwendung und -beratung, Projektierung, Betreuung und Betrieb von Anlagen sowie Gebäudedienstleistungen gebildet.

Die EVH GmbH engagiert sich im Markt für Elektromobilität. Seit dem Jahr 2009 wird eine Elektrotankstelle betrieben. In Zusammenarbeit mit der Stadt Halle und weiteren institutionellen Partnern aus der Region sollen kurzfristig noch weitere Tankstellen eröffnet werden.

Im Rahmen der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“ lud die EVH GmbH im Sommer zu Ferienspielen auf das Sportgelände des Universitätssportvereins (USV) ein. Die Angebote der EVH GmbH mit Wikiwiki sowie der Günter Papenburg AG mit ihrer Bewegungsbaustelle und des Weinberg Campus mit seinem Labor fanden bei den Hortkindern großen Zuspruch.

Mit der Energiespar-Aktion „Gewusst wie“ hilft der hallesche Energieversorger seit 2005 seinen Kunden Energie zu sparen und unterstützt den Einsatz energiesparender Geräte. Im Oktober wurde die Anschaffung von Waschmaschinen der Energieeffizienzklasse A gefördert. Damit leistet die EVH GmbH ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Energieversorgung.

2. Ertragslage

2.1. Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Das Ergebnis der EVH GmbH entwickelte sich positiv. Im Geschäftsjahr 2009 erwirtschaftete das Unternehmen einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 23,0 Millionen Euro. Das ist ein Anstieg von 14,3 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

2.2. Erzeugung

Die EVH GmbH produzierte in diesem Geschäftsjahr 160 GWh Wärme (Vorjahr: 88 GWh). Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Wärmeproduktion im Heizwerk Dieselstraße war auf Grund eines Getriebschadens sowie einer verlängerten Revision am Block B der Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) des Heizkraftwerkes Dieselstraße erforderlich.

Das Unternehmen war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr für die Betriebsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH verantwortlich, welche 661 GWh Strom (Vorjahr: 729 GWh) und 693 GWh Wärme (Vorjahr: 738 GWh) erzeugte. Die Produktion erfolgte in den Heizkraftwerken Dieselstraße und Halle-Trotha im umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsprozess.

2.3. Absatz/Umsatz

Strom

Zum 31. Dezember 2009 belieferte die EVH GmbH mehr als 151.800 Kunden mit Strom. Der Absatz in diesem Segment betrug 1.339 GWh und lag mit 218 GWh unter dem Vorjahreswert.

Die Absatzmenge an Groß-, Privat- und Gewerbekunden im Netzgebiet Halle ist um insgesamt 16 GWh zurückgegangen, was auf den sich weiter verschärfenden Wettbewerb im Endkundensegment, den Bevölkerungsrückgang sowie auf das Verbrauchsverhalten der Kunden zurückzuführen war.

Außerhalb des Netzgebietes von Halle war ein Mengenrückgang von 200 GWh zu verzeichnen. Grund hierfür war das Auslaufen von Verträgen mit mengenstarken Kunden.

Aus dem Stromverkauf erzielte die EVH GmbH Umsatzerlöse in Höhe von 156,6 Millionen Euro, die im Vergleich zum Vorjahr (174,0 Millionen Euro) gesunken sind.

Wärme

Im Geschäftsjahr 2009 setzte die Gesellschaft 34 GWh mehr Wärme ab als im Vorjahr (719 GWh). Damit lag der Absatz ungefähr auf Vorjahresniveau. Aufgrund der stark gestiegenen Heizölpreise im Jahre 2008 und der zeitversetzten Verrechnung über Preisgleitklauseln in den Wärmepreisen konnten 5,2 Millionen Euro mehr Umsatzerlöse aus dem Wärmeverkauf gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 (53,0 Millionen Euro) erzielt werden. Somit wurden die negativen Preiseffekte aus dem Geschäftsjahr 2008 kompensiert.

Erdgas

Die EVH GmbH lieferte im Berichtsjahr 2009 an mehr als 39.500 Kunden 1.153 GWh Erdgas. Im Vergleich zum Vorjahr (1.057 GWh) stieg der Erdgasabsatz um 96 GWh, was auf die Neugewinnung von Kunden außerhalb von Halle zurückzuführen war.

Das Unternehmen verkaufte an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 1.757 GWh Gas (Vorjahr: 1.923 GWh). Grund für die Verminderung war die Wärmeproduktionsverlagerung von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH zur EVH GmbH.

Die Umsatzerlöse sind auf 108,0 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr (127,0 Millionen Euro) gesunken. Dies war auf Preisanpassungen in allen Kundensegmenten sowie beim Kraftwerksgas auf die Weitergabe der ölpreisbedingt gesunkenen Bezugskosten zurückzuführen.

Sonstige Umsatzerlöse

Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung der Energieversorgungsnetze und der GuD-Anlage des Heizkraftwerkes Dieselstraße in Höhe von 23,8 Millionen Euro (Vorjahr: 23,9 Millionen Euro) sowie Erlöse aus Geschäftsbesorgungen/Dienstleistungen von 25,1 Millionen Euro (Vorjahr: 25,6 Millionen Euro).

2.4. Bezug

Strom

Im Geschäftsjahr 2009 bezog die EVH GmbH 1.349 GWh Strom (Vorjahr: 1.569 GWh) auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung sowie von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Wärme

Von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurden 693 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 738 GWh). Das waren 45 GWh weniger als im Vorjahr, was auf die geringere Produktion in der GuD-Anlage des Heizkraftwerkes Dieselstraße zurückzuführen war.

Erdgas

Für den Kommunalgasabsatz und für die Belieferung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH sowie für eigene Zwecke (Brennstoffeinsatz, Betriebsverbrauch) bezog die EVH GmbH insgesamt 3.106 GWh Erdgas, 22 GWh mehr als im Vorjahr.

Bezugskosten

Für den Bezug von Strom, Wärme und Erdgas wandte die Gesellschaft in diesem Jahr 196 Millionen Euro auf. Die Bezugskosten lagen somit 47,4 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert (243,4 Millionen Euro). Grund dafür waren günstigere Bezugskosten für Strom, Gas und Wärme, die an den Heizölpreis gekoppelt sind, sowie ein geringerer Mengenbezug.

Für bezogene Leistungen wendete das Unternehmen 73,9 Millionen Euro auf und lag damit auf Vorjahresniveau.

2.5. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2009 beschäftigte die EVH GmbH 511 Mitarbeiter und 50 Auszubildende. Die Belegschaft reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4 Personen. Mit 26,8 Millionen Euro liegt der Personalaufwand auf Vorjahresniveau.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 44, die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit 21 Jahre.

Die EVH GmbH reagiert auf Wettbewerbs- und Kostendruck mit Effizienzsteigerungs- und Kostensenkungsprogrammen. Die Optimierung des Personalaufwandes nimmt weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Notwendige Personalanpassungen erfolgen grundsätzlich auf Basis sozialverträglicher Altersregelungen wie Vorruhestand und Altersteilzeit. Die damit verbundenen Aufwendungen sind in den Rückstellungen für Sozialplanmaßnahmen berücksichtigt bzw. werden über Beitragszahlungen an Unterstützungskassen in den Folgejahren zu Auszahlungen führen. In Zusammenhang mit der Optimierung der Prozesse und Abläufe setzt die EVH GmbH auf eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die EVH GmbH stellt sich der demographischen Entwicklung und deren Auswirkungen. Trotz Kostensenkungsdruck wird stärker Augenmerk auf die Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen bzw. die Gewinnung von Hochschulabsolventen gelegt. So werden Jungfacharbeiter längerfristig bzw. unbefristet übernommen und verstärkt Diplomanden-, Praktikanten- und Trainee Stellen angeboten. Zum 31. Dezember 2009 beschäftigte die EVH GmbH 3 Trainees und 14 Jungfacharbeiter. Insgesamt wurden 2009 ca. 36 Praktikanten und Diplomanden betreut.

Gut ausgebildete Mitarbeiter sowie deren Erfahrungswissen sind wesentlich für den Erfolg der EVH GmbH. In 2009 investierte die EVH GmbH 250 Tausend Euro in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter.

2.6. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -1,6 Millionen Euro. Damit fiel dieses mit 12,8 Millionen Euro besser aus als im Vorjahr. Grund für die Abweichung war im Wesentlichen der im Geschäftsjahr 2008 erfasste Aufwand für Mehrerlösabschöpfung.

Für die Mehrerlösabschöpfung der Jahre 2005 bis 2007 wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 Verbindlichkeiten eingestellt. Der Ermittlung der Rückstellungshöhe konnte zum damaligen Zeitpunkt noch keine extern vorgegebene Berechnungsmethodik zu Grunde gelegt werden, da die BNetzA keine allgemeinen Vorgehensweisen erlassen hatte. Infolge des nunmehr ergangenen Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA konnte die EVH GmbH die daraus resultierenden Ansprüche der Energieversorgung Halle Netz GmbH um 2,2 Millionen Euro vermindern.

3. Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug zum Bilanzstichtag 44,5 Millionen Euro (Vorjahr: 31,3 Millionen Euro).

Die Verbesserung des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit um 13,2 Millionen Euro ist maßgeblich auf das verbesserte Jahresergebnis unter Berücksichtigung der Entwicklung der Rückstellungen (Abnahme 0,6 Millionen Euro; Vj.: Abnahme 14,1 Millionen Euro) zurückzuführen.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2009 auf insgesamt 34,6 Millionen Euro und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

Der Cash Outflow aus der Investitionstätigkeit betrug 12,3 Millionen Euro. Die Finanzierung der langfristigen Investitionen erfolgte im Berichtsjahr 2009 neben der Verwendung von Eigenmitteln über einen Fördermittelkredit in Höhe von 10,0 Millionen Euro.

Im stichtagsbezogenen kurzfristigen Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva ./ kurzfristige Schulden) ergab sich eine Unterdeckung von 20,3 Millionen Euro (Vorjahr: Unterdeckung 23,8 Millionen Euro). Der aus dem hohen Bestand an kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen resultierende zukünftige Zahlungsmittelabfluss kann bei Ausbleiben entsprechender Zahlungsmittelflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit zu einer Belastung der Liquidität mit der Folge, dass die derzeit von der SWH genutzte CP-Kreditlinie in Anspruch genommen werden müsste, führen. Die Liquidität war während des Jahres 2009 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2010 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2009 tätigte die EVH GmbH Investitionen in Höhe von 15,3 Millionen Euro. Schwerpunkte waren die Sanierung und Erweiterung des Fernwärmenetzes in der Südstadt, im Südpark sowie in der Forsterstraße, der Neubau der Kälte- und Wärmeanlage im Krankenhaus St. Elisabeth, der Ersatz von Trafokettenpaarstationen, die Errichtung des Großkundenhausanschlusses KSB Pumpenwerke, die Erweiterung und der Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, der Neubau von Wärmeerzeugungsanlagen sowie die Erschließung von Wohngebieten. Weiterhin wurde der Rückkauf des Fernwärmevermögens von der Stadt Halle realisiert.

Die Bilanzsumme des Unternehmens verringerte sich um 5,1 Millionen Euro auf 343,4 Millionen Euro. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich 90 Prozent Sonderposten auf 112,4 Millionen Euro. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 32,7 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich diese um 1,0 Prozentpunkte.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2009 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen würden.

6. Risikomanagement

Die EVH GmbH legt großes Gewicht auf ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, um dem sich fortwährend ändernden Umfeld zu entsprechen und den wachsenden gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Deshalb führt die EVH GmbH jährlich eine Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. In die Früherkennung werden alle Unternehmensbereiche einbezogen.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen war auch in diesem Geschäftsjahr die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preissicherungsgeschäfte, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren sollten.

Im Rahmen des Risikomanagements für Energiebeschaffung und Vermarktung erfolgten für die Jahre 2009 und 2010 Geschäfte, um die geplanten Deckungsbeiträge der Stromproduktion des Heizkraftwerkes Dieselstraße zu 100 Prozent abzusichern. Für das Jahr 2011 beträgt der Absicherungsgrad bereits 50 Prozent. Bei der Sparte Fernwärme wurde durch Sicherungsgeschäfte der Deckungsbeitrag für die erste Jahreshälfte 2010 fixiert.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limite fest, bis zu deren Obergrenze Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Auf dem Absatzmarkt besteht infolge einer möglichen Rezession im Allgemeinen ein erhöhtes Insolvenzrisiko und damit einhergehend ein erhöhtes Forderungsausfallrisiko.

Weitere Risiken resultieren aus der Mindestabnahmeverpflichtung von Kommunal- und Kraftwerksgas bei zu milder Witterung sowie dem Auslaufen des KWK-G für Bestandsanlagen mit Ende des Geschäftsjahres 2010 und der dann fehlenden KWK-Vergütung.

Die EVH GmbH behielt die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug bei. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten.

Im Rahmen des Stadtumbaus in der Stadt Halle (Saale) ist nicht auszuschließen, dass zukünftig weitere Aufwendungen (erhöhte Abschreibungen aufgrund Verkürzung von Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen, außerplanmäßige Abschreibungen und Verluste aus Anlagenabgängen, Rückbauverpflichtungen, Stilllegungskosten etc.) auf die EVH GmbH zukommen werden.

Ab 2011 wird in Halle die Umweltzone eingeführt. Im Bestand der EVH GmbH befinden sich Fahrzeuge, die dann nicht mehr in Halle fahren dürften. Damit besteht das Risiko, in 2010 neue Fahrzeuge kaufen zu müssen.

7. Prognosebericht

Für 2010 wird kein reales Wirtschaftswachstum in Sachsen-Anhalt und mittelfristig ein Wachstum von 1 Prozent prognostiziert.

Als Folge der Finanzkrise kam es zum größten Wirtschaftseinbruch seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bevölkerungsrückgang in der Stadt Halle (Saale) hat sich zwar abgeschwächt, konnte aber noch nicht gestoppt werden. Hohe Arbeitslosigkeit und erhebliche soziale Probleme stellen auch in der Zukunft die EVH GmbH vor neue Herausforderungen. Das reicht vom Leerstand und dem Rückbau Fernwärme versorgter Wohnungen bis hin zur Begleichung offener Forderungen.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass in den kommenden Jahren durch die Anreizregulierung die Netznutzungsentgelte Strom weiter sinken werden. Die Einschätzung zur zukünftigen Entwicklung der Netznutzungsentgelte sowie die Auswirkungen durch die Anreizregulierung ab 2009 beeinflussen die künftigen Planungen.

Für die Mehrerlösabschöpfung der Jahre 2005 bis 2007 wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 eine Verbindlichkeit eingestellt. Der Ermittlung konnte zum damaligen Zeitpunkt noch keine extern vorgegebene Berechnungsmethodik zu Grunde gelegt werden, da die BNetzA keine allgemeinen Vorgehensweisen erlassen hatte. Zur Ermittlung der Höhe der Mehrerlösabschöpfung Strom hat die BNetzA einen Erhebungsbogen erstellt, welcher am 19. August 2009 übersandt worden ist. Mit Schreiben vom 14. Oktober 2009 teilte die BNetzA mit, dass sie im Rahmen eines vereinfachten Mehrerlösabschöpfungsverfahrens die Mehrerlöse ermittelt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH stimmte mit Schreiben vom 13. November 2009 der Teilnahme an diesem Verfahren zu. Der auf der Basis des Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA ermittelte Wert der Mehrerlösabschöpfung wird in den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 zu je einem Viertel verbraucht. Eine Abfrage seitens der Landesregulierungsbehörde zur Mehrerlösabschöpfung Gas liegt derzeit nicht vor. Dieser Sachverhalt wirkt sich auf das Ergebnis der Energieversorgung Halle Netz GmbH und damit auf das Beteiligungsergebnis der EVH GmbH aus.

Die sehr hohe Volatilität an den Rohstoff- und insbesondere an den Energiemärkten führt zu wachsenden Preisrisiken. Gestiegene Beschaffungspreise können auf Grund der aktuellen politischen Randbedingungen nur bedingt an Endkunden weitergereicht werden.

Im Rahmen des beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014 ist der Bau der Wasserkraftwerke Pulverweiden und Mühle Kröllwitz an der Saale geplant. Des Weiteren wird durch Investitionen in den Bau von Photovoltaikanlagen der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert. Die EVH GmbH beabsichtigt, auf den Dächern eigener Gebäude in Halle Anlagen mit einer Gesamtleistung von insgesamt ca. 300 kW Peak zu installieren.

Weitere Investitionen wird es in den Folgejahren bei den Netzen geben, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas-, und Wärmenetz und der Ersatz der Mittelspannungsanlagen Umspannwerk Halle-West und Halle-Zentrum. Mittelfristig soll der Neubau der chemischen Wasseraufbereitung im Heizkraftwerk Dieselstraße folgen.

Die EVH GmbH will ihre Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle verstärken. Auf Grund dessen sind erhöhte Investitionen in den Bau von internen und externen Gaskesselanlagen sowie die Errichtung von Hausanschlussstationen geplant.

In seiner Sitzung am 5. Juni 2009 beauftragte der Aufsichtsrat der EVH GmbH die Geschäftsführung, die Verpachtung des Fernwärme-Assets an die Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2010 vorzubereiten. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wurde in der September-Sitzung dem Aufsichtsrat der EVH GmbH unterbreitet und verabschiedet. Es wurden die Aufgaben zur Grundsatzplanung und Netzstrategie, die Verantwortung für die Führung der Netzleitstelle sowie die Netzwirtschaft und Netznutzung mit Hilfe einer Projektstruktur in die Netzgesellschaft überführt. Die operative Umsetzung erfolgte zum 1. Januar 2010.

Die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha hat im Januar und Februar 2010 Strom und Fernwärme für die EVH GmbH produziert. Danach wird die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha nicht mehr anfahren, lediglich die Spitzenkesselanlage wird noch Fernwärme produzieren.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat sich mit der envia Mitteldeutsche Energie AG zu einem Kauf der Geschäftsanteile von 30 Prozent an der EVH GmbH verständigt. Dazu haben die Gremien der Stadtwerke Halle GmbH in ihren Sitzungen am 3. Dezember 2009 bzw. am 18. Dezember 2009 ihre Zustimmung erteilt.

Die EVH GmbH plant für das Jahr 2010 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung von rund 13,9 Millionen Euro.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg i. L.	13	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	13	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Gaudig, Lutz
Störzner, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH	0	50,00

Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	0	82,72

mittelbar

	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2009		2008		2007		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	291	100	309	100	325	100	-18	-6

Bilanzsumme

291	100	309	100	325	100	-18	-6

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	279	96	304	98	316	97	-25	-8
Rückstellungen	5	2	5	2	9	3	-0	-2
Verbindlichkeiten	7	2			0	0	7	

Bilanzsumme

291	100	309	100	325	100	-18	-6

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse			3.032
sonstige betriebliche Erträge	0		
Materialaufwand			3.032
sonstige betriebliche Aufwendungen	19	21	20
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	9	92
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18	-12	72
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7		-50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-25	-12	122
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-25	-12	122

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:			4,01	%
Eigenkapitalrentabilität:	-8,21	-3,77	62,55	%
Cash-Flow:	-25	-12	122	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	95,88	98,38	97,18	%
Fremdkapitalquote:	4,12	1,62	2,82	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	28.739.800,00	m³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Lutz Gaudig.

Die FSA hält eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 % über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht. Darüber hinaus besitzt die FSA einen Auskehrungsanspruch aus der Auflösung der „Kleinen GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) und der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i. L., deren einziger Vermögenswert eine 24,5%ige Beteiligung an der FWV ist. Der FSA steht ein Auskehrungsanspruch auf Übertragung eines FWV-Geschäftsanteiles in Höhe von 20,2664 % zu. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ und somit die Vermögensauseinandersetzung wurde und wird nicht mehr vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 25,0 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2009 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Beteiligungen

Die FSA besitzt Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau. Diese Anteile an der FWV werden über Beteiligungen an zwei Gesellschaften bürgerlichen Rechts gehalten. Die sogenannte „Große GbR“, die 51 % der Geschäftsanteile der FWV hält, wird jeweils zu 50 % von der KWL und der FSA gehalten. An der sogenannten „Kleinen GbR“, die 24,5 % an der FWV besitzt, hat die FSA einen Auskehrungsanspruch in Höhe von 20,2664 % der Geschäftsanteile an FWV. Eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung der „Kleinen GbR“ erfolgt auf Grund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in vier GbR-Sitzungen am 23. Februar 2009, 6. April 2009, 12. August 2009, 2. November 2009, vier Aufsichtsratssitzungen am 14. Mai 2009 (zwei Sitzungen), 2. September 2009 und 3. Dezember 2009 und einer Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung der SWH, Herrn Wilfried Klose, und die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Lutz Gaudig wahrgenommen. Mit der Neuwahl am 14. Mai 2009 arbeiten im Aufsichtsrat der FWV seitens der FSA Herr Uwe Störzner als stellvertretender Vorsitzender, Herr Wilfried Klose und Herr Dr. Lutz Gaudig mit.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) in der Verwaltungsstreitsache Stadt Halle ./ BRD betr. Kommunalisierung von Geschäftsanteilen der FWV vom 20. Januar 2005

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Damit wird es zu einer Neuverteilung der Geschäftsanteile an der FWV kommen, so dass die Beteiligung der FSA an der FWV unmittelbar berührt wird. Das BVerwG hat die von der FWV wahrgenommene Fernwasserversorgung - die Beschaffung, Heranleitung und Verteilung von Fernwasser bis auf die Gemeindeebene - nach der Kompetenzzuordnung des Grundgesetzes der kommunalen Selbstverwaltung zugeordnet. Es ist heute davon auszugehen, dass sowohl der Auskehrungsanspruch der FSA an der „Kleinen GbR“ wie auch der von der „Großen GbR“ an der FWV gehaltene Anteil auf die anspruchsberechtigten

Kommunen übertragen wird. Ein konkreter Zeitpunkt einer Neuordnung ist gegenwärtig noch offen. Nachdem sich die Situation der Neuordnung von 2005 bis 2008 nicht wesentlich geändert hat, sind die Voraussetzungen für eine Neuverteilung der FWV-Geschäftsanteile durch das zuständige Bundesamt für das Jahr 2009 gegeben. So hat u. a. die Mittelrheinische Treuhand GmbH im Auftrag der FSA eine Bescheinigung der Zuordnung der Fernwasserbezugsmengen des Monats Oktober 1990 im ehemaligen Versorgungsgebiet der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i. L. als Zuordnungsgrundlage der FWV-Geschäftsanteile erstellt. Analoge Unterlagen liegen für den Fernwasserbezug der ehemaligen Wasserunternehmen MAWAG und WAB Leipzig vor.

Mit Schreiben vom 30. September 2009 informierte das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen alle Antragsteller und Beteiligte über einen beabsichtigten Bescheid zur Vermögenszuordnung der Geschäftsanteile der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH und leitete gleichzeitig eine Anhörung ein. Mit diesem Schreiben erhielten Antragsteller und Beteiligte die Gelegenheit, Einwände oder Ergänzungen zum beabsichtigten Vermögenszuordnungsbescheid tatsächlicher oder rechtlicher Art schriftlich bis zum 15. Januar 2010 beim zuständigen Bundesamt geltend zu machen.

Im Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA zwischen dem TSB-LSA und dem Konsortium MIDEWA/SWH sind für den Kommunalisierungsfall Regelungen für den Verlust von Geschäftsanteilen bis zum Rücktrittsrecht festgeschrieben. Zurzeit kann die FSA noch keine Ableitungen aus dem Vertrag ziehen, da bisher keine bestandskräftigen Entscheidungen zu einer Neuverteilung durch das zuständige Bundesamt vorliegen. Mit Schreiben vom 29. Oktober 2008 an den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt hat die FSA ihren Rücktritt vorsorglich angekündigt. Eine abschließende Entscheidung zur weiteren Verfahrensweise steht noch aus.

Mit Schreiben vom 4. Dezember 2009 wurde das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt über konzeptionelle Ansätze der FSA und die präferierte Lösung bei der Kommunalisierung der Geschäftsanteile der FWV aus Sicht der FSA in Kenntnis gesetzt.

Mit einem weiteren Schreiben der FSA an den Talsperrenbetrieb vom 9. Dezember 2009 wurde das Begehren der Rückabwicklung des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrages noch einmal angezeigt. Zur Erörterung der Standpunkte und einer Lösungsfindung ist am 24. Februar 2010 eine Gesprächsrunde im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt angesetzt.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „Große GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA wollen sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH engagieren. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig als Treuhänderischer Verwalter der Anteile sächsischer Kommunen	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Rahmen, Josef	(seit 14.05.2009)
	Ehrevorsitzender	Dr. Gläser, Fritz	(verstorben am 10.12.2009)
	stellv. Vorsitzender	Dr. Klein, Hans-Joachim	(bis 14.05.2009)
	stellv. Vorsitzender	Störzner, Uwe	(ab 14.05.2009 stellv. Vorsitzender)
		Dallhammer, Wolf-Dieter	
		Dr. Gaudig, Lutz	(seit 14.05.2009)
		Dr. Schirmer, Andreas	
		Flechner, Joachim	(bis 14.05.2009)

Aufsichtsrat:

Heininger, Klaus
 Henning, Burkhard
 Hug, Christophe (bis 14.05.2009)
 Kirst, Gerald (seit 14.05.2009)
 Klose, Wilfried (bis 14.05.2009 Vorsitzender)
 Müller, Annerose
 Schlicke, Friedhelm
 Wenzel, Christian

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	36	31	32

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2009		2008		2007		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	130.067	94	127.837	94	130.246	96	2.230	2
Umlaufvermögen	8.629	6	7.745	6	5.545	4	884	11
Rechnungsabgrenzungsposten	96	0	73	0	75	0	23	31

Bilanzsumme

138.792	100	135.656	100	135.866	100	3.137	2

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	102.856	74	101.588	75	101.348	75	1.267	1
Sonderposten für Investitionszulagen	336	0	402	0	476	0	-66	-16
Empfangene Ertragszuschüsse	335	0	307	0	249	0	27	9
Rückstellungen	8.848	6	10.071	7	10.415	8	-1.223	-12
Verbindlichkeiten	26.419	19	23.287	17	23.379	17	3.132	13
Rechnungsabgrenzungsposten			0	0			-0	-100

Bilanzsumme

138.792	100	135.656	100	135.866	100	3.137	2

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	40.316	35.111	36.980
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7	7	-3
andere aktivierte Eigenleistungen	2.610	2.047	2.249
sonstige betriebliche Erträge	1.319	2.704	2.903
Materialaufwand	16.938	14.006	17.017
Personalaufwand	12.439	12.124	11.637
Abschreibungen	8.825	9.051	9.276
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.877	3.661	4.516
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	158	292	199
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	902	927	875
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.416	393	-993
sonstige Steuern	148	153	161
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.267	240	-1.154
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.267	240	-1.154

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,14	0,68	-3,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,25	0,24	-1,13	%
Cash-Flow:	10.093	9.292	8.122	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	184	161	164	T€
Personalaufwandsquote:	28,12	30,41	27,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,54	93,40	94,93	%
Eigenkapitalquote:	74,11	74,89	74,59	%
Fremdkapitalquote:	25,89	25,11	25,41	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	178.500,00	173.500,00	173.500,00	m³
Fernleitungsnetz	717,50	712,00	710,73	km
Trinkwasserverkauf	76,50	77,50	77,30	Mio. m³

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) ist der bedeutendste Trinkwasserlieferant im mitteldeutschen Raum. Mit ihren Anlagen erreicht sie ihre Kunden in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zu den Geschäftspartnern zählen kommunale Zweckverbände, Stadtwerke, Städte und Gemeinden sowie Industrieunternehmen. Unser Trinkwasser bildet die Grundlage für die Versorgung von ca. 2 Millionen Menschen in Mitteldeutschland. Darüber hinaus ist die FWV starker Partner für Industrie und Gewerbe in einem Versorgungsgebiet von ca. 9.000 km².

Im Geschäftsjahr 2009 konnten 76,5 Mio. m³ Trinkwasser an die Kunden geliefert werden. Dies waren ca. 1,1 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Ursache für den anhaltenden Verbrauchsrückgang waren neben der zu berücksichtigenden demographischen Entwicklung insbesondere starke Rückgänge im Wasserverbrauch des direkt bzw. indirekt versorgten gewerblichen Sektors. Bedingt durch die Krise in der Wirtschaft wurde bei fast allen gewerblichen Direktabnehmern die Produktion zurückgefahren. In Folge dessen erfolgten bis zu 4,9 % geringere Wasserabnahmen gegenüber den Vorjahreswerten.

Die durchschnittliche Trinkwasserproduktion in den Wasserwerken des Unternehmens betrug 2009 211 Tm³/Tag, die höchste Abgabe lag bei 294 Tm³/Tag. Der Spitzenfaktor gegenüber dem Durchschnittswert beträgt somit 1,4.

In 2009 wurden Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf in Höhe von 34,3 Mio. € erreicht. Dieser Wert bleibt ca. 0,4 Mio. € hinter den geplanten Erwartungen zurück. Ursache hierfür ist die um ca. 1,5 Mio. m³ geringere Abgabe gegenüber den ursprünglichen Planungen, hauptsächlich verursacht durch geringere Abnahmen der Gewerbekunden. Das seit 2007 in einem Großteil der Verträge zur Anwendung kommende Preissystem aus Leistungs- und Arbeitspreis pufferte die Auswirkungen auf die Umsatzerlöse erheblich ab.

Auch im Geschäftsjahr 2009 waren stark steigende Kosten für Energie, Einsatzstoffe oder Material für technische Ausrüstungen zu verzeichnen. Die im Unternehmen eingeleiteten Optimierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen ermöglichten es, diese Steigerungen über die vertraglich vereinbarten Preisgleitungen nur anteilig an die Kunden weiterzugeben. Die Preise für das gelieferte Trinkwasser liegen damit weiterhin unter denen der angrenzenden Fernwasserversorgungsunternehmen.

Im Jahr 2009 konnte die Belieferung eines weiteren gewerblichen Kunden am Standort des Chemie- und Industrieparkes Zeitz aufgenommen werden. Die ALL STARCH Food Retail and Production CS GmbH, ein Unternehmen welches Stärke aus Getreiderohstoffen produziert, bezieht seit September 2009 ihr Produktionswasser von der FWV. In Zusammenarbeit mit dem Chemie- und Industriepark Zeitz konnten hier günstige versorgungstechnische Voraussetzungen für diese bedeutende gewerbliche Ansiedlung geschaffen werden.

Ebenfalls in 2009 konnte die zusätzliche Bereitstellung von Fernwasser für MIDEWA-Kunden südlich von Zeitz realisiert werden. Dies war durch vertragliche Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern MIDEWA, Stadtwerke Zeitz und der FWV möglich geworden.

Die Vertriebsaktivitäten waren im Jahr 2009 darauf gerichtet, über ein partnerschaftliches Miteinander bei den bestehenden Kunden den Trinkwasserabsatz soweit wie möglich zu sichern und in einigen Schwerpunktregionen zusätzliche Potenziale zu erschließen.

Ein wichtiges Thema vieler Kundengespräche ist die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Anpassung der Versorgungssysteme an den weiter rückläufigen Wasserverbrauch als Folge des Bevölkerungsrückganges im Versorgungsraum.

Umverlegungsmaßnahmen an unserem Netzbestand, ausgelöst vornehmlich durch den Straßenbaulastenträger des Landes Sachsen-Anhalt, führten 2009 zu zusätzlichen Umsatzerlösen in Höhe von 5,7 Mio. €. Diese ursprünglich nicht geplante Größe wurde veranlasst durch die Mittelbereitstellung für vorgezogene Straßenbaumaßnahmen.

Schwerpunkte bildeten einige Rohrleitungsabschnitte im Bereich Bernburg (Neubau B6n). Den Umsatzerlösen aus Umverlegungen stehen entsprechende Aufwendungen zur Beschaffung von Material und Fremdleistungen gegenüber.

Die angestrebten Erlöse aus der Erzeugung von Energie nach dem EEG konnten nicht voll-ständig realisiert werden. Aufgrund langer Lieferfristen von neu zu installierenden Turbinen konnten nur 0,2 Mio. € erwirtschaftet werden. In den nächsten Jahren sollen diese Erlöse durch den Aufbau weiterer Anlagen im Ableitungssystem des Wasserwerkes Wienrode erhöht werden.

Darüber hinaus konnten Erlöse und Erträge aus der Erbringung von Spezialleistungen im Bereich Engineering, Bau und Reparatur großkalibriger wasserwirtschaftlicher Versorgungsleitungen oder Labordienstleistungen für andere Unternehmen erbracht werden. Insbesondere andere Fernwasserversorger und verschiedene Trinkwasserkunden nutzen unser Know-how. Über Rahmenverträge wurden Spezialleistungen der Rohrmontage an Spann- sowie Stahlbetonrohren großer Dimensionen einschließlich der Vorhaltung des erforderlichen Montagematerials langfristig gebunden.

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. präsentierte sich das Unternehmen im September 2009 auf der wasserfachlichen Aussprachetagung „wat“ in Leipzig gemeinsam mit der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, der Halleschen Wasser und Abwasser GmbH, der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH, der Städtische Werke Magdeburg GmbH sowie der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH.

Ein weiterer Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens war der „Tag der offenen Tür“ im Wasserwerk Wienrode am 6. September 2009. Interessierte Bürger aber auch Kun-den und Vertreter der regionalen Politik konnten sich einen Eindruck über die Arbeitsweise im zweitgrößten Wasserwerk Deutschlands verschaffen. Der „Tag der offenen Tür“ fand im Rahmen der Veranstaltungen zum 50jährigen Jubiläum der Rappbodetalsperre in Kooperation mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR statt.

Sehr hohe Ansprüche stellen wir an die Qualität unseres gelieferten Trinkwassers. Die Qualitätssicherung ist wesentlicher Bestandteil der Tätigkeiten unseres Unternehmens. Maßstab hierbei sind die strengen Parameter der Trinkwasserverordnung. Die unternehmensinterne Qualitätskontrolle erfasst hierbei alle Teile des Versorgungsprozesses, beginnend bei der Wassergewinnung über die Aufbereitung bis zur Verteilung. Die regelmäßigen Beprobungen und Analysen realisiert das zertifizierte unternehmenseigene Labor mit den Standorten in Torgau und Wienrode nach einem mit den zuständigen Gesundheitsbehörden abgestimmten Probenahmeplan.

Die Kompetenz und Zuverlässigkeit des Labors steht auch Kunden und Geschäftspartnern zur Verfügung. In bewährter Weise betreuen die Laborfachleute die Qualitätsüberwachung einiger Stadtwerke und Zweckverbände sowie Industrieunternehmen einschließlich ihrer Netze.

Im Rahmen der weiteren Sicherung einer hohen Rohwasserqualität wurden die in 2008 gestarteten Aktivitäten des Unternehmens innerhalb der „Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Einzugsgebiet der Elbe“ (AWE) weiter fortgeführt. So wurde im Rahmen der Anhörung zu den Maßnahmeplänen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie eine Stellungnahme der AWE erarbeitet und der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) übergeben. Darüber hinaus veröffentlichte die AWE in 2009 ihr „Statement zu Qualitätsanforderungen an die Elbe und ihrer Nebenflüsse aus Sicht der Trinkwasseraufbereitung“. Mit den Berliner Wasserbetrieben wurde ein weiteres Mitglied für die AWE gewonnen.

Die intensive Zusammenarbeit mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB) zur Überwachung des Rohwassers in der Rappbodetalsperre und des Einzugsgebietes mit der Zielstellung der Erhaltung der hochwertigen Rohwasserbasis für die Trinkwasseraufbereitung im Wasserwerk Wienrode wurde auch in 2009 fortgeführt. Gemäß einer Vereinbarung mit dem TSB wurde 2008 begonnen, im Einzugsgebiet der Rappbodetalsperre ein erweitertes Monitoring-Programm zur Qualitätsbewirtschaftung einzusetzen.

Seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Januar 2005 zur Kommunalisierung der Gesellschaftsanteile der FWV kam es in den Folgejahren zu weiteren rechtlichen Verfahrensschritten. Im September 2009 erfolgte der Versand des Entwurfes eines Zuordnungsbescheides an alle Verfahrensbeteiligten durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen in Cottbus. Bis zum 15. Januar 2010 sollten durch diese entsprechenden Stellungnahmen erfolgen. Den Fortgang dieses Prozesses erwartet die Geschäftsführung im Verlaufe des 1. Halbjahres 2010.

Weitere Geschäftsentwicklung

Wesentliches Aktionsfeld der zukünftigen Geschäftsentwicklung wird weiterhin die Sicherung des Trinkwasserabsatzes des Unternehmens sein. Neben der Pflege bestehender Kundenbeziehungen gilt es, zusätzliche Absatzpotenziale zu erschließen. Die rückläufige Tendenz im Wasserabsatz an die durch die kommunalen Kunden endversorgten Bürger wird sich im Rahmen der demographischen Entwicklung weiter fortsetzen. In diesem Zusammenhang wird es zukünftig verstärkt notwendig sein, gemeinsam mit unseren Kunden eine Optimierung der Versorgungssysteme vorzunehmen. Die Zielstellung für alle beteiligten Partner besteht neben der Gewährleistung der notwendigen Systemverfügbarkeiten bei Einhaltung der hohen Standards der Trinkwasserqualität vor allem in der Schaffung von Investitionssicherheit für anstehende Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen. Darüber hinaus zwingt die erkennbare Entwicklung im Versorgungsraum dazu, eine Grundsatzdiskussion mit Entscheidungsträgern in Politik/Verwaltung, Wirtschaft und mit unseren Kunden zur künftigen Ausgestaltung der öffentlichen Wasserversorgung zu führen. Dieser Diskussionsprozess wurde an-gestoßen.

Zusätzlich zu den bekannten Entwicklungen mussten ab 2009 die Auswirkungen der Wirtschaftskrise berücksichtigt werden. Diese sorgten, wie bereits ausgeführt, für erhebliche Absatzrückgänge bei einigen unserer gewerblichen Kunden. Zwar war zum Ende des Jahres 2009 teilweise eine Erholung zu erkennen, trotzdem muss von einer längeren Phase ausgegangen werden, bis das Niveau von 2008 wieder erreicht wird.

Auf Basis der aktuell bestehenden Wasserlieferverträge, der langfristigen Planungen innerhalb des Fernwasserentwicklungskonzeptes und den Prognosen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wurden die zu erwartenden Absatzmengen bis 2014 weiter fortgeschrieben. Da-nach rechnet das Unternehmen für das Jahr 2010 mit einem Absatzvolumen von 75,2 Mio. m³. Unter Berücksichtigung der in den Verträgen implementierten Preisgleitung zum Ausgleich inflationärer Kostenentwicklungen und allgemeiner Preisanpassungen in Neuverträgen wird mit Erlösen aus dem Wasserabsatz von ca. 35,2 Mio. € gerechnet.

Sonstige Umsatzerlöse werden wiederum bei von Dritten veranlassten Rohrbaumaßnahmen zur Sicherung des Leitungsbestandes erwartet. Gesteigert werden sollen die Erlöse aus dem Verkauf von erzeugtem Strom nach dem EEG.

Auf Basis des 2008 initiierten und ab 2009 umgesetzten Optimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“ konnte bereits im Geschäftsjahr 2009 eine Steigerung der Effizienz des eigenen Leistungspotenzials erreicht werden. Dies soll ab 2010 weiter verfestigt werden, um die geplanten positiven Ergebnisse des Unternehmens in den Folgejahren zu sichern. Erreichbar war dies nicht zuletzt durch die hohe Motivation und die Bereitschaft der Mitarbeiter zur Veränderung.

Weiter fortgeführt wird ebenso der 2008 abgeschlossene Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Die Vereinbarung sieht eine Arbeitszeitverkürzung um 7,5 % ohne Lohn- bzw. Gehaltsausgleich vor. Im Gegenzug verpflichtet sich die Unternehmensleitung zur garantierten Beschäftigungssicherung während der Laufzeit dieses Tarifvertrages. Mit diesem Ergebnis wird für die Laufzeit des Vertrages in erheblichem Maße zur Dämpfung der Personalkosten beigetragen.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Unternehmen schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem positiven Ergebnis von 1,42 Mio. € vor Steuern ab. Nach Abzug der Steuern beläuft sich der Jahresüberschuss auf 1,27 Mio. €.

Die Umsätze aus dem Trinkwasserverkauf stiegen um 0,4 Mio. € auf 34,3 Mio. €. Die sonstigen Umsatzerlöse stiegen erheblich von 1,3 Mio. € im Jahr 2008 auf 6,1 Mio. € in 2009 an, ihr Anteil an den Gesamtumsatzerlösen lag damit bei 15,0 % (Vorjahr 3,7 %).

Nicht zuletzt durch die Optimierungsmaßnahmen des Projektes „Zukunft Fernwasser“ ist es gelungen, Eigenleistungen in Höhe von 2,6 Mio. € zu erbringen. Schwerpunkt hierbei war die Rohrleitungsbaumaßnahme im Raum Güsten-Bernburg. Dies entspricht einer Steigerung um 0,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen 2009 1,3 Mio. €, wobei als die wesentlichsten Positionen der Verbrauch von Rückstellungen durch Abarbeitung der entsprechenden Sanierungs-/Instandhaltungsmaßnahmen mit eigenem Personal und die Erstattung von Stromsteuer für energieintensive Gewerbebetriebe zu nennen sind.

Die Aufwendungen für Betriebs- und Hilfsstoffe konnten durch die weitere Optimierung der Fahrweisen der Wasserwerke nochmals gegenüber dem Vorjahr um 113 T€ auf 0,55 Mio. € gesenkt werden. Im Gegenzug erhöhte sich allerdings durch die erheblich gestiegenen Bezugskosten der Aufwand für Energie um 421 T€ auf 3,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Aufwendungen für Material und Fremdleistungen für Umverlegungen lagen entsprechend den ebenfalls gestiegenen Umsatzerlösen in diesem Bereich mit 5 Mio. € deutlich über dem Wert von 2008.

Aufgrund notwendiger Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an den Wasserwerksstandorten und Teilbereichen des Netzes wurden 0,7 Mio. € für diese Vorhaben und 0,1 Mio. € für Rückbaumaßnahmen zurückgestellt.

Entsprechend den langfristigen Zielstellungen der sozialverträglichen Anpassung der Personalkapazitäten wurde im Geschäftsjahr 2009 weiteren Mitarbeitern die Möglichkeit geboten, ATZ-Vereinbarungen abzuschließen. Die frei werdenden Stellen sollen dann weitestgehend nicht wiederbesetzt werden. Alle Mitarbeiter des Jahrgangs 1952 nahmen dieses Angebot an. Dafür und für die bereits in 2003 abgeschlossenen ATZ-Verträge wurden Rückstellungen in einer Höhe von 779 T€ zugeführt. Dadurch erhöhte sich der Personalaufwand im laufenden Geschäftsjahr auf 12,4 Mio. €.

Finanzlage

Die notwendige Liquidität zur Durchführung aller Geschäftsaufgaben war jederzeit gegeben. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (9,2 Mio. €) konnte gegenüber den Vorjahren weiter verbessert werden. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -11,4 Mio. €. Der Cashflow der Finanzierungstätigkeit macht 1,5 Mio. € aus.

Zum 31. Dezember 2009 konnte das Unternehmen liquide Mittel in einer Höhe von 4,0 Mio. € ausweisen. Da die Innenfinanzierungskraft noch nicht vollständig ausreicht, wurden Kredite in einer Höhe von 3,7 Mio. € aufgenommen. Die Tilgung von bestehenden Kreditverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten umfasste 2,2 Mio. €.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 10,8 Mio. € getätigt. Davon entfallen 37 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter, 0,33 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten, 7,15 Mio. € auf technische Anlagen und Maschinen und 564 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung. Für einen Betrag in Höhe von 2,77 Mio. € leistete das Unternehmen Anzahlungen bzw. befinden sich Anlagen im Bau. Weiterhin wurden die Finanzanlagen um 640 T€ erhöht.

Zur Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes bildet die Erhöhung der Ableitungskapazität vom Wasserwerk Wienrode durch den Bau einer 15 km langen Parallelrohrleitung von Güsten nach Bernburg Ost den Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten 2009 - 2011. Die ersten 5 km dieses Leitungsabschnittes wurden 2009 versorgungswirksam fertig gestellt. Darüber hinaus wurden im Wasserwerk Wienrode Sanierungsarbeiten an den Dächern fort-gesetzt und eine Anlage zur Zugabe von Flockungshilfsmitteln fertig gestellt. Ebenfalls abgeschlossen wurden die Kanalbaumaßnahmen zur ordnungsgemäßen Entsorgung der Niederschlagswässer sowie anderer Abwasserströme im Wasserwerk Wienrode.

Nach umfassenden technischen/wirtschaftlichen Untersuchungen in 2008 wurde in den Hochbehältern Endorf und Neuplatendorf im Ableitungssystem des Wasserwerkes Wienrode je eine neue Energiegewinnungsanlage installiert. Mit der Anlage in Neuplatendorf konnte bereits in 2009 Strom erzeugt und in das Netz des örtlichen Energienetzbetreibers eingespeist werden. Die Anlage in Endorf erzeugt seit Februar 2010 Strom.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2009 betrug 74 %. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital verbleibt auf dem Vorjahresniveau von 99 %.

3. Risiken der künftigen Entwicklung

Den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG entsprechend betreibt die FWV ein umfassendes Risikomanagement. Dieses wird zweimal jährlich auf Aktualität und den bestehenden Anpassungsbedarf überprüft. Die identifizierten Risiken werden sowohl hinsichtlich ihrer Relevanz für die Geschäftstätigkeit des Unternehmens bewertet als auch mit Gegenmaßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung des Risikos versehen.

Das größte Risiko für die FWV besteht nach wie vor in dem weiter rückläufigen Trinkwasserabsatz. Ursache hierfür ist neben der demografischen Entwicklung auch die teilweise verstärkte Nutzung von Eigenversorgungsanlagen einiger Kunden zu Lasten des Fernwasserbezuges. Es wird eingeschätzt, dass die durch die Wirtschaftskrise bedingten Minderabnahmen durch gewerbliche Kunden sich mittelfristig wieder erholen werden. In den Planungen geht das Unternehmen davon aus, dass mit der konjunkturellen Belebung der Wirtschaft das Niveau der Jahre 2007/2008 wieder erreicht wird. Die Absatzentwicklung in diesem Kundensegment wird weiterhin kritisch kontrolliert.

Risiken aus Forderungsausfällen unserer Kunden sind in größerem Ausmaß nicht zu befürchten. Eine langfristige Forderung wurde abgezinzt.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Rohwasserbasis sind diesbezüglich keine größeren Probleme für die Geschäftstätigkeit erkennbar.

Die Aufbereitungskapazitäten sind sowohl qualitativ als auch quantitativ abgesichert, etwaige Beeinträchtigungen durch äußere Rahmenbedingungen, wie z. B. durch die langfristig prognostizierte Klimaveränderung, sind nicht zu befürchten. Unter Zugrundelegung dieser Prognosen werden eher Chancen für die Geschäftstätigkeit gesehen, da Angebote für benachbarte trockene Regionen denkbar sind.

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Finanzierung des Unternehmens sind nicht zu befürchten. Die Refinanzierung war und wird auch weiterhin gegeben sein. Aufgrund der Kapitalstruktur und der geplanten Überschüsse der Gesellschaft haben sich auch die Finanzierungskonditionen nicht verschlechtert. Die durch die Finanzmarktkrise veranlasste höhere Liquiditätsvorhaltung wird mittelfristig wieder reduziert. Bei den meisten Kreditverbindlichkeiten wurden Zinsfestschreibungen bis zum Laufzeitende vereinbart bzw. in einem Fall durch einen Zins-Swap eine entsprechende Absicherung herbeigeführt.

Die Liquiditätskontrolle erfolgt täglich. Dadurch können Risiken zeitnah erkannt werden, ein entsprechendes Mahnwesen ist aufgebaut.

Durch ein umfangreiches abgeschlossenes Versicherungspaket sollen etwaige finanzielle Folgen aus möglichen Schadensfällen sowie aus Haftungsrisiken eingegrenzt werden.

4. Ausblick/Prognosebericht

Die Optimierungsmaßnahmen der letzten Jahre haben im Wirtschaftsjahr 2009 ihre Wirksamkeit bewiesen. Trotz Absatzzrückgang konnten die gestellten Ergebniserwartungen erfüllt werden. Diese positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Unternehmens macht es möglich, die zukünftigen Herausforderungen, insbesondere bedingt durch die weitere demographische Entwicklung im Versorgungsgebiet des Unternehmens, effizient zu begleiten. Die im Unternehmen entwickelten Konzepte und ihre Umsetzung haben Beispielcharakter im mittel-deutschen Raum. Die vor der Branche stehenden Aufgaben sind jedoch nur im abgestimmten Handeln aller Beteiligten, d. h. unter Einbeziehung der Kunden sowie der Kommunal- und Landespolitik zu lösen. Es bedarf weitergehender, übergreifender Konzepte. Der notwendige Diskussionsprozess wurde durch die FWV angestoßen.

Technologische Optimierungen in den Wasserwerken der FWV führten bereits zu Einsparungen bei den Aufbereitungs- und Energiekosten. Eine entsprechende Fokussierung findet hier in den nächsten Jahren in den Wasserwerken Torgau-Ost und Mockritz statt. Damit einhergehend werden die notwendigen Wasserwerkskapazitäten in der Elbaue technologisch den äußeren Rahmenbedingungen angepasst. Je nach Absatzentwicklung besteht ab 2012 die Option, ein Wasserwerk in der Elbaue in Reserve zu stellen. Die Wahrnehmung dieser Option setzt die verstärkte Ableitung der Kapazität des Wasserwerkes Wienrode für die Versorgung des Raumes Bernburg/Halle/Dessau voraus. Der bereits beschriebene Bau eines 15 km langen Leitungsabschnittes schafft diese Voraussetzungen bis 2011/ 2012.

Mit dem Bau dieses Abschnittes wird gleichzeitig die Versorgungssicherheit für wichtige Kunden im Raum Halle/Bernburg/Merseburg erhöht und zusätzlich Potenzial für die energetische Nutzung des Ableitungssystems geschaffen. Im Rahmen des energetischen Konzeptes ist für 2010 der Ersatz einer älteren Energieerzeugungsanlage im Hochbehälter Endorf durch eine neue, leistungsfähigere Turbine vorgesehen. Weiterhin wird eine kleinere Anlage im Hochbehälter Spiegelsberge bei Halberstadt errichtet.

Alle eingeleiteten Maßnahmen haben das Ziel, unseren Kunden auch zukünftig eine qualitativ hochwertige, zuverlässige und preisgünstige Wasserlieferung zu garantieren.

Aussagen, ob bzw. in welchem Umfang mit der Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum Wertberichtigungen beim Anlagevermögen erforderlich werden, können erst nach den ab 2012 anstehenden Entscheidungen getroffen werden.

Für das Geschäftsjahr 2010 sind Gesamtinvestitionen in Höhe von 12 Mio. € eingeplant worden. Wesentlichste Maßnahme mit 5,8 Mio. € wird die Fortführung des Baus der Parallelleitung im Bereich Bernburg sein. Darüber hinaus werden die genannten Investitionen zur Energiegewinnung an den Leitungsabschnitten des Ostharzsystems realisiert. Zusätzlich in den Investitionsplan aufgenommen wurde ein Projekt zur Energiegewinnung durch Photovoltaik am Standort des Wasserwerkes Torgau/ Ost. Der Projektwert umfasst ca. 2 Mio. €. Die abschließende Entscheidung zur Realisierung des Projektes wird nach Vorlage der wirtschaftlichen Rahmendaten zu treffen sein. Zur Unterstützung der Finanzierung von Investitionen und weiterer durchzuführender Sanierungen ist geplant, Kredite in Höhe von 4,5 Mio. € aufzunehmen. Im gleichen Zeitraum werden 1,8 Mio. € getilgt. Die Eigenkapitalquote soll sich geringfügig auf 75 % verbessern. Die Liquidität des Unternehmens für 2010 ist gesichert. Auswirkungen durch die Finanzkrise auf Verfügbarkeit oder Konditionen von Fremdkapital sind nicht zu erwarten.

Weiterhin belasten die gestiegenen Energiekosten das Unternehmen. Trotz optimierter Beschaffung müssen für 2010 4,35 Mio. € berücksichtigt werden. Die Optimierungen zur energieeffizienten Fahrweise des Fernwassersystems werden weiter fortgesetzt.

Der im Jahr 2010 einzuplanende Personalaufwand berücksichtigt wie im Vorjahr eine 7,5%-ige Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Durch abgeschlossene ATZ-Verträge wird es auch in Zukunft möglich sein, die Mitarbeiterzahlen sozialverträglich zu reduzieren.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen der letzten Jahre (Sicherung Absatzpotenzial, Effizienzsteigerungen und Kostenoptimierungen) soll es dem Unternehmen gelingen, zukünftig positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Mittelfristig werden diese durch den anhaltenden Rückgang im Trinkwasserabsatz leicht unter Druck geraten.

Für das Geschäftsjahr 2010 erwartet die Geschäftsführung ein positives Ergebnis nach Steuern von 1,03 Mio. €.

GISA GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Leipziger Chaussee 191 a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 4.100

Gesellschafter:	T€	%
enviaM Beteiligungsmanagement GmbH	2.661	64,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	410	10,00
Stadtwerke Halle GmbH	1.029	25,10

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Organisationsberatungen sowie Erstellung und Vermarktung von Dienstleistungsprodukten im Bereich der Informationsverarbeitung. Dazu gehört die Managementberatung für Organisations- und Systemplanung, die Anwendungsentwicklung und Schulung, der Rechenzentrumsbetrieb inkl. Druck- und Kuvertierungstechnik, das Netzwerkmanagement, die Graphische Datenverarbeitung und CAD-Anwendungen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Wegen der vertraglichen Beziehungen der GISA zu enviaM und anderen Energieversorgern/-dienstleistern, ist der öffentliche Zweck aus einem Annex zur Energieversorgung zu entnehmen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Drescher, Stephan
Sprecher Krüger, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
G.P.A. Gesellschaft für Personalabrechnung und -verwaltung mbH	26	100,00
ICS adminservice GmbH	26	100,00
SASKIA Informations-Systeme GmbH	230	90,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
9.744	36	8.462	29	7.419	30	1.282	15
15.847	59	20.163	69	16.679	68	-4.316	-21
1.150	4	770	3	439	2	380	49

Bilanzsumme

26.741	100	29.395	100	24.536	100	-2.654	-9

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.171	31	8.550	29	8.858	36	-379	-4
10.831	41	11.134	38	10.355	42	-303	-3
7.344	27	9.393	32	4.710	19	-2.049	-22
395	1	318	1	613	2	77	24

Bilanzsumme

26.741	100	29.395	100	24.536	100	-2.654	-9

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Beteiligungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
71.097	72.935	59.462
1.030	426	-314
3.239	2.085	2.255
26.832	28.636	19.717
29.472	26.070	23.317
2.657	2.470	1.410
12.628	13.211	14.354
123	145	235
48	256	311
	62	30
3.948	5.398	3.121
1.377	2.448	-137
2.571	2.950	3.258
2.571	2.950	3.258

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,62	4,04	5,48	%
Eigenkapitalrentabilität:	45,91	52,68	58,18	%
Cash-Flow:	5.228	5.420	4.668	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	174	191	170	T€
Personalaufwandsquote:	39,11	34,55	37,97	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,22	3,86	4,08	%
Eigenkapitalquote:	30,56	29,09	36,10	%
Fremdkapitalquote:	69,44	70,91	63,90	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Wirtschaftliches Umfeld - Branchenentwicklung IT-Services

Nach Angaben des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (BITKOM) wird wie im vergangenen Jahr ein Gesamtumsatz im IT-Services-Markt in Höhe von 33 Mrd. Euro erwartet.¹

Das Jahr 2009 war insgesamt ein schwieriges Jahr für die IT-Branche. Die in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise gebrachte Entwicklung zeugt von einer Abwärtsbewegung, die nicht nur die sinkenden Tagessätze für das IT-Service-Projektgeschäft², sondern auch eine sinkende Nachfrage und verringerte IT-Ausgaben betrifft. Bereits seit 2008 sind diese Auswirkungen zu spüren. 2009 verringerten sich die IT-Ausgaben um weitere 2,4 Prozent. Positiv hingegen entwickelte sich das IT-Outsourcing-Geschäft. Auch die Erhöhung der Investitionen des Öffentlichen Bereichs sowie des Gesundheitswesens stärkten die IT-Branche in 2009.³

2. Die GISA in 2009

Kunden

Für Bestandskunden der GISA in der Energiebranche standen im vergangenen Jahr vor allem Projekte zur IT-seitigen Umsetzung des Unbundlings auf der Tagesordnung. Bei den öffentlichen Auftraggebern standen Projekte im Fokus, die sich mit der Modernisierung und Digitalisierung von Verwaltungsabläufen beschäftigen. So hat das eGovernment-Team aus einem vierjährigen Rahmenvertrag mit dem Land Sachsen verschiedene Abrufe erhalten.

Über 30 gewonnene Neukunden verzeichnete die GISA in 2009. Dazu zählen die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau, die Gebrüder Heinemann KG und die GSW Immobilien GmbH. Weitere Neukunden sind das Universitätsklinikum Leipzig, die ARD.ZDF medienakademie und die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG. Die Neukundengewinne sind das Ergebnis des Ausbaus der Vertriebstätigkeit. Im November wurde eine neue Geschäftsstelle in Bielefeld eröffnet. Neben der Verstärkung der regionalen Vertriebstätigkeit sieht das Vertriebskonzept vor, weiteres Branchen-Know-how insbesondere in der Medien- und Immobilienbranche aufzubauen.

Großprojekt zum Unbundling in der enviaM-Gruppe

Zwei Jahre dauerte das Großprojekt zum Unbundling der IT-Systeme der enviaM-Gruppe. Ca. 40 neu eingerichtete bzw. angepasste IT-Systeme gingen am 28. September 2009 an den Start. Etwa 200 Mitarbeiter der enviaM-Gruppe waren im Einsatz, sie kamen aus allen Bereichen des Ressorts Vertrieb, der IV-Steuerung, der envia SERVICE, der A/V/E, der envia NETZ, der envia NSG und der GISA.

Aus den Geschäftsbereichen

Der Geschäftsbereich *Prozess- und IT-Beratung* generierte im Jahr 2009 einen Umsatz von ca. 18 Millionen Euro. Dies entspricht einer Steigerung um 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Wichtige Projekte waren unter anderem das Unbundling-Projekt für enviaM sowie ein Projekt zur Disposition und Workflowsteuerung beim Westdeutschen Rundfunk (WDR) gemeinsam mit einer Leipziger Partnerfirma. Für das Umsatzwachstum relevante Themen in der Beratung in 2009 waren unter anderem das SAP CRM⁴ 2007, die SAP IS-U⁵ Systemtrennung, die IT-technische Unterstützung der Marktkommunikation von Energie- und Versorgungsunternehmen sowie der Ausbau der Portaltechnologie für Geschäftsprozesse in Unternehmen und unternehmensübergreifend.

Der Geschäftsbereich *SAP-Service* betreut sämtliche Outsourcing-Kunden im SAP-Umfeld. Es erfolgt das zertifizierte Application Management für sämtliche SAP-Anwendungen sowie einiger energiewirtschaftsspezifischer Non-SAP-Lösungen. Durch die Gewinnung neuer Outsourcing-Kunden im ERP⁶ und HCM⁷, die Umsetzung energiewirtschaftlicher Anforderungen und die Übernahme hochkomplexer Systemlandschaften in den Regelbetrieb wurde ein Umsatz von 26 Millionen Euro erreicht.

Der Geschäftsbereich *IT-Anwendungsservice* beschäftigt sich vorrangig mit Non-SAP-Services. Diese werden von der Beratung, Entwicklung bis hin zur Betreuung angeboten. Auch in 2009 war das Competence Center Compliance wieder sehr erfolgreich. Bei mehr als 15 Kunden aus verschiedenen Branchen (Handel, Logistik, Industrie usw.) wurden die Anforderungen umgesetzt. Mit der Gründung eines Competence Centers "Business Analyse" wird das Ziel verfolgt, Kunden bereits bei der Ermittlung ihrer Anforderungen zu unterstützen und die Kommunikation zwischen Fachbereichen und IT zu vereinfachen.

¹ BITKOM: ITK-Marktzahlen Herbst 2009

² SaaS-Magazin.de: Krise: Fallende Preise auf dem IT-Service-Markt

(<http://www.saasmagazin.de/saasondemandmarkt/studien/berleconresearch020409.html>)

³ IDC: Der deutsche IT-Markt deutlich im Minus (http://www.idc.com/germany/press/presse_q1_it-markt09.jsp)

⁴ Customer Relationship Management (CRM)

⁵ Industry Solution Utilities (IS-U)

⁶ Enterprise Resource Planning (ERP)

⁷ Human Capital Management (HCM)

Im Bereich eGovernment erfolgte die Einführung der Elektronischen Akte bei der Landesdirektion Leipzig und der Landesfeuerwehrschule Sachsen sowie die Umsetzung und Einführung des Fachverfahrens zur Künstlerförderung (eGo-KüF) in der Senatskanzlei Berlin. In 2009 erwirtschaftete der Geschäftsbereich IT-Anwendungsservice insgesamt einen Umsatz von rund 10 Millionen Euro.

Dem Geschäftsbereich *IT-Systemservice* obliegt primär die Betreuung des Rechenzentrums und des Druckzentrums der GISA. In 2009 erfolgte die Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis des IT-Grundschutzes. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Servicemanagement und Zentraler Service wurde hier die Grundlage für eine weiterhin sichere und qualitativ hochwertige Arbeit in der GISA geschaffen. Die erfolgreiche Rezertifizierung als SAP Hosting Partner wurde ebenfalls vorbereitet und durchgeführt. Ein weiteres großes Projekt war der Aufbau und die Produktivsetzung der Unbundling-Systemlandschaft der enviaM.

Im Geschäftsbereich *Servicemanagement und Zentraler Service* war das Geschäftsjahr wesentlich durch die Realisierung des internen Projektes ITAM⁸ geprägt. Im ersten Schritt wurden die im Rahmen des Projektes reorganisierten Prozesse rund um das IT Asset Management sowie Möglichkeiten für automatisierte Bestellungen, die Verwaltung und Nachverfolgung von Hard- und Software realisiert. Weiterhin wurde in diesem Projekt die technische Basis der neuen GISA ITSM⁹-Landschaft geschaffen. Durch ein Folgeprojekt in 2010 wird GISA zukünftig alle IT-Service-Managementprozesse komplett über eine einheitliche technische Landschaft steuern. Damit werden die Grundlagen für eine noch effizientere und qualitätsgerechtere Durchführung von IT-Service-Prozessen geschaffen.

3. Personalentwicklung

Mit der Einstellung von 60 neuen Mitarbeitern wurde das Wachstum auch in 2009 weiter vorangebracht. Zum Stichtag 31. Dezember 2009 waren 452 Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt 433), 8 Auszubildende und 12 Bachelor-Studenten beschäftigt. In 2009 betreute die GISA 16 Praktikanten, 16 Werkstudenten und 10 Diplomanden. Das GISA-interne Schulungsprogramm wurde weiter ausgebaut. Mit der einjährigen Schulungsreihe „GISAprojects“ erfolgte die Standardisierung und Einführung eines einheitlichen Projektmanagements innerhalb der GISA. Investitionen in die Weiterbildung betrugen insgesamt 891 T€.

4. Investitionen in Forschung und Entwicklung

In die Produktentwicklung wurden im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 310 T€ investiert. Investitionsschwerpunkte waren der Relaunch des HCM-Abrechnungsservices, die Weiterentwicklung des GISA_StadtwerkePaketes und die Vorbereitung einer Lösung für die integrierte Gesundheitsversorgung. Im GISA_HCM-Abrechnungsservice, der ASP¹⁰-Lösung für Personalabrechnung, wurden in 2009 gesetzliche Anforderungen aktualisiert. Im GISA_StadtwerkePaket wurden in 2009 neue Lieferantenwechselprozesse und aktuelle Datenaustauschformate angepasst.

5. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	2009	2008	2007
Umsatz (in T€)	71.097	72.935	59.462
Ergebnis vor Steuern (in T€)	3.948	5.398	3.121
Ergebnis nach Steuern (in T€)	2.571	2.950	3.258
Mitarbeiter (zum 31.12.2009 inkl. Azubis)	460	427	380

2009 war für GISA ein gutes Geschäftsjahr. Mit einem Umsatz von 71,1 Millionen Euro konnte das hohe Umsatzniveau des Vorjahres gehalten werden. Dazu trugen im Wesentlichen die Projektumsätze aus dem Unbundling-Projekt für enviaM bei. Aber auch bei den externen Kunden erfolgte mit 12,3 Millionen Euro (Vorjahr 8,3 Millionen Euro) eine erhebliche Steigerung der Umsätze. GISA konnte in 2009 neue Kunden gewinnen und bestehende Verträge verlängern.

⁸ IT Asset Management (ITAM)

⁹ IT Service Management (ITSM)

¹⁰ Application Service Providing (ASP)

6. Ergebniserläuterung GISA

Die GISA hat im abgelaufenen Berichtsjahr ein Betriebsergebnis von 3,8 Millionen Euro (Vorjahr 5,1 Millionen Euro) erwirtschaftet. Der Planwert für 2009 konnte damit nicht ganz erreicht werden.

Der Umsatz lag mit 71,1 Millionen Euro deutlich über den gesteckten Zielen. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber den Vorjahren unter anderem durch eine veränderte Bewertung von Rückstellungen gegenüber der Unterstützungskasse für die Mitteldeutsche Wirtschaft e.V.. Mit den Bestandsveränderungen, welche im Wesentlichen aus zwei noch nicht abgeschlossenen Projekten resultieren, tragen sie zu einer Gesamtleistung von 75,4 Millionen Euro bei.

Das Finanzergebnis ist aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und der Steueraufwand aufgrund des niedrigeren Ergebnisses im Geschäftsjahr geringer als im Vorjahr. Der Jahresüberschuss beträgt 2,6 Millionen Euro (Vorjahr 3,0 Millionen Euro).

Der Materialaufwand liegt aufgrund von Fremdleistungen, die vor allem zur Erfüllung der Projektaufgaben dazugekauft werden mussten, nur geringfügig unter dem hohen Vorjahresniveau. Durch die Einstellung von Mitarbeitern sowie eine Tarifierhöhung stieg der Personalaufwand auf 29,5 Millionen Euro.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Leasingaufwendungen von 4,3 Millionen Euro enthalten.

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen in Höhe von 8,5 Millionen Euro getätigt, davon 4,6 Millionen Euro über Leasing finanziert. Investiert wurde unter anderem in neue Technologien und Hardware für das Rechenzentrum und in neue Software-Lösungen. Die Investitionen wurden aus dem laufenden Geschäft finanziert. Kredite wurden nicht aufgenommen.

Die Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2%-Punkte auf 31% erhöht.

7. Beteiligungen

ICS adminservice GmbH

Die mit Beginn des Geschäftsjahres 2009 umgesetzte organisatorische Neuausrichtung des Unternehmens zeigt erste positive Auswirkungen. Mehr Kapazität und Kompetenz in der Akquise sowie ein erweitertes Leistungsangebot führten zu einer erhöhten Angebotsanzahl und zu mehr neuen Aufträgen.

Neben den BPO¹¹-Segmenten Rechnungswesen und Lohn- und Gehaltsabrechnung werden insbesondere personalwirtschaftliche Dienstleistungen stärker nachgefragt. Der Geschäftsbereich Personalwesen konnte sein Geschäftsvolumen um etwa 10 Prozent zum Vorjahr erhöhen. Zu den bedeutendsten Akquiseerfolgen zählen ein Drei-Jahres-Vertrag mit der GISA GmbH und der IHK zu Leipzig.

Das auf einem weiteren Wachstum der Märkte basierende anspruchsvolle Umsatzziel konnte in 2009 übertroffen werden. Der aufgrund der Maßnahmen zur Umsetzung der organisatorischen Neuausrichtung des Unternehmens relativ gering geplante Jahresüberschuss von 3,1 T€ wurde realisiert. Die Finanzlage der ICS ist stabil. Wesentlich für den Geschäftsverlauf war das sichere Bestandskundengeschäft, das sich in den wiederholt guten bis sehr guten Ergebnissen der Kundenzufriedenheitsbefragung widerspiegelt.

Das Qualitätsmanagement-Regelwerk der ICS wurde im Geschäftsjahr überarbeitet und in einem Überwachungsaudit durch den TÜV NORD bestätigt.

ICS erwartet für das Geschäftsjahr 2010 ein erneutes Umsatzwachstum. Insbesondere durch die weitere Optimierung der Geschäftsprozesse wird ein deutlich höheres Ergebnis erwartet.

SASKIA Informations-Systeme GmbH

Traditioneller Schwerpunkt der SASKIA bildete auch im Geschäftsjahr 2009 die Pflege und Weiterentwicklung der kommunalen Fachverfahren. Im Mittelpunkt stand dabei insbesondere das Finanz- und Gewerbeverfahren. Neben der allgemeinen Pflege der Gesetzlichkeiten in den Programmen konzentrierten sich die Aktivitäten auf die Optimierung der Rechenzentrumslösung mit der KISA¹². In 2009 wurden ca. 60 KISA-Kunden auf das Gewerbeverfahren der SASKIA umgestellt. Die Rechenzentrumslösung des gemeinsamen Finanzwesens wird zwischenzeitlich von mehr als 160 KISA-Anwendern genutzt.

¹¹ Business Process Outsourcing (BPO)

¹² Zweckverband KISA - Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KdöR

Weitere zentrale Themen waren die Fertigstellung der Migrationsprojekte bei den neuen Landkreisen, mehrere Einführungsprojekte „Doppik“ in den Kommunen sowie Projekte im Rahmen der Einführung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Zusätzlich zu Kundenprojekten gab es vielfältige Aktivitäten in Vorbereitung und Durchführung von Zertifizierungen. Im September 2009 konnte der Abschluss der Zertifizierung der Software SASKIA.de-HKR, Modul Veranlagung, mit Erteilung des Zertifikates durch die SAKD¹³ erreicht werden. Im Dezember wurde die Prüfung zur BSI¹⁴-Testierung im Rahmen der Nutzung des KDN¹⁵-Anschlusses abgeschlossen. In Vorbereitung sind die GoBS¹⁶-Zertifizierung sowie die SAKD-Zertifizierung „Doppik“. Der Abschluss erfolgt voraussichtlich im Jahr 2010.

SASKIA hat die für 2009 gesteckten wirtschaftlichen Unternehmensziele erreicht. Nach den bislang vorliegenden Unterlagen entspricht der Umsatz den Erwartungen, das Ergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Die Anzahl der durchschnittlich im Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeiter stieg um 7 auf 56.

8. Risikomanagement

Die GISA versteht Risikomanagement als Managementaufgabe im Rahmen der Unternehmenssteuerung. Mit Hilfe ihres Risikomanagementsystems ist die GISA in der Lage, ihre Risikosituation adäquat feststellen und steuern zu können. Das Risikomanagementsystem ist sowohl wichtiges Instrument zur Absicherung der Unternehmenswerte als auch zur Erreichung der Unternehmensziele und zur Zukunftssicherung.

Das Risikomanagementsystem der GISA umfasst die Identifizierung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken. Hierbei werden die Risiken nicht isoliert, sondern in ihrem Wirkzusammenhang über das gesamte Unternehmen hinweg betrachtet. Die betrachteten Risiken können dabei den Kategorien Betriebs-, Markt-, Finanz-, Umfeld und sonstige Risiken angehören.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden quartalsweise die wesentlichen Risiken in einer Übersicht zusammengefasst und in einem Risikoportfolio visualisiert. Unabhängig von diesem Rhythmus erfolgt im Falle der Identifizierung eines neuen wesentlichen Risikofaktors aus der laufenden Risikoüberwachung heraus ad hoc eine Risikomeldung an die Geschäftsführung.

Das Risikomanagement der GISA ist in das gruppenweite Risikomanagement der enviaM-Gruppe und damit des RWE-Konzerns eingebunden. Es wird kontinuierlich weiterentwickelt, sich ändernden Rahmenbedingungen zeitnah angepasst und umfasst über das Beteiligungscontrolling der GISA auch die Mehrheitsbeteiligungen des Unternehmens.

Neben den üblichen im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Rechenzentrums stehenden Risiken werden mit Blick auf die Fachkräftesituation insbesondere Personalrisiken und im Hinblick auf das aktuelle wirtschaftliche Umfeld insbesondere das Auftragseingangsrisiko als Risiken gesehen. Die starke Umsatzabhängigkeit vom Hauptgesellschafter enviaM wird sowohl als Risiko als auch als stabilisierender Faktor und damit als Chance für die GISA und ihre weitere Entwicklung gesehen.

Den Bestand der Gesellschaft gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

9. Ausblick

In 2010 werden Trends wie die Industrialisierung der IT-Services, Pay-per-use und on-Demand-Angebote sowie das Cloud Computing weiter an Bedeutung gewinnen. Durch die Transparenz, die bei hoher Standardisierung gegeben ist und somit eine Vergleichbarkeit ermöglicht, wird jedoch ein erhöhter Preisdruck in diesen Segmenten entstehen.¹⁷

Die meisten Unternehmen rechnen im kommenden Geschäftsjahr mit einem deutlichen Anstieg der Nachfrage. Viele Firmen setzen auf Wachstum.¹⁸ BITKOM erwartet einen Anstieg des Gesamtumsatzes der IT-Services-Branche auf 33,8 Mrd. Euro.¹⁹

Nach einer Umfrage von Capgemini rechnen die meisten IT-Verantwortlichen in 2010 mit steigenden Budgets. Auch für die Jahre 2011 und 2012 werden höhere IT-Budgets erwartet.²⁰

¹³ Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD)

¹⁴ Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

¹⁵ Kommunale DatenNetz GmbH (KDN)

¹⁶ Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)

¹⁷ CIO: Die 10 strategischen IT-Trends 2010 (<http://www.cio.de/strategien/methoden/2212689/>)

¹⁸ BITKOM: BITKOM-infoline 11/12-2009 „Von 2009 nach 2010: Rückblick und Ausblick“

¹⁹ BITKOM: ITK-Marktzahlen Herbst 2009

²⁰ [presseportal.de: IT-Trends 2010: Die Budgets steigen wieder, Vorab-Ergebnis der jährlichen Capgemini-Studie](http://www.presseportal.de/pm/16952/1526202/capgemini)
(<http://www.presseportal.de/pm/16952/1526202/capgemini>)

Für das Jahr 2010 erwartet die GISA unter anderem abrechnungsbedingt durch Auslaufen eines Großprojektes einen geringeren Umsatz als in 2009. Durch verringerte Inanspruchnahme von Fremdleistungen soll aber das Ergebnis vor Steuern etwa in gleicher Höhe erreicht werden.

Die Einführung eines einheitlichen Projektmanagementstandards wird die Qualität und Effektivität der durchzuführenden Projekte verbessern und somit einen Beitrag zum Unternehmenserfolg leisten. Die Fortführung der Prozessorientierung nach dem ITIL²¹- Servicestandard wird ebenso die Flexibilität und Qualität der internen Prozesse noch weiter verbessern.

Die GISA wird auch in 2010 weiter wachsen. Neue Mitarbeiter sollen zum Aufbau unternehmensinterner Ressourcen eingestellt werden, so dass eine verringerte Beauftragung von Fremdleistungen notwendig sein wird. Das externe Geschäft außerhalb des Gesellschafterumfeldes soll weiter ausgebaut werden.

Zusammenfassend geht die Geschäftsführung von einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung aus.

²¹ IT Infrastructure Library (ITIL)

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 512

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschiffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalkreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafenbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lindemann, Dirk

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
		Böcker, Udo		
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)	
		Gärtner, Steffen		
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)	
		Junghans, Torsten		
		Kley, Gerry		
		Kocian, Burkhard		
		Krause, Johannes		
		Lange, Hendrik		

Aufsichtsrat:

Mahlert, Eckert	(seit 21.09.2009)
Müller, Raik	(seit 21.09.2009)
Nagel, Elisabeth	(seit 21.09.2009)
Nebelung, Barbara	(bis 21.09.2009)
Richter, Ulrich	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Weihrich, Dietmar	
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
74	0	45	0			29	65
14.876	88	13.833	89	11.090	86	1.043	8
1.923	11	1.732	11	1.763	14	191	11
3	0	4	0	3	0	-1	-34

Bilanzsumme

16.876	100	15.615	100	12.856	100	1.262	8

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
727	4	727	5	727	6	0	0
4	0	4	0	4	0	0	0
5.561	33	4.905	31	5.134	40	656	13
749	4	90	1	169	1	660	736
9.835	58	9.889	63	6.822	53	-54	-1

Bilanzsumme

16.876	100	15.615	100	12.856	100	1.262	8

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.228	1.592	1.939
andere aktivierte Eigenleistungen	8	9	3
sonstige betriebliche Erträge	921	407	324
Materialaufwand	582	892	777
Personalaufwand	585	498	384
Abschreibungen	660	484	459
sonstige betriebliche Aufwendungen	685	770	1.117
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	245	244	471
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-599	-880	-941
außerordentliche Aufwendungen	650		
außerordentliches Ergebnis	-650		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	11	11	15
Erträge aus Verlustübernahmen	1.259	891	956
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-102,55	-55,96	-49,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	-173,23	-122,60	-131,58	%
Cash-Flow:	-599	-407	-498	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	125	149	201	T€
Personalaufwandsquote:	27,14	24,80	16,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,01	88,40	86,01	%
Eigenkapitalquote:	4,31	4,65	5,65	%
Fremdkapitalquote:	95,69	95,35	94,35	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Containerumschlag	26.639,00	45.642,00	36.141,00	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	648.959,00	960.601,00	910.710,00	t
Hafenbahn	219.460,00	325.987,00	285.643,00	t
Straßengüterverkehr	429.499,00	634.614,00	625.067,00	t

e) Lagebericht

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigt 5,0 % im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Hierbei ist der deutliche Rückgang der Wirtschaftsleistung hauptsächlich auf den konjunkturellen Einbruch im ersten Quartal des Jahres 2009 zurückzuführen. Während das Inlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal bereits wieder leicht zulegen konnte, versiegten die Wachstumsimpulse im vierten Quartal mit einem Nullwachstum.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands liegen derzeit Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen zeigte sich das Inlandsprodukt Ostdeutschlands jedenfalls im ersten Halbjahr robuster gegenüber der globalen Krise als im Westen der Republik. Auch in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Höhe von -5,6 % (per 30. Juni) weniger deutlich ausgefallen als im Westen (inkl. Berlin) mit -7,0 % (per 30. Juni) bzw. im Bundesdurchschnitt (-6,8 % im ersten Halbjahr).

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise waren im Güterverkehr in Deutschland im Jahr 2009 nach vorläufigen Zahlen deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Dabei ging das Aufkommen der Verkehrszweige Eisenbahn und Binnenschiff um 16,5 % bzw. 18,2 % stärker zurück als das der Straße (-9,9 %) Insgesamt wurden in 2009 mit 3.975 Mio. Tonnen 11,2 % (503 Mio. Tonnen) weniger Waren transportiert als noch im Vorjahr, wobei der Straßenverkehr noch einen leicht gestiegenen Marktanteil verzeichnen konnte. Auch die Güterverkehrsleistung als Produkt aus Transportaufkommen und Transportweite (Tonnenkilometer - Tkm) nahm im Jahresvergleich um 11,8 % bzw. 78,9 Mrd. Tkm auf 589,9 Mrd. Tkm deutlich ab.

In den Mitgliedshäfen des Bundesverbandes der öffentlichen Binnenhäfen (BÖB) wurden nach vorläufigen Zahlen bis Oktober 2009 insgesamt 72,0 Mio. Tonnen Schiffsgüter umgeschlagen (Vorjahr: 100,7 Mio. Tonnen). Im Eisenbahngüterverkehr schlugen die öffentlichen Binnenhäfen in den ersten zehn Monaten 2009 insgesamt 37,9 Mio. Tonnen und damit 15,3 Mio. Tonnen bzw. 28,8 % weniger als im Vorjahr um.

Der Schiffsumschlag in den Häfen des Landes Sachsen-Anhalt ging per Juli 2009 gegenüber dem Vorjahr um 14,0 % auf insgesamt 4,0 Mio. Tonnen zurück (Vergleichszeitraum Vorjahr: 4,65 Mio. Tonnen). Während bei den Hauptgütergruppen Steine und Erden sowie Düngemittel deutliche Transportrückgänge zu verzeichnen waren, nahm die Transportmenge landwirtschaftlicher Erzeugnisse signifikant zu.

Die Gesamtverkehrsleistung im Hafen Halle belief sich 2009 auf etwa 649 Tt und nahm damit im Jahresvergleich um 312 Tt bzw. 32,4 % ab; etwa 219 Tt bzw. 33,8 % der Gesamttonnage entfielen dabei auf bahnseitige Transporte. Noch deutlichere Auswirkungen der Rezession waren im KV-Umschlag zu verzeichnen: mit 26.639 TEU und 289.242 Tonnen ging das Aufkommen im Jahresvergleich um etwa 40 % zurück und lag noch unter dem Jahreswert von 2006 (29.135 TEU). Auch in 2009 war aufgrund widriger Bedingungen auf der Saale kein Schiffsumschlag im Hafen zu verzeichnen.

Das seit 2008 weitestgehend stillgelegte JCN Neckermann-Biodieselwerk im Hafen wurde Mitte 2009 durch die OTD Oil Trading Deutschland GmbH - Tochter der Gulf Oil Nederland B. V. - erworben. Investorensseitig ist die Wiederaufnahme der Produktion im Frühjahr 2010 geplant.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde eine Grundstücksfläche von 25.000 m² an die OTK Oil Trading Kraftstoffe GmbH - eine Tochter der OTD Oil Trading Deutschland GmbH - verkauft. Die Gesellschaft erzielte hieraus einen Buchgewinn von TEUR 520. Der Investor plant die Errichtung einer Produktionsstätte/-mischanlage für biogene Kraftstoffe. Der Baubeginn ist für April 2010 und die Betriebsaufnahme für Januar 2011 geplant.

Für das Projekt zur Errichtung einer Produktionsstätte für Carbon aus Gummigranulat wurde ein Erbbaurechtsvertrag über 11.000 m² am 3. Juli 2009 unterzeichnet. Nach dem feierlichen Spatenstich am 23. Dezember 2009 sollen die Bauarbeiten hier im Frühjahr 2010 starten, der Betriebsbeginn ist für Ende 2010 geplant. Mit den genannten vertraglich gebundenen Flächen stehen von den im Hafen erschlossenen Ansiedlungsflächen nur noch etwa 8.500 m² vermarktbare Restfläche zur Verfügung.

Das die genannte Investition durchführende Unternehmen informierte die Hafen Halle GmbH darüber, dass die bei der beauftragten Baugrundbegutachtung vorgefundenen Baugrundverhältnisse wegen generell ungenügender Grundtragfähigkeit der anstehenden Böden die vorgesehene Investition gefährden können. Vorgenommene Analysen führten zu dem Ergebnis, dass entsprechend der Bauplanung, die bei „normalem“ Baugrund zu Aushubmengen von 5.500 m³ geführt hätte, eine derzeitige Gesamtmenge von ca. 19.500 m³ Aushub anfallen. Diese Gesamtmenge kann entsprechend ihrer unterschiedlichen Belastung nur teilweise einer Verwertbarkeit zugeführt werden. Die Hafen Halle GmbH kann keine Aussage dazu treffen, wer die Aufschüttung mit den organisch belasteten Auffüllmaterialien (kohlegrusähnliches Material) veranlasst hat und wann diese Aufschüttungen erfolgten. Es ist davon auszugehen, dass diese Materialien Anfang der 90-iger Jahre dort abgelegt wurden. Bei den Baugrunduntersuchungen für die Biodieselanlage neben dem jetzt betroffenen Grundstück und für die Errichtung der Tankmischanlage wurden solche Bodenverhältnisse nicht vorgefunden. Die Hafen Halle GmbH hat alle Veranlassungen getroffen, die eine ordnungsgemäße Entsorgung des Bodenaushubs zum Ziel hat. Das Baugrundstück wird nach erfolgtem Aushub ebenfalls bestimmungsgemäß verfüllt, sodass dem Bauherrn aus der vorgefundenen Baugrundsituation kein Nachteil entsteht. Mit dem Bauherrn gibt es eine generelle Verständigung dazu, dass die Kostenübernahme durch die Hafen Halle GmbH für den insgesamt erforderlichen Aushub bis einschließlich Verfüllung abzüglich der Menge Aushub erfolgt, die dem Regelaufbau der Bauinvestition entspricht. Insgesamt resultiert hieraus nach aktueller Einschätzung ein Gesamtaufwand für die Hafen Halle GmbH von ca. TEUR 650, wofür im vorliegenden Jahresabschluss eine Rückstellung gebildet wurde.

Nach Durchsicht der Unterlagen zum Raumordnungsbeschluss für den im Rahmen der Vervollendung des Saaleausbaus geplanten „Schleusenkanal Tornitz“ durch die zuständige Wasser- und Schifffahrtsbehörde hat das Land Sachsen-Anhalt das Bundesverkehrsministerium zur zeitnahen Einleitung des Planfeststellungsverfahrens aufgefordert, zumal die Mittel für die Planungen im Investitionsrahmenplan für den Ausbau der Bundeswasserstraßen 2006 bis 2010 festgeschrieben sind. Eine Entscheidung seitens des Bundes hierzu steht jedoch noch aus. Bei einem optimistischen Ansatz des weiteren Vorhabenablaufs ist eine Vervollendung des Saaleausbaus jedoch nicht vor Ende 2014/2015 zu erwarten.

Die Hafen Halle GmbH erzielte per 31. Dezember 2009 Umsatzerlöse und andere Erträge in Höhe von TEUR 2.158. Hauptumsatzträger bei den typischen Hafenleistungen waren mit TEUR 767 die Erlöse aus Umschlags- und Hafenbahnleistungen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden einschließlich beauftragter, aber noch nicht endabgerechneter Teilbeträge zum Bilanzstichtag TEUR 2.288 Investitionen realisiert. Hiervon entfielen mit TEUR 1.779 etwa 78 % auf die Anschaffung von zwei nach § 32 EBO betriebsfertig zugelassenen Großdiesellokomotiven (Plan: TEUR 1.920).

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2009 durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 4.000 im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gegeben. In Höhe von TEUR 1.600 wurde ein Darlehen zur Finanzierung von Investitionen in das KV-Terminal aufgenommen.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2009 absolut um TEUR 1.261 und relativ um 8,1 % auf TEUR 16.876 erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens belief sich auf 88,2 % der Bilanzsumme.

Einschließlich der Zurechnung der Sonderposten beläuft sich das wirtschaftliche Eigenkapital auf TEUR 6.292 und beträgt 37,3 % der Bilanzsumme. Bei Bankdarlehen über TEUR 5.128 ist das Anlagevermögen der Gesellschaft zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 (TEUR 14.876) zu 74,8 % durch lang- und mittelfristiges Eigen- und Fremdkapital (TEUR 11.122) gedeckt. Dabei geht die Geschäftsführung davon aus, dass für das am 23. März 2010 endfällige Darlehen der HypoVereinsbank zusagegemäß eine Anschlussfinanzierung erfolgt.

In dem beim Landgericht Halle seit August 2004 geführten Rechtsstreit wegen mangelhafter Planungsleistungen gegen die Firma H.P. Gauff Ingenieure GmbH & Co. KG wurde durch das Gericht im März 2009 ein neuer Sachverständiger beauftragt. Dieser hat für Januar 2010 einen Vorort-Termin im Hafen zur Befragung beider Seiten anberaumt. Auf Antrag des Hafens hat das Gericht mit Beschluss vom April 2009 dem vorherigen und als befangen abgelehnten Sachverständigen die Vergütung entzogen, sodass der Gesellschaft aus der neuerlichen Sachverständigenbeauftragung derzeit keine weiteren Kosten entstehen.

Aus einem Mietverhältnis der Jahre 2005 bis 2007, in dem die Gesellschaft bei einem Dritten Liegenschaften angemietet und an ein Industrieunternehmen weitervermietet hat, wurde mit Datum vom 16. Juni 2008 durch den Vermieter gegen die Hafen Halle GmbH beim Landgericht Halle Klage wegen Schadenersatz und Betriebskosten erhoben. Die in diesem Verfahren eingeklagten Forderungen von etwa TEUR 37 werden durch die Gesellschaft bestritten. Die Geschäftsführung des Hafens geht nach nochmaliger anwaltlicher Bewertung und den bisherigen Ergebnissen des Prozessverlaufs davon aus, dass der Hafen keinen Schadenersatz zu leisten hat. Die aus dem ehemaligen Mietverhältnis weiterhin resultierenden und nicht in o. g. Verfahren eingeklagten Betriebskostenabrechnungen sind dem Umfang nach aufgrund fehlender oder mangelhafter Nachweise des Vermieters weiterhin strittig. Im Falle einer künftigen Zahlung durch den Hafen werden dem Untermieter diese Betriebskosten weiterberechnet, sodass Belastungen für den Hafen hieraus ebenfalls nicht zu erwarten sind.

Entsprechend der Regelungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurden durch die Gesellschaft auch in 2009 die wesentlichen Risikofelder identifiziert und einer Bewertung unterzogen sowie die erforderlichen Schritte zur Schaffung eines adäquaten Risikomanagement- und Früherkennungssystems erfolgreich realisiert. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die für die Gesellschaft relevanten Risikofelder einer laufenden Bewertung und Kontrolle unterliegen sowie wesentliche Instrumente der Risikoerkennung und -bewertung installiert sind.

Ausblick

Der Ertragswert der Sparten „Schiffsverkehr“ und „Ansiedlung“ ist gemäß den aktuellen Planungsrechnungen nachhaltig negativ. Trotz der im Jahr 2009 verzeichneten rezessionsbedingten Rückgänge zeigt die Sparte „Bahn- und Straßenverkehr“, und hier insbesondere der KV-Umschlag, eine mittelfristig positive Entwicklung. Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung liegt daher unverändert auf dem Eisenbahnbereich und dem Container-Verkehr. Gerade im Containerverkehr wird es darauf ankommen, die seit der Einführung unserer Marke „CTHS - Container Terminal Halle Saale“ am Markt bereits zu spürende positive Wahrnehmung dieser Leistung des Hafens Halle weiter auszuschöpfen. Zur Stabilisierung und zum weiteren Ausbau dieses Eisenbahnbereiches hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH im Februar 2009 die Anschaffung von zwei Groß-Diesellokomotiven genehmigt, welche künftig neben den Transporten zwischen dem Hafen und dem Güterbahnhof Halle (Saale) auch weitergehende Traktionsleistungen sicherstellen sollen. Dadurch wird einerseits eine bisher bestehende Lücke in den Transportkreisläufen geschlossen, andererseits aber auch die Leistungsfähigkeit des Hafens in einem umsatzträchtigen Logistikbereich deutlich erweitert. Durch den verstärkten Einsatz der vorhandenen Diesellok „Poseidon“ in der zweiten Jahreshälfte 2009 konnte auch hier am Markt bereits eine deutlich bessere Wahrnehmung des Hafens als Anbieter von Eisenbahndienstleistungen verzeichnet werden.

Aufgrund der zögerlichen Erholung der Weltwirtschaft erwarten wir im laufenden Geschäftsjahr im KV-Geschäft ein Verkehrsaufkommen etwa auf dem Niveau von 2007. Ungeachtet dessen wird die weitere Stabilisierung und Ausweitung der Geschäfte im KV-Terminal Halle einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft auch in 2010 darstellen. So ist die Gesellschaft derzeit bereits mit verschiedenen international agierenden Reedereien, Bahn-Operateuren und Verladern über die Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit im Gespräch. Weiter ausgebaut werden soll auch das Geschäftsfeld der dispositiven expeditionellen Leistungen mit kompletten Container-Transportläufen Seehafen-Kunde-Seehafen sowie der Zug-Traktionsleistungen für Dritte.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft im Bereich Ansiedlungen wird es in 2010 sein, die beiden im Hafen begonnenen Ansiedlungsprojekte in der Umsetzung bis hin zur Betriebsaufnahme zu begleiten. Vor dem Hintergrund einer mittelfristig verbesserten Erlössituation der Gesellschaft vor allem im Bahnsektor wird die Gesellschaft weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gebietskörperschaften weitere Grundstücksflächen im engeren Hafenumfeld einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Damit soll auch ein Beitrag zur Entwicklung des Hafengebietes sowie des Wirtschaftsstandortes Halle (Saale) insgesamt geleistet werden.

Im investiven Bereich sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung und Sicherung der Geschäfte im Bahn- und Container-Verkehr geplant. Neben dem Neubau des Gleisanschlusses für einen Neuansiedler im Hafen ist zur Verbesserung der Betriebssicherheit und -abläufe auch der Ersatzneubau der technischen Sicherungsanlagen an den Bahnübergängen der Gleisanlage „Saalebahn“ geplant. Hier hoffen wir auf zeitnahen Abschluss der bereits seit Ende 2007 diskutierten Kreuzungsvereinbarungen mit der Stadt Halle (Saale). Im Zusammenhang mit dem Neubau der bahnseitigen Hafenanbindung im sogenannten „Nördlichen Ringschluss“ sowie für den Neubau eines KV-Terminals sollen die Planungen soweit vorangebracht werden, dass Ende 2010/Anfang 2011 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden kann.

Die zukünftige Ertrags- und Finanzlage des Hafens ist neben politischen Entscheidungen zur Saaleschifffahrt entscheidend davon abhängig, dass die Akquisitionsaktivitäten erfolgreich verlaufen, die für eine langfristige positive Entwicklung des Hafenbetriebs (einschließlich Bahn- und Straßenverkehr) erforderlichen Investitionen realisiert werden sowie der Hafenbetrieb und die zur Ansiedlung hergerichteten Flächen signifikant besser ausgelastet sind.

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH - im Wege des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH - abhängig.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 10.000

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias Dr. Gaudig, Lutz Klose, Wilfried	(seit 11.06.2009) (bis 31.12.2009)
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 29.10.2009)
	Vorsitzender	Misch, Werner	(seit 21.09.2009, seit 29.10.2009 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(seit 29.10.2009 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard Böcker, Udo Dr. Heinrich, Holger Dr. Köck, Uwe-Volkmar Gärtner, Steffen Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009) (bis 21.09.2009) (bis 21.09.2009) (bis 21.09.2009)

Aufsichtsrat:

Hildebrandt, Roland	(seit 21.09.2009)
Kocian, Burkhard	(bis 21.09.2009)
Krause, Johannes	
Lange, Hendrik	(bis 21.09.2009)
Nebelung, Barbara	
Neumann, Wolfram	(seit 29.10.2009)
Philipp, Lothar	
Raab, Katja	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Sieber, Olaf	(seit 21.09.2009)
Szabados, Dagmar	(bis 29.10.2009)
Wehrich, Dietmar	(bis 21.09.2009)
Weiland, Mathias	(seit 21.09.2009)
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

31.12.2009

T€

Aufsichtsrat

8

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Public Services GmbH	13	51,00
Public Services Management GmbH & Co. KG	51	51,00
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
408.909	93	400.276	94	398.650	93	8.634	2
27.734	6	24.262	6	27.377	6	3.473	14
949	0	996	0	1.135	0	-47	-5

Bilanzsumme

437.593	100	425.533	100	427.162	100	12.060	3

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
68.898	16	62.007	15	62.007	15	6.890	11
8.380	2	8.763	2	9.173	2	-383	-4
48.421	11	49.321	12	47.541	11	-900	-2
14.174	3	9.746	2	10.969	3	4.428	45
291.507	67	290.534	68	292.806	69	973	0
6.212	1	5.162	1	4.666	1	1.050	20

Bilanzsumme

437.593	100	425.533	100	427.162	100	12.060	3

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	108.529	82.093	82.609
andere aktivierte Eigenleistungen	389	425	383
sonstige betriebliche Erträge	4.881	5.468	4.413
Materialaufwand	23.455	16.411	15.844
Personalaufwand	29.822	15.679	15.217
Abschreibungen	18.761	16.683	16.970
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.504	18.998	18.966
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	329	336	377
Erträge aus Beteiligungen	30		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	91	597	559
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.638	13.923	13.489
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.071	7.224	7.854
außerordentliche Aufwendungen	1.435	644	593
außerordentliches Ergebnis	-1.435	-644	-593
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	294	45	49
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	6.341	6.536	7.213
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,84	7,96	8,73	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,20	10,54	11,63	%
Cash-Flow:	25.102	23.219	24.182	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	172	282	273	T€
Personalaufwandsquote:	26,21	17,82	17,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,10	93,82	93,03	%
Eigenkapitalquote:	15,74	14,57	14,52	%
Fremdkapitalquote:	84,26	85,43	85,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.450,00	9.623,00	9.670,00	Tm³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	16.413,00	16.851,00	17.419,00	Tm³
Abwassereinleitung Kläranlagen	15.835,00	16.157,00	16.625,00	Tm³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.910,00	0,00	0,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	37.543,00	0,00	0,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	153.627,00	0,00	0,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	71.308.614,00	0,00	0,00	m²
Hausanschlüsse	49.077,00	48.961,00	48.793,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung	326.285,00	0,00	0,00	km²

e) Lagebericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Als Folge der globalen Finanzkrise musste im Jahr 2009 ein Rückgang des Bruttoinlandproduktes von preisbereinigt 5 % verzeichnet werden. Dabei handelte es sich um die stärkste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Von diesem Rückgang waren die neuen Bundesländer weniger stark betroffen.

Der Arbeitsmarkt zeigte im abgelaufenem Jahr nur eine geringe Reaktion - Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf bundesweit 8,2 %, in Sachsen-Anhalt Senkung um 0,1 Prozentpunkte auf 13,0 %.

2. Wesentliche Veränderung des Unternehmens

Mit Eintragung am 21. September 2009 wurde planmäßig die ehemalige Stadtwirtschaft GmbH Halle auf die Hallesche Wasser und Abwasser GmbH verschmolzen und das so entstandene neue Unternehmen in **Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH** umfirmiert. Diese Zusammenführung der beiden zuvor selbständigen Unternehmen im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH prägte das Jahr 2009 wesentlich. In dem neuen Unternehmen sind damit alle wesentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in der Stadt Halle (Saale) und für die Bürger der Stadt zusammengefasst und können aus einer Hand angeboten werden.

Die neue Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) bietet in den Sparten Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst sowie Gebäudereinigung ein umfassendes Dienstleistungsangebot für die Bürger der Stadt, die Stadt Halle (Saale) selbst sowie eine Reihe von Umlandgemeinden, Gebietskörperschaften und Zweckverbände an. Obwohl die geplante Umsetzungszeit von nur neun Monaten, zwischen dem entscheidenden Gremienbeschluss und der Eintragung der Verschmelzung verhältnismäßig kurz war, konnte der Prozess ohne wesentliche Störungen erfolgreich durchgeführt werden. Die HWS hat im Zuge der Verschmelzung eine z. T. modernisierte Satzung erhalten, die einen eigenen Aufsichtsrat vorsieht.

3. Branchen- und Wettbewerbsveränderung

Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung

Das gesetzliche Regelwerk für Wasserver- und Abwasserentsorgungsleistungen bewirkt unverändert steigende Anforderungen an die Qualität dieser Leistungen. Dies bewirkt auch eine hohe Kostenintensität des Anpassungsprozesses an die Veränderungen dieser Rahmenbedingungen.

Der Markt für Dienstleistungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung zeichnet sich aufgrund der dominanten Qualitätsansprüche durch hohe Markteintrittsbarrieren aus. Der Wettbewerb selbst entwickelt sich allerdings zunehmend zum Preiswettbewerb.

In die gleiche Richtung wirkt der Ausgang der Kartellverfahren (Preismissbrauchsverfahren) im Bundesland Hessen. Der Druck auf die Leistungserstellungskosten wird dadurch erheblich steigen.

Abfallentsorgung, Reinigung

Die in Sachsen-Anhalt seit 2005 entstandenen Kapazitäten für die Müllverbrennung bzw. Ersatzbrennstoffverwertung übersteigen unverändert das Angebot an geeigneten Abfällen in der Region. Der dadurch hervorgerufene Preisverfall für die Abfallbehandlung wurde im Jahr 2009 durch die konjunkturbedingten Rückgänge an Abfällen verstärkt. Die HWS konnte wie schon in den Vorjahren von dieser Entwicklung durch sinkende Preise für bezogene Abfallentsorgungsleistungen profitieren.

Ebenfalls konjunkturbedingt erreichte der schon 2008 begonnene Preisverfall auf dem Markt für Sekundärrohstoffe im Jahre 2009 seinen Höhepunkt. Zum Jahresende stiegen die Preise wieder deutlich an. Die HWS setzte ihr Konzept einer konsequenten Trennung von stofflich verwertbaren Sekundärrohstoffen schon bei der Entstehung fort und konnte dadurch gute Ergebnisse in der Vermarktung dieser Abfälle erzielen.

Unverändert hält der Trend des Wachstums der großen Marktteilnehmer durch Konzentration und Übernahmen an. Gleichzeitig haben sich in 2009 in Deutschland eine Reihe von entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften dazu entschieden, die vormals vollprivatisierte Abfallentsorgung wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Vielfach waren Kosten- und Qualitätsargumente dafür maßgeblich. Die HWS arbeitet unverändert sowohl mit den großen wie auch mit mittelständischen Marktteilnehmern zusammen. Ziel ist es unverändert, die optimalen Bedingungen, die der Markt jeweils bietet, zu nutzen.

4. Produktveränderungen, Kundenorientierung, Veränderungen wesentlicher Verträge

Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung

Nach Beendigung des Kalkulationszeitraumes 2006 - 2008 erfolgte planmäßig die Neukalkulation der Preise für Schmutz- und Niederschlagswasser. Der Rückgang der Einwohnerzahlen der Stadt Halle (Saale) sowie das auf Einsparungen ausgerichtete Verbrauchsverhalten der Kunden führte zu einem weiteren Rückgang der verkauften Trinkwassermenge bzw. des Abwasseranfalls sowie der Bemessungsfläche für Niederschlagswasser. Aufgrund dieser Entwicklung hob das Unternehmen die Preise für die Abwassereinleitung in die öffentliche Kanalisation an (Schmutzwasser 8,2 %, Niederschlagswasser 4,2 %). Die Preiserhöhung trat nach Bestätigung durch den Aufsichtsrat zum 1. August 2009 in Kraft.

Unter Beachtung eines durch die Landeskartellbehörde Sachsen-Anhalt eingeleiteten Prüfungsverfahrens wurde eine veränderte Struktur des Grundpreises für Trinkwasser erarbeitet. Durch die Zuordnung eines Mindesteinwohnerwertes auf eine bestimmte Zählergröße werden die Vorhaltekosten auch bei Wohnungsleerstand erfasst. Diese Regelung wird entsprechend Beschluss des Aufsichtsrates sowie der Verbandsversammlung des Wasserzweckverbandes Saalkreis ab dem 1. Januar 2010 wirksam.

Der mit der Stadt Halle bestehende Konzessionsvertrag über die Abwasserbeseitigung wurde im Berichtsjahr, in Umsetzung des Abwasserabgabengesetzes durch eine Vereinbarung über die Verrechenbarkeit der durch die HWS getätigten Investitionen mit der Abwasserabgabe ergänzt. Dies schafft eine verbesserte Planungssicherheit für zukünftig durchzuführende Investitionen.

Die HWS erhielt vom Umweltamt der Stadt Halle (Saale) im Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag für die Entsorgung der Fäkalabwässer und Fäkalschlämme aus Grundstücksentwässerungsanlagen im Stadtgebiet ab 1. Januar 2010. Die Leistung wurde mit dem Jahreswechsel begonnen und ergänzt das Produktportfolio der HWS.

Auf Grundlage eines Urteils des EuGH, wonach für die Errichtung bzw. Veränderung von Trinkwasserhausanschlüssen im Zeitraum 2001 bis 2008 der geminderte Umsatzsteuersatz in Höhe von 7 % anzusetzen ist, erstattet die HWS auf Antragstellung Kunden, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, die gegebenenfalls zu viel gezahlte Umsatzsteuer zurück. Für das Unternehmen ist diese Maßnahme aufwandsneutral. Die HWS führt diese Rückerstattungen auf einem einfachen, transparenten und kundenfreundlichen Weg durch.

Abfallentsorgung, Reinigung

Am 1. April 2009 hat die HWS ein modernes Hochleistungszählzentrum für Getränkeeinwegverpackungen in Betrieb genommen. Mit der Anlage werden im Rahmen des Pfandsystems für Getränkeverpackungen PET-Flaschen und Dosen erfasst, gezählt und entwertet. Mit dieser Anlage ist es gelungen, die Wertschöpfungstiefe des Unternehmens zu verlängern. Die ursprünglich für das erste Rumpfgeschäftsjahr geplante Durchsatzmenge konnte um rund 50 % überboten werden.

Die HWS setzt den Weg fort, für Gewerbekunden (Schwerpunkte Bau- und Abbruchunternehmen, Handwerk, Verwaltungseinrichtungen, Chemie- und Lebensmittelindustrie) Branchenlösungen, d. h. individuelle Entsorgungskonzepte, zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet sind. Dabei werden auch ergänzende Dienstleistungen des Stoffstrommanagements und der Abfallbilanzierung mit angeboten. Hierzu gehört auch die Vorbereitung des Unternehmens auf die elektronische Nachweisverordnung, die mit dem 1. April 2010 die gesamte Abfallbranche auf eine elektronische Form der Nachweisführung für bestimmte Abfallarten verpflichtet. Die Vorbereitungen der HWS für die Umsetzung sind weitgehend abgeschlossen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 trat eine veränderte Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung der Stadt Halle in Kraft. Die mit der Abfallwirtschaftssatzung verbundenen Änderungen in der Sperrmüllentsorgung verbessern die Kundenfreundlichkeit der Dienstleistungen der HWS.

Eine zusätzliche für den Kunden kostenfreie Serviceleistung ist die internetbasierte Bereitstellung eines ganzjährigen Entsorgungskalenders. Die HWS bietet damit den Bürgern und gewerblichen Wohnungsgesellschaften bzw. ihren Hausmeistern eine sichere, ständig aktuelle und leicht verfügbare Informationsgrundlage zu Entsorgungstagen und -rhythmen.

Fortgesetzt wurde das schon in den vergangenen Jahren begonnene Konzept, die Abfallentsorgungsdienstleistungen an den drei Wertstoffmärkten durch das Angebot zusätzlicher komplementärer Produkte zu ergänzen. So werden u. a. Kompost, Rindenmulch und Mutterboden sowie Brenn- und Kaminholz, Kies, Sand und Splitt angeboten.

Die Ausschreibung des Dualen Systems Deutschland zur Entsorgung der Leichtstoffverpackungen im Stadtgebiet Halle hat die HWS für den Vertragszeitraum 2010 bis 2012 gewonnen. Die WER - Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, eine Tochtergesellschaft der HWS, hat sich im Wettbewerb um die Ausschreibung der Sammellogistik für Altglas im Stadtgebiet Halle (Saale) durchsetzen können und den entsprechenden Auftrag für vier Jahre, beginnend mit 2010 erhalten.

5. Hauptleistungsbereiche

Trinkwasserversorgung

Die HWS stellt ihren Kunden Trinkwasser von unverändert hervorragender Qualität zur Verfügung, das den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entspricht und hinsichtlich der Wasserhärte dem Härtebereich „weich“ zuzuordnen ist.

Die Wasserbereitstellung im Versorgungsgebiet in Höhe von insgesamt 18.435 Tm³ erfolgte aus drei technologisch voneinander unabhängigen Fernwassereinspeisungen in das HWS-eigene Wasserverteilnetz. Neben dem Fremdwasserbezug wird das Wasserwerk Beesen als Reservewasserwerk für Extremsituationen vorgehalten.

Die HWS führt im nördlichen Teil des Landkreises Saalekreis die Trinkwasserversorgung im Auftrag des Trinkwasserzweckverbandes Saalkreis durch. Für die im Kreisgebiet liegenden Gemeinden Fienstedt und Beesenstedt konnte 2009 der Anschluss an das technologische Versorgungsgebiet Halle hergestellt werden. Die lokalen kleinen Wasserwerke wurden dafür außer Betrieb genommen. Den Kunden kann dadurch ein ebenfalls hochwertiges Trinkwasser bei einer langfristig stabilen Versorgung angeboten werden.

Abfallentsorgung

Die permanente Tourenoptimierung in der Abfallsammlung und -logistik ist ein zentrales Instrument zur Kostendämpfung und Logistiko-optimierung. Dabei sind die sich verändernden Einwohnerzahlen der Stadt und auch ein sich änderndes Verbrauchsverhalten die bestimmenden Faktoren. Im Berichtsjahr konnte durch die laufende Optimierung der Planung eine weitere Tour in der Sammellogistik für haushaltsnah erfasste Abfälle eingespart werden.

Abwasserentsorgung

Die gesamte über das öffentliche Kanalnetz anfallende Abwassermenge wird der Kläranlage Halle-Nord zugeführt und dort mit hochmodernen und energieeffizienten Verfahren behandelt. Gesetzliche Grenzwerte und weitere von den Wasserbehörden vorgegebene Überwachungswerte werden am Kläranlagenauslauf ständig kontrolliert und eingehalten. Die HWS leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Gewässerschutz.

Straßenreinigung/Gebäudereinigung

Zur Optimierung der Reinigungslogistik wurde die Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fortgesetzt. In diesem Rahmen wurden die Elemente der Leistungsprozesse elektronisch erfasst, analysiert und bewertet. Auf diese Weise ist es nunmehr möglich, Tourenveränderungen und damit Anpassungen an Leistungsveränderungen zeit- und aufwandsoptimiert zu gestalten.

Darüber hinaus wurde die gerätetechnische Ausstattung des Bereiches Straßenreinigung verbessert. Mit der Anschaffung eines Elektro-Kleintransporters, soll die Einsatzfähigkeit von Elektromobilen vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Feinstaubproblematik in Ballungsräumen getestet werden. Zudem verspricht sich das Unternehmen im Vergleich zu einem Dieselfahrzeugeinsatz bei bestimmten Einsatzprofilen Kostensenkungen. Zusätzlich investierte die HWS in eine neue Kehrmaschine mit mechanischer Materialaufnahme. Diese Maschine ist wesentlich leistungsfähiger und umweltfreundlicher als herkömmliche Fahrzeuge. Dadurch kann die HWS noch flexibler und wirtschaftlicher für saubere Straßen in Halle sorgen.

6. Beschaffung

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die HWS ist die kostengünstige Beschaffung qualitativ hochwertiger Bau- und Ausrüstungsleistungen sowie von Dienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Leistungen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Zentraler Baustein ist dabei eine optimale Nutzung des Wettbewerbs bei der Vergabe von Aufträgen.

Ebenso ist die optimierte Beschaffung von Verwertungs- und Behandlungskapazitäten für verschiedene Abfallarten Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der HWS in der Abfallentsorgung. Diese dauerhafte Aufgabenstellung konnte auch im abgelaufenen Berichtsjahr erfolgreich erfüllt werden. So gelang es erneut, marktfähige und kostengünstige Verträge für die Abfallarten biologisch behandelbare Abfälle, gemischte Bau- und Abbruchabfälle, gemischte Siedlungsabfälle, Bauschutte und Grünschnitt für das Geschäftsjahr 2010 abzuschließen.

7. Organisationsveränderungen

Im Zuge der Verschmelzung war eine wesentliche Aufgabe, die internen Leistungsprozesse neu zu strukturieren und zu harmonisieren. Dies betrifft insbesondere die Prozesse Finanz- und Rechnungswesen, Einkauf, Abrechnung und Personalwirtschaft sowie die zu Grunde liegenden Abläufe und Dokumentationen. Mit dem Jahresabschluss sind die wesentlichen Arbeiten zur Zusammenführung der Prozesse der beiden Ausgangsunternehmen abgeschlossen. Bis zur Jahresmitte 2010 erwarten wir den Abschluss der zusammenführungsbedingten Aufgaben.

Die Schaffung einer effizienten und transparenten Aufbau- und Ablauforganisation in dem neuen Unternehmen ermöglicht die Nutzung von Synergieeffekten und ein flexibles Reagieren auf aktuelle Marktentwicklungen.

Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Zusammenlegungsprozess konstituierte sich ein Gesamtbetriebsrat, der bis zur bevorstehenden Betriebsratswahl im März 2010 diese Aufgabe wahrnehmen wird.

8. Personal

Das Unternehmen beschäftigte zum 31. Dezember 2009 665 Mitarbeiter, 69 Azubis sowie 7 Absolventen eines dualen Studiums. Der demografische Wandel wirkt sich auch auf die Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiter aus. Die HWS wird daher die Strategie fortführen, durch eine hohe Auszubildendenquote und aktive Weiterbildungspolitik sowie Personalentwicklung den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen. Einer der Schwerpunkte in der Aus- und Weiterbildung im abgelaufenen Geschäftsjahr waren dabei Schulungen zur Verordnung über Entsorgungsfachbetriebe sowie zur Betriebssicherheitsverordnung.

9. Investitionen

Die Investitionen des Unternehmens hatten einen Wertumfang von insgesamt TEUR 13.179.

In den leitungs- bzw. kanalnetzgebundenen Geschäftsfeldern Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurden dabei insbesondere Projekte zur Verbesserung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in Kooperation mit der Stadt Halle (Saale) und mit der konzernzugehörigen HAVAG - Hallesche Verkehrs AG realisiert.

Der Hauptanteil lag trotz Rückganges um ca. TEUR 2.200 auf TEUR 8.137 erneut im Abwasserbereich.

Schwerpunkte waren:

- die Mitwirkung an komplexen Straßenbaumaßnahmen, z. B. Delitzscher Straße, Beesener Straße, Salzmünder Straße und Große Märkerstraße;
- die Weiterführung der abwassertechnischen Erschließung städtischer Außenbereiche in den Stadtteilen Dölau, Kröllwitz und Wörlitz;
- die Sanierung besonders störanfälliger Kanalabschnitte, beispielsweise in der Fritz-Hoffmann-Straße, der Freiimfelder Straße sowie am Hauptsammler im Bereich Glauchaer Straße/An der Moritzkirche.

Schwerpunkte im Bereich der Trinkwasserinvestitionen waren neben den o. g. komplexen Vorhaben folgende Projekte:

- der Umbau der Verteilerbauwerke Dölbau und Lieskau;
- die Weiterführung der Ablösung stark verschlissener kellerverlegter Versorgungsleitungen im Baugebiet Vossstraße;
- im Auftrag des Wasserzweckverbandes Saalkreis die Ablösung der Wasserwerke Fienstedt und Beesenstedt durch Anschluss an das Verteilungssystem Halle.

Mit dem Umbau des Rohrnetzstützpunktes am Standort Silberhöhe wurde begonnen.

Die Investitionstätigkeit der Entsorgungssparte (1.948 TEUR) war im abgelaufenen Jahr im Wesentlichen auf die Verbesserung der Logistik und der Behandlungskapazität ausgerichtet. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Errichtung des Hochleistungszählzentrums am Standort Hordorfer Straße.

10. Wirtschaftliche Entwicklung

Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung

Die Umsatzerlöse der HWS in dieser Sparte betrugen im Berichtsjahr TEUR 81.211. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang um TEUR 882. Im Einzelnen entwickelten sich die Geschäftsfelder wie folgt:

- Trinkwasser TEUR 30.977 (Vorjahr TEUR 31.675)
- Abwasser TEUR 41.303 (Vorjahr TEUR 41.628)
- Sonstige Umsatzerlöse TEUR 8.360 (Vorjahr TEUR 8.526)

Der moderate Erlösrückgang in der Abwassersparte trat infolge erzielter Kostensenkungen ein. Der Trinkwasserpreis blieb im Berichtszeitraum konstant. Der Erlösrückgang insgesamt ist vorrangig auf den Rückgang des Trinkwasserabsatzes zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen lagen mit TEUR 16.228 geringfügig unter der Erwartung, jedoch bedingt durch Tarifsteigerungen über dem Vorjahresniveau.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die einmalig in 2008 gebildete Rückstellung für Konzessionsabgaben zurückzuführen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betrug TEUR 10.210 und lag damit nahezu auf dem Vorjahresniveau. Gestiegenen Materialaufwendungen im Bereich Fernwasserbezug standen Einsparungen für Kraftstoffe durch Preisrückgänge sowie geringere Aufwendungen für Reparatur- und Instandhaltungsmaterial gegenüber.

Die Abschreibungen blieben mit TEUR 16.506 etwa TEUR 180 unter dem Vorjahresniveau.

Die außerordentlichen Aufwendungen fielen gegenüber dem Vorjahr in geringerem Umfang an. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf geringere Aufwendungen (Zuführung zu Rückstellungen) für Personalmaßnahmen zurückzuführen.

Infolge eines anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie weiterführender Maßnahmen eines aktiven Zinsmanagements sind Zinsaufwendungen weit unter Vorjahresniveau zu verzeichnen.

Abfallentsorgung, Reinigung

In der Entsorgungssparte wurden Umsatzerlöse von TEUR 27.549 erwirtschaftet. Dieser Wert liegt sowohl über dem des Vorjahres als auch über den Erwartungen. Die Steigerung wurde im Wesentlichen in der Stoffstromwirtschaft erreicht. Leichte Rückgänge sind in der Entsorgungslogistik und der Reinigung zu verzeichnen.

Die Personalaufwendungen in der Sparte lagen mit TEUR 13.594 deutlich unter der Erwartung und nur geringfügig über dem Vorjahresniveau. Die Reduzierung der Beschäftigtenzahl wurde zielgerichtet weitergeführt.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen durch erhöhte Aufwendungen bei der Reparatur und Instandhaltung von Maschinen, Anlagen und Kraftfahrzeugen sowie für die externe Datenverarbeitung zurückzuführen.

Der Materialaufwand betrug TEUR 2.365 und lag somit niedriger als im Vorjahr. Hauptursache für diese Entwicklung sind die Preisrückgänge für Kraftstoffe und Mineralöle.

Die Abschreibungen blieben mit TEUR 2.255 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die außerordentlichen Aufwendungen lagen mit TEUR 1.113 etwa TEUR 400 über dem Vorjahr. Sie resultieren aus Aufwendungen (Zuführung zu Rückstellungen) für die Umsetzung des Personalkonzeptes.

Entwicklung wesentlicher Bilanzpositionen

Die Entwicklung der Bilanz zum Vorjahr ist wesentlich geprägt durch die Verschmelzung der Stadtwirtschaft GmbH Halle auf die Hallesche Wasser und Abwasser GmbH.

Die Bilanzsumme nahm zum Vorjahr um TEUR 12.060 auf TEUR 437.593 zu.

Eine deutliche Erhöhung auf TEUR 408.909 (Vorjahr: TEUR 400.276) war im Anlagevermögen zu verzeichnen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände als wesentliche Komponente des Umlaufvermögens lagen mit EUR 3.323 über dem Vorjahreswert.

Infolge der Verschmelzung ist das bilanzielle Eigenkapital um TEUR 6.891 auf TEUR 68.898 angestiegen. Die Erhöhung des gezeichneten Kapitals auf TEUR 10.000 erfolgte aus Gesellschaftsmitteln.

Die zur Finanzierung insbesondere der Anlageinvestitionen aufgenommenen Darlehen bei Kreditinstituten reduzierten sich infolge planmäßiger Tilgungen auf TEUR 277.733 (Vorjahr: TEUR 278.611).

Die HWS erwirtschaftete im Jahr 2008 einen Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 22.760. Der Finanzierungsbedarf für die Tilgung aufgenommenen Kredite (TEUR 13.258) und die Ergebnisabführung an die SWH (TEUR 8.092) konnte vollständig aus dem Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR 22.760) gedeckt werden. Der Finanzierungsbedarf für Investitionen (TEUR 15.048) wurde aus dem freien Cash Flow (TEUR 22.760 abzüglich Kredittilgung TEUR 13.258 abzüglich Ergebnisabführung an die SWH TEUR 8.092 = TEUR 1.410) sowie aus Kreditaufnahmen (TEUR 11.940) und Zuschüssen bzw. Fördermitteln (TEUR 604) nahezu gedeckt. Die kurzfristige Cash Pool-Forderung gegen die SWH erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.977 auf TEUR 12.238. Im Ergebnis der genannten Effekte sowie dem Zugang zum Fonds der liquiden Mittel durch die Verschmelzung der SGH auf die HWA ergibt sich ein um TEUR 2.087 höherer Ausweis des Finanzmittelfonds. Zur Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit sowie der Zwischenfinanzierung von Investitionen steht neben den liquiden Mitteln ein Cash Pool Guthaben in Höhe von TEUR 12.238, verbunden mit einer Kreditlinie von TEUR 15.000, zur Verfügung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit TEUR 7.965 übersteigen den Vorjahreswert um TEUR 752. Sie beinhalten hauptsächlich die auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH eingestellte Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 6.341.

11. Management

Mit der Verschmelzung wurde durch die Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH auch die Geschäftsführung neu geordnet. Zu Geschäftsführern ab dem 1. Januar 2010 sind bestellt:

- Herr Dr. Lutz Gaudig - technischer Geschäftsführer
- Herr Matthias Lux - kaufmännischer Geschäftsführer und Vorsitzender der Geschäftsführung.

12. Qualitätsmanagement/Zertifizierung

Der HWS gelang es erneut, die für die Qualität der Leistungen wesentliche Zertifizierung zu erlangen. Für die Sparten Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurde erfolgreich das Zertifizierungsverfahren im Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches absolviert. Ausdruck der großen Leistungsfähigkeit und Fachkompetenz des Trinkwasserlabors als Stabsstelle Qualitätssicherung ist die Akkreditierung des Deutschen Akkreditierungsrates. Hinzu kommt in der Sparte Entsorgung zum wiederholten Male die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb sowie nach DIN ISO 9.001 (Qualitätsmanagement) und DIN ISO 14.001 (Umweltmanagement).

13. Forschung und Entwicklung

Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung waren im abgelaufenen Jahr u. a.:

- Entwicklung eines intelligenten Steuersystems für eine Chemikaliendosierung zur Geruchsbekämpfung im Kanalnetz. Dabei dient die Messung des Schwefelwasserstoff-Bildungspotenzials als Steuergröße für die Dosierung eines Eisenpräparates zur Geruchsbekämpfung. Die Versuche werden in Kooperation mit dem Partner Elektrochemie GmbH Halle im Abwasserpumpwerk Halle-Neustadt durchgeführt.
- Einrichtung von Kurzumtriebsplantagen als Ausgangsbasis für die Gewinnung von Biomasse als erneuerbarem Energieträger. Mit verschiedenen Wohnungsgenossenschaften als Partner wurden drei Kurzumtriebsplantagen auf Abrissflächen in den Stadtteilen Neustadt und Silberhöhe eingerichtet. In Weiterführung dieser Aktivitäten werden Versuche zur Gewinnung von Ersatzbrennstoffen aus Holzteilen des Grünschnittes, die einer Verbrennungsanlage zugeführt werden können, durchgeführt.

14. Beteiligungen

Im Beteiligungsportfolio der HWS wurden keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen. Alle Beteiligungen dienen im Wesentlichen der Unterstützung der Leistungsprozesse in der HWS.

- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Beteiligungsquote 100 %, Umsatzerlöse TEUR 3.811 (Vorjahr: TEUR 3.651) Ergebnis vor Ergebnisabführung TEUR 329 (Vorjahr: TEUR 336)
- WER - Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Beteiligungsquote 60 %, Umsatzerlöse TEUR 297 (Vorjahr: TEUR 318), Jahresüberschuss TEUR 59 (Vorjahr: TEUR 123)
- Cives Dienste GmbH, Beteiligungsquote 100 %, Umsatzerlöse TEUR 409 (Vorjahr: TEUR 249, Jahresüberschuss TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 2)
- Public Services Management GmbH & Co. KG, Beteiligungsquote 51 %, Umsatzerlöse TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 0), Jahresfehlbetrag TEUR -7 (Vorjahr: TEUR -10)
- Maya mare GmbH & Co. KG, Beteiligungsquote 12,5 %, Umsatzerlöse TEUR 3.902 (Vorjahr: TEUR 3.706), Jahresfehlbetrag TEUR 489 (Vorjahr: TEUR 145)

15. Risikomanagement

Das Risikomanagement der HWS umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die eine frühzeitige Erkennung bestandsgefährdender Entwicklungen ermöglichen. Die Unterlagen des betrieblichen Risikomanagements werden regelmäßig aktualisiert. Dabei stehen insbesondere die Auswirkungen eines möglichen Prüfungsverfahrens der Landeskartellbehörde Sachsen-Anhalt hinsichtlich einer marktbeherrschenden Stellung in Bezug auf die Trinkwasserpreise für das Unternehmen im Mittelpunkt der betrieblichen Aufmerksamkeit.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die HWS nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich auf dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Abfallentsorgung. Bestehende Risiken werden mit den folgenden Maßnahmen gemindert:

- Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge in Höhe des voraussichtlichen Leistungsumfangs vereinbart und eingezogen. Zudem ist ein funktionsfähiges Mahnwesen eingerichtet.
- Betreffend Zahlungsstromrisiken aus Finanzverbindlichkeiten (Zins- und Tilgungsleistungen) erfolgt ein aktives Zinsmanagement (fest vereinbarte Zinssätze, Sicherung variabler Zinssätze) sowie die grundsätzlich langfristige Vereinbarung von Tilgungsplänen.
- Abschluss langfristiger Verträge zum Ausschluss von Preisänderungsrisiken.

16. Branchen- und Unternehmensausblick

Im Kerngeschäft der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie der Abfallentsorgung ist in den nächsten Jahren aufgrund des demographischen Wandels mit einer weiterhin negativen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen. Zudem führt das weiterhin steigende Umweltbewusstsein zu einem sparsamen Umgang mit Trinkwasser. Aufgrund dieser Entwicklungen rechnen wir mit weiterhin sinkenden Absatzmengen im Trinkwasser sowie einem niedrigeren Aufkommen in den Sparten Abwasser- und Abfallentsorgung.

Gezielte Umsatzsteigerungen in den Marktsegmenten mit Wachstumspotenzial und Effizienzsteigerungen durch Kostensenkungen sind die Maßnahmen, mit denen dennoch die erreichte hohe Ertragskraft des Unternehmens stabil gehalten wird.

Im Einzelnen sollen u. a. folgende Maßnahmen zur Effizienzsteigerung beitragen:

- Weitere zielgerichtete Umsetzung der Personalkonzeption, d. h. Senkung der Beschäftigtenzahl bei gleichzeitiger Verbesserung der Alters- und Qualifikationsstruktur.
- Neuorganisation wesentlicher interner Leistungsprozesse bei gleichzeitiger Erhöhung des Automatisierungsgrades im Zuge der Vereinheitlichung der Leistungsprozesse im Rahmen der Verschmelzung.
- Senkung der Beschaffungskosten im Bezug von Dienstleistungen
- Optimierung der Logistik
- Nutzung der konzernweiten Optimierungsprojekte der Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH zur Verbesserung der eigenen Kostenstrukturen.

Mittelfristige Umsatzsteigerungen können in den Segmenten Dienstleistungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Abfallentsorgung im Gewerbekundensegment erzielt werden.

Zudem werden die Aktivitäten des Unternehmens auf die Vorbereitung eines möglichen Prüfungsverfahrens der Landeskartellbehörde Sachsen-Anhalt ausgerichtet.

Die HWS erwartet für das Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von TEUR 5.762 bei einer Gesamtleistung von TEUR 112.165. Die zurückhaltende Investitionspolitik soll bei Investitionen von TEUR 15.177 (Vorjahr: TEUR 15.249) fortgesetzt werden, um einen moderaten Entschuldungskurs zu beginnen. Die Investitionen entfallen mit TEUR 12.716 auf Wasserversorgung/Abwasserentsorgung, TEUR 815 auf den Overheadbereich und mit TEUR 1.646 auf Abfallentsorgung/Reinigung.

Um den sich verändernden Marktverhältnissen gerecht zu werden, ist es notwendig, das bisher verfolgte Personalkonzept mit sinkenden Beschäftigtenzahlen fortzusetzen. Die HWS strebt einen Personalbestand von 655 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2010 an.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	128	50,00
VNG Verbundnetz Gas AG	128	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand der Gesellschaft umfasst den Erwerb und den Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha und des Heizkraftwerkes Dieselstraße, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme der Stadt Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Müller-Urlaub, Berthold (bis 03.12.2009)

Technische Geschäftsführung: Prof. Dr.-Ing. Krause,
Matthias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.707	14	2.645	14	3.185	12	62	2
16.863	86	15.857	86	22.900	88	1.006	6
		1	0			-1	-100

Bilanzsumme

19.570	100	18.502	100	26.084	100	1.067	6

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
741	4	741	4	741	3	0	0
				2	0	0	
5.346	27	887	5	1.118	4	4.460	503
13.482	69	16.874	91	24.224	93	-3.392	-20

Bilanzsumme

19.570	100	18.502	100	26.084	100	1.067	6

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
70.343	89.838	50.426
4.696	3.945	89
65.888	88.664	40.778
13	19	13
1.391	1.511	41
7.348	3.029	9.258
0	2	6
20	197	132
380	365	299
		21.227
		21.227
		-0
25	13	69
42	25	17
313	327	213
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,45	0,36	0,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	42,26	44,14	28,69	%
Cash-Flow:	1.704	1.839	254	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,02	0,02	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	13,83	14,29	12,21	%
Eigenkapitalquote:	3,79	4,01	2,84	%
Fremdkapitalquote:	96,21	95,99	97,16	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Absatz Fernwärme	693,00	738,00	399,00	GWh
Absatz Strom	661,00	729,00	502,00	GWh

e) Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2009 erzielte die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 313 TEUR.

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigten -5,0 Prozent im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Der deutliche Rückgang der Wirtschaftsleistung ist hauptsächlich auf den konjunkturellen Einbruch im ersten Quartal des Jahres 2009 zurückzuführen. Während das Inlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal bereits wieder leicht zulegen konnte, versiegten die Wachstumsimpulse im vierten Quartal mit einem Nullwachstum.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands liegen derzeit Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen zeigte sich das Inlandsprodukt Ostdeutschlands jedenfalls im ersten Halbjahr robuster gegenüber der globalen Krise als im Westen der Republik. Auch in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Höhe von -5,6 Prozent (1. Halbjahr) weniger deutlich ausgefallen als im Westen (inkl. Berlin) mit -7,0 Prozent (1. Halbjahr) bzw. im Bundesdurchschnitt (-6,8 Prozent im ersten Halbjahr).

Der Arbeitsmarkt zeigte im abgelaufenen Jahr eine nur geringfügige Reaktion auf die Rezession. Mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent war der Arbeitsmarkt weniger empfindlich gegenüber konjunktureller Schwankung als zunächst zu erwarten war. In Ostdeutschland und in unserem Bundesland fiel die Arbeitslosigkeit sogar geringer aus als im Vorjahr. So verringerte sich die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,1 Prozentpunkte auf 13,0 Prozent.

Auch die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle verlief günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Mit 230.377 Einwohnern (Vorjahr: 230.900) verzeichnete die Stadt einen um ca. zwei Drittel geringeren Rückgang der Bevölkerung als zu erwarten gewesen wäre.

1.2. Geschäft

Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 erwarb die Stadtwerke Halle GmbH die Geschäftsanteile der envia Mitteldeutsche Energie AG an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Infolgedessen wurden die bestehenden Strom- und Wärmelieferungsverträge mit den Kunden EVH GmbH und envia Verteilnetz GmbH/envia THERM GmbH beendet. Die EVH GmbH nimmt seit dem 1. Januar 2009 die gesamte Strom- und Wärmeproduktion des Heizkraftwerks Trotha ab. Hierzu wurde zwischen der EVH GmbH und der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein neuer Strom- und Wärmelieferungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag kann mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende ordentlich gekündigt werden und endet zum 31. Dezember 2012.

Im Zuge der Beendigung der Lieferverträge wurde zwischen den Vertragsparteien eine Nachfolgevereinbarung geschlossen. Demzufolge übernehmen die EVH GmbH und die envia THERM GmbH die Betriebskosten des Heizkraftwerkes Halle-Trotha für die Jahre 2009 bis 2012 (fixer Betrag von 1.170 TEUR p. a.). Im Gegenzug erhalten die EVH GmbH und envia THERM GmbH jeweils 96.802 EUA CO₂-Emissionszertifikate pro Jahr von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Der am 28. November 2007 abgeschlossene Gewinnabführungsvertrag zwischen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH gilt auch für das Geschäftsjahr 2009. Dieser regelt die Ergebnisverwendung des Unternehmens und sichert eine steuerliche Optimierung des Konzernergebnisses im Stadtwerkeverbund. Der Gewinnabführungsvertrag wurde im Zusammenhang mit der im Geschäftsjahr 2010 erfolgten Anteilsübertragung an die Verbundnetz Gas AG am 23. Februar 2010 fristlos aus wichtigem Grund von der Stadtwerke Halle GmbH gekündigt.

Die Gas- und Dampfturbinenanlage des Kraftwerks Dieselstraße ist weiterhin Pachtgegenstand der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Hintergrund ist die Konzentration der Erzeugungsaktivitäten sowie des Emissionszertifikatehandels in einer Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2009 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße vorwiegend im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. Im 1. Quartal 2009 kam es zum Ausfall der Blöcke A und B der Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße. Ursache hierfür war jeweils ein Schaden am Hilfsgetriebe der Starteinrichtung. Weiterhin wurde am Block B die planmäßige „Heißteilinspektion“ durchgeführt. Bei dieser planmäßigen Revision wurden der Zustand der Brennkammern sowie der Turbinenschaukeln überprüft und verschlissene Brennkammerteile, Leit- und Laufschaufeln komplett erneuert. Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße ergab sich für das Jahr 2009 ein Brennstoffnutzungsgrad von 88,1 Prozent.

Im 1. Quartal 2009 sowie im April und Dezember 2009 wurde das Heizkraftwerk Halle-Trotha in Grundlast betrieben. Außerhalb dieser Zeiten produzierte die Spitzenkesselanlage je nach Bedarf Fernwärme. Der Jahresbrennstoffnutzungsgrad des Heizkraftwerks Halle-Trotha belief sich im Geschäftsjahr auf 81,5 Prozent und lag somit 4,2 Prozent über dem Vorjahresniveau.

2. Ertragslage

Aufgrund der vertraglichen Regelungen in den Strom- und Wärmelieferungsverträgen mit der EVH GmbH soll der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 340 TEUR garantiert werden. Ausgenommen hiervon sind Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit dem Projekt Modernisierung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha.

2.1. Absatz/Umsatz

Fernwärme

Die Gesellschaft setzte im abgelaufenen Geschäftsjahr 693 GWh Fernwärme ab. Die Unterschreitung von 45 GWh im Vergleich zum Vorjahr resultierte aus den beiden außerplanmäßigen Stillständen der Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße.

Strom

Im Geschäftsjahr wurden im umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess 661 GWh Strom erzeugt und abgesetzt. Damit wurde der Vorjahreswert um 68 GWh unterschritten.

Die Gesellschaft erzielte aus dem Verkauf von Strom und Fernwärme Umsatzerlöse in Höhe von 52.920 TEUR (Vorjahr: 73.176 TEUR).

2.2. Bezug

In den Gas- und Dampfturbinenanlagen Halle-Trotha und Dieselstraße sowie in der Spitzenkesselanlage Halle-Trotha wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 1.757 GWh Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen 48.056 TEUR aufwenden.

2.3. Personal- und Sozialbereich

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH beschäftigt kein eigenes Personal. Die technische und kaufmännische Betriebsführung erfolgt durch die EVH GmbH.

3. Finanzlage

Das Finanzergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH belief sich auf -20 TEUR (Vorjahr: -195 TEUR). Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Rahmen einer Cash Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt.

Den Gewinn in Höhe von 313 TEUR führt die Gesellschaft aufgrund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die Stadtwerke Halle GmbH ab.

4. Vermögenslage

Mit Stichtag 31. Dezember 2009 belief sich die Bilanzsumme des Unternehmens auf 19.570 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich dieser Wert um 1.068 TEUR.

5. Nachtragsbericht

Mit Ausnahme des folgenden Sachverhalts ereigneten sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Gesellschaft notwendig machen würden.

Am 28. September 2009 unterschrieben die Stadtwerke Halle GmbH und die Verbundnetz Gas AG einen Kauf- und Abtretungsvertrag. In dem Vertrag wurden 50 % der Geschäftsanteile der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH an die Verbundnetz Gas AG mit aufschiebenden Bedingungen rückwirkend zum 1. Januar 2009 veräußert. Die aufschiebenden Bedingungen sehen unter anderem vor, dass eine Übertragung der Geschäftsanteile auf die Verbundnetz Gas AG erst erfolgen wird, wenn das Bundeskartellamt dem Anteilskauf durch die Verbundnetz Gas AG zugestimmt hat sowie die Zahlung des vertraglich vereinbarten Kaufpreises erfolgte. Diese Bedingungen sind zum 22. Februar 2010 erfüllt worden.

6. Risiko-/Prognosebericht

Die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha hat im Januar und Februar 2010 Strom und Fernwärme für die EVH GmbH produziert. Nach dem Erreichen der maximalen Betriebsstunden wird die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha nicht mehr anfahren, lediglich die Spitzenkesselanlage wird noch Fernwärme produzieren. Für den Standort Trotha ist die Modernisierung der Gas- und Dampfturbinenanlagen in den Jahren 2010/2011 geplant. Durch Gesellschafterbeschluss am 25. Februar 2010 wurde die Geschäftsführung ermächtigt, die zur Umsetzung der Modernisierung erforderlichen Investitionsmaßnahmen in Höhe von 23,5 Mio. EUR zu beauftragen. Bereits am 12. Januar 2010 wurde die Geschäftsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ermächtigt, die notwendigen Beauftragungen für die Erneuerung der Fernwärme-Leittechnik mit einem Volumen von bis zu 500 TEUR durchzuführen. Die modernisierte Anlage soll Ende 2011 in Betrieb gehen. Die dann installierten Leistungsparameter werden sich auf ca. 55 MW elektrisch und ca. 40 MW thermisch belaufen. Die bestehenden Strom- und Wärmelieferungsverträge werden für die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha und Spitzenkesselanlage bis zum 30. Juni 2011 weitergeführt.

Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße ist eine Produktion von 581 GWh Strom und 587 GWh Fernwärme geplant. In den Sommermonaten 2010 sind Reparaturmaßnahmen des Abhitzekeessels im Block A und Block B vorgesehen. Zu diesem Zweck ist ein Stillstand von etwa einem Monat je Block notwendig.

Am 3. Dezember 2009 wurde Herr Berthold Müller-Urlaub als Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH abberufen. Am 25. Februar 2010 wurde Herr André Burkhardt als weiterer Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestellt.

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebsergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres bei gegebener Liquidität erwartet.

Ausfallrisiken beim Forderungsbestand bestehen aufgrund der Kundenstruktur nicht. Die Gesellschaft ist in ein konzerninternes Cash-Management-System einbezogen. Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen bestehen insofern nicht. Nach unserer Einschätzung bestehen keine für die Gesellschaft schwerwiegenden Risiken, die mit einer wesentlichen Wahrscheinlichkeit den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

ICS adminservice GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Haupttor, Bürocenter
06237 Leuna

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
GISA GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Beratung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung, des Informations- und Prozessmanagements für Dritte, insbesondere im Finanz- und Rechnungswesens, in der Entgeltabrechnung und in sonstigen administrativen Bereichen.

Öffentlicher Zweck:

Wegen der vertraglichen Beziehungen zu Energieversorgern/-dienstleistern ist der öffentliche Zweck aus einem Annex zur Energieversorgung zu entnehmen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Gräbner, Werner
Krüger, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
76	6	83	7	71	6	-6	-8
1.261	94	1.026	92	1.160	94	235	23
4	0	1	0	4	0	3	360

Bilanzsumme

1.341	100	1.110	100	1.235	100	232	21

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
495	37	519	47	510	41	-24	-5
380	28	382	34	539	44	-1	-0
466	35	209	19	186	15	257	123

Bilanzsumme

1.341	100	1.110	100	1.235	100	232	21

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
4.477	3.566	3.815
28		
86	102	55
1.427	747	702
2.510	2.267	2.548
36	31	36
615	584	482
4	32	29
8	71	130
4	16	38
3	55	93
3	55	93

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,07	1,55	2,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,63	11,95	22,31	%
Cash-Flow:	39	87	129	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	78	69	55	T€
Personalaufwandsquote:	54,67	61,79	65,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,67	7,44	5,64	%
Eigenkapitalquote:	36,89	46,77	41,27	%
Fremdkapitalquote:	63,11	53,23	58,73	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Wirtschaftliches Umfeld - Entwicklung des Business Process Outsourcing (BPO) Marktes

Laut einer aktuellen Studie sind 98 % der deutschen mittelständischen Unternehmen von den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen.

Wachsender Kostendruck, eine Steigerung der Effizienz als eine daraus entstehende Herausforderung sowie Personalabbau sind die am häufigsten genannten Probleme der Unternehmen¹⁾.

Immer mehr Entscheider in den deutschen Mittelstandsunternehmen sehen im Outsourcing ein geeignetes Mittel, schnell und effektiv auf die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen reagieren zu können²⁾.

Das Auslagern von Geschäftsprozessen (Business Process Outsourcing), insbesondere solcher Querschnittsfunktionen, wie das Finanz- und Rechnungswesen und das Personalwesen, hat sich in den letzten Jahren zu einem auf breiter Basis akzeptierten Dienstleistungsmodell entwickelt³⁾.

Der Anbietermarkt für BPO-Dienstleistungen ist weiterhin sehr heterogen und noch wenig konsolidiert³⁾.

Dies ist sowohl ein Risiko, weil durch diese Situation kein berechenbares Marktpreisniveau erkennbar ist, als auch eine Chance, weil damit die Möglichkeit für viele Dienstleistungsunternehmen besteht, durch intelligente Outsourcing-Lösungen mittels geeigneter Marketingstrategien Marktanteile zu gewinnen.

2 Allgemeine Geschäftsentwicklung

Die mit Beginn des Geschäftsjahres 2009 umgesetzte organisatorische Neuausrichtung des Unternehmens zeigt deutlich positive Entwicklungen. Mehr Kapazität und Kompetenz in der Akquise sowie ein erweitertes Leistungsangebot führten zu einer im Vergleich zu den Vorjahren spürbar erhöhten Angebotsanzahl und zu insgesamt 39 neuen Aufträgen. Somit konnten etwa 15 % des Gesamtumsatzes mit dem Neugeschäft realisiert werden.

In der zu Beginn des Geschäftsjahres durchgeführten Kundenbefragung bescheinigten die Geschäftspartner der ICS erneut eine gute bis sehr gute Dienstleistungsqualität und ein hohes Serviceniveau.

Eine wichtige Aufgabe im Geschäftsjahr 2009 bestand in der kompletten Überarbeitung des Qualitätsmanagement-Regelwerkes.

Der TÜV NORD bestätigte in einem Überwachungsaudit am 29. Oktober 2009 die Wirksamkeit der darin enthaltenen Standards.

In den Geschäftsbereichen zeichnete sich folgendes Bild ab:

Der Geschäftsbereich **Finanz- und Rechnungswesen**, der ca. 50 % des Gesamtumsatzes der ICS erwirtschaftet, konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr auf ein stabiles Bestandskundengeschäft bauen. Es gab keine Vertragsbeendigungen.

Im Verlauf des Geschäftsjahres konnten zwei neue Kunden gewonnen werden. Dabei handelt es sich um jeweils einen 3-Jahres-Vertrag, bei dem die ICS den Fullservice im Finanz- und Rechnungswesen, d. h. inklusive des SAP-Systems, erbringt. Darüber hinaus konnten zwei Aufträge im Beratungsgeschäft akquiriert werden.

Der Umsatz liegt leicht unter dem Vorjahresniveau. Dies ist vor allem auf ein, im Vergleich zu den Vorjahren, deutlich geringeres Beratungsgeschäft zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich **Personalwesen** fanden im Verlauf des Geschäftsjahres umfangreiche Veränderungen statt. Zum 1. Januar 2009 wurde die Stelle des Geschäftsbereichsleiters mit dem Ziel neu besetzt, den Geschäftsbereich strategisch neu auszurichten.

Im Mittelpunkt der mit der Geschäftsführung abgestimmten Aktivitäten des neuen Geschäftsbereichsleiters standen insbesondere:

- Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Kerngeschäft Lohn- und Gehaltsabrechnung,
- Identifizierung und Entwicklungen neuer Dienstleistungen (Reisekostenabrechnung/Bewerbermanagement) und
- Aufbau und Entwicklung des Fachvertriebes inklusive eines zielgerichteten Marketings.

¹⁾ HR factory, Marktstudie 2009, S. 2

²⁾ HR factory, Marktstudie 2009, S. 3

³⁾ Lünendonk®-Guide 2009, S. 6

Zu den bedeutendsten Neuabschlüssen zählt der 3-Jahres-Vertrag mit der GISA GmbH. Hier wird neben der Lohn- und Gehaltsabrechnung, der Reisekostenabrechnung auch das gesamte Bewerbermanagement bearbeitet. Zur weiteren Stärkung des Konzerngeschäftes zählt darüber hinaus auch der Abschluss eines 3-Jahres-Vertrages zur Lohn- und Gehaltsabrechnung mit der SASKIA Informationssysteme GmbH.

Die Erweiterung des Leistungsportfolios um die personalwirtschaftliche Software LOGA ab diesem Jahr brachte zwei neue Fullserviceverträge über jeweils 3 Jahre, darunter den mit der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig.

Der Geschäftsbereich Personalwesen mit ca. 22 % Anteil am Gesamtumsatz der ICS, konnte sein Geschäftsvolumen um etwa 9 % zum Vorjahr erhöhen.

Im Anfang des Jahres 2009 neu gebildeten Geschäftsbereich **Servicemanagement** wurde der bisherige Bereich Produktentwicklung um zentrale Aufgaben der ICS, wie Einkauf, DV-Administration und allgemeine Verwaltung, erweitert.

Das Umsatzvolumen des Geschäftsbereiches konnte durch den Abschluss eines 8-Jahres-Vertrages über Application Service Providing (ASP) mit der KISA - Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen deutlich ausgeweitet werden. Der Anteil am Gesamtumsatz der ICS liegt bei ca. 28 %.

Die Implementierung einer komplexen Logistiklösung für die InfraLeuna GmbH stand darüber hinaus im Mittelpunkt der Arbeit des Geschäftsbereiches.

3 Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 30 T€ getätigt.

Dies betrifft jeweils etwa zur Hälfte Neu- und Ersatzinvestitionen für die IT-Infrastruktur sowie die Geschäftsausstattung des Unternehmens.

4 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Das Geschäftsjahr 2009 konnte mit einem Umsatzwachstum von 25,5 % zum Vorjahr (+ 911 T€) abgeschlossen werden und lag damit über den Erwartungen.

Das gemäß Wirtschaftsplan geringer als im Vorjahr angesetzte Ertragsziel wurde erreicht. Ursächlich für den planmäßigen Rückgang der Ertragshöhe ist im Wesentlichen die Umsetzung des Konzeptes zur organisatorischen Neuausrichtung des Unternehmens und der damit verbundenen höheren Personalaufwendungen.

Der Materialaufwand liegt aufgrund der Fremdleistungen, die zur Realisierung des ASP-Geschäftes, insbesondere mit der KISA - Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen, benötigt wurden, deutlich über dem Vorjahreswert.

Die aktuelle Finanzlage der ICS ist weiterhin stabil. Die Unternehmensfinanzierung wurde vollständig aus eigenen Mitteln realisiert.

Die gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkene Eigenkapitalquote liegt bei 36,9 %.

Die mit dem deutlichen Umsatzwachstum verbundene Erhöhung der Forderungen und Verbindlichkeiten und die daraus resultierende erhöhte Bilanzsumme einerseits und das wegen des planmäßig geringeren Bilanzgewinns leicht gesunkene Eigenkapital andererseits verursachten diesen Rückgang.

5 Mitarbeiter

Im Zuge der **Personalarbeit** wurden zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Zwei Führungskräfte haben erfolgreich an dem Programm Führungsbasics für Teamleiter beim bze (Bildungszentrum Energie GmbH) teilgenommen. Darüber hinaus wurde der Ausbildungsverbund mit dem bze in 2009 mit insgesamt 5 Auszubildenden fortgeführt.

Ab Juni 2009 erfolgte die Umstellung der Entgeltabrechnung der ICS auf das Abrechnungssystem P&I LOGA, das seit 2008 als Personalmanagementsoftware in das Produktportfolio des Geschäftsbereiches Personalwesen eingeführt wurde.

Im Juni 2009 erfolgte die regelmäßig stattfindende Mitarbeiterbefragung der ICS, erstmalig elektronisch als internetbasierte Online-Befragung.

Bei einer Beteiligungsquote von 83 % sind durchweg positive Ergebnisse bei den einzelnen Themengebieten erzielt worden. Handlungsbedarfe in den einzelnen Teams wurden ermittelt, analysiert und entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung festgelegt.

Neueinstellungen erfolgten im Bereich Vertrieb, Personalwesen und Finanz- und Rechnungswesen.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl inklusive der Auszubildenden beträgt 64.

6 Chancen-/Risikomanagement

Nach Auffassung der ICS ist für eine zukunftsorientierte Unternehmenspolitik nicht nur die Betrachtung von außerplanmäßigen Risiken von Bedeutung, sondern auch das Erkennen von sich daraus ableitenden Chancen.

Das Chancen- und Risikomanagement der ICS beinhaltet das zeitnahe Erkennen, die Erfassung, die Kontrolle und die Steuerung entsprechender Ereignisse.

Quartalsmäßig wird durch die Risikomanagementbeauftragte des Unternehmens in Abstimmung mit den Geschäftsbereichsleitern ein Chancen- und Risikobericht erstellt und der Geschäftsführung vorgelegt.

ICS ist mit seinem Chancen- und Risikomanagementsystem in entsprechende Konzernregelungen eingebunden.

Den Bestand der Gesellschaft gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

7 Ausblick

Unter Berücksichtigung der eingangs genannten Kriterien geht die Geschäftsführung von einem weiteren Wachstum des Business Process Outsourcing (BPO) Marktes auch in den folgenden Jahren aus.

Neben den bereits weit entwickelten und im Markt akzeptierten BPO-Segmenten Rechnungswesen und Lohn- und Gehaltsabrechnung werden insbesondere personalwirtschaftliche Dienstleistungen stärker nachgefragt.

Die ICS wird sich diesem Trend stellen und die in 2009 stark forcierte Entwicklung weiterer personalwirtschaftlicher Dienstleistungen voran treiben und in den Markt tragen. Dazu wird der Fachvertrieb personell weiter ausgebaut.

Neben den eingangs dargestellten Chancen zur weiteren Entwicklung des Geschäftsvolumens ist sich die Geschäftsführung auch der Risiken bewusst. Dazu zählt insbesondere die stetig größer werdende Herausforderung, geeignetes Fachpersonal zu gewinnen und im Unternehmen zu halten.

In einem von der Geschäftsführung initiierten Projekt werden aus diesem Grund bis Mitte 2010 im Rahmen eines Konzeptes die notwendigen Handlungsschwerpunkte der zukünftigen Personalarbeit definiert.

Insgesamt erwartet die ICS für das Geschäftsjahr 2010 ein erneutes Umsatzwachstum. Insbesondere durch die weitere Optimierung der Geschäftsprozesse wird sich das Ergebnis deutlich positiv entwickeln.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg
von der Heyde, Axel

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
		Böcker, Udo		
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)	
		Gärtner, Steffen		
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)	
		Junghans, Torsten		
		Kley, Gerry		
		Kocian, Burkhard		

Aufsichtsrat:

Krause, Johannes	
Lange, Hendrik	
Mahlert, Eckert	(seit 21.09.2009)
Müller, Raik	(seit 21.09.2009)
Nagel, Elisabeth	(seit 21.09.2009)
Nebelung, Barbara	(bis 21.09.2009)
Richter, Ulrich	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Weihrich, Dietmar	
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

c) Beteiligungen

unmittelbar

ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"

T€	%
15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
360	6	343	6	290	6	17	5
5.647	92	4.871	91	4.266	91	776	16
149	2	162	3	135	3	-13	-8

Bilanzsumme

6.156	100	5.376	100	4.692	100	781	15

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
522	8	522	10	522	11	0	0
2.726	44	2.215	41	1.791	38	511	23
2.814	46	2.554	48	2.302	49	260	10
95	2	85	2	77	2	10	12

Bilanzsumme

6.156	100	5.376	100	4.692	100	781	15

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	10.426	10.018	9.164
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	131	-8	7
sonstige betriebliche Erträge	196	137	170
Materialaufwand	3.148	2.505	2.948
Personalaufwand	4.861	4.457	4.020
Abschreibungen	194	156	173
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.420	1.662	1.212
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	137	138
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.149	1.504	1.126
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	-0	-0
sonstige Steuern	1	2	1
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.148	1.503	1.125
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,01	15,00	12,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	220,16	288,06	215,70	%
Cash-Flow:	1.342	1.659	1.298	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	118	118	113	T€
Personalaufwandsquote:	45,21	43,92	43,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,13	5,99	5,90	%
Eigenkapitalquote:	8,47	9,70	11,12	%
Fremdkapitalquote:	91,53	90,30	88,88	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Ziele und wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- Optimale Versorgung der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie
- Angebot von IT-Dienstleistungen für Kunden aus dem kommunalen Sektor, für Stadtwerkeunternehmen und mittelständische Unternehmen, speziell bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), der Internet- und Intranettechnologie und der geografischen Informationsverarbeitung
- Angebot von E-Government-Lösungen.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer DV-Infrastruktur, jedoch muss durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und durch die hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die zu erbringenden Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) die DV-Infrastruktur den Erfordernissen angepasst werden.

Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke und die sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch) bedingten eine Vielzahl von neuen DV-Projekten, die zur Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben dienten.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult mit ihrem Angebotsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen mit sich bringt.

Geschäftsentwicklung und Schwerpunktaufgaben 2009

Der Gesellschaft ist es gelungen, den Umsatz um 4 % gegenüber dem Jahr 2008 zu steigern. Dies wurde im besonderen Maße durch die Vermarktung unserer Produkte, die Erbringung von DV-Dienstleistungen für Dritte und durch zusätzliche Projektaktivitäten erreicht. Insgesamt erzielte das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 10.426, davon TEUR 7.167 (Vj.: TEUR 6.738) aus DV-Dienstleistungen.

Die Betriebsaufwendungen stiegen insgesamt überproportional um TEUR 844. Neben den aufgrund um TEUR 634 deutlich gestiegenen Aufwendungen für kundenbezogene Hard- und Software und gestiegenen Materialaufwendungen wirkten sich der Anstieg der Personalaufwendungen (TEUR 405), insbesondere bedingt durch eine höhere durchschnittliche Anzahl von Mitarbeitern im Berichtsjahr und eine Tarifsteigerung von 3,0 % zum 1. Juli 2009 sowie Aufwendungen für Altersteilzeitverpflichtungen aus. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch Sondereffekte des Geschäftsjahres 2008 um insgesamt TEUR 242 zurückgegangen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verringerte sich aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen um TEUR 239 auf TEUR 1.129. Das über Plan erzielte Jahresergebnis von TEUR 1.148 (Vj.: TEUR 1.503) wird im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die SWH abgeführt.

Projekte bei den Unternehmen der Stadtwerke, bei Kommunen und Landes- und Bundeseinrichtungen, die hohen Anforderungen der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle (Saale) und der Aufbau weiterer SAP-Kompetenz erforderte die Einstellung von acht Mitarbeitern.

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Sicherstellung und Optimierung des elektronischen Datenaustausches zwischen den Marktteilnehmern in der Energieversorgung, die weitere Realisierung von Aufgaben für das Vorhaben zur Erneuerung der Datenverarbeitung der Stadt Halle (Saale), in dessen Rahmen unter anderem die Einführung einer mit SAP integrierten webbasierten Portallösung zur Unterstützung der Führungskräfte der Stadtverwaltung bei der Erarbeitung und Kontrolle von Zielvereinbarungen durchgeführt wurde. Weiterhin wurden im Rahmen des e-Government Masterplanes der Stadt Halle Teillösungen im Umfeld verschiedener Fachverfahren implementiert.

Die Akquisition von langfristigen Aufgaben der DV-Betriebsführung und Abarbeitung von Aufträgen zur Sicherung der finanziellen Basis der Gesellschaft, die weitere Anpassung der betrieblichen Organisation zur Optimierung der betrieblichen Geschäftsprozesse und eines effektiven Qualitätsmanagement waren wesentliche Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2009 mit Erfolg das QMS-Audit für die DIN EN ISO 9001:2008.

Im Jahr 2009 wurde unser Angebot an innovativen Eigenentwicklungen erweitert. Dazu zählen KomGIS®+ mobil und KomGIS®+ INV (Software zur Verwaltung der erfassten Inventardaten), EnTIS+ ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontagefirmen und Bauämter, GeoMART+ ein geographisches Marketing-, Akquise- und Reporting-Tool, auf Basis der KomGIS+ Produktreihe weitere Fachschalen (Straßenmanagementsystem, Inventurprogramm, Baumkataster) für den Einsatz bei kommunalen Kunden, Bravo+ der Brandschutz- und Vorgangsmanager im vorbeugenden Brandschutz, RMS+ Reinigungsmanagement für Reinigungsdienstleister und Auftraggeber für Reinigungsdienstleistung und ein Programm zur Erstellung von Statistikatlanten.

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist der führende kommunale IT-Dienstleister in Mitteldeutschland und Initiator der eGovernment-Initiative „Kommunales Kompetenzzentrum für Mitteldeutschland“ - [KomKomM®](#). Mit kompetenten Partnern, wie z. B. Dresden-IT, BSYS, MakeIT und der Hochschule Harz werden integrierte Lösungen für Kommunen angeboten. Regelmäßige Arbeitstreffen des KomKomM® bieten die Plattform, um kommunale Entscheidungsträger bei der Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu modernen Dienstleistern für Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Die IT-Consult Halle GmbH konnte auf dem IT-Markt besonders in Sachsen-Anhalt, aber auch außerhalb der Landesgrenzen ihre Wettbewerbsposition stärken. In mehreren anspruchsvollen Vergabeprozessen konnte sich die ITC gegen namhafte Mitbewerber behaupten und aufgrund der qualifizierten Konzepte, der Referenzen im öffentlichen Sektor und der Leistungsfähigkeit überzeugen. Beleg dafür sind die mehr als 16 gewonnenen Neukunden vorrangig aus dem Bereich der Bundes- und Landeseinrichtungen und Kommunalverwaltungen. So realisierte die ITC unter Anderem größere Aufträge für die Gesellschaft für Schwerionenforschung, die Deutsche Welle, Verwaltungsgemeinschaft Hohe Börde und Kommunen im Land Niedersachsen.

Mit der KID GmbH wurde die ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" gebildet. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister zu führen. Die ITC hostet diese Anwendung in ihrem Rechenzentrum.

Im Jahr 2009 beteiligte sich die ITC an zwölf Messen, Fachtagungen begleitende Ausstellungen mit eigenem Präsentationsstand, Fachvorträgen sowie fünf zum Großteil selbst initiierten Veranstaltungen. Darunter waren produktbezogene Workshops, Anwendertreffen und Fachtagungen zu aktuellen kommunalen Themen (Doppik, Vermögensbewertung, e-Government).

2009 wurden Investitionen im Umfang von TEUR 211, davon TEUR 145 in Hard- und Software zur Ausstattung der Mitarbeiterarbeitsplätze, des Rechenzentrums, zur Realisierung der innerbetrieblichen Geschäftsprozesse und für Hosting-Dienstleistungen durchgeführt. Diese Investitionen konnten ohne die Aufnahme von Fremdmitteln erfolgen.

Insgesamt kann die finanzielle Lage des Unternehmens als stabil bewertet werden. Die IT-Consult Halle GmbH nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Dadurch ist auch für 2010 die Liquidität des Unternehmens gegeben.

Die Gesellschaft führt jährlich eine Risikoinventur durch. Maßnahmen zur Risikoerkennung und -überwachung bzw. zur Risikobegrenzung sind in einer Riskmap festgelegt. Umfangreiche Sicherungsmechanismen minimieren mögliche Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle eingebunden, die ebenfalls eine umfangreiche Risikovorsorge betreiben.

Im Rahmen des Anti-Fraud-Management-Systems (AFM) der Stadtwerke wurden potenzielle Risiken wirtschaftskrimineller Handlungen im Geschäftsprozess Kasse der ITC untersucht.

Ausblick

Für das Jahr 2010 sind folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit zu nennen:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- Erweiterung der Outsourcing-Kapazitäten im SAP-Umfeld;
- Vermarktung der SAP-Lösung Business All-in-One, eine umfassende und flexible Unternehmenslösung speziell für den Mittelstand;
- Weiterer Ausbau der Kapazitäten auf dem Gebiet des Geschäftsprozessmanagement und Projektmanagements durch zertifizierte PMP®-Berater;
- Vermarktung von komplexen Lösungen der Elektronischen Archivierung und Vorgangsbearbeitung im Rahmen einer Business-Partnerschaft mit einem führenden Anbieter von Lösungen zur Automation Dokumenten basierter Prozesse;
- Vermarktung und Weiterentwicklung unseres Produktes EnTIS+ ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontagefirmen und Bauämter;
- Realisierung von Projekten im Rahmen für den elektronischen Datenaustausch zwischen den Versorgungsunternehmen und weiteren Marktteilnehmern;
- Ausbau der Berater-, Betriebs- und Betreuungskompetenz für das Abrechnungssystem SAP IS-U und für das BW (Business Warehouse);
- die weitere Umsetzung des Projektes zur Einführung eines neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen bei der Stadt Halle (Saale) - Doppikeinführung. Die Aktivitäten liegen dabei bei der Vorbereitung und Durchführung des Produktivstarts für die Planung und Bewirtschaftung des doppelten Buchungssystems durch die Ämter und Dezernate der Stadtverwaltung. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Durchführung von System- und Integrationstests, die Anwenderschulungen sowie die Erfassung und Bewertung des kommunalen Anlagevermögens für die Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale). Beginn der Erfassung von Daten zur Haushaltsplanung 2011 wird im Juni sein;
- Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten für Beratungs- und Schulungsleistungen im Bereich Umstellung des Rechnungswesens in Kommunen und Landkreisen von der Kameralistik auf die Doppik (Projektvorbereitung, Projektmanagement, Einführungsunterstützung, Systembetrieb). Dabei kommt neben dem bereits vorhandenen Know-how für die Anwendungssoftware SAP auch die im Rahmen einer Kooperation mit der Firma CIP vereinbarte Zusammenarbeit für die Fachsoftware CIPkommunal zum tragen;
- die weitere bundesweite Vermarktung der Produktfamilie KomGIS+ in der Version 3.0;
- Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten für Beratungs-, Betreuungs- und Schulungsleistungen im Bereich kommunaler Fachverfahren (openProsoz, MESO, AUSO, Session);
- Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (Outsourcing);
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet werden weitere vermarktungsfähige Lösungen geschaffen und vermarktet;
- die Entwicklung spezieller E-Commerce/E-Government Lösungen für Kommunen, Stadtwerke und mittlere und kleinere Unternehmen.

Im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten im Jahr 2010 steht der Abschluss von IT-Dienstleistungsverträgen mit Kommunen und Unternehmen öffentlicher Träger sowie die Vermarktung eigener Produkte und DV-Dienstleistungen.

Der wachsende Nachfrage nach speziellen geografischen Auskunftssystemen werden wir durch die Entwicklung spezieller Lösungen auf Basis unserer Produkte GIS+ und KomGIS+ gerecht werden.

Durch weitere innovative Produkte und Lösungen, die weitere Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement wird die IT-Consult Halle GmbH ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

M-Exchange AG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kennedyallee 89
60596 Frankfurt/Main

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00
WV Energie AG Frankfurt	93	93,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen und der Handel mit Hard- und Software.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Berner, Manfred

Aufsichtsrat: Vorsitzender Zimmermann, Felix
Gieske, Hartmut
Heinze, Harald
Helbig, Andreas
Müller-Urlaub, Berthold
Thielmann, Fred

	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€
Aufsichtsrat	15	13

* Der Jahresabschluss 2009 lag zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor. Die angegebenen Daten beziehen sich auf den 31.12.2008.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2008		2007	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	63	28	60	19
Umlaufvermögen	84	37	133	42
Rechnungsabgrenzungsposten			5	2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	80	35	115	37

Bilanzsumme

227	100	314	100

Passiva

	T€	%	T€	%
Rückstellungen	58	25	70	22
Verbindlichkeiten	169	75	244	78

Bilanzsumme

227	100	314	100

bb) GuV

	2008	2007
	T€	T€
Umsatzerlöse	633	515
sonstige betriebliche Erträge	38	38
Materialaufwand	98	30
Personalaufwand	106	107
Abschreibungen	13	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	410	367
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35	33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	35	33
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.115	
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-4.900	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-180	33

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,51	6,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	19,34	-100,00	%
Cash-Flow:	48	38	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	671	553	T€
Personalaufwandsquote:	15,81	19,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,48	1,12	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Der Jahresabschluss 2008 weist einen Gewinn in Höhe von 34.889 € bei einem positiven Ergebnis der Betriebstätigkeit von 44.282 € aus. Damit liegt das Ergebnis im Rahmen der Erwartungen etwas über 2007, allerdings wurde die Planung um 20 Tsd. € verfehlt.

Es stellte sich im Laufe des Jahres 2008 heraus, dass Projekte für das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ deutlich später und in geringerem Umfang als erwartet beauftragt wurden. Der Vorstand reduzierte dahingehend in Absprache mit dem Aufsichtsrat schon frühzeitig im Jahr die Erwartungen. Das reduzierte prognostizierte Ergebnis wurde eingehalten.

Der Umsatz konnte gegenüber 2007 um 23% gesteigert werden, der Rohertrag um 9,6%.

Der Bereich „eProcurement“ entwickelte sich stabil. Die Bestandskundenbasis konnte 2008 ebenso wie in 2007 über Katalogerweiterungen und Systemverbesserungen weiter stabilisiert werden. Leichte Rückgänge bei den Lieferantengebühren konnten über Einnahmen bei Neukunden ausgeglichen werden.

Mit dem Aufbau einer Energiedaten-Management-Plattform in 2007 hat M-Exchange das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ beschritten. Das Geschäftsfeld trägt 2008 bereits deutlich zum Ertrag bei, obwohl Vorleistungen in Form von IT-Investitionen und Vertriebsaktivitäten erbracht wurden. Insbesondere die auf 13 T€ gestiegenen Abschreibungen sind auf Software-Entwicklungen für diesen Bereich zurückzuführen.

Der Verwaltungsaufwand (sonstige betriebliche Aufwendungen) ist auf 410 T€ gestiegen. Die gegenüber 2007 erhöhten Ausgaben resultieren aus erhöhten Vertriebsanstrengungen und den zusätzlichen IT-Betriebskosten der EDM-Plattform. Die mit der S'IT GmbH in 2003 erworbene IT-Plattform Commerce One konnte auch in 2008 erfolgreich bei PSG GmbH eingesetzt werden. M-Exchange profitiert davon über eine Nutzungsgebühr, die sie von PSG einnimmt.

Die WV Energie AG gewährte der M-Exchange in 2002 ein Darlehen mit Rangrücktritt in Höhe von 300 Tsd. Euro zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes. Dieses Darlehen ist zum Jahreswechsel 2008/2009 mit 140 Tsd. Euro in Anspruch genommen worden. In 2008 wurde eine Tilgung des Darlehens in Höhe von 20 Tsd. Euro vorgenommen.

Die Bilanz weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 80 Tsd. Euro und damit 35 Tsd. Euro weniger als 2007 aus. Das Darlehen wurde von WV Energie AG verlängert. Der von der WV Energie AG erklärte Rangrücktritt dient der Beseitigung der Folgen einer Überschuldung.

Ausblick 2009: Die positive Tendenz aus 2007 fand in 2008 ihre Fortsetzung. Neukunden sowohl im Bereich Beschaffung als auch im Bereich Energiemanagement werden 2009 insbesondere zur Ertragssteigerung beitragen. Auch gibt es vielversprechende Ansätze zur Ausweitung des Geschäfts mit Bestandskunden in beiden Bereichen. Der Vorstand rechnet daher im kommenden Geschäftsjahr bei etwa gleichbleibendem Umsatz mit einem deutlichen Ertragswachstum. Damit ist die M-Exchange Position am Markt gefestigt und das Unternehmen für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Über das bestehende Gesellschafterdarlehen in Höhe von 300 Tsd. Euro sind keine weiteren Darlehen nach heutiger Einschätzung erforderlich. Die Finanzierung ist deshalb für 2009 gesichert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben. Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

„Ich erkläre, dass die Gesellschaft bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften im Geschäftsjahr 2008 nach den Umständen, die mir in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.“

Public Services GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	13	51,00
Stadtwerke Halle GmbH	12	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Unternehmensgegenstand der Public Services GmbH ist die Übernahme von Projekten, bei deren Durchführung eine übergreifende Abwicklung von Planungs- und Beratungsleistungen gefordert ist. Tätigkeitsfelder sind die Aufgaben, die hieraus erfolgen, insbesondere Energie und Trinkwasserversorgung, Abwasser, Entsorgung von festen und flüssigen Abfällen, Umweltschutz, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe und Informationstechnik. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört dabei auch die Beratung, Planung, Entwicklung, Projektsteuerung bzw. Projektmanagement sowie der Betrieb und die beratende Unterstützung bei der Beschaffung von Finanzierungen und die Lieferung von Anlagenanteilen auf den genannten Gebieten. Gegenstand der Gesellschaft ist es im Weiteren, als Komplementärin die Haftung, Geschäftsführung und Verwaltung der Public Services Management GmbH & Co. KG zu übernehmen.

Öffentlicher Zweck:

Der Unternehmensgegenstand der Public Services GmbH ist die Übernahme von Projekten, bei deren Durchführung eine übergreifende Abwicklung von Planungs- und Beratungsleistungen gefordert ist. Tätigkeitsfelder sind die Aufgaben, die hieraus erfolgen, insbesondere Energie und Trinkwasserversorgung, Abwasser, Entsorgung von festen und flüssigen Abfällen, Umweltschutz, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe und Informationstechnik. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört dabei auch die Beratung, Planung, Entwicklung, Projektsteuerung bzw. Projektmanagement sowie der Betrieb und die beratende Unterstützung bei der Beschaffung von Finanzierungen und die Lieferung von Anlagenanteilen auf den genannten Gebieten. Gegenstand der Gesellschaft ist es im Weiteren, als Komplementärin die Haftung, Geschäftsführung und Verwaltung der Public Services Management GmbH & Co. KG zu übernehmen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Horn, Torsten

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
	Böcker, Udo		
	Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)	
	Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)	

Dr. Köck, Uwe-Volkmar (bis 21.09.2009)
 Gärtner, Steffen
 Geuther, Joachim (bis 21.09.2009)
 Junghans, Torsten
 Kley, Gerry
 Kocian, Burkhard
 Krause, Johannes
 Lange, Hendrik
 Mahler, Eckert (seit 21.09.2009)
 Müller, Raik (seit 21.09.2009)
 Nagel, Elisabeth (seit 21.09.2009)
 Nebelung, Barbara (bis 21.09.2009)
 Richter, Ulrich (seit 21.09.2009)
 Scholze, Friedemann (bis 21.09.2009)
 Weihrich, Dietmar
 Zrout, Lutz (bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
33	100	32	100	32	100	0	1

Bilanzsumme

33	100	32	100	32	100	0	1

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
30	91	30	91	29	89	0	1
2	5	2	5	2	5	0	2
1	4	1	4	2	5	0	2

Bilanzsumme

33	100	32	100	32	100	0	1

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	3	3	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	3	3	3
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,35	2,76	2,79	%
Cash-Flow:	0	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	91,15	91,21	89,43	%
Fremdkapitalquote:	8,85	8,79	10,57	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Allgemeine Lage

Die Public Services GmbH ist Komplementärin der Public Services Management GmbH & Co. KG (PSM) und hat deren Geschäftsführung übernommen.

Unternehmensgegenstand der PSM ist die Durchführung von Projekten, die sowohl planerische Leistungen als auch Betriebsführungsleistungen erfordern. Tätigkeitsfelder sind dabei Energie- und Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Umweltschutz, Stadtreinigung, Verkehrs- und Informationstechnik. Zu den Aufgaben gehören dabei Beratung, Planung, Entwicklung, Projektmanagement, Betrieb und Lieferungen.

Die PSM hat zum 31. Dezember 2007 ihre operative Geschäftstätigkeit eingestellt. Im Geschäftsjahr 2009 erzielte sie einen Jahresfehlbetrag von TEUR 7.

Der Aufsichtsrat ermächtigte im Geschäftsjahr 2008 die Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH, die Liquidation der PSM zu veranlassen. Durch die Gesellschafter wurde eine Liquidation der Gesellschaft bislang jedoch nicht beschlossen.

Die Liquidität der PSM war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben; ein Betriebskostenzuschuss der Kommanditisten war nicht erforderlich.

Die Liquidität der PSM reicht aus heutiger Sicht aus, im Geschäftsjahr 2010 alle Zahlungsverpflichtungen (einschließlich der anfallenden Verwaltungskosten) ohne die Inanspruchnahme von Betriebskostenzuschüssen der Kommanditisten zu erfüllen.

Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkte sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr auf ihre Komplementärstellung bei der PSM.

Risiken

Risiken ergeben sich aus der Komplementärstellung bei der PSM.

Public Services Management GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	51	51,00
Stadtwerke Halle GmbH	49	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Unternehmensgegenstand der Public Services Management GmbH & Co. KG ist die Übernahme von Projekten, bei deren Durchführung eine übergreifende Abwicklung von Planungs- und Beratungsleistungen gefordert ist. Tätigkeitsfelder sind die Aufgaben, die hieraus erfolgen, insbesondere Energie und Trinkwasserversorgung, Abwasser, Entsorgung von festen und flüssigen Abfällen, Umweltschutz, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe und Informationstechnik.

Öffentlicher Zweck:

Der Unternehmensgegenstand der Public Services Management GmbH & Co. KG ist die Übernahme von Projekten, bei deren Durchführung eine übergreifende Abwicklung von Planungs- und Beratungsleistungen gefordert ist. Tätigkeitsfelder sind die Aufgaben, die hieraus erfolgen, insbesondere Energie und Trinkwasserversorgung, Abwasser, Entsorgung von festen und flüssigen Abfällen, Umweltschutz, Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe und Informationstechnik.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Horn, Torsten

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
		Böcker, Udo		
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)	
		Gärtner, Steffen		
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)	
		Junghans, Torsten		
		Kley, Gerry		
		Kocian, Burkhard		

Aufsichtsrat:

Krause, Johannes
 Lange, Hendrik
 Mahler, Eckert (seit 21.09.2009)
 Müller, Raik (seit 21.09.2009)
 Nagel, Elisabeth (seit 21.09.2009)
 Nebelung, Barbara (bis 21.09.2009)
 Richter, Ulrich (seit 21.09.2009)
 Scholze, Friedemann (bis 21.09.2009)
 Weihrich, Dietmar
 Zrout, Lutz (bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
118	100	95	100	155	100	23	24

Bilanzsumme

118	100	95	100	155	100	23	24

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
78	66	85	89	95	61	-7	-8
4	3	6	6	7	4	-3	-42
37	31	5	5	54	35	32	674

Bilanzsumme

118	100	95	100	155	100	23	24

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse			235
sonstige betriebliche Erträge	2	0	4
Materialaufwand			127
Personalaufwand	1	1	46
sonstige betriebliche Aufwendungen	8	11	64
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7	-10	2
außerordentliche Erträge			2
außerordentliche Aufwendungen			2
außerordentliches Ergebnis			1
sonstige Steuern			-0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-7	-10	2
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-7	-10	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:			1,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	-8,57	-11,28	2,62	%
Cash-Flow:	-7	-10	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			238	T€
Personalaufwandsquote:	60,08	479,19	19,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	65,70	88,52	60,97	%
Fremdkapitalquote:	34,30	11,48	39,03	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Allgemeine Lage

Geschäftszweck der Public Services Management GmbH & Co. KG (PSM) ist die Durchführung von Auslandsprojekten in den Tätigkeitsgebieten Energie- und Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Umweltschutz, Stadtreinigung, Verkehrs- und Informationstechnik.

Hauptzielrichtung ist die Durchführung solcher Projekte, die sowohl planerische Leistungen, Betriebsführungsleistungen als auch Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen beinhalten. Zu den Aufgaben gehören dabei Beratung, Planung, Entwicklung, Projektmanagement, Betrieb und Lieferungen.

Wirtschaftliche Lage des Unternehmens

Mit dem 31. Dezember 2007 hat die PSM entsprechend den Festlegungen der Gesellschafter die operative Geschäftstätigkeit eingestellt, daher wurden auch im Berichtsjahr keinerlei wirtschaftliche Aktivitäten durchgeführt. Die Liquidität der Gesellschaft ist gegenwärtig gesichert; Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter wurden im Berichtszeitraum nicht in Anspruch genommen.

Zukünftige Entwicklung

In der Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) vom 4. September 2008 wurde die Geschäftsführung der SWH ermächtigt, die Liquidation der PSM zu veranlassen. Ein Gesellschafterbeschluss hierzu liegt bislang nicht vor.

Chancen und Risiken

Wesentliche Chancen und Risiken sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar; sie könnten sich allenfalls im Zusammenhang mit einer möglicherweise erfolgenden künftigen Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit ergeben.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 stellv. Vorsitzender)
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)
		Gärtner, Steffen	
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)
		Junghans, Torsten	
		Kley, Gerry	
		Kocian, Burkhard	
		Krause, Johannes	
		Lange, Hendrik	
		Mahlert, Eckert	(seit 21.09.2009)
		Müller, Raik	(seit 21.09.2009)

Aufsichtsrat:

Nagel, Elisabeth	(seit 21.09.2009)
Nebelung, Barbara	(bis 21.09.2009)
Richter, Ulrich	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Weihrich, Dietmar	
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
				0	0	0	
958	100	1.594	100	1.689	100	-636	-40

Bilanzsumme

958	100	1.594	100	1.689	100	-636	-40

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
606	63	162	10	163	10	444	274
29	3	96	6	112	7	-67	-70
323	34	1.336	84	1.414	84	-1.013	-76

Bilanzsumme

958	100	1.594	100	1.689	100	-636	-40

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
6.419	7.303	7.350
88	30	0
6.236	7.435	7.458
11	2	
		0
197	197	679
6	43	46
69	-256	-741
-0		
69	-256	-741
69	-256	-741

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,08	-3,51	-10,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,87	-61,27	-81,99	%
Cash-Flow:	69	-256	-741	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,17	0,02		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:		0,00	0,01	%
Eigenkapitalquote:	63,25	10,15	9,64	%
Fremdkapitalquote:	36,75	89,85	90,36	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	61.696,00	61.777,00	63.874,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

e) Lagebericht

1. Rechtliche Grundlagen

Die RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (im Folgenden: RAB) wurde am 19. Dezember 2003 gegründet. Anfangs wurden 74,9 % ihrer Gesellschaftsanteile durch die AGR Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH, Herten (im Folgenden: AGR) und 25,1 % ihrer Gesellschaftsanteile durch die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale) (im Folgenden: SWH) gehalten. Nach der Übernahme der AGR-Gesellschaftsanteile an der RAB am 16. Juni 2008 durch die SWH ist die Gesellschaft zu 100 % Tochterunternehmen und vollständig im Konzernverbund der SWH integriert.

Zudem wurde im Jahr 2008 der Unternehmensgegenstand der RAB geändert. Demnach ist dieser die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen und Abfällen aus der mechanischen Behandlung, die der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger überlassen werden.

Das seit dem Jahr 2005 bestehende Vertragsverhältnis zur Stadt Halle (Saale), welches die Entsorgung von andienungspflichtigem Restabfall regelt, ist im Jahr 2009 ordnungsgemäß fortgeführt worden. Somit ist die Entsorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle jederzeit gesichert.

Die beiden Entsorgungsverträge mit der SORTEK 2 Gesellschaft zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen GmbH, Meerane, und der REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Nord, Kiel, (über die AGR) sicherten die Verwertung in den zugewiesenen Anlagen bis zum 30. September 2009.

2. Rahmen- und Marktbedingungen

Die Entsorgungsbranche ist von der weltweiten Finanzkrise ausgangs des Jahres 2008 keinesfalls verschont geblieben. Insbesondere die Preise für Sekundärrohstoffe liegen weit unter den bekannten Werten die noch zur Mitte des Vorjahres den Markt beherrschten. Diese sich in 2009 fortsetzende Tendenz gibt dem Ruf nach strategischen Klimaschutzdiskussionen neuen Rückhalt und zielt auf die klimateffiziente Sammlung von Abfällen und Sekundärrohstoffen. Nur langfristig kann die Entsorgungsbranche Wachstumsperspektiven aufzeigen, denn in Zeiten langfristig steigender Rohstoff- und Brennstoffpreise gewinnt Abfall für die Energieerzeugung an wirtschaftlicher Bedeutung. Zudem werden die politischen Klimaschutzforderungen die Belebung des Wachstums im Umweltgeschäft begünstigen. Dabei beruhen die Einschätzungen der Gesellschaft auf dem geplanten Handel mit Kohlendioxid-Zertifikaten, welche einem mittelkalorischen Brennstoff einen zusätzlichen Preisvorteil verschaffen.

Im Jahr 2009 bestimmten zwei Grundtendenzen die Verwertung von Siedlungsabfällen. Zum einen verschärften die freien Verbrennungskapazitäten, insbesondere im Raum Mitteldeutschland, den Wettbewerb um Tonnagen zur thermischen Verwertung. Zum anderen nahmen die genannten mittelfristigen Diskussionen um den Energierohstoff Abfall zu. Mit der geplanten Errichtung und dem Betrieb einer mechanischen Sortieranlage zur Vorbehandlung der Siedlungsabfälle zielt die RAB auf die weitere Reduzierung der Verwertungspreise und plant somit die Manifestierung der Entsorgungskosten im Bereich der Hausmüllentsorgung auf ein marktfähiges Niveau. Durch die Behandlung weiterer Abfälle der Konzerntochter Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale) (im Folgenden: HWS), sollen Synergiepotenziale genutzt und somit der Ergebnisbeitrag aus der Abfallentsorgung stabilisiert werden.

Mit der angestrebten Erhöhung der Wertschöpfungstiefe und der damit geschlossenen Entsorgungsketten plant die RAB eine flexible Auskopplung von Teilfraktionen zur stofflichen und thermischen Verwertung und damit Partizipation an der zukünftigen Sekundärrohstoffwirtschaft und letztlich die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Im Falle der Belebung des Sekundärrohstoffmarktes beabsichtigt das Unternehmen den Ausbau der Sortiertiefe für den Fall einer positiven Erfolgsaussicht.

3. Bericht über wichtige Projekte und Vorhaben

Bereits im Vorjahr prüfte das Unternehmen verschiedene Realisierungsmöglichkeiten, um im Rahmen des genehmigten Investitionsvolumens eine Sortieranlage realisieren zu können. Zumal sich in regionaler Nähe die Möglichkeit des Erwerbs einer modernen Sortieranlage ergab, richtete die Gesellschaft das Hauptaugenmerk weg von einem Neubau hin zu einem Kauf am Standort Halle/Lochau. Mit der Übernahme dieser bestehenden und ausgereiften Anlagentechnik will die RAB die Investitionssumme senken und somit weniger Fremdmittel benötigen.

Für die verfahrenstechnische und genehmigungsrechtliche Planung der Restabfallbehandlung ist ein qualifiziertes Ingenieurbüro gebunden worden. Vor allem die sachkundige Einschätzung der vorhandenen Technik und daraus abgeleitet die Darstellung der notwendigen Anpassungs- und Erweiterungsmaßnahmen unterstützt die Tätigkeit der Geschäftsführung. Zusätzlich galt es, im Jahr 2009 für den betreffenden Standort eine auskömmliche Genehmigungssituation zu erwirken. Zum Jahresende konnte mit der Unterstützung der RAB eine umfängliche behördliche Zustimmung hergestellt und somit die letzten offenen Aspekte im endverhandelten Kaufvertrag ausgeräumt werden.

Für das erste Quartal 2010 ist die notarielle Beurkundung des Kaufes terminiert. Weiterführend ist ein Zeitplan für die Ausschreibung der Um- und Ausbauleistungen sowie die Ausschreibung der zukünftigen Outputstoffströme aufgestellt. Derzeit gehen wir von einem Produktivstart zum 1. Januar 2011 aus und hoffen zudem, mit der geplanten Realisierung die Entwicklung des Standort Halle/Lochau zum Kompetenzzentrum der Abfallwirtschaft Sachsen/Anhalt zusätzlich zu fördern.

Aufgrund der Verzögerungen bei der Projektrealisierung war ab dem 1. Oktober 2009 eine Lösung für die sich ergebende Übergangsphase notwendig. Die zur Disposition stehenden Stoffstrommengen wurden in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren vergeben, um die Entsorgungssicherheit in der Stadt Halle (Saale) nicht zu gefährden. Das Ausschreibungsergebnis für den Zeitraum vom 1. Oktober 2009 bis zum 31. Dezember 2010 spiegelte die zutreffende Markteinschätzung der Geschäftsführung wider und brachte für die Verwertung der unbehandelten Siedlungsabfälle aus Hausmüll und Sperrmüll das erwartete Ergebnis. Die Entsorgungsaufwendungen reduzierten sich in einem wesentlichen Umfang und bestimmten gleichzeitig die Senkung des Leistungsentgeltes gegenüber der Stadt Halle (Saale) für das vierte Quartal. Mit dieser positiven Entwicklung trägt die Gesellschaft zur Qualität der Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger bei.

Weiterhin richtete die Gesellschaft ihre Bemühungen auf die Anpassung des Leistungsvertrages. Nachdem die Stadt Halle (Saale) und die RAB, entsprechend des Auseinandersetzungsvertrages zum Übergang des Geschäftsbetriebes, bereits die Errichtung einer Restabfallbehandlung beschrieben haben, galt es den Vertrag abschließend zu verhandeln. Insbesondere die Formulierung der Überbrückungsphase bis 31. Dezember 2010 fand im vorliegenden Vertragswerk Berücksichtigung. Der Vertrag bestimmt seit dem 1. Oktober 2009 das Handeln der Gesellschaft.

4. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Gesamttonnage lag im Berichtsjahr mit 61.696 Mg auf dem Niveau des Vorjahres (61.777 Mg). Demzufolge ist der prognostizierte Leistungsrückgang ausgeblieben und die Gesellschaft konnte ihr Geschäft nachhaltig sichern.

Umsatzbestimmend ist im Jahr 2009 die vertragliche Anpassung der Verwertungsentgelte gegenüber dem Kunden Stadt Halle (Saale) ab dem 1. Oktober 2009. Vor dem Hintergrund der konstanten Leistung im Jahresvergleich zu 2008 erwirtschaftete die RAB Umsatzerlöse von TEUR 6.419 und liegt damit um TEUR 884 unter dem Vorjahr (TEUR 7.303). Darin enthalten sind leicht gesunkene Transporterlöse und seit Oktober 2009 erstmals berechnete Erlöse aus Abfallumladung.

Die variablen Aufwendungen für die Verwertung der Stoffströme berücksichtigen die ausgelaufenen Altverträge für das erste bis dritte Quartal sowie die in der erwähnten Ausschreibung gefundenen niedriger ausfallenden Preise für das vierte Quartal. Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 6.236 konnte um TEUR 1.199 gegenüber dem Vorjahr (TEUR 7.435) gesenkt werden. Aufgrund des verbesserten Verhältnisses des Ein- und Verkaufspreises im vierten Quartal ergibt sich im Geschäftsjahr für die RAB ein positiver Deckungsbeitrag von TEUR 183 (Vorjahr: TEUR -132).

Neben den Umsatzerlösen erzielte die Gesellschaft sonstige betriebliche Erlöse (TEUR 88), welche im Wesentlichen auf der Auflösung von Rückstellungen beruhen.

Aufgrund der Verzögerung im Aufbau der operativen Sortierleistungen fallen in der Gesellschaft lediglich TEUR 11 Personalkosten und keine Abschreibungen an.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 197, Vorjahr: TEUR 196) sind dem Geschäft der RAB angemessen. Sie beinhalten im Wesentlichen Beratungsaufwendungen für die erwähnten Ingenieurleistungen sowie rechtliche Betreuung der europaweiten Ausschreibung. Zudem hat das Unternehmen im Berichtsjahr die Entgeltkalkulation gegenüber dem kommunalen Leistungspartner vertragsgemäß auf die Angemessenheit prüfen lassen.

Mit TEUR 63 (Vorjahr: TEUR -299) erzielte die Gesellschaft ein positives Betriebsergebnis. Diese Verbesserung resultiert zum einen aus den neuen und im Vergleich zum Vorjahr günstigeren Vertragsbeziehungen ab dem 4. Quartal 2009 sowie aus Sondereffekten, wie der Auflösung einer Rückstellung.

Das positive Finanzergebnis (TEUR 6, Vorjahr: TEUR 43) trug nur leicht zur Verbesserung des Jahresüberschusses (TEUR 69) bei. Die Verringerung des Finanzergebnisses beruht auf geringeren Zinssätzen im Geschäftsjahr 2009.

Im Vergleich zu den Vorjahren (2008: TEUR -256, 2007: TEUR -741) konnte die RAB nunmehr eine Verbesserung der Ergebnisstruktur umsetzen und damit erstmalig einen Jahresüberschuss darstellen.

Am 30. Juni 2008 wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zwischen der SWH und der RAB eine Cash Pool-Vereinbarung getroffen. Mit dieser Vereinbarung wurde der Gesellschaft eine Kreditlinie in Höhe von TEUR 650 eingeräumt. Aufgrund der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität der Gesellschaft im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gesichert. Aus dem Cash Pool ergibt sich zum 31. Dezember 2009 eine Forderung in Höhe von TEUR 897.

In der Bilanz zum Stichtag 31. Dezember 2009 sind gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich die geänderten Konditionen der Leistungs- und Verwertungsverträge inklusive der Zahlungsziele zu erkennen. Durch die Kapitalerhöhung des Gesellschafters zu Jahresbeginn und dem positiven Jahresergebnis stieg das Eigenkapital auf TEUR 606 (Vorjahr: TEUR 162). Verringerte Forderungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Jahresvergleich führten zu einer Bilanzsumme von TEUR 958. Die Eigenkapitalquote hat sich damit auf 63,3 % (Vorjahr: 10,2 %) verbessert.

5. Risikobericht

Das Abfallaufkommen und dessen Zusammensetzung unterliegen Schwankungen durch das Verbrauchsverhalten der Bürger, die konjunkturelle Entwicklung, regulatorische Eingriffe des Gesetzgebers und die demografische Entwicklung. Diese Einflussfaktoren könnten das Ergebnis der Gesellschaft beeinflussen. Dem soll durch die zusätzliche Akquisition im gewerblichen Bereich entgegengewirkt werden. Vor dem Hintergrund der Leistungsmenge auf Vorjahresniveau ist das daraus resultierende Risiko jedoch als nicht bestandsgefährdend anzusehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine weiteren den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

6. Ausblick

Für den Jahresverlauf 2010 geht die Gesellschaft von einem konstanten Mengenstrom auf Basis des Vorjahres aus. Fortführend zum vierten Quartal 2009 werden sich die Umsätze und analog dazu die Materialaufwendungen entwickeln. Entsprechend der Wirtschaftsplanung erwarten wir eine Fortsetzung der positiven Unternehmensentwicklung und zielen zum Abschluss des Geschäftsjahres 2010 auf einen Jahresüberschuss von TEUR 79.

RPL Recyclingpark Lochau GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Berliner Straße 100
06258 Schkopau, OT Döllnitz

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 51

Gesellschafter:	T€	%
Fehr Umwelt Ost GmbH	13	24,90
Stadtwerke Halle GmbH	38	75,10

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb von Recycling- und Abfallentsorgungsanlagen, insbesondere der Betrieb von Anlagen zur Kompostierung von Bioabfällen, zur Aufbereitung von Baustellenmischabfällen und Gewerbeabfällen, der Bau und Betrieb von Anlagen zur Klärschlammbehandlung und -verwertung, zur Verwertung von Sickerwasser, Deponie- und Biogas sowie zur thermischen Abfallbehandlung.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Querg, Detlef

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
		Böcker, Udo		
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)	
		Gärtner, Steffen		
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)	
		Junghans, Torsten		
		Kley, Gerry		
		Kocian, Burkhard		
		Krause, Johannes		
		Lange, Hendrik		

Aufsichtsrat:

Mahlert, Eckert	(seit 21.09.2009)
Müller, Raik	(seit 21.09.2009)
Nagel, Elisabeth	(seit 21.09.2009)
Nebelung, Barbara	(bis 21.09.2009)
Richter, Ulrich	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Weihrich, Dietmar	
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
242	12	322	16	287	15	-80	-25
0	0	0	0	0	0	0	0
1.788	88	1.668	84	1.628	85	121	7

Bilanzsumme

2.031	100	1.990	100	1.915	100	41	2

Passiva

Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
12	1	12	1	12	1	-0	-3
2.019	99	1.977	99	1.903	99	42	2

Bilanzsumme

2.031	100	1.990	100	1.915	100	41	2

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	20	378	391
sonstige betriebliche Erträge	48	96	116
Materialaufwand	15	313	336
Personalaufwand	61	81	80
Abschreibungen			0
sonstige betriebliche Aufwendungen	43	54	53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	6	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	72	72	73
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-121	-40	-32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	-0	4
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-121	-40	-37
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-121	-40	-37

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-617,56	-10,59	-9,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-121	-40	-36	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	89,99	17,02	15,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Kompostierung	460,00	20.069,00	20.936,00	Mg

e) Lagebericht

Die RPL hat bis zum 31. Dezember 2005 über einen Betreibervertrag eine Anlage zur Kompostierung von Bioabfällen und Grünschnitt betrieben. Durch einen mit Wirkung zum 1. Januar 2006 mit der C.A.R.E. Centrum für Abfall-, Recycling- und Entsorgungswirtschaft GmbH abgeschlossenen Vertrag zur Lieferung und Abnahme von biogenen Abfällen wurden durch die RPL angelieferte Bioabfälle, Rechengut und Grünschnitt von der C.A.R.E. angenommen und verwertet. Die RPL zahlt hierfür ein gewichtsbezogenes Entgelt.

Der bedeutendste Anlieferer der RPL war im Jahr 2009 die Hallesche Wasser und Abwasser GmbH (HWA) (seit 21. September 2009 firmierend unter Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH) (HWS).

Entsprechend des Vertrages vom 18. Dezember 2008 mit der HWA erfolgte im Jahr 2009 die Anlieferung von Sieb- und Rechengut. Da die Anlieferung von Bioabfällen durch die Stadtwirtschaft GmbH Halle für das Jahr 2009 nicht mehr erfolgte, reduzierte sich der Input für das Jahr 2009 auf 460 Mg. Daraus resultiert demzufolge auch der geringere Umsatz von nur noch TEUR 20.

Da die Betriebsaufwendungen nur unterproportional sanken, verschlechterte sich das Betriebsergebnis weiter um TEUR 78 auf TEUR -50. Insbesondere aufgrund von Darlehenszinsen (TEUR 72) ergibt sich letztlich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -120.

Für das Jahr 2009 wurde entsprechend Gesellschafterbeschluss vom Dezember 2008 ein Wirtschaftsplan nur für den Zeitraum bis zum 30. Juni 2009 beschlossen. Die operative Geschäftstätigkeit der RPL wurde zum 31. Dezember 2009 beendet.

Zum 30. Juni 2009 erfolgte die Kündigung des Personalgestellungsvertrages für den Geschäftsführer der RPL durch die SUC Sächsische Umweltschutz Consulting GmbH.

Die Miet- und Leasingverträge der Gesellschaft wurden ebenfalls 2009 beendet. Diese Maßnahme war jedoch nicht ausreichend, um die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft der Ertragssituation anzupassen.

Gesellschaftsrechtlich halten weiterhin die Stadtwerke Halle GmbH 75,1 % und die Fehr Umwelt Ost GmbH 24,9 % der Anteile der Gesellschaft.

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2001 hatte die RPL als Vorhabensträger mit Ausschreibung, Planung und Genehmigungsverfahren zum Bau einer Restabfallbehandlungsanlage begonnen. Aufgrund des nach einem Einspruch ergangenen Beschlusses der Vergabekammer des Regierungspräsidiums Halle hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) den o. g. Beschluss aufgehoben und am 19. Juni 2002 beschlossen, ein europaweites Verhandlungsvergabeverfahren zur Übertragung der Aufgabe der Restabfallbehandlung auf eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft durchzuführen. Die RPL war somit gezwungen, ihre bisher aufgenommenen Aktivitäten abzubrechen, da die RPL in das weitere Vergabeverfahren nicht mehr einbezogen werden sollte. Von der RPL wurden bis zu dieser Entscheidung TEUR 1.536 an Bauvorbereitungskosten investiert, von denen letztlich nur TEUR 25 als erbrachte Vorleistungen an den Investor, der den Zuschlag zur Errichtung der Anlage erhalten hat, veräußert werden konnten. Im Geschäftsjahr 2003 wurden somit die verbliebenen und bereits in 2002 wertberichtigten Leistungen ausgebucht.

Im Geschäftsjahr 2007 hat die RPL aufgrund dieses Sachverhalts gegenüber der Stadt Halle (Saale) eine Forderung auf Schadenersatz in Höhe von Mio. EUR 1,5 geltend gemacht, die jedoch durch die Stadt bestritten ist. Die Durchsetzbarkeit dieser Forderung ist nach Ansicht des Rechtsanwalts der RPL vorsichtig zu beurteilen.

Durch die aufgrund der geschilderten Vorgänge angefallenen Kosten ist die RPL auch zum 31. Dezember 2009 weiterhin bilanziell überschuldet. Die Gesellschafter der RPL haben einen unbefristeten Rangrücktritt mit aufschiebend bedingtem Forderungsverzicht für den Fall der Insolvenz in Höhe ihrer zur Finanzierung der Bauvorbereitungskosten an die RPL ausgereichten Darlehen zuzüglich Zinsen (zum 31. Dezember 2009 insgesamt TEUR 2.014) ausgesprochen.

Eine Rückzahlung dieser Darlehen und der aufgelaufenen Zinsen ist aus heutiger Sicht allenfalls zu einem geringen Teil möglich.

Zum 31. Dezember 2009 wurde der Vertrag zur Entsorgung von Rechengut (Umsatz 2009: TEUR 20) mit Zustimmung der HWS an die C.A.R.E. Biogas GmbH übertragen.

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde durch die Gesellschafter ein Wirtschaftsplan ohne operatives Geschäft beschlossen und vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) zur Kenntnis genommen.

Beschlüsse des Aufsichtsrates der SWH und der Gesellschafter der RPL über eine Liquidation der Gesellschaft oder aber die Aufnahme neuer Betätigungsfelder wurden bislang nicht gefasst.

SASKIA Informations-Systeme GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: An den Teichen 5
09224 Chemnitz

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
GISA GmbH	230	90,00
Zweckverband KISA - Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von IT-Dienstleistungen speziell für den Kundenbereich der öffentlichen Verwaltungen und Behörden. Dies wird durch die eigene Produktlinie für den öffentlichen Sektor unterstützt. Zu weiteren Dienstleistungen zählen der Betrieb eines Rechenzentrums, Personalabrechnung, Drucken und Kuvertieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck wird durch die Stellung als IT-Dienstleister speziell für Kunden aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung mit speziellen Softwareanwendungen für Stadt- und Landkreisverwaltungen sowie Behörden begründet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fochtmann, Gerd
Kielhorn, Uwe (seit 01.02.2009)
Schmeling, Martin

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
100	10	116	12	132	17	-16	-13
937	89	834	87	627	82	103	12
11	1	11	1	10	1	1	8

Bilanzsumme

1.048	100	960	100	768	100	88	9

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
577	55	521	54	524	68	56	11
265	25	178	19	98	13	87	49
188	18	222	23	127	17	-34	-15
19	2	39	4	19	2	-21	-53

Bilanzsumme

1.048	100	960	100	768	100	88	9

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
4.108	4.078	3.218
106	80	174
884	1.187	729
2.153	1.905	1.539
57	51	51
894	878	915
12	20	25
		0
238	157	183
75	50	73
163	107	110
163	107	110

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,97	2,62	3,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	39,35	25,77	26,59	%
Cash-Flow:	220	158	161	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	75	85	75	T€
Personalaufwandsquote:	51,08	45,82	45,37	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,38	9,96	14,82	%
Eigenkapitalquote:	55,05	54,26	68,22	%
Fremdkapitalquote:	44,95	45,74	31,78	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. *Darstellung des Geschäftsverlaufes*

1. **Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft**

Der rechtliche Zwang, in den nächsten Jahren zu den Verfahren der Doppik zu wechseln, die EU-Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen und die zunehmend serviceorientierte Ausrichtung der Kommunen in Richtung ihrer Bürger und Unternehmen sind Wachstumsfaktoren der Branche. Dabei sorgen in den letzten Jahren insbesondere starke Veränderungen des Rechtsrahmens und die dementsprechende Weiterentwicklung von Produkten für dynamische Entwicklungen. Hemmend wirkte nach wie vor der chronische Mangel an Finanzmitteln in den Haushalten der Kommunen. Negative Auswirkungen der Finanzkrise waren und sind für SASKIA nicht spürbar, aber für die Folgejahre nicht absehbar.

2. **Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung**

Die SASKIA konnte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.108 (Vorjahr T€ 4.078) verzeichnen. Da im Vergleich zum Vorjahr der ergebnisneutrale Umsatz der Handelsware aus der Softwareumstellung des Standesamtswesens mit der KISA weggefallen ist, hat die SASKIA eine Umsatzsteigerung von ca. 425 T€ im Geschäftsjahr zu verzeichnen.

Die Umsätze wurden im Wesentlichen durch Projekte, Schulung und Beratung, Handelsware, durch Wartungsverträge, Rechenzentrumsleistungen und durch Verkauf eigener Software realisiert, wobei in einigen Bereichen eine deutliche Steigerung zu verzeichnen war. Positiv wirkte sich in 2009 die vertiefte Zusammenarbeit mit der KISA, insbesondere bei den Wartungsverträgen im Finanzwesen und im Gewerbewesen, aus. Die Projekte im Rahmen der Landkreisreform, Neuverträge für Dienstleistungen im Rechenzentrum sowie stark gestiegene Schulungsleistungen führten ebenfalls zu einer positiven Umsatzentwicklung. Des Weiteren wurden im laufenden Geschäftsjahr die Dienstleistungspreise um ca. 10% erhöht, was sich insbesondere im Bereich Personalabrechnung und bei Neugeschäften im DL-Segment auswirkte.

Der Schwerpunkt der Entwicklungstätigkeit in 2009 lag in der stark angestiegenen Anpassung der Fachverfahren an die rechtlichen Rahmenbedingungen, den Vorgaben im Rahmen der SAKD - Zertifizierung und insbesondere der Weiterentwicklung und Verbesserung der Programme. In den übrigen Bereichen lagen die Umsätze weitgehend auf Vorjahresniveau.

3. **Finanzierungsmaßnahmen**

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die für die Investitionen notwendigen finanziellen Mittel sind durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet worden.

4. **Personal- und Sozialbereich**

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 56 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2009 waren es 61. Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 2.153 und ist gegenüber dem Vorjahr (Geschäftsjahr 2008 T€ 1.905) gestiegen. Dies ist vorrangig durch die höhere Mitarbeiteranzahl bedingt, die sich einerseits durch die Stärkung im Finanzteam und andererseits durch den Ausbau des gemeinsamen Vertriebes mit der KISA ergibt. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einzelvertraglichen Regelungen. Der seit Jahren bestehende Fachkräftemangel führt ebenfalls zu einer Erhöhung der Personalkosten. Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften.

5. **Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Eines der zentralen Themen im Geschäftsjahr war erneut die Weiterentwicklung des Finanzverfahrens für die Anforderungen an das doppelische Finanzwesen. Projekte zur Doppikbegleitung, Doppikeinführung (Software) und doppelische Jahresabschlüsse wurden bei den autonomen Kunden verstärkt begleitet. Besonders bedeutsam für die künftige Entwicklung der SASKIA war die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der KISA. So konnte in 2009 bereits der größte Teil der über 230 Rechenzentrumskunden der KISA schrittweise zuerst auf das gemeinsame kamerale oder auch schon auf das doppelische Finanzverfahren umgestellt werden. Ein ebenfalls sehr umsatzbeeinflussender Schwerpunkt in 2009 war, wie bereits im Vorjahr, die aus der Landkreisreform resultierenden Projekte für die unterschiedlichen Fachanwendungen im Rahmen der Landkreiszusammenführungen. Die Projekte beinhalteten einerseits die Datenmigration und andererseits die Harmonisierung der verschiedenen Fachverfahren. SASKIA konnte im Bereich Finanzsoftware seinen Anteil von ca. 40% der bestehenden Landkreise auch in den neuen Strukturen aufrechterhalten. Die Projekte und Schulungen sowie die Vorbereitungen zum Übergang auf die Doppik werden auch in den Folgejahren fortgeführt.

Neben den Aktivitäten im Finanzwesen war die Umstellung der KISA-Anwender auf das neue Gewerbeverfahren ein weiterer Schwerpunkt von SASKIA in 2009. Ca. 80% der bestehenden Kunden konnten auf das neue Verfahren umgestellt werden. Die restlichen Umstellungen der KISA-Kunden erfolgen voraussichtlich in 2010.

In 2009 wurde im Finanzverfahren für das Modul „Veranlagung“ die SAKD-Zertifizierung durchgeführt, das Programm entwicklungsseitig angepasst und erfolgreich abgeschlossen. Kurz danach begann im IV. Quartal bereits die SAKD-Zertifizierung für das doppische Finanzverfahren, welches voraussichtlich zur Jahresmitte 2010 abgeschlossen wird. Für weitere Zertifizierungen wurde bereits im Vorjahr mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen, so unter anderem für die GoBS (Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme) - Zertifizierung, die voraussichtlich in 2010 weitergeführt wird. Des Weiteren wurde die BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationsverarbeitung) - Testierung, die für die zukünftige Nutzung des KDN (Kommunales Datennetz) die Voraussetzung bildet, durchgeführt. Die genannten Zertifizierungen bilden für die verstärkte Zusammenarbeit mit der KISA und auch für Ausschreibungen eine wichtige Grundlage und sind ein wichtiger Meilenstein in der qualitativen Weiterentwicklung von SASKIA.

6. Organe und Gesellschafter SASKIA / Prüfer Jahresabschluss

Geschäftsführer der SASKIA Informations-Systeme GmbH sind:

Herr Martin Schmeling,
Herr Gerd Fochtmann,
Herr Uwe Kielhorn (ab 01. Februar 2009).

Gesellschafter der SASKIA:

GISA GmbH, Halle (Saale)	- 90%
KISA, Leipzig	- 10%

Prüfer und Prüforganisation:

Gemäß Gesellschafterbeschluss (05/2009) wurde die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009 beträgt T€ 100 (Vorjahr T€ 116). Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 577 (Vorjahr T€ 521). Dies sind 55 % (Vorjahr 54 %) der Bilanzsumme.

2. Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2009 belaufen sich auf T€ 411 (Vorjahr T€ 478). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 188 (Vorjahr T€ 222), denen kurzfristige Forderungen von T€ 478 (Vorjahr T€ 312) gegenüberstehen. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Kredite wurden nicht in Anspruch genommen.

3. Ertragslage

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 238 (Vorjahr T€ 157). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 5,8% (Vorjahr 3,8%). Das Jahresergebnis beträgt im Geschäftsjahr T€ 163 (Vorjahr T€ 107). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 4,0% (Vorjahr 2,6%). Zur Erläuterung der Renditekennziffern verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Abschnitt A.

In den folgenden Jahren wird bei wachsenden Umsätzen eine positive Unternehmensentwicklung erwartet.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zielstellung für die SASKIA ist, die Weiterentwicklung der Gesellschaft u.a. auch durch das Umfeld der Gesellschafter positiv zu beeinflussen. Die verstärkte Zusammenarbeit mit der KISA und die gemeinsame Entwicklung im Finanz- und Gewerbesystem wurde und wird durch die gemeinsamen Projektgruppen und die gemeinsamen Entwicklungsteams vorangetrieben. Die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der KISA - Zusammenarbeit spiegelt sich in der Umsatz- und Ergebnisentwicklung dieses Geschäftsjahres deutlich wider.

Für 2010 ff. ist insbesondere der Ausbau der gemeinsamen vertrieblichen Aktivitäten geplant, wofür in 2009 bereits im Rahmen eines Vertriebskonzeptes die ersten Grundlagen geschaffen wurden. Die gemeinsamen Vertriebspotenziale werden künftig schwerpunktmäßig in den Bundesländern Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt gesehen. Im Rahmen der Vertriebsinvestitionen muss gewährleistet werden, dass diese mit einem entsprechenden Umsatz- und Ergebniswachstum einhergehen. Des Weiteren will SASKIA in enger Zusammenarbeit mit KISA und den Kunden innovative Erweiterungen vornehmen, die die Attraktivität der Produkte und damit die Kundenbindung und die Chancen der Neukundenakquise erhöht.

Neben den allgemeinen Marktrisiken birgt die in Deutschland zurzeit bestehende Finanzkrise für SASKIA keine erkennbaren Risiken, wobei eventuelle Auswirkungen erst zeitversetzt bei den öffentlichen Verwaltungen wirken. Im Rahmen der durchgeführten Personalerweiterungen wurde deutlich, dass der Fachkräftemangel im IT-Bereich zukünftig besonders im Rahmen der Personalplanung und -bindung beachtet werden muss. Des Weiteren hat sich auch in 2009 der Trend fortgesetzt, dass die Aufwendungen für die Anpassung der Software an geänderte gesetzliche Bedingungen und der generelle Umstieg von Papierform auf elektronische Vorgänge weiter stark ansteigen. Dies birgt einerseits die Chance auf die Entwicklung und den Verkauf neuer Module innerhalb der Fachverfahren, wie z.B. im Rahmen der EU-DLR oder auch im Einwohnerfachverfahren, andererseits muss beobachtet werden, inwiefern der prozentuale Pflege- und Wartungsanteil noch ausreicht, um die darin enthaltenen Rechtsanpassungen in der Software umzusetzen. Ein aus derzeitiger Sicht mittelfristig notwendiger Technologieumstieg in der Entwicklungsumgebung birgt neben der Investition das Risiko einer längeren Entwicklungspause. Ungeachtet dessen erhöht dieser Umstieg auch die Modernität der Produkte und damit die Kundenbindung und die Chance für Neukundengewinnung.

D. *Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB*

Bisher nicht aufgeführte Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 Vorsitzender)	stellv.
		Böcker, Udo		
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)	
		Gärtner, Steffen		
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)	
		Junghans, Torsten		
		Kley, Gerry		
		Kocian, Burkhard		
		Krause, Johannes		
		Lange, Hendrik		
		Mahlert, Eckert	(seit 21.09.2009)	

Aufsichtsrat:

Müller, Raik	(seit 21.09.2009)
Nagel, Elisabeth	(seit 21.09.2009)
Nebelung, Barbara	(bis 21.09.2009)
Richter, Ulrich	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Wehrich, Dietmar	
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
594	100	593	100	487	100	1	0

Bilanzsumme

594	100	593	100	487	100	1	0

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
25	4	25	4	25	5	0	0
6	1	6	1	6	1	-0	-5
564	95	562	95	457	94	1	0

Bilanzsumme

594	100	593	100	487	100	1	0

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
3.138	2.988	2.857
0	0	0
1.907	1.756	1.673
7	7	7
1.209	1.217	1.171
1	9	12
16	17	17
2	2	2
14	15	15
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,44	0,50	0,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	56,13	60,46	60,65	%
Cash-Flow:	14	15	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,23	0,23	0,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	4,13	4,14	5,04	%
Fremdkapitalquote:	95,87	95,86	94,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
behandeltes Mischwasser	19,10	18,90	19,60	Mio. m³
Klärgas	2,30	2,30	2,44	Mio. m³
Klärschlamm	17.791,00	18.900,00	17.663,00	t
Stromerzeugung	4,74	4,93	4,82	Mio. kWh

e) Lagebericht

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch.

Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag Personal der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden. Der Betriebsdienst wird von der HWS ordnungsgemäß durchgeführt.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es im Geschäftsjahr 2009 nicht.

Im Jahr 2009 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 19,11 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2008 = 18,93 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 42.343 m³/d (2008 = 43.457 m³/d).

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr sinkend. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall an. Durch den Rückgang der Einwohnerzahl und des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle wird sich dieser Trend weiter fortsetzen.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 98 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus einigen Gemeinden des Saalekreises weiter erhöhen.

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern.

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich den gesamten Anfall an Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2009 wurden 118.290 m³ Sickerwasser (2008 = 129.535 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im gesamten Jahr stabil eingehalten. Es kam zu keiner Überschreitung der vorgegebenen Überwachungswerte.

Im Jahr 2009 wurden 40,2 t Rechengut und 530,1 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 17.791 t Klärschlamm an, die durch die SUC Abfallbehandlung Döllnitz entsorgt wurden.

Der Klärschlamm wurde zum Teil verbrannt bzw. in Kompostierungsanlagen weiter verarbeitet. Dieser Entsorgungsweg kann auch in den kommenden Jahren weiter genutzt werden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall = 2,25 Mio. m³) wurden im Jahr 2009 in den Blockheizkraftwerken ca. 4,74 Mio. kWh Strom erzeugt (2008 = 4,93 Mio. kWh Strom).

Insgesamt wurden im Jahr 2009 ca. 50 % (Vj.: 52 %) des Gesamtstromverbrauchs der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2009 betrug diese Menge 23.074 m³ (2008 = 27.040 m³).

In der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der Kläranlage Halle-Nord gab es im Jahr 2009 keine Probleme.

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2009 ordnungsgemäß erfüllt. Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

Der bestätigte Wirtschaftsplan von 2009 wurde eingehalten. Es wurde ein positives Ergebnis erzielt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Gas-, Fernwärme- und Wasserwirtschaft.

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

Zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gibt es keine Veränderung.

Der Jahresabschluss 2010 wird in ähnlicher Höhe wie im Jahr 2009 erwartet.

WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	153	60,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Winter, Thomas

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 29.10.2009)
	Vorsitzender	Misch, Werner	(seit 21.09.2009, seit 29.10.2009 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(seit 29.10.2009 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009)
		Böcker, Udo	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
		Gärtner, Steffen	(bis 21.09.2009)
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)
		Hildebrandt, Roland	(seit 21.09.2009)
		Kocian, Burkhard	(bis 21.09.2009)
		Krause, Johannes	
		Lange, Hendrik	(bis 21.09.2009)
		Nebelung, Barbara	

Aufsichtsrat:

Neumann, Wolfram	(seit 29.10.2009)
Philipp, Lothar	
Raab, Katja	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Sieber, Olaf	(seit 21.09.2009)
Wehrich, Dietmar	(bis 21.09.2009)
Weiland, Mathias	(seit 21.09.2009)
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

Handlungsbevollmächtigter:

Günther, Peter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1	0	2	0	2	0	-1	-48
805	99	812	99	848	99	-6	-1
6	1	6	1	6	1	0	0

Bilanzsumme

812	100	819	100	857	100	-7	-1

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
701	86	692	84	634	74	9	1
86	11	104	13	195	23	-18	-17
25	3	24	3	28	3	1	5

Bilanzsumme

812	100	819	100	857	100	-7	-1

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	297	318	342
sonstige betriebliche Erträge	46	155	16
Materialaufwand	151	145	171
Personalaufwand	26	28	30
Abschreibungen	1	1	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	79	132	61
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	27	29
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	82	193	123
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23	70	58
sonstige Steuern		0	-0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	59	123	65
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	59	123	65

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	19,93	38,77	19,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,23	21,70	11,47	%
Cash-Flow:	60	124	67	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	172	236	179	T€
Personalaufwandsquote:	7,57	6,03	8,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,11	0,20	0,29	%
Eigenkapitalquote:	86,34	84,45	73,97	%
Fremdkapitalquote:	13,66	15,55	26,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.645,00	3.816,00	4.112,00	Mg

e) Lagebericht

1. Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Die Bereitschaft der Deutschen, ihren Abfall zu trennen, damit das Material wiederverwertet werden kann, ist ungebrochen. In Deutschlands privaten Haushalten sowie in Gewerbebetrieben hält sich die eingesammelte Tonnage an Verpackungsabfall auf konstant hohem Niveau. Die Recyclingquote von Glas liegt bei rund 80 Prozent. Mit derartig optimistischem Hintergrund stellt sich die Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH (WER Halle GmbH) als Partner des dualen Systems in der Stadt Halle (Saale) für die Sammlung von Getrenntglas dem Wettbewerb.

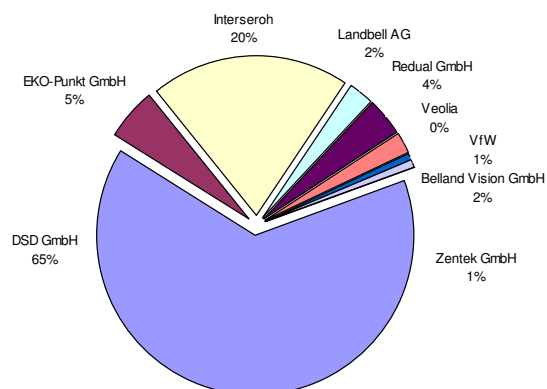
Getrübt wird diese allgemeine Marktlage durch den zunehmenden Rückgang der lizenzierten Mengen, so dass die Gesellschaft die Diskussion der Systembetreiber untereinander, als Auswirkung der Unstimmigkeiten mit den Lizenznehmern, in zunehmendem Maße zu spüren bekommt. Im Berichtszeitraum musste eine den Verträgen entsprechende Umsatzanpassung hingenommen werden.

Der Gesellschafter Stadtwirtschaft GmbH Halle - mit der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH zur umfirmierten Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH fusioniert - bleibt weiterhin mit sechzig Prozent am Unternehmen beteiligt.

2. Veränderungen in der Gesellschaft

Seit dem 1. Januar 2007 ist die WER Halle GmbH auf die Einsammlung und den Transport von Getrenntglas im Stadtgebiet Halle spezialisiert. Für die nunmehr neun Partner des dualen Systems in Sachsen-Anhalt der DSD GmbH, der EKO-Punkt GmbH, der Landbell AG, der ISD Interseeroh Dienstleistungs GmbH, der Belland Vision GmbH, der Redual GmbH, der Zentek GmbH, der VfW und der Veolia war die Gesellschaft mit der korrekten Umsetzung der Leistungsverträge beschäftigt.

Vertragspartner	Input [Mg/a]
DSD GmbH	2.351,74
EKO-Punkt GmbH	187,41
Interseeroh	743,83
Landbell AG	85,39
Redual GmbH	146,16
Belland Vision GmbH	83,23
Zentek GmbH	19,31
VfW	26,09
Veolia	1,78
Sammelleistung 2009	3.644,95



Im Vertragsgebiet Halle wurden im Geschäftsjahr 2009 3.645 Mg Glas eingesammelt. Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger, um eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. So sind im Jahr 2009 zwei weitere Standplätze im Stadtgebiet entstanden und die Gesamtzahl auf 314 Standplätze gestiegen.

Über die durch das Duale System ausgeschriebene Sammelleistung hinaus konnte die WER Halle GmbH zusätzlich Transportleistungen aus dem Sammelgebiet zu den Verwertungsanlagen akquirieren. Dabei übernimmt die Gesellschaft im Auftrag des Glasverwerfers ALBA Wertstoffmanagement GmbH & Co. KG die Logistik zur Glasaufbereitungsanlage nach Velten in Brandenburg und im Auftrag des Glasverwerfers Rhenus GmbH die Frachten nach Bennstedt in Sachsen-Anhalt.

Die bewährte Vergabe der operativen Tätigkeiten wurde im Berichtsjahr 2009 fortgesetzt und die Subunternehmer Stadtwirtschaft GmbH Halle (ab 21. September 2009: Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH) für die Sammelleistungen bzw. die Transportleistungen zum Verwerter Rhenus GmbH und die Fehr Umwelt Ost GmbH für die Transportleistungen zur Verwertungsanlage der ALBA Wertstoffmanagement GmbH & Co. KG gebunden.

3. Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Die Leistungen der Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH basieren auf Ausschreibungen, welche das Duale System für einen Drei-Jahreszeitraum vergibt. Der Vertragszeitraum für das Sammelgebiet Halle und die umliegenden Gebietskörperschaften umfasste die Jahre 2007 bis 2009, so dass der Entwicklung neuer Geschäftspotentiale in diesem Zeitraum Grenzen gesetzt sind. Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge und der Implementierung der zusätzlichen Systembetreiber.

Bestätigt wurde das konkurrenzfähige Niveau der Gesellschaft durch die erneute Vergabe der Sammelleistungen ab 1. Januar 2010 für das Gebiet Halle (Saale). Im beworbenen Saalekreis konnte die Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH nicht das günstigste Angebot abgeben, sodass die angestrebte regionale Ausweitung der Geschäftstätigkeit verfehlt wurde. Mit dem Basisvertrag der DSD GmbH und den weiteren Systembetreibern konnte die Geschäftstätigkeit für die Jahre 2010 bis 2013 gesichert werden.

Investitionen sind auch mittelfristig nicht geplant.

Zertifizierung

Die jährliche externe Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde im Februar erfolgreich durchgeführt. Am 19. Februar 2009 stellte sich die WER Halle GmbH der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland, um somit ihren hohen Qualitätsanspruch zu beweisen und sich gleichfalls für die Fortentwicklung der Gesellschaft zu rüsten.

Risikomanagement

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf einem aktuellen Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Wirtschaftliche Lage

Im Geschäftsjahr 2009 erzielte die Gesellschaft eine Gesamtleistung von TEUR 298 und konnte somit die Erwartungen übertreffen. Zum Einen ist für die Sammelleistung die eingeplante Entgeltanpassung der Dualen Systembetreiber geringer ausgefallen und zum Anderen führten zusätzliche Transporte zu den Verwertungsanlagen insgesamt zu einer Umsatzsteigerung gegenüber dem Plan von TEUR 56. Die Fremdleistungen liegen unter dem Planniveau und resultieren somit in einem Deckungsbeitrag der Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH in Höhe von TEUR 147, welcher TEUR 26 über dem Plan liegt.

Die Fixkosten für das Geschäftsjahr 2009 setzen sich aus TEUR 26 Personalkosten, TEUR 1 Abschreibungen und TEUR 79 sonstigem betrieblichen Aufwand zusammen. Die Überschreitung des Planes ist in den externen Beratungsleistungen begründet.

Dennoch fiel das positive Betriebsergebnis mit TEUR 41 gegenüber dem Plan (TEUR 32) um fast 30 % höher aus.

Im Zinsergebnis der Gesellschaft spiegelt sich die allgemeine Wirtschaftskrise wider. Aufgrund der niedrigen Basiszinssätze konnte die weiterhin hohe Liquidität, zum Bilanzstichtag TEUR 720, nicht die erwarteten Zinserträge liefern. Das neutrale Ergebnis ist in der Auflösung von Rückstellungen begründet.

Sowohl im Zinsaufwand als auch in der Position Steuern vom Einkommen und vom Ertrag weist die Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH überplanmäßige Aufwendungen aus. Diese resultieren aus der Betriebsprüfung des Finanzamtes für die Jahre 2003 bis 2006.

Zum 31. Dezember 2009 lag die Beschäftigung in der Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH bei 0,3 Vollzeitbeschäftigteneinheiten, welche gegenüber dem Plan von 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten eine minimale Abweichung darstellt. Im vierten Quartal 2009 beschäftigte die Gesellschaft eine weitere Mitarbeiterin auf Minijob-Basis, um sich auf den neuen Vertragszeitraum einzustellen.

Branchen- und Unternehmensausblick

Ab 2009 war eine überarbeitete Verpackungsverordnung geplant, doch leider konnte das Ziel der Wettbewerbsgleichheit für alle Marktteilnehmer nicht allumfassend umgesetzt werden. Dem gesamten dualen System sollte eine breite Marktbasis definiert und den sogenannten Trittbrettfahrern die Grundlage entzogen werden. Bislang lassen sich aus dem Blickwinkel der Gesellschaft nur umfangreichere Regelungen zur Dokumentation der Leistungserbringung, Mehraufwand bei der Mengenzustimmung und zunehmende Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den Leistungspartnern erkennen. Für das Jahr 2010 erwarten wir die konsequentere Umsetzung der Novelle der Verpackungsverordnung und zielen mit der von uns getragenen Verbandsarbeit auf die Verlagerung des Disputes auf die betreffende Lizenznehmerseite.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird die Gesellschaft sich an den neu abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für die Sammlung der Glasfraktion im Stadtgebiet Halle orientieren. Dabei werden eventuell zusätzlich lizenzierte Systembetreiber für Sachsen-Anhalt in die bestehende Struktur eingegliedert und entsprechend ihrer tatsächlichen Mengenanteile mit Glasfraktionen bedient. Für das Sammelgebiet Halle (Saale) ergaben sich mit der Neuausschreibung geänderte Verwertungspartnerschaften, sodass die Leistungen für Transporte zum Verwerter neu ausgehandelt werden müssen. Nach einer Beruhigungs- bzw. Konsolidierungsphase der Stoffströme hofft das Unternehmen, erneut Leistungen akquirieren zu können.

Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Für das Geschäftsjahr 2010 plant die Wertstofffassung Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 1.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liebenauer Straße 130
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Gaudig, Lutz

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 29.10.2009)
	Vorsitzender	Misch, Werner	(seit 21.09.2009, seit 29.10.2009 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009)
		Böcker, Udo	
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
		Gärtner, Steffen	(bis 21.09.2009)
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)
		Hildebrandt, Roland	(seit 21.09.2009)
		Kocian, Burkhard	(bis 21.09.2009)
		Krause, Johannes	
		Lange, Hendrik	(bis 21.09.2009)
		Nebelung, Barbara	
	Neumann, Wolfram	(seit 29.10.2009)	
	Philipp, Lothar		

Aufsichtsrat:

Raab, Katja	(seit 21.09.2009)
Scholze, Friedemann	(bis 21.09.2009)
Sieber, Olaf	(seit 21.09.2009)
Weihrich, Dietmar	(bis 21.09.2009)
Weiland, Mathias	(seit 21.09.2009)
Zrout, Lutz	(bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
222	25	218	23	229	21	3	1
654	73	699	74	840	76	-45	-6
26	3	29	3	31	3	-3	-9

Bilanzsumme

902	100	946	100	1.100	100	-44	-5

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
225	25	225	24	225	20	0	0
192	21	195	21	263	24	-2	-1
485	54	527	56	612	56	-42	-8

Bilanzsumme

902	100	946	100	1.100	100	-44	-5

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.811	3.651	3.597
sonstige betriebliche Erträge	102	113	103
Materialaufwand	1.191	1.197	1.082
Personalaufwand	2.001	1.838	1.851
Abschreibungen	56	61	76
sonstige betriebliche Aufwendungen	329	331	316
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	7	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0		2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	336	343	382
außerordentliche Aufwendungen		0	0
außerordentliches Ergebnis		-0	-0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-2
sonstige Steuern	7	8	7
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	329	336	377
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,64	9,20	10,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	146,59	149,50	167,69	%
Cash-Flow:	385	396	453	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	71	66	65	T€
Personalaufwandsquote:	51,14	48,83	50,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	24,58	23,09	20,81	%
Eigenkapitalquote:	24,91	23,74	20,42	%
Fremdkapitalquote:	75,09	76,26	79,58	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	10.150,00	9.980,00	9.964,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	10.700,00	11.000,00	14.000,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	1.140,00	1.020,00	1.000,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	8.450,00	8.500,00	7.300,00	Anzahl

e) Lagebericht

1 Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit dem Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet.

Sie ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS, vormals Hallesche Wasser und Abwasser GmbH (HWA)) und nahm am 1. Januar 1999 ihre operative Tätigkeit mit einem Meister und 9 gewerblichen Mitarbeitern der ehemaligen Zählerwerkstatt der HWA auf. Am 1. Juli 2000 stellte die W + H 15 ehemalige Mitarbeiter der Energie- und Haustechnik GmbH ein. Entsprechend einer Vereinbarung vom 1. Dezember 2003 wurden beginnend mit dem 1. Dezember 2003 stufenweise 14 Mitarbeiter der HWA übernommen. Am 1. Dezember 2003 und am 1. März 2004 übernahm die W + H jeweils 6 Mitarbeiter der HWA.

Der Sitz der Gesellschaft ist: Liebenauer Str. 130
06110 Halle/S.

Niederlassungen: Lange Str. 17
06110 Halle/S.

Harzgeroder Str. 57
06124 Halle/S.

Kaiserslauterner Str.
06132 Halle/S.

Gegenstand: Beschaffung, Eichung und Prüfung sowie Installation und Wechsel von Haus- und Wohnungswasserzählern. Die Gesellschaft kann ferner Wasserzählerdaten erfassen, aufbereiten und an den Wasserversorger übermitteln. Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparaturen von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Die HWS (vormals HWA) und die W + H haben mit Wirkung vom 1. Januar 2000 für einen Zeitraum von fünf Jahren einen Rahmenvertrag über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS (vormals HWA) abgeschlossen. Der Rahmenvertrag wurde in 2003 neu gefasst. Mit Datum vom 20. Dezember 2005 wurde einer Verlängerung des Rahmenvertrages bis zum 31. Dezember 2011 zugestimmt.

Entsprechend der Vereinbarung vom 25. Juni/4. Juli 2003 zwischen der HWS (vormals HWA) und der W + H wurden die mit der Bewirtschaftung der Standrohre verbundenen Geschäftsaktivitäten ab 1. Juli 2003 auf unbestimmte Zeit von der HWS (vormals HWA) auf die W + H übertragen.

Im Geschäftsjahr 2000 wurde mit der EVH ein Rahmenvertrag (Laufzeit sechs Jahre) über den Turnuswechsel von Gas- und Wärmemengenzählern im Netzgebiet von Halle und die Durchführung von Reparaturarbeiten im Rahmen des Turnuswechsels abgeschlossen. Dieser Vertrag endete am 31. Dezember 2006 und wurde nicht verlängert. Zur Kompensierung des verlorengegangenen Auftragsvolumens wurden die Geschäftsaktivitäten im Bereich Fernwärmeservice ausgeweitet.

Gemäß dem am 11. Dezember 2003 zwischen HWS (vormals HWA) und W + H unterzeichneten Rahmenvertrag erstellt die W + H für die HWS (vormals HWA) ab 1. Januar 2004 auch Trinkwasserhausanschlüsse.

Zwischen der W + H und der HWS (vormals HWA) besteht seit dem 1. Januar 1999 auf unbestimmte Zeit ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische Betriebsführung der W + H. Dieser Vertrag wurde in 2003 neu gefasst.

Seit dem 13. Oktober 2006 ist die W + H als DVGW Fachunternehmen Gruppe W3:pe Wasserleitungen zertifiziert.

Am 8. April 1999 erfolgte die Eintragung in die Handwerksrolle als Installateur und Heizungsbauer. Dadurch ist das Unternehmen in die Lage versetzt worden, seine Leistungen auch gegenüber Drittkunden als Fachbetrieb anzubieten.

Die Geschäftsfelder der W + H Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale) sowie die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH und einer Reihe von Wohnungsunternehmen wurden erfolgreich in das Unternehmen integriert.

Aufgrund der zunächst einseitigen Produktausrichtung der W + H auf die HWS (vormals HWA) war der wirtschaftliche Bestand der W + H entscheidend von der Zahlungsfähigkeit der HWS (vormals HWA) abhängig. Mit Aufnahme der oben erwähnten neuen Geschäftsfelder konnte die W + H ihren Kundenkreis erweitern. Damit wurde das Risiko des nicht Fortbestehens der Gesellschaft reduziert.

Das Risikomanagement der W + H ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert.

2 Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2009

- Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS (49.077 Stück)
ca. 8.450 Stück turnusmäßiger Zählerwechsel
ca. 1.140 Stück operative Zählerwechsel
- Regenerierung von Großwasserzählern
Qn 15 - Qn 150
(94 Stück)
- Bewirtschaftung des Standrohrbestandes der HWS
- Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60 für die HWS
(10.150 Stück)
- Befundprüfung von Wasserzählern
(126 Stück)
- Installationsleistungen Wasser für Drittkunden (Kundenanlagen)
- Jahresstichtagsablesung von ca. 10.700 Zählern November/Dezember für die HWS
- Bewirtschaftung von ca. 5.360 Stück Zählern für Abwassergebührenminderung der HWS
- Sammelkanal Bewirtschaftung
- Fernwärmeservice Neubau (26 HAST, 14 Übergabestellen, 1 HAST-Anschluss, 7 WÜST-Umbau, Primäranschluss 2, WWZ 13, Heizungs-Umbau 3)
- Fernwärmeservice Bewirtschaftung (674 HAST)
- Installationsleistungen Warmwasser/Heizung für Drittkunden (Kundenanlagen)
- Errichtung von Hausanschlüssen Wasser sowie Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze im Auftrag der HWS.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 2009 resultiert vor allem aus den Mehrerlösen im Bereich Haustechnik.

Gegenüber 2008 sind die Umsatzerlöse um TEUR 159 auf TEUR 3.810 gestiegen.

Die Umsatzerlöse mit Dritten betrugen TEUR 1.468 und lagen somit deutlich über dem Vorjahresniveau (TEUR 1.304).

Trotz gestiegener Umsatzerlöse (+4,4 %) ist der Materialaufwand nahezu konstant geblieben. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer Verschiebung innerhalb der Umsatzerlöse von materialintensiven Sparten hin zu Sparten mit niedrigerem Materialeinsatz.

Investitionen

In 2009 wurden Investitionen (insgesamt TEUR 59) vor allem in mobile Technik getätigt.

Finanzlage der Gesellschaft

Im Jahr 2009 konnte ein Jahresergebnis von TEUR 329 erwirtschaftet werden. Dieses Ergebnis wird in voller Höhe an die HWS abgeführt.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 355 (Vj.: TEUR 459). Der kurzfristige Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva - kurzfristige Schulden) ist unverändert zum Vorjahr mit TEUR -5 nahezu ausgeglichen.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Personal

Tarifsteigerungen von 5 % waren zum 1. Januar 2009 zu verzeichnen.

3 Nachtrags- und Prognosebericht

Das positive Jahresergebnis 2009 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der W + H im Jahr 2009 erfolgreich war.

Um die positive Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2010 und in den folgenden Jahren fortzusetzen, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und auf dem Markt expandieren. Dafür sollen die Aktivitäten im Bereich Haustechnik weiter verstärkt werden.

Zur Stabilisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft trägt weiterhin der im Dezember 2005 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS (vormals HWA) und der W + H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS bei. Das Ende der Vertragslaufzeit wurde auf den 31. Dezember 2011 festgesetzt. Zurzeit laufen weitere Verhandlungen mit dem Ziel, für städtische und andere Rechtsträger Dienstleistungen zu übernehmen.

Um die bis zum heutigen Zeitpunkt entwickelte Leistungsfähigkeit der Gesellschaft weiter zu verbessern und sich weiterhin am Markt zu behaupten, wurde der am 11. November 1999 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der W + H und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste - Transport und Verkehr - Kreisverwaltung Halle/S. abgeschlossene Tarifvertrag mit den wesentlichen Bestandteilen der leistungsbezogenen Entlohnung (80 % bis 110 %), flexibler Arbeitszeitregelung sowie einer Jahressonderzahlung für jeden Mitarbeiter in Höhe bis zu 4 % des Bruttojahresdurchschnittsverdienstes bei Übererfüllung der Planvorgaben geändert. Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde mit der Ver.di ein neuer Tarifvertrag geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt gilt eine einheitliche Vergütungstabelle ohne automatische Steigerungsmöglichkeiten aufgrund der Betriebszugehörigkeit sowie eine geänderte leistungsbezogene Entlohnung (80 % bis 115 %). Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 trat ein neuer Änderungsvertrag mit Ver.di in Kraft, der eine Tarifsteigerung von 5 % für 2009 und 2,7 % für 2010 vorsieht und eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2010 hat.

Für das Jahr 2010 wird ein Jahresergebnis etwa wie in 2009 erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

4 Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor.

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Verkehrslandeplatz
06188 Oppin

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Gemeinde Brachstedt	6	0,60
Gemeinde Oppin	14	1,40
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Halle (Saale)	411	41,10

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Scherbel, Renate

Aufsichtsrat: stellv. Vorsitzender

Dr. Pohlack, Thomas	
Bauersfeld, Martin	
Bichoel, Knut	
Däumler, Lutz	(bis 04.08.2009)
Eigenwillig, Steffen	
Kleine, Gabriele	
Krause, Hans-Jürgen	(seit 26.08.2009)
Müller, Klaus	(bis 30.06.2009)
Müller, Peter	
Nölle, Ludger	
Sitte, Hugo	(seit 05.08.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.070	94	2.136	94	2.197	91	-66	-3
130	6	129	6	197	8	1	1
1	0	1	0	12	0	0	35

Bilanzsumme

2.201	100	2.266	100	2.406	100	-65	-3

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Sonderposten aus öffentlicher Förderung
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
214	10	119	5	46	2	95	80
711	32	764	34	827	34	-52	-7
194	9	196	9	183	8	-2	-1
18	1	17	1	37	2	2	9
1.061	48	1.168	52	1.311	54	-107	-9
3	0	2	0	3	0	1	48

Bilanzsumme

2.201	100	2.266	100	2.406	100	-65	-3

bb) GuV

Umsatzerlöse
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
567	564	513
10		25
114	152	148
247	250	239
110	106	94
183	225	220
2		0
53	56	54
101	79	80
6	6	6
95	73	74
95	73	74

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,70	12,99	14,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	79,56	160,30	-262,23	%
Cash-Flow:	204	179	168	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	102	98	T€
Personalaufwandsquote:	35,75	34,92	34,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,97	94,17	91,17	%
Eigenkapitalquote:	9,70	5,25	1,90	%
Fremdkapitalquote:	90,30	94,75	98,10	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	3,44	3,71	3,59	EUR
Flugbewegungen	26.898,00	24.789,00	24.777,00	Anzahl
Kraftstoffverkauf	669.000,00	688.000,00	658.988,00	Liter

e) Lagebericht

1. *Geschäftsverlauf*

Die Allgemeine Luftfahrt (General Aviation) mit einem nicht unbedeutenden Aufkommen an Geschäftsflügen hat einen bedeutenden Anteil am deutschen und europäischen Luftverkehr. Hierzu zählen neben dem zunehmend bedeutsamer werdenden Geschäftsreiseflugverkehr unter anderem die Luftrettung, die Schul- und Trainingsflüge und der Werksflugverkehr. Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen gewinnt die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele künftig an Bedeutung. Somit steigt der Einfluss des Luftverkehrs auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen.

Trotz Wirtschaftskrise und schlechter Prognosen für das Jahr 2009 kann für die Entwicklung der Allgemeinen Luftfahrt am Flugplatz Halle/Oppin insgesamt eine positive Bilanz gezogen werden. Die Monate Januar und Februar 2009 wiesen witterungsbedingt zwar schlechte Flugbewegungszahlen aus, jedoch wurden die Rückstände im Verlauf des Jahres aufgeholt und zum Jahresende rund 2.100 Flugbewegungen mehr erreicht wie im Vorjahr. Dies liegt hauptsächlich in der Zunahme der gewerblichen Schulflüge begründet. Die leicht veränderte Strukturierung des registrierten Luftverkehrs führte zwar ebenfalls zu einer Steigerung der Erlöse aus Landegebühen, diese steht jedoch nicht im gleichen Verhältnis zur Steigerung der Flugbewegungszahlen. Auswirkungen derartiger Strukturveränderungen sind auch im Kraftstoffverkauf zu registrieren. Da u. a. die Zahl der Streckenflüge abgenommen hat, sank der Kraftstoffverkauf um ca. 19.000 l und damit die Provision aus Kraftstoffverkäufen um rund 2.700 Euro. Insofern waren Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch am Flugplatz Halle/Oppin zu spüren.

Die am Flugplatz ansässigen Firmen arbeiten weiter stabil. Bemühungen der Firmen ADAC-Luftfahrttechnik GmbH und Air Lloyd Deutsche Helicopter Flugservice GmbH zum Ausbau ihrer Standorte wurden seitens der Flugplatzgesellschaft unterstützt und mit konkreten Verhandlungen bzw. Vereinbarungen untermauert. Dementsprechend begann Ende Februar 2010 nunmehr die Sanierung des Wartungshallenbereiches der ADAC-Luftfahrttechnik GmbH. Die Gespräche mit der Firma Air Lloyd zum Kauf eines Grundstückes wurden fortgeführt und sollen im Jahr 2010 mit dem Grundstücksverkauf bzw. dem Bau eines Bürotraktes abgeschlossen werden.

Mit diesen Entwicklungen wird für alle beteiligten langfristig eine sichere Basis für die Arbeit am Standort Oppin geschaffen und der Flugplatz gewinnt für den mitteldeutschen Raum weiter an Bedeutung.

2. *Vermögens-, Finanz-, Ertragslage*

Eine wichtige Einnahmequelle war auch im Jahr 2009 die Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien. Auf der Basis lang- und mittelfristiger Verträge sind die vorhandenen Objekte weitestgehend vermietet bzw. verpachtet.

Die für 2009 vorgesehene Schaffung von Bürokapazitäten im Westanbau des Verwaltungsgebäudes wurde realisiert. Der Ausbau erfolgte überwiegend durch die beschäftigten Betriebshandwerker. Die Vermietung konnte ab August 2009 beginnen.

Zunehmend schwieriger gestaltet sich die Vermietung der Wohnungen des Wohnblocks. Ende des Jahres waren 4 Wohnungen frei, davon eine seit April die anderen seit Dezember. Für das Jahr 2010 liegen zwischenzeitlich 4 weitere Kündigungen vor, welche im 2. Quartal wirksam werden. Auf Grund derzeit mangelnder Nachfrage muss davon ausgegangen werden, dass im Jahr 2010 Mietausfälle von ca. 10 T€ eintreten werden.

Die ansässige Gaststätte „Schnitzel-Tower“ arbeitet weiter stabil und bringt dem Flugplatz durch ihren guten Ruf einen regen Kundenzulauf.

Die Energie und vor allem Gaskosten sind im Jahr 2009 stabil auf hohem Niveau geblieben und haben den Haushalt und damit die liquide Situation entsprechend belastet. Die Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter wurden auf Basis der Jahresabrechnung 2009 für das Jahr 2010 angepasst.

Durch die Bereitstellung von Fördermitteln über das Verkehrsministerium Sachsen-Anhalt im Jahr 2009 konnten folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Abriss Fallschirmtrockenturm,
- Bau von 10 Parkplätzen.

Der Umfang dringend erforderlicher Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen ist weiterhin groß und kann nur über die Sicherung stabiler Einnahmen und mit viel Eigenleistung planmäßig abgearbeitet werden.

Die Tilgung der von den Gesellschaftern Stadt Halle und Saalekreis zum 30.09.2008 jeweils in Höhe von 60 T€ gewährten Darlehen verläuft planmäßig. Per 31.12.2009 waren insgesamt rund 42 T€ (von 120 T€) also 35 % getilgt.

Positive Ergebnisse konnten mit Unterstützung der Gesellschafter auch in den Verhandlungen mit dem Abwasser-Zweck-Verband Saalkreis-Ost zum Regenrückhaltebecken erzielt werden. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im Dezember 2009 abgeschlossen. Der notarielle Vertrag ist in Bearbeitung.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass die Entwicklung der Gesellschaft zwar stabil verläuft, jedoch durch hohe Zins- und Tilgungsleistungen, die liquide Situation weiter angespannt ist. Eine Verbesserung der Umsatzerlöse ist deshalb als vordringliche Aufgabe zu sehen.

Strengste Sparsamkeit in den Kosten ist auch weiterhin oberstes Gebot.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Im Jahr 2009 wurden intensive Verhandlungen sowohl zur Belegung der vorhandenen Dächer mit Photovoltaikanlagen - um die Instandsetzung der Dächer zu ermöglichen - als auch zur Belegung möglicher Freiflächen geführt.

Auf der Basis des vorliegenden Angebotes und nach entsprechender Abstimmung der Gesellschafter wurde mit dem Investor der Firma Brandenburger Energiehöfe GmbH zu Beginn des Jahres 2010 ein Nutzungsvertrag zur Belegung der Dächer abgeschlossen. Für die Belegung eventuell möglicher Freiflächen laufen derzeit noch umfangreiche Untersuchungen durch diese Firma.

Seitens des TÜV bestehen Auflagen zur Sanierung der Flächen im Tankstellenbereich. Hier wurde mit der Firma Total eine Übernahme der Gesamtkosten in Höhe von ca. 110 T€ verhandelt. Die Arbeiten werden voraussichtlich im 1. Halbjahr 2010 durchgeführt. Da während der Bauarbeiten die Tankstelle teilweise oder auch ganz geschlossen werden muss, könnten Ausfälle in der Kraftstoffprovision, schätzungsweise bis 5 T€ eintreten.

Die in den vergangenen Jahren hohe Nachfrage nach Hallenabstellplätzen hat sich relativiert, da sich diese potenziellen Kunden zwischenzeitlich anderweitig orientiert haben. Somit wäre ein Hallenbau derzeit nicht realistisch. Perspektivisch sollte bei verbesserter wirtschaftlicher Gesamtsituation der Gesellschaft ein Hallenbau aber durchaus noch einmal in Betracht gezogen werden.

Der Eintritt eines Mitarbeiters der Luftaufsicht ab Februar 2009 in den Ruhestand wurde dazu genutzt die Personalstruktur den Erfordernissen weiter anzupassen und auch die Gesetzlichkeiten der Arbeitszeitregelungen herzustellen. So sind im Bereich Luftaufsicht nun zwei vollbeschäftigte und zwei geringfügig beschäftigte Mitarbeiter tätig. Die mit 30 Stunden wöchentlich beschäftigte Sachbearbeiterin ging im September 2009 in den Mutterschutz und nimmt voraussichtlich am 01. Mai 2010 die Arbeit wieder auf. Die Vertretung wurde mit 25 Stunden wöchentlich eingestellt, bestimmte Arbeiten während der Vertretungszeit, wie Monatsabschluss und Lohn-/Gehaltsabrechnung werden von der Geschäftsführung übernommen. Eine weitere Reduzierung der vorhandenen 7,25 Planstellen ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht möglich.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Freimfelder Straße 74
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 51.200

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Technischer Vorstand: Pietsch, René

Kaufmännischer Vorstand: Girard, Francois

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich	
		Dr. Bergner, Annegret	(bis 29.09.2009)
		Dr. Haerting, Gesine	(bis 29.09.2009)
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Haupt, Hanna	
		Heft, Frank Uwe	
		Kunze, Hans-Joachim	(bis 06.11.2009)
		Menn, Christoph	(seit 29.09.2009)
		Philipp, Lothar	
		Sänger, Frank	(seit 29.09.2009)
		Thielemann, Dirk	(seit 06.11.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	15	14	14

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (BEKA) mbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10	33,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00

mittelbar

	T€	%
beka ebusiness GmbH	1	0,32
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	0	0,56

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2009		2008		2007		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	308.141	97	319.149	95	329.491	95	-11.008	-3
Umlaufvermögen	10.449	3	15.214	5	18.111	5	-4.765	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	351	0	489	0	537	0	-139	-28

Bilanzsumme

318.941	100	334.852	100	348.139	100	-15.911	-5

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	83.583	26	83.583	25	83.583	24	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	199.112	62	208.008	62	215.066	62	-8.896	-4
Rückstellungen	7.147	2	8.654	3	12.733	4	-1.507	-17
Verbindlichkeiten	21.904	7	26.461	8	27.691	8	-4.556	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	7.195	2	8.147	2	9.066	3	-952	-12

Bilanzsumme

318.941	100	334.852	100	348.139	100	-15.911	-5

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	37.270	33.694	35.655
andere aktivierte Eigenleistungen	143	202	365
sonstige betriebliche Erträge	12.241	13.792 ¹⁾	11.164 ¹⁾
Materialaufwand	25.230	23.059	22.535
Personalaufwand	30.102	31.752	32.570
Abschreibungen	8.743	9.835	8.834
Zuschüsse Gesellschafter	23.492	25.980	26.385
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.422	8.218 ²⁾	8.192 ²⁾
Erträge aus Beteiligungen	13	42	2
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	174	205	187
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49	264	281
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	677	740	902
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	207	575	1.004
sonstige Steuern	66	68	70
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	140	506	934
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ ohne Auflösung von Zuschüssen für nichtaktivierungsfähige Folgekosten von Verkehrsbaumaßnahmen
(2008: 239 T€; 2007: 711 T€)

²⁾ ohne Aufwendungen für nichtaktivierungsfähige Folgekosten von Verkehrsbaumaßnahmen
(2008: 239 T€; 2007: 711 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,38	1,50	2,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,17	0,61	1,12	%
Cash-Flow:	8.884	10.341	9.769	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	62	58	56	T€
Personalaufwandsquote:	60,62	66,58	69,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,75	93,48	92,91	%
Eigenkapitalquote:	26,21	24,96	24,01	%
Fremdkapitalquote:	73,79	75,04	75,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Beförderte Personen	54.840,72	55.357,25	57.358,03	in 1.000
Fahrplan-km	9.363,51	9.449,15	9.202,07	in 1.000
Nutz-Wagen-km	11.203,40	11.275,35	11.178,62	in 1.000
Personen-km	342,10	347,02	358,65	in Mio.
Platz-km	1.327,92	1.351,46	1.320,04	in Mio.

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

a) Rahmenbedingungen - Wirtschaftliches Umfeld - Ergebnisverbesserung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete auch im Jahr 2009 der mit der Stadt Halle (Saale) und der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VHV) (durch Verschmelzung mit der Stadtwerke Halle GmbH seit 21.09.2009 Stadtwerke Halle GmbH) bis zum Jahr 2012 fortgeschriebene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag (VBFV), welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) weiter untersetzt und die Finanzierung des durch die HAVAG durchgeführten ÖPNV unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, wurde ein neuer Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen. Während die beihilferechtlichen Vorgaben der neuen Verordnung ab sofort anzuwenden sind, gilt bei der Vergabe eine Übergangsphase bis maximal 2019. Während dieses Übergangszeitraumes müssen die Mitgliedsstaaten Maßnahmen treffen, um die Regelungen zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge schrittweise anzuwenden und umzusetzen. Der deutsche Gesetzgeber hat das deutsche Personenbeförderungsrecht bisher nicht der neuen Verordnung (EG) 1370/2007 angepasst. Damit ist die Rechtsanwendung erschwert und teilweise ungeklärt.

Der VBFV fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3).

Die Vertragsinhalte des VBFV entsprechen den Anforderungen der neuen Verordnung (EG) 1370/2007. Das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen muss gemäß Anhang 7 einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier anspruchsvollen Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen sicher.

Im Jahr 2009 wurde die geplante Umstrukturierung des Stadtwerke-Konzerns vollzogen. Mit dem Handelsregistereintrag am 21.09.2009 erfolgte die Verschmelzung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VHV) mit der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) zur neuen Stadtwerke Halle - Holding. Neben den bisherigen Stadtwerkeunternehmen ist nun auch die HAVAG, die bislang eigenständige Gesellschaft der VHV war, ein direktes Tochterunternehmen der neuen Holding. Durch die neue Konzernstruktur sollen Entscheidungswege verkürzt, bestimmte kaufmännische Dienstleistungen zentralisiert und damit Verwaltungsaufwand und Kosten reduziert werden.

Die HAVAG konnte den Betriebskostenzuschuss im Jahr 2009 gegenüber 2008 um T € 2.488 auf T € 23.492 reduzieren. Der tatsächliche Zuschussanspruch für das Geschäftsjahr 2009, welcher im Rahmen der durchgeführten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen ermittelt wurde, beträgt T € 23.352 und liegt damit T € 2.122 unter dem Niveau des Vorjahres.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen Saalebus GmbH und Servicegesellschaft Saale mbH verlief im Geschäftsjahr 2009 positiv. Die wirtschaftliche Entwicklung der OBS GmbH verlief zufriedenstellend.

b) Angebots- und Nachfrageentwicklung

Im Jahr 2009 ist gegenüber dem Vorjahr eine Leistungsreduzierung im Straßenbahnbereich um 182 Tsd. Nutz-Zug-km (3,1 %) bzw. um 168 Tsd. Nutz-Wagen-km (2,2 %) zu verzeichnen. Diese ist im Wesentlichen auf den Wegfall der umfangreichen Umleitungsmaßnahmen des Vorjahres zurückzuführen. Der Anstieg der Nutz-Wagen-km im Busbereich gegenüber dem Jahr 2008 um 97 Tsd. (2,6%) ist mit den umfangreichen Baumaßnahmen im Stadtgebiet von Halle (Saale) und den damit verbundenen Bus-Linienverlängerungen bzw. zusätzlichen Schienenersatzverkehrsleistungen zu begründen.

Im Geschäftsjahr 2009 ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Fahrgastzahlen um -0,5 Mio. auf 54,8 Mio., welcher im Wesentlichen wie folgt zu begründen ist:

- Rückgang der Beförderung von Schülern und Auszubildenden (ca. -0,6 Mio.),
- Abwanderung von Pendlern (ca. -0,1 Mio.),
- Beförderungsrückgang aufgrund des zunehmenden Altersdurchschnitts der Wohnbevölkerung und des Rückganges der Arbeitsplätze (ca. -0,3 Mio.) sowie
- Beförderungsrückgang aufgrund von Einwohnerverlusten (ca. -0,1 Mio.).

Dem gegenüber stehen Fahrgaststeigerungen (+0,6 Mio.) aufgrund der Zunahme der Beförderung mit Schülerzeitkarten durch die modifizierte Schulwegkostenerstattung für zwei Schulstandorte sowie der steigenden Nachfrage beim Semesterticket aufgrund erhöhter Studentenzahlen.

Für die Erbringung der Leistungen im ÖPNV standen im Jahr 2009 durchschnittlich 213 Straßenbahntrieb- und -beiwagen sowie 45 eigene und 21 angemietete Omnibusse zur Verfügung.

c) Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2009 sind unter Verwendung von € 3,2 Mio. Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz, investive Maßnahmen / Vorhaben in Höhe von € 10,0 Mio. finanziert worden. Davon wurden € 0,5 Mio. für die Anzahlung eines Ersatzfahrwerkes für Niederflurstraßenbahnen des Typs MGT6 D und € 0,3 Mio. als Anzahlung für ein Oberleitungsmontagefahrzeug eingesetzt. Wegen des zeitlich aufwendigen und komplizierten Vergabeverfahrens konnte kein Vertrag über die Lieferung von Niederflurstraßenbahnen abgeschlossen werden. Die ursprünglich geplanten Zahlungen konnten danach auch im Jahr 2009 nicht realisiert werden. In Folge dessen wurde der Investitionsplan im November des Berichtsjahres mit einer Reduzierung des investiven Aufwandes um ca. € 6,0 Mio. vom Aufsichtsrat neu bestätigt.

Für den Ersatz, die Erweiterung und die Modernisierung mobiler und stationärer Technik (Videoschutz in Straßenbahnen, Maschinen / Ausrüstungen, Hard- und Software) innerhalb des eigenen Anlagevermögens wurden € 0,6 Mio. verwendet. Darüber hinaus wurde mit einer weiteren Stufe des Ausbaus des rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) begonnen (€ 0,2 Mio.).

Weitergeführt wurde auch im Jahr 2009 die Umgestaltung der Außenanlagen im Betriebshof Freimfelder Straße, u.a. mit Leistungen für die unterirdische Infrastruktur (Be- und Entwässerung, Leerrohrtrassen), mit der Zufahrt für die neu errichtete Abstellhalle für Straßenbahnen, welche mit dem 1. BA, für die Installation einer Photovoltaikanlage auf der Dachfläche, im November fertiggestellt wurde.

Die Finanzierung der Leistungen in Höhe von € 3,9 Mio. erfolgte im Umfang von € 1,2 Mio. mit Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz, die Finanzierung der Photovoltaikanlage unter Verwendung eines Kredits (€ 0,7 Mio.).

Darüber hinaus konnte die HAVAG die Einführung des Systems mit kontaktlosen Chipkarten als Kundenmedium im Abo-Bereich, der sogenannten elektronischen Chipkarte, abschließen (€ 0,1 Mio. davon € 0,08 Mio. Fördermittel des Landes).

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit des Unternehmens waren im Berichtszeitraum wiederum die Gleisbauvorhaben wie:

- die vorfristige Fertigstellung des Ausbaus der Gleisanlage im Rahmen der Komplexmaßnahme HAVAG / Stadt Halle (Saale) Beesener Straße (Berg) in Höhe von € 1,0 Mio.,
- die Weiterführung des Straßenbahnprojektes von Halle/Neustadt über Riebeckplatz/Hbf. nach Büschdorf mit der Finanzierung von Restleistungen aus 2008, der Fertigstellung des östlichen Bahnsteiges im BA 12A Höhe Kanenaer Weg, mit der Errichtung von Fahrleitungsmasten und der Kommunikationstrasse im BA 12B mit € 1,1 Mio.

Außerdem wurden für die Neuverlegung von Bahnstromkabeln, die Erneuerung von Fahrleitungen, optische Fahrgastinformationssysteme (Franckeplatz, Riebeckplatz) und eine weitere Zahlung an die Stadt Halle (Saale) für die Beteiligung am Neubau der Berliner Brücke € 1,0 Mio. aufgewendet.

d) Personal

Der sozialverträglich durchgeführte Personalabbau wurde im Berichtsjahr 2009 weiter fortgesetzt.

Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens (Altersteilzeit- und Abfindungsmodelle) konnte der Personalbestand stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2009 um 23 Personen inkl. Auszubildende (-2,7 %) gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert werden.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von 2009 im Vergleich zu 2008, jeweils zum Stichtag am Jahresende, auf:

	31.12.2009	31.12.2008
Produktionspersonal	590	603
Verwaltungs- und sonstiges Personal	199	208
Auszubildende	34	35
	823	846

Die Anzahl der Vollbeschäftigten - ohne Auszubildende - reduzierte sich um 22,5 VbE.

Das Arbeitszeitvolumen reduzierte sich gegenüber dem Jahr 1991 damit um 60,4 %.

Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2009 bei 5,4 %.

Im Jahr 2009 beendeten neun Auszubildende ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sie in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter /-innen betrug im Jahr 2009 46,7 Jahre und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 23,9 Jahre.

Der Krankenstand von durchschnittlich 7,9 % hat sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % -Punkte erhöht.

Zur Erreichung der zukünftigen Unternehmensziele wurde im Jahr 2008 ein Spartentarifvertrag für Nahverkehrsbetriebe in Sachsen-Anhalt verhandelt und abgeschlossen.

Die Tarifverträge zur Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für alle Beschäftigungsgruppen wurden im Geschäftsjahr 2009 bis 2012 verlängert. Während der Laufzeit dieser Tarifverträge sind betriebsbedingte Kündigungen weiterhin ausgeschlossen.

Aufgrund der Kündigung des Entgelttarifvertrages zum 31.12.2009 durch die Gewerkschaft ver.di, ist ab dem Jahr 2010 mit einer deutlichen Entgeltsteigerung zu rechnen.

e) Forschung und Entwicklung

MOSAIQUE

Das am 01.09.2005 begonnene, länderübergreifende Verkehrsforschungsprojekt MOSAIQUE wurde am 30.11.2009 planmäßig beendet.

MOSAIQUE steht für **M**itteldeutsche **O**ffensive für ein **S**trategisches, **A**nwendungsübergreifendes, **I**ntermodales Verkehrsmanagementnetzwerk mit **Q**ualitätsausrichtung und **E**ffizienzorientierung und verfolgt die Zielstellung eines länderübergreifenden Netzwerks für Verkehrsmanagement in Mitteldeutschland. Durch innovative Lösungen unter Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik wird die Verkehrsinfrastruktur besser genutzt und die Qualität der Verkehrsabläufe erhöht. Negative Auswirkungen des Verkehrs wie Staus und Abgasemissionen werden dadurch deutlich reduziert.

Unter der Federführung des MDV hat die HAVAG bis zum Jahr 2009 die Projektsäule PaRIS (Park-an-Ride-Information-Securitysystem) / Integrativer Netzausgleich in vier Ausbaustufen geleitet. Ziel dieses automatisierten Park-an-Ride-Managements ist es, durch intelligente Lösungen und frühzeitige Information aller Verkehrsteilnehmer den Verkehr zu entflechten und bereits an den Zufahrtsstraßen die Verkehrsströme zu regeln. Unter anderem sollen den Autofahrern zielgerichtet Ausweichrouten oder der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel empfohlen werden.

In der vierten Ausbaustufe im Jahr 2009 wurde die Verkehrslage ÖPNV entwickelt und als Informationstool dem Polizeirevier Halle zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurde ein Testaufbau für neue Ortungs- und Navigationsverfahren in einer Straßenbahn realisiert.

Galileo-Testfeld Sachsen-Anhalt

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg beteiligt sich die HAVAG am Forschungsprojekt Galileo. Mit dem Galileo-Testfeld Sachsen-Anhalt wird ein Forschungsumfeld aufgebaut, das Galileo/Satellitengestützte Anwendungen im Verkehrs-, Mobilitäts- und Logistikbereich ermöglicht. Ein Ziel ist es dabei, intelligente Navigations- und Kommunikationssysteme zu entwickeln, mit denen Verkehr und Logistik künftig leistungsfähiger, umweltverträglicher und sicherer gestaltet werden können. Innerhalb des Forschungsprojektes sichert die HAVAG insbesondere die Interessen des ÖPNV ab. Insbesondere sollen die Grundlagen für die spätere Nutzung des Galileo-Satellitensystems im Zusammenhang mit dem ÖPNV geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde eine Straßenbahn der HAVAG mit hochwertigen Komponenten zur Ortung ausgestattet und umfangreiche Testfahrten (während des Linienbetriebes) zur Datengenerierung durchgeführt.

f) Umweltschutz

Der Umweltschutz nimmt bei der HAVAG als ÖPNV-Unternehmen einen hohen Stellenwert ein.

Grundvoraussetzungen für eine umweltgerechte Mobilität bzw. für den Umstieg der Bevölkerung vom umweltbelastenden Motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den umweltverträglicheren ÖPNV ist die Gewährleistung eines hohen Maßes an Kundenzufriedenheit und ein attraktives ÖPNV-Angebot.

Mit der Entwicklung und Umsetzung von neuen, intelligenten Lösungen im Verkehrsmanagement im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsprojekte MOSAIQUE und GALILEO leistet die HAVAG zugleich einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Neben diesen Projekten trägt die HAVAG aber auch mit zahlreichen anderen Aktivitäten und Maßnahmen aktiv und engagiert zur Verbesserung der Umweltsituation bei.

Richtungsweisend und innovativ wurde im Jahr 2009 eine moderne Photovoltaikanlage mit einer Nutzfläche von 2.000 qm und einer Nennleistung von 241,5 kWp auf dem Dach der neuen Straßenbahnabstellhalle in Betrieb genommen.

Folgende wesentliche Maßnahmen tragen außerdem maßgeblich zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen bei:

- Einsatz moderner Niederflurfahrzeuge mit Fahrstromrückspeisung,
- Ausrüstung elektrischer Weichenheizungen mit witterungsabhängigen, intelligenten Steuerungen,
- Einbau vibrationsgeschützter Gleise (zum Teil Rasengleise) auf allen Straßenbahnneubaustrecken,
- Neubau von Gleisschmieranlagen,
- Intelligent vernetzte Signalanlagen zur Reduzierung der Standzeiten des motorisierten Individualverkehrs an den Ampelanlagen,
- Erfüllung der EURO 4 - Abgasnorm durch Ausrüstung aller Neufahrzeuge im Busbereich mit einem CRT-Filtersystem,
- Einsatz von umweltfreundlichen Erdgasbussen,
- Schulung der Fahrpersonale im Hinblick auf eine energiesparende und wirtschaftlichere Fahrweise.

Mit dem Einsatz umweltfreundlicher Farben und Lacke in der Fahrzeuglackierung und eines biologischen Reinigungsmittels (E55) in den Bereichen Fahrzeug- und Haltestellenreinigung leistet die HAVAG ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Umwelt.

2. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung der Erträge

	2009	2008	Veränderungen	
	T€	T€	T€	%
Summe Umsatzerlöse	37.270	33.694	3.576	10,6
Andere aktivierte Eigenleistungen	143	202	-59	-29,2
Erträge aus geförderten, nichtaktivierungsfähigen Folgemaßnahmen aus Verkehrsbaumaßnahmen	0	240	-240	-100,0
Übrige Erträge	12.476	14.303	-1.827	-12,8
Zahlungen des Gesellschafters zur Abdeckung der Aufwendungen	23.492	25.980	-2.488	-9,6
Gesamterträge	73.381	74.419	-1.038	-1,4
Ohne Betriebskostenzuschüsse und Erträge aus geförderten, nichtaktivierungsfähigen Folgemaßnahmen aus Verkehrsbaumaßnahmen	49.889	48.199	1.690	3,5

Gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag konnte der Zuschussanspruch gegenüber dem Gesellschafter im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um T € 2.488 bzw. 9,6% reduziert werden. Damit wurde der positive Trend der Reduzierung des Zuschussbedarfs der letzten Jahre fortgesetzt.

Die Gesamterträge der HAVAG - ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse und der Erträge aus geförderten, nichtaktivierungsfähigen Folgemaßnahmen aus Verkehrsbaumaßnahmen - sind gegenüber dem Vorjahr um T € 1.690 bzw. 3,5 % gestiegen.

Insgesamt wurden im Jahr 2009 Umsatzerlöse in Höhe von T € 37.270 (Vorjahr: T € 33.694) erwirtschaftet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um T € 3.576 bzw. 10,6 % ist im Wesentlichen auf die Positionen Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb (T € +1.410), Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und § 148 SGB IX (T € +1.027) sowie periodenfremde Verkehrserlöse und Ausgleichszahlungen sowie einmalige Sondereffekte (T € +1.517) zurückzuführen.

Aufgrund der im Rahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifierungsanpassungen zum 01.08.2008 bzw. 01.08.2009 sind die Umsatzerlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb gegenüber dem Vorjahr um T € 1.410 (+5,0 %) gestiegen.

Von wesentlicher Bedeutung ist diesbezüglich die am 01.04.2009 vollzogene vertragliche Fixierung der Einführung des neuen, nachfrageorientierten Einnahmeaufteilungsverfahrens im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV). Rückwirkend zum 01.01.2008 löst der neue Vertrag das bisher praktizierte Alteinnahmeverfahren ab.

Durch die neue Einnahmeaufteilungsregelung wurde für die HAVAG ein höherer Tarifeinnahmeanspruch für das Jahr 2008 (442 T€) ermittelt, welcher im Jahr 2009 als periodenfremde Einnahme ausgewiesen wurde. Im Gegenzug reduzierten sich die jährlichen Ausgleichsansprüche für verbundbedingte Belastungen um 196 T€ in den Jahren 2008 und 2009.

Die Steigerung der Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG und § 148 SGB IX um T € 1.027 ist darauf zurückzuführen, dass zum Jahresabschluss 2008 das Ergebnis und Testat für den betriebsindividuell ermittelten Schwerbehindertenquotienten noch nicht vorlag und deshalb der Pauschalwert des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2007 (2,37%) in die Berechnung des voraussichtlichen Erstattungsanspruchs einbezogen wurde. Für das Jahr 2009 wurde auf Basis des vorliegenden Testates ein Schwerbehindertenquotient von 5,97 % zum Ansatz gebracht.

Der Rückgang der übrigen Erträge um T € 1.827 ist im Wesentlichen auf die gegenüber 2008 verminderten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T € -1.056), Erträge aus Materialverkäufen (T € -329), Zinserträge (T € -275) sowie Vorjahreserträge (T € -80) zurückzuführen.

b) Kostensituation und Finanzlage der Gesellschaft

Gemäß dem mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossenen VBFV erfolgte auf Basis der im Rahmen der durchgeführten Trennungsrechnungen ermittelten tatsächlichen Aufwendungen eine Abrechnung der Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2009. Das positive Ergebnis (T € 140,4) wird gemäß dem Gewinnabführungsvertrag an den Stadtwerkekonzern abgeführt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im VBFV für das Jahr 2009 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich, gut geführten“ Unternehmens gemäß dem 4. Kriterium des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 entsprechen, unter Berücksichtigung exogener Kostensteigerungen im Ist deutlich unterschritten wurden.

Trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen (Preissteigerung bei der Antriebsenergie, Steigerung der sonstigen Materialkosten) konnte der Kostendeckungsgrad auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der außerplanmäßigen Abschreibungen, der Aufwendungen aus Gewinnabführung sowie wesentlicher periodenfremder bzw. einmaliger Sondereffekte beträgt die dann vergleichbare Kostendeckung wie im Vorjahr 66,7%.

Der Gesamtaufwand hat sich ohne Berücksichtigung der genannten Aufwandspositionen bzw. Sondereffekte gegenüber dem Vorjahr um T € 315 erhöht, was im Wesentlichen auf Aufwandssteigerungen beim sonstigen Materialverbrauch (T € 613), dem sonstigen betrieblichen Aufwand (T € 210), der Antriebsenergie (T € 377) und der sonstigen Energie (T € 92) zurückzuführen ist. Dem gegenüber stehen Aufwandsreduzierungen bei den Subunternehmerleistungen (T € -151), den Abschreibungen (T € -89) sowie den Zinsaufwendungen (T € -63). Der Personalaufwand ist im Vorjahresvergleich - ohne Berücksichtigung der Rückstellungen für Rationalisierung - aufgrund des Personalabbaus im Zuge der Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes um T € -652 gesunken.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die stetige monatliche Bereitstellung der Mittel durch den Gesellschafter, der Ausgleichszahlungen gemäß § 45a PBefG und § 148 Abs. 5 SGB IX sowie der Investitionszuschüsse jederzeit gesichert.

3. Risikomanagementsystem

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung bzw. Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen, fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit § 91 Abs. 2 AktG.

Durch die regelmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung bzw. Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird gewährleistet, dass Risiken frühzeitig erkannt, rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen eingeleitet und sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent genutzt werden können.

Neben der kontinuierlichen Überwachung der Einhaltung der Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung durch die interne Revision ist die monatliche Komplexanalyse, in der die Kosten-, Ertrags- und Erfolgsentwicklung des Unternehmens zeitnah und transparent dokumentiert wird, und auf deren Basis entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden, das wichtigste Instrument zur unterjährigen Überwachung und Kontrolle der laufenden wirtschaftlichen Risiken.

Die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des ÖPNV sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen werden außerdem jährlich im Zuge der Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG beachtet, systematisiert und bewertet.

Als bestandsgefährdende Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage des Unternehmens werden auch zukünftig Risiken, wie die europäische Marköffnung sowie die ungünstige allgemeine tarifliche Entwicklung gegenüber Mitbewerbern eingestuft.

4. Ausblick

Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2010 sieht aufgrund der zu erwartenden negativen Entwicklungen und Mehrbelastungen (Tarifsteigerungen im Personalbereich, rückläufige Schülerbeförderungen, rückläufige Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG usw.) einen Betriebskostenzuschuss von € 25,3 Mio. vor. Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für das Wirtschaftsjahr 2010 und die Folgejahre besteht darin, durch Erschließung weiterer Rationalisierungspotentiale und Angebotsoptimierungen eine weitere deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Maßstab zu sichern.

Nach derzeitigem Planungsstand werden die Investitionen im Geschäftsjahr 2010 eine Höhe von ca. € 24,0 Mio. erreichen.

Zentrales Vorhaben ist dabei die Ersatzbeschaffung von Niederflurstraßenbahnen mit der Finanzierung der 1. Anzahlungsrate (inkl. der in den Vorjahren 2008 und 2009 nicht realisierten Zahlungen) in Höhe von € 9,0 Mio.

Planmäßig sollen dafür Fördermittel des Landes (€ 3,6 Mio.) und Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz zur Verfügung stehen.

Neben den genannten Aufwendungen für die Straßenbahnen sind für Investitionen in das eigene Anlagevermögen weitere € 4,4 Mio. geplant.

Zu nennen sind die Restzahlung / Anzahlung für das Ersatzfahrwerk für MGT6 D und ein Triebdrehgestellrahmen ca. € 0,5 Mio., RBL 4. Stufe und, vorbehaltlich einer Förderung, die Umstellung des Betriebsfunks von analogem auf digitalen Betrieb sowie die Ausstattung von Fahrzeugen (Bus und Bahn) mit ITCS- Bordrechnern (€ 1,2 Mio.), die Fertigstellung der Abstellhalle für Straßenbahnen (2. BA) und die Weiterführung der Bauleistungen im Außenbereich des Betriebshofes Freimfelder Straße (€ 2,5 Mio.).

Schwerpunkte der Investitionen in die Infrastruktur im Geschäftsjahr 2010 sind:

- der Ausbau der Gleise in der Mansfelder Straße Ost (€ 1,8 Mio.) und die Weiterführung des Ausbaus der Gleisanlagen in der Beesener Straße von Melanchthonstraße bis Huttenstraße als Komplexmaßnahmen mit der Stadt Halle (Saale),
- die Weiterführung des Straßenbahnprojektes, 3. HA Delitzscher Straße, mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Abschnittes Freiimfelder Straße bis Grenzstraße und die Fertigstellung der Gleisbauarbeiten im Bereich der Haupteerschließungsstraße (HES) im Bereich Grenzstraße mit € 3,3 Mio.,
- der Neubau des BUW (26) in der Delitzscher Straße/Hochweg zur Bahnenergieversorgung der Straßenbahngleisverlängerung bis Büschdorf mit € 0,8 Mio.
sowie
- die weitere Erneuerung von Fahrleitungen, Bahnstrom und- Kabelanlagen (€ 0,4 Mio.) sowie die Ausstattung weiterer Haltestellen im Stadtgebiet mit optischen Fahrgastinformationssystemen (€ 0,3 Mio.).

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Karl-Liebknecht-Straße 8
04107 Leipzig

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 74

Gesellschafter:	T€	%
Burgenlandkreis	3	3,54
DB Regio Aktiengesellschaft	4	5,99
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibus- und Reiseverkehr Heinz Wittig (LVW), Omnibusverkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG, Schmidt-Reisen und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
GbR der Verkehrsunternehmen PVG Muldental mbH, Bus- und Reiseunternehmen Alberto Ludwig, Reise- und Omnibusunternehmen Volker Kaltöfen, Vetter Reisen GmbH, Omnibusverkehr Runge und dem Omnibus-Reiseunternehmen Naundorf	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leopold OHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Mittelsachsen	1	1,02
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH	12	15,92
LEOBUS GmbH	1	1,70
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	1	1,70
Regionalverkehrsgesellschaft Weißenfels GmbH	1	1,70
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Stadt Leipzig	12	15,92
Thüsa Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Veolia Verkehr GmbH	0	0,41
Verkehrsgesellschaft Döbeln mbH	1	1,02

Gesellschafter:

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	2	2,52

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und zuzuschneiden. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Dr.-Ing. Meier, Werner (bis 31.08.2009)
(i.R.)
Lehmann, Steffen (seit 01.09.2009)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	zur Nedden, Martin	
1. stellv. Vorsitzender	Girard, Francois	
2. stellv. Vorsitzender	Bichoel, Knut	(bis 06.08.2009)
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	(seit 26.11.2009 2. stellv. Vorsitzender)
	Bannert, Frank	(bis 06.08.2009)
	Böhm, Thomas	(bis 06.08.2009)
	Däumler, Lutz	
	Dr. Graetz, Manfred	
	Dr. Pohlack, Thomas	
	Dr. Vetter, Wolfdietrich	(bis 06.08.2009)
	Dr. Wilde, Michaela	(bis 06.08.2009)
	Glowienka, Andreas	
	Günther, Ekkard	(bis 06.08.2009)
	Hahn, Michael	
	Handschak, Hartmut	(seit 26.11.2009)
	Harbig, Dietmar	
	Heepen, Volker	
	Heft, Frank Uwe	
	Hoffmann, Joachim	
	Hörl, Martin	(seit 31.07.2009)
	Juhrs, Ronald	
	Klemens, Holger	
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Naacke, Christoph	

Aufsichtsrat:

	Parnow, Wolfgang	
	Pfeilsticker, Albert	(bis 06.08.2009)
	Pietsch, René	
	Pohl, Anja	
	Reiche, Harri	
	Riese, Lothar	
	Rühle, Thorsten	(bis 31.12.2009)
	Runge, Wilfried	
	Schütze, Karsten	(bis 06.08.2009)
	Stoye, Angelika	
	Völker, Birk	(bis 30.07.2009)
	Wigger, Stephan Georg	
	Zielke, Andreas	
beratendes Mitglied	Arndt, Eberhard	
beratendes Mitglied	Dr. Rohde, Bernd	
beratendes Mitglied	Hummel, Hans-Jürgen	

Aufsichtsrat

31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
T€	T€	T€
3	3	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
621	41	485	33	456	35	136	28
878	58	958	66	847	65	-80	-8
6	0	8	1	8	1	-2	-20

Bilanzsumme

1.506	100	1.451	100	1.312	100	55	4

Treuhandvermögen

2.831	0	5.268	0	1.479	0	-2.437	-46

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
461	31	400	28	400	31	61	15
545	36	416	29	393	30	129	31
102	7	173	12	135	10	-70	-41
385	26	437	30	384	29	-52	-12
12	1	25	2			-13	-51

Bilanzsumme

1.506	100	1.451	100	1.312	100	55	4

Treuhandverbindlichkeiten

2.831	0	5.268	0	1.479	0	-2.437	-46

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
Zuschüsse Gesellschafter
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
326	317	319
1.007	1.109	775
1.552	1.746	1.632
1.221	1.206	1.141
208	172	140
2.120	2.177	2.166
480	501	363
8	32	42
0	8	26
0	0	0
0	0	0
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	208	172	140	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	51	55	44	T€
Personalaufwandsquote:	91,59	84,63	104,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,86	9,15	11,01	%
Eigenkapitalquote:	30,64	27,60	30,51	%
Fremdkapitalquote:	69,36	72,40	69,49	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Fahrgastaufkommen	171,90	169,20	169,20	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Die Gesellschaftsstruktur ist weiterhin unverändert. Mit einem Anteil von 51 % halten die 11 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüsse gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2009

Trotz der weiterhin ungünstigen Rahmenbedingungen mit rückläufiger Einwohnerentwicklung (mit Ausnahme der Stadt Leipzig) sowie sinkenden Schülerzahlen konnte im Verbundgebiet gegenüber dem Vorjahr erneut eine Steigerung bei den Tarifeinnahmen erzielt werden. Sie lagen mit 156,5 Mio. EUR um 4,7 % über dem Vorjahresergebnis.

Das Verkehrsaufkommen im MDV stieg um 1,6 % auf 171,9 Mio. Fahrgäste im Jahr 2009. Allerdings verläuft die Entwicklung räumlich differenziert. Während sich die Fahrgastzahlen in Halle entsprechend dem Einwohnerrend weiterhin leicht rückläufig entwickelten (-0,8 %), war die Entwicklung in Leipzig wiederum positiv (+2,2 %). Das Verkehrsaufkommen in den Landkreisen hat sich mit einem Zuwachs von 2,7 % insgesamt positiv, lokal jedoch unterschiedlich entwickelt.

Auch im Jahr 2009 wurde der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen fortgeschrieben. Dafür hat die Verbundgesellschaft die entsprechenden tariflichen Untersuchungen vorgenommen und den abschließenden Tarifvorschlag entwickelt. Die anschließende Umsetzung des fortgeschriebenen Verbundtarifes in den technischen Systemen der Unternehmen wurde durch den Verbund koordiniert.

Mit der Analyse der aufgrund der Tarifierfassung realisierten Einnahmeentwicklung und der Ableitung eines Vorschlages für eine moderate Anpassung wurde ein wichtiger Grundstein für die tarifliche Weiterentwicklung 2010 gelegt. Die so definierte Ausrichtung wird Anfang 2010 mit detaillierten Fahrpreisen je Produktgruppe unterlegt.

Für die strategische Weiterentwicklung des MDV-Tarifs wurde im Jahr 2009 eine Marktforschung ausgeschrieben, die die Möglichkeiten zur Vereinfachung im Direktkauf und zur Individualisierung im Abonnement untersuchen soll. Die Marktforschung wird sich dabei in eine qualitative Vorstudie und eine quantitative Hauptstudie unterteilen. Die Ergebnisse sollen im 2. Halbjahr 2010 vorliegen.

Neben der Tarifierfassung wurde das für zwei Leipziger Hochschulen zum Wintersemester 2008/09 eingeführte verbundweit geltende Semesterticketangebot erfolgreich weiter umgesetzt. Zum 1. August 2009 wurde für die Tarifzone Leipzig ein Sozialticket als Verbundangebot eingeführt. Die Stadt Leipzig gleicht die aus dem festgelegten Höchsttarif entstehenden Mindereinnahmen aus.

Entwicklungen im Vertriebsbereich betrafen insbesondere das e-Ticketing. Im Jahr 2009 wurde die **Chipkarte** im MDV eingeführt, vorerst in den Tarifzonen Leipzig und Halle. Die Chipkarte wird mit dem deutschlandweiten Standard der VDV-Kernapplikation angewendet. Derzeit sind über 100.000 Karten im Umlauf, für Abonnenten, Jahreskartennutzer, Studenten in Halle und Schüler in Leipzig (Schülermobilticket als LVB-Angebot). Die Chipkarte wird von den Fahrgästen sehr gut angenommen, da das bisherige monatliche Kleben von Wertmarken entfallen ist. Zusätzlich kann bei Verlust die Karte gesperrt und problemlos eine neue Karte ausgestellt werden. Für die Verkehrsunternehmen zeigt sich, dass die Forderungsausfälle im ABO-Bereich gesunken sind. Außerdem trägt die Chipkarte zu einem subjektiv positiven Gefühl der Fahrgäste bei, die die Überwachung tatsächlich bezahlter Beförderungsentgelte anderer Fahrgäste registrieren.

Seit 2005 gibt es ein Onlineticket im MDV, das bislang nur in den Tarifzonen Leipzig und Halle angeboten wurde. Im Herbst 2009 wurde das Onlineticket hinsichtlich der Kontrollmerkmale um einen 2D-Barcode erweitert. Im Zuge der dadurch realisierten größeren Sicherheit der Gültigkeit der Tickets wurde die Gültigkeit auf das gesamte Verbundgebiet ausgedehnt. In der Endabstimmung ist ebenfalls eine Kooperation zwischen der Messe Leipzig und der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH. Die Messe Leipzig wird künftig ihre Eintrittskarten ebenfalls als Onlinetickets im Online-Shop anbieten. Diese Eintrittskarten werden gleichzeitig die Fahrtberechtigung des MDV enthalten und über die Anbindung an den LVB-Onlineticket-Server auch die entsprechenden Sicherheitsstandards.

Ein wichtiger fachbereichsübergreifender Schwerpunkt war die rückwirkende Einführung des neuen Einnahmeverteilungsvorgangs (EAV) ab dem 1. Januar 2008. Aufbauend auf den in den vorangegangenen Jahren erarbeiteten Grundlagen konnte der neue Einnahmeverteilungsvertrag am 1. April 2009 unterzeichnet werden. Voraussetzung dafür war der bis dahin erfolgte Abschluss der Aufbereitung der Eingangsdaten aus Zählungen und Befragungen für die Jahre 2007 und 2008 sowie die Testierung durch einen unabhängigen Gutachter. Außerdem wurde vorab durch die WIBERA die Umsetzung der Ordnungsmäßigkeitsanforderungen im Rahmen der Weiterentwicklung der Einnahmeverteilungs-Datenbank geprüft sowie die Firma itCampus mit der erweiterten Software-Prüfung der Aufteilungs- und Verarbeitungsregeln beauftragt, die im Januar 2010 abgeschlossen wurde. Die Prüfung ergab keinerlei Anhaltspunkte für eine fehlerhafte Zuordnung der Einnahmen auf die Tarifzonen oder fehlerhafte Quotenermittlungen.

Mit der Festlegung der EAV-relevanten Datengrundlagen wurden gleichzeitig die zukünftig fortzuschreibenden Parameter geregelt, wobei nicht nur die Inhalte, sondern auch die zeitlichen Regelungen im EAV-Vertrag definiert sind.

Entsprechend der enthaltenen Fristen wurde im Jahr 2009 eine Ausschreibung für eine Erhebung bei den Messebesuchern durchgeführt. Die für das Jahr 2010 geplante Erhebung wird die Nutzung des Messetickets erfassen und somit die Datenbasis für die Tarifzonen-Verteilung der Messeeinnahmen in den Jahren 2010 bis 2012 bilden.

Eine Erhebung für die Ermittlung der Nutzeranteile und der genutzten Tarifzonen des an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) und an der Hochschule für Telekommunikation in Leipzig im Jahr 2008 eingeführten MDV-Semestertickets wurde im Jahr 2009 fortgeführt und abgeschlossen.

Der Rechtsstreit mit dem Hersteller des Systems zur automatischen Fahrgastzählung, der Firma Dilax, zur Übernahme der Kosten der durchgeführten Vergleichszählung sowie der nicht eingehaltenen vertraglich festgelegten Messgenauigkeit wurde im Herbst 2009 mit einem Vergleich abgeschlossen. Danach wird Dilax die Kosten der Vergleichszählung erstatten sowie Sach- und Dienstleistungen in einem definierten Umfang übernehmen. Das durch Dilax gelieferte Automatische Fahrgastzählungssystem (AFZ) gilt damit als abgenommen.

Die **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** dient dazu, den ÖPNV - ausgehend von den Rechten und Pflichten der beiden Partner und entsprechend der Zielstellungen der Gesellschafter bzw. Verbandsmitglieder - gemeinsam weiterzuentwickeln und auszugestalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung führt der MDV ausgewählte Aufgaben insbesondere der integrierten Planung im Auftrag des Zweckverbandes durch.

In 2009 wurden im Auftrag des ZVNL die folgenden Untersuchungen bearbeitet:

- Verkehrsuntersuchung für den S-Bahn-Einzugsbereich Markkleeberg
- Verkehrsuntersuchung zur Verknüpfungsstelle Pegau Bahnhof
- Verkehrsuntersuchung für die Verknüpfungsstelle Taucha
- Untersuchung zur Bemessung des Busbahnhofs in Oschatz.

Weitere Aufgaben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung (kontinuierlich):

- Aufbereitung und Auswertung von SPNV-Leistungsdaten
- Kontinuierliche Information der Busunternehmen zu Änderungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)/Bereitstellung Baustellenkalender
- Vorbereitung und Durchführung Fahrplankonferenz
- Maßnahmenabstimmung und Umsetzungskontrolle Schienenersatzverkehre
- Mitwirkung bei der Vorbereitung zum Tag der Sachsen 2009 in Mittweida

Weitere planerische Aufgaben in 2009 im Rahmen der originären Verbundtätigkeiten:

- Mitwirkung bei der Erarbeitung einer Strategie für die Einführung einer Abo-Chipkarte und des Dynamischen Informations- und Anschlusssicherungssystems für Mitteldeutschland DIAS.MD
- Erarbeitung von Grundlagen für eine Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in den sächsisch-anhaltischen Raum (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg)
- im Rahmen der Arbeitsgruppe Verbund-Verkehrsplanung Abschluss der Erarbeitung der Leitlinie für die Systemverknüpfung SPNV-ÖSPV-IV im Mitteldeutschen Verkehrsverbund

Besondere Dienstleistung für Verbundgesellschaftler:

- Erarbeitung des Nahverkehrsplans für den Landkreis Burgenlandkreis (Abschluss in 2010)
- Erarbeitung des Nahverkehrsplans für den Landkreis Saalekreis (Abschluss in 2009)

Diese Aufgaben erfolgen im Auftrag der Landkreise unter Bezug auf den Gesellschaftsvertrag gegen besondere Vergütung.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Als Basis-Kommunikationsmittel wurden die MDV-Tarifpublikationen und die Fahrplanbücher für die Verbundregionen eingesetzt. Diese liegen in den Servicestellen der Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger aus und werden über das MDV-Infomobil vertrieben. Der Einsatz des MDV-Infomobils wurde verstärkt auf Veranstaltungen mit hohem Publikumszuspruch ausgerichtet (z. B. Messen). Zudem wurde das Vertriebsnetz für MDV-Druckerzeugnisse generell ausgeweitet (Tourismusinformationen, Freizeiteinrichtungen usw.).

Der Internetauftritt unter www.mdv.de verzeichnet weiter steigende Zugriffszahlen - dementsprechend wurde auch an der Weiterentwicklung der Webpräsenz gearbeitet.

Die Herausgabe der Kundenzeitschrift „Nahverkehr Mitteldeutschland“ wurde optimiert: In drei Ausgaben werden Schwerpunkte wie Fahrplan- und Tarifwechsel sowie Werbekampagnen kommunikativ begleitet. Fortgeführt wurde in 2009 auch das mit der Leipziger Volkszeitung und der Mitteldeutschen Zeitung verhandelte Mediapaket.

Themen der verbundinternen Kommunikation waren die Mitarbeiter- und Trainerschulungen, die Bereitstellung der Handbücher für das Servicepersonal und das optimierte Online-Bestellportal für Informations- und Werbematerial.

Schwerpunktkommunikation im Frühjahr und Herbst 2009

Mittels des Themas „Freizeit“ werden die Nutzungsmöglichkeiten Öffentlicher Verkehrsmittel verstärkt in den Fokus gerückt. Hierauf zielte die Publikation der neu gestalteten Faltpläne „FahrRad!“ und „WanderLust!“ und „StadtBummel“. Das Thema wurde als Kampagne über verschiedene Werbeträger sowie PR-Maßnahmen kommuniziert.

Im Herbst 2009 war eine (Image-)Kampagne speziell auf Einzeltickets bzw. mehrere Fahrten mit der Tageskarte ausgerichtet. Über aufmerksamkeitsstarke Motive zu verschiedenen Fahrplänen wurden so bezogene Vorteile aufgezeigt und erneut mit dem Leitbild „Ein Ticket für Zug, Tram und Bus“ verbunden.

Gemeinsam mit LVB und Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) startete zum Jahresende die Kommunikation zur Einführung des neuen mobilen Dienstes easy.GO. Der Dienst ermöglicht Fahrplan- und Verbindungsauskünfte, ÖPNV-Informationen und den Kauf von Tickets via Handy.

Ausblick Kommunikation 2010

Die bewährten Kommunikationsstrategien werden auch im Jahr 2010 fortgeführt. Dazu zählen die Tarifpublikationen und Fahrplanbücher als Basisinformationen sowie flankierende Medien wie Kundenzeitschrift und Freizeitpublikationen. Der Einsatz des Infomobils, des MDV-Infotelefon und die Nutzung des Mediapaketes (LVZ/MZ) erfolgen weiterhin. Gemeinsam mit der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) werden erweiterte Funktionalitäten im Fahrplanauskunftssystem INSA erarbeitet. Die Weiterentwicklung der MDV-Internetpräsenz wird vorangetrieben. Vorbereitet wird zudem die Umsetzung der Haltestellenkonzeption; es laufen derzeit Vorbereitungsarbeiten, auch mit den Verkehrsunternehmen. Die mögliche verbundweite Einführung des Dienstes easy.GO wird vorbereitet.

Forschungs- und Entwicklungsvorhaben MOSAIQUE

Die Verbundgesellschaft führt seit 2005 das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben MOSAIQUE durch, das durch das BMWi sowie die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt gefördert wird. Zielsetzung des Projekts ist es, in der Region ein wirksames Verkehrsmanagement aufzubauen, das unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen die Qualität des Verkehrsablaufs erhöht, die Verkehrsteilnehmer besser informiert und die erforderlichen Prozesse optimiert. Im Projekt sollen entsprechende neue Verfahren entwickelt und im Korridor Halle/Leipzig sowie im Raum Döbeln mit der Zielstellung demonstriert werden, diese anschließend in den Dauerbetrieb zu überführen.

In 2009 wurde die inhaltliche Projektarbeit weitgehend zum Abschluss gebracht. Dies beinhaltete den Praxisbetrieb in den einzelnen Demonstratoren und die Auswertung der Ergebnisse.

Folgende wesentliche Teilprojekte hat die MDV im Rahmen von MOSAIQUE bearbeitet:

- Realisierung eines **Anschlusssicherungssystems mit Dynamischer Fahrgastinformation** und die beispielhafte Erprobung in den Demonstratoren Döbeln und Leipzig Messe/BMW
- **Projektbegleitende Marktforschung** mit drei Erhebungswellen in den Demonstratoren Leipzig Messe/BMW und Halle sowie Döbeln durchgeführt. Mit der Durchführung der dritten und letzten Erhebungswelle wurde im Demonstrator Halle begonnen.
- Entwicklung und Umsetzung eines **Tarifoptimierungssystems**
- Realisierung eines **personalisierten Verkehrs-Informations-Dienstes**.

Ausgehend von den Ergebnissen von MOSAIQUE wurde darüber hinaus eine Kooperationsvereinbarung vorbereitet, die den Weiterbetrieb wichtiger Bestandteile von MOSAIQUE dauerhaft sicherstellen soll. Der MDV soll dabei im Auftrag einzelner Projektpartner als Dienstleister fungieren. Die Kooperationsvereinbarung soll ab 2010 ihre Wirkung entfalten.

Zum Start der Demonstratoren im Frühjahr 2009 wurden die in MOSAIQUE entwickelten Bausteine am 24. und 25. Juni in Leipzig und Halle im Rahmen einer Werkstattschau präsentiert. Hierbei konnten sich die Vertreter der Fördermittelgeber des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und der Länderministerien Sachsen-Anhalts und Sachsens sowie Anwender und Projektpartner informieren. Besonders der ausgeprägte Praxisbezug und das realisierte Kooperationsmodell wurden gewürdigt.

Zum Abschluss des Verkehrsforschungsvorhabens MOSAIQUE wurden die Ergebnisse in einer Abschlussveranstaltung am 10. und 11. November 2009 in Leipzig ausführlich präsentiert. Unter dem Titel „Verkehrsforschung in Mitteldeutschland - Symposium zu den Projektergebnissen MOSAIQUE“ wurden die Erkenntnisse der einzelnen Forschungsthemen vorgestellt und Ausblicke auf deren Überführung in die praktischen Umsetzungen gegeben.

Das Projekt MOSAIQUE ging für die Projektpartner Ende November 2009 zu Ende. Für die anstehende Evaluation der Projektergebnisse und für die Arbeiten zur Analyse des Qualitätsmanagement haben der MDV und die Bauhaus-Universität Weimar eine Verlängerung sowie eine Mittelaufstockung bis Ende Februar 2010 beantragt, um Mehraufwendungen abzudecken. Die Laufzeitverlängerung wurde mit Änderungsbescheid vom 25. Mai 2009 und der Aufstockungsantrag des MDV mit Zuwendungsbescheid vom 3. Dezember 2009 bewilligt.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2009

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2009 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 19. Dezember 2008 beschlossen. Er enthielt den Übertrag von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2008 in Höhe von TEUR 155. In der Gesellschafterversammlung am 6. August 2009 wurde zusätzlich beschlossen, von den übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2008 in Höhe von TEUR 112 einen Betrag von TEUR 51 für die Fortführung der Maßnahmen ins Jahr 2009 zu übertragen und den verbleibenden Betrag von TEUR 61 in die Kapitalrücklage einzustellen. Auf dieser Basis erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages sowie durch Fördermittel des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarung mit dem ZVNL sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2009/2010 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus der Vergütung für die Bearbeitung der Nahverkehrspläne für den Burgenlandkreis und den Landkreis Saalekreis.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.461 Erträge einschließlich Fördermittel von TEUR 1.341 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus dem Vorjahr übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.377 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.120 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 257 wurde passiviert. Dabei wurden aus dem laufenden Geschäft TEUR 244 und aus dem MOSAIQUE-Projekt TEUR 13 nicht in Anspruch genommen. Der für 2009 geplante, jedoch nicht verbrauchte projektbezogene Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen (TEUR 27) wird gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26. November 2009 auf den für 2010 geplanten projektbezogenen Erfolgsanteil angerechnet.

Der nicht verbrauchte Zuschuss im laufenden Geschäft betrifft mit TEUR 107 im Wesentlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Einnahmeaufteilungsverfahren. Davon hat die Gesellschafterversammlung am 26. November 2009 in der Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2010 bereits der Übertragung von TEUR 75 nach 2010 zugestimmt. Der darüber hinaus nicht verbrauchte Betrag von TEUR 32 betrifft mit TEUR 18 die in 2009 noch nicht abgeschlossenen Aufträge zur erweiterten Prüfung der neuen EAV-Datenbank und die beihilferechtliche Unterstützung zur DTV-Revision durch Rödl & Partner. Der verbleibende Überschuss von TEUR 137 resultiert aus dem Vergleich mit der Firma Dilax (TEUR 95 abzüglich Rechts- und Beratungskosten von TEUR 5) und den nicht in Anspruch genommenen Eigenmitteln für die Tarifzonenreform (TEUR 45).

Der Überschuss im MOSAIQUE-Projekt ergab sich im Wesentlichen aus den in den einzelnen Jahren unterschiedlichen Anteilen von Fremd- und Eigenleistungen und wird sich über die Laufzeit des Projektes ausgleichen. Die Laufzeit des Projektes wurde bis Februar 2010 verlängert und die Förderung der zusätzlichen Aufwendungen bewilligt. Von den zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen geplanten zusätzlichen Mitteln der sachsen-anhaltischen Gesellschafter wurden 2009 TEUR 7 verbraucht. Der Restbetrag von TEUR 4 wurde als Rückzahlungsverpflichtung passiviert.

Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 182 werden die Gesellschafter entscheiden.

Wesentliche Veränderungen in der Ertragslage gab es nicht.

Die bereinigte Bilanzsumme von TEUR 1.506 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.451) um 3,8 % gestiegen. Auf der Aktivseite übersteigen Anlagenzugänge und der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände aus Fördermittelanträgen den Rückgang der liquiden Mittel. Auf der Passivseite resultiert der Anstieg im Wesentlichen aus Zuführungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse, während sich die Fremdkapitalposten minderten.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2014 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2010 wurde von der Gesellschafterversammlung am 26. November 2009 beschlossen.

Ausblick auf 2010

Ab Oktober 2010 wird die Chipkarte verbundweit ausgegeben werden, sodass alle Fahrgäste des MDV, insbesondere auch die Pendler in den Vorzug der Nutzung dieses modernen Vertriebsmediums kommen. Vorerst werden LVB, HAVAG und DB Regio Chipkarten für Stammkunden ausgeben. Weitere Unternehmen folgen je nach gegebenen technischen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen.

Im Jahr 2009 wurde bei der LVB ein im Rahmen des Projekts MOSAIQUE realisierter Pilot (easy.GO) gestartet, der dem Kunden die Möglichkeit gibt, auf einem Handy unterwegs Fahrplaninformationen in Echt-Zeit zu erhalten. Gleichzeitig kann der Fahrgast für eine gewählte Relation ein Ticket dazukaufen, ein sogenanntes Handy-Ticket. Dieses wird auf dem Handy gespeichert und kann bei einer Kontrolle geprüft werden. Das Handy-Informations- und Ticketangebot soll insbesondere Nicht- und Seltenfahrer ansprechen, die heute mangels Systemkenntnissen teilweise hohe Zugangsbarrieren zum ÖPNV haben.

Easy.GO wird seit Februar 2010 neben Leipzig auch in der Stadt Halle im Rahmen eines erweiterten Feldversuchs getestet. Derzeit prüft eine Arbeitsgruppe aus LVB, HAVAG, DB Regio AG und Veolia Verkehr GmbH sowie OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH und Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH (PNVG) die verbundweite Einführung dieser Anwendung. Diese könnte Anfang 2011 realisiert werden.

Geplant ist die Neuanschaffung von Bordrechnern für OBS und PNVG, für die das Land Sachsen-Anhalt Fördermittel in Aussicht gestellt hat. Mit diesen Geräten kann sowohl die Chipkartenfunktionalität als auch die Anbindung an das Regio-Info-System der NASA realisiert werden.

Kooperationsvereinbarung „Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland“

Die Geschäftsführung beabsichtigt im Frühjahr 2010 den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zum „Intermodalen Verkehrsmanagement Mitteldeutschland“ mit weiteren ca. sechs bis neun Partnern. Damit verbunden ist einerseits der Nutzen der sich aus dieser Kooperation für den MDV und die jeweils Beteiligten ergibt, andererseits soll der MDV als Dienstleister im Auftrag der Kooperationspartner tätig werden. Gegenstand der Kooperationsvereinbarung ist die Organisation der Zusammenarbeit, der Finanzierung und des Datenaustauschs sowie der Datenüberlassung und der damit einhergehenden Nutzungsrechte. Die finanzielle Belastung aus dieser Kooperation beträgt je Partner 10.000 Euro (zzgl. MwSt.) p. a. (maximal), ebenso für den MDV.

Die Gründungsmitglieder der Verkehrsmanagementkooperation sind:

- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)
- Stadt Leipzig
- Stadt Halle
- Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
- Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG)
- Landesbetrieb Bau Sachsen-Anhalt
- Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA).

Das Ziel dieser Kooperation besteht darin, das aus dem Forschungsprojekt MOSAIQUE aufgebaute technische Netzwerk zum Datenmanagement von ÖPNV- und Motorisierten Individualverkehr (MIV)-relevanten Daten dauerhaft zu betreiben und perspektivisch mit den interessierten Unternehmen und Aufgabenträgern fortzuentwickeln. Mittels einer „Datendrehscheibe“ erfolgt die Vernetzung und der Austausch dieser aus unterschiedlichsten Erfassungsquellen stammenden Verkehrsdaten zur jeweiligen Ist-Verkehrslage des ÖPNV und des MIV.

Der Anwendungsnutzen aus dem Betrieb der „Datendrehscheibe“ für den ÖPNV:

- Ausbau der verbundweiten Ist-Fahrplandatenlage,
- Information der Fahrgäste mit den Ist-Fahrplandaten an Haltestellen, über die INSA-Fahrplanauskunft, perspektivisch per Handy usw.,
- Aufbau des Anschlusssicherungssystems zwischen Unternehmen,
- Perspektivischer Aufbau eines unternehmensübergreifenden ÖPNV-Navigationssystems.

Verkehrsplanerische Aufgaben

- Die Verkehrsuntersuchungen im Zusammenhang mit der künftigen verbesserten S-Bahn-Bedienung im Bereich Markkleeberg sowie zum Busbahnhof Oschatz werden in 2010 fortgeführt.
- Die Untersuchung zur Bemessung des Busbahnhofs in Oschatz wird in 2010 fortgeführt.
- Eine weitere Studie beschäftigt sich mit der Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Verknüpfungsstelle Dahlen Bahnhof.
- Mitwirkung bei der Entscheidungsvorbereitung für eine Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in den sächsisch-anhaltischen Raum (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg)
- Erarbeitung einer Konzeption für ein integriertes Verkehrsnetz

Der Schwerpunkt im Bereich **Marktforschung und Qualitätsmanagement** wird im Jahr 2010 die strategische Weiterentwicklung des MDV-Tarifs auf der Grundlage der Marktforschung sein.

Die bewährten **Kommunikationsstrategien** werden auch im Jahr 2010 fortgeführt. Dazu zählen die Herausgabe der Tarifpublikationen und Fahrplanbücher als Basisinformationen sowie der flankierenden Medien wie Kundenzeitschrift und Freizeitpublikationen. Auch der Einsatz des MDV-Infomobils, die Bereitstellung des MDV-Infotelefons und die Nutzung mit LVZ und MZ verhandelter Mediapakete erfolgen weiterhin. Gemeinsam mit der NASA werden im Verlauf des Jahres erweiterte Funktionalitäten im Fahrplanauskunftssystem INSA online geschaltet. Geplant ist außerdem die Weiterentwicklung der MDV-Internetpräsenz. Vorbereitet wird zudem die konsequente Umsetzung des MDV-Haltestellenkonzeptes; hierzu laufen derzeit interne Vorbereitungsarbeiten und Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen. Kommunikativ begleitet wird die Einführung des mobilen Dienstes easy.GO zunächst zum Feldversuch in Halle und Leipzig. Die mögliche verbundweite Einführung wird vorbereitet.

Das Land Sachsen-Anhalt hat beschlossen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die **Entwicklungen aus dem Projekt MOSAIQUE** flächendeckend in Form einer landesweiten Verkehrslage einzusetzen. Das Land Sachsen-Anhalt baut sein Regio-Info-System für Auskünfte und landesweite Anschlusssicherung im ÖPNV aus. Der Freistaat Sachsen hat avisiert, weitere Mittel bereitzustellen, um den Ausbau der Systeme auf sächsischer Seite zu unterstützen und weitere Großräume, wie z. B. Chemnitz technisch so weit aufzurüsten, dass auch diese die Möglichkeit haben, sich der Verkehrsmanagementkooperation anzuschließen. Somit existiert eine hervorragende Basis, die Ergebnisse von MOSAIQUE in eine langfristige und flächendeckende Nutzung zu überführen.

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch wurde zum 17. Oktober 2005 in Kraft gesetzt.

OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kaolinstraße 12
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Abellio Beteiligungsgesellschaft mbH	10	34,00
Hallesche Verkehrs-AG	10	33,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	10	33,00

Gegenstand des Unternehmens:

- I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.
- II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.
- III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Vetter, Wolfdietrich

Beirat:	Vorsitzender	Eigenwillig, Steffen Bedemann, Lutz Dr. Feicht, Hans-Jörg Kupski, Christian Rotzsch, Nicole Scheuerle, Georg Wurzel, Udo
	beratendes Mitglied	Dressel, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH

T€	%
1	1,70

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.549	77	8.511	74	6.502	64	39	0
2.591	23	3.017	26	3.661	36	-426	-14
12	0	5	0	6	0	7	130

Bilanzsumme

11.153	100	11.533	100	10.169	100	-380	-3

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
4.720	42	5.158	45	5.405	53	-438	-8
2.411	22	2.359	20	1.407	14	52	2
86	1	42	0	72	1	44	106
3.927	35	3.954	34	3.280	32	-27	-1
8	0	20	0	5	0	-11	-57

Bilanzsumme

11.153	100	11.533	100	10.169	100	-380	-3

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	10.020	9.382	9.712
sonstige betriebliche Erträge	1.027	1.016	990
Materialaufwand	5.717	5.239	4.982
Personalaufwand	3.603	3.592	3.754
Abschreibungen	1.152	1.027	993
sonstige betriebliche Aufwendungen	833	554	693
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	53	37
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	37	37	37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	164	113	120
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-430	-110	160
sonstige Steuern	9	-13	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-438	-97	149
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-97		-1.352
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-536	-97	-1.203

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4,38	-1,04	1,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	-8,34	-1,85	2,26	%
Cash-Flow:	714	930	1.142	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	93	84	84	T€
Personalaufwandsquote:	32,61	34,54	35,08	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,40	73,30	63,16	%
Eigenkapitalquote:	42,32	44,73	53,15	%
Fremdkapitalquote:	57,68	55,27	46,85	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen

Im Zuge der Durchsetzung des Verkehrskonzeptes wurden im Jahr 2009 rd. 4.266.000 Fahrplankilometer angeboten (Vj.: 4.209.000 Fahrplankilometer).

Eine strukturelle Veränderung wurde mit der Ausgliederung der Anrufbuszentrale im April vorgenommen. Durch eine Zusammenführung mit der Anrufbuszentrale der Vetter GmbH ergeben sich Synergieeffekte und eine höhere Flexibilität beim Einsatz des disponierenden Personals.

Im August erfolgte die Inbetriebnahme der durch die VNG-Erdgastankstellen GmbH auf dem Grundstück der OBS GmbH errichteten Gastankstelle. Aufgrund der räumlichen Nähe zur Tankstelle reduzieren sich die Anfahrtskilometer und Personalaufwendungen für den Betankungsvorgang von derzeit 13 Erdgasfahrzeugen deutlich.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch den Zugang von insgesamt 6 neuen Fahrzeugen im Geschäftsjahr 2009 weitergeführt.

Im Januar 2009 wurde ein Diesel-Neufahrzeug ausgeliefert, für das die Bestellung bereits im Geschäftsjahr 2008 ausgelöst wurde. Hierfür wurde ein Zuschuss des Landkreises in Höhe von TEUR 135 verwendet, der dem Unternehmen bereits im Dezember 2008 zugeflossen war. Im November gingen zwei weitere Diesel-Omnibusse zu, wovon einer mit TEUR 15 bezuschusst wurde. Im Dezember wurden 3 Gas-Standardbusse angeschafft. Die Investition dafür in Höhe von insgesamt TEUR 761 wurde durch Zuschüsse in Höhe von TEUR 300 vom Landkreis und Kredite in Höhe von TEUR 461 finanziert. Das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen betrug im Wirtschaftsjahr 2009 TEUR 1.375, wobei Zuschüsse in Höhe von insgesamt TEUR 450 (davon TEUR 135 bereits in 2008 zugeflossen) eingesetzt wurden und der restliche Finanzbedarf über Kreditaufnahmen gedeckt wurde.

Die Wertberichtigungsquote für KOM reduzierte sich geringfügig aufgrund dieser Investitionen von rd. 66 % im Jahr 2008 auf rd. 64 % im Geschäftsjahr.

Zum 31. Dezember 2009 verfügt das Unternehmen über 99 eigene Omnibusse. Davon sind 7 Fahrzeuge, darunter 4 Gelenkbusse, Anfang des Jahres 2010 verkauft worden. Die Reduzierung des Fahrzeugbestandes und der Ersatz von Altfahrzeugen verbessern die Altersstruktur des Fuhrparks.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2009 verminderten sich die Vermögenswerte des Unternehmens im Vergleich zu 2008 um TEUR 381. Da die Lieferungen der KOM überwiegend zum Jahresende erfolgten, bestehen daraus Forderungen aus abzugsfähiger Vorsteuer. Insgesamt bestehen Forderungen an das Finanzamt in Höhe von TEUR 249.

Passivisch erhöhten sich durch die Investitionskreditaufnahme in Höhe von insgesamt TEUR 940 die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern.

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich geringfügig auf 36,1 % (Vj.: 34,8 %).

Liquidität

Im Geschäftsjahr 2009 verringerte sich der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 684 auf TEUR -3. Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2009 beträgt TEUR 1.142 (Vj.: TEUR 1.782). Aus dem rückwirkend für das Jahr 2008 geltenden neuen Einnahmeverfahren innerhalb des MDV ergab sich für die OBS GmbH eine Rückzahlung für im Wirtschaftsjahr 2008 vorab zugewiesene Einnahmen in Höhe von TEUR 383 (brutto), die in Raten von August bis Oktober vorgenommen wurde. Die Liquidität der Gesellschaft war dennoch gegeben. Dazu trug auch der Verkauf von KOM bei, aus dem TEUR 280 zugeflossen sind; es wurden Buchgewinne in Höhe von TEUR 57 erzielt.

Zur Finanzierung der Investitionen nahm die Gesellschaft neue Darlehen über TEUR 940 auf, TEUR 759 betragen die Tilgungsleistungen. Im Geschäftsjahr 2010 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 865 betragen.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2009 nicht verbessert.

Die Umsatzerlöse - vor Betriebskostenzuschuss - und damit die Betriebsleistung sind um rund TEUR 759 gestiegen. Zum Ausgleich der Mindereinnahmen aus der im April 2009 rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen neuen Einnahmeaufteilung im MDV erhält die OBS GmbH von anderen MDV-Verkehrsunternehmen TEUR 133 (netto) (Vj.: TEUR 161) sowie Durchtarifierungsverluste von TEUR 577 (Vj.: TEUR 549) zugewiesen. In Höhe von TEUR 204 (Vj.: TEUR 204) sind Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen durch das Land Sachsen-Anhalt und den Landkreis Saalekreis ausgewiesen.

Die durch das Unternehmen selbst erzielten Einnahmen (Fahrscheinverkäufe) erhöhten sich im Geschäftsjahr 2009 zum einen durch das verbesserte Serviceangebot, vor allem aber auch durch die Veränderungen im Tarif des MDV um rd. 2,9 %, was eine Stabilisierung der unterjährigen Liquidität der Gesellschaft bewirkte. Weiterhin ergibt sich aus der Abrechnung einer weiteren Schülermonatskarte (11. Monat) aufgrund der veränderten Abrechnungsmodalitäten gegenüber dem Schulamt eine Erhöhung der Einnahmen.

Gegenläufig sind vor allem der Aufwand für Material und bezogene Leistungen (9,1 %), die Abschreibungen (12,2 %) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (50,3 %) gestiegen.

Der Aufwand für Material verringerte sich trotz erhöhten Ersatzteilaufwandes infolge der im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2008 niedrigeren Preise für Treibstoffe um insgesamt TEUR 158. Dem entgegen stieg der Aufwand für bezogene Leistungen im Wirtschaftsjahr 2009 um TEUR 636 - resultierend aus dem verstärkten Einsatz von Subunternehmern und Fremdpersonalen zur Absicherung der zusätzlichen Leistungen sowie dem Aufwand für die Anrufbusdisposition ab April 2009.

Die gestiegenen Abschreibungen spiegeln die verstärkte Investitionstätigkeit der Gesellschaft wider, dieser Trend wird sich fortsetzen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten eine Erhöhung der Versicherungsaufwendungen um TEUR 113 (rd. 74 %) im Vergleich zu 2008. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf den negativen Schadensverlauf des Jahres 2008, der zur Berechnung der Nachlässe herangezogen wird, die dem Unternehmen in vorherigen Wirtschaftsjahren immer gewährt wurden. Durch die mehrheitlich private Gesellschafterstruktur der OBS machte sich ein Übergang von der HDN (Haftpflchtgemeinschaft Deutscher Nahverkehrs- und Versorgungsunternehmen) zur HDNA (Haftpflchtgemeinschaft Deutscher Nahverkehrs- und Versorgungsunternehmen – Allgemein) erforderlich. Daraus ergeben sich weiterhin nachlaufende Zahlungen an die HDN entsprechend deren Statuten.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR
Gesamtumsatz	10.021	9.382
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	-626	-261
davon Buchgewinne	(17)	(142)
Stadtverkehr für HAVAG	1	-6
Mietwagen-/Gelegenheitsverkehr	150	141
davon Buchgewinne	(40)	(68)
Technischer Bereich		
Handelsware/Vermietung	37	29

Im Wirtschaftsjahr 2009 wurden in der Sparte Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG durch den vorübergehenden Einsatz im Straßenbahnersatzverkehr höhere Umsätze erzielt (TEUR 330, Vj.: TEUR 23). Weiterhin konnte durch einen längerfristigen Einsatz im Schienenersatzverkehr für die Bahn weiterer zusätzlicher Umsatz realisiert werden (TEUR 63).

Auf dieser Grundlage konnte der Beitrag zur Kostendeckung im Unternehmen durch die Übernahme zusätzlicher Leistungen gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert werden.

Zur weiteren Ausrichtung der OBS auf ihren Hauptgeschäftszweck und zur Minimierung des Risikos aus dem Reiseverkehr wurden im Jahr 2009 zwei weitere Reisebusse verkauft. Weitere Umsätze konnten durch den verstärkten Einsatz im Schienenersatzverkehr aufgrund eines größeren Auftrages für die Deutsche Bahn erzielt werden.

Zum 1. Januar 2009 trat der neue Haustarif in Kraft. Im Ergebnis der Anfang 2009 erfolgten Tarifgespräche wurde ein Vergütungstarif bis 31. Dezember 2010 ausgehandelt. Er beinhaltet einen Tariflohnanstieg in Höhe von 5 %. Die Jahressonderzahlung wird für die Laufzeit des Vertrages weiterhin ausgesetzt. Eine Erhöhung der arbeitstäglich möglichen Dienstzeit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten soll die Flexibilität des Einsatzes verbessern. Aufgrund des Ausscheidens von Mitarbeitern aus Altersgründen ergibt sich keine relevante Erhöhung des Personalaufwandes.

Risiken

Für das Jahr 2010 bestehen die folgend dargestellten wirtschaftlichen Risiken:

Zum 30. April 2011 laufen die Konzessionen der OBS aus. Zur Wiedererlangung ihrer Genehmigungen muss die OBS im Jahr 2010 an einem Genehmigungswettbewerb zur Erlangung eigenwirtschaftlicher Verkehrsleistungen teilnehmen. Dieser Wettbewerb wird durch den Landkreis Saalekreis voraussichtlich im Mai des Jahres 2010 europaweit bekannt gegeben.

Für die OBS besteht damit das Risiko, im Jahr 2011 ihr Geschäftsfeld - öffentlicher Personennahverkehr - zu verlieren. In diesem Falle würde eine Fortführung des Geschäftsbetriebes der OBS nicht möglich sein. Die OBS hat eine gutachterliche Bewertung des aus einer möglichen Liquidation oder Insolvenz des Unternehmens resultierenden wirtschaftlichen Risikos vornehmen lassen. Das Gutachten kommt zu dem vorläufigen Ergebnis, dass die möglichen wirtschaftlichen Belastungen

- Kündigung der Arbeitnehmer
- Rückzahlung erhaltener Fördermittel
- Rückzahlung erhaltener Darlehen

durch einen Verkauf des Anlagevermögens der OBS ausgeglichen werden können.

Entsprechend wird für diesen Fall eine Liquidation empfohlen, um Auswirkungen auf die übrige Geschäftstätigkeit der Gesellschafter zu vermeiden.

Vorbehaltlich des aus der Verwertung des Fuhrparks zu erwirtschaftenden Verkaufserlöses verbleibt jedoch das Restrisiko eines erforderlichen Nachschusses der Gesellschafter.

Verhandlungen mit der Gewerkschaft Ver.di über die Aufhebung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen zur Minimierung des unternehmerischen Risikos im Falle einer Liquidation endeten ergebnislos. Die Geschäftsführung hat die Gewerkschaft Ver.di schriftlich aufgefordert, der Aufhebung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen zuzustimmen.

Im Vorfeld des Genehmigungswettbewerbes wurden durch die OBS alle erforderlichen Maßnahmen zu einer erfolgreichen Teilnahme am Genehmigungswettbewerb eingeleitet. Die Geschäftsführung schätzt ein, dass auf dieser Grundlage eine erfolgreiche Weiterführung des Unternehmens im Jahre 2011 weit überwiegend gesichert sein wird.

Gemäß Verkehrsfinanzierungsvertrag erhielt die Gesellschaft im Berichtsjahr TEUR 870 (Vj.: TEUR 970) als Betriebskostenzuschuss vom Landkreis Saalekreis. Der Betriebskostenzuschuss war zunächst bis 2009 vereinbart. Da zum 1. Januar 2010 mehr als 70 % der Verkehrsleistungen in Bezug auf die derzeit der OBS bestandskräftig erteilten Genehmigungen erbracht wurden, verlängerte sich der Vertrag um weitere zwei Jahre. Für 2010 ist ein Betriebskostenzuschuss von TEUR 1.300 vereinbart, der die bisher zusätzlichen Zahlungen für die Preisentwicklung von Dieselmotoren beinhaltet. Zahlungen für die Folgejahre können erst nach Abschluss des Genehmigungswettbewerbes erfolgen.

Im Geschäftsjahr 2010 wird bei gegebener Liquidität ein nahezu ausgeglichenes bis leicht negatives Jahresergebnis erwartet.

Saalebus GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Freimfelder Straße 74
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	13	50,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	13	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie im Gelegenheitsverkehr und Reiseverkehr.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Menzel, Doris
Schlicht, Rüdiger

Aufsichtsrat: Vorsitzender: Girard, Francois
Dr. Vetter, Wolfdietrich
Pietsch, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	0	0	0	
302	100	245	100	216	100	57	23

Bilanzsumme

302	100	245	100	216	100	57	23

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
96	32	50	20	42	19	47	94
54	18	44	18	38	17	10	22
152	50	152	62	136	63	1	1

Bilanzsumme

302	100	245	100	216	100	57	23

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
1.715	1.640	1.687
6	7	11
482	483	526
785	716	688
		16
399	450	456
1	1	0
		2
54	-2	10
21	4	10
-13	-14	-14
47	8	14
47	8	14

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,72	0,46	0,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	94,04	18,08	51,29	%
Cash-Flow:	47	8	30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	57	57	59	T€
Personalaufwandsquote:	45,65	43,49	40,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:			0,00	%
Eigenkapitalquote:	31,80	20,21	19,46	%
Fremdkapitalquote:	68,20	79,79	80,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Fahrplan-km	809.215,00	815.032,00	852.144,00	km
Platz-km	60.691.125,00	61.128.000,00	63.911.025,00	km

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Große Ulrichstraße 57
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 50

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	26	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	25	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Beförderungsleistungen aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken, soweit sie nicht unter das Personenbeförderungsgesetz und das Luftverkehrsgesetz fallen
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Milewski, Thomas

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Girard, Francois

stellv. Vorsitzender

Rensmann, Kai

Pietsch, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
53	19	35	13	43	22	18	52
199	73	224	86	155	78	-25	-11
19	7	1	1	1	1	18	1.191

Bilanzsumme

271	100	261	100	199	100	11	4

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
89	33	107	41	83	42	-18	-17
		32	12	32	16	-32	-100
132	49	79	30	55	28	53	66
29	11	21	8	9	4	7	35
21	8	21	8	21	11	0	0

Bilanzsumme

271	100	261	100	199	100	11	4

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.254	1.132	1.089
sonstige betriebliche Erträge	45	11	9
Materialaufwand	97	64	50
Personalaufwand	898	820	779
Abschreibungen	21	22	45
sonstige betriebliche Aufwendungen	252	204	224
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	34	37	3
außerordentliche Aufwendungen	21		
außerordentliches Ergebnis	-21		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	11	
sonstige Steuern	2	2	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	24	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6	24	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,50	2,14	0,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,47	29,12	2,09	%
Cash-Flow:	27	46	47	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	25	23	23	T€
Personalaufwandsquote:	69,11	71,75	70,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	18,97	12,99	19,23	%
Eigenkapitalquote:	32,94	41,18	41,75	%
Fremdkapitalquote:	67,06	58,82	58,25	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	2,71	3,26	0,27	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	22,39	21,79	21,66	TEUR

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Wirtschaftsjahr 2009 wurde durch die gesamtwirtschaftliche Lage, vor allem durch die andauernde Finanzkrise, geprägt und abgeschwächt. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird voraussichtlich bei -5% liegen, dies ist der stärkste Einbruch der Nachkriegszeit. Die zahlreichen Rettungsprogramme der Bundesregierung werden zu einem Großteil zu Haushaltskürzungen in den Ländern führen, wodurch die Kommunen weiter zum Sparen gezwungen sein werden. Dadurch wird auch zukünftig der bestehende Konsolidierungsdruck auf den Hauptauftraggeber, die Hallesche Verkehrs - Aktiengesellschaft, Halle, die Geschäfte der Gesellschaft prägen.

2. Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die Servicegesellschaft Saale mbH (im Folgenden kurz „SGS“) konnte im Geschäftsjahr 2009 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.254 (Vorjahr T€ 1.132) verzeichnen. Davon entfielen T€ 671 (Vorjahr T€ 605) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 530 (Vorjahr T€ 491) auf die Reinigung und T€ 53 (Vorjahr T€ 36) auf den Winterdienst. Die Veränderung im Winterdienst ist durch eine Auftragserweiterung zu erklären. Sowohl im Bereich Reinigung als auch in der Fahrausweisprüfung konnten zusätzliche Umsätze mit der LSB GmbH sowie Dritten realisiert werden, wodurch die Umsätze gesteigert werden konnten.

3. Beschaffung und Investitionen

Die wesentlichen Aufwandspositionen entfallen im Geschäftsjahr 2009 auf Materialaufwand (Fahrzeugkosten, Leasing und Tanken), Miete und Telekommunikation. Dabei wurden bestehende Rahmenverträge bzw. Konditionen anderer Unternehmen genutzt. Investitionen wurden in Höhe von T€ 62 getätigt. Der Hauptteil fällt dabei auf die Beschaffung eines Mehrzweckgeräteträgers, der in der Reinigung sowie dem Winterdienst eingesetzt wird.

Insbesondere der Aufwand für Materialien im Bereich Reinigung liegt jedoch über Vorjahresniveau. Ursache dafür ist, dass die bei Drittgeschäften vorgeschriebenen Reinigungsmittel sehr kostenintensiv sind. Des Weiteren wurden Subunternehmer eingesetzt, um die Leistungsspitzen abzufangen.

Die im Geschäftsjahr 2007 gebildete Ansparabschreibung in Höhe von T€ 32 wurde in diesem Berichtsjahr in Anspruch genommen und somit handelsrechtlich erfolgswirksam aufgelöst. Des Weiteren wurde auf die Anschaffungskosten ein Investitionsabzugsbetrag in Höhe von 40 % nach § 7g Abs. 2 Satz 2 EStG i. V. m. §254 HGB gebildet sowie eine Sonderabschreibung von 20% nach §7g(5) EStG vorgenommen.

4. Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden durch die laufende Geschäftstätigkeit und dem Abbau der Finanzmittel finanziert. Die liquiden Mittel werden auf dem Geschäftskonto bzw. in einem Geldmarktfond gehalten.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 51 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2009 waren es 56.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 898. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einer firmeninternen Arbeitsvertragsrichtlinie. Ausgaben für Aus- und Weiterbildung im Geschäftsjahr betrugen T€ 17.

Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Die Gesellschaft hat dafür einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Berufskrankheiten und schwere Arbeitsunfälle sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die laufenden Änderungen der Hallesche Verkehrs - Aktiengesellschaft, Halle, zur Netzoptimierung haben im Jahr zu einem veränderten Einsatz der Straßenbahnen geführt, wodurch sich für die SGS das Arbeitsaufkommen verschoben hat. Diesem konnte personalseitig durch flexible Arbeitszeitregelung (Stundenkonto) sowie durch zusätzliche Aufträge entgegengewirkt werden.

Zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung wurden die Vorgabenprogramme weiter verbessert und an die Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst.

Durch die im ersten Quartal 2009 schrittweise begonnene Einführung des E-Tickets in der Tarifzone der HAVAG kam es im Laufe des Jahres immer wieder zu Veränderungen im Arbeitsablauf der Fahrausweisprüfung, was auch zu einer Veränderung der Ergebnisse der Fahrausweisprüfung führte.

Die Fahrausweisprüfung konnte aufgrund der guten Leistungen in den Vorjahren durch zusätzliche Beauftragungen von Kontrolltätigkeiten die Geschäftstätigkeit erweitern und einen wesentlichen Anteil der Umsatzsteigerung so generieren.

Im November des Jahres wurden weitere Reinigungsleistungen im Bereich der Fahrzeugreinigung beauftragt. Dies beinhaltet die Beseitigung von Vandalismusschäden in den Fahrzeugen der HAVAG.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die fertig gestellten Haltestellen erweitert, die in Eigenregie beräumt werden. Dies ist vor allem durch die Anschaffung des Mehrzweckgeräteträgers möglich, wodurch die Quantität sowie die Qualität der Leistung verbessert werden konnten.

Im Juli, August und Oktober 2009 wurde die SGS wiederholt von der Stadtwirtschaft Halle für Grund- und Glasreinigungen in Schulen und Kindergärten beauftragt. Der auf einer Ausschreibung beruhende Auftrag ist zur Zufriedenheit des Auftraggebers durchgeführt worden.

In der Gesellschafterversammlung vom 21. April 2009 wurde der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2008 festgestellt. Das Ergebnis wurde in Höhe von T€ 24 an die Gesellschafter ausgeschüttet. Ebenso wurden die Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gesellschaft neu entsendet. Des Weiteren wurde die Bestellung der Mittelrheinischen Treuhand GmbH als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 beschlossen.

Am 15.09.2009 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung die Planung für das Geschäftsjahr 2010 bestätigt sowie die Mittelfristplanung bis 2014 zur Kenntnis genommen.

Die SGS wird in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Die SGS wird dabei vollkonsolidiert. Die umsatzsteuerliche Organschaft besteht seit 01.01.2006 mit der Hallesche Verkehrs - Aktiengesellschaft, Halle.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009 beträgt T€ 53 (Vorjahr T€ 35). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 67, darin enthalten ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 14, der verauslagte Investitionskosten auf ein Mietobjekt beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 89 (Vorjahr T€ 107). Dies sind 33 % (Vorjahr 41 %) der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 168 % (Vorjahr 309 %) durch Eigenkapital finanziert.

2. Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2009 belaufen sich auf T€ 156 (Vorjahr T€ 193). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 29 (Vorjahr T€ 21). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 538 % (Vorjahr 919 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert.

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 13 (Vorjahr T€ 37). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 1,1 % (Vorjahr 3,3 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 6 (Vorjahr T€ 24). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 0,5 % (Vorjahr 2 %).

In den folgenden Jahren wird bei stetigen Umsätzen eine Fortführung des Unternehmenserfolges angestrebt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der Hallesche Verkehrs - Aktiengesellschaft, Halle eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage, über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH wird jedoch auch als wesentliche Chance gesehen. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften können durch die Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen und Synergieeffekte realisiert werden. Daher wird intensiv an einem neuen Leistungsangebot gearbeitet. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH liegen große Potenziale für die SGS.

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Um dies zu erreichen, wird angestrebt in den nächsten zwei Jahren weitere Leistungen im Bereich der Haltestellenreinigung zu übernehmen sowie weitere Spezialleistungen anzubieten. Dadurch soll der Umsatz in diesem Bereich gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet werden.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht.

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wurde weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr wurden die Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur neu eingeschätzt, Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten neu bewertet und Frühwarnindikatoren angepasst. Es erfolgt monatlich eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kaolinstraße 4
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Damm, Bert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
93	5	77	5	90	6	16	21
1.642	92	1.500	92	1.400	91	142	9
48	3	61	4	41	3	-13	-21

Bilanzsumme

1.783	100	1.637	100	1.531	100	146	9

Treuhandvermögen

7	0	7	0	7	0	-0	-0

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
526	29	526	32	757	49	0	0
912	51	753	46	357	23	158	21
346	19	358	22	417	27	-12	-3

Bilanzsumme

1.783	100	1.637	100	1.531	100	146	9

Treuhandverbindlichkeiten

7	0	7	0	7	0	-0	-0

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.646	6.479	4.126
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	373	-631	1.287
sonstige betriebliche Erträge	35	75	247
Materialaufwand	2.709	3.108	3.078
Personalaufwand	1.511	1.554	1.633
Abschreibungen	26	29	42
sonstige betriebliche Aufwendungen	773	1.233	1.132
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	14	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	56	12	-221
sonstige Steuern	6	7	7
Erträge aus Verlustübernahmen			228
aufgrund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	50	6	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-231	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
Ausschüttung		231	

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,07	0,09	-5,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,48	1,12	-30,12	%
Cash-Flow:	76	35	-186	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94	99	93	T€
Personalaufwandsquote:	29,89	26,24	28,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,22	4,64	5,78	%
Eigenkapitalquote:	29,47	32,10	49,44	%
Fremdkapitalquote:	70,53	67,90	50,56	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Darstellung des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT), Halle (Saale), ist als 100%iges Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG), Halle (Saale), am Markt mit folgenden Gewerken tätig:

- Dachdecker,
- Elektro,
- Haustechnik,
- Maler/Bodenleger/Innenausbau,
- Maurer-/Fliesenlegerleistungen,
- Schlüsseldienst.

Wie in den Vorjahren bildeten Leistungen im Sinne von Sanierungen von Gebäuden und baulichen Anlagen, insbesondere im Sanitärbereich, begleitend mit den Leistungen Maurer, Fliesenleger, Elektro, Maler, Fußbodenleger sowie Innenausbau, die Schwerpunkte der Tätigkeiten. Ein wesentlicher Anteil bestand in der teilweise auch komplexen Sanierung von Ausbau-Wohneinheiten (WE) sowie im laufenden Servicegeschäft der GWG in Form von Reparatur-, Wartungs- und Serviceleistungen an den Wohngebäuden der GWG. Neben dem Leistungsanteil für die Gesellschafterin - GWG - wurden auch Leistungen der BHT gegenüber Dritten realisiert.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

2.1. Rahmenbedingungen

Die Leistungsdurchführung der BHT im Geschäftsjahr 2009 basierte zum überwiegenden Teil auf der Grundlagenentscheidung der Gesellschafterin, das Inhouse-Geschäft für das Mutterunternehmen zu intensivieren. Von daher liegen direkte Erfahrungen des BHT-Unternehmens zur Situation am freien Markt nicht für alle Gewerke im gleichen Umfang vor. Die eventuelle Konjunktorentwicklung am freien Markt sowie das strukturelle Niveau der Baubranche kann für die anderen Gewerke nicht eingeschätzt werden. Aus geführten Wettbewerbsbeteiligungen am freien Markt, die im Sinne der „Füllproduktion“ zu werten sind, entsteht jedoch der Eindruck, dass sich in der freien Wirtschaft ein intensiver Konkurrenzkampf vollzieht.

2.2. Geschäftsverlauf

Entsprechend der Orientierung der Gesellschafterin, das Inhouse-Geschäft zwischen der GWG und der BHT zu intensivieren, wurde die Aufgabenzuordnung an zu lösenden Bauprojekten zwischen Mutter- und Tochter-Unternehmen so gestaltet, dass wesentliche Bauaufgaben des Stammhauses durch die BHT realisiert wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass

- der direkte und schnelle Zugriff auf Baukapazitäten der Tochterfirma,
- das vorhandene Insiderwissen des BHT-Teams,
- ein rationelles Arbeiten im Immobilienbestand der GWG und
- eine effektive Nutzung umsatzsteuerlicher Organschaftsmöglichkeiten für das Mutterunternehmen

ermöglichte.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde durch einen Kapazitätsabgleich - abgeleitet aus dem Bauaufkommen der Muttergesellschaft und den zur Verfügung stehenden Kapazitäten der BHT - eine Ablaufkonzeption für 2009 erarbeitet. Dies wiederum ermöglichte erstmals in der Geschichte der BHT eine relativ planmäßige, kontinuierliche Bauabwicklung im Geschäftsjahr 2009.

Leiharbeitskräfte wurden bis auf eine Stelle reduziert. Bei der Durchführung von Bauaufgaben wurde je nach Bedarf auf Subunternehmen zurückgegriffen. Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Ergebnis (vor Abführung) von € 49.823,49 ab.

Wie seit Jahren praktiziert, wurde das bekannte Notdienstprogramm der Muttergesellschaft bis auf die Ausnahme des Aufzugswesens unproblematisch und durch sofortige Verfügbarkeit der BHT-Ressourcen jeweils kurzfristig realisiert. Hierdurch wurde ein wesentlicher Strategieprozess des Mutterunternehmens im Sinne einer hohen Mieterzufriedenheit realisiert. Das Tochterunternehmen hat sich somit als kalkulierbar und zuverlässig gegenüber dem Stammhaus erwiesen.

Das Inhouse-Geschäft wurde im Geschäftsjahr 2009 in der Entwicklung gegenüber dem Jahr 2008 intensiviert. Lediglich das Gewerk Dachdecker war weitestgehend am freien Markt tätig, da für diese Struktureinheit durch die Muttergesellschaft keine wesentlichen Leistungen zu realisieren waren.

Es ergeben sich im Vergleich folgende Anteile:

Umsatzerlöse für die Muttergesellschaft GWG	T€ 3.826 (82%),
Umsatzerlöse für Dritte	T€ 820 (18 %).

Für die Gestaltung des Geschäftsverlaufes standen fortführend aus dem Geschäftsjahr 2008 die Zielstellungen, die Liquidität des Unternehmens auf ein weit positiveres Niveau zu entwickeln und das Betriebsergebnis insgesamt positiv abzuschließen. Wesentliche Kriterien, die zu diesem Erfolg geführt haben, sind in organisatorischen Maßnahmen sowie in der Qualifizierung und Rationalisierung des Führungsmanagements zu sehen.

Die erreichte Liquidität korrespondiert mit dem Jahresergebnis für 2009 (vor Abführung) und ist als absolut positiv einzuordnen.

Die im Geschäftsjahr 2008 begonnene betriebliche Analysetätigkeit wurde zielgerichtet weitergeführt; hieraus leiteten sich intensive und zielgerichtete Weiterbildungen im Bereich der handwerklichen Mitarbeiter sowie der Führungskräfte ab. Die Ausbildung eines Azubis wurde im Geschäftsjahr 2009 planmäßig fortgeführt.

Im Rahmen der Ablaufplanung für das Geschäftsjahr 2009 war es nicht möglich, die zu Jahresbeginn im Stellenplan belegten Kapazitäten an das Unternehmen BHT zu binden. Durch einen konzeptionellen Abgleich zwischen Baubedarf und Leistungsaufkommen der BHT konnten sich insgesamt fünf Planstellen im Geschäftsjahr 2009 nicht ganzjährig halten; der Stellenplan reduzierte sich insgesamt um diese fünf Arbeitsstellen in der Form, dass es zu drei Kündigungen und zwei Aufhebungsverträgen gekommen ist.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.783 gegenüber dem Vorjahr (T€ 1.637) um 8,9 % erhöht. Unverändert zum Vorjahr ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 146 gestiegene Bilanzsumme, hat sich die Eigenkapitalquote auf 29,5% verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur, ergaben sich auf der Aktivseite Veränderungen, insbesondere durch die Erhöhung des Finanzmittelfonds (insgesamt um T€ 160), eine Erhöhung der Forderungen um T€ 18 sowie eine Erhöhung des Anlagevermögen um T€ 16, gegenüber steht eine Verringerung der Vorräte um T€ 35. Auf der Passivseite ist die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen durch die um T€ 158 gestiegenen sonstigen Rückstellungen, die erhaltenen Anzahlungen (T€ 31) sowie die um T€ 13 höheren Verbindlichkeiten gegenüber der GWG, denen eine Verringerung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um T€ 50 gegenübersteht, geprägt.

Der Liquiditätsverlauf der Gesellschaft war jederzeit sichergestellt; Investitionen wurden aus Eigenmitteln getätigt. Der Cashflow liegt bei T€ 202 und der Finanzmittelfond der BHT erhöhte sich auf insgesamt T€ 1.443.

Zurückblickend auf die Ertragslage der Gesellschaft ist festzustellen, dass der Verlauf absolut positiv ist. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 43 auf T€ 55. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Ergebnisbelastung durch Sondereffekte von insgesamt T€ 205, darunter durch Rückstellungszuführungen für Restrukturierungsaufwendungen (T€ 103), im Berichtsjahr zu verzeichnen war. Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Ergebnis von T€ 50 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3. Weitere Entwicklung

3.1. Prognose

Gegenwärtig sind die Kapazitäten der BHT - wie dargestellt - zum überwiegenden Teil für die Muttergesellschaft tätig. Am freien Markt agierte überwiegend das Gewerk Dachdecker. Die weitere Entwicklung des Gewerkes Dachdecker wird momentan bewertet; eine Entscheidung zur weiteren Verfahrensweise für das Geschäftsjahr 2010 wird gemeinsam mit der Gesellschafterin im II. Quartal 2010 festgelegt. Die weiteren Struktureinheiten des BHT-Unternehmens sind ebenfalls unterschiedlich am freien Markt tätig und werden in 2010 mit ca. 80 % für das Inhouse-Geschäft mit der Muttergesellschaft gebunden. Für das Geschäftsjahr 2010 liegt eine konkrete Ablaufplanung vor, die auf der Grundlage der Investitionsplanung sowie der Instandhaltungs- und Wartungsplanung der GWG aufbaut. Kapazitive Änderungen mit wesentlichem Charakter sind für 2010, außer der vorgenannten zu führenden Entscheidung, momentan nicht erkennbar. Die aktuelle Liquidität des Unternehmens ist als positiv einzuordnen.

3.2. Chancen der künftigen Entwicklung

Die 2008 begonnene positive Geschäftsentwicklung unter Beachtung des Inhouse -Geschäftes einerseits sowie eine weitere Qualifizierung und Fortbildung der gewerblichen Mitarbeiter bzw. Führungskräfte andererseits bildet die Grundlage für eine positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2010 und 2011. Grundlage hierfür bildet die notwendige und planmäßige Gestaltung der Bauabwicklung durch das Mutterunternehmen im Rahmen des Inhouse-Geschäftes.

Eine weiter gehende Neuausrichtung / Erweiterung der Geschäftsfelder ist angedacht und befindet sich in der Restrukturierungsphase. Mögliche Leistungen sind die Beseitigung von Graffiti-Schäden im Bereich der Fassaden im Immobilienbestand der GWG, Vogelvergrämung und Fugenabdichtungsarbeiten.

3.3. Risiken der künftigen Entwicklung

Bedingt durch das zwischen der Mutter- und Tochtergesellschaft konsequent durchgeführte Rapportsystem auf der einen Seite sowie das innerbetriebliche Liquiditätsmanagement des Tochterunternehmens auf der anderen Seite können problembehaftete Entwicklungen rechtzeitig erkannt werden. Ein wirksames Mittel zur Gegensteuerung kann auch die Mitwirkung der Innenrevision im Konzernverbund sein.

Wie im letzten Geschäftsjahr ist schwerpunktmäßig der Korruption entgegenzuwirken, da die interne Organisation auf ein höheres Niveau entwickelt wird. Auch die weitere Qualifizierung der Unterschriftenordnung und des 4-Augen-Prinzips sind geeignete Mittel, um in diesem Rahmen erfolgreich zu wirken.

Risikobehaftet ist in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 die momentane Struktureinheit mit den verfügbaren Ressourcen der BHT, die dem Baubedarf im Rahmen des Inhouse-Geschäftes zuzuordnen sind. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass durch konsequente und qualifizierte Führungstätigkeit bei der BHT der jeweilige Prognosezeitraum abgesichert werden kann. Weitere Entwicklungen im Unternehmen, konzeptioneller Art, wie zum Beispiel Lagerwirtschaft, Geschäfts- und Ablauforganisation, sind ständig auf den Prüfstand zu heben und durch entsprechende Anpassungen so zu gestalten, dass die Geschäftstätigkeit 2010 und 2011 insgesamt positiv verlaufen wird.

EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Stadion 5
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Der Zweck des Eigenbetriebes ist die Erbringung gebäudewirtschaftlicher Leistungen zum Raum-, Bewirtschaftungs-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Unterhaltsbedarf an städtischen und städtisch angemieteten Gebäuden einschließlich Neu- und Erweiterungsbau. Die Leistungserbringung erfolgt auf der Basis von Serviceverträgen/-vereinbarungen bezogen auf die dem Verwaltungsvermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude in seiner Gesamtheit.
- (2) Zweck des Eigenbetriebes ist ferner die bedarfsgerechte Steuerung der Versorgung der Organisationseinheiten der Stadtverwaltung mit Gebäuden und Räumen und den dazugehörigen Grundstücken im Rahmen der Serviceverträge und -vereinbarungen.
- (3) Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Eigenbetrieb als ganzheitlicher Dienstleister in folgenden Bereichen tätig:
 - Finanzen, Buchhaltung, Controlling;
 - Verträge, Ausschreibung, Vergabe;
 - Neu- und Erweiterungsbau, Projektplanung;
 - Instandhaltung (Bauunterhaltung/Reparaturen), Instandsetzung (Modernisierung)
 - Umbau und Verbesserung;
 - Flächenmanagement und Betreuung des Mieter-Vermietermodells;
 - Vorbereitung Abriss und Vermarktung;
 - Energiemanagement;
 - Bewirtschaftung;
 - Beschaffung;
 - Gebäudeverwaltung einschließlich der Verwaltung von Leerstandsobjekten;
 - Pflege und Unterhalt der Außenanlagen für Grundstücke;
 - Umzugsmanagement.
- (4) Der Eigenbetrieb kann mit Leistungen nach Absatz 1 auch für städtische Eigenbetriebe, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen tätig werden. Bei Maßnahmen, in die städtische Mittel einfließen, ist die Leistungsübernahme in Form von Betreuung und Kontrolle durch den Eigenbetrieb erforderlich.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Das Unternehmen zeichnet sich verantwortlich für die Betreuung von Immobilien anderer städtischer Unternehmen.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Bielecke, Bernd	(seit 01.07.2008)
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas	
		Dressel, Viola	(bis 30.09.2009)
		Dr. Fiedler, Christian	(bis 26.08.2009)
		Dr. Stark, Regine	(bis 26.08.2009)
		Hopfgarten, Klaus	(seit 26.08.2009)
		Kohlberg, Uwe	(seit 30.09.2009)
		Krause, Johannes	(bis 26.08.2009)
		Menn, Christoph	(seit 26.08.2009)
		Röhr, Christine	
		Sänger, Frank	(bis 26.08.2009)
		Schramm, Rudenz	
		Sprung, Michael	(seit 26.08.2009)
		Töpper, Gernot	(bis 26.08.2009)
		Wildgrube, Martina	(seit 26.08.2009)
		Wolter, Tom	(seit 26.08.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	0	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.036	4	1.113	4	260.408	89	-77	-7
27.206	96	28.478	96	31.168	11	-1.272	-4
44	0	26	0	24	0	18	67

Bilanzsumme

28.285	100	29.617	100	291.600	100	-1.332	-4

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.534	5	1.533	5	247.303	85	1	0
440	2	511	2	13.949	5	-71	-14
4.715	17	4.887	16	5.176	2	-172	-4
21.528	76	22.640	76	25.162	9	-1.112	-5
68	0	46	0	11	0	22	49

Bilanzsumme

28.285	100	29.617	100	291.600	100	-1.332	-4

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
36.710	37.857	35.464
-1.817	-628	-1.237
2.694	3.340	10.645
21.713	23.473	27.256
10.149	11.001	10.585
241	269	8.481
5.449	5.951	6.076
67	230	156
6	0	
95	105	-7.371
10	15	
84	90	92
1	0	-7.462
1	0	-7.462

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	-21,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,04	0,03	-2,93	%
Cash-Flow:	242	270	1.019	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	146	151	156	T€
Personalaufwandsquote:	27,00	27,12	23,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,61	3,72	89,30	%
Eigenkapitalquote:	5,43	5,18	84,81	%
Fremdkapitalquote:	94,57	94,82	15,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Anzahl Gebäude SV	0,00	0,00	414,00	Stück
Anzahl Gebäude VV	0,00	0,00	156,00	Stück
Mietfläche Anmietung Stadt	16.580,00	17.733,00	19.000,00	m²
Mietfläche Drittvermietung	72.684,00	74.853,00	79.000,00	m²
Mietfläche Vermietung an die Stadt	387.498,00	421.236,00	497.000,00	m²

e) Lagebericht

1. Darstellung der Geschäftsfelder und des Geschäftsverlaufes

Die kommunale Vermietung basiert im Jahr 2009, wie in den Jahren zuvor, auf dem Vermieter-Mieter-Modell. Aufgrund von Auflagen des Landesverwaltungsamtes, den Mietbestandteil Abschreibung über die Miete der Stadt Halle (Saale) zu finanzieren, erfolgte gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 die Rückübertragung aller städtischen Grundstücke in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008.

Dies hatte weitreichende Folgen für die Anwendung des Vermieter-Mieter-Modells hinsichtlich der mit den Mietern eingegangenen Vertragsverhältnisse und der Zahlungsmodalitäten. Nur die Stadt Halle (Saale) kann als Eigentümerin Mieten von den Ämtern und Drittnutzern verlangen. Aus diesem Grund wurde eine Servicevereinbarung abgeschlossen, die die Erbringung der Dienstleistungen des EB ZGM an den Grundstücken und dazugehörigen Gebäuden zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Eigenbetrieb regelt. Der EB ZGM bleibt weiterhin ganzheitlicher Dienstleister im Sinne einer Verwaltungsgesellschaft. Dazu gehören die Verwaltung der Mietverträge für die Ämter und Dritte, die Koordinierung und Verrechnung der Betriebskosten, das Flächenmanagement, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen und die Realisierung von investiven Maßnahmen. Der Eigenbetrieb erhält dafür ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis dahin gezahlten Mieten. Die Betriebskosten, die weiterhin den einzelnen Objekten zugeordnet werden, werden dem EB ZGM durch Zahlungen der Mieter ersetzt. Das Ziel dieser Servicevereinbarung besteht in der vollständigen Leistungserbringung an den bebauten städtischen Grundstücken. Durch eine effektive Arbeitsweise des Eigenbetriebes soll die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

Die Realisierung von Investitionsmaßnahmen erfolgte, wie in den Wirtschaftsjahren zuvor, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen mittelbewirtschaftenden Ämtern bzw. Einrichtungen. In Leistungsvereinbarungen wurde der Umfang der Tätigkeit (i. d. R. Bauherrenvertretung bis zur Baufertigstellung und Objektübergabe) geregelt. Dem EB ZGM wurden die Investitionsmittel für die Ausführung der Bauvorhaben von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt. Bei den Investitionen handelte es sich überwiegend um Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden.

Die Gebäudemanagementdienstleistungen für verschiedene Ämter und Einrichtungen wurden auf der Grundlage von Service- bzw. Leistungsvereinbarungen erbracht und in den Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Die Nichtgebäudemanagementdienstleistungen (z. B. Telekommunikation, Post- und Kopierdienst, Fuhrpark, Zentraler Einkauf) wurden auf der Grundlage von Vorgaben der Stadt erbracht und in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Der Mitarbeiterbestand im Eigenbetrieb reduzierte sich von 262 Mitarbeitern per 31. Dezember 2008 auf 256 Mitarbeiter per 31. Dezember 2009. Hauptgrund hierfür sind Renteneintritte und Altersteilzeitmodelle. Von den 256 beschäftigten Mitarbeitern per 31. Dezember 2009 standen dem EB ZGM lediglich 227 Arbeitskräfte zur Verfügung. Grund dafür ist u. a. die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen (16 MA Altersteilzeit-Freizeitphase), Abordnungen und die befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten (3 MA).

Im Wirtschaftsjahr 2009 erfolgte eine Neueinstellung.

2. Vermögens- und Finanzlage

Jahresabschlussanalyse - Vergleich Vermögenslage - Aktiva -

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen = Langfristig gebundenes Vermögen	1.036	3,7	1.113	3,8	-77
Vorräte	19.702	69,6	21.480	72,5	-1.778
Forderungen/RAP	6.785	24,0	809	2,7	5.976
Flüssige Mittel	762	2,7	6.215	21,0	-5.453
Kurzfristig gebundenes Vermögen	27.249	96,3	28.504	96,2	-1.255
	28.285	100,0	29.617	100,0	-1.332

Hauptbestandteil des Vermögens des EB ZGM bildete bis zum 1. Januar 2008 das sogenannte Sondervermögen, das sich fast ausschließlich aus Immobilienvermögen, das aus dem allgemeinen Grundvermögen der Stadtverwaltung Halle (Saale) dem EB ZGM übertragen wurde, zusammensetzte. Aufgrund von Auflagen des Landesverwaltungsamtes und Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 erfolgte die Rückübertragung der städtischen Objekte zur Stadtverwaltung Halle (Saale). Das gesamte **Immobilienvermögen** (Sondervermögen des EB ZGM) ist zum Stichtag 1. Januar 2008 aus der Bilanz des Eigenbetriebes abgegangen.

Der Eigenbetrieb hat auch im Wirtschaftsjahr 2009 gemäß Satzung (§ 2 Zweckbestimmung) an den in das allgemeine Grundvermögen der Stadt rückübertragenen städtischen Gebäuden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen einschließlich Neu- und Erweiterungsbau durchgeführt. An folgenden Bauwerken wurden 2009 wesentliche Baumaßnahmen ausgeführt:

	TEUR
Grundschule Dölau	804
Gertraudenfriedhof (Kolumbarium)	246
Opernhaus	176
Grundschule Büschdorf	118
Georg-Cantor-Gymnasium (TH)	90
	1.434

Im Wirtschaftsjahr 2009 stellte sich die geringe Höhe der vorhandenen Investitionsmittel erneut als Problem dar. Es kam dadurch zu einem weiteren Vermögensverzehr der städtischen Gebäude und baulichen Anlagen.

Die Vorräte betreffen im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Betriebskosten in Höhe von TEUR 19.219 (Vorjahr: TEUR 21.036).

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2009 ständig gesichert. Ausdruck dafür ist der ausgewiesene Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 762 (Vorjahr: TEUR 6.215) sowie die Forderungen an die Stadt Halle (Saale) aus Cash Pool in Höhe von TEUR 4.402 (Vorjahr: TEUR 0).

Jahresabschlussanalyse - Vergleich Vermögenslage - Passiva -

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Passiva					
Eigenkapital	1.534	5,4	1.533	5,2	1
Sonderposten für Investitionszuschüsse	440	1,6	511	1,7	-71
Langfristige Rückstellungen (Altersteilzeit- und Rentenverpflichtungen)	3.650	12,9	4.111	13,9	-461
Langfristig verfügbare Mittel	5.624	19,9	6.155	20,8	-531
Kurzfristige Rückstellungen	1.065	3,8	776	2,6	289
Verbindlichkeiten/RAP	21.596	76,3	22.686	76,6	-1.090
Kurzfristig verfügbare Mittel	22.661	80,1	23.462	79,2	-801
	28.285	100,0	29.617	100,0	-1.332

Zum Bilanzstichtag beträgt die allgemeine Rücklage TEUR 1.508 (Vj.: TEUR 1.508).

Die Rückstellungen entwickelten sich im Wirtschaftsjahr 2009 wie folgt:

	01.01.2009	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerrückstellungen	15	14	0	9	10
Altersteilzeit (ATZ) und Rentenmodell	4.111	461	0	0	3.650
Abschluss- und Prüfungskosten	40	39	0	39	40
Urlaub, Mehrstunden und Jubiläen	193	142	0	216	267
Ungewisse Verbindlichkeiten aus An- und Vermietung	174	4	0	107	277
Rückstellungen für ausstehende Betriebskostenabrechnungen (Anmietung)	354	0	329	339	364
Rückstellung für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	0	0	0	107	107
	4.887	660	329	817	4.715

3. Ertragslage

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden alle Erträge und Aufwendungen aus der Realisierung von durch die Stadt Halle (Saale) an den EB ZGM übertragenen Aufgaben erfasst. Eine organisatorische Trennung der Aufgaben wurde im Wirtschaftsjahr 2009 nicht vorgenommen. Durch die komplexe Untergliederung der Sachkosten ist es möglich, eine Zuordnung der Aufwendungen im Rahmen der Dienstleistungen für die Stadt Halle (Saale), den EB Kita, für Sport und Bäder und andere Einrichtungen vorzunehmen, die an die Stadt und an Dritte weiterberechnet werden.

Auch im Wirtschaftsjahr 2009 führte der Eigenbetrieb wieder Baubetreuungstätigkeiten im Rahmen der satzungsgemäßen Möglichkeiten für Dritte aus.

Zusammensetzung der Umsatzerlöse/betrieblichen Erträge

	2009		2008		Ergebnisveränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung					
Vermietung von angemietetem Vermögen	1.427	3,8	1.465	3,7	-38
Betriebskostenabrechnung	21.007	55,9	21.720	54,2	-713
	22.434	59,7	23.185	57,9	-751
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit					
aus Baubetreuung	77	0,2	20	0,1	57
aus verwaltungsmäßiger Betreuung	10.365	27,6	10.586	26,4	-221
	10.442	27,8	10.606	26,5	-164
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen					
Bestandsveränderung	-1.817	-4,9	-628	-1,6	-1.189
Übrige betriebliche Erträge	2.657	7,1	2.847	7,1	-190
	37.550	100,0	40.076	100,0	-2.526

Die Erlöse aus der Vermietung von angemietetem Vermögen haben sich geringfügig vermindert. Die Verminderung resultiert aus der Reduzierung der Anmietflächen.

Insgesamt ergibt sich ein monatlicher Durchschnittserlös von EUR/qm 7,25 (Vorjahr: EUR/qm 6,88).

Aufgrund der Rückübertragung der städtischen Grundstücke in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 werden wie im Vorjahr keine Erlöse mehr aus der Vermietung von eigenem Vermögen ausgewiesen. Gemäß der Servicevereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) erhält der EB ZGM ab Januar 2008 für die Bewirtschaftung der städtischen bebauten Grundstücke ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bisherigen Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten. Diese Erlöse werden im Posten „Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung“ ausgewiesen.

Die daraus erzielten **Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung** haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 10.586 auf TEUR 10.365 verringert und entfallen mit TEUR 8.311 (Vorjahr: TEUR 8.315) auf Entgelte aus Vermietung an die Stadt sowie mit TEUR 2.054 (Vorjahr: TEUR 2.271) auf Entgelte aus Vermietung an Dritte.

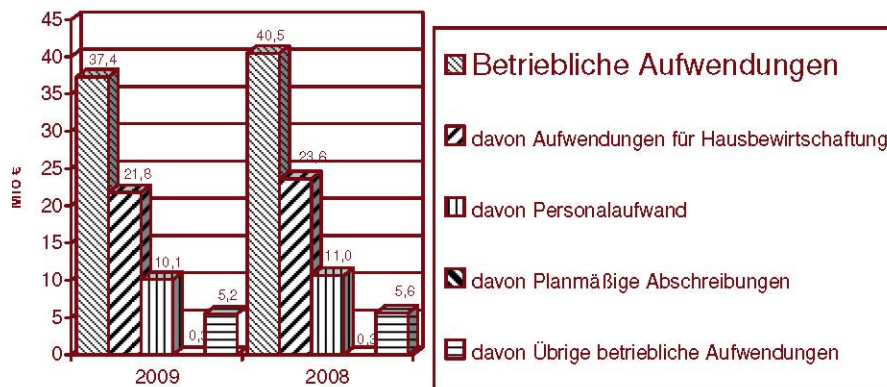
Diese Verminderungen ergeben sich unter anderem aus den Änderungen der Flächennutzungen der Ämter und resultieren vorrangig aus dem Abgang von Gebäuden (Verkauf bzw. Übergabe von Schulobjekten in Lebenszyklus II/Nutzung (kommunale Schulnutzung, Mietflächen für Horte als Drittvermietung)) und der Schließung von Schulen.

Insgesamt ergeben sich für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte folgende monatliche Durchschnittserlöse pro Quadratmeter:

	2009 EUR	Vorjahr EUR
Vermietung an die Stadt Halle (Saale)	1,74	1,55
Vermietung an Dritte	2,40	2,53

Die übrigen betrieblichen Erträge basieren hauptsächlich auf Investitionskostenzuschüssen in Höhe von TEUR 696 (Vorjahr: TEUR 722) sowie Weiterberechnungen an die Stadt in Höhe von TEUR 1.880 (Vorjahr: TEUR 2.016).

Die Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 37.380 (Vorjahr: TEUR 40.495) stellt sich wie folgt dar:



Der Aufwand für Instandhaltung und Instandsetzung betrug im Wirtschaftsjahr 2009 insgesamt TEUR 4.119 (Vorjahr: TEUR 4.849).

Die Personalabrechnung für den EB ZGM wurde wie bereits in den Vorjahren als Dienstleistung durch das Amt für Personalservice der Stadt Halle (Saale) durchgeführt.

Durch Reduzierung der Mitarbeiterzahl im Wirtschaftsjahr 2009 um 11 MA, die Fortführung des Haustarifvertrages bis einschließlich 31. Dezember 2009 und den Verbrauch der ATZ-Rückstellung konnten die Personalaufwendungen 2009 gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2008 um TEUR 852 gesenkt werden.

Die Personalkostenstruktur zeigt folgendes Bild:

	2009	2008	Veränderung
Durchschnittliche Vollzeitstellen	256,12	263,80	-7,68
Löhne und Gehälter in EUR	8.208.215,49	8.732.779,73	-524.564,24
je Vollzeitstelle in EUR	32.048,32	33.103,79	-1.055,47
Aufwand soziale Abgaben (ohne Altersversorgung) in EUR	1.639.697,49	1.895.146,42	-255.448,93
je Vollzeitstelle in EUR	6.402,07	7.184,03	-781,96
Aufwand Altersversorgung in EUR	301.523,14	373.294,00	-71.770,86
je Vollzeitstelle in EUR	1.177,27	1.415,06	-237,79
Summe in EUR	10.149.436,12	11.001.220,15	-851.784,03
je Vollzeitstelle in EUR	39.627,66	41.702,88	-2.075,22

Fazit:

Die Entwicklung der Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2009 ist durch folgende entscheidende Sachverhalte gekennzeichnet:

- Verringerung der **Serviceentgelte/Mieterlöse** insgesamt um TEUR 259 auf TEUR 11.792 (Vorjahr: TEUR 12.051)
- Verringerung der **Erlöse aus Betriebskostenabrechnung** um TEUR 713 auf TEUR 21.007 (Vorjahr: TEUR 21.720)
- Verringerung der **Instandhaltungsaufwendungen** um TEUR 730 auf TEUR 4.119 (Vorjahr: TEUR 4.849)
- Verringerung der **Aufwendungen für Betriebskosten** um TEUR 1.059 auf TEUR 16.340 (Vorjahr: TEUR 17.399)
- Verringerung der **Personalkosten** um TEUR 852 um TEUR 10.149 (Vorjahr: TEUR 11.001)
- Verringerung der **Abschreibung** des Anlagevermögens um TEUR 28 auf TEUR 241 (Vorjahr: TEUR 269).

4. Voraussichtliche Entwicklung einschließlich Chancen und Risiken

Von September 2007 bis März 2008 wurden durch ein externes Beratungsunternehmen Vorschläge zur Umstrukturierung und Neuausrichtung des EigenBetriebs Zentrales GebäudeManagement (EB ZGM) der Stadt Halle (Saale) erarbeitet.

Darin sind die strukturellen, organisatorischen und methodischen Defizite beschrieben, die die Effizienz der Aufgabenerledigung im EB ZGM bis dahin beeinträchtigt haben.

Mit der Erstellung eines Berichtes zum Stand der Reststrukturierung und Neuausrichtung des Eigen- Betriebes Zentrales GebäudeManagement wurden durch den Betriebsleiter die konzeptionellen Grundsätze abgeleitet, nach denen die Neuausrichtung des Eigenbetriebes bislang gestaltet wurde und zukünftig gestaltet wird.

Während bis zum Eintritt des neuen Betriebsleiters Juli 2008 zwei Betriebsleiter die Verantwortung für den Eigenbetrieb getragen haben, gibt es seitdem nur noch einen insgesamt verantwortlichen Betriebsleiter. Eine Aufteilung in zwei Geschäftsbereiche gibt es seitdem nicht mehr.

Die Reststrukturierung des EB ZGM wird in mehreren Teilschritten realisiert. Die Aufgliederung in Teilschritte ist sinnvoll und notwendig, da der Prozess der Umstrukturierung eine große Anzahl von Mitarbeitern betrifft und zu vielfältigen Veränderungen in Arbeitsabläufen, in der Organisation der Arbeit, etc. führt. Von der kompletten Umsetzung aller Reststrukturierungsmaßnahmen in einem Zuge wurde daher Abstand genommen.

Nach der Konzeption sind für den Neustrukturierungsprozess drei Stufen vorgesehen:

- Neuausrichtung Bereich TGA/Infrastruktur - Nichtgebäudemanagementleistungen
- Neuausrichtung Technische Bereiche
- Abrundung der Zielstruktur.

Im ersten Quartal 2009 ist der erste Schritt, die **erste Umsetzungsstufe**, vorbereitet worden, die ab März 2009 vollzogen worden ist.

Ab Juni 2009 trat die Restrukturierung in die **zweite Stufe**.

Abgerundet wird die Restrukturierung durch eine **dritte Stufe**, die im Jahr 2010 folgen wird.

Organisationsänderung Stufe 1

In der ersten Phase wurden die Nichtgebäudemanagementleistungen und damit insbesondere die Bereiche Interner Service und TGA/Infrastruktur neu strukturiert.

Der Teil Mitarbeiter der Nichtgebäudemanagementleistungen, der im Bereich vom Bereich TGA/Infrastruktur tätig war, wurde zum 1. März 2009 in den Bereich „Interner Service“ umgesetzt.

Dies betrifft Mitarbeiter des Pfortendienstes, der Poststelle, des Kopierdienstes, des Fuhrparks/Fahrzeugpools und der Telefonzentrale. Die Nichtgebäudemanagementleistungen, dazu zählen neben den umgesetzten Mitarbeitern aus dem Bereich TGA/Infrastruktur u. a. die Mitarbeiter des Einkaufes, sind damit in einem separaten Bereich gebündelt, dessen Aufgaben im Wesentlichen nicht der Kernaufgabe des EB ZGM (Gebäudedienstleistungen) zuzurechnen sind.

Mit diesem Schritt ist die deutliche Trennung zwischen Gebäude- und Nichtgebäudemanagementleistungen hergestellt worden. Ein möglicher Übergang der Nichtgebäudemanagementleistungen in die Stadtverwaltung wurde dadurch erleichtert.

Die Mitarbeiter des Bereiches TGA/Infrastruktur, die technische und handwerkliche Aufgaben erfüllen, wurden ebenfalls zum 1. März 2009 in den Bereich Objekte 1/Hausmeister umgesetzt. Sie werden dort Teil der Techniker/Havariedienst. Hierzu zählen Mitarbeiter, die Telekommunikations- und Kommunikationsanlagen technisch betreuen, Arbeiten an Heizungs- und Elektronanlagen ausführen und Sicherungsaufgaben an Gebäuden und Anlagen der Stadt wahrnehmen.

Durch die Zusammenführung dieser Aufgaben und die einheitliche Führung der Techniker/Havariedienst ist eine Verbesserung in der Koordinierung und damit der Effizienz angestrebt worden, die inzwischen bereits in Ansätzen erreicht worden ist. Beispielsweise ist es dadurch möglich, die fortlaufende Prüfung der ortsveränderlichen Elektrogeräte in dem erforderlichen Umfang wirtschaftlich und kontinuierlich vorzunehmen.

In den Vorjahren ist dies nur bei ca. 10 % der Geräte erreicht worden. Jetzt gelingt es zwei Mitarbeitern nahezu sämtliche ortsveränderliche Elektrogeräte, die in städtischen Gebäuden Verwendung finden, zu prüfen und die Prüfung ordnungsgemäß zu dokumentieren. Nach diesem Muster soll für weitere Arbeiten eine nachhaltige Effizienzsteigerung erreicht werden.

Im Zuge des ersten Umgestaltungsschrittes wurde eine Koordinationsstelle errichtet, die für die Einsatzplanung, Verfügbarkeit der Hausmeister sowie der Techniker/Havariedienst verantwortlich ist.

Die Auswertung von Hausmeister- und Technikerdienstleistungen wird mit einer neuen technischen Basis, die derzeit eingeführt und einfach zu bedienen sein wird, zuverlässig, effizient und für Kunden in den nutzenden Ämtern nachprüfbar gestaltet.

Organisationsänderung Stufe 2

Die Bildung und Neuformierung der Struktureinheiten im technischen Bereich, d. h. technisches Objektmanagement und Planung, wurde von dem ersten Teilschritt losgelöst. Aufgrund der umfangreichen Umstellungen im EDV-System, insbesondere bei den SAP-Anwendungen, wurde die zeitliche Splittung als sinnvoll und notwendig angesehen.

Die Bereiche „Objekte 1“ und „Objekte 2“ werden in diesem Teilschritt zum „Technischen Objektmanagement“ zusammengefasst und die Objektbereiche neu gegliedert. Die festgestellten Prozessabläufe in den letzten Monaten geben Anlass dazu, die Qualitätssicherung im technischen Bereich stärker zu betrachten. Hier muss eine weitere Straffung dieses Prozesses vorgenommen werden.

Organisationsänderung Stufe 3

Die Stufe 3 der Restrukturierung und Neuausrichtung ergibt das Grundgerüst für die Zielstruktur, die im Weiteren in Einzelaspekten zu qualifizieren sein wird.

Der Bereich Finanzen wird mit dem Controlling verknüpft. Innerhalb des Kaufmännischen Objektmanagements wird ein Betriebscontrolling aufgebaut. Der Bereich Planung wird neu organisiert und wird in Zukunft verstärkt für Fördermittelanträge und die Planung kleinerer Investitionsvorhaben verantwortlich sein; vor allem aber wird er mit effizienten Arbeitsmitteln ausgestattet und Kern der Qualitätssicherung bei den baulichen und technischen Aufgaben sein.

Die organisatorischen Veränderungen im kaufmännischen Bereich fallen in ihrem Umfang geringer aus, haben aber eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Führung der Geschäftsprozesse im Betrieb. Sie werden in den dritten Schritt der Umsetzung integriert.

Ein Bau- und Energiemanagement wird komplett neu aufgebaut und dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Im September 2009 ist die Stelle Revision/Assistent der Betriebsleitung ausgeschrieben worden, die am 1. Juni 2010 schließlich durch einen externen Bewerber besetzt werden konnte.

Der Prozess der Restrukturierung und Neuausrichtung ist allein mit der strukturellen Änderung jedoch noch nicht abgeschlossen. In Zukunft wird es darum gehen, die neuen Strukturen „mit Leben“ zu erfüllen. Das beinhaltet, dass die Arbeitsabläufe weiter analysiert und optimiert werden müssen.

Zusätzlich muss es Veränderungen in den Stellenbesetzungen geben. Jede Stelle soll nach Möglichkeit mit dem Mitarbeiter besetzt werden, der die dafür erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt. Die Ermittlung der vorhandenen Qualifikationen und Ausbildungen der Mitarbeiter/innen, als Voraussetzung für das weitere Fortschreiten des Umstrukturierungsprozesses, ist abgeschlossen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass in einigen Fällen Fachpersonal neu eingestellt werden muss, da innerhalb des EB ZGM keine geeigneten Mitarbeiter vorhanden sind.

Diese Vorgehensweise ist unbedingt geboten, in Anbetracht der ab etwa 2012 einsetzenden massiven Personalreduzierung durch Erreichen des Rentenalters und dergleichen und der damit verbundenen Notwendigkeit, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen.

In den durchgeführten Sitzungen des Betriebsausschusses des EB ZGM wurde regelmäßig über den Stand der Restrukturierung und Neuausrichtung des Betriebes berichtet.

Der Betriebsleiter erläuterte den Ausschussmitgliedern die verschiedenen Stufen der Umstrukturierung - u. a. anhand der Fortentwicklung des Organigramms des EB ZGM - und informierte die Mitglieder über die Ziele und Termine dieses Prozesses und die erreichten Fortschritte.

Im Ergebnis der Restrukturierung soll der EB ZGM als ganzheitlicher Gebäudedienstleister tätig sein und sich auf die damit verbundenen Kernaufgaben konzentrieren können.

Auswirkungen auf die Personalkosten

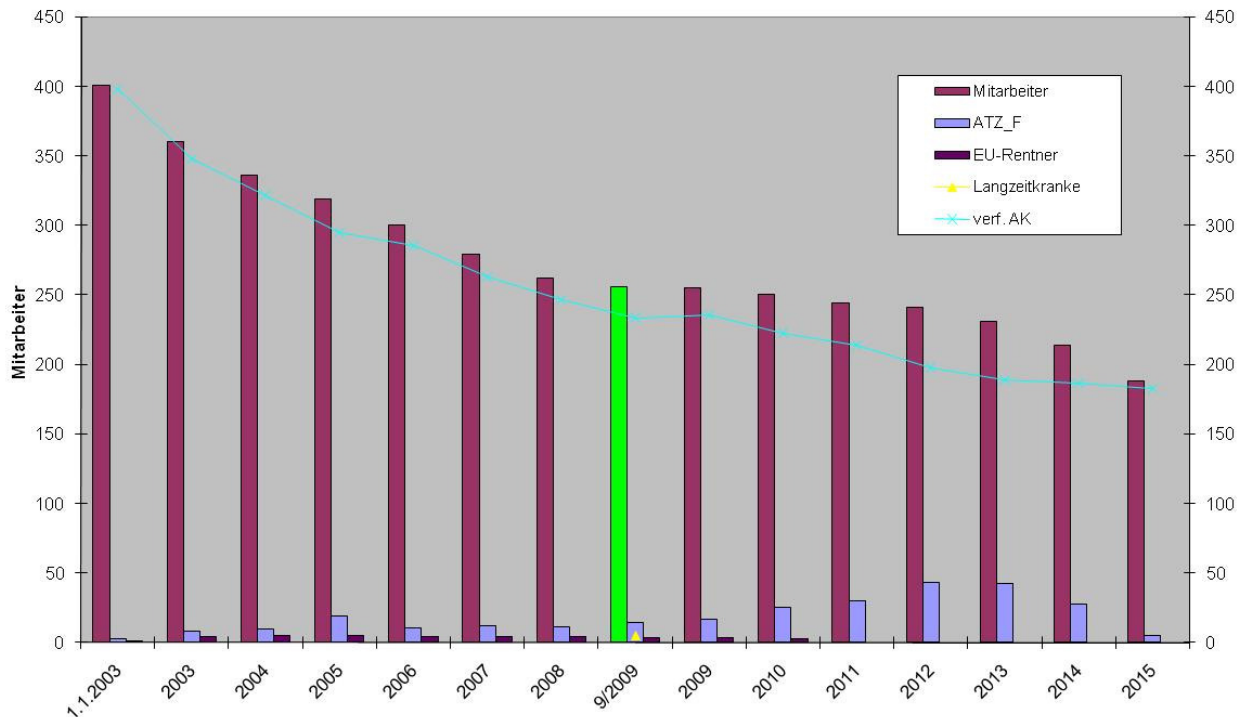
Die neue Struktur des Eigenbetriebes ist wesentlich schlanker und auch flacher. Die Bereichsebene wurde reduziert. Die Abteilungsleiter sind aufgegeben worden. Die Teams werden durch Koordinatoren angeleitet. Diese Maßnahmen sind sowohl als Schritte in Richtung der Optimierung der Arbeitsabläufe als auch zur Reduzierung der Personalkosten anzusehen.

Im Zuge der bisher durchgeführten Restrukturierung und Neuausrichtung gab es keine betriebsbedingten Kündigungen.

Die betroffenen Mitarbeiter wurden bzw. werden in andere Bereiche des Eigenbetriebes umgesetzt. Eine direkte Gehaltsanpassung gab es nicht. Die Restrukturierung und Neuausrichtung hat demnach auch keine kurzfristigen Auswirkungen auf die Reduzierung der Personalkosten. Mittel- und langfristig wird es im Zuge von Ausscheiden und Neubesetzung eine weitere Anpassung des Gehaltes geben. Im Zuge des in den nächsten Jahren verstärkten altersbedingten Ausscheidens vieler Mitarbeiter wird überprüft, ob die jeweilige Stelle weiterhin besetzt sein muss, oder ob die Stelle durch sinnvolle Alternativen (z. B. Aufgabenübertragung, Organisationsänderungen) kompensiert werden kann. Somit werden mittel- bzw. langfristig weitere positive Auswirkungen auf die Personalkosten realisierbar.

Folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Mitarbeiteranzahl seit dem Jahr 2003 (jeweils zum 31. Dezember) und die voraussichtliche Entwicklung bis 2015. Ab dem Jahr 2010 wird die Anzahl lediglich prognostiziert, d. h. das altersbedingte Ausscheiden (Renteneintritt) wird angesetzt. Die derzeit geplanten Neueinstellungen sind berücksichtigt. „Ungeplante“ bzw. „nicht planbare“ Abgänge - beispielsweise in andere Ämter -, die gefördert werden, wenn sie zur Erreichung der Betriebsziele beitragen, sind noch nicht enthalten.

Mitarbeiterentwicklung im EB ZGM



Erkennbar ist, dass sich die Anzahl der Mitarbeiter zwischen 2003 und 2014 etwa halbiert haben wird. Im Eigenbetrieb ZGM wurden zahlreiche Altersteilzeitverträge abgeschlossen. Dies bedeutet, dass sich Mitarbeiter zwei bis fünf Jahre in der Freizeitphase befinden: Die Gehaltszahlung erfolgt weiterhin durch den EB ZGM, allerdings sind diese Mitarbeiter für die Aufgabenerfüllung des Betriebes nicht mehr verfügbar. Vor allem in den Jahren 2011 bis 2014 macht sich dies deutlich bemerkbar. Die notwendige zusätzliche Betriebsleistung muss durch Effizienzsteigerungen erarbeitet werden. Sie steht für andere Zwecke damit nicht zur Verfügung.

Der altersbedingte Abbau der Mitarbeiter wirkt sich auch auf die Personalkosten aus. Folgende Übersicht zeigt die zukünftige Entwicklung der Personalkosten auf Basis der prognostizierten Mitarbeiterzahlen. Lohnerhöhungen im Zuge von möglichen Tarifverhandlungen sind nicht berücksichtigt. Ebenso sind aber auch ungeplante Personalveränderungen nicht berücksichtigt. Bei Neueinstellungen sind nur die derzeit in der Ausschreibung befindlichen Stellen abgebildet.

Zwischen dem kommunalen Arbeitgeberverband, dem Arbeitgeber und der Gewerkschaft ver.di wurde am 1. Dezember 2007 ein Tarifvertrag zur Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für die Beschäftigten des EB ZGM abgeschlossen. Bei Mitarbeitern der Entgeltgruppen bis einschließlich E10 erfolgte eine Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden, bei höheren Entgeltgruppen auf 35 Stunden.

Dieser Haustarifvertrag hatte Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2009.

Im Oktober/November 2009 startete der EB ZGM eine Teilzeitiniziativa zur freiwilligen Stundenabsenkung auf 38 Wochenstunden. Als Ausgleich dafür wurde eine Arbeitsplatzgarantie von fünf Jahren zugesichert.

148 der infrage kommenden 180 Mitarbeiter haben dieses Vertragsangebot ab dem 1. Januar 2010 angenommen.

Stand der Personalentwicklung

Im Jahr 2009 wurden die Qualifikationen der Mitarbeiter analysiert. Im Ergebnis musste festgestellt werden, dass viele Ausbildungsstände nicht den zu verrichteten Tätigkeiten entsprechen. Weiterbildungen und Schulungen fanden in den zurückliegenden Jahren lediglich vereinzelt und nur unsystematisch statt.

Die vorhandenen Ausbildungsstände wurden der Zielstruktur gegenübergestellt. Daraus lässt sich ablesen, wie viele Mitarbeiter eine adäquate Ausbildung für ihre derzeitige Tätigkeit vorweisen können. Defizite gibt es insbesondere in den Bereichen Energiemanagement, Personal, Betriebscontrolling und Immobilienmanagement. Nahezu jeder Mitarbeiter dieser Bereiche hat eine Ausbildung in einem artfremden Beruf. Das vorhandene Fachwissen basiert lediglich auf Aneignung im Eigenstudium sowie aus der praktischen Erfahrung der letzten Jahre. Vor allem in diesen Bereichen wird es in den kommenden Jahren verstärkt Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geben.

Hauptziel der Personalentwicklung ist es, interne und externe Weiterbildungen und Schulungen durchzuführen, um allen Mitarbeitern ein aktuelles fachliches Wissen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu vermitteln. Das Fehlen ausgebildeter Immobilienkaufleute und Energiemanagementfachleute ist ein schwerwiegendes Defizit, da damit die Kernkompetenz eines effizienten Gebäudemanagements verbunden ist.

Neben den geplanten Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wird in Zukunft großes Augenmerk auf die Ausbildung von Azubis gelegt. Im August 2008 haben zwei Schulabgänger die Ausbildung zum Immobilienkaufmann begonnen. Durch die Fokussierung auf die Ausbildungsschwerpunkte „Gebäudemanagement“ und „Bauprojektmanagement“ soll sichergestellt werden, dass dem EB ZGM zukünftig qualifizierte Mitarbeiter mit vertieften Fach- und Branchenkenntnissen zur Verfügung stehen.

Im August 2009 wurde eine Auszubildende zur Immobilienkauffrau eingestellt.

In den nächsten Jahren sollen weitere Auszubildende eingestellt werden. Es wurden Schritte unternommen, um im August 2010 einen Auszubildenden zum Bauzeichner zur Verstärkung des Bereiches Planung und eine/n Auszubildende/n Bürokaufmann/-frau mit dem Schwerpunkt „Rechnungswesen“ einstellen zu können.

In den nächsten Jahren wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, den derzeitigen Mitarbeitern aktuelles Fachwissen zu vermitteln. Gleichzeitig muss die Berufsausbildung fortgesetzt werden, um die in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheidenden Mitarbeiter qualifiziert ersetzen zu können.

Nachdem dies in den zurückliegenden Jahren nicht im erforderlichen Maß vorangebracht worden ist, sind inzwischen erste Schritte in Richtung Personalentwicklung umgesetzt worden.

Optimierung Arbeitsabläufe Beschaffung, Einsatz der EDV-Technik

Die Ersatzinvestitionen von EDV-Technik wurden in der Vergangenheit nicht im erforderlichen Umfang vorgenommen. Im Ergebnis wurden zwar finanzielle Mittel nicht in Anspruch genommen, gleichzeitig war jedoch die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter durch veraltete und dadurch störanfällige EDV-Technik erheblich eingeschränkt und nicht effizient. Im Zuge der Restrukturierung und Neuausrichtung des EB ZGM wurden ca. 75 neue PCs angeschafft. Die Befähigung zum kompetenten Umgang mit dem Arbeitsmittel DV-Technik ist wesentlicher Bestandteil der Qualifizierungsstrategie des Betriebes. Dieser Prozess wird laufend fortgeführt. Einen besonderen Schwerpunkt bildete hierbei die Qualifizierung bei der Anwendung von SAP-Software.

Einführung SAP-Module PM und PS - Abschaffung Vorschaltprogramm

Die SAP-Module PM und PS, die die Bearbeitung von Instandhaltungs-, Investitionsaufgaben im SAP-System ermöglichen, befinden sich im EB ZGM seit Mitte 2009 im Einsatz.

Vorhandene Konzepte, die in der Vergangenheit nicht konsequent umgesetzt wurden, sind auf die aktuellen Gegebenheiten angepasst und zum Einsatz gebracht worden.

In diesem Zusammenhang hat die bisher umfangreichste Qualifizierungsmaßnahme im EB ZGM stattgefunden. Mehr als 40 Mitarbeiter sind im Modul PM, ca. 35 im Modul PS und ca. 40 im Modul MM geschult worden. Außerdem sind ca. 45 Mitarbeiter in den SAP-Grundlagen unterwiesen worden.

Mit der Einführung dieser SAP-Module und den entsprechenden Schulungen wurden die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen, um das eigenentwickelte Vorschaltprogramm ZMP ablösen zu können. Die Eigenentwicklung war nicht mehr auf einem akzeptablen technischen Stand und zudem sehr störanfällig. Im Ergebnis existiert nunmehr eine einheitliche EDV-Landschaft. Mehrfachbearbeitungen konnten dadurch reduziert werden. Entsprechende SAP-Lizenzen sind seit Jahren im EB ZGM vorhanden gewesen; sie wurden bislang allerdings nicht genutzt.

Die hohe zusätzliche Belastung der Mitarbeiter bei der Einführung der EDV-Bausteine hatte wesentlich dazu beigetragen, die Aufteilung zur Restrukturierung in mehreren Schritten vorzunehmen. Letztlich soll vermieden werden, dass sich mehrere Prozesse zu sehr überlagern und sich dadurch die auftretenden Schwierigkeiten potenzieren. Das ist umso wichtiger, weil weitere Schritte zur Verbesserung der EDV-Anwendung und Datenhaltung folgen müssen.

Die Einführung der SAP-Module macht erstmals ein konsequentes Controlling möglich, das damit für das Wirtschaftsjahr 2009 bereits wirksam werden konnte. Dem Hauptgeschäftsprozess kommt dies bereits unmittelbar zugute; es wird ihn nachhaltig verbessern.

Einführung Help-Desk

Die Einführung der SAP-Module ist ergänzt worden durch den Start und die Nutzung des Help-Desk-Systems. Das Help-Desk-System enthält verschiedene Webanwendungen und besitzt eine integrierte Benutzer- und Rollenverwaltung, die auf die einzelnen Webanwendungen referenziert werden.

Die Aufgabenverwaltung ist der zentrale Bestandteil des Systems. Mit diesem Programm ist es möglich, alle von außen eingehenden Nachrichten (Telefon, E-Mail, Brief, Web-Meldungen) wie Kundenprobleme, Störmeldungen etc. in einem System aufzunehmen und zu bearbeiten. Nachrichten, die per E-Mail geschickt werden, werden automatisiert gespeichert und können als Meldung erfasst und bearbeitet werden. Dabei werden verschiedene Angaben wie Priorität, Termin, Kontaktdaten zum Meldenden, Meldungstext und vieles mehr hinterlegt. Jeder Bearbeitungsprozess wird in der Datenbank gespeichert und der Verlauf der Bearbeitung kann in der Meldungshistorie verfolgt werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die Organisationsstruktur der an der Meldungsbearbeitung beteiligten Stellen abzubilden und die Meldungen an zuständige Ansprechpartner und Teams zur Bearbeitung zu verschicken.

Das Help-Desk-System hat eine Schnittstelle zu den SAP-Anwendungen. Doppelerfassungen werden dadurch erheblich reduziert.

Insbesondere mit dem Help-Desk-System soll die Kundenorientierung verbessert werden. Dem Kunden/ Nutzer ist es seit Einführung des Systems möglich, den Stand der Auftragsbearbeitung direkt im System zu erkennen und zu verfolgen. Durch die Verbindung der Sachbearbeiter und Objektmanager mit dem Nutzer/Auftraggeber wird die Orientierung an den Forderungen/Ansprüchen deutlich verbessert; auch die Qualität der Leistungserbringung steigt in diesem Zuge.

Die Vorteile der integrierten Help Desk-Lösung sind:

- für den EB ZGM:
 - Vollständigkeit der Datenbasis zu Meldungen
 - Keine Doppelerfassung
 - Zeit- und Kosteneinsparung
 - Höhere Datenqualität
 - Detaillierte Auswertungen im technischen Bereich
 - Einfach bedienbare Benutzeroberfläche im Internet
- für den Kunden:
 - Help-Desk: Zentrale Stelle für Meldungen aller Art
 - Jederzeitige Erreichbarkeit ist gewährleistet
 - Nachverfolgung aktueller Bearbeitungsstand
 - Qualitätssicherung
 - Je Wirtschaftseinheit ein Ansprechpartner (Automatische Weiterleitung der Meldung an den zuständigen Ansprechpartner)
 - Einfach bedienbare Benutzeroberfläche im Internet

Einführung eines CAFM-Systems

Die Notwendigkeit der Einführung eines CAFM-Systems ist untersucht worden. Es ist von großer Wichtigkeit, dass die Einführung des CAFM-Systems unmittelbar an den Vorgang der Einführung der zusätzlichen SAP-Module und des Help-Desk-Systems anschließt. Aus diesem Grund sind die Vorbereitungen hierzu im Jahr 2009 aufgenommen worden.

Trotz des hohen Aufwandes bei der Umsetzung ist die Einführung eines CAFM-Systems zur Effizienzsteigerung und Bewältigung der Datenflut unumgänglich. Ein CAFM-System kann in erheblichem Maß zur geplanten Zusammenführung der bestehenden Objektbereiche beitragen und ist daher als ein wichtiger Baustein des Restrukturierungsprozesses anzusehen.

Derzeit laufen die konkreten Vorbereitungen zur Einführung eines CAFM-Systems, das auch von den Stadtwerken angewendet wird.

Qualifizierung des Controllings

In der Vergangenheit war das Controlling des Eigenbetriebes ZGM nur rudimentär ausgebildet. Im Zuge der Restrukturierung und Neuausrichtung wurde das Controlling als Steuerungsunterstützungs- und Informationsinstrument ausgebaut. Dazu wurde als erster Schritt ein auf Kennzahlen beruhendes Berichtswesen aufgebaut. Durch eine monatliche, quartalsweise bzw. jährliche Berichterstattung ist es inzwischen möglich, Fehlentwicklungen eher zu erkennen, sodass gegengesteuert werden kann (Frühwarnsystem). Gleichzeitig bietet das Berichtswesen die Möglichkeit, die kaufmännische Entwicklung des Eigenbetriebes abzubilden. Entscheidungen können auf dieser Grundlage fundiert getroffen werden.

Einführung eines elektronisch unterstützten Inventurverfahrens

Die Inventur ist 2008/2009 erstmals unter Nutzung eines elektronisch unterstützten Inventurverfahrens durchgeführt worden.

Die bisher gehandhabte körperliche Bestandsaufnahme mit nachfolgender schriftlicher Dokumentation der Inventurergebnisse wurde ab der aktuellen Inventur zum 31. Dezember 2008 mit Hilfe mobiler Erfassungsgeräte und der Software KomGIS+ INV weitgehend elektronisch abgelöst.

Dazu wurden alle zu erfassenden Inventurgüter mit Barcodes gekennzeichnet. Mit Unterstützung sogenannter Pocket PCs mit integriertem Barcode-Scanner wurden die Barcodes eingescannt und automatisch mit dem in der Anlagenbuchhaltung vorhandenen Anlagenbestand abgeglichen. Abweichungen wurden automatisch registriert und anschließend entsprechende Buchungslisten für die Korrektur in der Anlagenbuchhaltung erstellt.

Eine erhebliche Reduzierung des personellen und zeitlichen Aufwandes ist somit realisierbar.

Im März 2009 wurde die Organisationsanweisung 01/2009 „Inventurrichtlinie zur Erfassung der Vermögensgegenstände des Eigenbetriebes“ von der Betriebsleitung erlassen. Diese Inventurrichtlinie bildet die Grundlage für die zukünftig durchzuführenden Inventuren und für die Aufstellung der Inventare. Sie soll sicherstellen, dass die Erfassung und Bewertung des Vermögens im EB ZGM einheitlich, vollständig und nach gleichen Kriterien erfolgt.

Außenauftritt des EB ZGM

Der Außenauftritt des EB ZGM hat bisher wenig zu einem angemessenen Bild des EigenBetriebs Zentrales GebäudeManagement beigetragen.

Ein wichtiger Schritt, um daran etwas zu ändern, war die Einführung einer Dienstkleidung, die die Mitarbeiter als Beschäftigte des EB ZGM ausweist und einem zeitgemäßen Standard entspricht. Dazu wurden die Hausmeister mit einer einheitlichen Arbeitskleidung ausgerüstet, die das Logo des Eigenbetriebes trägt. Die Dienstkleidung der Pförtner ist komplettiert worden. Auch die Pförtner sind daran als Mitarbeiter des Eigenbetriebes erkennbar. Durch ein Namensschild können sie von jedem Besucher der Stadt persönlich angesprochen werden. Die Tontechniker, die die Audiotechnik bei städtischen Veranstaltung unterschiedlichster Art bedienen und dabei in der Öffentlichkeit stehen, sind eine weitere Gruppe, die über eine Dienstkleidung verfügt, die geeignet ist, ein gutes und zeitgemäßes Bild von den Mitarbeitern und vom Betrieb zu vermitteln.

Für Präsentationen ist ein einheitliches und ansprechendes Layout entwickelt worden.

Die Erstellung einer Internetseite, die sich an die Nutzer der bewirtschafteten Gebäude richtet und neue Funktionalitäten bietet, ist in Vorbereitung.

Nichtgebäudemanagementleistungen

Im Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Restrukturierung 18. Juli 2007 wurde beschlossen, dass die Nichtgebäudemanagementleistungen an die Stadt übertragen werden. Im EB ZGM sind die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen getroffen worden. Einer Umsetzung steht auf Seiten des Betriebes nichts entgegen.

Wie bereits in 2008, wurde dem Eigenbetrieb der in 2007 als städtischer Zuschuss ausgewiesene Betrag nicht mehr gezahlt, allerdings erbringt der EB ZGM weiterhin Leistungen, die nicht zum Gebäudemanagement zählen, die aber bisher mit diesen Zuschusszahlungen zu großen Teilen abgegolten worden sind. Die darin enthaltenen nicht umlegbaren Kostenbestandteile wurden durch den EB ZGM getragen und müssen durch den Eigenbetrieb mit geeigneten Maßnahmen kompensiert werden.

Unabhängig davon, wie die Nichtgebäudemanagementleistungen letztendlich organisiert werden, wurden auch hier bereits nachhaltige Maßnahmen zur Effizienzsteigerung realisiert.

Der Wirtschaftsplang für das Jahr 2010 wurde umfassend überarbeitet.

Am 16. März 2010 wurde dieser im Betriebsausschuss bestätigt und am 26. Mai 2010 im Stadtrat beschlossen.

Am 18. Mai 2010 wurde der Plan zum Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt gesandt. Die Genehmigung steht derzeit noch aus.

Der Wirtschaftsplang sieht für 2010 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Der Plan für das Wirtschaftsjahr 2011 soll dem Betriebsausschuss im September 2010 vorgestellt werden.

Wesentliche **kurzfristige** Chancen und Risiken werden derzeit keine gesehen.

Gleichwohl werden nach jetziger Darstellung des Betriebsleiters des EB ZGM in den kommenden Jahren Risiken aufgrund der zu geringen Serviceentgelte entstehen.

Eine kostendeckende Finanzierung der Bewirtschaftung und bedarfsgerechte Instandhaltung/-setzung ist mit derzeit zu erwartenden Entgelten nicht zu gewährleisten. Die Instandhaltungsmittel werden inzwischen nahezu ausschließlich für Notreparaturen an den städtischen Gebäuden verwendet. Für planmäßige Instandhaltungs- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen sind die notwendigen finanziellen Mittel nicht mehr vorrätig.

Diese Situation wurde bei der Beschlussfassung zum Wirtschaftsplang 2010 durch den Betriebsausschuss erörtert.

Der Betriebsleiter ist im Ergebnis der Erörterung beauftragt worden, die Höhe eines kostendeckenden Serviceentgelts zu ermitteln und über die Zahlung eines Serviceentgelts in dieser Höhe in Verhandlung zu treten.

Eine vom EB ZGM angestrebte Erhöhung des Serviceentgeltes konnte jedoch nicht erreicht werden.

Wird zukünftig die bedarfsgerechte Bereitstellung der finanziellen Mittel durch die Stadt Halle (Saale) in Form eines Serviceentgeltes (zur Deckung der Bewirtschaftungskosten) und Auslagenerstattung laut Servicevereinbarung erreicht, wird die Liquidität des EB ZGM gesichert sein.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Bruchsee 14
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 12.782

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kozyk, Jana

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo	
	stellv. Vorsitzender	Misch, Werner	(bis 09.09.2009)
		Becker, Christian	(bis 09.09.2009)
		Dr. Fiedler, Christian	(seit 10.09.2009)
		Dr. Pohlack, Thomas	
		Dr. Schwabe, Hartmut	(bis 09.09.2009)
		Koehn, Gottfried	(seit 10.09.2009)
		Krausbeck, Elisabeth	(seit 10.09.2009)
		Kriedemann, Angelika	(seit 10.09.2009)
		Raschke, Peter	

Aufsichtsrat:

Schachtschneider, Andreas	(seit 10.09.2009)
Schindler, Martina	(bis 09.09.2009)
Schuster, Manfred	(bis 09.09.2009)
Tittel, Volker	(seit 10.09.2009)
Zeidler, Michael	(bis 09.09.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	15	15	17

c) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2009		2008		2007		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	308.602	89	308.095	88	309.028	84	507	0
Umlaufvermögen	36.522	11	42.934	12	59.815	16	-6.412	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	89	0	78	0	80	0	11	14

Bilanzsumme

345.213	100	351.107	100	368.923	100	-5.894	-2

Treuhandvermögen

5.589	0	4.296	0	4.064	0	1.293	30

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	167.704	49	168.630	48	176.827	48	-926	-1
Sonderposten für Investitionszulagen	9.483	3	9.774	3	9.996	3	-291	-3
Rückstellungen	12.427	4	13.776	4	14.830	4	-1.349	-10
Verbindlichkeiten	155.108	45	158.759	45	167.090	45	-3.651	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	490	0	168	0	180	0	322	192

Bilanzsumme

345.213	100	351.107	100	368.923	100	-5.894	-2

Treuhandverbindlichkeiten

5.589	0	4.296	0	4.064	0	1.293	30

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	45.136	45.496	45.615
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	111	197	243
andere aktivierte Eigenleistungen	244	239	562
sonstige betriebliche Erträge	1.398	1.517	2.482
Materialaufwand	20.017	20.248	19.007
Personalaufwand	4.887	4.745	4.812
Abschreibungen	6.201	6.174	6.068
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.401	1.797	1.926
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	50	6	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	25	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.166	1.943	1.760
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0	228
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.373	7.568	7.855
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.225	8.892	10.747
außerordentliche Erträge	1.631	2.877	1.127
außerordentliche Aufwendungen	1.817	2.375	4.206
außerordentliches Ergebnis	-186	501	-3.078
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	383	535	-99
sonstige Steuern	2	3	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7.653	8.855	7.765
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	187	489	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-264	-11.323	777
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.075	8.458	6.989
Ausschüttung	1.029	12.209	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,96	19,46	17,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,76	5,53	4,57	%
Cash-Flow ¹⁾ :	13.854	15.029	13.854	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	434	402	411	T€
Personalaufwandsquote ²⁾ :	10,42	10,00	9,84	%

¹⁾ ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zuschreibungen

²⁾ unter Einbeziehung der Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,22	87,58	83,53	%
Eigenkapitalquote:	48,58	48,03	47,93	%
Fremdkapitalquote:	51,42	51,97	52,07	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Wohneinheiten	10.708,00	10.973,00	11.265,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	13,24	13,33	13,50	%
Gewerbeeinheiten	111,00	113,00	119,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	15,32	18,58	25,20	%

e) Lagebericht

Inhalt

- 1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses
 - 1.1 Rahmenbedingungen
 - 1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf
 - 1.2.1 Internationale Bauausstellung (IBA) 2010
 - 1.2.2 Modernisierung im Bestand
 - 1.2.3 Umsetzung des Sanierungskonzeptes nach § 6a Altschuldenhilfegesetz
 - 1.2.4 Moderne Wohnkonzepte
 - 1.2.5 Soziale Verantwortung
 - 1.2.6 Familienfreundliche Personalentwicklung
 - 1.2.7 Risikomanagement im Konzern
 - 1.3 Wirtschaftliche Lage
 - 1.3.1 Vermögenslage
 - 1.3.2 Finanzlage
 - 1.3.3 Ertragslage
- 2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)
- 3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)
 - 3.1 Chancen der künftigen Entwicklung
 - 3.2 Risiken der künftigen Entwicklung
- 4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)
- 5 Finanzinstrumente

Anlage:

Finanzielle Leistungsindikatoren

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

Die Anforderungen an das Handeln der wohnungswirtschaftlichen Unternehmen wachsen. Demografischer Wandel, sozioökonomische Entwicklungstendenzen und die Verstärkung sozialer Ungleichheiten beeinflussen das unternehmerische Umfeld. Sich ändernde politische Rahmenbedingungen, der technische Fortschritt und die Globalisierung stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen.

Mit dem demografischen Wandel verbunden sind auch regional unterschiedlich ausgeprägte, weit reichende **strukturelle Verwerfungen in der Bevölkerungsstruktur**: Die Alterung der Bevölkerung geht einher mit einer deutlichen Verschiebung der Proportionen zwischen jungen, mittleren und älteren Altersgruppen.

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit den stärksten Auswirkungen des demografischen Wandels. Das betrifft hinsichtlich der Veränderungen seit 1990 sowohl die Entwicklung der Einwohnerzahl insgesamt als auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht. Lebten 1990 noch ca. 2,90 Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt, verringerte sich die Einwohnerzahl bis Ende 2008 auf 2,38 Millionen. Die 4. regionalisierte Bevölkerungsprognose sagt für 2025 einen weiteren Rückgang der Bevölkerung auf etwa 1,98 Millionen voraus. **Sachsen-Anhalt verliert somit jedes Jahr Einwohner in der Größe einer Kleinstadt.** Zudem vollzieht sich dieser Rückgang sehr heterogen. Wird für die kreisfreie Stadt Halle (Saale) ein Rückgang von 12 % erwartet, beläuft sich dieser für die Landkreise auf über 22 % im Durchschnitt.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009
Stadt Halle (Saale)	235.959	233.874	232.267	230.900	230.377
dar. Halle-Neustadt	50.293	48.931	47.583	46.419	45.770

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Sachsen-Anhalt soll sich nach offiziellen Prognosen zum „ältesten“ Bundesland Europas entwickeln. Es wird vorhergesagt, dass der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von ca. 24 % in 2008 auf fast 31 % in 2025 steigen wird. Für Halle (Saale) wird dieser Anteil mit rund 25 % (23 % in 2008) angegeben.

In **Halle (Saale)** leben nach Informationen des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt derzeit noch die **jüngsten Einwohner** mit einem Durchschnittsalter von **44,6 Jahren**. Im Jahr 2025 wird jedoch auch in Halle (Saale) mehr als die Hälfte der Einwohner über 50 Jahre alt sein.

Das Armutsrisiko ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich verteilt. Während in den östlichen Ländern einschließlich Berlin im Jahr 2007 fast 20 % der Bevölkerung als armutsgefährdet galten, lag die Quote in den übrigen Bundesländern mit rund 13 % deutlich darunter. Das geht aus Berechnungen des Mikrozensus für das Jahr 2007 hervor, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projektes „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ erstmals durchgeführt wurden. Die **Armutsgefährdungsquote** wird gemäß der Europäischen Union definiert als Anteil der Personen, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen müssen. Das höchste Armutsrisiko tragen Arbeitslose sowie Alleinerziehende und deren Kinder.

Sachsen-Anhalt weist mit 21,5 % nach Mecklenburg-Vorpommern die zweithöchste Armutsquote in Deutschland auf. Dabei herrschte im Süden Sachsens in der Region Halle (Saale), Mansfeld-Südharz, Saalekreis und Burgenlandkreis mit 22,9 % die größte Armut. Der im Mai 2009 veröffentlichte **Armuts-Report der Stadt Halle (Saale)** unterstreicht diese Entwicklungen. Die Zahl der als arm geltenden Haushalte hat sich zwischen 1999 und 2007 von 9 auf 12 % erhöht. Weitere 16 % der Haushalte sind von Armut bedroht. In diesem Bericht wird zudem die soziale Segregation beschrieben und verdeutlicht.

Das seit 2002 jährlich aufgelegte Programm „**Stadtumbau-Ost**“ kommt zuallererst den Menschen zugute, die in umzustrukturierenden Stadtteilen leben. Ergänzend konnte eine weitere Anpassung der Stadtstruktur an den veränderten Wohnbedarf sowie eine **wirtschaftliche Stabilisierung** der in diesen Stadtgebieten tätigen Wohnungsunternehmen erreicht werden. Der **Segregation entgegenzuwirken** ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Auch zur Vermeidung dieser kaum umkehrbaren Aufspaltung der Bevölkerung hat sich das Förderprogramm als geeignet herausgestellt.

1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf

Finanzkrise, anhaltend schwierige Marktbedingungen sowie die Verpflichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) haben den Geschäftsverlauf im Jahr 2009 beeinflusst. Die GWG kann dennoch wieder auf ein positives Jahr zurückblicken.

Das Geschäftsjahr 2009 ist erneut mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von T€ 7.653 abgeschlossen worden. Das Ergebnis wurde im Wesentlichen durch die weitere **Optimierung** von **Geschäftsprozessen** und die **Senkung** von **Leerstandsverlusten** erzielt.

Wichtige betriebswirtschaftliche Kennziffern konnten positiv gestaltet werden. Das belegen neben dem unternehmensinternen Controllingsystem die betriebswirtschaftlichen Analysen Dritter sowie die seit 2003 jährlich erteilte **Notenbankfähigkeit der Bundesbank**. Die Gesellschaft ist nach diesen Beurteilungen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche sehr gut aufgestellt.

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2009 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2009		31.12.2008	
	Anzahl	Fläche (m ²)	Anzahl	Fläche (m ²)
Wohneinheiten	10.708	604.881	10.973	618.178
Gewerbeeinheiten	111	13.951	113	14.070
	10.819	618.832	11.086	632.248

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 15 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) sowie im Seepark Salzmünde mit insgesamt 567 Wohn- und Gewerbeeinheiten auf einer Fläche von 30.787 m².

1.2.1 Internationale Bauausstellung (IBA) 2010

Der modellhafte Umbau des Wohngebäudes Oleanderweg 25 - 45 als Beitrag der GWG zur Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau 2010 in Sachsen-Anhalt wurde im Geschäftsjahr 2009 fortgeführt. **Ende November 2009** war die **Umgestaltung** des Gebäudes **weitestgehend abgeschlossen** und **alle Wohnungen bereits vermietet**. Die GWG setzt damit das einzige Wohnungsbauvorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen der IBA 2010 um.

Im Ergebnis des Um- und Teilerückbaus des vorhandenen Wohngebäudes ist ein gestaffelter Baukörper entstanden. Aus ehemals 125 nahezu gleich geschnittenen Wohneinheiten entstanden 71 Zwei- bis Vier-Raum-Wohnungen mit unterschiedlichen Grundriss- und Ausstattungsvarianten. Zehn in das Gebäude integrierte Einfamilienhäuser (Erdgeschoss und erstes Obergeschoss), so genannte „Townhäuser“ mit separatem Hauseingang, runden das vollkommen neuartige Angebot mit zeitgemäßem und modernem Wohnkomfort ab.

Der Umbau des Gebäudes Oleanderweg 25 - 45 wird neben der Förderung des Teilerückbaus mit Fördermitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ in Höhe von T€ 1.350 unterstützt, von denen die Stadt Halle (Saale) ein Drittel selbst aufbringt. Bis zum 31. Dezember 2009 wurden an die Gesellschaft T€ 1.015 ausgezahlt.

Ein weiterer Finanzierungsbaustein für das Umbauprojekt ist die Fremdfinanzierung über die zinsgünstigen KfW-Programme „CO2-Gebäudesanierung“ sowie „Wohnraum-Modernisieren“ in Höhe von T€ 4.400. Die Darlehen werden von der Saalesparkasse gewährt, davon wurden im Geschäftsjahr 2009 bereits T€ 2.300 valutiert. Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bewilligte darüber hinaus einen Zuschuss für die energetische Sanierung in Höhe von T€ 210. Die GWG hat damit alle denkbaren Möglichkeiten einer günstigen Finanzierung genutzt, um die erforderlichen Mieten im Verhältnis zu den Baukosten bezahlbar zu gestalten.

1.2.2 Modernisierung im Bestand

Neben dem Abriss von verlustbringenden Wohnungsbeständen hat sich die Modernisierung und Sanierung des Kernbestandes und die zielgruppenspezifische Produktentwicklung weiterhin mit Erfolg auf die Leerstandsentwicklung ausgewirkt. Die **Leerstandsquote** im Gesamtbestand **entwickelte sich rückläufig** von 13,4 % per 31. Dezember 2008 auf 13,3 % per 31. Dezember 2009. Im marktaktiven Kernbestand war zum Stichtag 31. Dezember 2009 ein Leerstand von 10,2 % zu verzeichnen. Komplette leer gezogene und nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen sind dabei nicht mehr Bestandteil der Betrachtung.

Die durch den Leerstand verursachte **Erlösschmälerung** an der Sollmiete **reduzierte sich** im Geschäftsjahr 2009 um T€ 215 auf T€ 4.244 (11,8 %).

Im Rahmen des Stadtumbaus kommt der Standortaufwertung zentrale Bedeutung zu. Die GWG hat deshalb auch im Geschäftsjahr 2009 ihr **anspruchsvolles Investitionsprogramm weiter fortgesetzt**. Die Investitionen in den Kernbestand haben im Geschäftsjahr 2009 wiederum dazu beigetragen, die **Zufriedenheit der Mieter und Interessenten** weiter zu erhöhen. Alle Maßnahmen sind verbunden mit einem hohen Maß an sozialer Kompetenz und Engagement am Standort. Die **GWG betreibt** damit aktiv **Stadtteilpolitik**.

Die Schaffung eines neuen Angebotes für Studenten und Auszubildende unter der Dachmarke „Blockhouse-City“ sowie Ergänzungsinvestitionen an drei Wohngebäuden waren wesentliche Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2009. Außerdem wurden sowohl die Angebote für attraktives Familienwohnen durch die Fortführung des Umbaus geeigneter Wohnungen und die **familienfreundliche Umgestaltung des Innenhofes** im Quartier „**An den Weinbergwiesen**“ als auch die Angebote von preiswerten Wohnungen mit solider Ausstattung in dafür ausgewählten Objekten in 2009 weiter vergrößert.

Im Geschäftsjahr 2009 durchgeführte Bestandsinvestitionen:

	T€
Modernisierung	3.496
Instandsetzung	3.796
Instandhaltung	1.440
Modellhafter Umbau	5.053
Gesamt	13.785

90,5 % der im Geschäftsjahr 2009 beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen konnten an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt vergeben werden.

Neben dem Oleanderweg 25 - 45 wurde eine weitere Investitionsmaßnahme mit einem zinsgünstigen KfW-Darlehen (T€ 500) finanziert. Alle anderen Investitionen wurden aus Eigenmitteln getragen.

Öffentliche Fördermittel in Form von Zuschüssen standen für die in 2009 durchgeführten investiven Maßnahmen (außer für den modellhaften Umbau) nicht zur Verfügung.

1.2.3 Umsetzung des Sanierungskonzeptes nach § 6a Altschuldenhilfegesetz

Bei der Umsetzung der **Stadtentwicklungskonzepte** für Halle-Neustadt leistet die GWG einen Hauptanteil. Sie ist gerade im Prozess der demografischen und sozialen Entwicklung ein zuverlässiger Partner der Kommune und als **Hauptakteur** unverzichtbar. Nur mit kommunalen Wohnungsunternehmen kann in erheblichem Maße die Gestaltung des Stadtumbaus und der Stadtentwicklung beeinflusst werden.

Die GWG realisierte, wie viele andere kommunale und genossenschaftliche Unternehmen, im Zuge der Beseitigung überschüssigen Wohnraums eine **Bereinigung des Wohnungsmarktes mit eigener Kostenbeteiligung** und, bezogen auf die jährlichen Investitionen, einen bedeutenden Beitrag im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“.

Der Bevölkerungsrückgang in Halle-Neustadt und der einhergehende Rückgang der Wohnungsnachfrage haben dazu geführt, dass sich auch in 2009 die bewirtschaftete Fläche weiter reduziert hat. Der **Reduktionsprozess** stellt für das Wohnungsunternehmen eine **hohe Belastung** dar. Das Förderprogramm Stadtumbau-Ost sowie die zusätzliche Entlastung von Altverbindlichkeiten reduzieren die Kosten der Schrumpfung, sodass die Gesellschaft den Prozess **wirtschaftlich langfristig** darstellen kann.

In 2009 wurden **die Abruffrist für die Altschuldenhilfe** um drei Jahre und das Programm **Stadtumbau-Ost** um sieben Jahre **verlängert**. Beides zeigt den hohen **Zeitbedarf** aber auch die Bereitschaft des Gesetzgebers, den langwierigen Prozess weiter zu unterstützen.

Der Gesellschaft liegt für insgesamt 2.885 Wohnungen (167.504,97 m²) die Bestätigung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf zusätzliche Entlastung von Altverbindlichkeiten nach dem Abriss vor. Die Gesellschaft wird nach der vollständigen Umsetzung des unternehmerischen Sanierungskonzeptes den ursprünglich per 31. Dezember 2001 vorhandenen eigenen Wohnungsbestand durch den Abriss um mehr als ein Fünftel reduziert haben.

Das entspricht einem Anteil von etwas mehr als der Hälfte des insgesamt von den Eigentümern im Stadtteil Halle-Neustadt vorgesehenen Abbruchvolumens.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde für den Abriss die Förderung aus dem Programm Stadtumbau-Ost erst im III. Quartal für vier Wohngebäude bewilligt. Davon konnten drei noch in 2009 realisiert werden. Die Teilentlastung der Altschulden (T€ 872) für diese drei Gebäude ist noch im Berichtsjahr erfolgt. Ein Teil der bewilligten Fördermittel aus dem Programm Stadtumbau-Ost (T€ 151) konnte noch in 2009 abgerufen werden.

Bis zum 31. Dezember 2009 hat die Gesellschaft bereits 85,9 % der beantragten Wohnungen abgerissen bzw. rückgebaut. Dafür erhielt die Gesellschaft bis zum Berichtszeitpunkt Fördermittel in Höhe von insgesamt T€ 7.243. Der bewilligte Betrag für die Entlastung von Altverbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt T€ 11.819. Die Summe der durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau bisher insgesamt gezahlten Teilentlastung für alle bereits realisierten Abrisse bzw. Rückbauten beläuft sich per 31. Dezember 2009 auf T€ 10.097.

Für den **Abriss von Gebäuden**, für die zum Berichtszeitpunkt die komplette Kostenabrechnung vorlag, **finanzierte die GWG rund 28,3 %** der insgesamt angefallenen Kosten (T€ 9.885) **aus Eigenmitteln**. Insgesamt ergibt sich ein Kostenfaktor von **ca. € 76 pro m² abgerissener Wohnfläche**. Im Berichtsjahr wendete die Gesellschaft für den Abriss von Wohngebäuden insgesamt T€ 1.060 auf. Weitere Abrisskosten in Höhe von T€ 120 entstanden durch Rückbaumaßnahmen auf den im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Geschäftsjahr 2008 erworbenen Grundstücken.

Im Geschäftsjahr 2009 entschieden sich über **95 % der vom Leerzug wegen Abriss betroffenen Mieter wieder für eine Wohnung bei der GWG**.

Damit konnte das Vorjahresergebnis um 7 Prozentpunkte verbessert werden. Das dadurch im Kernbestand verbesserte Vermietungsergebnis zeigt den Erfolg und die Chance für die Gesellschaft. Das Erreichte ist den **vielfältigsten Bemühungen** und der **umfangreichen Betreuung** der betroffenen Mieter geschuldet.

Der Trend zu unrealistischen Forderungen und der Rückgang der Kompromissbereitschaft der betroffenen Mieter erschwerten den Leerzug jedoch zunehmend. Lösungen konnten nur mit erheblichem Zeitaufwand erreicht werden. Abstandszahlungen hat die GWG auch in 2009 nicht geleistet.

1.2.4 Moderne Wohnkonzepte

In der Marketingausrichtung konzentrieren sich die Aktivitäten neben der bereits erfolgreichen Ausrichtung auf die Zielgruppe der Älteren („Service Wohnen 60plus“) und die der Studenten, Auszubildenden, Schüler („Blockhouse-City“) auf die Profilierung neuer Produkte und die **Einbeziehung neuer Zielgruppen**. Bei der zielgruppenspezifischen Produktentwicklung steht für die Alleinstellung und Vermarktung des Bestandes die **Quartiers- bzw. Viertelbildung** weiterhin im Vordergrund.

Über **1.200 Wohnungen** und damit jede neunte Wohnung der Gesellschaft haben bislang **neue Zuschnitte** bekommen. Die großzügigeren und flexibleren Grundrisse entsprechen damit den heutigen Wohnbedürfnissen der Interessenten. Mehr Wohnfläche, größere und getrennte WC- und Badbereiche, zusätzlicher Stauraum und **flexible Nutzungskonzepte** werden nicht nur von Familien gewünscht. Diesen Weg der Produktentwicklung beschreitet die GWG entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten konsequent.

Die große Nachfrage zeigt den hohen Bedarf an derartigen individuellen, auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen.

Auch im Geschäftsjahr 2009 stand die Entwicklung des Projektes „**FamilienWohnen**“, insbesondere im Quartier „An den Weinbergwiesen“, im Mittelpunkt der Arbeit. Ziel ist es, für den Standort Halle-Neustadt zu werben und die Wahrnehmung der Gesellschaft als familienfreundliches Unternehmen weiter zu stärken.

Die GWG passt mit dem anspruchsvollen Projekt „FamilienWohnen“ ihren Bestand schrittweise weiter den geänderten Wohnbedürfnissen an. **Individuelle** und großzügige **Grundrisslösungen** erzeugen bei der Zielgruppe junger Familien mit Kindern besonders hohe Resonanz. Im Rahmen der zielgruppenspezifischen Entwicklung von Produkten ist es der GWG mit diesem Projekt gelungen, erneut eine für die Bestandsentwicklung wichtige Weiterentwicklung der **Qualität und Individualität der Wohnungsangebote** zu erreichen.

1.2.5 Soziale Verantwortung

Die Gesellschaft strebt durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen die Senkung offener Forderungen aus der Vermietung sowie durch **präventive Arbeit** die Vermeidung von Rückständen an.

Dem hohen Stellenwert des Mietforderungsmanagements sowie der großen Bedeutung der präventiven Arbeit geschuldet arbeiten zwei Sozialbetreuerinnen intensiv mit den Mietern. Kontinuierlich werden einerseits ein Abbau von Ertragsausfällen aus der Vermietung für das Unternehmen und andererseits auch der Erhalt der Wohnung für die betreffenden Mieter angestrebt. Auch hier nimmt die Gesellschaft ihre **hohe soziale Verantwortung** wahr.

Durch dieses intensive Forderungsmanagement konnte per 31. Dezember 2009 eine weitere **Senkung der Mietenrückstandsquote auf 0,6 %** erreicht werden (Vorjahr 0,8 %).

Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von T€ 295 (per 31. Dezember 2008 T€ 403) zu verzeichnen.

Titulierte Forderungen, deren Vollstreckung im Unternehmen erfolglos blieb, werden an ein Inkassobüro zur weiteren Verfolgung übergeben.

Die GWG als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft hat im Geschäftsjahr 2009 wiederum eine quantitative Ermittlung ihrer Leistungen im Rahmen der **Stadtrendite** vorgenommen. Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden in ihrer Höhe bewertet. Die Stadtrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil **positive Effekte für die Stadt Halle (Saale)** bringen. Insbesondere **finanzielle und soziale Maßnahmen** bzw. geleistete Aufwendungen der GWG in den o. g. Bereichen führen hier zu Folgeeffekten. Im Ergebnis können in der langfristigen Betrachtung Aufwendungen bzw. **Ausgaben bei der Stadt Halle (Saale)** selbst **vermieden** und damit finanzielle Mittel eingespart werden. Die Wirtschaftsförderung regionaler Anbieter von Investitionen sowie die Aufwendungen des Stadtumbaus (Abriss, Quartiersplanung) stellen wertmäßig bedeutende Kostenblöcke dar.

1.2.6 Familienfreundliche Personalentwicklung

Der Personalbestand ist im Berichtszeitraum konstant geblieben, das Modell der Altersteilzeit wurde weitergeführt. Damit setzt die Gesellschaft eine personalpolitische Entwicklung fort, die seit 1999 erfolgreich praktiziert wird und neben dem sozialverträglichen Übergang der älteren Mitarbeiter aus dem Arbeitsleben eine ausgewogene Altersstruktur der Belegschaft sowie ein hohes Maß an Planungssicherheit gewährleistet. Des Weiteren ermöglicht die Gesellschaft zurzeit sieben jungen Menschen die Chance zur Ausbildung im Unternehmen.

Unternehmerischer Erfolg beruht auf einer **wertebasierten Unternehmenskultur**, die Partnerschaft, Dialog, Transparenz und Leistung fördert.

Als **familienfreundliches Unternehmen** konnte die GWG auch im Geschäftsjahr 2009 ihre individuelle Unternehmenskultur in ihrer Vielfalt festigen und weiterentwickeln. Nachdem die GWG für ihr Engagement für eine familienbewusste Personalpolitik bereits im Geschäftsjahr 2006 über das „**audit berufundfamilie**“ als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet worden war, wurde die Gesellschaft im Juni 2009 zum **zweiten Mal erfolgreich zertifiziert**. Durch die schrittweise Realisierung der fixierten Ziele (u. a. in den Handlungsfeldern Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Führungskompetenz, Informations- und Kommunikationspolitik, Service für Familien) wird die erneute Zertifizierung im Jahr 2012 angestrebt. Damit nimmt die Gesellschaft eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der Mitarbeit in der **Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“** geführt hat.

Die positive Wechselbeziehung zwischen Mitarbeiterzufriedenheit, Kundenorientierung und ökonomischer und sozialer Verantwortung sowie die Orientierung an zentralen Werten wie Selbstverantwortung, Vertrauen, Toleranz, Integrität und Respekt sind Grundlage des Erfolges der GWG und zeigen, dass eine derart gelebte Unternehmenskultur zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil werden kann.

1.2.7 Risikomanagement im Konzern

Im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) führt die GWG ein Risikomanagement durch, welches ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird. Eventuelle Risiken werden systematisch aufgedeckt und sind damit frühzeitig beeinflussbar.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Veränderte Rahmenbedingungen erforderten eine **Neuausrichtung der Tochtergesellschaft** in Richtung einer engeren Bindung an die GWG. Die Auswirkungen der Finanzkrise, die auch im Bausektor erhebliche Folgen haben, bestätigen die Richtigkeit der Stärkung durch das Mutterunternehmen.

Die BHT ist daher, entsprechend der grundsätzlichen Ausrichtung ihrer Tätigkeit im Sinne des In-House-Geschäftes, schwerpunktmäßig für die GWG tätig.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die **BHT stabilisiert** und befindet sich derzeit in der **Optimierungsphase**. Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 50.

Die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen der Stadt Halle (Saale) sollen nach Stadtratsbeschluss vom 21. November 2007 von 2008 bis 2012 **Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushalts von insgesamt Mio. € 214,4** zur Verfügung stellen.

Die zu leistenden Beiträge der Wohnungsgesellschaften entsprechen ihrer Bestandsrelation in der Vermietung/Bewirtschaftung.

Die **GWG** hat trotz Finanzkrise und verschärfter Rahmenbedingungen auch im Geschäftsjahr 2009 **vereinbarungsgemäß** den von der Stadt Halle (Saale) geforderten Beitrag in Höhe von Mio. € 9,3 und damit **bereits 68 % des geforderten Eigenanteils** zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes **bereitgestellt**.

1.3 Wirtschaftliche Lage

1.3.1 Vermögenslage

Über Höhe und Zusammensetzung des Vermögens verschafft nachfolgende Strukturbilanz einen Überblick:

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen	308.892	89,5	308.095	87,7	797
Kurzfristig gebundenes Vermögen	36.321	10,5	43.012	12,3	-6.691
Gesamtvermögen	345.213	100,0	351.107	100,0	-5.894
Eigenmittel	177.187	51,3	179.125	51,0	-1.938
Lang- und mittelfristige Fremdmittel	147.339	42,7	151.373	43,1	-4.034
Kurzfristige Fremdmittel	20.687	6,0	20.609	5,9	78
Gesamtkapital	345.213	100,0	351.107	100,0	-5.894

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich in 2009 um T€ 5.894 vermindert.

Der Vermögensrückgang auf der Aktivseite gegenüber dem Vorjahr ist primär auf die Verminderung der flüssigen Mittel in Höhe von T€ 6.653 zurückzuführen. Diese verringerten sich aufgrund der Ausschüttung an die Gesellschafterin.

Auf der Passivseite führte neben der Gewinnausschüttung vor allem der aktive Schuldenabbau zu einem Rückgang des Gesamtkapitals. Die Eigenmittelquote erhöhte sich auf 51,3 % am Gesamtkapital. Die Eigenkapitalausstattung liegt damit über dem branchenüblichen Durchschnitt.

Dem langfristig gebundenen Vermögen steht ausreichend langfristiges Fremd- und Eigenkapital gegenüber. Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft weisen damit ein ausgewogenes Verhältnis aus. Die stabilen Vermögensverhältnisse der Gesellschaft spiegeln sich in den in der Anlage zum Lagebericht aufgeführten Kennzahlen wider.

1.3.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2009 wesentlich von den Zahlungsabflüssen an die Gesellschafterin geprägt:

	2009 T€	2008 T€
Jahresergebnis	7.653	8.855
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	12.791	13.194
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-7.535	-5.865
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-11.909	-25.260
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-6.653	-17.931
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	25.473	43.404
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	18.820	25.473

Der Cashflow von T€ 11.909 aus der laufenden Geschäftstätigkeit reichte aus, um die planmäßigen Tilgungen von T€ 5.168 fristgerecht zu bedienen. Darüber hinaus konnten die Investitionen zum überwiegenden Teil innenfinanziert werden.

Die Ausschüttung an die Gesellschafterin und die Tilgungen von Darlehen führten zu einem Mittelabfluss im Bereich der Finanzierungstätigkeit.

Die Gesellschaft ist im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage gewesen, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

1.3.3 Ertragslage

Die Aufgliederung des Jahresüberschusses in 2009 von T€ 7.653 zeigt den Beitrag der einzelnen Bereiche wie folgt:

	2009 T€	2008 T€	Veränderung T€
Betriebsergebnis	13.828	14.575	-747
Finanzergebnis	-6.157	-5.593	-564
Neutrales Ergebnis	551	-93	644
Außerordentliches Ergebnis	-186	501	-687
Ertragsteuern	383	535	-152
Jahresüberschuss	7.653	8.855	-1.202

Die Analyse der Ertragslage lässt deutlich die hohe Ertragskraft des Hauptgeschäftes der Wohnungsgesellschaft erkennen. Diese basiert auf soliden Mieteinnahmen und der Senkung von Leerstandsverlusten. Die weitere Umsetzung der planmäßigen Investitionen in den Kernbestand sowie die Beseitigung leer stehender Wohnungen werden voraussichtlich zu weiterhin stabilen Mieten und rückläufigem Leerstand führen. Die Verschlechterung des Finanzergebnisses ist auf die - infolge geringerer Zinssätze und der ausschüttungsbedingt geringeren Geldanlagemöglichkeiten - verminderten Zinserträge zurückzuführen.

2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Die Sicherung der **kommunalen Daseinsvorsorge** ist die Hauptaufgabe der kommunalen Wohnungswirtschaft. Die GWG leistet mit der sicheren, sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung - dazu gehören auch einkommensschwache Bürger sowie Empfänger von Transferleistungen - einen wichtigen **Beitrag zum sozialen Frieden** in der Stadt und zur **Stabilisierung der Wohnquartiere**.

Die Gesellschaft übernimmt entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten auch weiterhin Verantwortung für intakte Wohn- und Lebensräume und damit die Fürsorge für die Entwicklung der Stadt und des Stadtteils sowie seiner Bewohner. Zugleich werden **Aufgaben, die über den klassischen Versorgungsauftrag hinausgehen**, übernommen. Quartiersgestaltung und Sozialmanagement ergänzen das Kerngeschäft der Gesellschaft und werden an Bedeutung noch wesentlich zunehmen. Dabei wird die Gesellschaft ihrem hohen Anspruch, Hauptakteur im Stadtgebiet Halle-Neustadt zu sein, weiter gerecht werden. Die **Gesellschaft agiert als Gestalter und Moderator** zwischen vielen beteiligten Akteuren im Stadtgebiet und ist dabei ein stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner für die Stadt.

In einem Marktumfeld, welches gleichermaßen von hoher Fluktuation und stagnierendem Einkommensniveau geprägt ist, **verschärfen** sich die **Bedingungen** für die Gesellschaft weiter. Zur langfristigen Bindung ihrer Kunden setzt die GWG deshalb auch weiterhin auf **zielgruppenorientierte Produkt- und Serviceangebote**. Eine Discount-Politik bei der Wohnraumbewirtschaftung mit nur kurzfristigen Erfolgen entspricht nicht der Philosophie der GWG.

Der demografische Wandel stellt eine der größten Herausforderungen für die künftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dar. Es trifft dabei nicht nur die Wohnungswirtschaft und die Städte, sondern alle Lebensbereiche bis hin zu den Familien. Das Nachfragegefüge auf dem Wohnungsmarkt wird sich auch weiterhin nachhaltig verändern, sodass **quantitative und qualitative Anpassungen des Wohnungsangebotes** erforderlich sein werden. Ein stetiges Überprüfen und Anpassen der Bestands- und Unternehmensausrichtung ist daher unerlässlich.

Der **Stadtumbau Ost** muss aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der zu erwartenden demografischen und strukturellen Herausforderungen auch in den künftigen Jahren **fortgesetzt werden**. Zur marktgerechten Anpassung des noch vorhandenen Überangebotes an Wohnraum ist dieses Förderprogramm in seiner Einheit von Abriss und Aufwertung **zurzeit einziges Mittel**.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 leistet die GWG Beiträge zur Sanierung des städtischen Haushalts. Der Anteil, der von der GWG im Rahmen der Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) bis 2012 zu erbringen ist, beträgt T€ 72.600. Aus eigener Kraft muss die Gesellschaft T€ 42.600 erwirtschaften. Den verbleibenden Teil in Höhe von T€ 30.000 beabsichtigt die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) durch den Verkauf von Minderheitsanteilen an der GWG aufzubringen. Im Jahr 2010 wird die Gesellschaft mit einem Abführungsbetrag von T€ 5.100 planmäßig insgesamt bereits 80 % des geforderten Eigenanteils erbracht haben.

Mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmer hat einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen. Dies ermöglicht dem Unternehmen frühzeitig eine positive Entwicklung der Verwaltungskosten einerseits und den Ersatz von Fachkräften andererseits planmäßig und wirtschaftlich zu gestalten. Die GWG hat dafür eine mittelfristige Personalplanung bis 2013 aufgestellt. Erste organisatorische Veränderungen werden bereits im Jahr 2010 wirksam. Die Gesellschaft plant keinen betriebsbedingten Stellenabbau.

Seit 2007 wird eine Wirtschafts- und Finanzplanung mit integrierter Bilanzplanung erstellt. Auf dieser Grundlage können wesentliche Kennzahlen der zukünftigen Unternehmensentwicklung prognostiziert werden. Somit ist die für eine weitere solide Entwicklung der GWG zwingend erforderliche **Planungssicherheit** auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gegeben.

3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Die demografische Entwicklung, die zunehmende soziale Spreizung der Gesellschaft, die Klimaschutz- und Energieeffizienzpolitik sowie die wachsende Pluralität der Lebensstile und damit die Vielfalt der Wohnkonzepte werden ganz wesentlich die zukünftigen Anforderungen der Gesellschaft bestimmen.

Um die Marktfähigkeit des Kernbestandes der GWG dauerhaft zu sichern, nimmt die nachhaltige und gezielte **Qualitätsverbesserung der Bestände** weiterhin einen großen Stellenwert innerhalb der Zukunftsstrategien ein.

Der Bedarf an Investitionen im Kernbestand der Gesellschaft wird deshalb auch zukünftig auf hohem Niveau bleiben müssen, auch, um auf dem Wohnungsmarkt bestehen zu können. **Wettbewerbsvorteile** lassen sich nur mit einer **Ausdifferenzierung der Wohnungsangebote** erzielen. Die **Entwicklung individueller Produkte** ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil der Bestandsentwicklungskonzeption der GWG.

Neue Entwicklungspotenziale ergeben sich aus dem **Erwerb von Grundstücken** und Immobilien auch außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Chancen bestehen in der Portfolioergänzung, wenn die **nachhaltige Gewinnerzielungsmöglichkeit** nachweisbar ist.

Der Umgang mit den **Auswirkungen der Alterung** wird eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sein. Daher stellt speziell das Thema Wohnen im Alter künftig eine der **Schwerpunktaufgaben der GWG** dar.

Um noch intensiver und gezielter auf die Bedürfnisse älterer Mieter eingehen zu können, plant die Gesellschaft ab Mitte 2010 den Einsatz eines **Senioren-Beraters**. Die Gesellschaft will mit dieser neuen Form der Kundenberatung der demografischen Entwicklung in ihrem Bestand Rechnung tragen und sich den daraus ergebenden Anforderungen stellen. Ziel ist es, den Mietern der GWG durch **gezielte Serviceleistungen und Wohnraumanpassungen** so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Altwerden im **vertrauten Umfeld** zu ermöglichen und damit die **Kundenbindung** zu erhöhen. Des Weiteren sieht die Gesellschaft aufgrund des umfassenden Services für ältere Menschen eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung.

Neben einem Wohnungsangebot, das auf die besonderen Bedürfnisse älterer und älter werdender Menschen ausgerichtet ist, muss gleichsam ein Wohnungsangebot bereitgehalten werden, das den **individuellen Wohnanforderungen jüngerer Menschen und Familien** entspricht. Gerade die letztgenannte Zielgruppe sichert die Zukunft des Standortes Halle-Neustadt in besonderem Maße und muss deshalb mit attraktiven, individuellen Wohnungsangeboten für einen Verbleib in bzw. einen Zugang nach Halle-Neustadt gewonnen werden, um die gesellschaftlichen Probleme der demografischen Entwicklung abzumildern. Die **zielgruppenorientierte Quartiersbildung** wird daher auch zukünftig ein besonderer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sein.

Die besonders in 2009 in den Fokus gerückten **energetischen Gebäudesanierungen** zur Reduzierung der Heizkosten in Wohngebäuden werden auch bei der GWG ab dem Jahr 2010 verstärkt vorgenommen. Insbesondere die Einbindung der **Solarthermie als regenerative Energiequelle** wird den **Marktvorteil** des Wohnungsbestandes erhöhen und daher als Chance verstanden.

Der Abriss von Wohngebäuden im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ wird von der Gesellschaft weiterhin als Chance klassifiziert, wenn die finanzielle Ausstattung des Programms von Bund und Ländern zumindest auf dem bisherigen Niveau verbleibt. Der Stadtumbau wird aufgrund des gesellschaftlichen Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auch in den kommenden Jahren weiter die zentrale Aufgabe bleiben.

Die seit Ende 2007 bestehende Finanz- und Wirtschaftskrise hat zahlreiche Unternehmen weltweit in Bedrängnis gebracht. Die GWG hat sich, trotz der oft als besonders innovativ bezeichneten Finanzierungsmöglichkeiten, in der Vergangenheit **konservativ finanziert**. Diese sich **als langfristig erfolgreich zeigende Philosophie** wird auch weiterhin in der Finanzierungspraxis Anwendung finden. Die Gesellschaft agiert transparent und kommuniziert aktiv mit ihren Finanzierungspartnern, um das entgegengebrachte Vertrauen aufrecht zu erhalten.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben direkten Einfluss auf den Immobilienmarkt. So werden voraussichtlich auch weiterhin Wohnungsverkäufe zur Refinanzierung der Haushaltsbeiträge an die Gesellschafterin auch im Jahr 2010 nicht oder nur zu nicht vertretbaren Bedingungen realisierbar sein. Durch die aufgekommenen Liquiditätsprobleme der Banken verhalten sich diese sehr restriktiv bei der Vergabe von Krediten an potenzielle Käufer von Wohnimmobilien. Die Eigenkapitalanforderungen betragen oft 50 %.

Entsprechend des Gesellschafterbeschlusses vom 07. Februar 2008 wird die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2008 bis 2012 Konsolidierungsbeiträge für den städtischen Haushalt von der GWG vereinnahmen. Die zu erbringenden Beiträge wurden in „stabilen Zeiten“ festgelegt und sind abhängig vom Verkaufserfolg.

Die GWG kann daher die von der Gesellschafterin geforderten Beiträge zur **Haushaltskonsolidierung** nur mit hohem **Liquiditätsverzehr** refinanzieren. Eine Erhöhung der Beiträge würde zu einer Existenzgefährdung der Gesellschaft führen.

Auf das regelmäßige Tagesgeschäft der Gesellschaft in der Vermietung hatte die Wirtschafts- und Finanzkrise bisher keine spürbaren Auswirkungen. Zukünftig sind jedoch aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen negative Folgen für die Nachfrage nach Wohnraum nicht auszuschließen. Zusätzlichen Einfluss nehmen die demografische Entwicklung und die steigende Zahl älterer und armer Einwohner. Junge Menschen dagegen fehlen am Arbeitsmarkt. Insofern steigt das **Leerstandsrisiko** in den nächsten Jahren an.

Inwieweit die Finanzkrise Einfluss auf die Bautätigkeit der Gesellschaft nehmen wird, ist derzeit nicht absehbar. Regional agierende Bauunternehmen könnten durch weitere Investitionsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft überleben.

Die **zunehmende soziale Segregation** stellt die GWG und die anderen vor Ort agierenden Unternehmen vor große Herausforderungen.

Die engen finanziellen Grenzen der Stadt Halle (Saale) für die Übernahme der Kosten der Unterkunft nach SGB II verstärken die Tendenz zu einer sozialen Segregation zusätzlich. Ein hohes Risiko wird in einer möglichen weiteren **Absenkung der Regelsätze von ALG II und der Kosten der Unterkunft** gesehen. Bereits getätigte und langfristig angelegte Investitionen werden bei einer steigenden Zahl von Bedarfsempfängern **verlustbehaftet** zu bewirtschaften sein. Die Entscheidung für oder gegen eine Sanierung wird sich zukünftig stark an der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften orientieren. Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass notwendige Instandsetzungen und Modernisierungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr durchgeführt werden können.

Um zukünftig dem Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt standhalten zu können, ist es mehr denn je erforderlich, die **Nebenkosten zu senken**. Insbesondere durch energetische Sanierungen lassen sich Heiz- und Warmwasserkosten, welche einen hohen Anteil bei den Betriebskosten einnehmen, reduzieren. **Notwendig** dafür sind aber **gesicherte Rahmenbedingungen**, damit energetische Modernisierungen wirtschaftlich durchführbar sind und bleiben. Immer höher werdende Anforderungen an das energiesparende Bauen und die Einführung von neuen **Nachrüst- und Nutzungspflichten** wirken sich jedoch **gegenteilig** auf die Investitionsplanungen aus.

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Die seit 2007 jährlich individuell **reduzierte Abrissförderung** durch die Stadt Halle (Saale) sowie die hohen Verwaltungskosten der Investitionsbank Sachsen-Anhalt **beeinträchtigen** die Wirtschaftlichkeit von Abrissmaßnahmen **in erheblichem Umfang**. Dennoch hat sich die GWG dazu entschlossen, an der Umsetzung des Sanierungskonzeptes gemäß § 6a AHG festzuhalten, um die beantragte Teilentlastung von Altschulden zu erhalten und Leerstandsverluste zu senken. Die Gesellschaft plant **bis Ende 2011 die vollständige Realisierung des Abrisses** aller dafür vorgesehenen Wohngebäude. Dieses Ziel kann jedoch nur bei einer ausreichenden Förderung aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ erreicht werden.

Bislang **fehlt** es an einer **flankierenden Regelung der Altschuldenhilfe** für zum Abriss vorgesehene Gebäude, die nicht Bestandteil des Sanierungskonzeptes gemäß § 6 a AHG sind. Ein **Abriss**, der nur durch die Fördermittel aus dem Programm „Stadtumbau-Ost“ begleitet wird, ist **nicht kostendeckend durchführbar**, wenn die **Altschulden** weiterhin bedient werden müssen.

Das niedrige Niveau im Geldmarkt setzt sich voraussichtlich auch in 2010 fort. Die derzeitigen Belastungen in der Eurozone durch wirtschaftlich schwache Mitgliedsstaaten werden kaum Potenzial für hohe Zinserträge bieten. Grundsätzlich gefährdet sind die Finanzmittel der Gesellschaft nicht, da sie ausschließlich bei inländischen Banken in Euro angelegt wurden. Wechselkursrisiken bestehen nicht.

4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Für den modellhaften Umbau des Wohngebäudes Oleanderweg 25 - 45 wurde der noch ausstehende Darlehensanteil in Höhe von T€ 2.100 am 11. Januar 2010 durch die Saalesparkasse valutiert.

Die Deutsche Kreditbank AG erteilte der GWG im Februar 2010 die Zusage für KfW-Darlehen in Höhe von insgesamt T€ 1.560 für zwei im Geschäftsjahr 2010 geplante Modernisierungsvorhaben.

5 Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

Anlage zum Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Analyse der Geschäftstätigkeit hat die Gesellschaft Kennzahlen ermittelt, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens unterstreichen:

Zur Vermögenslage

		2009	2008
Eigenmittelquote*			
Eigenkapital inklusive Sonderposten / Gesamtkapital	%	51,3	51,0
Anlagendeckung II			
(Langfristiges Eigenkapital + Fremdkapital) / Anlagevermögen	%	105,1	107,3
Durchschnittlicher Buchwert			
Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten / m² Wohn- bzw. Nutzfläche	€/m²	390,78	379,71
Durchschnittliche Verschuldung			
Langfristige Kredite / m² Wohn- bzw. Nutzfläche zum 31.12. d. J.	€/m²	219,66	220,35

* Vorjahr entsprechend Berichtigung § 36 DMBilG angepasst

Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Vermögenslage hatte die im Geschäftsjahr erfolgte Ausschüttung an die Gesellschafterin. Ohne die Ausschüttungen in 2008 und 2009 wäre die Eigenmittelquote auf 55 % angestiegen.

Zur Finanzlage

		2009	2008
EBITDA			
Jahresüberschuss vor Abschreibungen, Nettozinszahlungen und Steuern	T€	21.985	22.782
Dynamischer Verschuldungsgrad			
Rückzahlungsdauer der langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten	Jahre	15,7	13,9

Insbesondere in der Finanzlage wird der Mittelabfluss aus der Gesellschafter-Ausschüttung deutlich. Mit den Ausschüttungen der Jahre 2008 und 2009 minderte sich der Liquiditätsbestand um 64,4 %.

Zur Ertragslage

		2009	2008
Gesamtkapitalrentabilität			
(Jahresüberschuss + Zinsaufwand) / Gesamtkapital	%	4,4	4,7
Anteil des Kapitaldienstes an der Nettokaltmiete			
(Zinsaufwand + planmäßige Tilgungen) / Ist-Miete	%	38,9	38,3
Erlösschmälerungsquote			
Mietausfall der Sollmiete zuzüglich Umlagen und Gebühren durch Leerstand / Sollmieten	%	10,9	11,5
Investitionen			
(Aktivierte + nicht aktivierte Baumaßnahmen zzgl. Instandhaltung) / m² Wohn- bzw. Nutzfläche	€/m²	20,56	18,29

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hansering 19
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 102.259

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Wahlen, Heinrich

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(seit 29.10.2009)
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	
		Bauersfeld, Martin	(bis 10.09.2009)
		David, Dirk	
		Dr. Fiedler, Christian	(bis 10.09.2009)
		Dr. Meerheim, Bodo	
		Dr. Pohlack, Thomas	(bis 29.10.2009)
		Ewert, Gertrud	
		Haupt, Ute	(seit 10.09.2009)
		Koch, Melanie	
		Krause, Hans-Jürgen	(bis 10.09.2009)
		Prof. Vent, Dorothea	(bis 10.09.2009)
		Rothe, Uwe	

Aufsichtsrat:

Sänger, Frank
 Sommer, Manfred (seit 10.09.2009)
 Sprung, Michael (seit 10.09.2009)
 Wildgrube, Martina (seit 10.09.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	29	31

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2009		2008		2007		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	451.687	87	449.269	84	513.556	90	2.419	1
Umlaufvermögen	61.845	12	83.113	16	55.524	10	-21.268	-26
Rechnungsabgrenzungsposten	4.379	1	2.080	0	831	0	2.299	111

Bilanzsumme

517.911	100	534.462	100	569.910	100	-16.551	-3

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	244.111	47	247.019	46	246.993	43	-2.908	-1
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	13.595	3	13.936	3	14.278	3	-342	-2
Rückstellungen	5.145	1	6.425	1	6.909	1	-1.280	-20
Verbindlichkeiten	255.059	49	267.080	50	301.729	53	-12.022	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1	0	1	0	1	90

Bilanzsumme

517.911	100	534.462	100	569.910	100	-16.551	-3

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	79.547	76.795	73.270
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2.763	646	634
andere aktivierte Eigenleistungen	1.701	3.123	2.914
sonstige betriebliche Erträge	6.110	7.516	5.848
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	36.591	33.348	31.585
Personalaufwand	10.298	11.568	11.218
Abschreibungen	9.081	9.316	10.169
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.400	9.231	7.056
Erträge aus Beteiligungen	89	90	87
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	968	1.959	762
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.238	12.825	12.444
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.045	13.839	11.043
außerordentliche Erträge	4.222	5.099	5.514
außerordentliche Aufwendungen	1.602	3.324	3.610
außerordentliches Ergebnis	2.620	1.775	1.904
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-20	1.894	2.598
sonstige Steuern	6	8	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.678	13.712	10.341
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	375	3.034	
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.168	1.371	1.034
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10.885	15.375	9.307

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,68	17,85	14,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,01	5,92	4,35	%
Cash-Flow:	20.759	23.028	20.510	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	390	381	337	T€
Personalaufwandsquote:	12,17	13,13	13,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,20	84,05	90,09	%
Eigenkapitalquote:	47,13	46,22	43,34	%
Fremdkapitalquote:	52,87	53,78	56,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Wohneinheiten	17.676,00	18.346,00	20.999,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	16,20	17,70	16,80	%
Gewerbeeinheiten	346,00	403,00	456,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	17,60	20,30	22,60	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.243,00	2.243,00		Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	3,30	4,30		%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	16,00	16,00		Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	6,30	0,00		%

e) Lagebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen
 - 1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 1.2. Situation und Rahmenbedingungen der HWG
2. Geschäftsverlauf
 - 2.1. Hausbewirtschaftung
 - 2.2. Stadtumbau und Stadtentwicklung
 - Investition
 - Grundstücksverkehr
 - Rückbau
3. Lage des Unternehmens
 - 3.1. Vermögenslage
 - 3.2. Finanzlage
 - 3.3. Ertragslage
4. Personal und Organisation
5. Risikobericht
6. Nachtragsbericht
7. Künftige Entwicklung der Gesellschaft

1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise brachte der Bundesrepublik Deutschland die stärkste Rezession der Nachkriegszeit.

Doch nicht nur beim Wirtschaftswachstum sind Rückgänge verzeichnen.

Die Verbraucherpreise steigen nur noch moderat an. Die Mieten bleiben hinter dem allgemeinen Preisanstieg zurück.

Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte nach einer Schätzung des statistischen Bundesamtes in 2009 gegenüber dem Vorjahr erneut leicht gesunken sein. Der Rückgang wird auf etwa 0,3 % geschätzt.

Die Relationen zwischen den Altersgruppen haben sich erneut verschoben.

Auch zukünftig wird der Osten Deutschlands in stärkerem Maße von diesen beiden demographischen Negativprozessen, also vom Rückgang und der Alterung der Bevölkerung betroffen sein als der Westen. Die rapide Alterung wirkt sich in den neuen Ländern nicht nur in der schnell ansteigenden Zahl der Älteren aus, sondern auch im Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials.

Aus der Sicht der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hat dies absehbare Folgen für zukünftige Entwicklungen wie der Mieterstruktur und damit der Bestandsentwicklung.

Die Stadt Halle (Saale) hat seit 1990 etwa ein Viertel ihrer Einwohner verloren. Im aktuellen Vergleich von einhundert deutschen Städten hat Halle (Saale) nach Schwerin die zweithöchste Wohnungsleerstandsquote. Mehr als 17.000 der insgesamt ca. 125.000 marktfähigen Geschosswohnungen stehen laut aktuellen Erhebungen in der Saalestadt leer.

Prognosen sagen aus, dass der Leerstand trotz Stadtumbau insbesondere in den Großsiedlungen in den nächsten Jahren wieder zunehmen wird.

Tatsächlich haben sich in 2009 die Salden zwischen Geburten und Sterbefällen und der Zu- und Wegzüge gegenüber dem Vorjahr nicht verbessert. Der Wanderungssaldo ist unter den Dreißig- bis Fünfundvierzigjährigen am unvorteilhaftesten. Einzig bei der Zahl der Studierenden ist eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Entsprechend schwierig ist die Situation für die gesamte unternehmerische Wohnungswirtschaft Halles. Die einzelnen Unternehmen haben die marktbedingten Probleme bisher unterschiedlich bewältigt. Wo die Portfolien konsequent bereinigt, der Service weiterentwickelt und die Strukturen und Abläufe mit Entschiedenheit den geänderten Bedingungen angepasst wurden, haben die Unternehmen die Krise vergleichsweise gut bewältigt und ihre Marktposition verbessert.

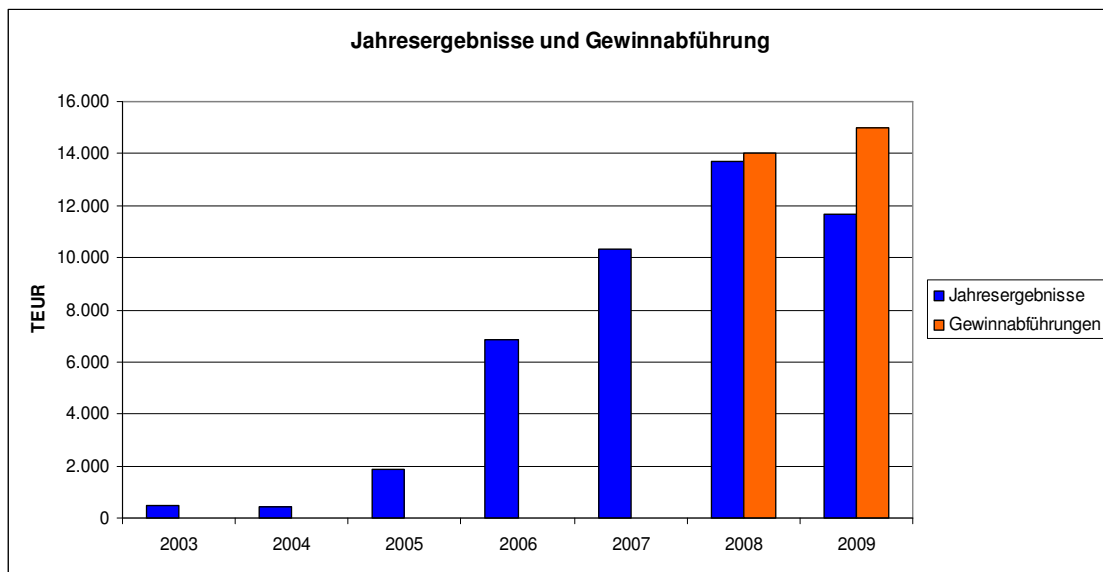
Dies gilt in besonderer Weise für die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH.

1.2. Situation und Rahmenbedingungen der HWG

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH hat sich in den letzten Jahren im Hinblick auf ihre Ertrags- und Liquiditätssituation äußerst positiv entwickelt.

Dies zeigen die seit sieben Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse.

Seit 2008 führt die Gesellschaft Gewinne ab.



Demografische Prozesse, Angebotsüberhänge, Sanierungsrückstau und seit 2007 die Verpflichtung, an der Entschuldung des städtischen Haushaltes mitzuwirken, sind aktuell vielfältige Herausforderungen für die Unternehmensentwicklung, denen sich die Gesellschaft stellt.

Der anhaltende Schrumpfungsprozess der Stadt Halle (Saale) einhergehend mit der beschleunigten Veränderung der Altersstruktur führt auch künftig zu Angebotsüberhängen auf dem Wohnungsmarkt. Dabei gewinnt die sich immer deutlicher abzeichnende Unterschiedlichkeit teilträumlicher Entwicklungen zunehmende Bedeutung. Die Erfordernisse des Stadumbaus, insbesondere die Probleme des Leerstandes, bestimmen nach wie vor die strategische Ausrichtung und die Ressourcenverteilung des Unternehmens. Sämtliche Leistungsprozesse stehen jedoch seit 2007 nun außerdem unter dem Erfordernis der Erwirtschaftung von Schuldenentlastungsbeträgen für den kommunalen Haushalt.

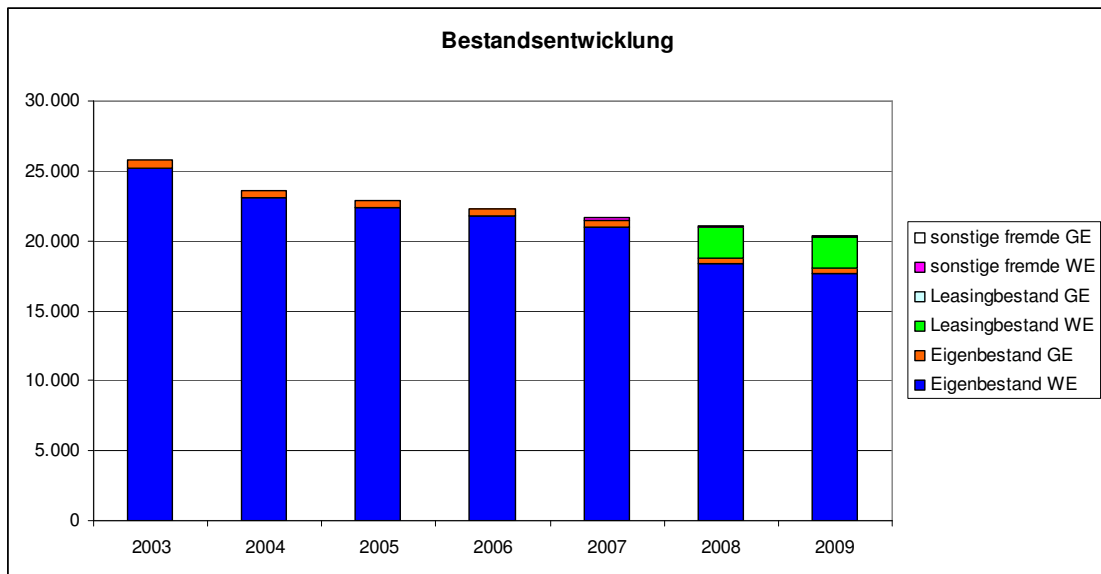
2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Gesellschaft erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Sie setzt damit ihre seit 2003 erfolgreiche Entwicklung fort.

2.1. Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Gesellschaft.

Schwerpunkt ist dabei die Vermietung und Verwaltung der eigenen und der Leasingbestände im gesamtwirtschaftlichen Risiko.



Der Wohnungsbestand im gesamtwirtschaftlichen Risiko setzte sich zum Stichtag zu 73 % (VJ 71 %) aus industriell und zu 27 % (VJ 29 %) aus konventionell gefertigten Wohnungen zusammen.

Der Anteil der sanierten Wohnungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um weitere 2 % auf 57 % (VJ 55 %) erhöht.

Die Verwaltung des fremden Wohnungsbestandes (Anteilsgrundstücke, Grundstücke mit Restitutionsansprüchen und sonstige fremd verwaltete Grundstücke) hat zunehmend untergeordnete Bedeutung und wird voraussichtlich im Jahr 2010 vollständig beendet werden.

Von den in 2009 noch vorhandenen 47 Wohnungen in Gebäuden, an denen die Gesellschaft einen Miteigentumsanteil besitzt, wurden im Geschäftsjahr keine weiteren veräußert (VJ 43). Die Veräußerung dieser Wohnungen ist jedoch nach wie vor geplant.

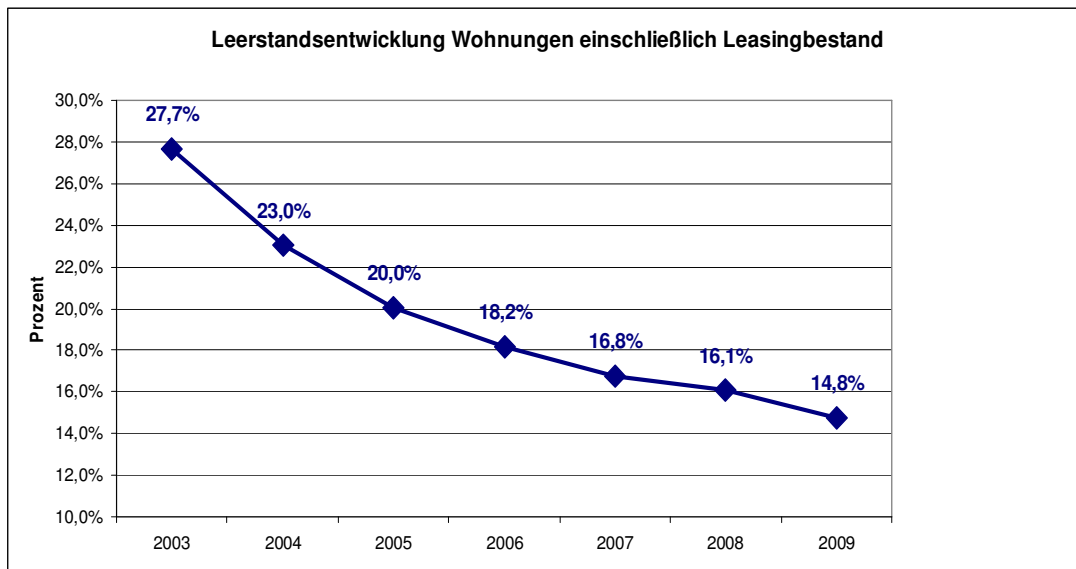
Die Gliederung des Portfolios in Kern-, Verkaufs- und Rückbaubestände wird wie in den Vorjahren aufgrund aktueller Marktkennntnisse, Rahmenbedingungen und strategischer Planungsszenarien jährlich überprüft und ggf. angepasst.

Die Vermietung des sanierten Wohnungsbestandes ist nach wie vor unproblematisch. Die sanierten Bestände sind, soweit sie typische Wohnungsgrößen und -grundrisse aufweisen, unverändert marktgängig und stark nachgefragt.

Im sanierten Bestand wird auch für die Zukunft von einer stabilen Marktposition und nur fluktuationsbedingtem Leerstand ausgegangen.

Im Berichtszeitraum lag die Fluktuationsrate bei 13,6 % (VJ 13,5 %). Die Anschlussvermietungsquote hat sich positiv entwickelt. Sie betrug im Geschäftsjahr 97,1 % (VJ 94,4 %).

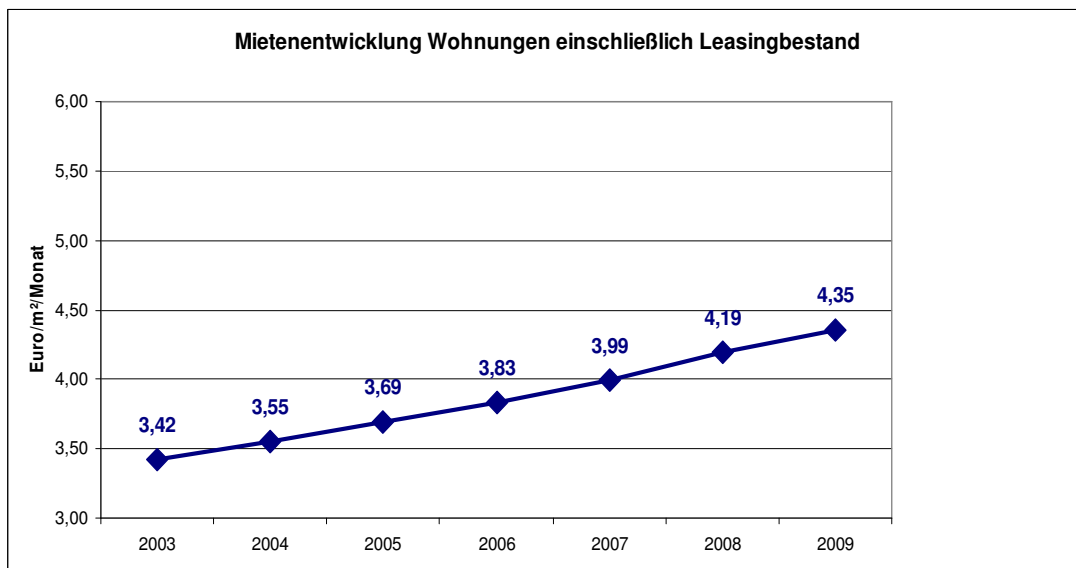
Wie in den Vorjahren konnte auch im Geschäftsjahr der Leerstandsabbau erfolgreich weiter fortgeführt werden. Der Abbau betrug im Berichtszeitraum 1,4 % (VJ 0,6 %).



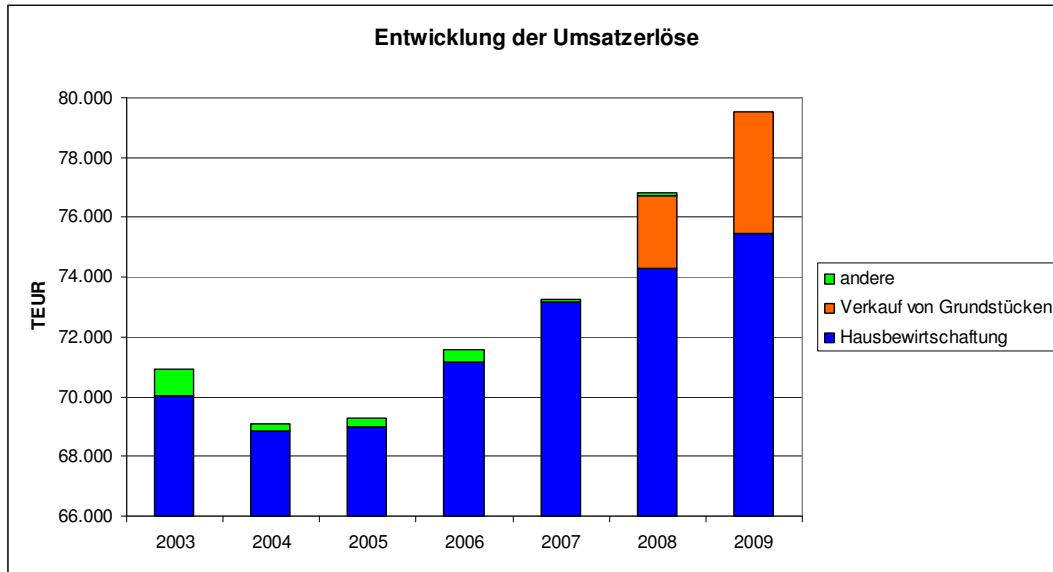
Die leerstandsbedingte Erlösschmälerung lag im Berichtsjahr bei 13,7 % (VJ 14,6 %).

Die Gesellschaft plant einen weiteren Leerstandsabbau. Hierfür sind auch für 2010 und die Folgejahre Investitionen, Verkauf und Rückbau sowie gezielte Vermietungsstrategien als Leerstand senkende Maßnahmen vorgesehen.

Die durchschnittlichen Mieten für Wohnungen betrugen im Berichtsjahr 4,35 Euro/m² (VJ 4,19 Euro/m²). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmarktentwicklungen.



Die Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände mit steigender Tendenz.



Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft den Bezug wohnungsnaher Dienstleistungen erneut verbessern können.

Unter anderem wurde mit zehnjähriger Laufzeit ein neuer Gestattungsvertrag über die multimediale Versorgung der Wohnungsbestände abgeschlossen. Das Leistungsvolumen des Vertrages bedeutet bei diesem wichtigen Dienstleistungsbereich die Sicherung zukunftssicherer Standards in der multimedialen Versorgung der Mieter.

Im Berichtszeitraum wurde das Verfahren zur Ausschreibung von weiteren wohnungsnahen Serviceleistungen begonnen. Zum Berichtszeitpunkt sind neue Verträge zur Regelung von Grünflächenpflege, Winterdienst, Hausreinigung und Hausmeisterdienstleistungen abgeschlossen worden. Auch hier wurde das Leistungsbild in Teilbereichen insbesondere bei der Grünflächenpflege erweitert. Ein verbessertes Verfahren zur Qualitätskontrolle wurde vereinbart. Die Verträge bieten aufgrund günstiger Preise und erweiterter Leistungen Vorteile für die Mieter.

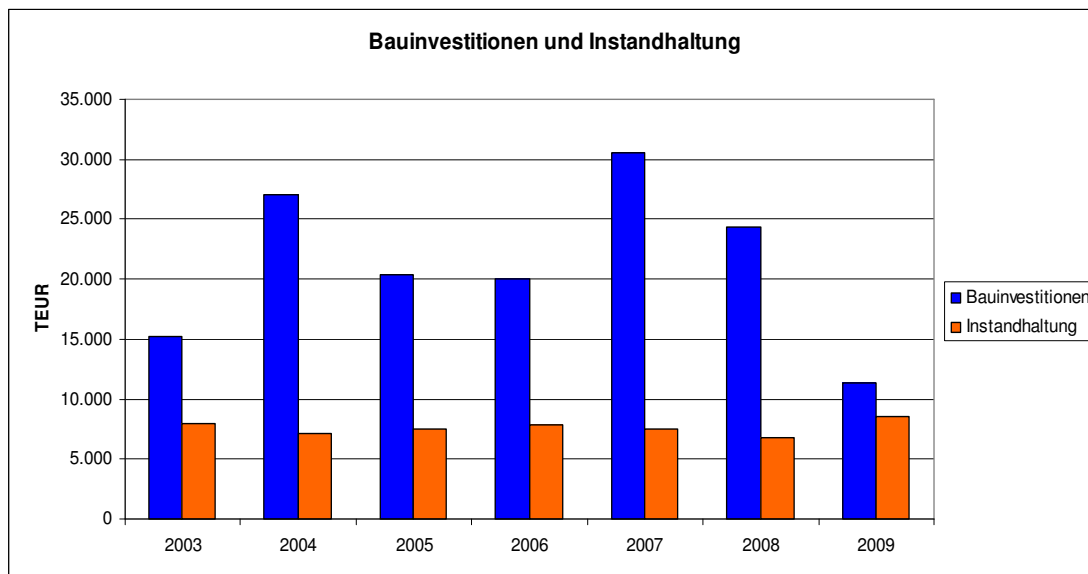
2.2. Stadtumbau und Stadtentwicklung

Investition

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 11.365 (VJ TEUR 24.313) realisiert.

Sanierungsschwerpunkte waren dabei neben der Fertigstellung von Vorhaben aus Vorperioden die komplexe Stadtumbaumaßnahme Medizinerviertel mit 85 Wohnungen, die Sanierung von 48 Plattenbauwohnungen im Altstadtgebiet, der Beginn der komplexen Sanierung von 126 Wohnungen in Alt- und Blockbauten in südlichen Stadtteilen sowie Heizungssanierungen im Stadtteil Silberhöhe für 310 Wohnungen.

Darüber hinaus wurde die Baumaßnahme für die Diakonie Mitteldeutschland in der Merseburger Straße 44 fertig gestellt und übergeben. Für insgesamt TEUR 5.019 hat die Gesellschaft das Objekt einschließlich Außenanlagen komplett saniert und umgebaut, davon entfielen auf 2009 TEUR 2.276.



Das Budget für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wurde deutlich erhöht. Im Berichtsjahr wurden TEUR 8.506 (VJ TEUR 6.754) aufgewendet. Mit 7,30 EUR/m² (VJ 5,57 Euro/m²) hat die Gesellschaft damit stärkere Akzente in diesem Bereich gesetzt. Schwerpunkte waren hier systematische Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Für 2010 plant die Gesellschaft Investitionen von mehr als TEUR 30.000 und Instandhaltungen von mehr als TEUR 8.000.

Schwerpunkte der Bauinvestitionen liegen bei Altbauten verschiedener Standorte, innerstädtischen Plattenbauten, Blockbauten im Süden der Stadt, energetischen Optimierungen von Plattenbauten in Trotha, aber auch Sonderprojekten wie dem Ausbau des Friedemann-Bach-Hauses als Museum der Händelstiftung zu Halle (Saale).

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr wurden 73 Grundstücksverkaufsverträge abgeschlossen (VJ 54). Verkauft wurden unrentable und nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte.

Im Gegenzug hat die Gesellschaft vier Grundstücke durch Ankauf (VJ zwei Grundstücke) erworben. Zielstellung waren dabei Quartiersarrondierungen und -qualifizierungen.

Rückbau

Im Geschäftsjahr wurde der Rückbau des Hochhauses Steg 5 abgeschlossen. Darüber hinaus wurden im Stadtumbaugebiet Medizinerviertel 31 Wohnungen abgebrochen. Damit sind bis Ende 2009 im Rahmen des Stadtumbaus 2.973 (VJ 2.786) Wohnungen rückgebaut worden.

Zur Umsetzung der Rückbauplanung werden Fördermittel von Bund und Land genutzt. Eine weitere Unterstützung für die Rückbauvorhaben stellt wie in Vorjahren die Teilentlastung von Altschuldenverbindlichkeiten gemäß § 6a Altschuldenhilfe-Gesetz (AHG) dar.

Für die im Geschäftsjahr realisierten Rückbau-, Verkaufs- und Investitionsobjekte wurden bei der KfW Mittel in Höhe von TEUR 3.280 (VJ TEUR 1.745) beantragt. Einschließlich der Mittelabrufe aus den Vorjahren wurden bis zum Bilanzstichtag TEUR 16.092 (VJ 12.812 TEUR) gemäß § 6a Altschuldenhilfe-Gesetz (AHG) abgerufen. Davon entfallen auf die Umwidmung gemäß § 4 AHG TEUR 2.552 (VJ TEUR 1.745).

Auch für 2010 plant die Gesellschaft weiteren Rückbau - in einer Größenordnung von mehr als TEUR 2.200. Es sollen Plattenbauten in Heide-Nord und das Hochhaus Riebeckplatz 10 abgerissen werden. Für letzteres liegt die Genehmigung der Fördermittel ausreichenden Stelle zum vorzeitigen Maßnahmebeginn seit Dezember 2009 vor. Der Abriss des letzten der drei Steghochhäuser wird vorbereitet. Zum Berichtszeitpunkt sind die Fördermittel bewilligt. Darüber hinaus wird das Hochhaus Schülershof 1 in Vorbereitung einer nachfolgenden Sanierung teilweise zurück gebaut.

3. Lage des Unternehmens

3.1. Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag besteht das Vermögen der Gesellschaft zu 87 % (VJ 84 %) aus Anlagevermögen und zu 13 % (VJ 16 %) aus Umlaufvermögen sowie aktiver Rechnungsabgrenzung.

Das Anlagevermögen erhöhte sich im Berichtsjahr per Saldo aus Ankäufen, Verkäufen, Rückbaumaßnahmen, außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen sowie aufgrund der Investitionsmaßnahmen um 2.418 TEUR (VJ TEUR - 64.287).

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2009 TEUR 517.911 (VJ TEUR 534.462).

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum wie in den Vorjahren nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Grundstücke, bei denen ein Verkauf im Folgejahr vorgesehen ist, sind auf den erwarteten Verkaufserlös abgeschrieben worden. Rückbauobjekte wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Verkaufsbestände im mittelfristigen Planungshorizont sind unter Berücksichtigung von aktuellen Rahmenbedingungen strukturiert bewertet.

Zum 31. Dezember 2007 wurden Verkaufsobjekte für das Geschäftsjahr 2008 ins Umlaufvermögen umgegliedert. Einige von diesen Objekten wurden auch in 2009 noch nicht veräußert. Die Veräußerung ist für 2010 vorgesehen. Aufgrund des erwarteten Kaufpreiserückgangs erfolgten zu diesen Objekten außerplanmäßige Abschreibungen von 47 TEUR (VJ TEUR 1.039). Wegen geänderter Strategie wurden die Objekte 2009 teilweise wieder ins Anlagevermögen übernommen. Planmäßige Abschreibungen der vergangenen Jahre wurden nachgeholt. Im Geschäftsjahr 2009 erfolgten keine Umgliederungen vom Anlage- ins Umlaufvermögen.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von TEUR 1.602 (VJ TEUR 3.324) auf Wohn- und Geschäftsbauten gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 1 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

	2009 in TEUR	2008 in TEUR
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke des Anlagevermögens	432	119
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke des Umlaufvermögens	47	1.039
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	1.123	1.429
Bodenabwertung nach Rückbau	0	737

Im Geschäftsjahr erfolgten im Wege des Ertragswertverfahrens Zuschreibungen in Höhe von TEUR 705 (VJ TEUR 1.922). Dies betrifft sanierte Objekte, bei denen die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen der Vorjahre entfielen und die langfristig gute Vermietungsprognosen ausweisen.

Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres aus der Bewertung des Anlagevermögens und der zum Verkauf vorgesehenen Grundstücke des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 897 (VJ TEUR 1.055) negativ beeinflusst.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft einschließlich Sonderposten beträgt im Berichtszeitraum 50 % (VJ 49 %).

3.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft betrug am Bilanzstichtag 27.895 TEUR (VJ 44.272 TEUR).
Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 18.160 (VJ 17.653 TEUR).

Im Geschäftsjahr wurden Kredite in Höhe von TEUR 4.613 aufgenommen (VJ TEUR 13.990). Darüber hinaus wurden zur Mitfinanzierung von Investitionsmaßnahmen Darlehen in Höhe von TEUR 9.745 vertraglich vereinbart. Zu weiteren TEUR 2.900 liegt die Zusage der KfW vor. Die Fremdmittel wurden auf Grund eigenmittelgestützter Vorfinanzierungen der Baumaßnahmen noch nicht in Anspruch genommen.

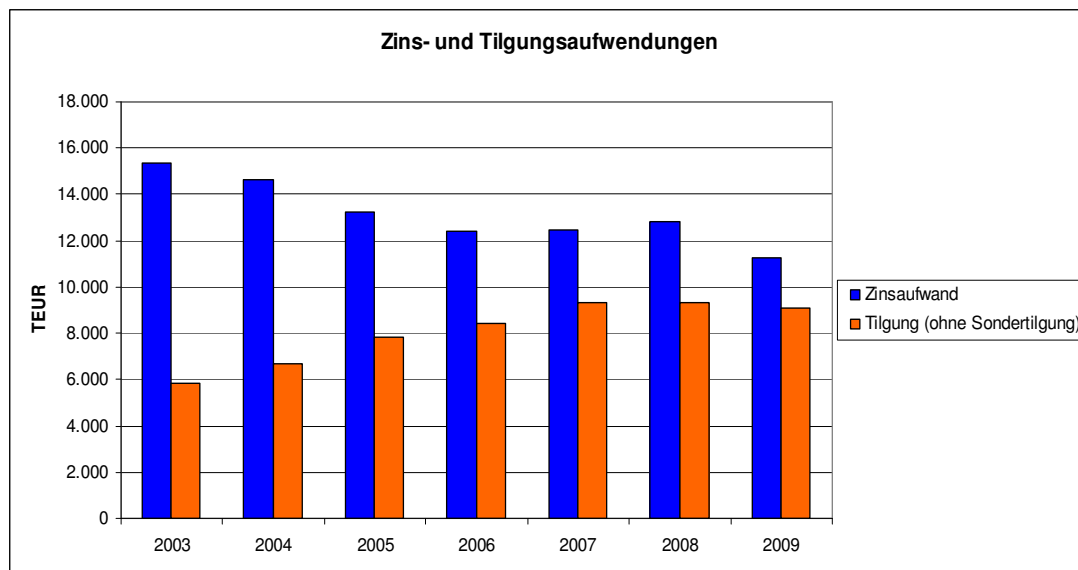
Der Darlehensbestand der Gesellschaft bei Kreditinstituten betrug TEUR 225.849 (VJ TEUR 236.336). Die Gesellschaft arbeitet mit 5 Hypotheken-, 4 Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten zusammen. Wo immer möglich finden die KfW-Förderprogramme Anwendung.

Gegenüber dem Gesellschafter bestehen Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 456 (VJ TEUR 603).

Die im Geschäftsjahr geleisteten planmäßigen Tilgungen (ohne Sondertilgungen) von Finanzkrediten betrugen TEUR 9.062 (VJ TEUR 9.345).

Darüber hinaus erfolgten im Berichtsjahr Sondertilgungen in Höhe von TEUR 6.185 (VJ TEUR 38.786) - davon zur Optimierung des Darlehensportfolios TEUR 2.905 sowie Tilgung durch Teilentlastung nach AHGV TEUR 3.280.

Für die von der Gesellschaft zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden.



Durch die Nutzung der KfW-Fördermöglichkeiten und die Optimierung ihres Darlehensportfolios ist die Gesellschaft hinsichtlich Kreditaufnahme nur in geringem Maße und indirekt durch die eingeschränkten Möglichkeiten verschiedener Finanzierungspartner von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Sie konnte mit Erfolg Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen.

Die Kreditlinie bei der Aarealbank AG betrug analog der Vorjahre auch im Geschäftsjahr 2009 TEUR 5.000.

Die Gesellschaft war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

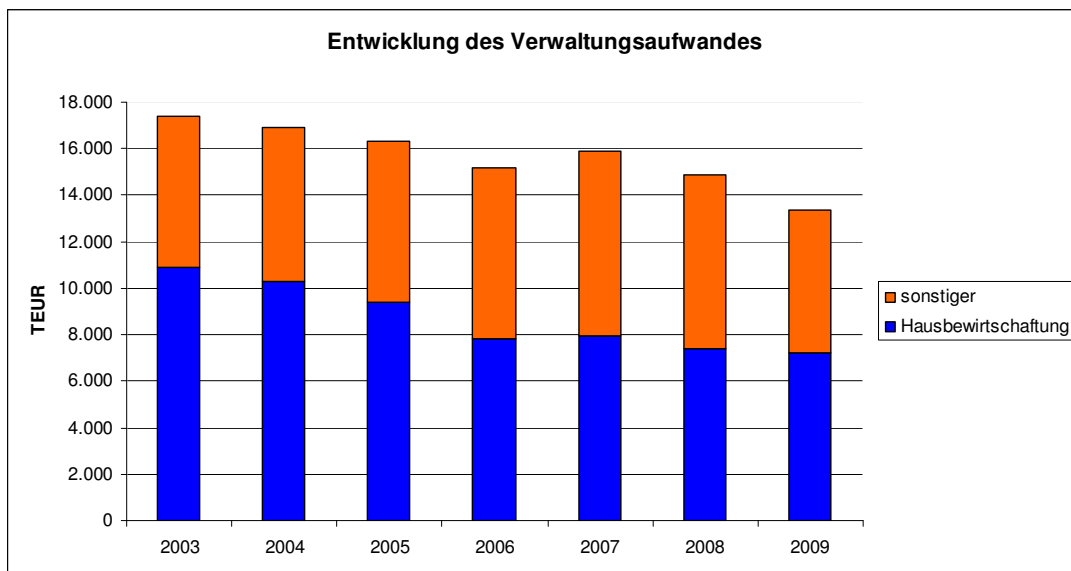
3.3. Ertragslage

In 2009 konnte der **Umsatz der Gesellschaft** trotz abnehmender eigener Bestände im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.752 (VJ TEUR 3.525) erhöht werden. Dies resultiert aus den Erlösen aus Verkäufen des Umlaufvermögens mit TEUR 4.080 (VJ TEUR 2.452) und einer Verbesserung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung um TEUR 1.165 (VJ TEUR 1.101). Gegenläufig wirkten lediglich die Verringerungen der Erlöse aus der Betreuungstätigkeit um TEUR 12 (VJ TEUR 28) sowie aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 30 (VJ TEUR 0). Die Gesellschaft nutzt seit 2009 die Möglichkeiten der erweiterten Grundstückskürzung gemäß § 9 Gewerbesteuergesetz und schränkte deshalb ihre Geschäftsfelder ein.

Das **Ergebnis der Hausbewirtschaftung** als wichtigstes Spartenergebnis der Gesellschaft betrug TEUR 9.819 (VJ TEUR 11.707). Positiv wirkten dabei die Steigerung der Mieterlöse und Betriebskostenumlagen nach Erlösschmälerungen um insgesamt TEUR 1.165.

Negativ wirkten sich Aufwandserhöhungen bei den Instandhaltungskosten (TEUR 1.752) und Leasingaufwendungen (TEUR 1.948) aus.

Der Verwaltungsaufwand der Gesellschaft hat sich rückläufig entwickelt. Er betrug im Geschäftsjahr insgesamt TEUR 13.364 (VJ TEUR 14.849).



Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** betrug TEUR 9.045 (VJ TEUR 13.839).

Positiv wirkten hier neben der Erhöhung der Umsatzerlöse um TEUR 2.752, die Verringerung der Abschreibungen um TEUR 235, die Reduzierung des Personalaufwandes um TEUR 1.271 sowie niedrigere Zinsen und ähnliche Aufwendungen von TEUR 1.587.

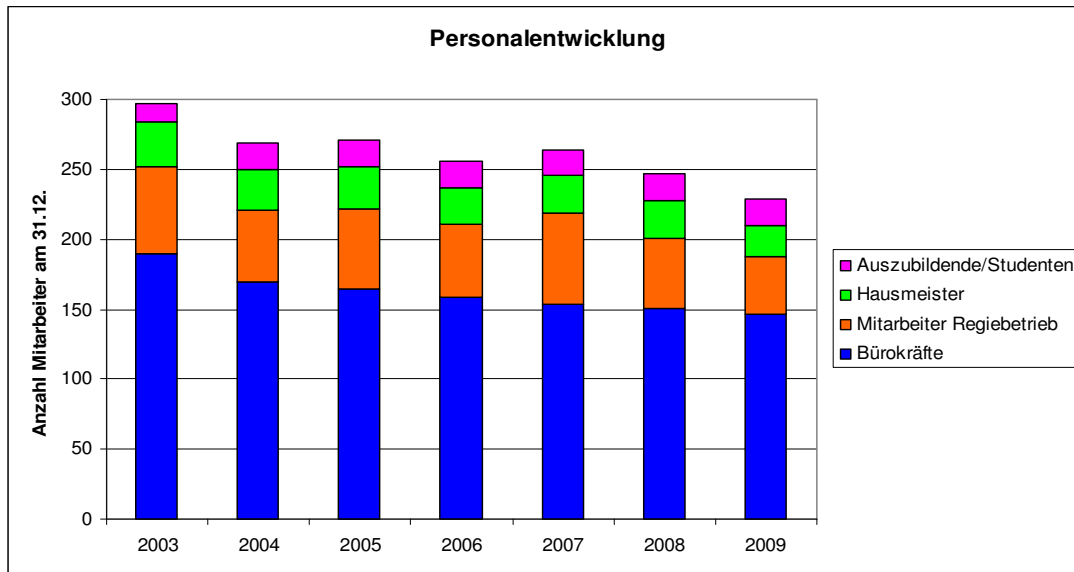
Das Ergebnis wird durch um TEUR 1.422 geringere aktivierte Eigenleistungen, Bestandsverminderungen von TEUR 3.409, geringere sonstige betriebliche Erträge von TEUR 1.406, erhöhte Aufwendungen für bezogene Leistungen von TEUR 3.243, gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen von TEUR 169 sowie niedrigere Zinserträge von TEUR 992 negativ beeinflusst.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von TEUR 11.678 (VJ TEUR 13.712).

Die Gesellschaft schließt damit das Geschäftsjahr zum siebten Mal in Folge mit einem positiven Ergebnis ab.

4. Personal und Organisation

Von den zum 31. Dezember 2009 beschäftigten 229 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren 146 Bürokräfte, 42 Mitarbeiter im Regiebetrieb, 22 Hausmeister und 19 Auszubildende/Studenten.



Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Der Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst.

Die Ergebnisse wurden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

In 2009 hat die Gesellschaft ihre Unternehmensstruktur verändert. Organisationsstrukturen wurden so gestrafft, dass aus sieben Abteilungen sechs zuzüglich drei Stabsstellen entstanden. Den Herausforderungen demografischer Wandel, Abwanderung und Haushaltskonsolidierung soll so mit einer effizienteren Bestandsbewirtschaftung und der Fokussierung auf die Bereiche Vermietung und Verkauf begegnet werden.

In 2010 finden weitere organisatorische Veränderungen in der Abteilung Wohnungswirtschaft statt. Ziel ist die Segmentierung der Verwaltungsbestände in den einzelnen Teams für ein zielgruppenorientiertes Bestandsmanagement.

Seit dem Jahr 2010 werden die Öffnungsklauseln für die Beschäftigten des Regiebetriebes nicht mehr in Anspruch genommen.

Zur Realisierung der Unternehmensplanungen 2010 ist die Einstellung neuer Mitarbeiter vorgesehen.

5. Risikobericht

Das Risikomanagementsystem weist die für das Unternehmen branchentypischen wesentlichen Risiken aus. Die Kennziffern zu den Risiken werden durch ein regelmäßiges Reporting ermittelt und durch die verantwortlichen Abteilungen interpretiert.

Als wichtige Risikofaktoren wurden die Entwicklung des Leerstandes und der Vermietungssituation, die Mietenentwicklung, die Forderungsentwicklung und das Verkaufsgeschehen identifiziert.

Die Entwicklung der ergebnisrelevanten Risiken wird durch das Controlling des Unternehmens überwacht. Von den Entscheidungsträgern werden erforderliche Maßnahmen der Gegensteuerung eingeleitet.

Für erkennbare, quantifizierbare Risiken ist im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen worden.

Aus der in 2008 begonnenen und weiter andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise sind Auswirkungen für die Gesellschaft ersichtlich. Dies betrifft insbesondere die Verkaufstätigkeit. Es ist wenig sinnvoll, derzeit größere Verkaufstranchen auf dem Grundstücksmarkt zu platzieren. Weitere Auswirkungen könnten sich aus der allgemeinen Wirtschafts- und Beschäftigungslage einhergehend mit der demografischen Entwicklung der Stadt Halle (Saale) ergeben.

6. Nachtragsbericht

In seiner Sitzung am 28. Januar 2010 hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft seine Geschäftsordnung geändert. Im Wesentlichen wurden hier die Zusammensetzung der Ausschüsse und die Ladungsfristen neu geregelt.

7. Künftige Entwicklung der Gesellschaft

Die Stadtrats- und Gesellschafterbeschlüsse vom 21. November 2007, 7. Februar 2008, 25. Februar 2009 und 31. März 2009 erlegen der Gesellschaft eine kurzfristige, groß dimensionierte Beteiligung an der Tilgung der Schulden des städtischen Haushaltes auf.

Das im Herbst 2007 vom Stadtrat beschlossene Konzept zum Abbau der städtischen Schulden sieht vor, dass aus der Gesellschaft dem städtischen Haushalt bis 2012 141,8 Mio. Euro zur Schuldentilgung zufließen.

Dieser Stadtrats- und Gesellschafterbeschluss folgt den Empfehlungen eines von der Stadt beauftragten Gutachters, der sich im Sommer 2007 zur Machbarkeit einer solchen Leistung positiv äußerte und auch Wege zu ihrer Realisierung aufwies.

Für den Gutachter zentral und damit auch für den Stadtrat beschlussleitend war die Prognose, größere Wohnungsbestände sowie Anteile an der Muttergesellschaft seien in kurzen Fristen und zu stabilen Preisen sowie mit weitgehender Sozialschutzverpflichtung bei einer genügend großen, auskömmlich finanzierten Anzahl von Investoren platzierbar. Die Nachfrage wurde nachhaltig so eingeschätzt, als sei der politische Beschluss zur Transaktion beinahe deren einzige Bedingung.

Im Kern beruhte dieses Konzept auf dem zu diesem Zeitpunkt investorenfreundlichen Wohnungs- und Grundstücksmarkt.

Diese Annahme muss inzwischen als irrig erkannt werden. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einem deutlich geänderten Nachfrageverhalten zumindest institutioneller Investoren auf den Grundstücksmärkten und auch zur Zurückhaltung beim Erwerb von Beteiligungen geführt.

Die derzeitigen Prognosen rechnen weder im laufenden Jahr noch im mittelfristigen Planungszeitraum mit einer vollständigen Wiederbelebung der Wirtschaftskraft und der durchgängigen Beseitigung der Marktirrationen.

Die Gesellschaft hat deswegen ihre mittelfristigen Planungen überarbeitet.

Dabei zeigt sie Möglichkeiten zur Realisierung der zugunsten der Stadt Halle (Saale) zu erbringenden Leistungen auf. Die vorgeschlagenen Alternativen berücksichtigen die Änderungen auf dem Grundstücksmarkt und werden der demografischen Entwicklung und Einkommensstruktur der Bevölkerung gerecht. Sie gehen dabei auch nicht von einer kurzfristigen Erholung des Grundstücksmarktes, also von wiederbelebter Nachfrage und Preisanstieg aus. Dennoch sehen sie die nachhaltige Erwirtschaftung von Gewinnen und entsprechende Ausschüttungen an den Gesellschafter vor.

Ziel der Gesellschaft ist es nach wie vor, Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes zu leisten und dabei gleichzeitig ihre Kernaufgaben - Stadtbau und vor allem qualitätsvolle, sozialverträgliche Wohnraumversorgung - zu erfüllen.

Dabei beabsichtigt die Gesellschaft, die Stadt Halle (Saale) von ihren laufenden Kosten der Unterkunft für einkommensschwächere, insbesondere auf Transferleistungen angewiesene Mieterhaushalte zu entlasten.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im März 2010 bereits seine Empfehlung dahingehend ausgesprochen, die Auswahl und Entwicklung von nutzerspezifischen Beständen weiter vorzubereiten.

Verkäufe finden bei alternativen Planungen nur noch zur Portfoliobereinigung statt. Der demografischen Entwicklung wird durch hohen Rückbauanteil entsprochen. Eine Vielzahl von Wohnungen soll auch zukünftig durch Investitionen Wertverbesserungen erfahren. Dabei stehen energetische Verbesserungen im Vordergrund.

Ob die Gesellschaft die von ihrem Eigentümer geforderten Leistungen zur Tilgung der Schulden des städtischen Haushaltes innerhalb des gesetzten Zeitraumes erbringen kann, muss angesichts der geänderten Marktbedingungen kritisch beurteilt werden. Die vom Gutachter 2007 aufgezeigten Wege führen nicht mehr zum Ziel. Erforderlich sind Alternativen. Deren Realisierung benötigt einen größeren zeitlichen Rahmen.

Die Zielerreichung hängt nicht nur vom Gelingen der dazu erforderlichen erneuten Steigerung der Effektivität des wohnungswirtschaftlichen Handelns der Gesellschaft ab. Entscheidend ist auch, dass sich die Rahmenbedingungen, insbesondere die Fortführung der Rückbauförderung mit entsprechender Mittelausstattung, die gezielte Belegung preisreduzierter Wohnungsbestände und die Bereitschaft zur Ausreichung von Krediten der Finanzinstitute in erforderlicher Weise entwickeln. Und nicht zuletzt müssen die Gesellschafterbeschlüsse zur Haushaltskonsolidierung modifiziert werden.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der durch die Finanzkrise geänderten Marktbedingungen nach wie vor alle Voraussetzungen zu schaffen versuchen, um den von der Gesellschafterin geforderten Beitrag zur Entschuldung des Gemeindehaushaltes zu leisten. Die Planungsrechnungen zeigen, dass nachhaltige Gewinnausschüttungen möglich sind, eine kurzfristige, wie bisher geplante Erbringung der kompletten Beiträge bis 2012 jedoch nicht zu realisieren ist.

Für das Folgejahr wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofplatz 1
80335 München

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Christian Zeigermann	0	0,05
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Sehlereth, Halle) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Berghof, Heiko	
	Dr. Wahlen, Heinrich	
	Goldbrunner, Christian	(seit 01.10.2009)
	Haigis, Albrecht	
	Kober, Peter	(seit 01.10.2009)
	Koch, Heimo	(bis 16.12.2009)
	Porr, Oliver	(bis 16.12.2009)
	Pütz, Helmut	
	Soethe, Robert	
	Zeigermann, Christian	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2009		2008		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%
78.958	99	80.319	100	-1.361	-2
914	1	31	0	883	2.854

Bilanzsumme

79.872	100	80.350	100	-478	-1

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%
4	0	8	0	-4	-50
		1	0	-1	-100
79.868	100	80.342	100	-474	-1

Bilanzsumme

79.872	100	80.350	100	-478	-1

bb) GuV

Umsatzerlöse

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2009	2008
T€	T€
6.068	3.091
1.361	681
4	2
1.281	2.085
5.988	4.495
-4	-2
-4	-2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2009	2008	Angaben in
-0,06	-0,08	%
-49,75	-24,38	%
1.358	678	T€
		T€
		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	98,86	99,96	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,01	%
Fremdkapitalquote:	100,00	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)						
Rechtsform:	GmbH							
Stammkapital in T€:	26							
Gesellschafter:								
		<table><tr><th>T€</th><th>%</th></tr><tr><td>Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg</td><td>1349,04</td></tr><tr><td>Stadt Halle (Saale)</td><td>1350,96</td></tr></table>	T€	%	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1349,04	Stadt Halle (Saale)	1350,96
T€	%							
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1349,04							
Stadt Halle (Saale)	1350,96							

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Noll, Sabine Prof. Dr. Lukas, Wolfgang

c) Beteiligungen

unmittelbar

BIO Mitteldeutschland GmbH

T€	%
2	2,98

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
9.958	75	11.976	87	11.156	79	-2.018	-17
3.231	24	1.668	12	2.904	21	1.563	94
73	1	79	1	78	1	-6	-8

Bilanzsumme

13.262	100	13.724	100	14.138	100	-461	-3

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
6.300	48	6.212	45	6.106	43	89	1
5.758	43	6.261	46	6.687	47	-503	-8
155	1	210	2	214	2	-55	-26
1.049	8	1.041	8	1.001	7	8	1
				132	1	0	

Bilanzsumme

13.262	100	13.724	100	14.138	100	-461	-3

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.686	1.638	1.515
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	122	125	116
sonstige betriebliche Erträge	15	20	85
Personalaufwand	123	113	123
Abschreibungen	84	164	109
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.545	1.422	1.292
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35	75	121
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	106	159	314
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17	52	119
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	89	106	194
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	89	106	194
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,25	6,47	12,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,41	1,71	3,18	%
Cash-Flow:	172	270	303	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	456	446	429	T€
Personalaufwandsquote:	6,72	6,34	7,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,05	77,01	78,89	%
Eigenkapitalquote:	47,50	45,26	43,19	%
Fremdkapitalquote:	52,50	54,74	56,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.843,00	m²
Auslastung	98,47	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei z. B. die Reduzierung des Raumbedarfs von zwei Firmen und der Auszug einer Firma aufgrund des spezifischen Flächenbedarfs bis Ende des Jahres 2009 nicht zu vermeiden war. Im Laufe des Geschäftsjahres 2009 wurden die offenen Forderungen weiter im Rahmen des Vermieterpfandrechts ausgeglichen und die freigezogenen Flächen an andere Nutzer bis auf 150 m² weiter vermietet.

Es bestehen immer größere Schwierigkeiten, geschlossene Finanzierungsrunden für biotechnologisch ausgerichtete Start-Up-Unternehmen aufzubauen. Als positiv ist zu bewerten, dass für die Probiodrug AG eine weitere Finanzierungsrunde geschlossen wurde.

Da die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland durch die Finanzkrise gegenwärtig in Mitleidenschaft gezogen ist, ist es besonders für mittelständische Unternehmen speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete noch schwieriger geworden, da die Finanzierung von diesen Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet ist. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt hatte, ist es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lässt gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen, der im Laufe des Jahres 2010 neu verhandelt werden muss.

Der Leerstand beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 = 150 m², d. h. es ist eine Auslastung von 98,47 % zu verzeichnen, auch unter Berücksichtigung des in der Daniel-Vorländer- Straße errichteten Erweiterungsbaues.

Für die im Erweiterungsbau von der Firma Log Oil errichteten Pilotanlagen wurden die Genehmigungen für den Betrieb nach Bundesemissionsschutzgesetz erteilt. Da eine Bürgerinitiative gegen die Genehmigungen geklagt hat, ist es gegenwärtig noch offen wie es mit der Entwicklung der thermischen Behandlung von Wertstoffen und damit mit dem Verbleib der Firma Log Oil am Standort weiter geht.

Dabei muss die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort weinberg campus von existenzieller Bedeutung ist.

Der Bau des Mehrzweckgebäudes schaffte die Voraussetzung, dass die Icon GmbH, die durch den Verkauf an die Bayer AG kein Klein- und mittelständisches Unternehmen mehr ist, im Bio-Zentrum verbleiben kann, da ein Flächenausgleich (siehe Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalts vom 30.01.2008) getätigt wurde. Dieser Weg scheint für Klein- und Mittelständische Unternehmen momentan die einzige Möglichkeit zu sein, am Standort „weinberg campus“ zu verbleiben und sollte von allen unterstützt werden.

Mittelfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen müssen. Gravierende Auszüge stehen in den Jahren 2012/2013 bevor, da zu diesem Zeitpunkt die Verträge mit der Max-Planck-Gesellschaft auslaufen und der Mietvertrag der Firma Probiobrug AG aus heutiger Sicht bei fehlender Weiterfinanzierung fristgemäß gekündigt wird. Zu diesem Zeitpunkt werden ca. 2.849 m² frei, für die neue Nutzer akquiriert werden müssen. Der Ausfall an Mietzinsen würde ca. 286 T-€/ p.a. betragen, zuzüglich ca. 240 T€ p.a. Leerstandskosten.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von start-up's und die Bestandspflege über intensive Beratungen und Betreuungen im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrounds;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit Sommer 2007 keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH ab 2003.

Gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH fanden im Geschäftsjahr 2009 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2009 in Atlanta und der Biotechnica in Hannover. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Insbesondere hervorzuheben ist die Präsenz der Aufsichtsratsvorsitzenden der TGZ Halle GmbH, Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, auf der BIO 2009 in Atlanta als „Türöffner“. Dadurch wurde den anwesenden Vertretern des Technologieparks *weinberg campus* viel mehr Möglichkeiten gegeben, die Inhalte vor hochkarätigen Partnern zu präsentieren. Diese Verfahrensweise sollte möglichst beibehalten werden.

Die Stadtwerke Halle, die Bio-Zentrum Halle GmbH und TGZ Halle GmbH präsentierten sich gemeinsam auf der Biotechnica und veranstalteten dort einen Workshop zum Thema Biomasse. Die Präsenz hochrangiger Referenten führte zu einer Aufmerksamkeit, die weit über die regionale Ebene hinausging.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien stagnieren durch die Wirtschaftskrise, die auch in diesen Ländern ernsthafte negative Spuren hinterlässt.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 89 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen und Umlandgemeinden.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Namen „*weinberg campus*“ hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	846	46,4%	1.001	56,1%	-155	-15,5%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	751	41,2%	619	34,7%	132	21,3%
+ sonstige Dienstleistungen	89	4,9%	18	1,0%	71	394,4%
+ = UMSATZERLÖSE	1.686	92,5%	1.638	91,9%	48	2,9%
+ BESTANDSERHÖHUNG	122	7,2%	125	7,6%	-3	-2,4%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	15	0,8%	20	1,1%	-5	-25,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.823	100,0%	1.783	100,0%	40	2,2%
+ Personalkosten	123	6,7%	113	6,3%	10	8,8%
+ Abschreibungen	587	32,2%	590	33,1%	-3	-0,5%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-503	-27,6%	-426	-23,9%	-77	18,1%
+ = AUFL. VON SONDERPOSTEN	84	4,6%	164	9,2%	-80	-48,8%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwendungen	1.292	70,9%	1.116	62,6%	176	15,8%
+ Versicherungen / Beiträge	11	0,6%	8	0,4%	3	37,5%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	61	3,3%	134	7,5%	-73	-54,5%
+ Kosten des Fuhrparks	4	0,2%	5	0,3%	-1	-20,0%
+ Werbe- und Reisekosten	86	4,7%	40	2,2%	46	115,0%
+ sonstige Kosten	91	5,0%	120	6,7%	-29	-24,2%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.545	84,8%	1.423	79,8%	122	8,6%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.752	96,1%	1.700	95,3%	52	3,1%
= BETRIEBSERGEBNIS	71	3,9%	83	4,7%	-12	-14,5%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	35	100,0%	75	100,0%	-40	-53,3%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= FINANZERGEBNIS	35	100,0%	75	100,0%	-40	-53,3%
+ PERIODENFREMDER ERTRAG	0	0,0%	0	0,0%	0	*
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(106)	(5,8%)	(158)	(8,9%)	-(52)	-(32,9%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	17	16,0%	52	32,9%	-35	-67,3%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	17	16,0%	52	32,9%	-35	-67,3%
= JAHRESÜBERSCHUSS	89	4,9%	106	5,9%	-17	-16,0%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2008 um 40 T-€ (= 2,3 %) auf 1.823 T-€ gesteigert. Während sich die abgerechneten Mietnebenkosten (+132 T-€) und die sonstigen Dienstleistungen (+71 T-€) erhöhten gab es bei den Mieteinnahmen eine Verminderung um 155 T-€ (-15,5%). Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 3 T-€. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich um 5 T-€ auf jetzt noch 15 T-€.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 10 T-€ auf 123 T-€ erhöht.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 587 T-€ (Vorjahr: 590 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich aufgrund einer einmaligen Umstellung um 77 T-€ erhöht und betragen im Berichtsjahr 503 T-€ gegenüber 426 T-€ im Vorjahr.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 122 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (+176 T-€) und die Werbe- und Reisekosten (+46 T-€) erhöht. Die Instandhaltungskosten (-73 T-€) und die sonstigen Kosten (-29 T-€) haben sich vermindert. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2008 um 12 T-€ auf 71 T-€ vermindert.

Das **Finanzergebnis** hat sich aufgrund gesunkener Anlagezinssätze um 40 T-€ auf 35 T-€ vermindert.

Auf Grund des verminderten Betriebs- und Finanzergebnisses haben sich die **Steuern von Einkommen und Ertrag** um 35 T-€ auf 17 T-€ vermindert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 16,0 % gegenüber 32,9% im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 17 T-€ auf 89 T-€ vermindert.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit, die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen.

Die Gesellschaft hält liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.131 T-€ betragen und sich somit im Laufe des Jahres 2009 von rund 598 T-€ um rund 1.533 T-€ erhöht haben, was insbesondere an der Umschichtung von langfristigen Finanzanlagen hin zu liquiden Mitteln i. H. v. 1.400 T-€ liegt.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

P A S S I V A	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ EIGENKAPITAL	6.300,2	47,5%	6.211,6	45,3%	88,6	1,4%
+ SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGENANTEIL	5.758,4	43,4%	6.261,2	45,6%	-502,8	-8,0%
+ Steuerrückstellungen	0,0	0,0%	0,0	0,0%	0,0	*
+ sonstige Rückstellungen	154,8	1,2%	210,0	1,5%	-55,2	-26,3%
+ RÜCKSTELLUNGEN	154,8	1,2%	210,0	1,5%	-55,2	-26,3%
+ Erhaltene Anzahlungen	881,9	6,6%	827,6	6,0%	54,3	6,6%
+ Lieferantenverbindlichkeiten	107,6	0,8%	164,6	1,2%	-57,0	-34,6%
+ Sonstige Verbindlichkeiten	59,4	0,4%	48,7	0,4%	10,7	22,0%
+ VERBINDLICHKEITEN	1.048,9	7,9%	1.040,9	7,6%	8,0	0,8%
= GESAMTKAPITAL	13.262,3	100,0%	13.723,7	100,0%	-461,4	-3,4%

Es zeigt sich, dass die Bio-Zentrum Halle GmbH die Fähigkeit besitzt, den Betrag der Fremdfinanzierung in Höhe von 1.204 T-€ durch die vorgehaltenen liquiden Mittel i. H. v. 2.131 T-€ vollständig abzudecken.

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

A K T I V A	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Immaterielle Vermögensgegenstände	3,0	0,0%	4,9	0,0%	-1,9	-38,8%
+ Sachanlagen	9.952,9	75,0%	10.568,8	77,0%	-615,9	-5,8%
+ Finanzanlagen	2,4	0,0%	1.402,4	10,2%	-1.400,0	-99,8%
+ = ANLAGEVERMÖGEN	9.958,3	75,1%	11.976,1	87,3%	-2.017,8	-16,8%
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	981,6	7,4%	803,8	5,9%	177,8	22,1%
+ sonstige Vermögensgegenstände	118,6	0,9%	266,4	1,9%	-147,8	-55,5%
+ = FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	1.100,2	8,3%	1.070,2	7,8%	30,0	2,8%
+ WERTPAPIERE UND FLÜSSIGE MITTEL	2.130,8	16,1%	598,2	4,4%	1.532,6	256,2%
+ = UMLAUFVERMÖGEN	3.231,0	24,4%	1.668,4	12,2%	1.562,6	93,7%
+ RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	73,0	0,6%	79,2	0,6%	-6,2	-7,8%
= GESAMTVERMÖGEN	13.262,3	100,0%	13.723,7	100,0%	-461,4	-3,4%

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 461,4 T-€ (= -3,4 %) auf 13.262,3 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-615,9 T-€) und des Finanzanlagevermögens (-1.400,0 T-€) auf nunmehr 75,0 % (Vorjahr 87,2 %) vermindert. Dabei ist der Anteil des Sachanlagevermögens von 77,0 % im Vorjahr auf 75,0 % im Berichtsjahr zurückgegangen, was sich durch die planmäßigen Abschreibungen insbesondere auf die Betriebsgebäude im Berichtsjahr begründen lässt.

Die erhebliche Verminderung des **Finanzanlagevermögens** resultiert aus der Umschichtung eines langfristigen Sparkassenbriefes i. H. v. 1.400 T-€ hin zu kurzfristigen Mitteln.

Das **Immaterielle Anlagevermögen** hat sich durch planmäßige Abschreibungen leicht um 1,9 T-€ auf 3,0 T-€ vermindert. Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von -31,2 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 584,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 615,9 T-€ auf einen Betrag von 9.952,9 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich durch die Umschichtung von langfristigen Anlagen hin zu liquiden Mitteln um 93,7% erhöht und beträgt nun 24,4 % (Vorjahr 12,2 %) am Gesamtvermögen.

Der Anstieg der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung der noch nicht abgerechneten Nebenkostenleistungen an die Mieter der Gebäude in Höhe von 881,0 T-€ gegenüber 799,3 T-€ (+121,7 T-€) im Vorjahr. Die Forderungen aus Mieten und Mietnebenkosten haben sich um 56,1 T-€ erhöht.

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 147,8 T-€ ist im Wesentlichen auf die Verminderung der Forderungen aus Mieterdirektabrechnungen durch die EVH GmbH für die Bio-Zentrum Halle GmbH in Höhe von 187,0 T-€ und die Verminderung des Umsatzsteuerguthabens (-40,1 T-€) zurückzuführen. Steuererstattungsansprüche gab es am Bilanzstichtag i. H. v. 118,4 T-€ gegenüber 39,3 T-€ (+79,1 T-€) im Vorjahr. Die übrigen Posten blieben nahezu unverändert.

Die **liquiden Mittel** wurden insbesondere durch Umschichtungen von langfristige Anlagen um 1.532,6 T-€ erhöht.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** wurde im Wesentlichen die Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen auf Nebenkosten ausgewiesen.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Biotechnologie spezialisierte Zentrum, die BIO-Zentrum Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken / Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben :

- Könnte der weitere Ausstieg aus der Gentechnik durch politische motivierte Sicherheitsanforderungen in Deutschland oder Sachsen-Anhalt kommen?
- Durch übertriebene restriktive Festlegungen des in Vorbereitung befindlichen neuen Bebauungsplans für Heide-Süd / weinberg campus für Firmenansiedlungen wird im Standortranking der weinberg campus für Firmen uninteressant. Dies trifft insbesondere für die gemeinsamen Ansiedlungsprojekte mit dem Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik zu, die auf dieser Grundlage nur erschwert, wenn überhaupt nicht zu realisieren sind und damit die Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Standortes genommen wird.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?
- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker dieser Fachrichtungen angeboten werden.
- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.

Die dargestellte Problematik wird bei deren Eintreten mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen allein im letzten Jahr um durchschnittlich 9% gesunken ist. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

Nach Auswertung der Planung zeigt sich, dass bedingt durch die konjunkturelle Situation Unternehmen am Standort gefährdet sind und damit erheblich Leerstände d. h. Umsatzeinbußen zeitnah auftreten könnten, die erst in den kommenden Jahren wieder abgebaut werden können. Dies könnte alleine schon wesentlich mit dadurch verursacht werden das die LogOil GmbH, verursacht durch die Klage der Bürgerinitiative gegen die BImSch-Genehmigung, den Standort aufgibt und damit das speziell für die Firma errichtete Gebäude wieder zu vermarkten wäre. Die möglichen Leerstandsrisiken wurden bei der Ermittlung der Mieterlöse im Wirtschaftsplan berücksichtigt.

Wie bereits ausgeführt, könnte 2012/2013 die spezifische Situation eintreten, dass zwei Großmieter ihre Verträge nicht verlängern bzw. kündigen. Dieses Szenario wurde nicht bei der Planung mit berücksichtigt, da diese Entscheidungen momentan noch nicht im Detail vorliegen bzw. nur in Gesprächen aufgenommen werden konnten. In diesem Zusammenhang muss auf übertriebene restriktive Festlegungen der in Vorbereitung befindlichen neuen Bebauungspläne (32.3/32.4) für den Technologiepark „weinberg campus“ hingewiesen werden, der für Firmenansiedlungen im Standortranking dadurch uninteressant wird.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2010 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2011 bis 2015 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen*	Erlöse		Finanz-	Ergebnis
	T-EURO	Miete u. a.* T-EURO	sonstige T-EURO	ergebnis T-EURO	T-EURO
2010	910	790	20	60	-40
2011	900	800	20	20	-60
2012	910	810	20	20	-60
2013	910	820	20	20	-50
2014	910	830	20	20	-40
2015	910	830	20	20	-40

* Die umlagefähigen Mietnebenkosten sind weder in den Aufwendungen noch in den Mieterträgen enthalten, da sich Aufwendungen und Erlöse hieraus jeweils ausgleichen

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk weinberg campus. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft ab 2012 errichtete Gebäude, mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik, geplante Ansiedlung von mittelständische Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben und auch generell bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den weinberg campus dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom weinberg campus oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Die in vorstehendem Risikobericht dargestellten Risiken mit Bestandsgefährdungspotenzial sind in die Erwägungen zu den Wirtschaftsplänen 2010 bis 2015 speziell ab 2013 nicht eingeflossen, da momentan nicht absehbar ist inwieweit die Max-Planck-Gesellschaft und die Probiobrug AG den Standort aufgeben. Ebenso wurde die Änderung der B-Pläne nicht berücksichtigt.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2010 ff. auch in Anbetracht der Finanz- und Wirtschaftskrise verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können, aber eine Weiterentwicklung des Standortes von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im wesentlichen abhängig ist und durch diese entscheidend beeinflusst wird, welche Entwicklung der Technologiepark weinberg campus und damit die Bio-Zentrum Halle GmbH nimmt.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Götte, Dieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
20.929	100	17.608	100	17.733	100	3.321	19

Bilanzsumme

20.929	100	17.608	100	17.733	100	3.321	19

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
16.983	81	17.131	97	17.537	99	-149	-1
142	1	287	2	18	0	-145	-50
3.666	18	189	1	178	1	3.477	1.836
138	1					138	

Bilanzsumme

20.929	100	17.608	100	17.733	100	3.321	19

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
95		
310	715	267
104	49	52
315	715	267
219	114	
	85	
127	259	76
5	9	38
0	2	0
-148	-403	14
0		
-149	-403	14
-149	-403	14

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-155,92			%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,87	-2,30	0,08	%
Cash-Flow:	-149	-318	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	170	382		T€
Personalaufwandsquote:	43,04	14,92		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	81,14	97,29	98,90	%
Fremdkapitalquote:	18,86	2,71	1,10	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	345,70	353,64	353,64	ha
verkaufte Fläche	7,94	0,00	0,00	ha

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der B-Planung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14" die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17.7.2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

In der Folgezeit wurden alle Anstrengungen unternommen, einen rechtskräftigen Bebauungsplan zu erwirken. Dieser lag im Jahr 2002 vor.

Die Vermarktung des Areals erfolgte auf der Grundlage dieses Bebauungsplanes und im Einklang mit den grundsätzlichen Intentionen der in einem, eigens für das Industriegebiet gegründeten Planungsverband vereinten Gebietskörperschaften, aktuell der Stadt Halle, der Gemeinde Peißen, der Stadt Landsberg und der Einheitsgemeinde Kabelsketal.

Auf dieser Grundlage war die Stadt Halle in der Lage, bei Großprojekten, die mit Beginn des Jahres 2007 bei der Stadt Halle und ihrer Gesellschaft bezüglich einer Ansiedlung im Industriegebiet verstärkt nachgefragt wurden, ein wettbewerbsfähiges Standortangebot zu unterbreiten.

Die überwiegend reaktiven Ansprachen von Investoren seit dem Jahr 2007 bilden sich zum einen aus direkten Anfragen von Unternehmen und zum anderen aus Anfragen von Unternehmen, die von Kooperationspartnern wie German Trade and Invest (GTal) und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) begleitet wurden. Es handelt sich dabei um Standortanfragen von Unternehmen aus dem Bereich der verarbeitenden Industrie.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Anfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt. Gleichzeitig wurde zwecks Beschleunigung des Vorhabens ein Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gestellt. Diese Ausnahmegenehmigung lag mit Wirkung ab dem 31. Januar 2008 vor. Seitdem konnte mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes begonnen werden.

Ein Zuwendungsbescheid der beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattet unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst ein Gesamterschließungsvolumen in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der ein Erschließungsvolumen von brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass entsprechend rechtlicher Vorschriften nur noch Gebietskörperschaften und ihnen gleichgestellte Verbände Fördermittel beantragen und erhalten können. So ist auch im Fall des Erschließungsprojektes Industriegebiet „An der A 14“ die Stadt Halle Antragstellerin und Bezieherin der Fördermittel.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EglG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuern Mittel, sind entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EglG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleichernden Rechnungen zur Verfügung gestellt. Über das gesamte Geschäftsjahr 2009 war dieser Prozess so organisiert, dass die Gesellschaft jeweils rechtzeitig vor Fälligkeit der Rechnungen aus der Erschließung mit der erforderlichen Liquidität ausgestattet war.

B. Darstellung der Lage

Nachdem die erforderlichen vertraglichen Rahmenbedingungen dies entsprechend ermöglichten, schloss die Stadt Halle im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A 14 ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage eines inzwischen erteilten Zuwendungsbescheides für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und eines darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil sind in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestanchen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und werden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und -steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeitätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig, um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die sich daraus ergebenden Aufwendungen schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2009 entsprechend in der Position Materialaufwand/Bezogene Leistungen nieder. Da diese Leistungen Bestandteil des Erschließungsprojektes und dem entsprechend auch förderfähig sind, tragen sie zur Wertsteigerung des in der Bilanz unter Vorräte ausgewiesenen, noch unerschlossenen Industriegebietes bei. Da jedoch sowohl die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bereitgestellten Fördermittel als auch der sich aus der Antragstellung auf diese Fördermittel begründende Eigenanteil der Stadt Halle der Gesellschaft als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt werden, mindern diese Zuschüsse die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen, tatsächlichen Erschließungsaufwendungen in erheblichem Umfang. Offen ausgewiesen wird danach nur jener Erschließungsaufwand, korrespondierend dazu demgemäß auch die Bestandserhöhung des Vorratsvermögens, der dem von der Gesellschaft gemäß Stadtratsbeschluss vom September 2007 eigenständig beizusteuern den Eigenanteil entspricht.

Da im gesamten Geschäftsjahr 2009 planmäßig und in Übereinstimmung mit dem städtischen Haushalt sämtliche förderfähige Erschließungsmaßnahmen aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen finanziert wurden, wird hierfür keine Wertsteigerung im Umlaufvermögen verbucht.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2009 Bestand. Aufgrund der erschließungsbedingten Eingriffe in die verpachteten Flächen mussten jedoch Einbußen bei den erzielten Pachteinahmen in Kauf genommen werden, deren Ausweis unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

Die Gesellschaft hat eine ca. 8 ha große Teilfläche, die nach dem rechtskräftigen Bebauungsplan ohnehin zur landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehen war, an den Pächter veräußert. Mit der dabei erzielten Einnahme konnten nicht förderfähige, eigene Verwaltungs- und Organisationskosten gegenfinanziert werden.

Aufgrund der bisher noch nicht erzielten Umsatzerlöse aus der Veräußerung erschlossener Industriegebietsflächen sowie der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen, nicht förderfähigen Aufwendungen wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 149 T€ ausgewiesen.

Das Jahr 2009 war insbesondere geprägt durch die forcierte öffentliche Erschließung des Industriegebietes mit folgenden Schwerpunkten:

Maßnahme -Mio. €-	Gesamtbudget	Zahlungsstand 31.12.2009	Status
Wasser und Abwasser	8,9	5,7	1. BA betriebsbereit
Regenentwässerung	9,0	3,3	Südabschnitt fertig
Umverlegungen	14,5	11,0	abgeschlossen
Elektroerschließung	19,3	9,3	40 MVA Leistung liegen an
Gaserschließung	1,5	0,8	Gasanschluss fertig
Straßenbau	10,2	6,9	1. BA fertig

Insbesondere mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der stromseitigen Anbindung des Industriegebietes an vorhandene, vorgelagerte Versorgungsnetze per 15. Dezember 2009 ist ein Erschließungsstand erreicht, der einen jederzeitigen Baubeginn eines Ansiedlungsunternehmens sicherstellt. Bisher im Rahmen von Standortanfragen bekannt gewordene Bedarfe an Versorgungs- und Entsorgungsleistungen können vollständig abgesichert werden.

Neben der finanziellen und organisatorischen Absicherung des Erschließungsvorhabens Industriegebiet „An der A 14“, hat sich die Gesellschaft auf der Grundlage eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses gegen Ende des Geschäftsjahres 2008 durch eine personelle Verstärkung bereits auf die künftige strategische Ausrichtung als die für das kommunale Flächenmanagement mit dem ausschließlichen Fokus auf die Entwicklung und Erschließung von Gewerbe- und Industriegebietsflächen zuständige Gesellschaft ausgerichtet. Mit Stadtratsbeschluss vom 24. Juni 2009 wurde als ein für die weitere Entwicklung und Profilierung der Gesellschaft wichtiges Pilotvorhaben „Revitalisierung Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bestätigt. Auch dieses Vorhaben wird mit öffentlichen Fördergeldern unterstützt werden, für deren Bereitstellung ein Fördermittelantrag bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gestellt wurde. Mit einem entsprechenden Bescheid wird im II. Quartal 2010 gerechnet. Ziel des Projektes ist, an drei einzelnen Standorten in Halle-Ost maximal 8 ha Fläche zu erwerben, zu beräumen und für eine Verwertung an gewerbliche Nutzer öffentlich zu erschließen.

Die Gesellschaft konzentriert sich über dieses Pilotprojekt hinaus vor allem auf die Entwicklung von Strategien und entsprechende kaufmännische und technische Leistungsangebote, um potentiellen Investoren zusätzliche Anreize für eine Ansiedlung im Industriegebiet „An der A 14“ zu schaffen.

Es wird hierbei vor allem an die Schaffung von technischen, Infrastruktur basierenden Standortdienstleistungspaketen und Angebote im Bereich Finanzdienstleistungen (Miete-, Leasingangebote) für die Errichtung von Werksgebäuden der Investoren gedacht.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen während des gesamten Geschäftsjahres 2009 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Industriegebiet „An der A 14“ und soweit bereits Kosten angefallen waren, auch für das Revitalisierungsprojekt Halle-Ost waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Berücksichtigungen im städtischen Haushalt 2009. Für nicht förderfähige, eigene Verwaltungs- und Organisationsaufwendungen der Gesellschaft fasste der Finanzausschuss des Stadtrates in seiner Sitzung am 20. Oktober 2009 den Beschluss, der Gesellschaft aus städtischen Mitteln ein Zwischenfinanzierungsdarlehen von bis zu 551 T€ und bis zum 30. Juni 2012 zu gewähren. Die Tilgung soll aus erzielten Veräußerungserlösen erschlossener Industriegebietsflächen erfolgen. Ein entsprechender Darlehensvertrag mit der Stadt Halle ist inzwischen mit den konkreten Bedingungen zur Darlehensgewährung und -auszahlung sowie zur Verzinsung und Tilgung abgeschlossen worden. Die kumulierte Inanspruchnahme dieses Darlehens beziffert sich per 31. Dezember 2009 auf 436 T€.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Das im Besitz der Gesellschaft befindliche Industriegebiet ist bezüglich der daraus erzielbaren und erzielten Verwertungserlöse Gegenstand einer speziellen Vereinbarung zwischen der Stadt Halle und dem Land Sachsen-Anhalt. Die Stadt Halle als Gesellschafterin der Gesellschaft ist danach gehalten, Teile dieser Verwertungserlöse, die zunächst allein der Gesellschaft zufließen, an das Land abzutreten.

Im Zusammenhang mit der beschlossenen und bereits in der Umsetzung befindlichen Erschließung des Industriegebietes hat sich die Stadt Halle als Gesellschafterin verpflichtet, die Gesellschaft so auszustatten, dass sie ihren, insbesondere finanziellen Verpflichtungen aus der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes, nachkommen kann. Die Erschließungsträgerschaft ist der Gesellschaft über einen Erschließungsvertrag von der Stadt Halle übertragen worden.

Nicht förderfähige Aufwendungen der Gesellschaft, wie Geschäftsführungs- und sonstige Verwaltungskosten, grundstücksnahe Aufwendungen sowie Kosten der eigenen Projektleitung müssen zunächst durch die Gesellschaft separat aufgebracht werden. Dieser Aufwand wäre bei der durch die Stadt Halle im Zuge der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt geplanten Kapitalentnahme nach Eingang von Verwertungs- bzw. Veräußerungserlösen aus dem Verkauf erschlossener Teilflächen des Industriegebietes angemessen zu berücksichtigen.

Der sich aus der Vollerschließung für das Industriegebiet ergebende, höhere Eigenanteil der Stadt Halle (Aufstockung von 48 Mio. € auf 76,8 Mio. €) in Höhe von zusätzlich 2,8 Mio. € ist nach Beschluss des Stadtrates vom 29. Oktober 2008 (IV/2008/07494) durch die Gesellschaft selbst aufzubringen. Grundlage dafür bilden die in Aussicht stehenden Grundstücksveräußerungen an potentielle Ansiedler. Bleiben diese temporär aus, ergeben sich bei Weiterführung der öffentlichen Erschließung auf Vollerschließung Finanzierungsengpässe, die wiederum nur von der Stadt Halle überbrückt werden können.

Diese konkrete Situation wird nach dem gegenwärtigen Stand der Verwertung des Industriegebietes im Jahr 2010 eintreten. Der Wirtschaftsplan der Gesellschaft sieht für 2010 erzielbare Erlöse aus der Veräußerung von bis zu 5 ha an einen Investor vor, der mit notarieller Urkunde vom 09. Februar 2010 inzwischen auch ca. 2 ha Fläche erworben hat. Weitere Ansiedlungsgeschäfte sind in Anbahnung, konnten allerdings nicht als sichere Einnahme im Wirtschaftsplan 2010 berücksichtigt werden. Der städtische Haushalt 2010 berücksichtigt die demgemäß benötigten finanziellen Mittel in voller Höhe.

Der vorliegende Zuwendungsbescheid beinhaltet auch einen festgelegten Bewilligungszeitraum. Insofern kann aus Sicht der Gesellschaft nur empfohlen werden, die öffentliche Erschließung unter den derzeitigen günstigen Förderbedingungen zeitnah zu Ende zu bringen, um bei potentiellen Investoren keinerlei Zweifel am Vorliegen sämtlicher Ansiedlungsvoraussetzungen entstehen zu lassen. Aufgrund objektiver Umstände sind Verzögerungen im Erschließungsablauf eingetreten, sodass ein Abschluss aller gegenwärtig konzipierten Erschließungsleistungen bis zum bisher genehmigten Ende des Bewilligungszeitraumes am 31. Dezember 2010 nicht mehr sichergestellt ist. Ansiedlungsbegehren werden hierdurch in keiner Weise behindert. Die Gesellschaft wird daher rechtzeitig und abgestimmt mit der Stadt Halle als Auftraggeberin und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt einen erforderlichen Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes formulieren und stellen.

Die Gesellschaft wird in enger Abstimmung mit der Stadt Halle und dem Fördermittelgeber auch inhaltlich Veränderungen und Anpassungen der bisher betriebenen öffentlichen Erschließung beantragen.

Es zeigt sich inzwischen sehr deutlich, dass Investoren anders als zu Beginn der Erschließung eher nach Ansiedlungsflächen im Bereich 5 bis 30 ha nachfragen.

Da die bisherige Erschließung so ausgelegt war, dass das Kernbaufeld von 230 ha mit bis zu drei Großinvestoren besiedelt wird, könnte den sich nunmehr abzeichnenden Flächenanfragen nur in einer begrenzten Zahl begegnet werden. Ohne das bisherige Verwertungsziel zu verlassen, muss für einen Teilbereich des 230 ha Areals die Möglichkeit geschaffen werden, Flächenanfragen im Bereich 5-30 ha befriedigen zu können. Die hierzu notwendigen Anpassungen der betriebenen Erschließung, vornehmlich weitere öffentliche Straßen und Versorgungsleitungen, werden aktuell entwickelt und sollen noch im 1. Halbjahr 2010 in einem entsprechenden Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid münden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind über die oben genannte Veräußerung einer Teilfläche nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Götte, Dieter

Aufsichtsrat: Vorsitzender

- Neumann, Wolfram
- Bonan, Robert
- Dr. Köck, Uwe-Volkmar
- Kapetsis, Janis
- Röder-Kolberg, Tobias
- Sprung, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2	2	2	3			-1	-25
89	96	72	96	319	100	17	23
2	3	1	1			2	223

Bilanzsumme

93	100	75	100	319	100	18	24

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
55	59	53	71	313	98	2	3
30	32	18	24	6	2	12	64
8	9	4	5			4	111

Bilanzsumme

93	100	75	100	319	100	18	24

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
49	49	7
	2	6
1	265	
47	42	7
0	2	0
2	-259	-6
	0	
2	-259	-6
2	-259	-6

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2009	2008	2007	Angaben in
			%
3,16	-83,00	-1,74	%
2	6	-6	T€
			T€
	3,31	80,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,92	3,17		%
Eigenkapitalquote:	58,97	70,61	98,12	%
Fremdkapitalquote:	41,03	29,39	1,88	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes „An der A14“ die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet. Die Oberbürgermeisterin wurde bevollmächtigt, hierfür sämtliche erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Industriegebietes Halle-Saalkreis „An der A14“ einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wurde beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH die Änderungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH mit Sitz in Halle (Saale) hat mit Datum vom 17. Juli 2002 diverse Änderungen beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A14 auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Gesellschaft nimmt als Komplementärin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG deren Geschäftsführung war, vertritt diese und haftet für sie. Im Zuge der begonnenen und während des Geschäftsjahres 2009 auch sehr weit vorangeschrittenen öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A14 erfolgte mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 die Genehmigung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

B. Darstellung der Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft, war im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2009 geprägt von der weiteren Durchführung der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A14.

Die Stadt Halle beauftragte die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A 14. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

Die Umfänge der Erschließung und die einzuhaltenden Maßgaben der Förderrichtlinien, insbesondere jedoch die Bedeutung dieses Projektes für den angestrebten Ansiedlungserfolg großer Industrieunternehmen, erforderten auch die Schaffung entsprechend handlungsfähiger organisatorischer Voraussetzungen.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde die vorherige, in Nebentätigkeit ausgeübte Anstellung des bestellten Geschäftsführers mit Wirkung ab 16. April 2008 in eine Vollzeit- und ausschließlich für die Gesellschaft auszuübende Tätigkeit umgewandelt.

Weitere Beschlüsse der Gesellschafterin Stadt Halle führten zum Aufbau einer, das Wirken der Geschäftsführung unterstützenden, übersichtlichen Unternehmensorganisation, wobei die sich daraus ergebenden Anstellungsverträge und sonstigen Verträge von vornherein mit der EgIG als der eigentlichen Projektgesellschaft abgeschlossen wurden.

Diese Ablauforganisation, zu der auch ein bereits im Jahr 2001 im Zuge der damals angestrebten Ansiedlung des neuen Werkes der BMW AG abgeschlossener Vertrag zur Leitung und Steuerung der Planung und Durchführung der Erschließung des Industriegebietes mit einem externen Unternehmen gehört, der mit der Entscheidung zur öffentlichen Erschließung aktiviert wurde, wurde im Verlauf des Jahres 2008 sukzessive aufgebaut und steht seit Anfang November 2008 im abgestimmten Umfang arbeitsfähig zur Verfügung.

Sowohl der Gesellschaftsvertrag der EVG als auch der der EglG sowie die aus beiden Unternehmen bestehende Gesamtkonstruktion stellen das Tätigwerden beider Unternehmen neutral, nicht vordergründig und ausschließlich bezogen auf die Erschließung des Industriegebietes an der A14 heraus. Sehr wohl sind beide Gesellschaften und die darin inzwischen geschaffene Ablauforganisation aktuell mit dieser einen Erschließung befasst und im Grunde auch kapazitiv voll ausgelastet.

Mit der Einrichtung eines Dezernates für Wirtschaft und Arbeit und dem Amtsantritt des Beigeordneten für dieses Dezernat am 01. Januar 2008 wurden durch die Verwaltung der Stadt Halle, aufsetzend auf den zuvor gewonnenen Erkenntnissen, die Bestrebungen zur Schaffung eines effizient arbeitenden Flächenmanagementsystems in einem städtischen Beteiligungsunternehmen aufgegriffen. Im Einklang mit den Belastungen aus dem konkreten Erschließungsprojekt Industriegebiet an der A14 wurde der Geschäftsführung der EVG der Auftrag erteilt, ein entsprechendes Unternehmenskonzept zu erarbeiten, das die Inhalte und Zielstellungen für ein durch das Unternehmenskonstrukt EVG/EglG zu verwirklichendes Flächenmanagement ebenso beschreibt wie die dafür in den Unternehmen zu schaffenden organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen.

Dieses Unternehmenskonzept liegt seit Ende des Jahres 2009 als Entwurf vor. Es bedarf nunmehr im Jahr 2010 einer diesbezüglichen Abstimmung mit der Gesellschafterin Stadt Halle und dem neugeschaffenen Aufsichtsrat.

Der Jahresabschluss 2009 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (im Vorjahr: Jahresfehlbetrag: TEUR 259) aus. Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden, Regelung der den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um. Da der EVG zudem gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 2 zusteht, wird aus der operativen Geschäftstätigkeit ein positives Ergebnis in Höhe von TEUR 1 erwirtschaftet.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 12 (Vorjahr TEUR 39). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2009 gesichert.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Industriegebietes an der A14 und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden. Dies betrifft insbesondere die Anstellungsverträge der Mitarbeiter, Miet- und sonstige Verträge, die zu Kostenbelastungen führen.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, gegenwärtig somit der Erschließung des Industriegebietes an der A14.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden Aufwendungen nachkommen kann. Um dies zu gewährleisten, wurde durch den Finanzausschuss des Stadtrates der Stadt Halle auf entsprechenden Antrag am 20. Oktober 2009 eine Liquiditätshilfe für die EglG bis zu einer Höhe von TEUR 551 beschlossen. Diese betrifft insbesondere die eigenen, nicht förderfähigen Verwaltungs- und Organisationsaufwendungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A14, bis es gelingt, aus der Vermarktung der erschlossenen Industriegebietsflächen die Liquidität eigenständig sicherzustellen.

Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Mansfelder Straße 56
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hagen, Katerina

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas
	stellv. Vorsitzender	Engelmann, Dieter
		Bossmann, Claus Peter
		Dr. Fikentscher, Rüdiger (seit 26.08.2009)
		Dr. Schmidt, Andreas (bis 26.08.2009)
		Dr. Wöllenweber, Hans- (seit 26.08.2009)
		Dieter
		Dr. Wünscher, Ulrike (seit 26.08.2009)
		El-Khalil, Milad (bis 26.08.2009)
		Kapetsis, Janis (bis 26.08.2009)
		Krischok, Marion
		Rohnke, Achim
		Vogel-Jahn, Jürgen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
29.028	94	30.348	92	31.539	89	-1.321	-4
1.971	6	2.543	8	3.791	11	-572	-23
9	0	33	0	0	0	-24	-73

Bilanzsumme

31.008	100	32.925	100	35.331	100	-1.917	-6

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
6.291	20	6.793	21	7.192	20	-501	-7
21.604	70	22.618	69	23.803	67	-1.014	-4
215	1	171	1	115	0	43	25
2.883	9	3.343	10	4.215	12	-460	-14
14	0			6	0	14	

Bilanzsumme

31.008	100	32.925	100	35.331	100	-1.917	-6

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
936	906	558
1.377	1.312	806
358	294	229
1.368	1.366	651
985	1.182	920
3	39	76
36	84	70
-431	-669	-431
	357	185
36	86	152
-36	271	33
35	0	
-501	-399	-399
-501	-399	-399

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-53,57	-44,05	-71,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,38	-5,55	-5,25	%
Cash-Flow:	866	967	253	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	289	444	341	T€
Personalaufwandsquote:	15,50	13,26	16,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,61	92,17	89,27	%
Eigenkapitalquote:	20,29	20,63	20,36	%
Fremdkapitalquote:	79,71	79,37	79,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Auslastung	98,50	95,40		%
vermietbare Fläche	6.432,90	6.432,90	5.249,90	m²

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Im Geschäftsjahr 2009 wurden die in den Vorjahren gelegten Grundlagen zum Aufbau von Vermietungs- und Akquiseaktivitäten umgesetzt. Die Gesellschaft hat ihr besonderes Augenmerk in die Vermietung der Büroräume und Arbeitsbereiche gelegt und daneben die weitere Auslastung der in Mitteldeutschland einmaligen Kino- und Fernseh-tonmischstudios maßgeblich vorangetrieben. Die insgesamt zufriedenstellende Vermietung überwiegend an junge Existenzgründerunternehmen und die zunehmende Auslastung der Produktionsstätten bilden gemeinsam mit den vielfältigen Veranstaltungsangeboten die wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des MMZ.

Entsprechend der lebhafteren Geschäftsaktivitäten und der gewachsenen Marktstellung des MMZ wurde im Berichtszeitraum weiteres Personal erforderlich. Jahresdurchschnittlich beschäftigte die Gesellschaft einschließlich der Geschäftsführerin acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Jahresabschluss 2009 schließt bei einer Bilanzsumme von 31.007.726,45 Euro mit einem Jahresfehlbetrag von 501.304,53 Euro ab. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf nicht liquiditätswirksame planmäßige Gebäudeabschreibungen, auf erforderliche Rückstellungs-dotierungen sowie auf die Betriebskosten zur Gebäudebewirtschaftung zurückzuführen.

Die Ertragsrechnung der Gesellschaft wurde im Berichtszeitraum mit 110.000,00 Euro durch einen Zuschuss der Stadt Halle begünstigt.

2. Investitionstätigkeit und Verwendungsnachweisführung

Der Rat der Stadt Halle beschloss am 27. Oktober 1999 die Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle, um die Entwicklung der regionalen Medienwirtschaft am Standort Halle voranzutreiben. Finanziert wurde das Vorhaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe der Europäischen Union und der Stadt Halle.

Zum Zweck der Zwischenfinanzierung des durch den Fördermittelgeber bis zum Ende der abgeschlossenen Verwendungsnachweisprüfung zurückgehaltenen Sicherheitseinbehaltes sowie bis zur endgültigen Ermittlung des tatsächlichen Eigenmittelbedarfs zur Finanzierungsschließung der Investition unterstützte die alleinige Gesellschafterin das MMZ am Ende der Bautätigkeiten mit einem bedingt rückzahlbaren Liquiditätshilfedarlehen in Höhe von 2 Mio. Euro gemäß der Stadtratsbeschlüsse vom 18. Juli 2007 und 30. Januar 2008.

Nach Fertigstellung des Gebäudes und Schlussrechnung zu den Bau- und Architektenleistungen hatte die Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH über die entstandenen Aufwendungen der Investitionstätigkeit einen umfangreichen und verschiedenen Prüfungen unterzogenen Verwendungsnachweis erstellt. Gegen den Abhilfebescheid der Investitionsbank vom 5. Januar 2009 sah sich das MMZ gezwungen, rechtswirksam Widerspruch einzulegen, um die berechtigten Ansprüche zur Erstattung förderfähiger Kosten durchzusetzen zu können. Die Prüfung des Widerspruchs führte zu einer Verzögerung der Verwendungsnachweisprüfung von mehr als einem Jahr. Am 16. Dezember 2009 verlängerte der Stadtrat des-halb das an die Gesellschaft ausgereichte Gesellschafterdarlehen um ein weiteres Jahr mit der Auflage, unverzüglich nach Vorliegen des Fördermittelbescheides gegenüber der Stadt Halle die Investitionsmaßnahme final abzurechnen.

Der Abhilfebescheid des Fördermittelgebers über das Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung der nachgewiesenen Aufwendungen zur Errichtung eines Technologie- und Gründerzentrums (MMZ) - Tonstudiokomplex für die Film- und Fernsehproduktion erging am 4. Februar 2010 und die Auszahlung des Sicherheitseinbehaltes erfolgte am 12. Februar 2010. Die Verwendungsnachweisprüfung zum Fördervorhaben Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle ist damit seitens des Fördermittelgebers abgeschlossen.

Die Abrechnung der Investitionstätigkeit gegenüber der alleinigen Gesellschafterin wurde dem Aufsichtsrat in den Sitzungen am 9. November 2009 und am 23. Februar 2010 erläutert: Aus dem Abhilfebescheid des Fördermittelgebers vom 4. Februar 2010 resultiert eine Finanzierungsunterdeckung der Investition zur Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle in Höhe von 1.215.527 Euro. Der Aufsichtsrat hat deshalb den Beschluss gefasst, dass die Gesellschaft an den Stadtrat mit einer Beschlussvorlage herantritt, einen Teil des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 1,2 Mio. Euro in einen Eigenkapitalzuschuss umzuwandeln und der Gesellschaft die bislang angefallenen Zinsen zu erlassen. Eine Entscheidung des Stadtrates stand zum Ende des Berichtszeitraumes aus.

3. Vermietungsgeschäft

Die Gesellschaft ist zwei Jahre nach der offiziellen Eröffnung des modernen, vielfältig nutz-baren Gebäudes ein anerkannter mitteldeutscher Produktionsstandort sowie Sitz von insgesamt 55 Unternehmen und Institutionen mit über 700 Beschäftigten. Die Vermietung geeigneter Räumlichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen im Rahmen ihrer Existenzgründung ist der Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft. Aufgrund der längerfristigen Vertragslaufzeiten stellt die Vermietung von Arbeits- und Bürobereichen die Basis einer kontinuierlichen Umsatzerlösentwicklung der Gesellschaft dar. Mit der Vermietung von Studiokapazitäten und Veranstaltungsbereichen hingegen bietet das Unternehmen seine Leistungen in einem schwierigen Marktsegment an und unterliegt in der Auslastung dieser Bereiche starken Schwankungen.

Der Berichtszeitraum ist geprägt von der seit einigen Jahren kontinuierlich guten Auslastung der Bürobereiche sowie ein sich positiv entwickelnder Produktionsbereich, insbesondere des Kintonmischstudios. Darüber hinaus wurden 2009 die konzeptionellen Grundlagen für die Umsetzung eines wachsenden Veranstaltungs- und Projektbereiches gelegt. Am Ende des Berichtszeitraumes ist dieser, sich noch im Aufbau befindliche Geschäftsbereich, bereits in seiner betriebswirtschaftlichen und Profil bildenden Bedeutung für das Unternehmen deutlich gewachsen.

3.1 Arbeits- und Büroflächen (65 % der HNF)

Die Arbeits- und Büroflächen nehmen insgesamt 3.392,00 m² der gesamten Hauptnutzfläche im MMZ ein. Ende 2009 nutzten insgesamt 36 Mietparteien die Büroräume. Die durchschnittliche Auslastung über das Geschäftsjahr betrug 96%, Ende 2009 lag die Auslastung der Büroflächen bei 98,5%. Seit dem Start der Vermietungsarbeit im MMZ im Jahr 2005 haben insgesamt über 70 Firmen, Institutionen und Projektgruppen im MMZ ihren Arbeitssitz.

Aufgrund der auch während dieses Berichtszeitraumes nahezu vollständigen Vermietung der Büroflächen und der hohen Zahl der im MMZ eingemieteten Unternehmen ist einer der wichtigen Unternehmensschwerpunkte die Bestandspflege der Mieter im Haus. In diesem Zusammenhang hat sich als vorteilhaft erwiesen, dass die Gesellschaft in den vergangenen Jahren das hauseigene Gebäudemanagement deutlich verstärkt hat. Durch die starke Beeinflussung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Dienstleistungsgeschäft und damit auch auf große Bereiche der Kreativ- und Medienwirtschaft kam den Aufgaben der Unternehmensbestandssicherung im Berichtszeitraum wachsende Bedeutung zu. Insbesondere Unternehmen im Bereich der neuen Medien und der Werbeindustrie (zusammen 44% des MMZ-Unternehmensbestandes) mussten zum Teil hohe Auftragsverluste verkraften. Die Zahlungsfähigkeit der zum Teil stark unterkapitalisierten Gesellschaften war eingeschränkt, was auch für die Gesellschaft selbst immer wieder zu Liquiditätsengpässen, insbesondere bei den Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung, führte. Auch im aktuellen Geschäftsjahr geht die Gesellschaft nicht davon aus, dass diese Krise bereits voll-ständig überwunden ist.

3.2 Produktionsbereiche (16 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Produktionsbereiche im MMZ stellen mit der auftragsbezogenen Studiovermietung betriebswirtschaftlich einen wichtigen Umsatzschwerpunkt für das Unternehmen dar. Im vergangenen Berichtszeitraum standen Vermarktungs- und Akquisearbeiten im Vordergrund, um sich als Produktionszentrum mit Schwerpunkt in der auditiven Postproduktion am Markt zu positionieren. 2009 konnte das Umsatzvolumen der Kintonmischung um annähernd 60% gesteigert werden. Damit hat sich der Studiobereich auf ein mit der Vermietung von Büro-räumen und Arbeitsbereichen vergleichbares Umsatzniveau entwickelt. Ergänzt wird die Infrastruktur durch die Fernsehstudiobereiche im Gebäude, die weiterhin dauerhaft vermietet sind.

2008 lag der Fokus der Geschäftstätigkeit vor allem darauf, eine wirksame Vermarktungsstrategie aufzubauen und Kunden an die Gesellschaft zu binden. Im Berichtszeitraum wurden wichtige Referenzproduktionen im MMZ umgesetzt. Das hat das Profil des Unternehmens als Produktions- und Dienstleistungszentrum für die Filmwirtschaft gestärkt.

Allerdings wurde neben der Zufriedenheit über die hervorragend ausgestatteten Produktionsbereiche auch der Wunsch nach einer verbesserten Servicequalität geäußert. Auf Dauer betrachtet wird die personelle Verstärkung im Produktionsbereich ein wichtiges Kriterium dafür sein, die noch jungen Kundenbeziehungen weiter zu festigen. Die erfreuliche Annahme der Studiobereiche im MMZ durch die Filmproduzenten ist schließlich auch Beleg für den Erfolg der durch die Landesregierung Sachsen-Anhalt ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung von Produktionen und Finanzierungskonzepten in der Region.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche (15% der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Konferenz- und Meetingbereiche im Schwebekörper werden durch die Gesellschaft veranstaltungs- bzw. projektbezogen vermietet und sind wesentlicher Bestandteil des inhaltlichen Grundkonzeptes des MMZ. Der Auslastungsgrad ist im direkten Kontext mit der Herausarbeitung branchenbezogener Alleinstellungsmerkmale und der Netzwerkarbeit des MMZ zu betrachten. Darüber hinaus stellen die hochwertig ausgestatteten Konferenz- und Meetingbereiche eine wichtige Ertragsäule für die Gesellschaft dar.

Zunehmend geprägt durch eine aktive Projekt- und Konferenzakquise wurden Angebote und Facilities zur Ausrichtung und Durchführung von Veranstaltungen und Kongressen weiter professionalisiert und ein hoher Qualitätsstandard entwickelt. Dies schlägt sich in der anhaltenden Zunahme von Veranstaltungsbuchungen im Berichtszeitraum nieder. Erschwert wird die Akquise geeigneter Veranstaltungen im MMZ durch die eher restriktiv wirkenden TGZ - Förderbedingungen, die bei den Veranstaltungen anzuwenden sind.

Das Augenmerk lag vor allem darauf, wirksame inhaltliche Schwerpunktarbeit zu leisten, innovative Themenbereiche in ihrer Bedeutung für die im Hause angesiedelten Unternehmen zu eruieren und mit geeigneten Förder- und Finanzierungspartnern dazu in die Abstimmungen zu treten. Zum Ende des Berichtszeitraumes konnten bereits die ersten Projekt-finanzierungszusagen vorgelegt werden.

- Projekt- und Veranstaltungsarbeit des Unternehmens

Kooperationen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie mit dem Sachsen-Anhalt Medien Verein e.V. zu der sich herausbildenden neuen Technologie Stereo-skopisches 3D. Dazu hat das MMZ ein Veranstaltungskonzept erarbeitet, das die Auslastung und die Bekanntheit des MMZ über die Stadt Halle hinaus nachhaltig erhöhen soll.

3.4. Cafeteria (4 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Cafeteria des MMZ ist seit Februar 2008 unter dem Namen Mat's dauerhaft vermietet und konnte sich als wichtige Ergänzung zu dem Veranstaltungsangebot im MMZ entwickeln. Die Cafeteria ist Dienstleister für die Gesellschaft bei der Umsetzung von Veranstaltungscaterings und -service.

3.5. Tiefgarage im MMZ

Das Unternehmen verfügt über 3 Tiefgaragenebenen im Gebäude mit insgesamt 218 Stellplätzen. Davon sind 132 Stellplätze für Zwecke des hauseigenen Bedarfs der Mieter und ihrer Gäste und 86 Tiefgaragenstellplätze in der 3. Ebene für die öffentliche Nutzung vor-gesehen. Ende 2009 waren 105 Tiefgaragenstellplätze dauerhaft vermietet, jahresdurchschnittlich immerhin 97 Tiefgaragenstellplätze.

Die öffentlichen Tiefgaragenstellplätze im MMZ sind zwischenzeitlich in das dynamische Parkleitsystem der Stadt Halle eingebunden. Damit sollen die Wahrnehmung und die damit verbundene Auslastung der öffentlichen Tiefgaragenstellplätze verbessert werden.

Die Veranstaltungen und die Nutzung der Konferenzbereiche im MMZ tragen dazu bei, die Auslastung der Tiefgarage, u. a. durch Kurzzeitparker, weiter zu optimieren. Allerdings haben sich Umsatzrückgänge bei den Kurzzeitparkern nach Beginn von Baumaßnahmen an der Mansfelder Straße eingestellt.

4. Bewirtschaftung und Betreibung des Gebäudes

Im Berichtszeitraum wurde die in den vergangenen Jahren begonnene Umstellung vom externen Facility Management auf ein internes Objektmanagement abgeschlossen. Das MMZ bedient derzeit die wichtigsten Bereiche des kaufmännischen und technischen Objektmanagements sowie den Mieterservice mit eigenen Personalstrukturen. Damit verbunden sind die deutliche Senkung der Bewirtschaftungsaufwendungen sowie eine spürbare Erhöhung der Bewirtschaftungskompetenz. Insbesondere in der andauernden Diskussion zur Höhe und Angemessenheit der Gebäudekosten mit den Mietern wurden nunmehr Maßnahmenpakete zur Senkung der Belastung individuell, kurzfristig und unterjährig erarbeitet. Im Rahmen der Unternehmensbestandssicherung im MMZ konnten für die noch jungen Unternehmer im Haus konkrete Aufwendungsanalysen und -prognosen erstellt werden und Maßnahmenpläne individuell, aber auch für die gesamte Gebäudestruktur entwickelt werden.

Dennoch stellten die Durchsetzung und Argumentation zu den ermittelten Aufwendungen für Bewirtschaftung und Betreibung des Gebäudes im Berichtszeitraum erneut eine der höchsten Belastungen für das MMZ dar. Nach den ersten Betriebskostenabrechnungen 2007/2008 wurde von den Mietern die Frage aufgeworfen, welche Mietkosten für ein Gründerzentrum angemessen sind und in wie weit eine politisch motivierte Unterstützung erforderlich ist. Die Diskussion um die Möglichkeiten einer finanziellen Begleitung der Betriebskostensituation der Unternehmen im MMZ mit den politischen Verantwortlichen und Rechtsberatern führt zu einer für die Standortprofilierung der Stadt Halle nach wie vor eine unbefriedigende Situation.

Unabhängig von den offenen Forderungen, die neben den zum Teil erheblichen Nachforderungen gegen die Mietparteien vor allem bei kleineren Gründerfirmen auch zu betriebs-wirtschaftlichen Engpässen führen, hat das MMZ die im Berichtszeitraum angefallenen Kosten und weiteren Potenziale der Kosteneffizienz bei Aufrechterhaltung eines von den Nutzern gewünschten und geforderten qualitativen Betreuungs- und Serviceangebotes geprüft und dem Aufsichtsrat im Berichtszeitraum ein Konzept vorgelegt, wie die Belastung durch Flächen- und Energieoptimierungsmaßnahmen weiter gesenkt werden kann.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung und Risiken

1. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

Im Berichtszeitraum konnten die in den vergangenen Jahren aufgezeigten Risiken aus der andauernden Investitionstätigkeit der Gesellschaft durch den Abschluss der Errichtungsarbeit, die Abrechnung und der Beendigung des Prüfprozesses des Verwendungsnachweises zu den erhaltenen Fördermitteln abgesenkt werden. Allerdings sind die Aufgaben der Gesellschaft, resultierend aus dem Abschluss der Investitionstätigkeit nach wie vor nicht abgeschlossen. Der Stadtrat hat die Endabrechnung des Investitionsauftrages zur Errichtung des MMZ, die er in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 ausgegeben hatte, zur Kenntnis zu nehmen und zu den angefallenen Mehraufwendungen und nicht förderfähigen Kostenbestandteilen eine Finanzierungsentscheidung zu treffen.

Darüber hinaus wird die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der Gewährleistungsverfolgung und Behebung von Planungs- und Ausführungsmängeln mit Kosten und Aufwendungen rechnen müssen. Dazu wird auch in Zukunft die enge finanzielle Begleitung der alleinigen Gesellschafterin erforderlich sein.

- Endverwendungsnachweisführung und Gesellschafterdarlehen

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Investitionstätigkeit zur Errichtung des MMZ wurden bislang 31.892.928 Euro zur Verfügung gestellt. Dagegen stehen Investitionsaufwendungen von insgesamt 33.108.455 Euro. Aus dem Verwendungsnachweis der Aufwendungen zur Errichtung des MMZ resultiert demzufolge eine Unterdeckung der Investitionsmaßnahme in Höhe von 1.215.527 Euro.

Mit Hilfe des ausgereichten Gesellschafterdarlehens konnten die darin summierten Aufwendungen sowie der bis zum Ende der Verwendungsnachweisprüfung zurückgehaltene 5%ige Sicherheitseinbehalt zwischenfinanziert werden. Die für die Unterdeckung verantwortlichen Kostenbestandteile sind nicht förderfähige Kosten sowie außerplanmäßige Mehraufwendungen der Gesamtinvestition.

Die MMZ Halle GmbH ist ein Unternehmen der Wirtschaftsförderung und erzielt ihre Einnahmen mehrheitlich durch die Vermietung geeigneter Räumlichkeiten und der Infrastruktur an kleine und mittelständische Unternehmen sowie Existenzgründer. Der Gesellschaft ist aus diesem Grund nicht möglich, im Rahmen ihrer regulären Ertragslage die nachgewiesenen, nicht finanzierten Investitionsmehr- bzw. -folgekosten ohne eine entsprechende Aufstockung der erforderlichen Eigenmittel zu tragen und ist deshalb auf die im Zuge der mittelfristigen Finanz- und Haushaltsplanung 2009 bis 2013 eingestellte Anpassung der Kapitalrücklage durch die alleinige Gesellschafterin zwingend angewiesen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben daher eine Vorlage an den Rat der Stadt Halle vorbereitet, um einen Teilbetrag der als Gesellschafterdarlehen ausgereichten Zwischenfinanzierung in Höhe von 1.215.527 Euro in einen Eigenkapitalzuschuss umzuwandeln. Die Beschlussfassung im Stadtrat steht noch aus. Eine Verpflichtung zur vertragsgemäßen Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen dürfte mit erheblichen Liquiditätsrisiken verbunden sein, welche letztendlich die Existenz der Gesellschaft gefährden könnten.

- Gewährleistung und Mangelbeseitigung nach baulicher Fertigstellung

Nach wie vor bestehen erhebliche betriebswirtschaftliche Risiken in der fortgesetzten Gewährleistungsverfolgung und Mangelbeseitigung aufgrund von Ausführungs- oder Planungsmängeln aus der Errichtung des Gebäudes. Eine konsequente und fachlich kompetente Mangelverfolgung erscheint zwingend erforderlich. Dafür stehen der Gesellschaft allerdings nur eingeschränkte fachliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung, der voraussichtlichen Entwicklung, dass das MMZ noch längerfristig mit der Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen und der Bereinigung der festgestellten Mängeln beschäftigt sein wird, folgt ebenfalls die Notwendigkeit einer angemessenen Liquiditätsausstattung, damit die Gesellschaft die auf sie zukommenden Aufgaben erfüllen kann.

Zwar hat das Unternehmen die Möglichkeit, im Rahmen der Gewährleistungsansprüche entsprechende Kosten beim Verursacher geltend zu machen, doch sind die Ansprüche nur mit entsprechenden Rechtsmitteln durchsetzbar und zu großen Teilen durch die Gesellschaft vorzufinanzieren. Dies gilt u. a. für den notwendigen Einsatz von Sachverständigen und die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen. Weiterhin sind so genannte Sowieso - Kosten, also ohnehin aufgetretene Kosten - zu berücksichtigen, die dem Verursacher nur bedingt als Forderung angelastet werden dürfen sowie weiterhin die Bewertung geltend gemachter Schadenersatzforderungen durch die Gerichte.

- Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Das derzeit größte Risiko durch anhängige Bauprozesse besteht für die Gesellschaft im Rahmen der Auseinandersetzung mit einem insolventen Bauunternehmen aus dem so genannten LOS 1.

2006 hatte der Insolvenzverwalter der Firma beim Landgericht Halle Klage unter Vorlage einer bislang unbekannten Schlussrechnung vom 12. September 2005 gegen die Gesellschaft eingereicht wegen angeblich offener Werklohnforderung in Höhe von 1.313.886,60 Euro. Im Frühjahr 2007 fand ein erster mündlicher Verhandlungstermin vor dem Landgericht Halle statt. Das Gericht erörterte die streitgegenständlichen Positionen, die sich vor allem mit der Frage beschäftigen, ob dem insolventen Unternehmen die Schuld für die entstandene Bauzeitverlängerung während der Tiefbauphase zugewiesen werden kann. Hier wird derzeit mit Unterstützung der verantwortlichen Projektsteuerung geklärt, in welchem Maße die Firma rechtsverbindlich für die verzögerte Arbeit unter Verzug gesetzt wurde und ob gegebenenfalls die vereinbarte Vertragsstrafe gegen die noch offenen Forderungen der Schlussrechnung in Höhe von ca. 365.000 Euro aufgerechnet werden können. Im Frühjahr 2008 bestellte das Gericht einen Sachverständigen, der vor Ort eine Besichtigung vornahm. Die Ergebnisse aus dem Sachverständigengutachten stehen weiterhin aus. Mit einem Gerichtsurteil wird erst 2010 gerechnet.

Nachdem im letzten Berichtszeitraum die Gesellschaft wegen angeblich ausstehendem Restwerklohn durch den in 2006 gekündigten Architekten verklagt wurde, hat das Unternehmen eine unabhängige Honorarermittlung beauftragt. Das klagende Architektenbüro beansprucht eine Schlusszahlung in Höhe von 400.000 Euro, wobei die vorliegende Aufstellung dazu vom MMZ als nicht prüffähig zurückgewiesen werden musste. Die zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse der unabhängigen Tiefenprüfung der Resthonoraransprüche des Architekten gehen hingegen von einer Überzahlung in Höhe von 245.000 Euro aus, die widerklagend geltend gemacht wird.

Darüber hinaus befindet sich die Gesellschaft mit dem Architekten zu zahlreichen Baumängeln aufgrund von Planungs- und Ausführungsfehlern in Streit. Zu einem der gravierenden Mängel zählen die nicht ausreichenden Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper, die aufgrund des zu geringen Öffnungsquerschnitts für nicht ausreichend Be- und Entlüftung sorgen. Die dort eingebauten Fenster weisen nicht die erforderliche Schlagregendichte und die entsprechend der Arbeitsstättenrichtlinie vorgeschriebene Fensteröffnung vor.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken aus dem Vermietungsgeschäft

Auch in 2009 stellt die nahezu vollständige Auslastung der Büroräume und Arbeitsbereiche im MMZ eine wesentliche wirtschaftliche Grundlage dar. Allerdings ist einschränkend zu berücksichtigen, dass das MMZ als Technologie- und Gründerzentrum den Fördereinschränkungen der Europäischen Union unterliegt.

Das MMZ, eines der wichtigsten Instrumente der regionalen Medienwirtschaftsförderung kann aus diesem Grund Nachfragen aus folgenden Bereichen nicht bedienen:

- Unternehmen aus Unternehmensverbünden
- Großunternehmen
- Institutionen und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung
- Träger von medienwirtschaftsnaher Infrastruktur
- Unternehmen, die bereits mehr als 8 Jahre in einem TGZ eingemietet waren.

Ebenso sehen die Förderrichtlinien der Europäischen Union zwingend vor, dass die Vermietungsdauer im MMZ nicht mehr als höchstens 8 Jahre betragen darf. Das bedeutet, dass die ersten Unternehmen sich spätestens in 3 bis 4 Jahren nach einem neuen Unternehmenssitz außerhalb des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle umsehen müssen.

Diese Vorgaben ziehen für die weitere Arbeit des MMZ eine Reihe von Konsequenzen nach sich. Zur Sicherung des Unternehmensbestandes in der Region und in der Stadt Halle ist die Erarbeitung einer erweiterten Nutzungskonzeption auf Basis der erfolgreichen Ansiedelungs- und Vermietungsarbeit des MMZ erforderlich. Die räumliche Erweiterung des Mittel-deutschen Multimediazentrums in Strukturen, die nicht den restriktiven TGZ - Richtlinien der Europäischen Union unterliegen, bietet die Möglichkeit, alternative Ansiedelungen im regionalen Umfeld und auf der konzeptionellen Basis des MMZ zu gewährleisten. Im Interesse der weiteren Standortentwicklung ist erforderlich, dem Bedürfnis der Unternehmen nach Netzwerkstrukturen konzeptionell zu folgen und auch eine erweiterte, in das Konzept des MMZ eingebundene, räumliche Basis anzubieten.

Ausgehend davon, dass gemäß der anzuwendenden TGZ - Förderbestimmungen, denen das MMZ unterliegt, eine große Zahl an Unternehmen, das Haus in 3 bis 4 Jahren verlassen müssen, sollte die planmäßige Erweiterung des in das Konzept eines wachsenden Kreativ- und Medienstandortes Halle sowie des MMZ eingebundenen Umfeldes kurzfristig abgeschlossen sein.

Damit hat das MMZ in der unmittelbaren Zukunft wichtige strategische Überlegungen und Aufgaben zu erfüllen, um seinem Unternehmenszweck gerecht zu werden und die betriebs-wirtschaftliche Vermietungsbasis zu sichern.

Neben einer konzeptionellen Basis zur Standorterweiterung sind auch dringend strategische Entscheidungen der alleinigen Gesellschafterin in enger Abstimmung mit dem Land Sachsen-Anhalt erforderlich. Die Geschäftsführung des Unternehmens hat dazu der Gesellschafterin und dem Land Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum ein Strategiepapier zur konzeptionellen und infrastrukturellen Erweiterung des Unternehmens zugearbeitet.

Für das Unternehmen besteht das betriebswirtschaftliche Risiko insbesondere in einem Leerstandsrisiko, wenn eine hohe Zahl der im MMZ eingemieteten Unternehmen alternativlos in den kommenden 3 Jahren auszieht. Unter Berücksichtigung dessen, dass Unternehmen der Medien- und Kreativwirtschaft ihren vertrauten Netzwerken folgen, besteht das Risiko darin, keine geeigneten Nachmieter zu finden und in den kommenden Jahren mit einem erhöhten Leerstand im Haus rechnen zu müssen.

Mit der Betreuung des Kintonmischstudios bewegt sich die Gesellschaft in einem Marktsegment mit hohem Risikopotenzial. Die Auslastung der Mischung konnte zwar im Berichtszeitraum erfreulich gesteigert werden, dennoch unterliegt die Nutzung der Kintonmischung starken saisonalen Schwankungen und führt unterjährig zu Liquiditätsengpässen.

In diesem Zusammenhang sieht die Geschäftsführung in einer durch die alleinige Gesellschafterin ermöglichten Kontokorrentkreditlinie zur kurzfristigen Abfederung von Liquiditätsspitzen eine äußerst sinnvolle Unterstützung ihrer täglichen Arbeit.

Im Interesse einer auch weiterhin guten Auslastung der Kintonmischung ist zudem die konsequentere Einbindung der Gesellschaft in periphere Förderstrukturen anzumahnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich beim MMZ um ein Dienstleistungszentrum mit einem regionalen Schwerpunkt auf der Postproduktion handelt. Die konsequente Umsetzung regionaler wirtschaftlicher Effekte in diesem Produktionsbereich führt zu einer nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen aus der Region.

3. Betriebswirtschaftliche Risiken durch die Bewirtschaftung des MMZ

2007 erstellte die Gesellschaft für den weiteren Aufbau des Unternehmens eine erste Plangrundlage, welche die Bewirtschaftungskosten des laufenden Geschäftsjahres als belastbare Prognose zu Grunde legte. Nach den ersten zwei Jahren vollständig baufreier Bewirtschaftung des Gebäudes haben sich die Kosten für die Bewirtschaftung des Gebäudes allerdings verdoppelt. Trotz der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Kosteneinsparungen beim Objektmanagement sowie den Wartungsvereinbarungen für die technischen Anlagen stellt sich der Gebäudebetrieb als aufwändig dar.

Bedauerlicherweise wird dadurch die erfolgreiche, branchenorientierte Arbeit des Mittel-deutschen Multimediazentrums stark belastet. Seit der in 2008 aufgenommenen uneingeschränkten Betreuung des Gebäudekomplexes MMZ stehen die u. a. dem Architektorentwurf geschuldeten, bewirtschaftungstechnisch ungünstigen Flächennutzungsverhältnisse sowie ein auf die Entwurf- und Planungsphase zurückzuführendes, konservatives Energie- und Investitionskonzept (Contracting) einer wirtschaftlichen Betreuung des Gebäudekomplexes entgegen. Diese Belastung gibt das auf die Multimedia- und Kulturwirtschaft spezialisierte Technologie- und Gründerzentrum anteilig über umlagefähige Aufwendungen in den Betriebs- und Nebenkosten an die im Hause eingemieteten Unternehmen weiter.

Nicht zuletzt auch verstärkt durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise führt dies für die vor allem jungen Unternehmensstrukturen im MMZ, die sich noch in der Phase der Existenzgründung befinden und auf keine entwickelten Eigenkapitalreserven zurückgreifen können, zu einer starken betriebswirtschaftlichen Belastung und mittelfristig nicht zuletzt auch zu einem Auslastungsrisiko für das MMZ.

Die zum Teil hohen Nachzahlungsforderungen für Mietnebenkosten führten zu einem verzögerten Zahlungsverhalten der Mieter in den vergangenen zwei Jahren sowie zu einer weiter angespannten Liquiditätssituation der Gesellschaft, die für die Aufwendungen der Bewirtschaftung des Gebäudes in Vorauslage treten muss. Forderungsausfälle und Unterstützungsmaßnahmen im Interesse der Medienwirtschaftsförderung haben das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft im Berichtszeitraum beeinträchtigt. Eine enge wirtschaftsfördernde Begleitung der alleinigen Gesellschafterin wird die Grundlage einer positiven Standortentwicklung werden. Gleichzeitig ist das Risiko der rechtlichen Auseinandersetzungen mit Mietparteien im MMZ zu ausstehenden Zahlungen gewachsen.

Zum Ende des Berichtszeitraumes konnten allerdings die Auseinandersetzungen mit den Mietparteien im MMZ außergerichtlich beendet werden. Derzeit befindet sich das MMZ in einem laufenden Rechtsverfahren mit einem Unternehmen des Hauses. Auch in diesem Fall bewegen sich die Auseinandersetzungen um nicht geleistete Nachzahlungen zu den Betriebskostenabrechnungen seit 2007. Unter Berücksichtigung dessen, dass die Mietpartei auf das Recht einer qualifizierten Belegeinsicht verzichtet hat und deshalb keine konkreten Rügen erheben kann, kann nach dem in einem vergleichbaren Sachverhalt ergangenen Urteil des OLG Düsseldorf vom 6. Mai 2003 auch gegen die Nachforderung kein Einwand erhoben werden. Mit einem Urteil ist noch in 2010 zu rechnen.

In diesem Zusammenhang ist durch eine Urteilsprechung im Sinne des MMZ davon auszugehen, dass die rechtlich korrekten und transparenten Betriebskostenabrechnungen der Gesellschaft auch in Zukunft nicht weiter in Frage gestellt werden.

- Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebswirtschaftlichen Situation im MMZ:

In Zusammenarbeit mit erfahrenen Fachunternehmen ist eine Optimierungsstrategie entwickelt worden, die darauf basiert, die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nachhaltig zu verbessern und durch geeignete investive Maßnahmen, die Betriebs- und Bewirtschaftungssituation zu entspannen. Die Maßnahmen dienen vor allem der infrastrukturellen Ertüchtigung und Energieoptimierung des Hauses und haben die deutliche Absenkung der Nebenkosten des Gebäudes zum Ziel. Damit dienen die Maßnahmen zugleich auch der infrastrukturellen Verbesserung des MMZ, der Anhebung der Wirtschafts- und Investitionskraft der Unternehmen im Haus sowie der Attraktivitätssteigerung des Standortes Halle.

Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 800.000 Euro und ist dem Aufsichtsrat erstmals am 9. November 2009 vorgestellt und am 23. Februar 2010 weiter konkretisiert worden. Der Aufsichtsrat hat das vorgestellte Maßnahmenpaket befürwortet und die Geschäftsführung beauftragt, eine Beschlussvorlage für den Rat der Stadt vorzubereiten, welche erlaubt die verbleibenden 800.000 Euro aus der Rückzahlung des Sicherheitseinbehaltes in einen nicht rückzahlbaren Eigenkapitalzuschuss umzuwandeln. Eine Entscheidung des Rates stand bis Ende Juni 2010 noch aus.

4. Regionalwirtschaftliche und politische Entwicklungen und mögliche Risiken

Das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle konnte im Berichtszeitraum seine Bedeutung als landes- und kommunalpolitisches Instrument der Medienwirtschaftsförderung ausbauen. Insbesondere mit der baulichen Fertigstellung des Gebäudes und der Konzentration auf Ansiedlungsstrategien wächst die Bedeutung des MMZ für die Entwicklung der sachsen-anhaltischen Medienwirtschaft. Die Angebote der Gesellschaft korrespondieren mit den Initiativen der Landespolitik Sachsen-Anhalts um erweiterte Förder- und Finanzierungsangebote an die regionale und nationale Kulturwirtschaft.

Unter Berücksichtigung dessen, dass das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle landes- als auch kommunalpolitische Bedeutung trägt, wird für die weitere erfolgreiche Entwicklung die qualitative Zusammenarbeit von Stadt und Land in der Gesellschaft haben. Die Bemühungen der einzelnen Gremien, der zuständigen Verwaltungen und der Netzwerkpartner sind zu bündeln und Ressourcen zu konzentrieren.

Die positive Entwicklung der noch jungen Kreativ- und Medienwirtschaft im Land Sachsen-Anhalt und in der Region um die Kulturhauptstadt Halle sollte nicht davon ablenken, dass weiterer Handlungsbedarf besteht, um die bisherigen Ergebnisse zu sichern und zu fördern. Nur ein konsequentes Anknüpfen an die bisherigen Erfolge, eine geeignete konzeptionelle Erweiterung sowie der weitere Ausbau notwendiger Infrastrukturen werden die bisherigen Anstrengungen und Investitionen dauerhaft regional verankern.

Wie im 2. Bericht zur Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt in 2007 beschrieben sind die Nachwuchsarbeit zu verstärken, bestehende Initiativen zu bündeln und in eine gemeinsame Standortstrategie einzuordnen. Bislang noch fehlende Standortfaktoren müssen in den kommenden Jahren entwickelt und aufgebaut werden. Dazu zählt die weitere Qualifizierung und Professionalisierung des regionalen Mediennachwuchses. Das MMZ sollte in diese Entwicklungsgestaltung einbezogen sein.

Die gegenwärtige allgemeine Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch für die Branche der Medienwirtschaft mit erheblichem Risikopotenzial verbunden. Insbesondere der Einfluss der internationalen Entwicklung wird mittelfristig auch auf das regionale Produktionsverhalten Einfluss ausüben. Es ist daher für den Erhalt und die weitere erfolgreiche Stabilisierung des Standortes entscheidend, die Ansiedelungsreize im MMZ und am Medienstandort Halle durch den gezielten Ausbau der Förder- und Finanzierungsperipherie zu unterstützen.

Unabhängig davon sind die entwickelten Dienstleistungsschwerpunkte wie die Tonpostproduktion weiter auszubauen. Dem Aufbau einer leistungsfähigen Dienstleistungs- und Produzentenstruktur im Haus ist die uneingeschränkte Aufmerksamkeit zu widmen. Die regionalen Potenziale und Entwicklungen der Unternehmen sind in den kommenden Jahren immer wieder zu untersuchen, um eine effektive Unternehmens- bzw. Bestandspflege auf-bauen zu können. Entscheidend sind messbare Kriterien wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region und regionale wirtschaftliche Effekte.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00
Stadt Halle (Saale)	14	55,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Voß, Stefan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
32	12	39	12	46	13	-8	-19
236	86	302	88	292	86	-66	-22
6	2	1	0	2	0	5	471

Bilanzsumme

274	100	343	100	339	100	-69	-20

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
107	39	141	41	136	40	-35	-25
				18	5	0	
		14	4	13	4	-14	-100
50	18	55	16	61	18	-4	-8
117	43	133	39	111	33	-15	-12

Bilanzsumme

274	100	343	100	339	100	-69	-20

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
420	380	361
1.215	1.236	1.242
120	119	122
694	608	593
12	15	20
846	874	853
2	7	4
-35	6	20
0	0	0
-35	6	20
-35	6	20

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-8,29	1,46	5,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	-24,62	4,07	17,12	%
Cash-Flow:	-23	20	39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	62	73	69	T€
Personalaufwandsquote:	42,42	37,65	36,98	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,55	9,23	10,72	%
Eigenkapitalquote:	38,86	41,24	40,07	%
Fremdkapitalquote:	61,14	58,76	59,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	11,00	13,00	14,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	51,00	56,00	53,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	31.812,00	35.081,00	28.778,00	Anzahl

e) Lagebericht

Das 6. vollständige Geschäftsjahr der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) stand im Zeichen personeller Umstrukturierungen im Marketing, der Markenbildung und Markenpositionierung, der qualitativen Aufwertung von Events, Messeauftritten und Merchandising sowie anhaltenden Erfolgen beim Tagungsdreieck Magdeburg - Halle - Dessau.

TOURISMUS

Der deutsche Städtetourismus boomt ungebrochen. Kultur- und Städtereisen, Kurztrips und Wochenendreisen erfreuen sich anhaltender Beliebtheit und verdrängen in konjunkturell schwierigen Zeiten den mehrwöchigen Urlaub. Halle war 2009 touristisch geprägt von den Festivitäten anlässlich des 250. Todestages Georg Friedrich Händels. Von Januar bis November 2009 reisten 146.640 Gäste in unsere Stadt (Ankünfte laut Statistischem Landesamt). Mit 272.811 Übernachtungen im selben Zeitraum erzielte Halle hier einen Zuwachs zum Vorjahr von 3,3 Prozent.

Allerdings verzeichnete Halle wie auch Sachsen-Anhalt insgesamt Einbußen bei den ausländischen Übernachtungsgästen. 33.370 Übernachtungen bedeuteten hier ein Minus von 5,3 Prozent. Gleichwohl sind hierbei Marketing und Strahlkraft des internationalen Festivals „Theater der Welt“ in 2008 nicht zu unterschätzen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste in Halle lag unverändert bei 1,9 Tagen, die Auslastung der Halleschen Hotellerie bei 35,3 Prozent.

Stagnation bei Gästeführungen

Die SMG bot 2009 insgesamt 1.982 Führungen an, an denen 31.812 Besucher teilnahmen. Die im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Teilnehmerzahl (Entwicklung auf 90,7%) basiert ebenfalls auf den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Die SMG bot so eine Reihe zusätzlicher öffentlicher Führungen zu unterschiedlichen Zeiten an, um Angebot und Service für die Gäste zu erhöhen. Die am stärksten frequentierten Monate waren der Juni mit 4.523 sowie der September mit 4.346 Gästen.

Auch im Bereich der Gruppentouristik lag das besondere Augenmerk auf den 250. Todestag Georg Friedrich Händels. Spezielle thematische Rundgänge sowie musikalische Veranstaltungen und Exkursionen befassten sich mit dem Leben und Werk des großen Barockkomponisten. So gab es insbesondere während der Zeit der Händel-Festspiele viele Rundgänge auf den Spuren Georg Friedrich Händels mit einem Orgelanspiel in der Marktkirche. Des Weiteren organisierte die SMG Konzerte an der Mauerorgel im Händel-Haus sowie Abendkonzerte mit Picknick im Amtsgarten mit dem Posaunenchor Halle-Süd. Auch Exkursionen zum Händel-Weinberg in Hohnstedt mit Führung und Verkostung erfreute sich reger Teilnahme.

Mit 1.869 Gästen sehr gut ausgelastet waren auch 2009 die öffentlichen insgesamt 82 Rundfahrten mit der Straßenbahn - von Mai bis Oktober mit der historischen Straßenbahn. Neu im Programm waren drei thematische Führungen, wobei sich besonders die kostümierte Führung „Des Kardinals geliebte Stadt - Wo Luther predigte und Albrecht prasste“ großer Beliebtheit erfreute und sich sukzessive zum Pendant der Wittenberger Luther-Führung entwickelt. Ferner erstellte die SMG begleitende Führungen zu Themen oder Ausstellungen kultureller Partner.

Im Jahr 2009 wurden von der Volkshochschule in Kooperation mit der SMG und dem Tourismusverband Sachsen-Anhalt e. V. 18 zusätzliche Gästeführer für die Stadt Halle ausgebildet und geprüft, unter ihnen auch Fremdsprachler in englischer und russischer Sprache. Derzeit stehen der SMG 25 aktive Gästeführer zur Verfügung, die Rundgänge auf Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch und Chinesisch leiten.

Ende 2009 wurde die Angebotsbroschüre „Halle für alle“ mit allen touristischen Angeboten zu Stadtführungen und Pauschalreiseangeboten graphisch und redaktionell neu entwickelt und zu Jahresbeginn 2010 gedruckt. Sie enthält 19 Pauschalreiseangebote und 31 Führungen.

Insgesamt 66.888 registrierte Hallenser und Touristen besuchten in 2009 die Touristinformation. 32.192 Besucher erwarben Informationsmaterial, Karten oder Souvenirs. Die umsatzstärksten Monate waren April, Juni und September.

Auch 2009 wurden im touristischen Marketing die wichtigsten Medien, Messen und Netzwerke bedient. Wie schon seit 2006 wurde in den Katalogen der führenden Reiseveranstalter DERTOUR, AMEROPA und TUI gemeinsam mit den größten Hotels der Stadt Partnerschaftsanzeigen geschaltet. Infolgedessen haben allein über DERTOUR 750 Gäste insgesamt 1.200 Übernachtungen in Halle gebucht - eine Steigerung zum Vorjahr um 44 Prozent bei den Ankünften sowie 63 Prozent bei den Übernachtungen. Dieser Trend soll in 2010 noch gesteigert werden.

Die Arbeit der touristischen Kooperation „Stadtsprung - Städte zwischen Harz und Elbe“ - mit den acht touristisch bedeutenden Städten Magdeburg, Halle(Saale), Dessau, Naumburg, Wittenberg, Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode - ist mittlerweile fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich Kultur- und Städtetourismus auf Landesebene. Als Kooperationspartner der IMG übernimmt Stadtsprung im dritten Jahr in Folge die Quellmarktbearbeitung Schweiz und Österreich komplett. Die Mitarbeit innerhalb des Netzwerkes bedeutet für die Stadt Halle einen enormen Mehrwert bei geringem Personal- und Finanzaufwand.

REGIONALTOURISMUS / FÖRDERVEREIN REGION HALLE (SAALE) E.V.

Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ erfolgte 2009 die immer engere Verknüpfung von touristischen Angeboten der Stadt Halle mit den touristischen Angeboten der Region. Es entstanden gemeinsame Druckerzeugnisse wie z.B. Sales Guide 2009 oder der Tagungsplaner. Gemeinsame Messepräsenz von SMG und Förderverein unter Einbeziehung von Anschließern aus Halle und der Region sorgten für eine stärkere Strahlkraft bei gleichzeitiger Senkung der Messekosten. Die SMG unterstützte den Förderverein bei der Überarbeitung der Internetpräsentation. Den Mitgliedern des Fördervereins wird jetzt eine Plattform geboten, ihre Aktionen und Termine aktuell einzupflegen.

Die Abstimmung aller Aktivitäten von SMG und Förderverein sowie die Ausrichtung auf gemeinsame Ziele wurde und wird erleichtert, da der Geschäftsführer der SMG gleichzeitig Geschäftsführer des Fördervereins Region Halle (Saale) e.V. ist. Die Akzeptanz der eingeleiteten Maßnahmen und das steigende Vertrauen in die Wirksamkeit der gesetzten Marketingziele in enger Kooperation mit der SMG zeigt die signifikant gestiegene Mitgliederzahl des Fördervereins. Zur Mitgliederversammlung des Vereins am 26. Februar 2010 konnten 21 neue Mitglieder begrüßt und vorgestellt werden.

Im Jahr 2010 ist als gemeinsame Aktion von SMG und Förderverein geplant, den „Tourismus-Talk“ ins Leben zu rufen, bei dem viermal im Jahr - unter Hinzuziehung renommierter Keynote-Speaker - über touristische Themen diskutiert werden soll.

TAGUNGS- UND KONGRESSSERVICE

Tagungsdreieck Magdeburg - Halle (Saale) - Dessau

Die Abteilung Tagungs- und Kongressservice präsentierte sich 2009 im Rahmen des „Tagungsdreiecks Magdeburg - Halle (Saale) - Dessau-Roßlau“ auf Messen in Berlin (STB), Hamburg (STB) und Mainz (STB). Dort wurden Kontakte zu potentiellen Veranstaltern ausgebaut, neu geknüpft und nachhaltig genutzt. So konnten kleinere Tagungen und Kongresse wie die Jahrestagung der Leopoldina, der Bundeskongress des Arbeitskreises für Schulmusik sowie der Bundeskongress politischer Bildung akquiriert und in Halle durchgeführt werden.

Neben einer erfolgreichen abendlichen „Road Show“ in Nürnberg im bekannten Schloss Faber Castell mit 80 Teilnehmern organisierte die SMG gemeinsam mit Magdeburg und Dessau eine Informationsveranstaltung für Kongressveranstalter („24-Stunden-Famtrip“) sowie einen Rundflug mit der „Tante Ju“ vom Flughafen Hannover über die drei Städte - für potentielle Tagungs- und Kongressveranstalter sowie Pressevertreter. Die Medienresonanz auf diese außergewöhnliche Aktion war regional und überregional beachtlich. Aufgrund des positiven Echos wird diese Kundenveranstaltung im Jahr 2010 abermals stattfinden.

Um die Tagungsdestination weiter zu bewerben, hat die SMG im Rahmen des Tagungsdreiecks in der Kundenzeitschrift CGB (German Convention Bureau), in der Zeitschrift Manager Seminare, im Magazin Working@Office sowie in der CIM (Conference & Incentive Management) PR-Anzeigen in Verbindung mit redaktionellen Beiträgen geschaltet.

Mit 27 festen Partnern (Hotels sowie Special-Event-Locations), die sich an den geplanten Veranstaltungen und Marketingaktionen auch überwiegend beteiligen, verzeichnet das „Tagungsdreieck Magdeburg. Halle. Dessau“ eine Rekordbeteiligung, die allerdings fast auch das Maximum darstellen sollte. Künftig gilt es, die Verteiler potenzieller Tagungsveranstalter und die Qualität der Road Shows und Famtrips weiter zu heben. Der seit 2007 bestehende Kooperationsvertrag mit der Investitions- und Marketinggesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt wurde auch für das Jahr 2010 verlängert und gilt als städtepartnerschaftliches Referenzprojekt nicht nur in Sachsen-Anhalt.

Hotelstudie bestätigt Fehlen eines Kongresszentrums

Um Halle (Saale) im (inter-)nationalen Wettbewerb noch stärker als Tagungsstandort positionieren zu können, hat die SMG beim Europäischen Institut für Tagungswirtschaft der Hochschule Harz (EITW) in 2009 eine Standort- und Benchmark-Analyse für die Kongressdestination Halle in Auftrag gegeben. Diese Studie belegt eindeutig, dass die Bettenkapazitäten und die Nähe des Kongresshotels zur Kongresshalle eine entscheidende Rolle bei der Wahl des Kongressstandortes spielen. Im Vergleich zu anderen deutschen Mittel- und Großstädten weist die Stadt Halle (Saale) die mit Abstand geringste Anzahl von Betrieben, die niedrigste Bettenzahl sowie die größte Entfernung zum nächsten 100-Betten-Haus auf. Speziell im Segment der Tagungshotellerie besteht für die Stadt gewaltiger Entwicklungsbedarf.

Für das Jahr 2010 konnte die Abteilung Kongressservice den Braunkohletag 2010, die 9. Qigong-Tage, den Kongress der Interpersonellen Kommunikation - Analyse und Optimierung (DGSS) der MLU sowie den Workshop „Pharmazeutische Betreuung der Apothekenkammer Sachsen-Anhalt (KDÖR)“ akquirieren.

MARKETING

Mit der völligen personellen Neukonstituierung der Abteilung Marketing innerhalb der SMG - zwei neuen Mitarbeiterinnen im April und Mai sowie einem neuen Leiter der Abteilung im August 2009 - ging nach kurzer Findungsphase auch eine strategische Neuausrichtung einher.

Marketing als ganzheitlicher Prozess bedeutet, Schnittstelle zu sein. Innerhalb einer Firma als Ideenpool, Dienstleister und Verbindungsglied, in der alltäglichen Arbeit als Vernetzungspunkt.

Binnen- und Außenmarketing sind untrennbar verbunden, da Strahlkraft nach außen nur von innen ausgehen kann und überregionales Marketing in der Stadt selbst gelebt werden muss.

Markenbildung & Markenimplementierung

Halle ist Händelstadt. Sie war es immer, doch nun trägt es die Stadt im Namen. Endlich wurde eine Marke geschaffen, die identitätsstiftend nach außen und innen wirkt. In die Marke muss investiert werden. Mit der schrittweisen Einführung der neuen Stadtmarke in der Stadtverwaltung und der Umstellung des Corporate Designs bei allen Darstellungen und Kommunikationsformen der SMG im Spätsommer / Herbst 2009 verband sich ein werblicher Aufwand, um die Sympathiebildung zu flankieren. Ein Ideen-Pitch, zu dem die SMG im Frühjahr 2009 insgesamt 13 Agenturen geladen hatte, brachte Entwürfe, von denen einer nach zwei Jury-Entscheidungen weiterentwickelt wurde. Jegliche Neuerungen rund um Marken rufen auch Bedenkenträger auf den Plan. In intensiven Gesprächen mit der Stadtverwaltung, dem Stadtrat und unabhängigen Agenturen hat die SMG den Prozess vorangetrieben. Im November fanden die Gestaltungsrichtlinien (Manual) den Segen von Stadtverwaltung, Gutachtern und Stadtrat. Nicht nur kommunikativ ist die neue Stadtmarke eine Investition in die Zukunft. Der Wirtschaftsabschluss 2009 weist im Punkt „Sonstige Werbung“ einen Mehraufwand auf, der vor allem in den Gestaltungsrichtlinien, der Markenmeldung und der Einführungskampagne begründet liegt. Nunmehr sind die Grundlagen für eine konsequente Markenführung und -bildung („Händelstadt“) gelegt.

Runde Tische - gemeinsam stark

Kooperationen und Aktionen mit den Hochschulen der Stadt zeigten auch in 2009 die Zusammengehörigkeit und förderten das kreative Potenzial. So unterstützte die SMG die Initiative „Guinness-Buch der Rekorde - Die Längste Picknickdecke der Welt“ einer Abschlussklasse der Burg Giebichenstein, band diese in eine eigen Kampagne „Halle picknickt“ ein und vereinte so mehr als 5.000 Hallenser und Gäste in prächtiger Stimmung auf einer Picknickdecke. Zusammen mit einem Stadtmagazin brachten die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die SMG einen Studyguide zur Begrüßung der Erstsemester-Studenten heraus.

Neben Binnenansätzen (Unterstützung des Themenjahrs der Franckeschen Stiftungen, touristisch relevanten Ausstellungen, Vermarktung von Innenstadtinitiativen, Festivals wie „Women in Jazz“) suchte und fand die SMG inhaltliche Ansätze in der Verknüpfung regionaler und überregionaler Bestrebungen. Im September begannen so z.B. Gespräche mit der Leipziger Buchmesse, die im Frühjahr 2010 ihre praktische Entsprechung mit einem eigenen großen Auftritt in Form einer hallesaale*-Lounge und einer eigens kreierten Kampagne erfahren wird. Die Stärke der Region Halle-Leipzig erweist sich gerade bei medialen Highlights wie dem Lichtfest zum 9. November 2009, den Händel-Festspielen und dem Bachfest sowie Veranstaltungen mit mehrheitlich von überregional anreisenden Touristen als Zugpferd.

Starkes Engagement gab es zudem in einer weiteren Runde: den „National Heros“. Die Ruhr 2010 GmbH zeigte sich hier als Gastgeber für elf weitere Kulturhauptstadt Bewerber, die sich auf gemeinsame Werbeaktivitäten und im Ideenaustausch verständigten. Ein Ergebnis wird der „Europäische Stadtbrief 2010“ sein, der die guten Beziehungen der Kulturstädte verdeutlichen und im April / Mai 2010 in die lokalen IBA-Projekte einfließen wird.

Die Beispiele sollen aufzeigen, wie die SMG Stadtmarketing vor allem versteht: als runden kreativen Tisch, der Partner mit innovativen Ideen zusammenbringt und in der gemeinsamen Sache nach innen und außen das Halle-Bild nachhaltig positiv beeinflusst. Auch hier sind eine Dachmarkenstrategie und ein verinnerlichtes einheitliches Leitbild ausschlaggebend.

Kulturflugschiffe

Die kulturelle Kooperationen mit den Franckeschen Stiftungen, der Stiftung Moritzburg, der Burg Giebichenstein - Hochschule für Kunst und Design, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dem Landesmuseum für Vorgeschichte sowie der Kultur-GmbH wurde 2009 fortgeführt und ausgebaut. Hierbei geht es vor allem um den Aufbau einer überregionalen und bundesweiten Strahlkraft in der gemeinsamen Bewerbung der kulturellen und touristischen Highlights der Stadt. Unter der Marke „nur bei uns“ startete das Jahr 2009 mit einer zweigestaffelten Kampagne mit verschiedensten Werbemaßnahmen, die nach einem Redesign und mit gezieltem Werbedruck auch 2010 weitergeführt wird. Eine neue Internetpräsenz unter www.nurbeiuns.de ist im Entstehen. Die SMG ist hierbei für Konzept und Durchführung verantwortlich. Geprüft werden ferner eine stärkere Einbindung der durch die Franckeschen Stiftungen initiierten „Kulturmeile“, sowie neue Vertriebsstrategien. Die Kultur ist das erste Aushängeschild der Händelstadt.

Gutes Aussehen ist nicht alles

2009 war auch ein Jahr der innerbetrieblichen Hausaufgaben. Gerade die intensive Zusammenarbeit mit der Touristik-Abteilung wurde auf neue Füße gestellt. Dies gilt nicht nur für die Gestaltung von touristischen Materialien, Anzeigenschaltungen oder die Veränderung des Erscheinungsbildes der Touristinformation; vielmehr wurden bestehende Produkte („Halle für alle“, die „Welcome-Card“, „Halle per Rad“ etc.) zuallererst inhaltlich besprochen, geprüft und gemeinsam positiv verändert. Zukünftig will die SMG allumfassend schlauer werden, was eine Erhebung und Auswertung von Besucher- und Nichtbesucheranalysen, ein Controlling z.B. von Merchandising-Produkten und vieles mehr voraussetzt.

Mit dem direkten Draht

Das Ohr am „Kunden“ zu haben, Gesicht zu zeigen, freundlicher Ansprechpartner zu sein - auch das gehört zu einer neuen strategischen Ausrichtung des Marketings der SMG. So wurden Kampagnen und Veranstaltungen mit Direkt-Marketing-Maßnahmen, wie Promotion-Teams (längste Picknickdecke, Laternenfest, Erstsemesterveranstaltung, Innovationstag) oder Aktionsmodulen (Gewinnspiel auf dem Salzfest, Riesen-Schneekugel auf dem Weihnachtsmarkt) flankiert. Neben dem werblichen Auftreten sind direktes Feedback und Zahlenanalysen unverzichtbar, um nicht ins Blaue zu arbeiten. Dies erleichtert vor allem eine wichtige Maßgabe bei der Entwicklung von Kampagnen: mit den Augen der Zielgruppe zu sehen. Das Projekt „Weihnachtsmarkt 2009“ zeigte, wie innerbetriebliche Zahnräder in der Außenwirkung perfekt ineinandergreifen: Kampagne, touristische Betreuung und Eventmanagement ergaben ein einheitliches, sympathisches und gewolltes Bild, das in der Bevölkerung enormen Anklang fand.

EVENTMARKETING, CITY- UND VERANSTALTUNGSMANAGEMENT

Das Veranstaltungsmanagement umfasste - mangels Citymanager - auch 2009 Teile des Citymanagements und war geprägt vor allem durch die Feierlichkeiten zum 250. Todesstag Georg-Friedrich Händels. Der Strategiewechsel im Marketing und die Einführung der neuen Stadtmarke strahlten auch positiv auf die Event-Abteilung aus. Sie ergänzte die durchs Marketing gesetzten Veranstaltungshöhepunkte, erschloss neue Zielgruppen (z. B. „George Forever“) und schuf neue, medienwirksame Höhepunkte wie die „grüne Oase“ um das Händel-Denkmal („Händel-Rasen“), die filmische Verkleidung der Edeka- und HWG-Immobilie am Riebeckplatz, das „Spukhaus am Graseweg“ oder die begehbare „Schneekugel“ auf dem Weihnachtsmarkt.

Neben den von der Event-Abteilung betreuten oder federführend durchgeführten Veranstaltungen wurden neue Veranstaltungsformate entwickelt und - zum Teil mit Unterstützung der Citygemeinschaft - souverän umgesetzt („City Beach“).

Die neue Stadtmarke zog auch bei den Events eine neue Form von SMG-Präsenz in der Öffentlichkeit nach sich. So wurden die Markenetablierung und Markenführung durch die Event-Abteilung unterstützt (Entwicklung des Spielmoduls „Wer wird Salzgraf“, „Schneekugel“ auf dem Weihnachtsmarkt u. a.). Die bisherigen Veranstaltungsformate, die in Kooperationen etwa mit der Citygemeinschaft durchgeführt wurden, haben ihren Platz im halleschen Veranstaltungskalender behauptet (Maibaumsetzen, Familienbrunch, City Jazz, City Klassik).

Die Einbindung der Event-Abteilung in die verschiedensten Koordinierungsrunden (Citygemeinschaft, Arbeitskreis Innenstadt, Weihnachtsmarkt, IBA, Marktplatzveranstaltungen etc.) hat zu einem fruchtbaren und nachhaltigen Know-how-Transfer geführt. Beispielgebend hierfür ist der Weihnachtsmarkt, der - ergänzt durch Broschüren, Folder, Flyer und Plakate im Design der Schneekugel sowie Event-Module wie Rentiere, Schneekugel, Plätzchen backen, finnisches Fest, „Klassik im Advent“, Weihnachtslesungen oder die Weihnachtshütte der SMG - als Qualitätssprung wahrgenommen wurde. Hier sind seitens der SMG im Jahr 2010 weitere bedeutende Aufwertungen wie prämierte Hüttendachbeschränkungen, städtische Keramiktagen für alle Getränkestände, Öffnungszeiten von 10 bis 10 sowie eine ggf. privatwirtschaftlich betriebene Verlängerung des Marktes bis zum Dreikönigstag am 6. Januar 2011 geplant.

Das Know-how im Veranstaltungsmanagement der SMG wird inzwischen bei einer Vielzahl von Beratungen mit potentiellen Veranstaltern, zur Beurteilung/Bewertung von geplanten Veranstaltungen und als Lotse für externe Partner nachgefragt. So ist die Event-Abteilung auch mit der Planung und Durchführung der Sperrung der Hochstraße im Rahmen der IBA am 30. Mai 2010, des Public Viewing der Fußballweltmeisterschaft vom 11. Juni bis 11. Juli 2010, der Etablierung der Stadt Halle als Etappenziel der größten Oldtimerrallye Deutschlands und einer weiteren Motorsportveranstaltung auf der Halle-Saale-Schleife beauftragt.

Zu den von der SMG und teilweise Partnern betreuten Projekten zählten in 2009 „City Jazz“, „Women in Jazz“, „City Klassik“, die Gebäudeverhüllung am Riebeckplatz, der „Händel-Rasen“, der 24-Stunden-Lauf Halle-Hildesheim, ein Workshop über die Errichtung eines Science-Centers auf der Saline, das Wegeleitsystem während der Händelfestspiele, die „Barock'n-Roll-Party George forever“, die Eröffnung der Händelfestspiele mit Weinfest, das Maibaumsetzen, das Familien-Brunch, die Vorbereitung und technische Planung der Roadshows des Tagungsdreiecks Magdeburg - Halle - Dessau, „City Beach“, das „Spukhaus am Graseweg“, die Quizshow „Wer wird Salzgraf?“ auf dem Salzfest, die Auktion des Händelrasens, das Kneipenfestival „Umsonst & Überall“, Teile des halleschen Weihnachtsmarktes wie Schneekugel, Familienfotos in der Schneekugel, Rentiertransporte und die Illumination des Roten Turms, das Plätzchenbacken mit MDR1 nach dem Motto „Wir backen - Sie kosten“, das „Arctic Village“, das finnische Fest, „Klassik im Advent“ oder das Adventsfest in der kleinen Ulrichstraße.

Für „Citymanagement“-Projekte zur Attraktivierung der Innenstadt und des Marktplatzes wie Händel-Rasen, Maibaumsetzen, Ostermarkt, „City Beach“, Weindorf, „City Klassik“, Salzfest oder Weihnachtsmarkt wurden von der SMG in 2009 insgesamt ca. 113.000 € aufgewendet und zur Refinanzierung 30.750 € eingenommen. Eine Kostendeckung ist hier ausgeschlossen, zumal die Standgebühren bei Marktfesten an die Stadt Halle resp. die Citygemeinschaft fließen.

Citymanagement bleibt unterfinanziert

Seit Oktober 2009 und bis 28. Februar 2011 hat die SMG in Absprache mit der Citygemeinschaft einen Mitarbeiter Citymanagement unter Vertrag genommen, um eine noch stärkere Vernetzung mit der Citygemeinschaft und anderen Werbegemeinschaften zu gewährleisten.

Festzuhalten aber bleibt: Die Position eines City Managers bleibt unterfinanziert und deshalb vakant. Seine Aufgabe umfasst Kenntnisse über Tourismus und Wirtschaftsförderung, über die Umsetzung von Konzepten für Verkehr (z. B. Parkraumbewirtschaftung), Handel (z. B. Business Improvement Districts), Kultur und Tourismus. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit dem Erscheinungsbild der Stadt, koordiniert Renovierungsarbeiten an Gebäuden und Denkmälern, erfasst den Wohnraum- und Gewerbeflächenbestand und managt Leerstände. Ferner muss ein City Manager die Fähigkeit haben, sich - auch kommunikativ - auf unterschiedliche Gebiete wie Stadtverwaltung, Tourismus, Gewerbe, Groß- und Einzelhandel sowie die Belange der Bürger einzustellen. Wenn die Stadt Halle hierfür einen Bedarf sieht, so sind für das Geschäftsjahr 2011 mindestens eine weitere Stelle sowie 60.000 € Personal-Budget und 40.000 € Projekt-Budget im Wirtschaftsplan der SMG einzustellen.

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Aufgabe des Bereichs Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist die pressewirksame Begleitung der zahlreichen Events, Marketing- und Tourismus-Aktivitäten der SMG. Mit der Einrichtung eines 18-monatigen Volontariats wurde die Pressesprecherin seit 1. März 2009 entscheidend unterstützt. So ließen sich erfolgreich 29 Pressegespräche der SMG begleiten, 182 Pressemailings mit 235 Pressemitteilungen und mehrere Newsletter versenden, außerdem drei Pressereisen mit 30 Journalisten organisieren.

Das Händelfestjahr um den 250. Todestag des Komponisten bot den Anlass für mehr als 200 Veranstaltungen, die Wiedereröffnung des restaurierten und erweiterten Händel-Hauses mit der neuen Dauerausstellung „Händel - der Europäer“. Der Geburtstag des Barockmeisters am 23. Februar bildete den offiziellen Auftakt für ein einmaliges Musikjahr und die Etablierung Georg-Friedrich Händels als alte neue Stadtmarke. Weitere Veranstaltungshöhepunkte mit großer medialer Beachtung waren der Todestag Händels am 14. April, die königlichen Händel-Festspiele im Juni sowie das Abschlusskonzert mit Cecilia Bartoli im Oktober 2009.

Um die mediale Wirksamkeit der Stadt Halle besser überschauen und einschätzen zu können, beauftragte die SMG 2009 den Medienbeobachtungsdienst Meltwater News. Daraus wird ersichtlich, dass das Händelfestjahr, die Wiedereröffnung des Neubaus der Moritzburg sowie der Zukauf eines Feininger-Gemäldes, die Himmelscheibe zu Nebra sowie das Landesmuseum für Vorgeschichte die Stadt Halle (Saale) signifikant in den Fokus der überregionalen und globalen Berichterstattung gerückt hat. Die Händelstadt Halle erzielte von Januar bis Dezember 24.464 Nachrichtentreffer in der internationalen Medienresonanz (22.519 deutschlandweit und 1.945 international).

Das Medieninteresse war zu Beginn des Händelfestjahres mit Händen zu greifen. So betreute die SMG-Pressestelle ein Fernsehteam der Deutschen Welle, das ein 30-minütiges Porträt über Halle drehte. Ein besonderer Charme: der Magazinbeitrag wurde europaweit und auch in englischer Sprache ausgestrahlt. Artikel in der Welt, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und der Süddeutschen Zeitung bemängelten jedoch überwiegend das missglückte Werben um das britische Königshaus und das „Händel-Allerlei“.

In enger Kooperation mit der Investitions- und Marketing GmbH Sachsen-Anhalt (IMG) organisierte die SMG-Pressestelle drei Pressereisen zu den beiden Landesthemen „Musikzeitreisen“ und „Internationale Bauausstellung Sachsen-Anhalt 2010“ (IBA). Hinzu kamen etliche individuelle Journalistenbesuche. Während der Händel-Festspiele unter der Schirmherrschaft von Queen Elisabeth II. betreute die SMG in Kooperation mit der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. parallel mehrere französische und spanische Printredakteure. Die Betreuung zahlte sich aus: Zum Teil umfangreiche Berichte über die Musikstadt Halle waren in den Kulturbeilagen von 12 spanischen Tageszeitungen und im französischen Kulturmagazin „Le Opera“ zu lesen.

Vor allem die vielen Events und Aktionen, die die SMG ergänzend zum Händeljahr organisierte, wurden in den lokalen und regionalen Medien umfassend abgebildet. Dazu zählten „Händels grüne Oase“ mit allein 24 zum Teil ganzseitigen BILD-Artikeln, die kostümierte Händelstadtführung, die lebensgroßen Händel-Skulpturen, der 24-Stunden-Marathon mit Mario Gursky von Halle nach Hildesheim und Überreichung eines goldenen Händels an den Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim, die Barock'n'Roll-Party „George Forever“ oder „Händel trainiert für den Mitteldeutschen Marathon“.

Ausblick, Trends für 2010

Das mediale Alleinstellungsmerkmal, das - wie Händels 250. Todestag - das ganze Jahr über für mediale Aufmerksamkeit sorgt, wird es in Halle 2010 nicht geben. Umso mehr wird es darauf ankommen, die Sonderstellungsmerkmale der Stadt Halle und besondere Events wie die Sperrung der Hochstraße am 30. Mai 2010, die Händelfestspiele vom 3. bis 13. Juni 2010 und das „Weltfest des Fußballs“ (Public Viewing zur Fußballweltmeisterschaft vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 am Thüringer Bahnhof in Halle) einzigartig zu gestalten und zu vermarkten.

Überdies schließt 2010 die fünfjährige, allerdings etwas verkopft anmutende Marketingkampagne „Halle verändert“ mit der Ausrichtung der IBA 2010 in 19 Städten Sachsen-Anhalts ab. Auch die Franckeschen Stiftungen schließen ihren zehnjährigen Zyklus des Themenjahres ebenfalls mit dem Jahresthema „Halle verändert“ ab.

Höhepunkt des IBA-Jahres wird das Event „Hoch-Zeit“ auf der Hochstraße am 30. Mai 2010 und hier u. a. die Aktion „Traut euch auf der Hochstraße“, bei der Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados Ehen mitten auf der autofreien Hochstraße schließt. Die Sperrung der Verkehrsader als Brücke zwischen der Alt- und Neustadt Halle soll der Öffentlichkeit einmal mehr die Dimension des verkehrstechnischen Zusammenschlusses der beiden früheren Städte Halle und Halle-Neustadt vor 20 Jahren vor Augen führen. Die Veranstaltung ist zugleich ein Kulturbeitrag der Stadt Halle als eine der 12 deutschen Bewerberstädte zur Kulturhauptstadt 2010, der „National Heroes“. Neben der Trauung von Brautpaaren durch die Oberbürgermeisterin sollen der längste rollende Rasen der Welt, eine Luftaufnahme der belebten, grünen Hochstraße für Google World sowie diverse Wettbewerbe auf der Hochstraße auch medial für Furore sorgen.

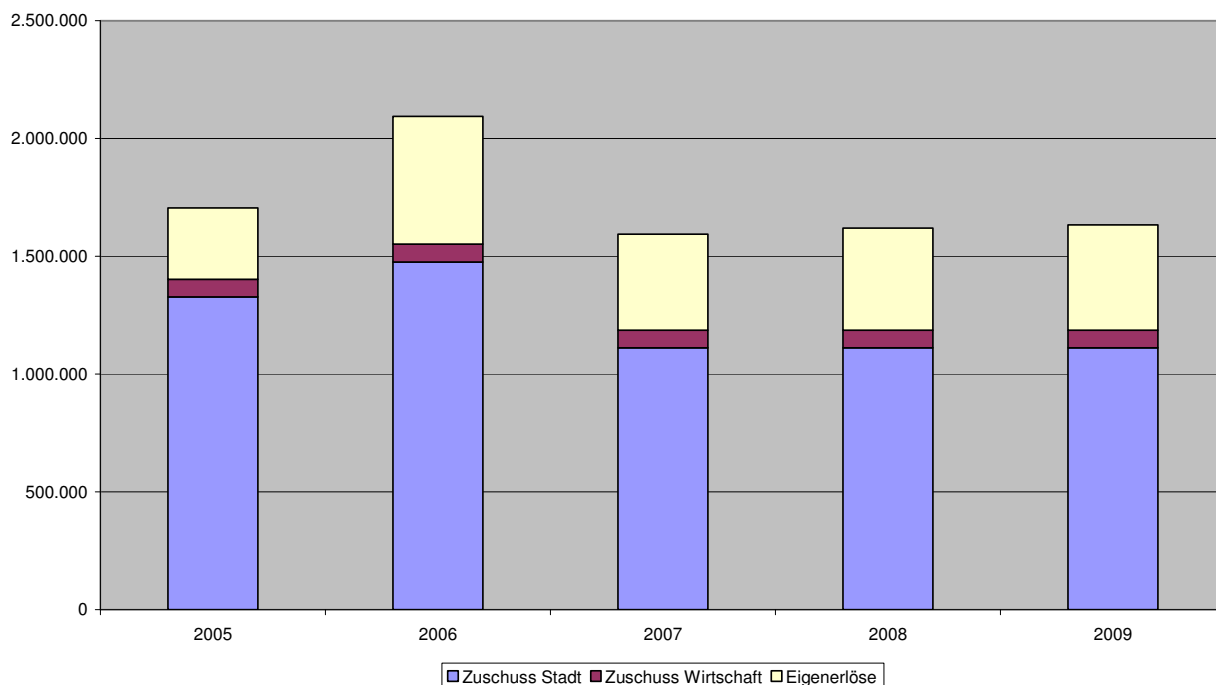
Zur IBA in Halle, und hier aller Voraussicht nach zur Sperrung der Hochstraße, ist ferner eine Pressereise gemeinsam mit der IMG geplant. Doch wird die IBA, wie bisherige Erfahrungswerte zeigen, vor allem von Fachjournalisten wahrgenommen. Ziel der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit muss es in 2010 sein, die neue Marke hallesaale*- Händelstadt - auch über die Kampagne „nur bei uns. 2010 in Halle“ hinaus - weiter zu festigen. Überdies sollen die kulturellen Leuchttürme der Stadt und die Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg weiter gestärkt werden. Hierzu sind gemeinsame Pressereisen und eine Flankierung der Studienbotschafter durch Kulturbotschafter in deutschen Gymnasien angedacht.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Das Wirtschaftsjahr 2009 wurde mit einem Gewinnvortrag aus den Vorjahren in Höhe von 116.370,93 € begonnen. Die Abrechnung des Wirtschaftsplans per 31.12.2009 weist aus, dass dieser Gewinnvortrag erstmalig seit Gründung der SMG und bedingt durch die Umsetzung dringend notwendiger Projekte (wie z. B. die Entwicklung und Einführung der neuen Stadtmarke sowie die Standort- und Benchmark-Analyse für die Kongress-Destination Halle) angegriffen und in Höhe von 34.804,45 € abgebaut wurde. Den Erlösen von 1.632.742,87 € stehen Ausgaben in Höhe von 1.666.135,32 € gegenüber. Unter Beachtung der Abschreibungen, der Einstellung eines aktiven Rechnungsabgrenzungspostens (ARAP) und der Aktivierung des Anlagevermögens ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von besagten 34.804,45 €. Die SMG war zu jeder Zeit zahlungsfähig.

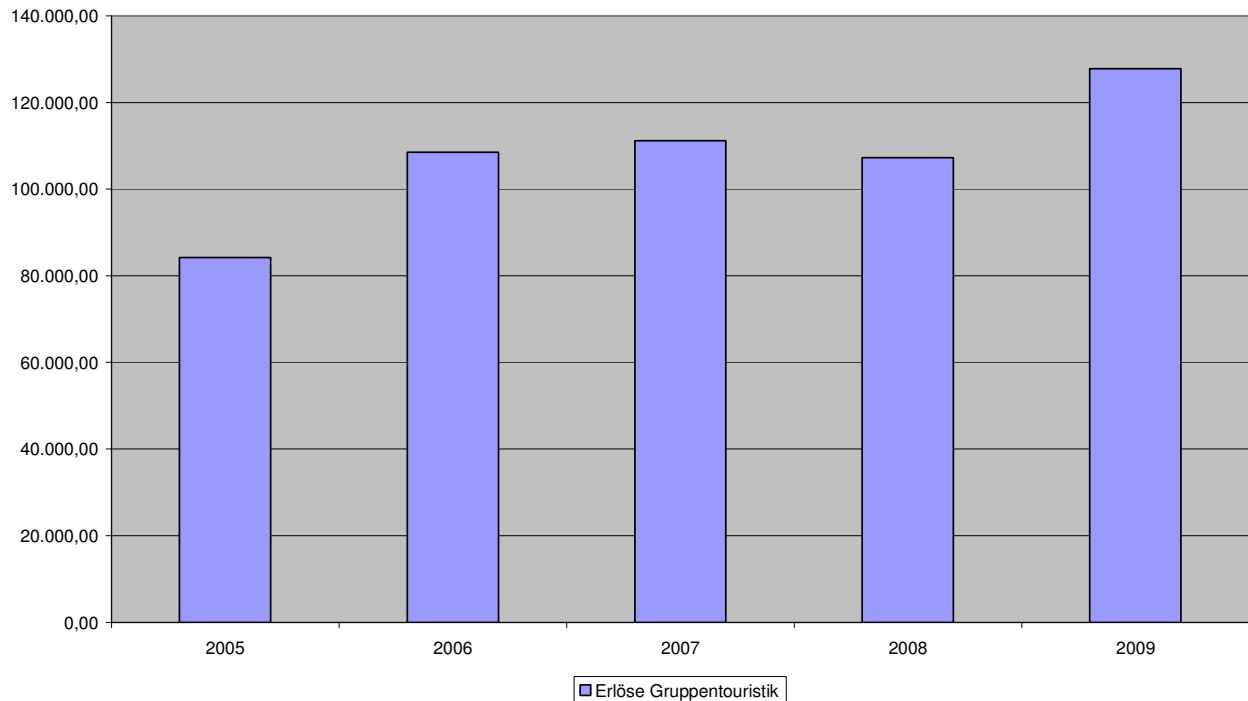
Gegenüber dem Vorjahr blieb die Höhe der institutionellen Zuschüsse von Stadt Halle (1.111.300,00 €) und Wirtschaft (75.000,00 €) konstant. Die Eigenerlöse stiegen im Vergleich zu 2008 auf 103,3 % (von ca. 432.100,00 € in 2008 auf ca. 446.440,00 € in 2009).

Entwicklung der Zuschüsse und Eigenerlöse



Hauptsächlich wurden die Eigenerlöse im Bereich Gruppentouristik mit ca. 127.805,00 € (Entwicklung zum Vorjahr auf 119,2%) sowie in der Touristinformation mit rund 81.800,00 € (Entwicklung zum Vorjahr auf 116,5%) erzielt. Die Erlöse in der Gruppentouristik und die Erlöse aus dem Warenverkauf haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

Erlöse Gruppentouristik

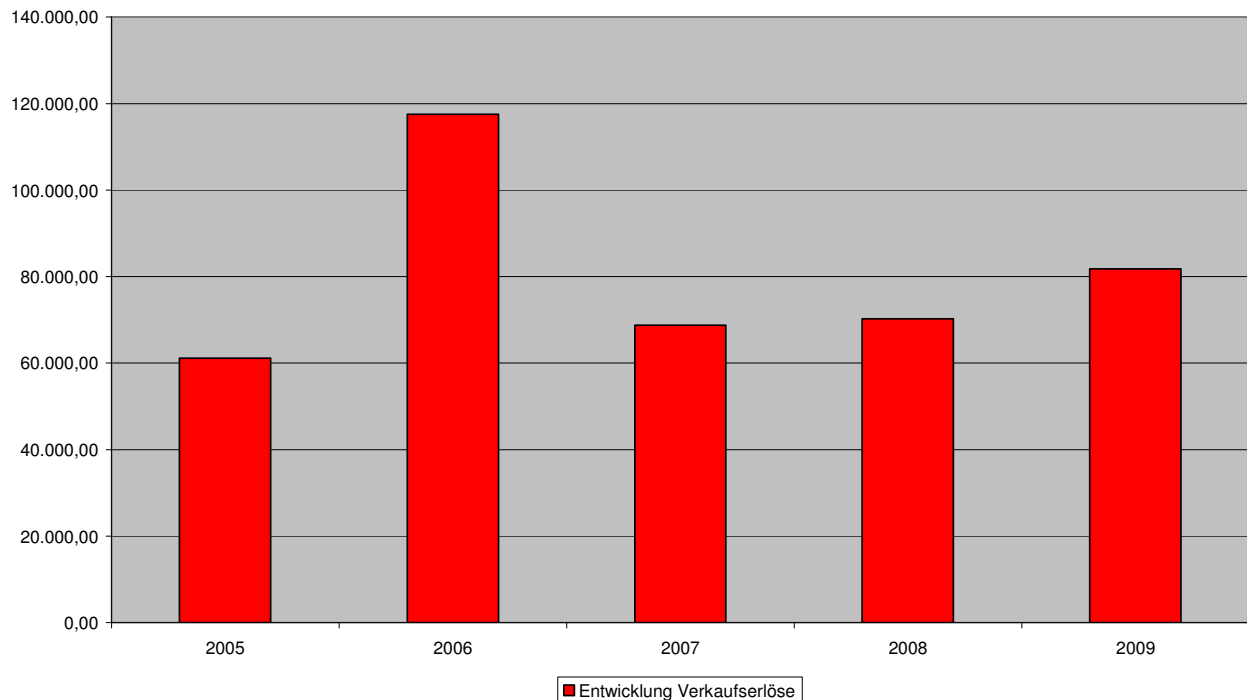


Entwicklung Gruppentouristik

Erlöse in €

2005	84.175,13
2006	108.543,71
2007	111.130,44
2008	107.237,04
2009	127.805,36

Entwicklung Verkaufserlöse



Entwicklung Verkaufserlöse

	Verkaufserlöse in €	
2005	61.142,42	Festjahr
2006	117.487,98	
2007	68.760,10	
2008	70.239,95	
2009	81.800,98	

Die Provisionserlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr auf 105,5% entwickelt, was aber in absoluten Zahlen nur eine Erhöhung um rund 400,00 € ausmacht. Die Entwicklung der Provisionserlöse ist stark davon abhängig, ob in einem Jahr größere Tagungen akquiriert werden oder nicht, da die SMG sowohl für die Zimmervermittlung pro Tagungsteilnehmer als auch - im Falle der Übernahme der Organisation der Tagung - Organisationsprovisionen erhält. Wie in 2008 wurde die SMG auch im Geschäftsjahr 2009 nicht mit der Organisation einer größeren Tagung betraut, so dass die erzielten Provisionen in Höhe von 7.933,51 € allein aus Zimmervermittlungen resultieren.

Auf der Ausgabenseite wurden die geplanten Personalkosten mit rund 98,5 % eingehalten. Neben dem laut Stellenplan geplanten Stammpersonal von 17 Mitarbeitern wurde eine Volontärin beschäftigt und betreut. Die Höhe der Ausgaben für projektbezogene Personalkosten ist stark von der Art der Projekte des jeweiligen Jahres abhängig. Im Jahr 2009 wurde verstärkt mit Promotern gearbeitet, die in der Stadt oder am Flughafen Halle-Leipzig für die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der entwickelten Stadtmarke warben, Veranstaltungen bewarben oder an Verkaufsständen Merchendising-Produkte mit der neuen Stadtmarke verkauften. Die geplanten projektbezogenen Personalkosten wurden 2009 mit 90,0 % (ca. 18.000,00 €) eingehalten. Die Ausgaben für Pauschalkräfte und Aushilfen stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 111,8% und erreichten ca. 23.132,00 €. Hier sieht die SMG für 2010 dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich einer besseren Einsatzoptimierung des vorhandenen Pools an Pauschalkräften.

In den in der Abrechnung Wirtschaftsplan per 31.12.2009 ausgewiesenen Ausgaben für Gruppentouristik in Höhe von 98.047,70 € sind 9.875,66 € Sozialabgaben für Gästeführer enthalten, denen die Rentenversicherung Bund per Bescheid das Vorliegen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung mitteilte. Noch haben nicht alle Gästeführer einen endgültigen Bescheid erhalten. Sieben Gästeführer haben Klage bei dem Sozialgericht eingelegt. Bisher wurde noch kein Fall gerichtlich entschieden.

Die Kosten für sonstige Werbung (Werbungskosten, die nicht direkt Projekten zugeordnet werden können) belaufen sich 2009 auf 202.505,10 €. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr auf 118,7 % entwickelt. In den Kosten für sonstige Werbung sind 3.061,35 € Abgaben an die Künstlersozialkasse enthalten. Weiterhin wurden 5.830,00 € als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt, der vor allem eine Rechnung für Medienbeobachtung enthält, die einen Zeitraum bis 28.02.2011 umfasst. Die Überschreitung der geplanten Ausgaben in dieser Position in Höhe von rund 82.000,00 € resultiert hauptsächlich aus zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplans nicht bekannten Notwendigkeiten: der Erstellung einer Standort- und Benchmark-Analyse für die Kongress-Destination Halle (Saale) in Höhe von ca. 20.000,00 € sowie der Entwicklung und Einführung einer Dachmarke für die Stadt Halle mit Kosten in Höhe von ca. 40.000,00 €.

Die geplanten Kosten für projektbezogene Maßnahmen wurden mit rund 19.000,00 € überschritten. Die Mehrausgaben betreffen vor allem Projekte rund um den Weihnachtsmarkt. Die Finanzierung wurde im Wesentlichen möglich durch Einsparungen in den Positionen Messen und Investitionen.

Die Position „Stadtsprung“ ist ein durchlaufender Posten, da sich die Einnahmen und Ausgaben decken. Die an der Marketingaktion „Stadtsprung“ beteiligten Städte zahlen für gemeinsame Marketingaktivitäten in einen finanziellen Topf ein, der nach Absprache aller Beteiligten durch die SMG verwaltet wird, das heißt, die SMG verwaltet das Geld treuhänderisch. Im Jahr 2010 wird gleichermaßen verfahren.

PERSPEKTIVEN

Das Jahr 2009 ist für die Stadt Halle und die SMG aus Vermarktungs- und touristischer Sicht - selbst unter konjunkturell schwierigen Rahmenbedingungen - erfolgreich verlaufen. Touristische Highlights wie das Händel-Festjahr und die neue Moritzburg generierten nicht nur große nationale und internationale Medienpräsenz, sondern auch einen Zuwachs in den Gästeübernachtungen um 3,3 Prozent, während etwa die Stadt Wittenberg trotz Luther-Dekade ein sattes Minus einfuhr.

Das seit 2005 von damals 1,6 Millionen € Gegenwert (bis zum Jahr 2015) bis auf ca. 200.000 € abgeschmolzene Halle-Werbekontingent mit Ströer - Deutsche Städte Medien zur Außenwerbung der Stadt Halle in anderen deutschen Städten konnte durch geschicktes Taktieren unseres Hauptgesellschafters und der SMG wieder auf 750.000 € aufgestockt werden und die großflächige Plakatpräsenz der Stadt Halle im Bundesgebiet einstweilen sichern.

Der größte Durchbruch 2009 gelang der SMG unter Mithilfe mehrerer SMG-Gesellschafter mit der Einführung der neuen Stadtmarke, weil die Stadt mit der Händelstadt nun endlich einen Markenkern und mit dem Zusatz „Saale“ zugleich eine territoriale Zuordnung hat. Indem die Stadt Halle und die SMG fortan bei sämtlichen Kooperationen, Förderungen oder Sponsorings auf die Verwendung der neuen Stadtmarke drängen, wird diese zeitnah gelebte Wirklichkeit - von Stadtbegrüßungsanlagen über die Websites und Hotelrezeptionen bis hin zum Glühweinbecher auf dem halleschen Weihnachtsmarkt.

Die Profilierung der Stadt Halle als Marke bedingt aber auch, dass das Stadt-Image nicht nur im Außenmarketing, sondern auch im Binnenmarketing geschärft wird, nicht nur das Umland sowie Touristen und Unternehmen aus der Ferne nach Halle zu locken, sondern auch die Hallenser zu Botschafter ihrer Stadt zu machen.

Schwerpunkte der Marketingstrategie sind deshalb die Etablierung der Stadtmarke nach innen und außen, die weitere Profilierung starker Submarken wie Händelfestspiele, Laternenfest, Salzfest und Weihnachtsmarkt.

Schlechte Karten bei der Kongress- und Tagungsakquisition

Die Erlössituation aus der Vermittlung von Kongressen und Tagungen wird sich voraussichtlich auch in 2010 nicht signifikant verbessern. Aus der Standort- und Benchmark-Analyse zum Tagungsmarkt der Stadt Halle (Saale) und seiner Wettbewerbsfähigkeit wird ersichtlich, „dass die Stadt Halle (Saale) im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten die geringste Anzahl von Betrieben und die niedrigste Bettenzahl aufweist. Speziell im Segment der Tagungshotellerie bestehen konkrete Entwicklungsbedarfe bei Betriebsgrößen zwischen 160 und 300 Zimmern und Tagungsräumen für mehr als 100 Personen, insbesondere als Break-Out-Räume für die Georg-Friedrich-Händel-Halle. Die Händel-Halle hat in ihrem Segment deutschlandweit 30 Mitbewerber, die im Mittel nicht nur eine weit höhere Gesamtkapazität, sondern ein marktgerechteres Raumkonzept mit deutlich mehr Break-Out-Räumen aufweisen.“

Weiter heißt es in der Studie: „Im Umkreis von einem Kilometer der Händel-Halle existiert in Halle (Saale) kein Hotel mit mehr als 100 Betten, während in allen Vergleichsstädten mindestens 500 Betten in großen Hotels zur Verfügung stehen. Idealtypisch verfügen zahlreiche Städte über „Alles unter einem Dach“, d.h. Kongresszentren mit direkt angeschlossenen Tagungshotels. Vor allem die befragten Kongressanbieter fordern den direkten Hotelanschluss für die Händel-Halle und haben dabei auch die notwendigen Seminarräume im Fokus, die das bisherige Angebot der Georg-Friedrich-Händel-Halle erweitern und somit wesentlich attraktiver für größere Veranstaltungen machen würden.“ Und weiter: „Gleichzeitig ist die kongresswirksame Infrastruktur mit einem direkt an die Händel-Halle angeschlossenen Kongresshotel aufzuwerten: In Abhängigkeit von dem endgültigen Nutzungskonzept sollte das Kongresshotel max. 250 bis 300 Zimmer aufweisen, vorzugsweise ein Kettenhotel sein und im 4- oder 5-Sterne-Bereich angesiedelt sein.“

Da die SMG in naher Zukunft nicht mit einer Wende in punkto Kongresszentrum rechnet, muss sich der Tagungs- und Kongressservice einstweilen weiter auf das Tagungsgeschäft mit Gruppenstärken von 30 bis 150 Teilnehmern reduzieren. Oberhalb dieses Rahmens lassen sich kaum Vermittlungsprovisionen generieren, weil sich die Veranstalter direkt an die Hotels und Special-Event-Locations wenden, um Vermittlungsprovisionen einzusparen. Hinzu kommt, dass die Tagungen und Kongresse der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg dort - den eigenen Bekundungen nach - nicht zentral zu steuern sind. So wird hier in aller Regel mit werblicher Unterstützung durch die SMG gerechnet, wohingegen die Kongressstätte, die Hotelbuchungen sowie sogar die Stadtführungen bereits in Eigenregie durchorganisiert sind.

Durch Tourismus-Stammtische auch und gerade mit den Hoteliers, aber auch durch den im Frühjahr 2010 erstmals geplanten „Tourismus-Talk“ sucht die SMG deshalb einen optimierten Erfahrungsaustausch mit Hoteliers, Gastronomen und den Mitgliedern unseres Fördervereins Region Halle (Saale) e.V., um die touristischen Angebote noch attraktiver und zielgruppengerechter zu gestalten und zu bewerben.

Tourismusverband Saale-Unstrut macht Avancen

Die Entscheidung der Investitions- und Marketinggesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt mbH in 2008, mit dem Tourismusverband Saale-Unstrut ab 2009 nur noch einen Regionaltourismus-Verband im Süden Sachsen-Anhalts zu fördern, hat sich für die IMG und den Tourismusverband Saale-Unstrut bis dato nicht bewährt. Während die großen Umstrukturierungen in der regionaltouristischen Arbeit des Fördervereins Region Halle (Saale) weithin abgeschlossen sind und mit derzeit 146 Mitgliedern bei 21 Neumitgliedern der Turnaround eingeleitet wurde, schickt sich unser südlicher Nachbar an, sich mit unserem Förderverein zu verschmelzen. Die SMG und der Förderverein Region Halle (Saale) sehen dies eher als Ansporn, den eingeleiteten Kurs fortzusetzen, denn als Anreiz zur Verschmelzung.

Im Citymanagement hat die SMG den - im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten - ersten Schritt in Richtung Einzelhandel getan. Diese Lösung kann mit Blick auf das Spektrum der hierfür nötigen Kompetenzen und Aufgabenbereiche - aus SMG-Sicht allerdings nur eine Zwischenlösung sein. Aufgaben wie die Fassadengestaltung unbewohnter Häuser, aktives Leerstandsmanagement, die Implementierung von Business Improvement Districts, Parkraumbewirtschaftung oder die Attraktivierung von Quartieren und Plätzen verlangen nach einem Etat für einen gestandenen City Manager.

So wie das Jahr 2009 für die SMG ein Jahr der Neupositionierung und personellen Umstrukturierung im Marketing war, so verspricht das Jahr 2010 eine solche Neupositionierung im Segment „Tourismus“. Neben personellen Umbesetzungen werden hier Produkte wie die neue „Welcome Card“ und deren flächendeckende Vermarktung über digitale Bilderrahmen, stärker an der Nachfrage orientierte touristische und kostümierte Führungen, ein pfißigeres Merchandising-Sortiment sowie die Service-Qualität der Touristinformation für neue Impulse und bessere Erlöse sorgen; hochpreisige Ladenhüter gehören nicht in ein touristisches Sortiment. Die SMG will die Umschlaggeschwindigkeit der einzelnen Massenartikel in 2010 weiter erhöhen.

Die Pflege der Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale) werden sich seitens der SMG noch stärker an Kosten und Nutzen orientieren. Wir wollen uns verstärkt dort engagieren, wo signifikante Geschäfte für die Stadt Halle zu erwarten sind. Ständen gestern noch primär die europäische Kulturhauptstadt Linz oder der Weihnachtsmarkt in unserer finnischen Partnerstadt Oulu im Fokus, werden es künftig unsere chinesischen Partnerstädte sowie Indien sein. Dem trägt im Oktober der EuroIndiaKongress in Halle Rechnung, der von der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle und der SMG federführend organisiert wird.

Event-Höhepunkte der Stadt Halle und der SMG im Jahr 2010 werden neben den Händel-Festspielen die Aktivitäten rund um die Internationale Bauausstellung mit dem SMG-Highlight der Sperrung der Hochstraße am 30. Mai sowie das Public Viewing zur Fußball-WM vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 (Kosten: 150.000 €), bei dem ebenfalls die SMG für die organisatorische Leitung und die Sponsoren-Akquise verantwortlich zeichnet.

Gefährdungen und Risiken

Das größte Planungsrisiko der SMG in 2010 bleibt wie in den Vorjahren der Abschluss von Werbevereinbarungen mit dem Ziel der Refinanzierung von Projekten durch die Wirtschaft. Hier erweist sich das gewachsene Vertrauen in die mediale und innerstädtische Strahlkraft von SMG-Projekten zunehmend als Türöffner, wohingegen sich die Wirtschaftslage von Stadt und Land allerdings weiter verschlechtert hat. Die weitgehend komplette Refinanzierung des Public Viewing zur Fußball-WM 2010 - seit April 2009 von langer Hand geplant - macht allerdings Hoffnung, dass sich die SMG in 2010 nicht mehr primär als Erfüllungsgehilfin für diverse Event-Veranstalter dieser Stadt verstehen muss, sondern ihre Sponsorings an Bedingungen zur Stärkung der Stadtmarke knüpft.

Abermals sind die Preiserhöhungen für Druckerzeugnisse und Fremdleistungen in 2010 kaum absehbar. Das eigenständige Agieren von Kongressveranstaltern um den Preis von der SMG eingeplanter Provisionen sowie die jährliche Beantragung der städtischen Zuschüsse und die Zustimmung des Stadtrates zur Höhe der Zuwendungen an die SMG bereiten jährlich neue Ungewissheit, da sich die Bemessung der Zuschüsse gleichermaßen nach dem Bedarf der SMG und der Haushaltslage der Stadt richtet. Hinzu kommt, dass der Förderverein Pro Halle e. V. seinen institutionellen Zuschuss an die SMG von bisher 75.000 € für 2010 auf 65.000 € reduziert, was die Erwartungshaltung der SMG und des Stadtrates nachgerade konterkariert. In den Ausschüssen und im Stadtrat wurde der Erwartung Ausdruck verliehen, dass nicht die SMG in erster Linie ihre Gesellschafter fördere, sondern umgekehrt die Wirtschaft die SMG stützen und mittelfristig eine Reduzierung des städtischen Zuschusses gewährleisten solle. Solange die Wirtschaft die SMG nicht in größerem Umfang institutionell stützt, ist für die SMG auch weiterhin ein kontinuierliches Finanzierungsrisiko gegeben.

Planungsunsicherheit bereitet überdies und unvermeidlich die Ungewissheit über die Summen der via Werbeverträge akquirierten finanziellen Mittel zum frühen Zeitpunkt der Erarbeitung des Wirtschaftsplans.

Auch die Statusanfrage für Gästeführer seitens der Deutschen Rentenversicherung ist weiterhin nicht endgültig entschieden. Die Klagen mehrerer Gästeführer vor dem Sozialgericht sind noch nicht verhandelt. Erfahrungsgemäß ist mit einer Entscheidung nicht vor 2011 zu rechnen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3
06120 Halle (Saale) Postanschrift: Weinbergweg 23
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadt Halle (Saale)	16	60,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Noll, Sabine
Prof. Dr. Lukas, Wolfgang

Aufsichtsrat:

Vorsitzende Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender Engelmann, Dieter
Dr. Andrick, Jürgen
Dr. Bergner, Annegret
Dr. Eismann, Wolfgang
Dr. Sitte, Petra
Felke, Thomas
Schröder, Barbara

Aufsichtsrat

31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
T€	T€	T€
3	3	4

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
38.479	87	44.173	92	42.922	84	-5.694	-13
5.774	13	3.464	7	7.886	15	2.310	67
216	0	196	0	96	0	20	10

Bilanzsumme

44.468	100	47.832	100	50.904	100	-3.364	-7

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
13.915	31	13.783	29	13.624	27	132	1
27.379	62	30.423	64	33.843	66	-3.043	-10
596	1	480	1	893	2	116	24
2.495	6	2.940	6	2.214	4	-445	-15
83	0	206	0	329	1	-123	-60

Bilanzsumme

44.468	100	47.832	100	50.904	100	-3.364	-7

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.456	2.817	2.174
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	218	487	443
sonstige betriebliche Erträge	187	268	55
Personalaufwand	490	519	436
Abschreibungen	737	690	633
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.480	2.400	1.622
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	117	281	184
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16	50	124
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	255	194	40
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	96	32	25
sonstige Steuern	1	2	33
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	158	160	-18
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		-25	
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	158	135	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,58	5,67	-0,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,14	1,16	-0,13	%
Cash-Flow:	895	850	615	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	483	447	334	T€
Personalaufwandsquote:	12,68	14,53	16,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,83	84,61	84,32	%
Eigenkapitalquote:	31,29	28,82	26,76	%
Fremdkapitalquote:	68,71	71,18	73,24	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
vermietbare Fläche	13.531,00	13.531,00	13.441,00	m²
Auslastung	99,15	98,80	93,70	%

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen**A.1 Gegenstand des Unternehmens**

Der Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden z.B. in die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
- Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen:

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark¹⁾ „weinberg campus“ in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Max-Planck-Institut und zur Fraunhofer-Gesellschaft, erwarb die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher fünf Neubauten entstanden sind, wobei die Fertigstellung des bisher letzten Projektes zum 01.04.2009 erfolgte. Zudem wurde ein Altbau saniert. Für einen weiteren Neubau wurde am 09.12.2009 der Bauantrag gestellt.

Aufgrund des Risikos inwieweit seitens der Baubehörde die vorgesehene Nutzung genehmigt wird, wurde der Bauantrag zurückgenommen.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 59,5 Mio. € wurden 15.000 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für material- wissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die BIO- und NANO Technologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber auf dem „weinberg campus“ in Halle eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außer universitären Einrichtungen wie z.B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft. Ein neues Gebäude wurde Ende 2007 durch das Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik eröffnet.

Wesentliche Impulse kommen auch durch das geplante neue Gebäude der Fraunhofer Gesellschaft, welches speziell für die angewandte Forschung auf den Gebieten der Photovoltaik, Nano- und Solartechnologien ausgerichtet sein wird. Dadurch sind entgegen der momentanen konjunkturellen Situation in Deutschland wenigstens einige Anfragen zu Gründungen / Ansiedlungen für den Standort zu verzeichnen, wobei deren Realisierung dabei vollkommen offen bleibt.

Insgesamt ist das TGZ im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 97 % ausgelastet gewesen, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist ein Leerstand von 127 m² zu verzeichnen, was einer Auslastung von 99,15 % entspricht, wobei zu vermerken ist, dass alle bisherigen Seminarräume als Büroräume umgenutzt wurden und gegenwärtig dauervermietet sind. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr 4 Existenzgründungen, davon alle aus dem akademischen Bereich und 1 Ansiedlung (Dienstleister). Bis zum heutigen Zeitpunkt sind weitere 3 Gründungen in Vorbereitung. Für 2010 ergibt sich weiterhin für die TGZ Halle GmbH der Sachstand, dass 3 Firmen den Technologiepark verlassen, da die von den Firmen benötigten Flächenanforderungen nicht erfüllt werden können. Dies sind die SorTech AG, die Trimble Holdings GmbH und die Scanbec GmbH. Insgesamt werden im Laufe des 1. Quartals damit ca. 1130 m² leergezogen, die dann generalüberholt werden, z. Zt. sind bereits Teilflächen wieder vermietet. Für die Generalüberholung wird mit einem Kostenaufwand von ca. 25.000 € gerechnet.

Die Mieterstruktur im TGZ und Bio-Zentrum Halle setzt sich wie folgt zusammen:

37 %	Biotechnologie
16 %	Biomedizin
6 %	Verfahrenstechnik
5 %	Technologieentwicklung
20 %	Nanotechnologie
5 %	Softwareentwicklung
4 %	Umwelttechnik
7 %	Querschnitts- und Servicebereiche

¹⁾ EU-Definition für Technologiepark (technology park):

Ein Technologiepark ist eine Entwicklungsmaßnahme zur Ansiedlung von Unternehmen, die sich mit der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologie beschäftigen und deren Tätigkeit FuE, Produktion, Vertrieb und Kundendienst umfasst. In der Betonung der Produktion liegt der Unterschied zu einem Wissenschaftspark bzw. Forschungspark. Die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen ist kein wesentliches Merkmal.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2009 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2009 in Atlanta und der Biotechnica in Hannover. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Insbesondere hervorzuheben ist die Präsenz der Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados auf der BIO 2009 in Atlanta als „Türöffner“. Dadurch wurde den anwesenden Vertretern des Technologieparks *weinberg campus* viel mehr Möglichkeiten gegeben, die Inhalte vor hochkarätigen Partnern zu präsentieren. Diese Verfahrensweise sollte möglichst beibehalten werden.

Die Stadtwerke Halle, die Bio-Zentrum Halle GmbH und TGZ Halle GmbH präsentierten sich gemeinsam auf der Biotechnica und veranstalteten dort einen Workshop zum Thema Biomasse. Die Präsenz hochrangiger Referenten führte zu einer Aufmerksamkeit, die weit über die regionale Ebene hinausging.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien stagnieren durch die Wirtschaftskrise, die auch in diesen Ländern ernsthafte negative Spuren hinterlässt.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 89 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen und Umlandgemeinden.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Namen „*weinberg campus*“ hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH ist selbst verantwortlich für die Projekte:

- Akquisition und Finanzierung von Firmen in den eigenen Gebäuden sowie für die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren Verwaltung
- Unterstützung des technologieorientierten Gründungsgeschehens, insbesondere auf den Gebieten der BIO-NANO-Technologien und angrenzender Gebiete
- NEMO - Netzwerkmanagement - Ost des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit ; Themen: Cell Tech Bio Reaktor und INBAS (Balsampappel)
- Koordinierung der Verbundprojekte „Balsampappel“ und „CellTech BioReaktor“
- Bearbeitung der Projekte "Existenzgründerqualifizierung" und "Ego-Pilot".

Die Projekte beziehen sich ausschließlich auf eingeworbene Projektmittel von den Projektträgern Verein Deutscher Ingenieure, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsgemeinschaften, Investitionsbank Sachsen-Anhalt u. ä., die in der Regel nur wissenschaftlich-technisch Projekte begleiten. Dabei ist in den letzten Jahren ein Absinken auf ein Niveau von jährlich 150 T€ festzustellen. Die Spitzenwerte Anfang 2000 resultieren aus Projektverschiebungen / Nachzahlungen Ende der 90-iger Jahre, durch Anlaufschwierigkeiten in der neuen Förderperiode, was sich auch 2004 periodisch wiederholte. Jedoch ist gegenwärtig bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die parallel laufenden Projekte Univation und Scidea nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen - eher mit einem weiteren Absinken. Außerdem wird mittelfristig (2012/2013) auch damit zu rechnen sein, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die Kriterien von klein- und mittelständischen Unternehmen erfüllen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu.

Aus diesem Grunde wird durch die Geschäftsleitung erwogen, sich für diesen Geschäftszweig einen passenden Kooperationspartner auszuwählen oder die wissenschaftlich-technische Projektarbeit einzustellen, da durch rückläufige Projektsätze und infolge der notwendigen Personalvorhaltung dieser Geschäftszweig defizitär werden könnte. Der Wirtschaftsplan für 2011 und die folgenden Jahre muss diesbezüglich überprüft werden.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Da die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig durch die Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen ist, ist es für mittelständische Unternehmen speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete noch schwieriger geworden, da die Finanzierung von diesen Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt, so dass es schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Startups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der Mietzins ist im Jahr 2009 im Umfeld im Durchschnitt um 9 % gesunken.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude auch unter Einbeziehung des Neubaus in der Blücherstraße 26 zu 99 % ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Für das Gesamtprojekt BIO-NANO-Zentrum wurde erfolgreich die Prüfung durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Abhilfebescheid vom 24.03.2009 abgeschlossen. Die mit dem Zuwendungsbescheid für das Vorhaben erteilten Auflagen wurden eingehalten. Die Zweckbindung wurde bis 31.12.2022 festgelegt und deren Einhaltung ist bis spätestens 31.01.2023 nachzuweisen. Von diesem Prüfungsergebnis sind weitergehende Feststellungen der Finanzbehörde ausgeschlossen.

Bedingt durch die momentan komfortable Auslastung der Gebäude der TGZ Halle GmbH und der Bio-Zentrum Halle GmbH wurde durch die Gesellschafter der TGZ Halle GmbH der Bau eines Mehrzweckgebäudes in der Blücherstraße beschlossen (Hauptnutzfläche ca. 1.400 m² / Gesamtkosten ca. 2 Mio. € netto). Die Fertigstellung des Gebäudes erfolgte bis April 2009. Die Fertigstellung des Technikums (Reinraums) ist bis Juni 2010 geplant. Hauptnutzer werden die Firmen HossPR und micropelt sein.

Am 09.12.2009 wurde der Bauantrag für einen weiteren Neubau in der Blücherstraße entsprechend Beschluss in der Aufsichtsratssitzung am 27./28.11.2009 gestellt. Aufgrund des Risikos seitens der Baubehörde ob die vorgesehene Nutzung genehmigt wird, wurde der Bauantrag zurückgenommen.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	2.905	75,2%	2.263	63,4%	642	28,4%
+ Einnahmen Projektleistungen	495	12,8%	467	13,1%	28	6,0%
+ sonstige Dienstleistungen	56	1,5%	87	2,4%	-31	-35,6%
+ = UMSATZERLÖSE	3.456	89,5%	2.817	78,9%	639	22,7%
+ BESTANDSERHÖHUNG	218	5,7%	487	13,6%	-269	-55,2%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	187	4,8%	268	7,5%	-81	-30,2%
= BETRIEBSLEISTUNG	3.861	100,0%	3.572	100,0%	289	8,1%
+ Personalkosten	490	12,7%	519	14,5%	-29	-5,6%
+ Abschreibungen	3.761	97,4%	4.261	119,3%	-500	-11,7%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-3.024	-78,3%	-3.571	-100,0%	547	-15,3%
+ = AUFL. VON SONDERPOSTEN	737	19,1%	690	19,3%	47	6,8%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwendungen	1.771	45,9%	1.772	49,6%	-1	-0,1%
+ Versicherungen / Beiträge	28	0,7%	28	0,8%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	255	6,6%	276	7,7%	-21	-7,6%
+ Kosten des Fuhrparks	29	0,8%	30	0,8%	-1	-3,3%
+ Werbe- und Reisekosten	122	3,2%	86	2,4%	36	41,9%
+ sonstige Kosten	275	7,1%	208	5,8%	67	32,2%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.480	64,2%	2.400	67,2%	80	3,3%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	3.707	96,0%	3.609	101,0%	98	2,7%
= BETRIEBSERGEBNIS	154	4,0%	-37	-1,0%	191	-516,2%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	117	115,8%	281	121,6%	-164	-58,4%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	-16	-15,8%	-50	-21,6%	34	-68,0%
= FINANZERGEBNIS	101	100,0%	231	100,0%	-130	-56,3%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(255)	(6,6%)	(194)	(5,4%)	(61)	(31,4%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	96	37,6%	32	16,5%	64	200,0%
+ SONSTIGE STEUERN	1	0,4%	2	1,0%	-1	-50,0%
- = STEUERERGEBNIS	97	38,0%	34	17,5%	63	185,3%
= JAHRESÜBERSCHUSS	158	4,1%	160	4,5%	-2	-1,3%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2008 um 289 T-€ (= +8,1 %) auf 3.861 T-€ erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (+642 T-€) aufgrund der im Berichtsjahr erstmalig durchgängig erzielten Mieteinnahmen für den GMP-Reinraum, die insgesamt gute Auslastung des Gebäudekomplex TGZ III und des Beginns der Vermietung des Mehrzweckgebäudes II. Die Einnahmen aus Projektleistungen erhöhten sich um 28 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen verminderten sich dagegen im Vorjahresvergleich um 31 T-€ auf nunmehr 56 T-€. Die Bestandserhöhung an nicht abgerechneten Leistungen (EVH) wurde im Berichtsjahr um 269 T-€ vermindert und betrug damit 218 T-€. Dies liegt insbesondere daran, dass im Berichtsjahr eine hohe Anzahl an Abrechnungen seitens der EVH erstellt wurden und daher der Umsatz aus Mietnebenkosten um 381 T-€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 81 T-€ auf nunmehr 187 T-€.

Die **Personalkosten** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6% (-29 T-€) auf 490 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 3.761 T-€ (Vorjahr: 4.261 T-€). Die Abschreibungen auf den gesamten Gebäudekomplex TGZ III betrugen im Berichtsjahr 2.839 T-€ gegenüber 3.441 T-€ im Vorjahr. Die übrigen Abschreibungen erhöhten sich um 102 T-€ auf 922 T-€. Dies liegt insbesondere an der vorgenommenen Abschreibung i. H. v. 79 T-€ auf die bisherigen Planungskosten für ein weiteres Mehrzweckgebäude, das in 2010 errichtet werden sollte. Die Bauabsicht für dieses Gebäude auf dem geplanten Grundstück wurde aufgegeben. Die weitere Erhöhung der planmäßigen Abschreibungen um 23 T-€ resultiert im Wesentlichen aus der Fertigstellung und erstmaligen Abschreibung des Mehrzweckgebäudes II im Berichtsjahr. Sonderabschreibungen auf das Dienstleistungs- und Verwaltungsgebäude im Rahmen der Vorschrift des § 7i EStG wurden unverändert in Höhe von 13 T-€ vorgenommen. Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 547 T-€ auf 3.024 T-€. Darin ist die Auflösung des Investitionszuschusses für den Gebäudekomplex TGZ III mit einem Betrag von 2.550 T-€ (Vorjahr 3.084 T-€) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Berichtsjahr um einen Betrag von 80 T-€ (+3,3%) auf 2.480 T-€ erhöht. Zunahmen gab es bei den Werbe-/Reisekosten (+36 T-€) und den sonstigen Kosten (+67 T-€), wohingegen die Reparatur-/Instandhaltungskosten um 21 T-€ abnahmen. Die übrigen Kosten blieben nahezu unverändert.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2008 um 191 T-€ auf 154 T-€ verbessert.

Das **Finanzergebnis** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 130 T-€ vermindert. Dies liegt im Wesentlichen an den gesunkenen Anlagezinssätzen für Geldanlagen. Im Vorjahr war ein einmaliger Zinsaufwand aus der Rückzahlungsverpflichtung eines Teilbetrages für den Zuschuss des Gebäudekomplexes TGZ III i. H. v. 33 T-€ enthalten.

Auf Grund eines steuerlichen Korrekturpostens zur Handelsbilanz erhöhte sich der Aufwand an **Steuern vom Einkommen und Ertrag** gegenüber dem Vorjahr überproportional um 64 T-€ auf 96 T-€.

Die **Sonstigen Steuern** blieben nahezu unverändert.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.722 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen vom langfristigen in den kurzfristigen Anlagebereich i. H. v. 2.500 T-€ und getätigter Investitionen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2009 um rund 2.389 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

P A S S I V A	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ EIGENKAPITAL	13.915,1	31,3%	13.783,2	28,8%	131,9	1,0%
+ SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGENANTEIL	27.379,4	61,6%	30.422,8	63,6%	-3.043,4	-10,0%
+ Steuerrückstellungen	58,1	0,1%	13,0	0,0%	45,1	0,0%
+ sonstige Rückstellungen	537,9	1,2%	467,4	1,0%	70,5	15,1%
+ RÜCKSTELLUNGEN	596,0	1,3%	480,4	1,0%	115,6	24,1%
+ Erhaltene Anzahlungen	1.816,8	4,1%	1.530,1	3,2%	286,7	18,7%
+ Lieferantenverbindlichkeiten	185,0	0,4%	498,8	1,0%	-313,8	-62,9%
+ Sonstige Verbindlichkeiten	492,9	1,1%	910,9	1,9%	-418,0	-45,9%
+ VERBINDLICHKEITEN	2.494,7	5,6%	2.939,8	6,1%	-445,1	-15,1%
+ RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	83,0	0,2%	206,2	0,4%	-123,2	-59,7%
= GESAMTKAPITAL	44.468,2	100,0%	47.832,4	100,0%	-3.364,2	-7,0%

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

A K T I V A	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Immaterielle Vermögensgegenstände	0,8	0,0%	1,5	0,0%	-0,7	*
+ Sachanlagen	37.278,0	83,8%	40.471,6	84,6%	-3.193,6	-7,9%
+ Finanzanlagen	1.200,0	2,7%	3.700,0	7,7%	-2.500,0	*
+ = ANLAGEVERMÖGEN	38.478,8	86,5%	44.173,1	92,3%	-5.694,3	-12,9%
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.714,9	3,9%	1.521,2	3,2%	193,7	12,7%
+ sonstige Vermögensgegenstände	336,4	0,8%	609,1	1,3%	-272,7	-44,8%
+ = VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	2.051,3	4,6%	2.130,3	4,5%	-79,0	-3,7%
+ WERTPAPIERE UND FLÜSSIGE MITTEL	3.722,5	8,4%	1.333,4	2,8%	2.389,1	179,2%
+ = UMLAUFVERMÖGEN	5.773,8	13,0%	3.463,7	7,2%	2.310,1	66,7%
+ RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	215,6	0,5%	195,6	0,4%	20,0	10,2%
= GESAMTVERMÖGEN	44.468,2	100,0%	47.832,4	100,0%	-3.364,2	-7,0%

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.364,2 T-€ (= -7,0 %) auf 44.468,2 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-3.193,6 T-€), der Finanzanlagen (-2.500,0 T-€) und der sonstigen Vermögensgegenstände (-272,7 T-€). Demgegenüber steht durch Umschichtungen von Finanzanlagen hin zu flüssigen Mitteln eine Erhöhung von 2.389,1 T-€, eine Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 193,7 T-€ sowie eine Erhöhung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (+20,0 -€).

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 92,3 % auf 86,5 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 566,5 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 3.760,8 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 37.278,8 T-€ (-3.194,3 T-€) vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 2.310,1 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 13,0% gegenüber 7,2% im Vorjahr.

Der Anstieg der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** resultiert ausschließlich aus der Erhöhung der Forderungen aus den noch nicht abgerechneten Nebenkostenleistungen an die Mieter der Gebäudekomplexe TGZ I, TGZ II, TGZ III und der Mehrzweckgebäude I und II in Höhe von 218,0 T-€ sowie aus der Erhöhung der Forderungen aus Mietnebenkosten (+30,6 T-€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich dagegen einschließlich der gebildeten Wertberichtigungen (5,9 T-€) um 55,0 T-€.

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 272,7 T-€ ist im Wesentlichen auf die Verminderung von Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 222,6 T-€ und die sonstigen Forderungen (-49,9 T-€) zurückzuführen. Die übrigen hierin enthaltenen Positionen veränderten sich insgesamt geringfügig um -0,2 T-€.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 20,0 T-€, wobei sich die Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen um 40,9 T-€ auf 206,1 T-€ erhöhte, die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten verminderten sich um 20,9 T-€.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die TGZ Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben :

- Könnte der weitere Ausstieg aus der Gentechnik durch politisch motivierte Sicherheitsanforderungen in Deutschland oder Sachsen-Anhalt kommen?
- Durch übertriebene restriktive Festlegungen des in Vorbereitung befindlichen neuen Bebauungsplan für Heide-Süd / weinberg campus für Firmenansiedlungen wird im Standortranking der weinberg campus für Firmen uninteressant. Dies trifft insbesondere für die gemeinsamen Ansiedlungsprojekte mit dem Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik zu, die auf dieser Grundlage nur erschwert, wenn überhaupt nicht zu realisieren sind und damit die Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Standortes genommen wird.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?
- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker dieser Fachrichtungen angeboten werden.
- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.

Die dargestellte Problematik wird bei Umsetzung dieser zu erheblichen Mietausfällen der TGZ Halle GmbH mittelfristig führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen allein im letzten Jahr um durchschnittlich 9% gesunken ist. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2010 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2011 bis 2015 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen*	Erlöse aus		Finanzergebnis	Ergebnis
		Vermietung* u.a.	Projektleistung		
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2010	1.856	1.369	290	117	-80
2011	1.786	1.369	310	38	-69
2012	1.855	1.390	290	80	-95
2013	1.815	1.400	290	80	-45
2014	1.840	1.410	290	80	-60
2015	1.840	1.410	290	80	-65

*Die umlagefähigen Mietnebenkosten sind weder in den Aufwendungen noch in den Vermietungserlösen enthalten, da sich die Aufwendungen und Erlöse hieraus ausgleichen.

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die TGZ Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit einbezogen werden.

Weiter vorausschauend zeichnet sich für 2016 eine zusätzliche Minderung der Mietzinseinnahmen von 87 T€ verbunden mit zusätzlichen Leerstandskosten i. H. v. von 43 T€ und ab 2017 eine Minderung der Mietzinseinnahmen von 348 T€ verbunden mit zusätzlichen Leerstandskosten i. H. v. 172 T€ ab, da gegenwärtig nicht die Voraussetzungen geschaffen werden können, die Verweildauer eines Hauptnutzers, wie von diesem gewünscht, auf unbefristet zu verlängern. Die Ursachen dafür werden durch eine Änderung der B-Pläne 32.3 und 32.4. bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelegt.

Die zukünftigen Projektleistungen sind nicht planbar, da diese erst im laufenden Wirtschaftsjahr z.B. durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt vertraglich bestätigt werden, wobei es sich abzeichnet, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die klein- und mittelständischen Status haben. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld in den kommenden Jahren in Frage gestellt wird.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk weinberg campus. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie bis 2011, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches ab 2012 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2010 ff. auch in Anbetracht der Finanz- und Wirtschaftskrise verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

ARGE SGB II Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Neustädter Passage 6
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Agentur für Arbeit Halle	12	49,60
Stadt Halle (Saale)	13	50,40

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der ARGE ist die Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung der Arbeitssuchenden für die Agentur und die Stadt, die der ARGE durch Gesetz zugewiesen sind oder ihr von den Gesellschaftern auf der Grundlage einer gesonderten Vereinbarung übertragen werden.
- (2) Weitere Aufgaben können der Gesellschaft durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung übertragen werden, sofern die Übertragung der Aufgabe gesetzlich zulässig ist. Die der Gesellschaft durch die Übertragung weiterer Aufgaben entstehenden Kosten sind vom jeweiligen Aufgabenträger zu übernehmen.
- (3) Die ARGE ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der ARGE fremd sind und/oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der GmbH ergibt sich aus dem Gründungszweck der Gesellschaft (s. Gesellschaftsvertrag und § 44 b SGB II). Er besteht in der Gewährleistung einer Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie der Unterstützung der Hilfebedürftigen bei deren Bemühungen, einen eigenverantwortlichen und von staatlichen Zuschüssen unabhängigen Lebensunterhalt zu sichern.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Radig, Christine
Tempel, Sylvia

Aufsichtsrat: Vorsitzender Krause, Johannes
Böhme, Ingeborg
Dr. Diaby, Karamba (seit 26.08.2009)
Edner, Sabine
Haupt, Ute
Hildebrandt, Roland (seit 26.08.2009)
Ilse, Dorothea (bis 26.08.2009)
Koehn, Gottfried (bis 26.08.2009)

Aufsichtsrat:

Neumann, Wolfram

Nowotny, Andreas

(bis 26.08.2009)

Raab, Katja

(seit 26.08.2009)

Schröter, Reinhard

Schubert, Helga

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
67	22	44	19	15	2	22	50
241	78	186	80	796	98	56	30
2	1	1	1	1	0	1	47

Bilanzsumme

310	100	232	100	813	100	79	34

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
25	8	25	11	25	3	0	0
67	22	44	19	15	2	22	50
6	2	6	3	13	2	-0	-5
210	68	156	67	759	93	54	35
2	1					2	

Bilanzsumme

310	100	232	100	813	100	79	34

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
12.702	12.050	10.220
7.500	7.257	6.419
16	9	7
5.187	4.783	3.794
0	0	0
0		
0	0	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	16	9	7	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28	26	22	T€
Personalaufwandsquote:	59,04	60,23	62,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,56	19,19	1,87	%
Eigenkapitalquote:	8,05	10,79	3,07	%
Fremdkapitalquote:	91,95	89,21	96,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Bedarfsgemeinschaften	22.175,00	22.103,00	23.191,00	Anzahl
Integration in 1. Arbeitsmarkt	5.969,00	6.733,00	7.105,00	Personen
Kundenvorsprachen Eingangszone	121.695,00	124.233,00	112.546,00	Anzahl
Leistungsempfänger ALG II	29.039,00	29.460,00	31.499,00	Personen
Leistungsempfänger Sozialgeld	8.168,00	9.773,00	10.088,00	Personen

e) Lagebericht

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

<i>Gesellschaftszweck</i>	Die ARGE SGB II Halle GmbH nimmt die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Halle (Saale) als Leistungsträgerin nach dem SGB II im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags nach § 93 SGB X wahr (§ 44b Abs. 3 Satz 1 SGB II). Ziel ist die Gewährleistung einer Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie die Unterstützung dieser Hilfsbedürftigen bei deren Bemühungen, einen eigenverantwortlichen und von staatlichen Zuschüssen unabhängigen Lebensunterhalt zu sichern.
<i>Rechtsform</i>	Die ARGE SGB II Halle GmbH ist eine juristische Person des Privatrechts. Sie ist beim Amtsgericht Stendal unter HRB 215208 ins Handelsregister eingetragen.
<i>Geschäftsanteile</i>	Die Stadt Halle (Saale) hält Geschäftsanteile in Höhe von 50,4 % des Stammkapitals (12.600,00 €), die Agentur für Arbeit Halle 49,6 % (12.400,00 €).
<i>Geschäftsergebnis</i>	Die ARGE SGB II Halle GmbH schloss das Berichtsjahr mit einer Bilanzsumme von 310.428,18 € und einem Jahresüberschuss von 0,00 € ab. Dabei standen den erzielten Erträgen in Höhe von 12.702.413,19 € Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber. <u>Erläuterung zum Jahresüberschuss:</u> Die Gesellschaft verfügt über ein Bankguthaben in Höhe der eingezahlten Stammeinlage von 25.000,00 €. Alle Mittel, die die Gesellschaft verwendet, werden dieser durch Mittelbereitstellung auf BA-eigenen Konten (Kapitel 7005, 0912, 8807) bzw. über Konten der Stadt Halle (Saale) zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt, ohne dass hierbei ein Vermögenszuwachs im Sinne des HGB bei der Gesellschaft zu verzeichnen ist. Allen Aufwendungen der Gesellschaft stehen Forderungen dieser gegen die Kapitel 7005, 0912 oder 8807 des Bundeshaushaltes und der Stadt Halle (Saale) gegenüber, sodass nach Abschluss eines jeden Geschäftsvorfalles den generierten Aufwendungen Erträge in gleicher Höhe gegenüberstehen. Ein Jahresüberschuss (>0) bzw. Jahresfehlbetrag ist damit nicht zu besorgen.
<i>Mittelbewirtschaftung / Buchführungspflicht</i>	Mit Erlass der <i>Geschäftsanweisung der BA zur Bewirtschaftung Verwaltungskostenbudgets zur Umsetzung des SGB II ab dem Haushaltsjahr 2006 05/2006</i> vom 10.02.2006 (aktuelle Fassung 10.12.2008), der Einführung der modifizierten Verwaltungskostenabrechnung im Jahre 2006 (VKA-BA) sowie dem Abschluss eines Vertrages über die Einsetzung eines Beauftragten für den Haushalt (BfH) wurde der Gesellschaft mehr Eigenverantwortung bei der Mittelbewirtschaftung eingeräumt. Darüber hinaus wurde 2006 das zunächst rein interne Abrechnungssystem (Rechnungslegung und Rechnungsempfang ausschließlich über die Agentur für Arbeit Halle) mit Einführung des neuen Dienstleistungskataloges der Bundesagentur für Arbeit (BA) insoweit auf die Doppelte Buchführung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) umgestellt, als die ARGE SGB II Halle GmbH nunmehr nach außen als Rechnungssteller bzw. Rechnungsempfänger auftrat. Die Buchführungspflicht ergibt sich aus der Rechtsform der Gesellschaft gemäß § 13 Abs. 3 GmbHG i. V. m. §§ 6 Abs. 1, 238 HGB. Der vorliegende Jahresabschluss bildet aus diesem Grund nur die Geschäftsvorfälle ab, bei denen nach Handelsrecht eine Buchführungspflicht bestand. Sie spiegelt damit nicht die wirtschaftlichen Vorgänge wider, die als rein interne Abrechnungen zu werten sind. Eine Aufnahme dieser Vorgänge in den Jahresabschluss ist nicht möglich.
<i>Kommunaler Finanzierungsanteil</i>	In der Gesellschafterversammlung vom 20.04.2006 haben sich die Gesellschafter zunächst auf einen vorläufigen KFA von 10,28 % verständigt. Ab 01.01.2010 wird durch die Stadt Halle (Saale) ein Anteil von 12,6 % an den Kosten der Verwaltung übernommen.

Personalstruktur

Die ARGE SGB II Halle GmbH verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Diese werden der Gesellschaft von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellt. Entsprechende Personalgestellungsverträge sind am 24.01.2006 mit der Agentur für Arbeit Halle und am 31.03.2006 mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossen worden.

Im Januar 2009 waren 465 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig. Diese Zahl reduzierte sich bis 31.12.2009 auf insgesamt 455 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon sind 308 Mitarbeiter der Bundesagentur (hiervon befristet Beschäftigte: 113) und 147 kommunale Mitarbeiter, davon 10 Mitarbeiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung Halle (insgesamt 5 kommunale Mitarbeiter befristet).

Die Personalkosten für alle Mitarbeiter beliefen sich im Berichtszeitraum auf 21.524.973 €, wovon für Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit 14.197.265 €, für kommunale Mitarbeiter 7.500.139 € aufgewendet wurden.

Geschäftssitz

Die ARGE SGB II Halle GmbH hat seit Beginn ihrer Tätigkeit in der Neustädter Passage 6 ihren Geschäftssitz.

Controlling/Statistik

Folgende Ausgaben hat die Gesellschaft im Berichtsjahr getätigt:

Verwaltungskosten	25.373 T€
Eingliederungsleistungen	41.794 T€
Grundsicherung für Arbeitssuchende	91.571 T€
Leistungen für Unterkunft+Heizung, e.B.	74.620 T€

Gemäß der Ausführungen unter Punkt 1 (Mittelbewirtschaftung/ Buchführungspflicht) werden buchhalterisch in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft für das Berichtsjahr insgesamt 12.702 T€ ausgewiesen.

Der durch die Stadt Halle für das Jahr 2009 gezahlte Kommunale Finanzierungsanteil betrug insgesamt 2.804.987,72 €.

Im Rahmen der Betreuung konnten trotz Wirtschafts- und Finanzkrise insgesamt 5.969 Kunden wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden. Zur Vorbereitung der Kunden auf den ersten Arbeitsmarkt wurden bspw. insgesamt 2.348 Förderungen der beruflichen Weiterbildung (+272 ggü. Vj.) und 3.630 Arbeitsgelegenheiten (Entgeltvariante und Mehraufwandvariante; +982 ggü. Vj.) vermittelt.

Bedarfsgemeinschaften

Zu Jahresbeginn wurden durch die ARGE SGB II Halle GmbH 22.034 Bedarfsgemeinschaften betreut. Bis Dezember 2009 erhöhte sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften trotz Wirtschafts- und Finanzkrise nur marginal um +141 auf 22.175. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) jedoch von 29.336 um -297 auf 29.039.

Zielnachhaltung

Zwischen der Gesellschaft und der Agentur für Arbeit Halle wurden Ziele zur Senkung der passiven Leistungen und der Erhöhung der Integrationen für das Berichtsjahr definiert. Unter Berücksichtigung der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden zentrale Erwartungswerte vorgegeben, die sich in den folgenden Planwerten (korrigierte Ziele) widerspiegeln.

Die Erreichung dieser Ziele wurde in den regelmäßig stattfindenden Zielnachhaltedialogen sowie im Rahmen der Gesellschafterversammlungen besprochen und die Eckdaten an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

Passive Leistungen Bund (in T€)

Plan	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
93.866	91.571	- 2.295	- 2,5

Passive Leistungen Kommune (in T€)

Plan*	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
71.900	73.579	+ 1.679	+ 2,3

* die Ausgaben des Vorjahres wurden jedoch deutlich unterschritten. In 2008 wurden für Passive Leistungen der Kommune insgesamt 75.989 T€ ausgegeben.

Integrationen gesamt

Plan	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
5.537	5.969	+ 432	+ 7,8

Kunden im Kundenkontakt > 24 Monate

Plan	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
8.777	7.487	- 1.290	-14,7

II. Risikobewertung

finanzielles Risiko

Durch die gewählte Vertragsgestaltung (s.a. Pkt. I Mittelbewirtschaftung/Buchführung) sind die finanziellen Risiken der Gesellschaft als minimal anzusehen. Die ARGE SGB II Halle GmbH erwirtschaftet weder Gewinne noch Verluste nach handelsrechtlichen oder steuerrechtlichen Vorschriften. Dies begründet sich darin, dass alle Aufwendungen für die Gesellschaft zunächst von der Bundesagentur für Arbeit / dem Bund getragen werden. Durch Abrechnung nach einem vorgegebenen Schlüssel werden diese Aufwendungen der Stadt Halle (Saale) im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung in Rechnung gestellt (s.a. Erläuterungen zum *Kommunalen Finanzierungsanteil* Abschnitt I, S.3)

Bestandsrisiko

Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 (Az: 2 BvR 2433/04 u. 2434/04) wurde festgestellt, dass die ARGEn in der bestehenden Form verfassungswidrig sind. Es wurde dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende 2010 eine verfassungskonforme Regelung zu erlassen. Damit ist der Fortbestand der Gesellschaft in der derzeitigen Form gefährdet. Es bleibt abzuwarten, welche Strukturen der Gesetzgeber für eine künftige zielführende und kundennahe Arbeit vorgibt.

Die Gesellschaft stellt sich jedoch den Herausforderungen einer Umgestaltung des Bereiches SGB II und ist bestrebt, alles Notwendige zu unternehmen, diesen Prozess für die Kunden und Mitarbeiter so reibungslos wie möglich zu gestalten.

III. Ausblick und Prognose

effiziente Eingliederung

Für das Jahr 2010 wird vorrangig das Ziel verfolgt, Leistungen zur Eingliederung so effizient und punktgenau zu erbringen, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige unter Berücksichtigung des Grundsatzes Fördern und Fordern in die Lage versetzt werden, den eigenen Lebensunterhalt sowie den der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nachhaltig aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln aufzubringen und somit deren Hilfebedürftigkeit zu verringern bzw. zu überwinden. Besonderer Schwerpunkt soll hierbei auf die Kundengruppen Alleinerziehende, Jugendliche und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern gelegt werden.

Durch aktive Arbeitsförderungsmaßnahmen sollen die passiven Leistungen an die Kunden gesenkt werden.

Hierbei stellt sich die ARGE SGB II Halle GmbH den derzeit schwierigen welt-, national- und regionalwirtschaftlichen Bedingungen und ist bestrebt, die Folgen dieser Entwicklung durch einen effektiven Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel entgegenzuwirken.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Stadt Halle (Saale), den zuständigen Bereichen der Agentur für Arbeit Halle sowie den anerkannten Trägern der Freien Wohlfahrt und weiteren Marktpartnern soll weiter vertieft und optimiert werden.

Bei den Integrationsleistungen wird die Gesellschaft zu einem wichtigen Teil durch anerkannte Bildungsträger unterstützt.

Selbstverständlich hierbei ist die permanente Überprüfung der Effektivität und der Rechtmäßigkeit der eingeleiteten Eingliederungsmaßnahmen.

Durch Fortsetzung und Intensivierung der gemeinsamen Aktivitäten zwischen der ARGE SGB II Halle GmbH und den Kammern und Verbänden sind weitere Ressourcen zu erschließen, die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in eine dauerhafte Beschäftigung zu überführen.

Prüfung Zielerreichung

Die Wirksamkeit der Maßnahmen und Arbeitsweisen ist durch das eingeführte Prozess- und Finanzcontrolling genau zu überwachen, um die Arbeitsmarktinstrumente und die bereitgestellten Mittel zielgenau einsetzen zu können. Interne Zielvereinbarungen und Zielvorgaben wurden und werden zur effizienten Steuerung genutzt. Die teamgenaue Betrachtung der Ergebnisse und deren Auswertung sollen weiter ausgebaut werden.

Personal

Die Tendenzen in den Zahlen der Bedarfsgemeinschaften und Kundenzahl macht eine permanente Überprüfung der Personalstärke notwendig, die neben der zielgenauen Betreuung der Kunden auch einen ent- bzw. belastenden Effekt auf das zur Verfügung stehende Verwaltungsbudget hat.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	10	32,00
Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin	7	22,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Leipzig	9	30,00
Stadt Halle (Saale)	5	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Etwaige Überschüsse werden nur für die vertragsgemäßen Zwecke verwendet. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Bonan, Robert (bis 30.04.2009)
Kölzner, Kerstin (seit 01.05.2009)

Verwaltungsrat: Vorsitzender Prusko, Norbert
Bahn, Wolfgang
Baumeister, Lutz
Bechmann, Monika (bis Februar 2009)
Buschke, Birgit

Verwaltungsrat:

Dr. Danek, Simone
 Dr. Fischer, Toralf
 Hagemann, Karl-Heinz (seit August 2009)
 Hebrant, Ola
 Hederich, Gerd (seit Februar 2009)
 Ideker, Thomas
 Kehl, Peter (bis August 2009)
 Krahel, Hans-Joachim
 Laux, Jens
 Springer, Klaus-Dieter
 Szabados, Dagmar

Verwaltungsrat

31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
T€	T€	T€
1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
 Umlaufvermögen
 Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
17.694	74	17.941	73	18.846	74	-247	-1
6.331	26	6.574	27	6.562	26	-243	-4
				5	0	0	

Bilanzsumme

24.025	100	24.515	100	25.412	100	-490	-2

Passiva

Eigenkapital
 Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens
 Rückstellungen
 Verbindlichkeiten
 Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
5.682	24	5.460	22	5.482	22	222	4
6.561	27	6.777	28	6.994	28	-216	-3
971	4	1.124	5	1.128	4	-153	-14
10.606	44	11.154	45	11.692	46	-548	-5
205	1			116	0	205	

Bilanzsumme

24.025	100	24.515	100	25.412	100	-490	-2

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.800	5.397	5.277
sonstige betriebliche Erträge	596	529	582
Materialaufwand	848	813	612
Personalaufwand	3.663	3.654	3.840
Abschreibungen	767	714	813
sonstige betriebliche Aufwendungen	753	675	653
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	27	45	79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	175	226	198
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens			72
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	343	359	374
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	225	-19	-229
sonstige Steuern	3	3	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	222	-22	-233
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	222	-22	-233

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,83	-0,40	-4,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,07	-0,39	-4,08	%
Cash-Flow:	988	692	653	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83	79	68	T€
Personalaufwandsquote:	57,27	61,67	65,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,69	69,29	68,47	%
Eigenkapitalquote:	23,65	22,27	21,57	%
Fremdkapitalquote:	76,35	77,73	78,43	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Abrechnungstage	44.283,00	41.811,00	41.129,00	Tage
Maßnahmen DRM	2.441,00	3.611,00	4.895,00	Tage

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Neben der Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes lag der Schwerpunkt im Jahr 2009 in der strategischen Ausrichtung des BFW Halle. Eine Stabilisierung der Belegung in den vorbereitenden- und Hauptmaßnahmen ist im Geschäftsjahr eingetreten. Im Jahresdurchschnitt konnte eine Belegung von 123 Teilnehmern (i. Vj. 116) zum Kostensatz der Haupt- und vorbereitenden Maßnahmen erreicht werden. Dazu kommen steigende Erträge aus Assessment- und Einzelmaßnahmen. Die Belegung bei diesen Maßnahmen nahm im Jahr 2009 ebenfalls zu.

Für das Jahr 2009 wurden wie im Vorjahr die Kostensatzverhandlungen auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 120 Teilnehmern geführt. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde für das Geschäftsjahr 2009 von einem geplanten Verlust von TEUR 16 ausgegangen.

Bei Eignungsabklärungs- und Arbeitserprobungsmaßnahmen (EA/AP) gab es wiederum einen leichten Anstieg im Anmeldeverhalten. Weiterhin gestiegen ist auch die Nachfrage nach funktionellen Belastungserprobungen (FBE) und den verschiedenen individuellen Assessmentangeboten. Das privat zu finanzierende Angebot externer Sehhilfenberatungen brachte zusätzliche Einnahmen.

Einen überdurchschnittlichen Anstieg der Belegung gab es bei den Einzelmaßnahmen. Die hier erzielten Mehreinnahmen im Vergleich zum Plan in Höhe von TEUR 105 konnten nur mit dem Einsatz zusätzlicher personeller Ressourcen erreicht werden. So wurde eine Mitarbeiterin befristet eingestellt.

Mit den vereinbarten Sondermaßnahmen für Versicherte der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland konnten zusätzliche Einnahmen von TEUR 104 (i. Vj. TEUR 135) erzielt werden.

Wie in den Vorjahren mussten auch im Jahr 2009 die für die Baufinanzierung aufgenommenen Darlehen bedient werden. Im Februar 2009 erfolgte die abschließende Prüfung der Baufinanzierung durch das Bundesverwaltungsamt. Es gab keine Beanstandungen. Dem BFW Halle ist die ordnungsgemäße Realisierung der Baumaßnahmen und die zielgerichtete Einhaltung der Finanzierungsvorgaben bestätigt wurden. Für Zinsen wurden im Jahr 2009 TEUR 343 aufgewendet und TEUR 535 getilgt. Bei der Realisierung von 44.283 Belegungstagen (i. Vj. 41.811) ergab sich eine Belastung des Kostensatzes durch Darlehenszinsen von EUR 7,74 pro Tag und Rehabilitand (i. Vj. EUR 8,58).

Hinzu kommen unabwendbar hohe Fixkosten durch die Bewirtschaftung der denkmalgeschützten Gebäudestruktur. Nachhaltig wirken sich diese unabwendbaren Belastungen ungünstig auf den Wettbewerb mit anderen Anbietern aus, deren Betriebskosten geringer sind, was bei der ohnehin größeren Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Im Jahr 2009 erfolgte der langfristig geplante und vorbereitete Geschäftsführerwechsel.

Basis der Arbeit im Geschäftsjahr stellte das Strategiepapier „RehaFutur“ dar. Die größte Chance des Konzeptes liegt in der Idee der Vernetzung und der damit gegebenen Möglichkeit zur Gestaltung einer flexiblen Angebotsstruktur für Rehabilitationsprozesse, die eng mit dem Integrationsprozess verzahnt sind. Nicht nur bei bestandssichernden Langzeitmaßnahmen sondern bei deren Verknüpfung mit individuellen, flexiblen, möglichst wohnortnahen Angeboten liegt die Zukunft. Ausgehend von der Zielstellung, mit Angeboten „Rund um das Sehen“ Belegungszuwächse zu erreichen sowie die speziellen Kompetenzen der Mitarbeiter und der Ausstattung des BFW Halle als Spezialeinrichtung für Blinde und Sehbehinderte effektiv zu nutzen, wurde die geschäftliche Tätigkeit den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Für die nachhaltige Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist eine teilnehmerbezogene Individualisierung und Flexibilisierung des Rehabilitationsprozesses im Rahmen des "Neuen Reha-Modells" notwendig. Hierfür bedurfte es entsprechender Anpassungen der Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen. Die veränderten Organisationsstrukturen schlagen sich im Organigramm nieder.

Die Strategie, neue Angebote „Rund um das Sehen“ zu entwickeln, erfordert die Erschließung neuer Kundengruppen und eine konzentrierte und auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit.

Mit der seit Juli 2009 aufgestellten Abteilung Reha- und Integrationsmanagement (RIM), Marketing/Vertrieb und einer Marketingstrategie, die das Ziel verfolgt, die Bedarfe der Kunden aufzunehmen, diese Erkenntnisse aus Marketing und Vertrieb direkt auf laufende Prozesse anzuwenden, um Angebote des BFW Halle anzupassen, neue Angebote „Rund um das Sehen“ zu entwickeln und damit eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer als unverzichtbare Grundlage für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen, stellt sich das BFW Halle den neuen Herausforderungen der beruflichen Rehabilitation blinder und sehbehinderter Menschen.

Diese Abteilung steuert, koordiniert und unterstützt den gesamten Reha-Prozess von der Aufnahme des blinden bzw. sehbehinderten Menschen bis hin zur Integration in Arbeit und Beschäftigung. Dies geschieht in Abstimmung mit dem Rehabilitationsträger und unter größtmöglicher Beteiligung des blinden bzw. sehbehinderten Menschen selbst. Gleichzeitig ist es notwendig, die Kundenkontakte zu systematisieren und auszubauen sowie das BFW Halle mit seinem Leistungsspektrum zu vermarkten.

Neben der Erstellung einer Angebotsmappe zu den einzelnen Maßnahmeangeboten wurden Flyer für die aktuellen Angebote zielgruppenspezifisch entwickelt. Die von einem betrieblichen Redakteurteam betreute Website des BFW Halle wurde ständig aktualisiert und die Pressearbeit in eigener Verantwortlichkeit realisiert. So wurde eine für zukünftige Pressekontakte konzipierte Pressemappe entwickelt, die ständig aktualisiert wird und eine wichtige Basis für die zukünftige Öffentlichkeitsarbeit bildet. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Aktivitäten, in denen wir unsere Strategie „Rund um das Sehen“ deutlich machen konnten.

Auf folgende Aktivitäten sei an dieser Stelle besonders hingewiesen:

- Veranstaltung anlässlich des Geschäftsführerwechsels
- Tag der offenen Tür mit Forum zum Thema Brailleschrift anlässlich des 200. Geburtstages von Louis Braille
- Weiterbildungsveranstaltungen im BFW Halle für:
 - Rehafachberater der DRV Mitteldeutschland
 - Rehafachberater der DRV Bund
 - Technische Berater der Integrationsämter und Arbeitsagenturen
- Informationsveranstaltung für Mitarbeiter der ARGE Halle (u. a. Arbeitgeberservice)
- Fortbildung der mitteldeutschen Augenärzte
- Durchführung einer ophthalmologisch-neurologischen Fortbildungsveranstaltung
- Besuch der Mitarbeiter des Landesbildungszentrum (LBZ) Weimar im BFW Halle
- Besuch der Delegation der Föderation der Behinderten Zhejiang Provinz China
- Arbeitsbesuch des Geschäftsführers der Berufsgenossenschaft Knappschaft-Bahn-See (KBS) im BFW Halle
- Eröffnung der Geschäftsstelle in Berlin im Rahmen der Woche des Sehens
- Arbeitsbesuch des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit
- Schulungsveranstaltungen für Redakteure des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e.V. (DBSV)
- Klinisches Praktikum der FH Jena im BFW Halle
- Arbeitsbesuch bei der Präsidentin des DBSV
- Arbeitsbesuch bei dem Landesvorsitzenden des Blinden- und Sehbehindertenverbandes e.V. Thüringen (BSVT)

Maßgebliche Effekte für die Öffentlichkeitsarbeit erzielten auch im Jahr 2009 die zahlreichen nationalen und internationalen Projekte, Arbeitsgruppen und Tagungen, bei denen Mitarbeiter und Rehabilitanden des BFW tätig waren. Besonders hervorzuheben sind dabei die Aktivitäten des Assessmentbereiches bei Augenärztetagungen und Low-Vision-Veranstaltungen mit Verbänden und Universitäten.

Eine große Resonanz fanden ebenfalls die Projekte „Sensorische Welt“, „e-Vision 55plus“ sowie „KnowProVip“. Die beiden letzteren Projekte konnten 2009 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Projekt „Sensorische Welt“, gefördert durch die DRV MD, wird auch im Jahr 2010 einen wichtigen Baustein im Rahmen der Abteilung RIM, Marketing/Vertrieb bilden. Es entwickelte sich zunehmend zu einer hoch frequentierten Anlauf- und Beratungsstelle rund um das Thema „Rund um das Sehen“ und reift zu einem stetig wachsenden Netzwerk zwischen Fachleuten und Ratsuchenden heran.

Der Ausbau des Reha-Assessment mit den Möglichkeiten, erweiterte Angebote (ambulant, präventiv, individuell) realisieren zu können, spielte in der Abteilung Reha-Assessment eine zentrale Rolle. Alle Entwicklungsprozesse sind jedoch nur unter großen Kraftanstrengungen der beteiligten Mitarbeiter, die in erster Linie ihren Arbeitsauftrag bei der beruflichen Rehabilitation der Teilnehmer zu erfüllen haben, zusätzlich zu erbringen.

Die wohnortnahen Beratungsangebote für blinde und sehbehinderte Menschen in Mitteldeutschland, Berlin-Brandenburg und Niedersachsen haben sich weiter etabliert und wurden 2009 bedarfsgerecht angepasst und ausgebaut. In Berlin und Umland galt es, den Wirkungs- und Einflusskreis des BFW Halle, das bereits seit 2002 regelmäßig Beratungen vorhält, auf der Basis eines fundierten Konzeptes zu erweitern. Am 8. Oktober 2009 wurde im Rahmen der Woche des Sehens die Geschäftsstelle Berlin in den Räumen des BFW Berlin-Brandenburg eröffnet. Die Zusammenarbeit mit dem BFW Berlin-Brandenburg gestaltet sich auf der Grundlage einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung. Vertreter der Rehabilitationsträger konnten sich von den mit modernster Technik ausgestatteten Schulungsräumen sowie von der Kompetenz der beiden neueingestellten Mitarbeiterinnen überzeugen. Durch diese erweiterten Aktivitäten gelang es dem BFW Halle, nicht nur neue Einflussosphären zu erschließen, sondern auch alte zu bewahren.

Die ersten Maßnahmen laufen seit dem 2. November 2009. Die Ergebnisse gestalteten sich im Jahr 2009 positiver als im Konzept ausgewiesen. Neben Berlin galt es besonders Thüringen als Standort zu festigen. So werden seit Juli 2009 Beratungstage in der Augenklinik Masserberg angeboten. Im Rahmen der Festveranstaltung „60 Jahre Augeneilstätte Masserberg“, die zur Festigung der Kontakte nach Thüringen genutzt wurde, wurde das BFW Halle als fester Kooperationspartner der Augenklinik vorgestellt.

Im Bereich der Einzelmaßnahmen hat sich die Belegung weiter erhöht. Ca. 70 Tage von insgesamt 631 Schultagungen wurden ambulant geleistet. Hinzu kommen 544 Erprobungstage (Bildschirm, Braille) im Rahmen des Reha-Assessment, bei denen die Erprobungen mit 136 Personen durchgeführt wurden.

Dienstberatungen der Rentenversicherungsträger mit praxisbezogenen Schulungen durch Spezialisten des BFW Halle, Hospitationen in den fachrelevanten Abteilungen (elektronische Hilfsmittel; Assessment, sensorische Welt etc.), die im Vorjahr begonnen wurden, haben viel zum Entscheidungsverhalten der Mitarbeiter der DRV bei der Bearbeitung von Fällen blinder und sehbehinderter Versicherter beigetragen.

Für eine Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen ist das Spektrum der Qualifizierungsmöglichkeiten eingeschränkt. Deshalb ist die permanente Ermittlung, Aufarbeitung und Umsetzung von Ansätzen zur Realisierung beruflicher Integration über entsprechende Qualifizierung auch im Berichtsjahr unverzichtbares strategisches Mittel im BFW Halle. Aus diesem Grund beteiligt sich das BFW Halle seit Mai 2009 an dem Projekt „Medizinische Tastuntersucherin (MTU)“, das gemeinsam mit fünf weiteren Einrichtungen durchgeführt und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird. Hintergrund ist die deutschlandweite und dauerhafte Erschließung eines neuen Tätigkeitsfeldes für blinde Frauen. Eine blinde Mitarbeiterin wurde befristet für dieses Projekt eingestellt.

Die hohe Spezialisierung unserer Qualifizierungsmethoden führt dazu, dass auch bei geringerer Kapazität eines Lehrganges die jeweils beteiligten Fachkräfte des Leistungsbereiches vorgehalten werden müssen. Eine Zusammenlegung von Lehrgangsgruppen ist auf Grund der ganz unterschiedlichen visuellen Voraussetzungen und des dadurch bedingten Hilfsmiteileinsatzes nur bedingt möglich.

Hinzu kommt ein wachsender Druck durch die im Konsolidierungskonzept vereinbarte Nichtbesetzung der durch ATZ frei werdenden Stellen. Die jeweiligen Arbeitsaufgaben (z. B. Unterrichtsverpflichtungen) wurden auf die anderen Mitarbeiter verteilt bzw. durch organisatorische Veränderungen umstrukturiert.

Das führt bei Mitarbeitern und Rehabilitanden zunehmend zu einer kritischen Distanz. Gelegentlich geäußerte Vermutungen, dass die personellen Einschränkungen zu einer nachlassenden Qualität in der Erbringung der Qualifizierungsleistung und somit zu Beschwerden der Rehabilitanden führen würden, haben sich nicht bestätigt.

Die zunehmende Individualisierung der beruflichen Rehabilitation führt zu einem zusätzlichen Bedarf an Honorarmitteln. Bei Belegungsspitzen im Bereich Qualifizierung und um lange Wartezeiten im Bereich Reha-Assessment abzubauen, wurden nach intensiver Analyse der betriebswirtschaftlichen Prognosen ebenfalls befristet Honorarkräfte eingesetzt.

Dass das Jahr 2009 erfolgreich abgeschlossen wird, ist also dem Engagement aller Mitarbeiter, der sparsamen Verwendung der Mittel und der Wirksamkeit bereits im Vorjahr angeschobener strategischer Entwicklungen zu verdanken.

Zwei Mitarbeiter gingen 2009 in die Passivphase der Alterszeit. Der Mitarbeiterbestand betrug 2009 bei den Angestellten 71 (i. Vj. 67), bei den gewerblichen Arbeitnehmern sechs (i. Vj. acht). Drei Zivildienstleistende unterstützten die Stammbesetzung. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 23,62 %. Zehn Mitarbeiter befinden sich in Altersteilzeit. Der Umbau der Organisationsstruktur erfolgte im Jahr 2009 kostenneutral.

Auf der Basis der „gemeinsamen Empfehlung Qualitätssicherung“ der Rehabilitationsträger wurde das Qualitätsmanagementsystem des BFW Halle auch im Jahr 2009 weiter entwickelt. Alle Qualitätsunterlagen sind im Intranet verfügbar.

Am 9. Februar 2009 erbrachte das BFW Halle im Rahmen eines Überwachungsaudits erneut den Nachweis, dass es ein Managementsystem entsprechend der Normgrundlage ISO 9001:2000 weiterhin aufrecht erhält und die Forderungen dieser Norm erfüllt werden. Gleichzeitig wurde dem BFW die Zertifizierung nach den Anforderungen des § 84 SGB III / §§ 7-8 AZWV erneut bescheinigt.

Die Arbeitsgruppe Qualität hat ihre Arbeit weiter qualifiziert und war auch 2009 wieder ein wichtiges Instrument in der Qualitätspolitik. Es wurden fünf interne Audits durchgeführt und ausgewertet. Verbesserungsmaßnahmen wurden eingeleitet, mit der Geschäftsleitung besprochen und entsprechende Verfahrensanweisungen freigegeben. Es gelang, die Qualitätsbelange als wichtiges Kriterium für die Bewertung der eigenen Arbeit für alle Mitarbeiter zu installieren.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist wie im Vorjahr im Geschäftsjahr 2009 dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgt im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich um TEUR 490 vermindert. Auf der Aktivseite ist diese Verminderung insbesondere auf das um TEUR 247 gesunkene Anlagevermögen zurückzuführen, wobei den Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 507 Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 752 gegenüberstehen.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus den gesunkenen Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sowie den um TEUR 216 gesunkenen Sonderposten aus Zuwendungen. Die Investitionsdarlehen sind auf Grund der planmäßigen Tilgung um TEUR 534 gesunken.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich um den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 222 erhöht. Der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sinkt in Höhe des Wegfalls der Zweckbindung (jährliche Abschreibung des geförderten Teils) um TEUR 216.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2009 TEUR 12.243, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 51,0 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle weiterhin durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

Finanzlage

Die Finanzlage ist 2009 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 912 (i. Vj. TEUR 185) gekennzeichnet. Die Gesellschaft verfügt damit über eine gute Liquiditätsausstattung. Der Finanzmittelfonds ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 142 gesunken.

Ertragslage

Die Ertragslage des BFW stellt sich anhand einer betriebswirtschaftlichen Analyse wie folgt dar:

	2009		Vorjahr		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	5.800	90,7	5.396	84,4	404
Andere Erträge	596	9,3	529	8,3	67
Betriebsleistung	6.396	100,0	5.925	92,7	471
Materialaufwand	848	13,3	813	13,7	35
Personalaufwand	3.663	57,3	3.654	57,1	9
Abschreibungen	767	12,0	714	11,3	53
Erfolgsunabhängige Steuern	3	0,0	3	0,0	0
Andere Aufwendungen	752	11,8	675	10,6	77
Betriebsaufwand	6.033	94,4	5.859	92,7	174
Betriebsergebnis	363	5,6	66	0,0	297
Finanzerträge	202	3,2	271	4,2	-69
Finanzaufwendungen	343	5,4	359	5,6	-16
Finanzergebnis	-141	-2,2	-88	-1,4	-53
Jahresergebnis	222	3,4	-22	-1,4	244

Da die periodenfremden Erträge und Aufwendungen für die Beurteilung der Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind, werden sie nicht gesondert dargestellt.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 404 resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der durchschnittlichen Belegung von 116 auf 123 Rehabilitanden zum Kostensatz der vorbereitenden- und Hauptmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 44.283 Abrechnungstagen ca. 5,9 % mehr Maßnahmetage gegenüber dem Vorjahr (41.811 Abrechnungstage) an.

Die Tageskostensätze für die vorbereitenden- und Hauptmaßnahmen, Anpassungsmaßnahmen und den Internatszuschlag stiegen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 %, und betrugen für die berufliche Rehabilitation EUR 88,21, Internatszuschlag EUR 29,44.

Mit den Sondermaßnahmen der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland, die der Berufsorientierung und Integration von nicht blinden und sehbehinderten Menschen dienen, wurden zusätzliche Erlöse von TEUR 104 (i. Vj. TEUR 135) erzielt. Die anderen Erträge blieben 2009 nahezu konstant. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug im Jahr 2009 TEUR 216 (i. Vj. TEUR 217).

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind um TEUR 174 gestiegen. Die Ursachen hierfür liegen im Aufbau der Geschäftsstelle Berlin sowie der überdurchschnittlichen Belegung im Assessmentbereich.

Die negative Entwicklung des Finanzergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 53 resultiert aus der gegenwärtig niedrigen Zinslage.

Finanzinstrumente

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen die Wertpapiere des Anlagevermögens, die kurzfristigen Forderungen, liquiden Mittel sowie die Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger dar. Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht genutzt. Das Bonitäts- oder Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und dadurch Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt die Anlage nahezu vorwiegend im eigenen Währungsraum, so dass kein Währungsrisiko besteht. Ein Zinsrisiko - d. h. mögliche Wertschwankungen eines Finanzinstrumentes auf Grund von Bewegungen des Marktzinssatzes - liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, jedoch bei den Wertpapieren des Anlagevermögens und der Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind sowohl variabel verzinslich als auch fest verzinslich angelegt. Ein Zinsänderungsrisiko besteht somit nur bei den festverzinslich angelegten Wertpapieren. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind feste Verzinsungen vereinbart.

3. Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

In der Auslastung und Anmeldestatistik des Jahres 2010 zeichnet sich eine weitere Stabilisierung der Belegung ab. Die der Planung für das Jahr 2010 zu Grunde liegende durchschnittliche Belegung von 120 Rehabilitanden ist auf der Basis der Anmeldezahlen sowie der gegenwärtigen Belegungssituation realistisch, allerdings nur mit Unterstützung aller Rehabilitationsträger realisierbar.

Der Preis, die Dauer der Maßnahmen, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die hohen Ansprüche an die Individualität der Bildungsmaßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Unverändert besteht auch für das kommende Geschäftsjahr ein gewisser Widerspruch, der sich aus der Notwendigkeit, verstärkt individuell zugeschnittene Maßnahmen zu realisieren und dem durch die geringe Teilnehmerzahl entstehenden Verlust mit Einsparungen im Bereich der Personalkosten entgegen zu treten, ergibt. Im Bereich der Abteilung Qualifizierung kann dieser Einsparbedarf zunehmend zu Qualitätsverlusten und überdurchschnittlichen Belastungen bestimmter Mitarbeitergruppen führen.

Insgesamt bedeutet dies, die Mitarbeiter des BFW Halle auf die Arbeit mit veränderten Teamstrukturen, Steuerungsinstrumenten, übergreifenden Strukturen und modularen Qualifizierungskomplexen vorzubereiten. Der damit verbundene Personalentwicklungsprozess wird sich über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren erstrecken. Erforderlich ist die Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes in ein mittelfristiges Entwicklungskonzept, die ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept einschließt.

Eine Erhöhung der Kostensätze birgt dagegen eine zunehmende Verschlechterung der Wettbewerbssituation in sich, da die im Wettbewerb befindlichen Spezialeinrichtungen nicht die erhöhten Kosten für die denkmalgeschützten Baulichkeiten wie das BFW Halle tragen müssen, was dazu geführt hat, dass Halle seit Jahren die höchsten Tageskostensätze ausweist.

Im Jahr 2009 konnte als Ergebnis der Preisverhandlungen der Rehabilitationsträger mit dem BFW Halle eine Steigerung der Preise um 2,0 % bei den Arbeitserprobungen, vorbereitenden- und Anpassungsmaßnahmen, Spezialmaßnahmen und dem Internatszuschlag die im Jahr 2010 beginnen, erzielt werden. Bei den Hauptmaßnahmen der beruflichen Rehabilitation konnte eine Preissteigerung von 2,5 % ausgehandelt werden.

Tageskostensätze	2010	2009
	EUR/Tag	EUR/Tag
Berufliche Rehabilitation	90,41	88,21
Anpassungsmaßnahmen	89,97	88,21
Spezialmaßnahmen	426,57	418,21
Eignungsabklärung/Arbeitserprobung	121,76	119,38
Internatszuschlag	30,02	29,44

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für eine Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen im Sinne einer ganzheitlichen, einzelfallorientierten, effizienten Vorsorge und Rehabilitation „Rund um das Sehen“ unerlässlich. Gleichzeitig ermöglicht sie, Strukturen zu entwickeln und Strategien zu arbeiten, die darauf zielen, Prozessabläufe zu optimieren, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung der Reha-Angebote setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein.

Anliegen des BFW Halle wird es auch weiterhin sein, die erfolgreiche Unternehmenspolitik der vergangenen Jahre fortzusetzen und das Unternehmen in den kommenden Jahren weiter als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken künftig eine noch stärkere Bedeutung zu. Die Gesellschaft hat deshalb festgelegt, die Belegungsgröße von durchschnittlich 120 Teilnehmern für das Geschäftsjahr 2010 als Basis einzusetzen. Aus der derzeitigen Sicht erwarten wir eine durchschnittliche Belegung von 121 bis 125 Rehabilitanden. Der Wirtschaftsplan für 2010 sieht Umsatzerlöse von TEUR 6.120 und ein Jahresergebnis von TEUR -25 vor.

Darüber hinaus wird weiter intensiv an einer Erweiterung der Angebotspalette gearbeitet. Netzwerke werden zukünftig hierbei eine größere Rolle als bisher spielen. Ein Schwerpunkt im kommenden Jahr wird die Intensivierung der Schnittstelle zur medizinischen Rehabilitation darstellen. Eine bessere Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt wird angestrebt, die Veränderungen in der Arbeitswelt müssen wahrgenommen und die Angebote entsprechend angepasst werden. Die Marketingstrategie muss fortgeschrieben, die Vertriebsstrukturen weiterentwickelt werden. Auf diese Weise lassen sich neue Kundengruppen und neue Finanzierungsquellen erschließen.

Die zielgerichtete Auswahl der ambulanten Beratungen an verschiedenen Standorten in Mitteldeutschland sowie die Etablierung der Geschäftsstelle in Berlin unterstützen diese Tendenz.

Unverändert bleibt die Gesellschaft in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Veränderungen in der Sozialgesetzgebung.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hibiskusweg 15
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung: van Rissenbeck, Goswin

Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
		Dr. Diaby, Karamba	(seit 26.08.2009)
		Hildebrandt, Roland	(seit 26.08.2009)
		Ilse, Dorothea	(bis 26.08.2009)
		Krause, Johannes	(bis 26.08.2009)
		Nagel, Elisabeth	(bis 26.08.2009)
		Nowotny, Andreas	(bis 26.08.2009)
		Raab, Katja	(seit 26.08.2009)
		Schmeil, Birgit	
		Trömel, René	(seit 26.08.2009)

** Ein festgestellter Jahresabschluss 2009 lag zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor. Die angegebenen Daten beziehen sich auf den 31.12.2008.

	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€
Betriebsausschuss	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2008		2007	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	11	0	11	0
Umlaufvermögen	3.660	100	3.190	99
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	6	0

Bilanzsumme

3.676	100	3.206	100

Passiva

	T€	%	T€	%
Eigenkapital	37	1	131	4
Sonderposten für Investitionszulagen	5	0	7	0
Rückstellungen	312	8	354	11
Verbindlichkeiten	3.322	90	2.715	85

Bilanzsumme

3.676	100	3.206	100

bb) GuV

	2008	2007
	T€	T€
Umsatzerlöse	5.426	6.492
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	799	-1.206
sonstige betriebliche Erträge	719	731
Materialaufwand	1.072	1.826
Personalaufwand	5.733	4.002
Abschreibungen	3	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	139	157
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	0
sonstige Steuern	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	3	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	13	14	T€
Personalaufwandsquote:	82,56	66,51	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,24	0,34	%
Eigenkapitalquote:	1,01	4,07	%
Fremdkapitalquote:	98,99	95,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Entgelt	57,00	55,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung	13,00	22,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	37,00	136,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr auch, im Jahr 2008 erfüllen.

Seit dem Februar 2008 ist der Beigeordnete für Wirtschaft und Arbeit, Herr Wolfram Neumann, Vorsitzender des Betriebsausschusses.

Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Juli 2008 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR geprüft.

Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2007 wurde am 28.01.2009 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung die Entlastung erteilt.

Die Zusammenarbeit mit der ARGE SGB II Halle GmbH (ARGE) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung der ARGE und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte.

Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung der ARGE und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2008 bis ins Jahr 2009 hinein auch geprägt von der Umstrukturierung der Stadtverwaltung. Gemeinsam mussten Schnittstellen formuliert und definiert werden. Vor dem Hintergrund der Zuordnung des EfA und der ARGE zum Dezernat Wirtschaft und Arbeit und der Zuordnung des Sozialamtes zum Dezernat Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung wurden ab 2007 ein regelmäßiger Arbeits- und Erfahrungsaustausch zwischen EfA, ARGE und Sozialamt auf Leitungsebene eingerichtet.

Das Rahmenprogramm zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen auf lokaler Ebene mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds - Kommunales Rahmenprogramm - wurde bis Juni 2007 weitergeführt und dann mit einem hohen Aufwand abgeschlossen.

Im September 2007 wurde dem Betriebsleiter durch das Landesverwaltungsamt mitgeteilt, dass alle 374 Maßnahmen bei 95 Trägern mit 2423 Arbeitnehmern (davon 1008 Frauen) und einem Gesamtvolumen von 13,6 Mio. € aus den Jahren 2005 bis 2007 einer Tiefenprüfung unterzogen werden müssen. Dieser Prüfaufwand hat bis zum Juni 2008 vielfältige personelle Kapazitäten gebunden und einen Mehrstundenaufwand verursacht, der bis ins laufende Geschäftsjahr hinein Auswirkungen hatte.

Zur Realisierung dieser Aufgabe wurde befristet zusätzliches Personal eingestellt und mit dem Personalrat des Eigenbetriebes angewiesene Überstunden vereinbart.

Da der Verwendungsnachweis bis Juni 2008 auch vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt zu prüfen war, wurde in enger Zusammenarbeit ein Prüfverfahren aus Kontrolle sämtlicher Originalbelege und Vorortprüfungen umgesetzt. Dieses Prüfverfahren hat den Eigenbetrieb im Jahr 2008 mit ca. 80.000 € belastet. Darüber hinaus hat diese personelle Mehrbelastung Auswirkungen auf den Krankenstand gezeigt.

Da sämtliche Prüfergebnisse Einfluss auf den Jahresabschluss 2007 hatten, konnte dessen Erstellung nur parallel bzw. im Anschluss erfolgen, so dass er erst zum 28.01.2009 dem Stadtrat vorgelegt werden konnte.

Im Rahmen dieses Prüfverfahrens und in Auswertung der Bemerkungen zu den Jahresabschlüssen der Vorjahre wurde parallel, in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt, ein Internes Controlling System (IKS) nach dem 4-Augen-Prinzip eingeführt. Dieses IKS ist im Jahr 2008 auf ein 6-Augen-Prinzip erweitert worden und ist um ein EDV-Controlling ergänzt worden. Mit den geschaffenen Arbeitsbereichen Eigene Maßnahmen, Maßnahmen mit und für Dritte und Finanzen ist der EfA so strukturiert, dass er jederzeit kommende oder zusätzliche Aufgaben ohne Gefährdung der Bestehenden übernehmen kann.

Das Rahmenprogramm zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen auf lokaler Ebene wurde ab dem November 2007 im Wesentlichen durch drei neue Förderinstrumente abgelöst.

- November 2007: Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung des Bundes nach § 16 a SGB II für Langzeitarbeitslose mit zwei weiteren Erwerbshemmnissen (24 Monate).
- April 2008: „Aktiv in Rente“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 Monate)

- August 2008: „Kommunal-Kombi“ - Tarifgebundenes Förderprogramm des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt für Langzeitarbeitslose mit einer um 100 € erhöhten Förderung für Arbeitnehmer Ü 50. (36 Monate).

Der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung konnte im Jahr 2008 seine Aufgaben kontinuierlich erfüllen. Folgende Förderinstrumente wurden dabei eingesetzt:

ABM	254 Arbeitnehmer
Entgelt	77 Arbeitnehmer
Mehraufwand	149 Arbeitnehmer
Kommunal-Kombi	34 Arbeitnehmer
16 a SGB II	10 Arbeitnehmer
Gesamt:	524 Arbeitnehmer =====

Auf Beschluss des Stadtrates vom 30.01.2008 wurde dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Geschäftsjahr 2008 mit einer Planung von Ø 500 Arbeitnehmern in eigenen Maßnahmen ein Zuschuss der Stadt in Höhe von 2.163.000 EURO bewilligt.

Darüber hinaus wurden mit diesen Mitteln 576 Maßnahmeteilnehmer bei Dritten kofinanziert.

Da in AB-, Entgelt- und Mehraufwandsmaßnahmen die Teilnehmer durchschnittlich 8 Monate beschäftigt werden, konnte der EfA 734 Arbeitnehmer in Maßnahmen beschäftigen.

Es konnten also mit den Mitteln 1.310 Leistungsempfänger in Arbeit gebracht werden.

Im Oktober 2008 wurde in den Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung, durch die Bundesanstalt für Arbeit, eine unangemeldete Sonderprüfung durchgeführt. Diese Prüfung hat keinen Anlass zur Beanstandung gegeben.

Zur Durchführung der Projekte wurden folgende Mittel eingesetzt:

	<u>EURO</u>
Zuschüsse der Stadt	2.163.000
Mittel des Bundes	54.700
Mittel des Landes	235.285
Mittel der ARGE SGB II Halle GmbH	4.244.696

Damit beteiligt sich die Stadt Halle mit 32 % an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
TEUR			
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	105,6	12,0
<u>Jahresgewinn/ -verlust</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>	<u>93,6</u>
	37,0	130,6	130,6

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2007	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	2008
TEUR					
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	13,8	13,8	0,0	11,3	11,3
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	95,0	0,1	20,9	25,3	99,3
Sonstige Rückstellungen	245,5	84,9	33,8	74,1	200,9
	354,3	98,8	54,7	110,7	311,5

2.3. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2008	2007
TEUR	TEUR	TEUR
a Zuschüsse ARGE	3.666,6	2.912,6
b Zuschüsse Land / ESF	105,7	1.914,9
c Zuschüsse Stadt	1.653,2	1.664,8
d Sonstige betriebliche Erträge	717,5	729,6
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	1,3	1,3
	6.144,3	7.223,2

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2008	2007
TEUR	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	4.777,5	3.329,0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	955,1	673,0
- davon für die Altersversorgung	52,3	41,7
	5.732,6	4.002,0

3. Aufgaben und Entwicklung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2009

Auch im Jahr 2009 hat der Eigenbetrieb den Auftrag des Stadtrates, Beschäftigungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II zu beantragen oder zu bearbeiten und durchzuführen.

Es sollen Maßnahmen sein, bei denen die Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag mit dem EfA oder anderen Arbeitgebern abschließen und damit aus dem passiven Leistungsbezug von „Arbeitslosengeld II“ und „Kosten der Unterkunft“ ausscheiden. Dabei erzielte Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft entlasten den kommunalen Haushalt. Allerdings werden bei den Berechnungsmodalitäten des SGB II zunächst die Leistungen nach dem „Arbeitslosengeld II“, also die Mittel des Bundes und dann erst die Mittel der Kommune in den Leistungen für die „Kosten der Unterkunft“ entlastet. Hier muss es zu einer besseren Verteilungsgerechtigkeit kommen, z.B. durch eine jeweilig anteilige Entlastung. Dieser Forderung ist vor allem vor dem Aspekt steigender kommunaler Anteile an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Nachdruck zu verleihen.

Neben den bereits dargestellten Effekten zur Reduzierung der kommunalen Kosten im Leistungsbereich wird außerdem eine Wertschaffung für die Stadt durch die Projekte erzielt.

Auch unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand, die im kommunalen Haushalt nicht zu Effekten führen, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt und zur Sicherung des so genannten „sozialen Friedens“ durchzuführen.

Da das Arbeitsmarktpolitische Programm im begonnenen Geschäftsjahr 2009 mehrfach verändert wurde und Ungewissheiten vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Rechtmäßigkeit der ARGEN existieren, sind Planungsgespräche mit der ARGE mit Blick auf das Jahr 2009 und 2010 bis zum heutigen Tag nicht von einem hohen Maß an Verlässlichkeit geprägt.

Seit Oktober 2008 wird das tarifgebundene Förderprogramm Kommunal-Kombi des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt umgesetzt. Hierbei hat der EfA für die Stadt Halle die Bewirtschaftung sowohl der kommunalen als auch der Landesmittel zu übernehmen.

Im Rahmen der Bewilligungsverfahren hat die Stadt Halle eine Bewilligung des Landes als Budget erhalten, das sie im Auftrag des Landes zu bewilligen bzw. bescheiden und abzurechnen hat. Da auch hier im Rahmen der Bundesmittel ESF-Mittel eingesetzt werden, ist die Verwendungsnachweisprüfung genauso aufwendig wie beim Kommunalen Rahmenprogramm. Im EfA wird diese Verwendungsnachweisprüfung schon ab dem Tag der Bewilligung durch die Stadt an den freien Träger so umgesetzt, dass mit Abschluss des Programms nur noch die letzten Monate zu prüfen sind. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz wird sich auch das Rechnungsprüfungsamt jetzt schon zu diesem Zeitpunkt beteiligen.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte erhält der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung 2009 einen Zuschuss der Stadt in Höhe von

2.243.000 EURO.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen der ARGE in Höhe von

4.331.000 EURO

im Wirtschaftsplan enthalten.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Stadion 5
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb
Stammkapital in T€: 0

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweck des Eigenbetriebes ist der Betrieb und die Bewirtschaftung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung: Kreisel, Jens

Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 08.01.2009)
	Vorsitzender	Kogge, Tobias	(seit 09.01.2009)
		Bartl, Harald	(bis 26.08.2009)
		Brock, Inés	(seit 26.08.2009)
		Haupt, Hanna	
		Haupt, Ute	
		Ilse, Dorothea	(bis 26.08.2009)
		Knöchel, Swen	(seit 26.08.2009)
		Kovacs, Gabriele	
		Scholtyssek, Andreas	(seit 26.08.2009)
		Schramm, Rudenz	(bis 26.08.2009)
		Thieme, Brigitte	(bis 26.08.2009)
		Weiß, Silvia	
		Wolff, Sabine	(seit 26.08.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
29.592	78	29.711	81	26.499	76	-119	-0
8.302	22	7.139	19	8.272	24	1.163	16
35	0	30	0	0	0	5	17

Bilanzsumme

37.929	100	36.879	100	34.771	100	1.049	3

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
19.883	52	19.370	53	19.320	56	514	3
6.134	16	4.710	13	3.806	11	1.425	30
5.150	14	5.426	15	6.118	18	-276	-5
6.676	18	7.169	19	5.271	15	-494	-7
85	0	205	1	257	1	-120	-58

Bilanzsumme

37.929	100	36.879	100	34.771	100	1.049	3

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
5.831	5.059	4.663
23.966	20.868	18.818
22.184	20.117	18.868
2.272	1.289	639
5.020	4.369	4.055
33	86	105
261	187	3
93	50	21
93	50	21
93	50	21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,59	0,99	0,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,47	0,26	0,11	%
Cash-Flow:	2.365	1.339	661	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	46	42	40	T€
Personalaufwandsquote:	74,45	77,59	80,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,94	80,52	76,17	%
Eigenkapitalquote:	52,42	52,52	55,56	%
Fremdkapitalquote:	47,58	47,48	44,44	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Betreuungsstunden	8.711.724,00	8.337.827,00	7.728.400,00	Std.
Betreuungskosten	3,26	3,11	2,97	€/Std.
davon Personalkosten	2,55	2,43	2,37	€/Std.
davon Sachkosten	0,71	0,69	0,60	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.007,00	4.900,00	4.594,00	Anzahl

e) Lagebericht

VORBEMERKUNGEN

Für die rund 5000 städtischen Kindertagesstättenplätze in Halle (Saale) trägt der Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 01.01.2006 die Verantwortung. Rund 632 Beschäftigte kümmern sich in den Kindertageseinrichtungen um die Bildung und Betreuung der Mädchen und Jungen im Alter von wenigen Monaten bis zum 14. Lebensjahr. Bereits im Februar 2002 beschloss der Stadtrat die Ausgründung der kommunalen Kindertagesstätten zunächst in der Rechtsform der gGmbH. Im April 2004 wurde dieser Beschluss auf Grund geänderter Rahmenbedingungen aufgehoben und in der gleichen Stadtratssitzung die Gründung eines Eigenbetriebes Kindertagesstätten mehrheitlich beschlossen. Im Dezember 2005 wurde der Eigenbetriebsleiter bestellt und der erste Wirtschaftsplan dem Stadtrat vorgelegt. Nunmehr können wir den dritten Geschäftsbericht vorlegen.

VORAUSSCHAUENDE AUSSAGEN

Dieser Lagebericht enthält unter Umständen zukunftsorientierte Aussagen. Diese beruhen auf unseren Ansichten und Annahmen, die ihrerseits auf verfügbaren Informationen basieren. Sämtliche im Lagebericht enthaltenen Aussagen, die keine vergangenheitsbezogenen Tatsachen darstellen, sind vorausschauende Aussagen. Diese zukunftsbezogenen Aussagen resultieren aus aktuellen Erwartungen sowie unseren darauf basierenden Annahmen, die wir unter anderem bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und branchenbezogenen Entwicklung, getroffen haben. Wörter wie „erwarten“, „glauben“, „rechnen mit“, „fortführen“, „schätzen“, „beabsichtigen“, „davon ausgehen“, „planen“, „sollen“, „sollten“, „können“, und „werden“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf den Lagebericht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten sollen solche vorausschauenden Aussagen kennzeichnen. Sämtliche vorausschauenden Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zum Zeitpunkt wieder zu dem sie getätigt wurden. Wir übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit vorausschauende Aussagen auf Grund von neuen Informationen, künftigen Ereignissen oder anderen Gründen zu aktualisieren oder zu korrigieren.

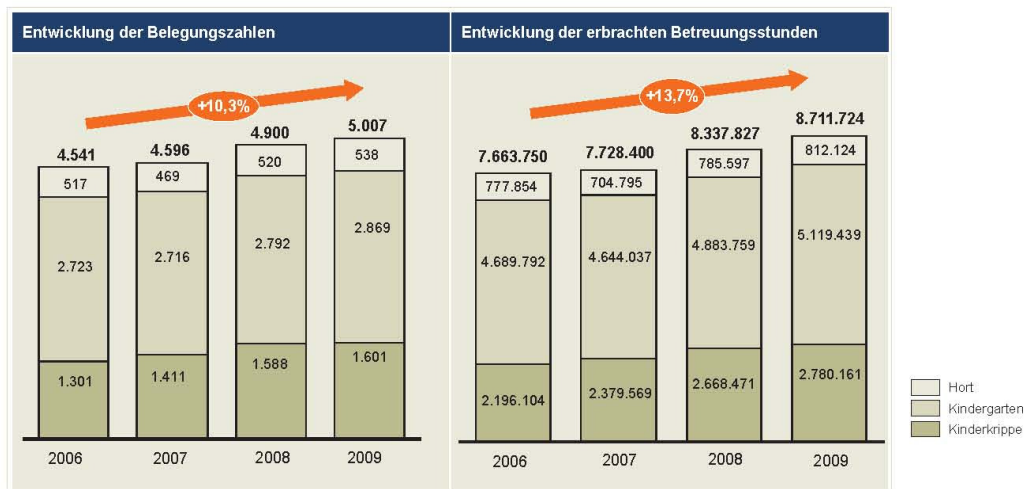
WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Geschäftsentwicklung

Im Berichtsjahr 2009 erhöhte sich die Bilanzsumme um 2,8 Prozent bzw. 1,0 Mio. EUR auf 37,9 Mio. EUR. Darüber hinaus steigerte der Eigenbetrieb sein Betriebsergebnis nach Risiko und Bewertung im Vergleich zum Jahr 2008 um 43 TEUR. Die Belegung der zur Verfügung stehenden Kindertagesstättenplätze ist auch im Berichtszeitraum weiterhin ansteigend. Allerdings innerhalb der einzelnen Produkte unterschiedlich stark im Vergleich zum Vorjahreszeitraum:



Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 10 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2 Prozentpunkte - absolut um 107 Plätze. Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten im Jahresdurchschnitt 2009 466 Kinder mehr. Bei den erbrachten Betreuungsstunden konnte der Eigenbetrieb im Berichtszeitraum eine Steigerung um 4,5 Prozent zum Vergleichszeitraum 2008 verzeichnen.

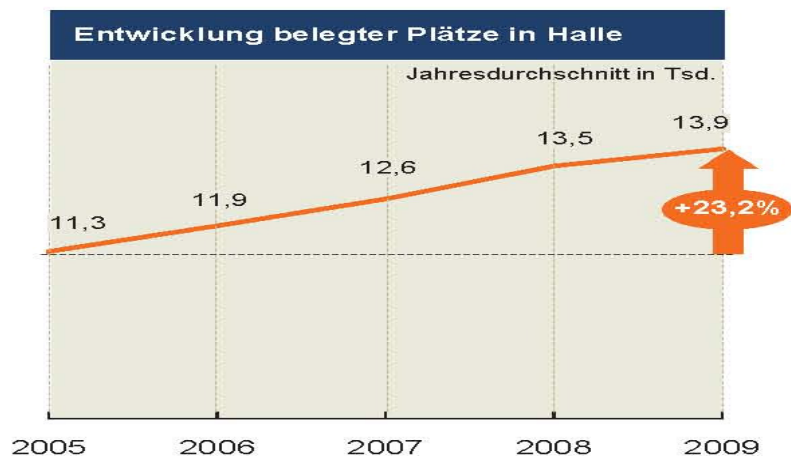


Weiterhin Positive Entwicklung

Das Elterngeld hat in anderen Ländern positiv dazu beigetragen, dass bei steigender Frauenerwerbsquote mehr Kinder geboren werden. Für das gesamte Bundesgebiet sind die Geburtenzahlen 2007 seit 10 Jahren das erste Mal wieder steigend.

In der Stadt Halle (Saale) vollzieht sich eine annähernd ähnliche Entwicklung: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Geburtenrate im Jahr 2009 um 3,2 Prozent. Gegenüber dem Gründungsjahr des Eigenbetriebes sogar um 9 Prozent. Parallel dazu verzeichnet die Stadt Halle (Saale) und der Eigenbetrieb ein verändertes Nutzungsverhalten, welches sich weiterhin positiv auf die Auslastung der Kindertageseinrichtungen auswirkt.

Im gesamten Stadtgebiet stiegen die Belegungszahlen gegenüber dem Jahr 2005 um 23 Prozent. Wurden im Jahr 2005 in Kindertageseinrichtungen 11.294 Kinder betreut, so waren es im Jahresmittel des Berichtsjahres 2009 bereits 13.912 Kinder.



Insbesondere für die Produktbereiche Kinderkrippe und Hort zieht die Nachfrage seit 2007 spürbar an. Diese verteilt sich auf die Stadtgebiete dabei sehr unterschiedlich. Bevorzugte Gebiete sind vor allem Innenstadtlagen und daran angrenzenden Stadtviertel.

In allen Produktbereichen (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort) stieg in den letzten Jahren darüber hinaus die Rate der Inanspruchnahme.



Voraussichtliche Entwicklung

Die Auslastung und die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes werden im Wirtschaftsjahr 2010 weiter ansteigen. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir gegenüber dem Berichtszeitraum die durchschnittliche Belegungszahl um weitere 140 Kinder steigern werden können. Diese Entwicklung führt zu Erlössteigerungen bei den platzbezogenen Zuschüssen. Der Planwert der Benutzungsgebühren wird im Wirtschaftsjahr 2010 voraussichtlich erreicht werden können. Parallel dazu prognostizieren wir Mehreinnahmen bei KJHG- Ermäßigungen. Hauptursache dafür ist, dass zunehmend Eltern Anspruch auf Ermäßigungen haben und dies geltend machen. Der dann eintretende Mechanismus sind sinkende Erlöse aus Benutzungsgebühren und steigende Erlöse aus Ermäßigungen. Diese Unter- /Überschreitungen werden sich unterjährig jedoch nicht abbilden, sondern erst im Rahmen von Nachforderungen nach Erstellung des Jahresabschlusses 2010. Gegenüber dem Berichtszeitraum 2008 verzeichnet der Eigenbetrieb Kindertagesstätten jedoch einen leicht ansteigenden Trend in der Quote der KJHG Ermäßigungen.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 632 eine Steigerung zum Vorjahr um absolut 19 Beschäftigte. Auch im Jahre 2009 wurden umfangreiche Aktivitäten zur Erhaltung und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Qualifikationen der Mitarbeiter fortgesetzt. Beispielhaft sind hier die Ausbildungen zur Kinderschutzfachkraft und zu Sprachstandsfeststellung zu nennen.

Chancen und Risiken

Die Kindertagesbetreuung in Deutschland steht vor gravierenden Umbrüchen. Die Herausforderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Professionalisierung und Akademisierung:**

Den Erkenntnissen der Hirnforschung zur Bedeutung der ersten Lernphase entsprechend steigen die Ansprüche an die Ausbildung von Erzieherinnen. Während die Ausbildung von Nachwuchskräften schrittweise an Hoch- bzw. Fachhochschulniveau herangeführt wird, bleibt das Problem der Weiterqualifizierung der bereits im Beruf stehenden Fachkräfte weitgehend ungelöst. Konventionelle Wege der Weiterbildung können angesichts des massiven Qualifizierungsbedarfs und der Größe des Berufsstands nicht ausreichen.

- **Versorgungsgrad:**

Die Angebotslage ist in vielen Randregionen geprägt von Überversorgung angesichts kontinuierlich zurückgehender Kinderzahlen einerseits und einem deutlichen Nachfrageüberhang insbesondere in guten Wohn- und zentrumsnahen Lagen andererseits.

- **Bildungsanspruch:**

In allen Bundesländern liegen seit einigen Jahren erstmals verbindliche Bildungspläne für Kitas vor, die Kindertagesstätten eindeutig als Bildungseinrichtungen begreifen. Erzieherinnen müssen ihr Selbstverständnis entsprechend ändern und sich primär als Lehrkräfte verstehen, sind aber zugleich auf diese Aufgabe nur unzureichend vorbereitet.

- **Qualität:**

Ähnlich wie im Gesundheitsbereich wird auch die Kindertagesbetreuung schrittweise von einem bisher kaum ausgeprägten Qualitätsbewusstsein durchdrungen, das alle relevanten Bereiche von Betreuung, Bildung und Erziehung umfasst. Eltern wählen Kitas immer stärker primär nach Qualitäts Gesichtspunkten aus.

- **Kommerzialisierung:**

Privatwirtschaftlich agierende Betreiber von Kindertagesstätten drängen in den Markt und verändern die Landschaft; diese Tendenz wird durch die Einbindung kommerzieller Kita-Träger in die öffentliche Finanzierung in den nächsten Jahren zusätzlich verstärkt. EU- und Bundes-Gesetzgebung werden zukünftig darauf ausgerichtet.

Bestehende Risiken werden mit folgenden Maßnahmen gemindert:

Dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist daran gelegen, Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen. Demzufolge ist das Risikomanagement integraler Bestandteil unserer Unternehmensführung. Es basiert auf einem systematischen, den gesamten Betrieb umfassenden Prozess der Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung. Ein dafür notwendiges Controlling wurde aufgebaut und etabliert. Auf diese Weise können wir ungünstige Entwicklungen frühzeitig erkennen und rasch gegensteuern.

EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	28	27,50
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	72	72,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterstützung und Pflege hilfsbedürftiger, alter und behinderter Personen insbesondere durch Zurverfügungstellung und Organisation von betreutem Wohnen und das Errichten lassen von Wohnraum, der für die zuvor genannten Zwecke tauglich ist.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterstützung und Pflege hilfsbedürftiger, alter und behinderter Personen insbesondere durch Zurverfügungstellung und Organisation von betreutem Wohnen und das Errichten lassen von Wohnraum, der für die zuvor genannten Zwecke tauglich ist. Der öffentliche Zweck ist daher in der Gesundheitsvorsorge zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

Aufsichtsrat: Vorsitzende
Szabados, Dagmar
Dr. Greuel, Mechthild
Dr. Schädlich, Michael
Schunke, Michael
Töpfer, Gernot

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
9.229	96	9.403	96	9.535	97	-174	-2
378	4	355	4	309	3	22	6
				0	0	0	

Bilanzsumme

9.607	100	9.758	100	9.844	100	-152	-2

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten für Investitionszulagen

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.439	25	2.382	24	2.344	24	57	2
109	1	112	1	114	1	-2	-2
53	1	46	0	28	0	7	15
7.004	73	7.218	74	7.358	75	-214	-3
1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

9.607	100	9.758	100	9.844	100	-152	-2

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
880	779	547
5	83	36
4	3	4
267	251	158
24	23	12
179	179	125
55	61	69
1	2	5
307	315	252
57	38	-26
		-12
57	38	-13
57	38	-13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,50	4,84	-2,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,40	1,61	-0,56	%
Cash-Flow:	236	216	112	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	2,70	2,63	2,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,07	96,36	96,86	%
Eigenkapitalquote:	25,39	24,41	23,81	%
Fremdkapitalquote:	74,61	75,59	76,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Stand der Vermietung	99,90	99,58	99,30	%
Wohnungsbestand	141,00	141,00	141,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Gesellschaft verwaltet und vermietet seit 2004 errichtete bzw. sanierte altengerechte und behindertenfreundliche Wohnungen an verschiedenen Standorten in der südlichen Innenstadt von Halle (Saale).

In dem Wohnungsbestand der Gesellschaft befinden sich 141 Wohnungen. Davon werden fünf Wohnungen in der Gustav-Hertzberg-Straße als Gewerberäume vermietet. Dieser Bestand blieb auch im Jahr 2009 unverändert.

Die Wohnungen waren durchschnittlich über das Jahr 2009 zu 99,9 % vermietet.

2. Tätigkeit der Gesellschaft

Im Jahr 2009 wurde die Tätigkeit der Gesellschaft nicht durch die Erweiterung des Wohnungsbestandes geprägt, sondern durch die Verbesserung der Serviceleistungen für die Mieter. Die Sicherung eines kontinuierlichen hohen Vermietungsgrad stand im Mittelpunkt der Tätigkeit.

In Kooperation mit der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurden die sozialen Angebote für die Mieter kontinuierlich erweitert. Im Jahr 2008 wurde zu diesem Zweck in der Ernst-Eckstein-Straße ein arbeitstäglich besetztes Büro eingerichtet. Die Mieter können sich mit ihren Problemen und Fragen an eine Mitarbeiterin des Bereichs Vermietung wenden.

Die für diverse Anfragen, wie Aufträge, Reparaturwünsche oder Serviceangebote, eingerichtete und ständig besetzte Service-Hotline hat sich über die Jahre bewährt.

3. Geschäftsverlauf und finanzielle Situation der Gesellschaft

Zum 31.12.2009 verfügte die ewia GmbH über ein Eigenkapital in Höhe von TEUR 2.439. Die Eigenkapitalquote beträgt 25,4%.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresüberschuss von TEUR 57.

Das Ergebnis hat sich damit gegenüber dem des Vorjahres (Gewinn von TEUR 38) deutlich verbessert. Das Ergebnis wurde wesentlich dadurch beeinflusst, dass der Wohnungsbestand kontinuierlich mit einem sehr hohen Auslastungsgrad vermietet werden konnte. Außerdem traten keine Kosten für Zwischenfinanzierungen (wie in den Vorjahren) auf.

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 101 erhöht. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf dem im Jahr 2007 neugeschaffenen bzw. sanierten und anschließend vermieteten Wohnungsbestand, der sich umsatzlösseitig in den Nebenkosten erstmals im Jahr 2009 auswirkt, zurückzuführen. Es wurde eine Umsatzrendite von 6,5% (Vorjahr 4,8%) erzielt.

Die für die Finanzierung der Bauvorhaben aufgenommenen Kredite wurden planmäßig getilgt.

Die Gesellschafterdarlehen, die die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale der ewia GmbH gewährt hat, wurden vereinbarungsgemäß verzinst und getilgt.

Die flüssigen Mittel sind gegenüber dem Vorjahr um 14 auf TEUR 165 gestiegen.

4. Chancen und Risiken in der künftigen Entwicklung

Es hat sich gezeigt, dass nach wie vor eine große Nachfrage nach altengerechten und behindertenfreundlichen Wohnraum bei der ewia GmbH besteht.

Im Durchschnitt dauerte es im Jahr 2009 vom Eingang der Kündigung an 10 Wochen, um eine freie Wohnung wieder zu vermieten. In der Regel konnten frei werdende Wohnungen innerhalb der Kündigungsfrist von 3 Monaten wieder vermietet werden.

Die enge Zusammenarbeit mit der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale trägt wesentlich dazu bei, dass der Mietausfall deutlich unter dem anderweitiger Mietobjekte in Halle (Saale) liegt.

Durch die Bereitstellung von frei wählbaren zusätzlichen Leistungen für die Mieter, wie hauswirtschaftliche Dienstleistungen von Reinigung bis Einkaufshilfe, Sorge um Haustiere und Grünpflanzen bei Abwesenheit oder sonstiger Verhinderung, Lieferung fertiger Mahlzeiten sowie Wäschereiservice, Betreuung durch die ambulante Pflege, Telefonnotrufgerät mit Aufschaltung auf einen Sicherheitsdienst, einschließlich der Hilfe im Notfall usw. unterscheiden sich die Angebote der ewia GmbH von anderen Anbietern in der Wohnungswirtschaft. Es werden für diese Leistungen keine Pauschalpreise berechnet, sondern es erfolgt eine Abrechnung nach tatsächlicher Inanspruchnahme.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass eine dauerhaft hohe Auslastung der Wohnungen auch weiter sichergestellt ist.

Neue Wege werden auch durch die Kooperation mit halleschen Wohnungsunternehmen, die nicht über ein eigenes Angebot an altengerechten und behindertenfreundlichen Wohnungen verfügen, gegangen. Das betrifft u.a. ein Angebot an Mieter dieser Gesellschaften im Bedarfsfall altengerechte und behindertenfreundliche Wohnungen der ewia GmbH zur Verfügung zu stellen.

Diese Partnerschaften sollen so ausgebaut werden, dass sie dauerhaft eine gute Auslastung der Wohnungen sicherstellen.

Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Präsenz, wie z.B. bei der Messe „Herbstzeitlose“, „Tag des Denkmals“ oder dem „Schönen Tag“ in der Stiftung, wird gewährleistet, dass die Angebote der ewia GmbH stärker wahrgenommen werden.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft hat sich weiter verbessert. Es muss aber weiter konsequent darauf geachtet werden, dass sich die Liquiditätsabflüsse streng im Rahmen der Planungen bewegen.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung gibt es derzeit keine Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung beeinträchtigen könnten.

Die Gesellschaft hat keine Zweigniederlassungen und betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (jetzt: Maya mare GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Gaudig, Lutz		
	Hackbart, Jens	(seit 01.11.2009)	
	Sello, Ute	(bis 30.06.2009)	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 stellv. Vorsitzender)
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)
		Gärtner, Steffen	
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)
		Junghans, Torsten	
		Kley, Gerry	

Aufsichtsrat:

Kocian, Burkhard
 Krause, Johannes
 Lange, Hendrik
 Mahler, Eckert (seit 21.09.2009)
 Müller, Raik (seit 21.09.2009)
 Nagel, Elisabeth (seit 21.09.2009)
 Nebelung, Barbara (bis 21.09.2009)
 Richter, Ulrich (seit 21.09.2009)
 Scholze, Friedemann (bis 21.09.2009)
 Weihrich, Dietmar
 Zrout, Lutz (bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
54	100	50	99	49	99	4	7
		1	1	1	1	-1	-100

Bilanzsumme

54	100	51	100	50	100	3	6

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
44	82	43	84	41	81	2	4
2	5	2	4	2	5	0	14
7	13	6	12	7	14	1	18

Bilanzsumme

54	100	51	100	50	100	3	6

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7	6	6
sonstige betriebliche Erträge	0	0	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	5	6
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	2	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	2	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	2	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	21,67	33,38	37,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,69	5,17	5,67	%
Cash-Flow:	2	2	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	82,05	83,73	81,25	%
Fremdkapitalquote:	17,95	16,27	18,75	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH - als deren alleinige Gesellschafterin - gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Risiken der Geschäftsentwicklung

Trotz der Leistung von Betriebskostenzuschüssen der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH (2009: TEUR 1.117,3; Vorjahr: TEUR 1.881,3) erwirtschaftete die Maya mare GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 489,1 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 145,4). Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2009 unbefriedigend. Aus diesem Grund waren auch im Berichtsjahr entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin notwendig.

Ausblick

Das Maya mare soll seine führende Position im Freizeit- und Bädermarkt in Mitteldeutschland weiter ausbauen und sich deutlicher von seinen unmittelbaren Mitbewerbern Sachsentherme (Leipzig), Riff (Bad Lausick), Toskana-Therme (Bad Sulza), Bulabana (Naumburg) absetzen. Dank kontinuierlicher Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen präsentiert sich das Maya mare als einer der wichtigsten Erholungs- und Freizeitstandorte in Halle (Saale) und im südlichen Sachsen-Anhalt.

Mit einer kontinuierlichen, jährlichen Besucherzahl von über 300.000 Gästen unterstreicht das Maya mare seine führende Rolle auf dem halleschen Freizeit- und Bädermarkt. Für das Geschäftsjahr 2010 ist es für das Maya mare das Ziel, die guten Besucherzahlen des Berichtsjahres wieder zu erreichen bzw. zu übertreffen.

Die Entwicklung im Freizeit-, Bäder- und Wellnessmarkt zeigt, dass es eine deutliche Verschiebung der Nachfrage hin zum Wellness-, Fitness- und Gesundheitsbereich gibt. Die Saunalandschaft im Maya mare, die zu den größten und schönsten in Mitteldeutschland zählt, soll im Jahr 2010 die Grenze von 60.000 Besuchern (ohne Sauna - Fitness) überschreiten und damit den positiven Trend ausbauen. Bereits im Jahr 2009 wurde mit ca. 59.000 Besuchern die höchste jährliche Besucherzahl erreicht.

Mit fast 1.000 Mitgliedern ist das Viva mare einer der größten Fitness- und Gesundheitsclubs in Halle (Saale). Das Viva mare zeichnet sich durch einen hohen Qualitätsanspruch in der Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betreuung der Kunden aus. Im Bereich der Präventions- und Gesundheitskurse ist der Club führender Anbieter in Halle. Die Verbindung mit dem Bad und der Saunalandschaft stellt ein entsprechendes Alleinstellungsmerkmal dar, welches dem Unternehmen die Generierung hoher Umsatzbeiträge ermöglicht. Im Fitnessclub Viva mare besteht 2010 das Ziel, dauerhaft einen Mitglieder-Schnitt von über 1.000 Mitgliedern zu registrieren. Dabei muss das Augenmerk darauf gelegt werden, wieder mehr Mitglieder von der Saunanutzung zu überzeugen.

Im Badbereich konnte in den letzten Jahren eine Stabilisierung der jährlichen Besucherzahlen erreicht werden. Wurden in den ersten Jahren zum Teil Besucherzahlen von deutlich über 200.000 Gästen erreicht, sank diese Zahl im Jahr 2005 auf 161.000 Besucher ab. Inzwischen liegt die Besucherzahl bei rund 185.000 Gästen im Jahr. Deshalb verfolgt die Geschäftsführung hier das Ziel, im Geschäftsjahr 2010 die Besucherzahlen auf Vorjahresniveau zu halten und ggf. auszubauen. Dieser Bereich hat nach wie vor die größte Besucherfrequenz in der Anlage.

Der im Jahr 2006 neu eröffnete Wellnessbereich konnte innerhalb von nur drei Jahren einen Gesamtumsatz von fast TEUR 170 (2009) erwirtschaften. Hier wird eine kontinuierliche Steigerung der Umsätze angestrebt. Dabei wird im Geschäftsjahr 2010 und in den nächsten Jahren stärker die Verbindung zum Viva mare gesucht und ein ganzheitlicher Ansatz für den Bereich Fitness/Gesundheit und Prävention sowie Wellness geschaffen.

Das Maya mare wird sich als moderner Dienstleister im Wellness- und Freizeitmarkt dauerhaft etablieren. Schwerpunkte werden das Qualitätsmanagement, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ausbau und die Entwicklung neuer Segmente und Produkte sein. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und junge Familien (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnesorientierten Kunden - sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe - (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Der marketingstrategische Ansatz verschiebt sich zukünftig von der plakativen Imagewerbung hin zum zielgruppenorientierten Direktmarketing. Damit wird der breiten Produktpalette und den Kompetenzen in den Bereichen Fitness, Gesundheit, Prävention, Kurssystem, Wellness u. a. Rechnung getragen. Dabei rücken auch moderne Kommunikationsformen (Internetpräsenz, Networking, Kundenbindungsprogramme, Ausbau Kundenbetreuungs- und Direct-Sales-Management u. a.) stärker in den Mittelpunkt.

Gerade im Erlebnisbadbereich soll der Zugang für Kinder und junge Familien erleichtert werden. Hierzu zählen attraktive Aktionen sowie die Abschaffung der Trennung von Vital- und Spätag und der Ausbau der Mex´Kids-Club Programme und der Kindererlebniswelten.

Der Gesundheits- und Wellnessbereich bietet das größte Potenzial, den Marktanteil entsprechend auszubauen. Schon jetzt stößt der Wellness- und Präventionskursbereich an seine Kapazitätsgrenze. Durch gezielte Erweiterungsinvestitionen (Soleprojekt, Ausbau Gesundheits- und Präventionsbereich) wird es gelingen, die Umsätze in diesen Bereichen zu erhöhen, deutlich mehr Kunden des Gesundheitsmarktes zu gewinnen und die Nutzerfrequenz in der Anlage weiterhin zu steigern.

Im Bereich der Investitionen sind im Jahr 2010 vor allem Ersatzinvestitionen zum Erhalt der Qualität der Angebote und sowie Erweiterungsinvestitionen im Wellness- und im Eingangsbereich vorgesehen. Im Bereich der Technik müssen begonnene Investitionen abgeschlossen werden. Diese sollen in der Zukunft zu weiteren Einsparungen bei den Energie- und Wasserverbräuchen führen. Im Jahr 2010 wird die Geschäftsführung das Projekt Soleförderung und deren energetischer und balneologischer Nutzung im Rahmen eines zukunftsorientierten Gesamtkonzeptes zur Entscheidung vorlegen. Hierzu ist durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH im Berichtsjahr 2009 für vorbereitende Planungen ein Budget in Höhe von TEUR 80 freigegeben worden. Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig nur über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können.

Darüber hinaus bietet die im Raum stehende Übernahme der städtischen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtwerke Halle Konzern eine Reihe von Potenzialen und Synergien für die Maya mare GmbH & Co. KG. Bei einer entsprechenden Zustimmung zur Übertragung durch die notwendigen Gremien (Stadttrat und Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH) soll die Maya mare GmbH & Co. KG ein kostengünstiges Betriebsmanagement für die Bäder installieren und dadurch Kompetenzen auf den gesamten Bäderbetrieb der Saalestadt übertragen.

Die Steigerung der Umsatzerlöse im Maya mare und die vorgenannten Synergieeffekte im Zusammenhang mit dem Betrieb der städtischen Bäder werden dauerhaft zur Verringerung der notwendigen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH führen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2010 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von TEUR 1.017,3 durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH am 3. Dezember 2009 gefasst. Zwischen der Maya mare GmbH & Co. KG und der Stadtwerke Halle GmbH wurde am 18. Februar 2010 eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Jahresverlust für 2010 in Höhe von TEUR 469,7.

Da die FTZ ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Maya mare GmbH & Co. KG tätig ist, ergeben sich erhebliche Unternehmensrisiken aus deren Geschäftstätigkeit. Bei der Maya mare GmbH & Co. KG sind auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Gesellschafter notwendig, die die FTZ aus eigenen Mitteln zu leisten nicht in der Lage wäre. Wesentliche Chancen sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Sie können sich allenfalls mit einer u. U. in der Zukunft erfolgenden Verbesserung der Situation der Maya mare GmbH & Co. KG ergeben.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Gaudig, Lutz	
		Hackbart, Jens	(seit 01.11.2009)
		Sello, Ute	(bis 30.06.2009)
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Koppitz, Erhard	(bis 21.09.2009 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 21.09.2009 stellv. Vorsitzender)
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	(seit 21.09.2009)
		Dr. Heinrich, Holger	(bis 21.09.2009)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 21.09.2009)
		Gärtner, Steffen	
		Geuther, Joachim	(bis 21.09.2009)
		Junghans, Torsten	

Aufsichtsrat:

Kley, Gerry
 Kocian, Burkhard
 Krause, Johannes
 Lange, Hendrik
 Mahler, Eckert (seit 21.09.2009)
 Müller, Raik (seit 21.09.2009)
 Nagel, Elisabeth (seit 21.09.2009)
 Nebelung, Barbara (bis 21.09.2009)
 Richter, Ulrich (seit 21.09.2009)
 Scholze, Friedemann (bis 21.09.2009)
 Weihrich, Dietmar
 Zrout, Lutz (bis 21.09.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
 Umlaufvermögen
 Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
15.161	95	16.263	93	18.305	95	-1.101	-7
842	5	1.271	7	971	5	-428	-34
		17	0	4	0	-17	-100

Bilanzsumme

16.003	100	17.551	100	19.280	100	-1.547	-9

Passiva

Eigenkapital
 Sonderposten für Investitionszulagen
 Rückstellungen
 Verbindlichkeiten
 Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
4.396	27	4.887	28	5.036	26	-491	-10
6.368	40	7.048	40	8.138	42	-680	-10
134	1	156	1	112	1	-22	-14
5.105	32	5.459	31	5.983	31	-354	-6
				10	0	0	

Bilanzsumme

16.003	100	17.551	100	19.280	100	-1.547	-9

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.902	3.706	3.353
andere aktivierte Eigenleistungen		4	2
sonstige betriebliche Erträge	785	1.165	1.210
Materialaufwand	1.834	1.763	1.595
Personalaufwand	2.056	1.920	1.686
Abschreibungen	1.538	2.346	2.412
sonstige betriebliche Aufwendungen	592	585	518
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	31	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	240	280	290
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.568	-1.988	-1.919
außerordentliche Erträge	1.117	1.881	1.991
außerordentliche Aufwendungen			32
außerordentliches Ergebnis	1.117	1.881	1.959
sonstige Steuern	38	38	40
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-489	-145	0
Belastung auf Kapitalkonten	-489	-145	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-12,53	-3,92	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	-11,13	-2,98	0,00	%
Cash-Flow:	1.049	2.201	2.412	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	53	54	54	T€
Personalaufwandsquote:	43,86	39,38	36,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,67	92,60	94,93	%
Eigenkapitalquote:	27,47	27,85	26,12	%
Fremdkapitalquote:	72,53	72,15	73,88	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Besucher	316.650,00	310.878,00	292.089,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigten -5,0 % im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Hierbei ist der deutliche Rückgang der Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr hauptsächlich auf den konjunkturellen Einbruch im ersten Quartal des Jahres 2009 zurückzuführen. Während das Inlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal bereits wieder leicht zulegen konnte, versiegten die Wachstumsimpulse im vierten Quartal mit einem Nullwachstum.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands liegen derzeit Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen zeigte sich das Inlandsprodukt Ostdeutschland im ersten Halbjahr robuster gegenüber der globalen Krise als im Westen der Republik. Auch in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt war der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Höhe von -5,6 % (1. Hj.) weniger deutlich ausgefallen als im Westen (inkl. Berlin) mit -7,0 % (1. Hj.) bzw. im Bundesdurchschnitt (-6,8 % im ersten Halbjahr).

Der Arbeitsmarkt zeigte im abgelaufenen Jahr eine nur geringfügige Reaktion auf die Rezession. Mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 % war der Arbeitsmarkt weniger empfindlich gegenüber konjunktureller Schwankung als zunächst zu erwarten war. In Ostdeutschland und in unserem Bundesland fiel die Arbeitslosigkeit sogar geringer aus als im Vorjahr. So verringerte sich die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,1 Prozentpunkte auf 13,0 %.

Auch die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle verlief günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Mit 230.377 Einwohnern (Vorjahr 230.900) verzeichnete die Stadt einen um ca. zwei Drittel geringeren Rückgang der Bevölkerung als zu erwarten gewesen wäre. Dennoch wird der Rückgang in der Bevölkerung besonders in den sozio-demografischen Daten sichtbar. Während entsprechend dem Trend immer mehr junge Menschen die Stadt und die Umgebung verlassen, steigt der Anteil der über 45-jährigen auf 50,2 %. Der Anteil der Einwohner unter 18 Jahre bleibt mit 12,7 % konstant. Zudem leben über 80 % der halleschen Bevölkerung in 1-2 Personenhaushalten.

Im Berichtsjahr 2009 zeigte sich, dass die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch nicht den Bäder- und Freizeitmarkt erreicht haben. So stiegen im Jahr 2009 die Besucherzahlen des Maya mare erfreulicherweise um 5.772 Besucher auf insgesamt 316.650 Besucher an, das ist ein Plus von 1,8 Prozent zum Jahr 2008. Gegenüber der Planung verbesserte man sich um 8.322 Besucher (+2,2 %). Damit erzielte das Maya Mare die zweithöchste Besucherzahl seit der Eröffnung der attraktiven Freizeitanlage im Süden der Stadt Halle (Saale).

Der Badebereich konnte sein Gästezahlen stabil halten. Lediglich 857 Besucher weniger verzeichnete das Bad an dieser Stelle (-0,5 %). Der Fitnessbereich (ohne Sauna) erhöhte seine Besucherzahl um 4.117 Besuche (+8,2 %), während die Fitnessbesuche inklusive der Saunanutzung um 326 (-1,8 %) zurückgingen. Dennoch stieg die Gesamtzahl der Mitglieder im Fitnessclub Viva mare wieder deutlich an. Insgesamt 980 Mitglieder (2008: 903 Mitglieder) waren am 31. Dezember 2009 im Fitnessclub gemeldet.

Der Aufwärtstrend bei der Nachfrage in der attraktiven Saunalandschaft des Maya mare hielt auch 2009 ungebrochen an. Insgesamt 58.977 Gäste (+2.838) lösten ein Saunaticket. Dies entspricht einer Steigerung um 5 %. Damit peilt der Saunabereich die 60.000 Marke an. Im Berichtsjahr konnten somit die stärksten je erzielten Besucherzahlen verbucht werden.

Die positive Entwicklung der Gesamtumsatzerlöse hielt auch im Jahr 2009 an. Insgesamt 197 T€ Erlöse (+5,3 %) wurden gegenüber 2008 mehr erzielt. Somit konnten die Gesamtumsatzerlöse auf 3.902,3 T€ gesteigert werden. Dabei stiegen die Umsätze des Badebereichs leicht um 3,3 % (+43,2 T€), der Saunalandschaft um 4,9 % (+35,6 T€), des Fitnessclubs Viva mare um 8,3 % (+52,8 T€) und der Gastronomie um 7,9 % (+57,5 T€). Die Umsätze aus dem Bereich Massagen und Wellness konnten 2009 noch einmal leicht gesteigert werden. Die Umsatzerlöse stiegen hier um 7,1 T€, das entspricht +4,4 %. Die Nebenumsätze verringerten sich insgesamt um 5,7 T€ auf 127,4 T€. Während sich die Boutique noch um 11,6 % steigern konnte, gingen die Parkerlöse um 11,9 % zurück. Die Solariumumsätze spielen insgesamt keine Rolle mehr. Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken deutlich um 380,2 T€, vor allem bedingt durch den planmäßigen Rückgang der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Die Kosten für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen mit etwa 853,1 T€ den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Materialaufwand ist insgesamt leicht um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dabei sanken die Kosten für den Wärmebezug (-13,2 %) aufgrund von Preissenkungen und Einsparungen (-55,0 T€). Ebenfalls gesunken (-10,1 T€) sind die Aufwendungen für den Strombezug (-2,5 %). Dies liegt durchaus im normalen Bereich der Schwankungen beim saisonbedingten Strombezug. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen wieder an und zwar um 87,5 T€ (+24,1 %). Die Aufwendungen für den Bereich Instandhaltung stiegen hierbei im Berichtsjahr stark an und liegen 26,5 % über denen des Vorjahres. Der Aufwand bei den Instandhaltungen belief sich insgesamt auf 473,8 T€. Die Erhöhung der Instandhaltungskosten ist unter anderem auf die im Jahr 2009 durchgeführte große Revision (7 Tage) zurückzuführen. Darüber hinaus steigt der Aufwand für die 10 Jahre alte Anlage naturgemäß mit zunehmender Betriebszeit an.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr noch einmal gestiegen und zwar um 136,1 T€, das entspricht 7,1 %. Diese Erhöhung ist zu einem großen Teil auf die Tarifentwicklung im Rahmen des vereinbarten Haustarifvertrages Maya mare zurückzuführen. Zudem ist die Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 6,3 VBE gestiegen. Grund hierfür ist das dienstleistungsintensive Geschäft in den Bereichen Wellness, Fitness und Gastronomie.

Die Abschreibungen haben sich planmäßig erheblich auf insgesamt 1.537,9 T€ (-34,4 %) vermindert.

In Summe liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2009 um 1,3 % über denen des Jahres 2008. Dies ist eine Erhöhung um 7,7 T€, die vor allem auf höhere Rechts- und Beratungskosten zurückzuführen ist, bedingt insbesondere durch zu erbringende Vorleistungen der Maya mare für die Übernahme der städtischen Bäder in den Stadtwerke Halle Konzern. Zum Ende des Geschäftsjahres 2009 sind diese verauslagten Kosten der Stadtwerke Halle GmbH in Rechnung gestellt worden.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich spürbar gegenüber dem Vorjahr um 22,3 %. Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber 2008 um 5,6 %.

In den außerordentlichen Erträgen wird der Betriebskostenzuschuss des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.117,3 T€ (2008: 1.881,3 T€) ausgewiesen.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresergebnis von -489,1 T€ ab (2008: -145,4 T€). Bereinigt um die Zuschüsse des Hauptgesellschafters liegt das Jahresergebnis im Berichtsjahr um 20,7 % besser als das Ergebnis des Geschäftsjahres 2008, das ist eine absolute Verbesserung um 420,3 T€. Diese deutliche Verbesserung hat vor allem in der planmäßigen Verringerung der Abschreibungen nach zehn Betriebsjahren seine Ursache. Dennoch zeigt die Entwicklung, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2009 unbefriedigend. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters notwendig sein.

Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2009 Investitionen in einer Gesamthöhe von 442,4 T€ getätigt. Die größten Investitionen entfielen auf den Kauf neuer Fitnessgeräte und die Fertigstellung einer Investition im technischen Bereich des Bades. In den Bereichen Technik, Sauna und Gastronomie wurden vor allem Ersatzinvestitionen getätigt.

Liquidität

Die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert. Dies erfolgte unter Inanspruchnahme eines ertragswirksamen Betriebskostenzuschusses des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.117,3 T€.

Ausblick

Das Maya mare soll seine führende Position im Freizeit- und Bädermarkt in Mitteldeutschland weiter ausbauen und sich deutlicher von seinen unmittelbaren Mitbewerbern Sachsenterme (Leipzig), Riff (Bad Lausick), Toskana-Therme (Bad Sulza), Bulabana (Naumburg) absetzen. Dank kontinuierlicher Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen präsentiert sich das Maya mare als einer der wichtigsten Erholungs- und Freizeitstandorte in Halle (Saale) und im südlichen Sachsen-Anhalt.

Mit einer kontinuierlichen, jährlichen Besucherzahl von über 300.000 Gästen unterstreicht das Maya mare seine führende Rolle auf dem halleschen Freizeit- und Bädermarkt. Für das Geschäftsjahr 2010 ist es für das Maya mare das Ziel, die guten Besucherzahlen des Berichtsjahres wieder zu erreichen bzw. zu übertreffen.

Die Entwicklung im Freizeit-, Bäder- und Wellnessmarkt zeigt, dass es eine deutliche Verschiebung der Nachfrage hin zum Wellness-, Fitness- und Gesundheitsbereich gibt. Die Saunalandschaft im Maya mare, die zu den größten und schönsten in Mitteldeutschland zählt, soll im Jahr 2010 die Grenze von 60.000 Besuchern (ohne Sauna - Fitness) überschreiten und damit den positiven Trend ausbauen. Bereits im Jahr 2009 wurde mit ca. 59.000 Besuchern die höchste jährliche Besucherzahl erreicht.

Mit fast 1.000 Mitgliedern ist das Viva mare in Halle einer der größten Fitness- und Gesundheitsclubs in Halle (Saale). Das Viva mare zeichnet sich durch einen hohen Qualitätsanspruch in der Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betreuung der Kunden aus. Im Bereich der Präventions- und Gesundheitskurse ist der Club führender Anbieter in Halle. Die Verbindung mit dem Bad und der Saunalandschaft stellt ein entsprechendes Alleinstellungsmerkmal dar, welches dem Unternehmen die Generierung hoher Umsatzbeiträge ermöglicht. Im Fitnessclub Viva mare besteht 2010 das Ziel, dauerhaft einen Mitglieder-Schnitt von über 1.000 Mitgliedern zu registrieren. Dabei muss das Augenmerk darauf gelegt werden, wieder mehr Mitglieder von der Saunanutzung zu überzeugen.

Im Badbereich konnte in den letzten Jahren eine Stabilisierung der jährlichen Besucherzahlen erreicht werden. Wurden in den ersten Jahren zum Teil Besucherzahlen von deutlich über 200.000 Gästen erreicht, sank diese Zahl im Jahr 2005 auf 161.000 Besucher ab. Inzwischen liegt die Besucherzahl bei rund 185.000 Gästen im Jahr. Deshalb verfolgt die Geschäftsführung hier das Ziel, im Geschäftsjahr 2010 die Besucherzahlen auf Vorjahresniveau zu halten und ggf. auszubauen. Dieser Bereich hat nach wie vor die größte Besucherfrequenz in der Anlage.

Der im Jahr 2006 neu eröffnete Wellnessbereich konnte innerhalb von nur drei Jahren einen Gesamtumsatz von fast 170 T€ (2009) erwirtschaften. Hier wird eine kontinuierliche Steigerung der Umsätze angestrebt. Dabei wird im Geschäftsjahr 2010 und in den nächsten Jahren stärker die Verbindung zum Viva mare gesucht und ein ganzheitlicher Ansatz für den Bereich Fitness/Gesundheit und Prävention sowie Wellness geschaffen.

Das Maya mare wird sich als moderner Dienstleister im Wellness- und Freizeitmarkt dauerhaft etablieren. Schwerpunkte werden das Qualitätsmanagement, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ausbau und die Entwicklung neuer Segmente und Produkte sein. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und junge Familien (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnesorientierten Kunden - sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe - (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Der marketingstrategische Ansatz verschiebt sich zukünftig von der plakativen Imagewerbung hin zum zielgruppenorientierten Direktmarketing. Damit wird der breiten Produktpalette und den Kompetenzen in den Bereichen Fitness, Gesundheit, Prävention, Kurssystem, Wellness u. a. Rechnung getragen. Dabei rücken auch moderne Kommunikationsformen (Internetpräsenz, Networking, Kundenbindungsprogramme, Ausbau Kundenbetreuungs- und Direct-Sales-Management u. a.) stärker in den Mittelpunkt.

Gerade im Erlebnisbadbereich soll der Zugang für Kinder und junge Familien erleichtert werden. Hierzu zählen attraktive Aktionen sowie die Abschaffung der Trennung von Vital- und Spätag und der Ausbau der Mex'Kids-Club Programme und der Kindererlebniswelten.

Der Gesundheits- und Wellnessbereich bietet das größte Potenzial, den Marktanteil entsprechend auszubauen. Schon jetzt stößt der Wellness- und Präventionskursbereich an seine Kapazitätsgrenze. Durch gezielte Erweiterungsinvestitionen (Soleprojekt, Ausbau Gesundheits- und Präventionsbereich) wird es gelingen, die Umsätze in diesen Bereichen zu erhöhen, deutlich mehr Kunden des Gesundheitsmarktes zu gewinnen und die Nutzerfrequenz in der Anlage weiterhin zu steigern.

Im Bereich der Investitionen sind im Jahr 2010 vor allem Ersatzinvestitionen zum Erhalt der Qualität der Angebote sowie Erweiterungsinvestitionen im Wellness- und im Eingangsbereich vorgesehen. Im Bereich der Technik müssen begonnene Investitionen abgeschlossen werden. Diese sollen in der Zukunft zu weiteren Einsparungen bei den Energie- und Wasserverbräuchen führen. Im Jahr 2010 wird die Geschäftsführung das Projekt Soleförderung und deren energetischer und balneologischer Nutzung im Rahmen eines zukunftsorientierten Gesamtkonzeptes zur Entscheidung vorlegen. Hierzu ist durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH im Berichtsjahr 2009 für vorbereitende Planungen ein Budget in Höhe von 80 T€ freigegeben worden. Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig nur über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können.

Darüber hinaus bietet die im Raum stehende Übernahme der städtischen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtwerke Halle Konzern eine Reihe von Potenzialen und Synergien für die Maya mare GmbH & Co. KG. Bei einer entsprechenden Zustimmung zur Übertragung durch die notwendigen Gremien (Stadtrat und Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH) soll die Maya mare GmbH & Co. KG ein kostengünstiges Betriebsmanagement für die Bäder installieren und dadurch Kompetenzen auf den gesamten Bäderbetrieb der Saalestadt übertragen.

Die Steigerung der Umsatzerlöse im Maya mare und die vorgenannten Synergieeffekte im Zusammenhang mit dem Betrieb der städtischen Bäder werden dauerhaft zur Verringerung der notwendigen Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH führen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2010 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.017,3 T€ durch den Hauptgesellschafter gewährleistet. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH am 3. Dezember 2009 gefasst. Zwischen der Maya mare GmbH & Co. KG und der Stadtwerke Halle GmbH wurde am 18. Februar 2010 eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Jahresverlust für 2010 in Höhe von 469,7 T€. Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch zukünftig Zuschüsse der Gesellschafter, namentlich der Kommanditisten, notwendig sein.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 287

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	287	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Kogge, Tobias	(seit 01.01.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
287	55	287	56	302	73	0	0
232	45	221	44	112	27	10	5

Bilanzsumme

518	100	508	100	414	100	10	2

Passiva

Eigenkapital

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
518	100	508	100	414	100	10	2

Bilanzsumme

518	100	508	100	414	100	10	2

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
16	127	14
4	34	9
10	1	2
22	94	7
22	94	7
10	100	4
13	-7	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

2009	2008	2007	Angaben in
			%
4,41	18,17	1,72	%
22	94	7	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,31	56,43	72,88	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	220.361,00	220.361,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	70.374,00	m ²
Verkehrsfläche	799,00	7.697,00	100,00	m ²
Waldfläche	557,00			m ²

e) Lagebericht

Die Oelhaf-Zeysesche-Stiftung unterstützt sozial benachteiligte Einwohner der Stadt Halle (Saale). Der Stiftungszweck wird durch die Verpachtung und Verwaltung des Grundbesitzes verwirklicht.

Die Jahresrechnung zur Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben wurde durch die Stiftungsverwaltung erstellt und durch die Stiftungsaufsicht vorab geprüft. Die Feststellung des Jahresberichtes 2009 und Entlastung des Geschäftsführers erfolgte in der Vorstandssitzung vom 01.06.2010.

Ertragslage

Im Jahr 2009 wurden 14,6 T€ an Pachteinnahmen erzielt. Die Pachtzahlungen erfolgten pünktlich zu den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen.

Da der Grundbesitz der Stiftung längerfristig verpachtet ist, kann auch für die nächsten Jahre von einer konstanten Pachteinnahme ausgegangen werden.

Aufgrund von Umschichtungsgewinnen aus Grundstücksverkäufen wurden 1.455,00 € im ideellen Bereich eingenommen. Der Umschichtungsgewinn hat nunmehr eine Höhe von 98.580,00 €.

Betrieblicher Aufwand

Im Vergleich zu den Vorjahren ist nach Bereinigung des Aufwandes um periodenfremde und außerordentliche Aufwendungen eine nahezu konstante Aufwandsentwicklung in Höhe von ca. 4 T€ zu verzeichnen.

Vermögenslage

Die Stiftung kann gemäß § 58 Nr. 7a AO ein Drittel des Überschusses aus der Vermögensverwaltung einer freien Rücklage zuführen.

Bei einem Überschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 24.641,24 € wurde eine Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO in Höhe von 8.213,75 € eingestellt, d. h. ein Drittel der Mittel wurden regelungskonform verwendet.

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten. Die freie Rücklage beträgt nunmehr insgesamt 43.842,83 €.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.629

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat: Vorsitzende Szabados, Dagmar
Dr. Brockmann, Justus
Dr. Greuel, Mechthild
Kogge, Tobias (seit 01.01.2009)
Töpfer, Gernot

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	73	72,50
Serva GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
51.239	94	52.420	94	53.614	93	-1.181	-2
3.535	6	3.618	6	4.055	7	-83	-2
13	0	21	0	12	0	-7	-35

Bilanzsumme

54.787	100	56.059	100	57.681	100	-1.271	-2

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus öffentlicher Förderung
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
16.066	29	15.758	28	16.332	28	308	2
23.842	44	24.536	44	25.281	44	-694	-3
976	2	1.017	2	1.057	2	-41	-4
1.102	2	1.339	2	1.263	2	-237	-18
12.354	23	12.918	23	13.322	23	-564	-4
447	1	491	1	426	1	-44	-9

Bilanzsumme

54.787	100	56.059	100	57.681	100	-1.271	-2

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	15.615	15.486	15.412
sonstige betriebliche Erträge	1.875	1.084	1.054
Materialaufwand	3.168	2.981	2.945
Personalaufwand	11.012	11.639	11.094
Abschreibungen	1.558	1.612	1.757
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	735	786	868
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.798	1.413	1.439
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1		
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13	14	8
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	113	106
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	8	8	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	421	399	405
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	298	-569	-193
außerordentliche Erträge	17	5	13
außerordentliche Aufwendungen	7	10	55
außerordentliches Ergebnis	11	-5	-43
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	308	-575	-236
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	308	-575	-236
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,97	-3,71	-1,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,92	-3,65	-1,44	%
Cash-Flow:	1.874	1.045	1.522	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	49	50	51	T€
Personalaufwandsquote:	62,96	70,24	67,37	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,74	89,75	89,34	%
Eigenkapitalquote:	29,32	28,11	28,32	%
Fremdkapitalquote:	70,68	71,89	71,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Altenpflegeplätze	424,00	413,00	413,00	Anzahl
Kurzzeitpflegeplätze	0,00	9,00	9,00	Anzahl
Pflegeplätze für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung	217,00	214,00	202,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Stiftung kann nach den Verlusten in den Jahren 2007 und 2008 wieder ein positives Ergebnis ausweisen. Die positive Entwicklung ist auch auf die Umsetzung des Zukunftsprogramms 2008 bis 2010 zurückzuführen.

Insbesondere im Bereich Altenpflege wurde ein Umstrukturierungsprozess begonnen, der im Jahr 2009 fortgesetzt wurde und der auch in den kommenden Jahren fortzusetzen ist.

Positiv auf das Ergebnis wirken sich die Einsparungen bei den Personalkosten aus. Diese haben dazu beigetragen, dass wieder ein positives Ergebnis erreicht werden konnte.

Kritisch ist weiter die Ertragslage im Bereich der Altenpflege einzuschätzen. Ein starker Wettbewerbsdruck wirkt sich hier nachteilig auf die Ertragslage aus.

Das Jahresergebnis ist jedoch auch stark durch Sondereinflüsse, wie z.B. die Kosten für die Straßenausbaubeiträge für das Bauvorhaben Beesener Straße (Berg) und die Auflösung der Rückstellung für den Rechtsstreit mit dem Land wegen der sogenannten „alten Last“ geprägt.

2. Entwicklung 2009

Die Ertragslage der Stiftung hat sich wieder stabilisiert. Nach wie vor entstehen jedoch im Bereich der stationären Altenhilfe, und dabei insbesondere beim Betrieb der Altenpflegeheime Riebeckpark und Akazienhof, Verluste. Diese Verluste werden nur durch die guten Ergebnisse der Bereiche Behindertenhilfe und Vermietung ausgeglichen.

Die Auslastung ist im Bereich der Altenpflegeheime Riebeckpark und Akazienhof weiterhin problematisch. Es sind starke Auslastungsschwankungen zu verzeichnen. Die Auslastung schwankt zwischen 84,4 % und 95,2 %.

Um auf diese Schwankungen reagieren zu können, wurde mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung über belegungsabhängige Arbeitszeiten abgeschlossen.

Durch eine inhaltliche Neuausrichtung der Altenpflegeheime Riebeckpark und Akazienhof soll eine kontinuierlich hohe Auslastung erreicht werden.

Als erster Schritt wurden hierzu im Altenpflegeheim Riebeckpark spezialisierte Wohnbereiche zur Betreuung von jüngeren Pflegebedürftigen und zur Palliativversorgung geschaffen.

Die in den letzten Jahren stark defizitär arbeitende Kurzzeitpflege im Haus im Park wurde geschlossen. Hier ist seit dem 01.06.2009 ein geschlossener Wohnbereich für Menschen mit Demenz untergebracht. Die Belegung dieses Bereichs ist noch nicht zufriedenstellend. Allerdings ist erkennbar, dass gezieltes Marketing und eine qualitativ hochwertige Arbeit in diesem Bereich dazu beitragen, dass die Auslastung im Jahr 2009 von 72,7 % im Juni auf 81,8 % im Dezember gesteigert werden konnte.

Einrichtung		Durchschnittliche Auslastung in %	
		2009	2008
Altenpflegeheim Akazienhof	151 Plätze	91,5	94,8
Altenpflegeheim Riebeckpark	147 Plätze	91,2	91,9
Altenpflegeheim Haus der Generationen	60 Plätze	98,9	99,0
Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz	30 Plätze	98,3	96,9
Tagespflege für ältere Menschen	25 Plätze	90,7	81,3
Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz	11 Plätze	72,7	-
Förderwohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung	99 Plätze	100,0	100,0
Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung	21 Plätze	98,0	100,0
Tagesförderung für Menschen mit geistiger Behinderung	15 Plätze	100,0	91,0
Wohnheim für Menschen mit seelischer Behinderung	48 Plätze	99,5	98,6
Wohngruppen für Menschen mit seelischer Behinderung	17 Plätze	96,6	96,6
Tagesstätte für Menschen mit seelischer Behinderung	17 Plätze	97,0	96,1

Die Aufenthaltsbereiche im Altenpflegeheim Riebeckpark wurden im Jahr 2009 vollständig renoviert und den Anforderungen an eine moderne Altenpflege angepasst. Dies trug auch wesentlich dazu bei, die Attraktivität dieses Standorts zu erhöhen. In den kommenden drei Jahren sollen die Bewohnerzimmer, die Dienstzimmer und die Bäder im Altenpflegeheim Riebeckpark umfassend renoviert und teilweise umgebaut werden. Auch für das Altenpflegeheim Akazienhof ist eine umfassende Sanierung geplant.

Problematisch ist, wie auch schon in den vorangegangenen Jahren, dass in den Pflegesatzverhandlungen für die Altenpflege und in den Entgeltverhandlungen für den Bereich Behindertenhilfe keine kostendeckenden Pflegesätze vereinbart werden konnten.

Zum 13.06.2009 wurde eine Küche der Paul-Riebeck-Stiftung am Standort Riebeckpark geschlossen. Die gesamte Versorgung mit Mahlzeiten erfolgt seitdem über die Küche am Standort Akazienhof. Das Ziel, mit der Zusammenlegung der Küchen deutliche Kosteneinsparungen zu erzielen, konnte nicht erreicht werden. Es hat sich gezeigt, dass es mehr Zeit braucht, um die Prozesse in der Küche so zu optimieren, dass dauerhaft Einsparungen erzielt werden können. Seit Oktober 2009 wird das Küchenmanagement von der Firma coavia GmbH durchgeführt.

Durch planmäßige Abschreibungen hat sich das Anlagevermögen auf 51.239 TEUR verringert. Das Stiftungskapital konnte mit 12.629 TEUR unverändert erhalten werden.

Das Berichtswesen an den Stiftungsrat wurde durch die Erstellung von Quartalsberichten erweitert. Aktuelle Entwicklungen sind somit zeitnah für den Stiftungsrat zu erkennen.

Mit dem Austritt der Paul-Riebeck-Stiftung aus dem kommunalen Arbeitgeberverband zum 31.12.2008 ist es notwendig, dass neue Regelungen für die Vergütung der Mitarbeiter vereinbart werden.

Hierzu hat eine paritätisch durch Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen und Management besetzte Projektgruppe eine betriebliche Arbeitsordnung erarbeitet.

Ziel ist es, mit dem Beginn der Nachwirkungsfrist des TVöD, ein betriebliches Entgeltsystem zu erarbeiten. Nach Ende der Nachbindungsfrist soll im Jahr 2010 eine Arbeitsordnung mit Entgeltvereinbarung eingeführt werden.

Den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens wird damit Rechnung getragen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen am Erfolg des Unternehmens und am Erfolg des Bereiches, in dem sie arbeiten, beteiligt werden. Erfahrungen anderer Unternehmen werden genutzt.

Das Verfahren zur sogenannten „alten Last“ wurde mit Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg vom 18.03.2009 zugunsten der Stiftung abgeschlossen. Dem Land wurde durch das Gericht aufgegeben, über den Antrag der Stiftung auf Übernahme der Zinsen und Tilgungen für die Kredite zur Sanierung des Altenpflegeheims Riebeckpark neu zu entscheiden. Die durch das Land beim Bundesverwaltungsgericht eingelegte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision wurde zwischenzeitlich zurückgenommen.

Das Anhörungsverfahren zum Antrag der Stiftung ist noch nicht abgeschlossen. Allerdings hat das Land schon angekündigt, dass es beabsichtigt, den Antrag der Stiftung auf Zins- und Tilgungshilfen erneut abzulehnen. Ein neuer Bescheid wurde seitens des Landes noch nicht erteilt. Es ist derzeit nicht davon auszugehen, dass das Land den Antrag der Stiftung positiv bescheiden wird.

Die Stiftung schloss das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresüberschuss von T€ 308 ab. Bezogen auf die Erlöse aus Pflegeleistungen beträgt die Umsatzrendite 2,0 %. Die Eigenkapitalquote stieg gegenüber dem Vorjahr von 28,1 % auf 29,3 %.

3. Beteiligungen

3.1 ewia GmbH

Die Paul-Riebeck-Stiftung war auch im Jahr 2009 mit einem Gesellschaftsanteil von 72,5 % an der ewia GmbH beteiligt. Die ewia erzielt im Jahr 2009 ein Ergebnis von 57 TEUR.

Die ewia ist Eigentümerin von 136 altengerechten und behindertenfreundlichen Wohnungen. Außerdem vermietet sie vier Gewerbeeinheiten. Die Wohnungen waren im Jahr 2009 durchschnittlich zu 99,9 % vermietet.

Die Betreuung der Mieter in den Wohnungen wird durch Mitarbeiter der Stiftung erbracht.

Die Darlehen, die die Stiftung der ewia gewährt hat, wurden planmäßig getilgt.

Wie in den vergangenen Jahren auch, hat sich gezeigt, dass die Kombination der Angebote der ewia und der Paul-Riebeck-Stiftung sinnvoll ist, weil die Mieter auch die Leistungen der Stiftung (ambulanter Pflegedienst, Tagespflege, Hausmeisterservice, Wäscherei, Küche) nachfragen und somit hier höhere Einnahmen erzielt werden können.

3.2 serva GmbH

Die „Akazienhof“ GmbH wurde zum 01.01.2009 in die serva GmbH umfirmiert. Die Stiftung ist alleiniger Gesellschafter. Die serva GmbH erzielt im Jahr 2009 ein Ergebnis von 1 TEUR.

Die serva GmbH erbringt seit Januar 2009 die Unterhaltsreinigung in der Paul-Riebeck-Stiftung. Um eine fachliche Anleitung und Führung der Mitarbeiter zu gewährleisten, wurde die Gegenbauer Holding SA & Co. KG, Halle (Saale), mit dem Management beauftragt.

Am 15. Juli 2009 wurde in der serva GmbH ein Haustechniker eingestellt. Dieser wird kontinuierlich kleinere Reparaturen in der Paul-Riebeck-Stiftung ausführen.

Durch die Lösung mit der serva GmbH konnte erreicht werden, dass die Reinigungskosten in einem vertraglichen Rahmen bleiben. Es besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale und der serva GmbH, dadurch wird auf Dienstleistungen zwischen beiden Unternehmen keine Umsatzsteuer fällig.

4. Entwicklung im Jahr 2010

4.1 Risiken

Der zunehmende Wettbewerb auf dem Gebiet der Altenpflege bedeutet für die Paul-Riebeck-Stiftung die größte Herausforderung. Es ist abzusehen, dass die Angebote insbesondere an stationären Altenpflegeeinrichtungen weiterhin zunehmen werden. Es muss damit gerechnet werden, dass die Auslastung im Bereich Altenpflege weiterhin großen Schwankungen unterliegt.

Die Kostenentwicklung im Bereich Altenpflegeheim Riebeckpark stellt hierbei eine besondere Herausforderung dar. Das Haus gehört schon jetzt zu den teuersten Einrichtungen in Halle.

Es ist die Tendenz erkennbar, dass pflegebedürftige Menschen verstärkt ambulante und teilstationäre Hilfen in Anspruch nehmen. Für die Stiftung heißt das, dass die vorhandenen Angebote auf dem Gebiet der stationären Altenpflege so umstrukturiert werden müssen, dass sie sich immer mehr auf besondere Hilfsbedarfe spezialisieren.

Sollten die guten Erträge im Bereich der Behindertenhilfe nicht mehr zu erzielen sein, werden sich die Verluste im Bereich der Altenpflege sofort negativ auf die Ergebnisse der Stiftung auswirken.

Im Bereich der Behindertenhilfe muss davon ausgegangen werden, dass sich die Höhe der Entgelte in den nächsten Jahren verändern wird. Das Land Sachsen-Anhalt verfolgt schon seit langem das Ziel, landesweit einheitliche Pflegesätze festzulegen. Der Ausgang der Verhandlungen ist derzeit noch nicht absehbar.

4.2 Chancen

Die Paul-Riebeck-Stiftung ist als großes Unternehmen auf dem Gebiet der Alten- und Behindertenhilfe in Halle (Saale) sehr gut vernetzt. Die zahlreichen Verbindungen zu Wohnungsunternehmen, Krankenhäusern und anderen Partnern sollen genutzt werden, die Ausrichtung der Stiftung als kompetenter Dienstleister auf dem Gebiet der Alten- und Behindertenhilfe auszubauen.

Insbesondere auf dem Gebiet der wohnungsnahen Dienstleistungen und des Ausbaus des Angebotes an altengerechten Wohnungen werden Chancen gesehen, die wirtschaftliche Basis der Stiftung weiter zu stärken.

Die Zusammenarbeit mit dem Bauverein Halle & Leuna eG, Halle (Saale), wurde durch den Abschluss eines Vertrages zur Betreuung von Musterwohnungen für alte Menschen vertieft. Hier besteht die Chance, weitere wohnungsnahen Dienstleistungen zu etablieren und auch die Nachfrage nach den ambulanten und teilstationären Hilfsangeboten der Stiftung zu stärken.

Der Ausbau der Angebote im Bereich der ambulanten und teilstationären Hilfsangebote für Menschen mit geistigen Behinderungen und Menschen mit seelischen Behinderungen kann ebenfalls die wirtschaftliche Basis der Stiftung stärken.

Die konsequente Umsetzung des begonnenen Umstrukturierungsprozesses im Bereich Hauswirtschaft wird dazu beitragen, dass die Attraktivität der Leistungen der Stiftung weiter zunimmt.

Die Stiftung hat keine Zweigniederlassungen und betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Beesener Straße 15
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Fritschek, Andreas	(bis 10.07.2009)
	Makiola, Stefan	(seit 10.07.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0					0	
142	100	101	100	125	100	41	40

Bilanzsumme

142	100	101	100	125	100	41	41

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
81	57	80	79	77	62	0	1
9	6	9	9	34	27	-0	-4
53	37	12	12	14	11	41	352

Bilanzsumme

142	100	101	100	125	100	41	41

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Gewinnvortrag/Verlustvortrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
264		
0	15	47
36		
152		
0		
76	16	26
1	4	3
1	3	24
0		
		3
1		
0	3	21
-11	-15	-36
-11		
0	-11	-15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,38			%
Eigenkapitalrentabilität:	1,26	3,43	23,38	%
Cash-Flow:	1	3	21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	57,54			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,23			%
Eigenkapitalquote:	56,81	79,46	61,53	%
Fremdkapitalquote:	43,19	20,54	38,47	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 12.372

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	12.372	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:

Vorsitzende
stellv. Vorsitzender

Szabados, Dagmar (bis 24.08.2009)
Kogge, Tobias (seit 21.01.2009)
Dr. Greuel, Mechthild
Haupt, Hanna
Scholtyssek, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
28.211	93	29.053	94	29.342	94	-841	-3
2.000	7	1.817	6	1.892	6	183	10
23	0	21	0	19	0	2	8

Bilanzsumme

30.235	100	30.892	100	31.253	100	-657	-2

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus Zuschüssen und des
Zuwendungen zur Finanzierung
Sachanlagevermögens
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
18.867	62	18.800	61	18.653	60	66	0
3.954	13	4.099	13	4.244	14	-145	-4
111	0	290	1	165	1	-180	-62
7.287	24	7.680	25	8.181	26	-393	-5
16	0	22	0	11	0	-5	-25

Bilanzsumme

30.235	100	30.892	100	31.253	100	-657	-2

bb) GuV

	2009	2008	2007
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	4.098	4.231	4.377
sonstige betriebliche Erträge	1.332	1.427	1.178
Materialaufwand	1.991	1.615	1.662
Personalaufwand	1.962	2.424	2.120
Abschreibungen	649	646	662
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	145	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	657	802	740
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	110	103	108
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	81	77
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		16	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	374	323	307
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	77	160	394
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2	
sonstige Steuern	11	12	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	66	147	387
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	66	147	387

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,62	3,47	8,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,35	0,79	2,12	%
Cash-Flow:	715	810	1.049	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	144	118	110	T€
Personalaufwandsquote:	36,14	42,84	38,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,46	84,06	83,85	%
Eigenkapitalquote:	62,40	60,86	59,68	%
Fremdkapitalquote:	37,60	39,14	40,32	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Altenpflegeplätze	198,00	224,00	231,00	Anzahl
Auslastung Betreutes Wohnen	100,00	87,40	87,60	%
Auslastung Pflegeplätze	98,30	94,90	96,70	%
Wohnungen	61,00	61,00	61,00	Anzahl

e) Lagebericht

Die Stiftung erwirtschaftete auch im Berichtsjahr 2009 ein positives Jahresergebnis.

Das Jahr 2009 war durch die beschlossenen grundlegenden Umstrukturierungs- und Marktanpassungsmaßnahmen im Bereich des Zweckbetriebes geprägt. Die Umstellung von Doppel- in Einzelzimmer wurde begonnen und wird im Jahr 2010 weitergeführt. Die erhöhte Nachfrage nach unseren Einzelzimmern bestätigt unser neues Konzept. Im Rahmen der Bestandsbaulichkeiten wollen wir zusätzliche Einzelzimmer im Pflegebereich schaffen. 1 Doppelzimmer im Gustav-Staude-Haus wurde 2010 umgebaut zu zwei Einzelzimmer. Im 3-Jahreszeitraum wollen wir noch weitere 11 Einzelzimmer durch Umbaumaßnahmen gewinnen.

Mit der Baumaßnahme zur Errichtung von Pflegewohnungen im Bereich Unterplan 10 wird Ende des Jahres 2010 begonnen. Die dafür notwendige Finanzierung wurde im September 2010 von den Banken bestätigt. Damit ist ein weiterer wesentlicher Schritt für die Entwicklung der Stiftung erfolgt.

Im Jahr 2009 wurde der Internetauftritt der Stiftung grundlegend überarbeitet. Die Stiftung hat nunmehr die Möglichkeit mit dieser Plattform das kommunale Umfeld einzubinden und die Gestaltung ständig zu ergänzen bzw. zu erweitern. Die Bürgerinnen und Bürger können sich über die Angebote der Stiftung hinsichtlich freier Heimplätze oder auch unserer vielfältigen kulturellen Veranstaltungen jederzeit informieren. Dadurch präsentiert und öffnet sich die Stiftung noch mehr für Außenstehende.

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 344

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	344	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Kogge, Tobias	(seit 01.01.2009)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
344	70	344	72	344	69	0	0
147	30	134	28	154	31	14	10

Bilanzsumme

491	100	478	100	498	100	14	3

Passiva

Eigenkapital

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
491	100	478	100	498	100	14	3

Bilanzsumme

491	100	478	100	498	100	14	3

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
13	13	14
6	34	7
6	1	2
14	-20	8
14	-20	8
6	3	3
7	-23	5

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:
Eigenkapitalrentabilität:
Cash-Flow:
Gesamtleistung je Mitarbeiter:
Personalaufwandsquote:

2009	2008	2007	Angaben in
			%
2,80	-4,09	1,70	%
14	-20	8	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,99	71,98	69,02	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	474.184,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	2.159,00	m ²

e) Lagebericht

Die Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung unterstützt sozial benachteiligte blinde und sehschwache Einwohner der Stadt Halle (Saale). Der Stiftungszweck wird durch die Verpachtung und Verwaltung des Grundbesitzes verwirklicht.

Die Jahresrechnung zur Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben wurde durch die Stiftungsverwaltung erstellt und durch die Stiftungsaufsicht vorab geprüft. Die Feststellung des Jahresberichtes 2009 und Entlastung des Geschäftsführers erfolgte in der Vorstandssitzung vom 01.06.2010.

Ertragslage

Im Jahr 2009 wurden 13,2 T€ an Pachteinnahmen erzielt. Die Pachtzahlungen erfolgten pünktlich zu den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen.

Da der Grundbesitz der Stiftung längerfristig verpachtet ist, kann auch für die nächsten Jahre von einer konstanten Pachteinnahme ausgegangen werden.

Betrieblicher Aufwand

Im Vergleich zu den Vorjahren ist nach Bereinigung des Aufwandes um periodenfremde und außerordentliche Aufwendungen eine nahezu konstante Aufwandsentwicklung in Höhe von ca. 5 T€ zu verzeichnen.

Vermögenslage

Die Stiftung kann gemäß § 58 Nr. 7a AO ein Drittel des Überschusses aus der Vermögensverwaltung einer freien Rücklage zuführen.

Bei einem Überschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 19.307,30 € wurde eine Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO in Höhe von 6.435,77 € eingestellt, d. h. ein Drittel der Mittel wurden regelungskonform verwendet.

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten. Die freie Rücklage beträgt nunmehr insgesamt 36.662,89 €.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Große Nicolaistraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 6.411

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	6.411	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktorium:	Birnbaum, Clemens	(seit 01.08.2009)	
	Dr. Adlung, Philipp	(bis 30.06.2009)	
	Dr. John, Hanna	(seit 01.07.2009	bis 31.07.2009)
Kuratorium:	Dr. Bergner, Annegret	(seit 26.08.2009)	
	Froboese, Klaus		
	Hoberg, Uwe		
	Prof. Dr. Olbertz, Jan-Hendrik		
	Prof. Ehrler, Ludwig	(bis 26.08.2009)	
	Prof. Neven DuMont, Alfred		
	Szabados, Dagmar		

* Der Jahresabschluss 2009 lag zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor. Die angegebenen Daten beziehen sich auf den 31.12.2008.

Fachbeirat:

Vorsitzender

Prof. Dr. Hirschmann, (seit 23.10.2009 Vorsitzender)

stellv. Vorsitzender

Wolfgang
Bischoff, Detleff

Dr. Latcham, Michael

Klausing, Ronald

Prof. Dr. Ruf, Wolfgang (bis 23.10.2009 Vorsitzender)

Prof. Steffens, Karl-Heinz

Quäschning, Bettina

Voß, Stefan

Ehrenmitglied

Bartoli, Cecilia

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Ausstehende Einlagen

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2008	
T€	%
18.540	67
7.353	27
1.577	6

Bilanzsumme

27.469	100

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%
26.776	97
683	2
10	0

Bilanzsumme

27.469	100

bb) GuV

	2008
	T€
Umsatzerlöse	4
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2
sonstige betriebliche Erträge	5.063
Materialaufwand	2
Personalaufwand	1.158
Abschreibungen	52
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.289
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.565
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.565
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.565

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	40.013,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,21	%
Cash-Flow:	1.617	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	281	T€
Personalaufwandsquote:	22,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	26,76	%
Eigenkapitalquote:	97,48	%
Fremdkapitalquote:	2,52	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1.) Personal

Das Händel-Haus arbeitet seit dem 1.1.2008 in der Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts. Der Personalübergang von der Stadt Halle als bisheriger Arbeitgeberin zur Stiftung Händel-Haus als neuer, vollzog sich kraft Gesetzes gemäß § 613a BGB. Im Einigungsverfahren der Stadt Halle (Saale) mit der Personalvertretung wurde am 21.12.2007 eine Einigung erreicht.

Die Stiftung Händel-Haus verfügt damit gegenwärtig über 25 fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.) Vorbereitung und Koordinierung des Händel-Gedenkjahres 2009

Unter dem Titel „Händel 2009“ wurden verschiedene Maßnahmen zur Entwicklung des Händel-Hauses vorbereitet. Die wichtigsten Vorhaben waren dabei:

- Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes und Schaffung eines neuen Eingangsbereiches mit Besucherinformationszentrum und Shop
Architekt: Johann Fromme, Halle
Durchführungszeitraum: Mai-Dezember 2008, bis Februar 2009 Einrichtung Shop und Besucherinformationszentrum
- Sanierung von Dach und Fassade
Architekt: Johann Fromme, Halle
Durchführungszeitraum: Mai-Dezember 2008
- Grundlegende Erneuerung der beiden Dauerausstellungen „Georg Friedrich Händel“ und „Regionale Musikgeschichte“ nunmehr unter dem Obertitel „Händel der Europäer“
Gestalter: Architekten Gerhards & Glücker, Leipzig
Durchführungszeitraum: Dezember 2007 (Planung)-April 2009
- Gesamtkoordinierung aller Veranstaltungen zum Gedenkjahr in Halle
Arbeitsgruppe „Händel-Ehrung 2009 in Halle“
Arbeitsgruppe „Händel 2009“ mit der IMG Sachsen-Anhalt
Website „Händel 2009“ (seit Februar 2008 frei geschaltet)

3.) Entwicklung und Umsetzung einer neuen Dachmarke

Eine Zuwendung des Beauftragten der Bundesregierung für Medien und Kultur (BKM) von € 25.000,- hat die Neuentwicklung eines Corporate Design ermöglicht. Es wurden im Rahmen eines Wettbewerbs im Mai acht Designerbüros aus Halle mit der Ausarbeitung von Entwürfen beauftragt. Gewinner wurde Ronald Reinicke, der die Ausarbeitung bis zum 31.12. vorgenommen hat. In einem Manual wurden die Gestaltungsprinzipien festgelegt. Sie bestehen u.a. in der Verwendung eines Logos, der Hausschrift Caslon sowie einer festgelegten Farbpalette. Neu ist die Vereinheitlichung auch zwischen Händel-Haus und den Händel-Festspielen.

Seit Sommer 2007 wurden die Druckerzeugnisse bereits entsprechend dieser neuen Dachmarke umgesetzt. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die neue Dachmarke dem Haus ein modernes Design gibt und unbegrenzte Möglichkeiten in der der Anwendung gibt. Dies ist unter Marketing-Gesichtspunkten von größter Bedeutung.

4.) Inhaltliche Ausrichtung

Die inhaltliche Arbeit des Händel-Hauses wird weiterhin durch die lebendige Pflege des Werkes Händels bestimmt. Die Stiftungssatzung umschreibt es wie folgt:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes.

Als neue Schwerpunkte wurden gesetzt:

(a) Laufende Veranstaltungen:

Eine neue Konzertreihe „**Händels Schatzkammer**“, bei der gezielt Instrumente aus der Sammlung gespielt werden. Diese gemeinsam mit der Staatskapelle durchgeführte Reihe wird als Gesprächskonzert durchgeführt. Dabei werden Musik, Instrumente und Interpretationen hinterfragt; das Publikum kann Fragen stellen. Die Reihe hat sich sofort mit einem Besuch von rund 100 Gästen zu einer Profil bildenden Attraktion im Händel-Haus entwickelt. Die Besucher kommen teilweise aus Leipzig und sogar Berlin angereist.

Weiter wurde im Sommer ein „**Jazz-Sommer**“ im Innenhof des Hauses durchgeführt. Die fünf Konzerte, u.a. mit bekannten Jazzern wie Almut Grimmer oder Ecki Gleim aber auch dem Jazzorchester des Konservatoriums, wurden von bis zu 250 Gästen besucht. Angesichts dieses unerwartet großen Zuspruchs soll die Reihe 2008 bei Eintritt und weiter erhöhte Qualität durchgeführt werden. Die Reihe hat bereits im ersten Jahr ihrer Durchführung ein neues Publikum mit dem Händel-Haus in Berührung gebracht.

(b) Forschung:

Die Instrumentensammlung bildet den größten Schatz des Hauses. Zudem verfügt das Haus mit drei fest angestellten Restauratoren über hoch qualifizierte Fachleute. Eine Stärkung der Forschung - wie sie das Bach-Archiv in Leipzig und das Beethoven-Haus in Bonn seit Jahrzehnten auszeichnet - soll deshalb in diesem Bereich ansetzen. Dafür wurde bei der Kulturstiftung des Bundes ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Statische Untersuchungen an historischen Tasteninstrumenten“ zur Förderung eingereicht. Es umfasst Grundlagenforschung ebenso wie mustergültige Restaurierung und Spielbarmachung eines Tangentenflügels. Die Ergebnisse werden auf einem wissenschaftlichen Symposium diskutiert und verbreitet. Ein Konzertwochenende bei den Festspielen 2010 wird dann die Ergebnisse einem internationalen Publikum vorstellen. Die Kulturstiftung hat mit Bescheid vom 26.2.08 die beantragten Mittel von € 174.800,- bewilligt. Kooperationspartner sind die Technische Universität Dresden (Institut für Statik und Dynamik der Tragwerke), das Kunsthistorische Museum in Wien sowie die Stiftung Weimarer Klassik.

(c) Händel-Festspiele (5.-15.6.08)

Befürchtungen, dass die Festspiele 2008 angesichts der schon jetzt großen Aufmerksamkeit für 2009 ein wenig im Schatten stehen könnten, haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Das Motto hieß diesmal „Geistliche Musik im profanen Raum. Von La Resurrezione zum Messiah“, und beschäftigte sich mit Händels großen Oratorien, die meist in weltlichen Räumen und weniger in Kirchen aufgeführt wurden. Das Thema war zugleich Gegenstand der wissenschaftlichen Konferenz.

Von den vielen Aufführungen darf die Neuproduktion am Opernhaus, Händels Oratorium „Belshazzar“, hervorgehoben werden. Das Händelfestspielorchester und die musikalische Leitung von Martin Haselböck wurden von der Kritik außerordentlich gelobt, mit Einschränkungen auch die Regiearbeit von Philippe Calvario. Außerordentlich gelungen war auch eine konzertante Aufführung der Oper „Rodrigo“ mit dem spanischen Ensemble Al Ayre Espanol. Von den Oratorienaufführungen verdienen Hervorhebung „La Colpa“ von Scarlatti und Händels „Resurrezione“ mit La Stagione unter Michael Schneider und „Samson“ mit dem Festspielorchester Göttingen unter Nicholas McGegan.

Die Festspiele und das umfangreiche Begleitprogramm zogen wie schon im Vorjahr 40.000 Gäste von nah und fern an. Das Budget wurde eingehalten, die Einnahmen lagen in etwa beim Vorjahreswert. Die Zuwendungen aus der Wirtschaft lagen ebenfalls mit € 130.000,- bei denen der Vorjahre. Für die Festspiele 2009 zeichnet sich schon jetzt ein höherer Betrag ab. Nach wie vor schwierig erweist sich bei der Erlangung von Drittmitteln immer noch nicht sehr starke Wirtschaftskraft der Region.

Während der Festspiele wurde auch eine Kabinettausstellung im Händel-Haus mit dem Titel „Händel und die Kastraten“ eröffnet. Sie wurde im Handel House London konzipiert und nun in Halle gezeigt.

Als Neuigkeit wurden am 6. Juni erstmals Händel-Kinderfestspiele durchgeführt. Federführend war dabei die SKV Kita Halle, die Schirmherrschaft hatte Frau Oberbürgermeisterin Szabados übernommen. Angeboten wurde ein reiches Programm von Kindern für Kinder. Beispielsweise konnte man die Wassermusik an der Saale „nachspielen“ oder Händel Portrait auf der Burg Giebichenstein in Ton kneten. Das Programm wurde ein großer Erfolg und hat einige hundert Kinder erstmals in Berührung mit dem großen Komponisten Händel gebracht. Es soll im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Am 6.6. trafen sich im Händel-Haus Delegationen der Stadträte aus Halle und Göttingen samt deren Bürgermeister. Ziel war es, eine engere Zusammenarbeit beider „Händel-Städte“ abzustimmen. Im Rahmen eines Kooperationspapiers wurde verabredet, zukünftig gegenseitige Gastspiele durchzuführen und das Marketing aufeinander abzustimmen.

(d) Finanzielles

Die Stiftung hat das festgelegte Budget eingehalten und konnte mit den öffentlichen Zuwendungen ihre Aufgaben bestreiten.

Mit einem festen Budget von 3.353 T€ von der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt, weiteren Fördermitteln, Spenden und Investitionszuschüssen von insgesamt 1.238 T€ und Erlösen aus dem Verkauf von Eintrittskarten in der Höhe von 472 T€ konnten die Aufgaben der Stiftung im Gründungsjahr erfolgreich erfüllt werden.

Ein Großteil der Zuschüsse und Fördermittel wurde erst im IV. Quartal 2008 ausgezahlt. Dadurch wurden ca. 1.200 T€ als Investitionsrücklage für das neu gestaltete Händel-Museum und Händel-Haus und ca. 310 T€ für das Händel-Jubiläum 2009 aus dem Jahresüberschuss zum 31.12.2008 verwendet.

Die liquiden Mittel zum 31.12.2008 betrugen 1.205 T€ und 309 T€ waren die offene Forderung gegenüber der Stadt Halle aus den getroffenen Vereinbarungen.

Der Grundstock der Stiftung in Höhe von 6.410 T€ setzt sich ausschließlich aus dem eingebrachten Kunstgut zusammen.

Die satzungsmäßige Rücklage von 18.800 T€ ergibt sich aus der Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) bis in das Jahr 2017.

Vorrangig aus Verpflichtungen für die Händel - Festspiele 2009, einzelne Reparatur- und Instandhaltungsaufgaben und diverse andere Verpflichtungen wurden die Rückstellungen in Höhe von 683 T€ eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder sonstige Verbindlichkeiten bestanden zum 31.12.2008 nicht.

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 24
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Stiska, Rolf

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Bönisch, Bernhard	(bis 26.08.2009)
		Dr. Meerheim, Bodo	(bis 26.08.2009)
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	(seit 26.08.2009)
		Ewert, Gertrud	
		Heinemann, Jens	
	Prof. Ehrler, Ludwig	(bis 26.08.2009)	

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz

(seit 26.08.2009)

Stromberg, Kay

Wolff, Sabine

(seit 26.08.2009)

Aufsichtsrat

31.07.2009	31.12.2008
T€	T€
1	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%
28.460	82			28.460	
6.122	18	530	100	5.592	1.054
78	0			78	

Bilanzsumme

34.660	100	530	100	34.130	6.436

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%
28.233	81	30	6	28.203	93.388
1.076	3	2	0	1.074	53.695
1.658	5	495	93	1.163	235
3.693	11	3	1	3.690	113.528

Bilanzsumme

34.660	100	530	100	34.130	6.436

bb) GuV

	2009	2008
	T€	T€
Umsatzerlöse	22.124	
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	13	
sonstige betriebliche Erträge	374	100
Materialaufwand	2.370	
Personalaufwand	17.641	53
Abschreibungen	928	
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.100	42
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-512	5
sonstige Steuern	1	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-513	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-513	5

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,32		%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,78	20,79	%
Cash-Flow:	416	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	38		T€
Personalaufwandsquote:	78,37	52,79	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,99		%
Eigenkapitalquote:	81,46	5,69	%
Fremdkapitalquote:	18,54	94,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2009	31.12.2008	Angaben in
Besucher	139.358,00	----	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	957,00	----	Anzahl

e) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Am 25.06.2008 beschloss der Stadtrat mit sofortiger Wirkung die Gründung eines Mehrspartenhauses in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 € unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in die die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle, Staatskapelle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollten. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft wurde Herr Rolf Stiska bestellt.

Die Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die Gesellschaft erfolgte zum 1.1.2009 auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 26.11.2008.

Die Gründungsphase erstreckt sich im Wesentlichen auf das erste Rumpfgeschäftsjahr.

Dieses begann mit der Eintragung in das Handelsregister am 22.07.2008 und endete am 31.12.2008.

Kernaufgaben des Geschäftsführers in der Gründungsphase bestanden in der termingerechten Erledigung der Gründungsformalitäten, insbesondere der Vorbereitung und Realisierung der Überführung des Regiebetriebes Verbund Oper / Staatskapelle und der beiden Eigenbetriebe Kulturinsel Halle und Thalia Theater Halle zum 01.01.2009 in die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Dazu wurde am 26.11.2008 der Stadtratsbeschluss gefasst.

Anschließend wurde die Personalüberleitung vorbereitet. Hierzu sind die Mitarbeiter der zu überführenden Einrichtungen auf der Grundlage des Überleitungsvertrages über den Betriebsübergang und die sich daraus für sie ergebenden Folgen gemäß § 613a Abs. 5 BGB unterrichtet worden. Eine entscheidende Maßnahme, die für den Übergang der Musiker der Staatskapelle richtungweisend war, bildete die Aufnahme der Verhandlungen zu einem Haustarifvertrag.

Mit dem Übergang des Personals zum 01.01.2009 - dank der guten Vorbereitung widersprachen nur 7 Mitarbeiter dem - Betriebsübergang - nahm die Gesellschaft ihre eigentliche Geschäftstätigkeit auf und trat damit in die zweite Phase der Entwicklung ein.

Bei der Beschlussfassung zur Überführung der bisherigen Eigenbetriebe der Stadt Halle - Kulturinsel und Thalia Theater sowie der kommunalen Regiebetriebe - Oper/Staatskapelle - wurde davon ausgegangen, dass diese Einrichtungen zum Jahresende 2009 insgesamt 618 Vollzeitstellen und 12 Stellen für Auszubildende umfassen. Unter Berücksichtigung von 11 unbesetzten Stellen und 7 Widersprüchen gegen den Betriebsübergang sind ab 1. Januar 2009 600 Personen sowie 12 Auszubildende unter dem Dach der GmbH zusammengeführt und hier weiter beschäftigt worden.

Die GmbH trat auf diese Weise mit Wirkung zum 01.01.2009 in alle Arbeits-, Dienst- und Ausbildungsverhältnisse mit den Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden ein, die bis zum 31.12.2008 in den zu überführenden Betrieben der Stadt beschäftigt waren.

Gleichzeitig wurde die Vermögensübertragung der oben genannten Betriebe in die GmbH vorbereitet. Der dazu notwendige Ausgliederungsvertrag, der neben der Personalüberleitung auch die Eingliederung der Vermögensgegenstände des Eigentums Stadt Halle in die Theater, Oper und Orchester GmbH regelt, konnte am 10.08.2009 notariell beglaubigt werden. Die Eintragung der Ausgliederung in das Handelsregister des Amtsgerichts Stendal wurde fristgerecht vor dem 31. August beantragt und erfolgte mit Datum vom 3.9.2009.

Wichtige Voraussetzung hierfür waren die Erstellung der Zwischenabschlüsse für die Eigenbetriebe Kulturinsel und Thalia Theater zum 31.12.2008 sowie die Erarbeitung der Vermögens- und Schuldenübersicht für die kommunalen Regiebetriebe des Verbundes Oper/Staatskapelle Halle.

Im Zusammenhang mit der Übertragung des Grundvermögens von der Stadt Halle auf die GmbH fand ein Rechtsträgerwechsel statt, der grunderwerbssteuerpflichtig ist.

Die Beschlussfassung des Stadtrates zur Überführung der Einrichtungen in die GmbH zielte darauf ab, die Höhe der Grunderwerbssteuer bei oder nahe Null zu halten.

Nach den Anlagebuchwerten der Grundstücke hätte sich eine Grunderwerbssteuer von 889.9 T€ ergeben. Im Verlaufe des 1. Halbjahres konnte nach Ermittlung der Verkehrswerte, die der Berechnung der Grunderwerbssteuer zugrunde gelegt wurden, eine Ersparnis von 790.3 T€ erreicht werden. Die in 2010 zu zahlende Grunderwerbssteuer beträgt 99.6 T€.

Die GmbH arbeitete mit einem weiteren Rumpfwirtschaftsjahr, welches am 01.01.2009 begann und am 31.07.2009 endete. Es schließt sich nun das erste volle Geschäftsjahr für den Zeitraum vom 01.08.2009 bis 31.07.2010 an.

Es war erklärte Absicht der Geschäftsführung, unter den Bedingungen der neuen Betriebsform die für die Spielzeit 2008/2009 in den vordem selbständigen Einrichtungen geplanten und veröffentlichten Spielplänen termingerecht und vollständig zu realisieren. Infolge des zeitlichen Vorlaufs in der Inszenierungsarbeit und der vorhandenen Repertoiresituationen bestanden im Zeitraum vom 1.1. bis zum 31.7.2009 nur geringe Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich zu beeinflussen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit bestand darin, die Arbeitsfähigkeit der neu gebildeten zentralen Bereiche und Abteilungen sowohl inhaltlich als auch räumlich zu sichern. Arbeitsbereiche, Arbeitsabläufe und Aufgaben der Mitarbeiter wurden neu geordnet. Die damit einhergehenden daten- und IT-technischen Voraussetzungen mussten als einheitliches System neu geschaffen werden. Durch großen Einsatz verantwortlicher Mitarbeiter konnten die speziell im Verwaltungsbereich hohen Anforderungen, die sich in Folge der Umstellung sowie durch die große Zahl zusätzlicher Abschlüsse ergaben, ohne Störungen des Betriebsablaufs gemeistert werden. Schwieriger gestaltete sich der Zentralisierungsprozess auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit.

2. Ertragslage und personelle Entwicklung

Das 2. Rumpfgeschäftsjahr der Theater, Oper und Orchester GmbH stellt eine Besonderheit dar. Es umfasst die letzten 7 Monate der Spielzeit 2008/2009. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Gründungsphase der GmbH hatten die städtischen Eigenbetriebe Kulturinsel und Thalia Theater bereits einen Wirtschaftsplan für den Zeitraum 01.08.2008 bis 31.07.2009 verabschiedet und waren in die Umsetzungsphase getreten. Der Regiebetrieb Oper hatte die Spielzeit 2008/2009 ebenfalls 2 Jahr zuvor künstlerisch geplant.

Das führte dazu, dass der betrachtete Berichtszeitraum in der Planungsphase der Spielzeit keine herausgehobene Rolle spielte. Zum 31.12.2008 wurde bei den Eigenbetrieben ein Zwischenabschluss und kein Jahresabschluss erstellt.

Die geplanten Premieren verteilten sich somit auf die komplette Spielzeit.

Wenn im Berichtszeitraum die letzten 7 Monate betrachtet werden, können Verschiebungen auch bei den Besuchern und den Umsatzerlösen nicht ausgeschlossen werden.

Für die Sparten der Theater, Oper und Orchester GmbH ergibt sich folgende Darstellung:

In der Oper konnten folgende Premieren zur Aufführung gebracht werden:

Don Carlo, Oper	24.01.2009
Mein Freund Bunbury, Musical	06.03.2009
Daphnis + Chloe, Ballett	12.04.0009
Der brave Soldat Schweijk, Oper	09.05.2009
Floridante, Oper - Händelfestspiele	05.06.2009

162 Vorstellungen erreichten 37.836 Besucher. Damit wurden 455 T€ Erlöse aus dem Kartenverkauf erzielt.

Die Staatskapelle gab in Halle 59 Konzerte vor 35.372 Besuchern. 21 Konzerte wurden in Sachsen-Anhalt, 7 in anderen Städten Deutschlands und 4 im Ausland gegeben.

Bei den Konzerten in Sachsen-Anhalt bildeten den Schwerpunkt 16 Schüler- und Jugendkonzerte.

Damit erlebten weitere 14.613 Besucher den Klangkörper. Außerdem wirkten die Musiker in 101 Opern-, Operetten-, Ballett- und Musicalaufführungen mit. Es konnten 493 T€ Erlöse aus dem Kartenverkauf realisiert werden.

Höhepunkte waren die Konzerte zum 250. Todestag von G. F. Händel, darunter ein Sonderkonzert in der Marktkirche Halle am 19.04.2009 unter Leitung von Howard Arman mit Fernsehmitschnitt und Live-Übertragung in 40 Länder sowie die szenische Produktion „Kastraten - Gesang nach Messers Schneide“.

Die Kulturinsel konnte 350 Vorstellungen vor 32.669 Zuschauern aufführen und damit 328 T€ Einnahmen erzielen.

Davon entfielen 207 Vorstellungen mit 21.512 Zuschauern und 193 T€ Einnahmen auf das Ensemble des neuen Theaters und 143 Vorstellungen vor 11.157 Zuschauern und 135 T€ Einnahmen auf das Ensemble des Puppentheaters.

Folgende Premieren kamen am neuen Theater zur Aufführung:

Wer hat Angst vor Virginia Woolf	31.01.2009
Raub der Sabinerinnen	14.02.2009
Die Jungfrau von Orleans	30.04.2009
Ernst sein ist wichtig	18.06.2009

Die Spielzeit 2008/2009 der Kulturinsel stand unter dem Motto „Biografie. Ein Spiel“. Die spektakuläre Uraufführung des Skandalromans „Feuchtgebiete“, die den Blick aller großen Zeitungen nach „Theater der Welt“ noch einmal nach Halle lenkte, war ein gelungener Auftakt. Im Berichtszeitraum, also in der zweiten Spielzeithälfte, hat eine beispiellose Krankheitswelle am neuen Theater den guten Spielzeitstart gebremst. Die Premiere „Die Jungfrau von Orleans“ musste vom 03.04. auf den 30.04.2009 verschoben werden, die Premiere von „Ernst sein ist wichtig“ vom 15.05. auf den 18.06.2009. Ständigestellungsänderungen über mehrere Monate haben die Zuschauer verunsichert und die Besucherzahlen geschmälert.

Im Puppentheater konnten im Berichtszeitraum zur Aufführung gebracht werden:

Ostseeballade als Uraufführung	07.03.2009
Elisabeth. Virgin Queen	13.06.2009

Letztere Inszenierung hat als Koproduktion mit der Volksbühne Berlin und dem Theater Stuttgart deutschlandweit für Aufsehen gesorgt. Die Koproduktion mit den Händelfestspielen „Anaesthesia“ war einer der künstlerischen Höhepunkte des Händeljubiläumsjahres.

Das Thalia Theater konnte im Berichtszeitraum 18 Premieren und 1 Festival ausrichten. Im Großen Saal des Thalia Theaters sind 8 Premieren gezeigt worden.

Zu nennen sind hier:

Spuk hinterm Riesenrad - Schulfasching	15.01.2009
Der Fischer und seine Frau	05.02.2009
The Who's Tommy	20.02.2009
Zurück in die Zukunft	03.04.2009
Familienporträt	06.05.2009
Aus den Erinnerungen eines Esels	10.05.2009
Rap Titan	10.05.2009

4 Premieren wurden außerhalb des Thalia Theaters an verschiedenen Orten der Stadt zur Aufführung gebracht, so in der Aula des Löwengebäudes, im ehemaligen Fernsehstudio am Waisenhausring, auf der Oberburg der Burg Giebichenstein sowie in der Montessorischule Halle.

6 Premieren fanden im Rahmen des Stipendiatenprogramms „Formate. Neue Wege in der Kultur“ statt.

Den Höhepunkt der zweiten Spielzeithälfte bildete die Premiere von „Franziska Linkerhand“ auf dem Universitätsplatz.

Nach jahrelangen Klassiker-Aufführungen auf dem Universitätsplatz gelang es im Sommer 2009 mit einem neuartigen Stoff, ein Publikum zu interessieren. Die Inszenierung „Franziska Linkerhand“ setzte, in Vorbereitung der IBA 2010 und den vielfältigen Auseinandersetzungen des Thalia Theaters mit der Stadt und dem Stadtumbau von Halle in der Vergangenheit, unerwartete Akzente. Es wurden 80 T€ erzielt.

Weitere Einnahmen in Höhe von 50 T€ ergaben sich aus Vermietungen, dem Verkauf von Programmheften und geschlossenen Vorstellungen.

Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.1. bis 31.7.2009 sah der Plan der GmbH Erlöse aus eigenem Umsatz in Höhe von 1.474 T€ vor. Diese Summe hatte sich aus den anteiligen Einnahmeplänen der einzelnen Einrichtungen ergeben.

Im Ergebnis blieb die Theater, Oper und Orchester GmbH mit 66,7 € unter dem Planwert. Diese Unterschreitung der geplanten Erlöse korrespondiert mit der Nichterreichung geplanter Besucherzahlen.

Einer Plangröße von 148.810 stehen im Ist 139.358 Besucher gegenüber. Im Gegensatz dazu liegt die Zahl von 957 geleisteten Vorstellungen und Konzerten deutlich über dem Plan, der 901 Vorstellungen vorsah.

Stärker als die Gesamtzahlen offenbart die Gegenüberstellung der Plan-Ist-Entwicklung nach Sparten die Problematik. Hier zeigt sich, dass allein die Staatskapelle die Leistungs- und Umsatzziele erreichen und überbieten konnte. Dies trug wesentlich dazu bei, die Unterschreitung der Planziele aller anderen Sparten etwas auszugleichen. Im Vergleich zum Plan erreichte die Oper nur 90,3 % der geplanten Besucher und nur 76,8 % der Erlöse, die Kulturinsel nur 87,4 % der Besucher und 92,9 % der Erlöse, das Thalia Theater nur 71,4 % der Besucher und 78,8 % der Erlöse.

In diesen Zahlen zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen Plan und Ist, die offensichtlich seit Jahren bestehen und durch Übernahme in die GmbH eine schwere Belastung für deren wirtschaftliche Situation darstellen. Insgesamt muss sowohl die Besucher- als auch die Ertragslage sowohl der Oper als auch der beiden Schauspielbühnen als unbefriedigend eingeschätzt werden. Die Hauptursache für diese Situation besteht in allen diesen Sparten in einer unzureichenden Publikumswirksamkeit der Spielplanangebote.

Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.1. bis 31.7.2009 stand der Theater, Oper und Orchester GmbH ein planmäßiger Zuschuss in Höhe von 21.583 T€ zur Verfügung. Im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Haustarifvertrages, der gemäß Stadtratsbeschluss eine Alternative zur Kündigung von 53 Musikern darstellte, verändert sich die mehrjährige Zuschussentwicklung. Für das Rumpfgeschäftsjahr erfolgte dementsprechend eine Verringerung des geplanten Zuschusses auf 20.717 T€.

Die geplanten Gesamtkosten für das Rumpfgeschäftsjahr beliefen sich auf 23.435 T€. Davon entfielen 18.606 T€ auf Personalkosten. Mit dem Haustarifvertrag sanken diese Kosten planmäßig um 965 T€ auf 17.641 T€. Diese Summe wurde im Ist um 218 T€ unterschritten.

Die Senkung der Personalkosten durch den Haustarifvertrag für die Musiker der Staatskapelle und darüber hinaus entspricht der grundsätzlichen Zielstellung der GmbH, den Personalaufwand mittelfristig deutlich zu verringern. Bis zum Ende des Kalenderjahres 2011 soll die Zahl der Stellen gegenüber dem Anfangsbestand um etwa 100 Vollzeitstellen (VZS) reduziert werden. Dementsprechend ist es seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit ein Hauptanliegen, in dieser Richtung zu wirken.

Von den 618 Stellen der GmbH waren am 1.1.2009 607 VZS besetzt. In dieser Zahl sind auch die 7 Beschäftigten enthalten, die dem Betriebsübergang widersprochen hatten, aber im Kalenderjahr 2009 gemäß Übereinkunft mit dem Gesellschafter noch von der GmbH finanziert. Die Differenz zwischen 618 Plan- und 607 Ist-Stellen erklärt sich im Wesentlichen aus 5 nichtbesetzten Schauspielerstellen am neuen Theater und 4 nichtbesetzten Sängerstellen der Oper. Bis zum 31.7.2009 ist der Personalbestand auf 587 Vollbeschäftigte verringert worden. Davon entfallen 16 Vollbeschäftigte auf Musiker im Zusammenhang mit dem Haustarifvertrag. Die über den Haustarifvertrag für die Musiker hinaus erzielten Einsparungen an Personalkosten liegen niedriger als es der Personalabbau erwarten lässt, da der Stellenplan nicht voll finanziert war. Die erreichte Kostensenkung in den Personalkosten wirkt sich zu dem nicht positiv auf das Ergebnis aus, da anstelle von fest verpflichteten Mitarbeitern Gäste zum Einsatz kamen. Speziell in der Oper zeigte sich im Verlaufe der Plandurchführung eine größere Deckungslücke zwischen Plan und Ist bei den Honoraren, die nicht durch Einsparungen in den Personalkosten zu schließen war. Wie bei den Einnahmen handelt es sich auch hier um langfristige Plan-Ist-Differenzen, die in die GmbH übernommen wurden und hier einer Lösung zugeführt werden müssen.

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt Halle über ein Anlagevermögen am 31.07.2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Eigenkapital konnte neben dem gezeichneten Kapital in Höhe der Stammeinlage von 25 T€ zum Bilanzstichtag einen Zugang bei der Kapitalrücklage von 28.716 T€ ausweisen.

Die Bilanzaktivseite weist Forderungen gegen den Gesellschafter in Höhe von 913 T€ aus. Darin enthalten sind 8,5 T€ Forderungen gegenüber dem Finanzamt.

Die Gesellschaft schließt das Rumpfgeschäftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 513 T€ ab.

Davon werden lediglich 92 T€ liquiditätswirksam, d. h. nur diese Summe stellt einen echten Verlust dar. Bei den verbleibenden 421 T€ handelt es sich um zu bildende Urlaubsrückstellungen in Höhe von 388 T€. Es handelt sich hierbei um Anteile des Jahresurlaubes von Mitarbeitern, die nicht bis zum Ende des Rumpfgeschäftsjahres gewährt wurden. Mit der Inanspruchnahme des Urlaubs im weiteren Jahresverlauf werden diese Rückstellungen neutralisiert. Der Restbetrag in Höhe von 33 T€ resultiert aus einer Nachzahlung im Rahmen der Betriebsprüfung Verbund aus dem Jahre 2008.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle war mit der Gründung und mit ihrem Start besonderen Herausforderungen und Belastungen ausgesetzt. Diese Bestand vor allem in

- einer zusätzlichen wirtschaftlichen Belastung durch direkte Gründungsgebühren und umfangreiche Kosten durch notwendige betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Begleitung und Beratung, Prüfung zusätzlicher Abschlüsse, die Sicherung der verwaltungstechnischen Voraussetzungen durch Konzipierung und Ausrüstung mit neuer Hard- und Software sowie durch notwendige Umzüge
- der Notwendigkeit zur Gewährleistung eines Vorlaufs zur Vorbereitung der Spielzeit 2009/2010, hier insbesondere für die Weltpremiere des Musicals „Edgar Allan Poe“
- die Tatsache, dass aus den Plänen der ehemals selbständigen Einrichtungen, insbesondere der Oper, umfangreiche Planungslöcher in Einnahmen und Ausgaben übernommen worden waren
- der Erschwernis, dass die Neuorganisation des Rechnungswesens in den ersten Monaten keine ausreichenden Kontrollsysteme der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung standen.

Angesichts dieser Umstände kann das Ergebnis des Geschäftsjahres trotz des ausgabewirksamen Verlustes von 92 T€ durchaus als Erfolg umsichtigen Managements angesehen werden.

4. Zukunft

Die Theater, Oper und Orchester GmbH mit ihren nunmehr fünf künstlerisch eigenständigen Sparten sowie einem Schauspielstudio mit einem landesweit einmaligen Ensemble stellt ein großartiges Potential in der Kulturhauptstadt Halle und im Land Sachsen-Anhalt dar.

Es verfügt mittelfristig über Planungssicherheit, da bis einschließlich 2012 die Landeszuschüsse und die städtischen Zuschüsse festgeschrieben sind.

Die Chancen für die Zukunft bestehen in der Stärkung der einzelnen Sparten in ihrer Profilschärfung und ihren künstlerischen Kooperationen.

Damit einher geht die Möglichkeit, der GmbH ein über die Landesgrenzen hinaus reichendes künstlerisches Gesicht zu geben.

Die Risiken der künftigen Entwicklung bestehen zum einen in der Stabilisierung der Besucherentwicklung und der damit einhergehenden Umsatzerlöse.
Zum anderen gilt es große Kraft dafür zu verwenden, die geplante Kostenreduzierung zu erreichen, deren Hauptinstrument der Personalabbau darstellt.

Zoologischer Garten Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Fasanenstraße 5a
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jacob, Andreas

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Neumann, Wolfram
stellv. Vorsitzender	Töpfer, Gernot
	Andrä, Erwin
	Dr. Schmidt, Andreas

Beirat:

Leibrich, Birgit	(bis 25.11.2009)
Patzschke, Steffen	(bis 25.11.2009)
Szabados, Dagmar	(bis 25.11.2009)
Willecke, Thomas	(bis 25.11.2009)

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Beirat	1	1	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
34.307	98	37.188	97	37.199	95	-2.881	-8
595	2	945	2	1.833	5	-350	-37
13	0	34	0	43	0	-21	-61

Bilanzsumme

34.915	100	38.166	100	39.075	100	-3.251	-9

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
7.512	22	9.371	25	9.262	24	-1.859	-20
14.919	43	15.678	41	16.998	44	-760	-5
891	3	786	2	682	2	104	13
11.557	33	12.268	32	12.133	31	-711	-6
37	0	63	0	0	0	-26	-41

Bilanzsumme

34.915	100	38.166	100	39.075	100	-3.251	-9

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliche Erträge
außerordentliche Aufwendungen
außerordentliches Ergebnis
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2009	2008	2007
T€	T€	T€
1.350	1.328	1.456
5.145	5.174	4.837
974	936	881
2.914	2.866	2.800
1.830	1.928	1.776
802	930	781
13	58	41
491	578	559
-502	-678	-462
	797	
1.346		
-1.346	797	
	-0	0
11	10	11
-1.859	109	-473
-1.859	109	-473

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-137,74	8,18	-32,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	-19,84	1,17	-4,86	%
Cash-Flow:	-30	2.037	1.303	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89	88	86	T€
Personalaufwandsquote:	44,86	44,08	44,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,71	96,16	94,93	%
Eigenkapitalquote:	21,51	24,55	23,70	%
Fremdkapitalquote:	78,49	75,45	76,30	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Besucher	303.538,00	328.795,00	344.247,00	Anzahl
Tierbestand	1.710,00	1.466,00	1.631,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Die Gesellschaft, seit dem 01.01.1995, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH, dient dem Zweck nach dem Betrieb und der Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle, sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung.

Dabei werden ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der letztgültigen Fassung verfolgt.

Vor dem Hintergrund, dass ein zoologischer Garten eine kulturelle Einrichtung ist, die auf eine Nutzungsbereitschaft und Nutzungsfähigkeit großer Bevölkerungsgruppen angewiesen ist, kommt bei der Nutzungsfähigkeit der gesamtgesellschaftlichen Jahresentwicklung eine Schlüsselrolle zu. So ist statistisch gesehen die Besucherentwicklung aller deutschsprachigen Zoos nie besser gewesen als die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes.

Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes war 2009 das preisbereinigte BIP um 5,0% niedriger als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft. Die Schrumpfsquote ist die höchste der Nachkriegszeit. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt.

Der Beschäftigungsstand ging 2009 zu 2008 nur gering zurück, jedoch ist dies ein Ergebnis der massiven Ausweitung der Kurzarbeit. Die Bundesagentur für Arbeit hat dazu im Jahresdurchschnitt ein Niveau von 1.100.000 Personen benannt.

Die privaten Konsumausgaben stiegen im Jahr 2009 preisbereinigt um 0,4%. Bei der Differenzierung nach den Verwendungszwecken zeigt sich jedoch, dass lediglich bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung deutlich mehr ausgegeben wurde.

Die Bruttolöhne und Bruttogehälter gingen 2009 um 0,5% zurück. In diesem Rückgang spiegeln sich in erster Linie Kürzungen der Arbeitszeiten und der Vergütungen wider.

Insofern waren 2009 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb einer kulturellen Einrichtung als schwierig einzuschätzen.

Im Jahr 2009 konnte der Bergzoo insgesamt 303.538 Besucher begrüßen. Damit ist es zum 4. Mal in Folge gelungen, die 300 000 Marke zu überspringen. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit ihrer von der Bevölkerung empfundenen Unsicherheiten, eine psychologisch wichtige Größe. Neben dem positiven Aspekt dieser Aussage muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Planzahl bei den Besuchern um 26.462 Eintritte nicht erfüllt wurde. Hier betrug die Erreichung nach Köpfen 91,8%. Im langfristigen Mittel der Jahre 2004 bis 2008 mit 302.800 gibt es zu der Besucherzahl des Jahres 2009 eine Übereinstimmung.

Diese Trendentwicklung bei den Gesamtbesucherzahlen stützt die Kernaussagen das die

- Betreuung einer zoologischen Einrichtung immer auch einer Witterungsabhängigkeit unterworfen ist
- und es einer stetigen Steigerung der Attraktivität bedarf, um die Besucherzahlen zu steigern, damit jene Umsatzerlöse verwirklicht werden, die zum erfolgreichen Betrieb notwendig ist.

Bei den Umsatzerlösen ist eine Verstetigung des Vorjahresergebnisses zu verzeichnen. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Jahr 2009 gegenüber 2008 um 22.027,60 € auf 1.349.762,94 €. Damit wurde der Planumsatz nur mit 82 % erfüllt. Bezogen auf den durchschnittlich geplanten Zoeeintritt von 4,42 Euro pro Besucher ergab sich im Ist ein Wert von 3,88 Euro pro Besucher. Diese Mindererfüllung von 87,82 % ist in der verstärkten Nutzung der Familienangebote bei den Eintrittspreisvarianten zu erklären.

Der Zoo konnte damit ein weiteres Mal seinem Ruf als familienfreundlichste Kultureinrichtung in Halle mit der höchsten Besucherfrequenz gerecht werden.

Die bei den Umsatzerlösen, durch fehlende Besucher aufgetretenen Einbußen in Bezug auf die Plangrößen in Höhe von 282.791,95 € wurden durch Aufwandsreduzierungen kompensiert.

Die Darlehenskonditionen wurden im November 2008 durch die Bürgschaftserklärung der Stadt Halle gegenüber der Saalesparkasse von 5,0 % auf 4,25 % bzw. von 5,3 % auf 4,25 % gesenkt. Dies führte zu einer Aufwandsreduzierung bei Zins und Tilgung von 87.435,76 €.

Beim Materialaufwand wurden 79.914,61 € weniger ausgegeben als ursprünglich geplant. Die Verbrauchsmedien Wasser, Gas und Heizöl sowie die Elektroenergie schlugen dabei allein mit 76.591,42 € zu Buche. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden 34.868,38 € gegenüber dem Planansatz weniger eingesetzt. Der Personalbestand der Gesellschaft orientierte sich an der Planvorgabe, die eingehalten wurde. Die zahlungswirksamen Aufwendungen für Löhne und Gehälter blieben gegenüber dem Jahr 2008 unverändert. Hier leistete die Belegschaft einen erneuten aktiven Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle.

Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft vollzog sich im Berichtszeitraum in der Höhe, der durch den Investitionszuschuss der Stadt Halle vorgegebenen Umfang in Höhe von 255.600 €. Der hälftige Teil dieses Zuschusses floss in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die Softwareausstattung und den Kauf von Tieren, die übrigen Mittel wurden für den Eigenanteil der Solaranlage, den Eigenanteil am Wasserturm sowie für Herstellungskosten am komplexen Bauvorhaben verwendet.

Im Geschäftsjahr 2009 wird ein Jahresergebnis von minus 1.859.197,29 Euro ausgewiesen. Dieses Ergebnis wird durch eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 1.345.726,97€ auf die Gebäudesubstanz der Reilvilla im Wesentlichen verursacht.

Für diese Maßnahme sind zwei Ursachen anzuführen.

Der notwendige Aufwand der Sanierung des Bauwerkes ist höher als ursprünglich angenommen, die denkmalrechtlichen Auflagen und der desolate Zustand der Bausubstanz führten zu Mehraufwendungen die die Fertigstellung erheblich verzögern.

Weiterhin zeigte sich in dem bisherigen Interessenbekundungsverfahren zur Findung eines geeigneten Betreibers, dass kein Interessent bereit ist sich an den Investitionen zur Fertigstellung zu beteiligen, auch weil auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage mit einem geringeren Rückfluss aus der Investition zu rechnen sein wird.

Bereinigt um diesen Einmaleffekt des Jahres 2009 hätte die Gesellschaft ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -502.212,65 € erreicht und sich damit gegenüber dem Jahr 2008 um 176.251,09€ verbessert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Liquidität verringerte sich durch die Bezahlung von Verbindlichkeiten aus dem Jahr 2008 im Jahr 2009 von 822.452,30 Euro auf 451.489,17 Euro.

Risikobericht

Das Jahr 2009 hat die im Lagebericht des Jahres 2008 formulierten Faktoren mit hohem Beeinflussungsgrad für die erfolgreiche Geschäftstätigkeit in vollem Umfang bestätigt. Hier waren Witterungsverlauf, Tourismus- und Freizeitverhalten der Bevölkerung genannt und diesen Kriterien eine hohe Relevanz für Besucherzahlen und Umsatzzlage zugesprochen. Durch die wirtschaftliche Gesamtsituation, im Wirtschaftsbericht wurde dazu ausgeführt, ist dies, wie bereits ausgewählte Kennzahlen belegen, in großer Deutlichkeit sichtbar geworden. Dabei zeigt sich in solchen „extremen“ Jahren ganz deutlich, dass nur in Einrichtungen, in denen das Gesamtpaket stimmt, eine Stabilität bei den Besucherzahlen zu erreichen ist. Dabei sind Faktoren wie eine gute Verkehrsanbindung mit einer attraktiven Tierpräsentation und den wichtigen Faktoren des allgemeinen Wohlbefindens, wie eine zootypische Gastronomie, ordentlichen und leicht zu erreichenden Toilettenanlagen, aber auch einem entsprechenden zooüblichen und auch erinnerungsstiftenden Angebot an Handelsware von großer Bedeutung.

Im Geschäftsjahr 2009 musste das Totenkopffaffenhaus aus statischen Gründen geschlossen werden. Die Tiere sind provisorisch und für die Besucher nicht sichtbar im alten Elefantenhaus untergebracht. Der Besucherweg durch das Totenkopffaffenhaus musste zeitweilig gesperrt werden. Ein für die Gesamterscheinung des Zoologischen Gartens bedeutender Teil steht damit den Besuchern nicht zur Verfügung, das Gesamtensemble der Eingangssituation ist schwer gestört.

Hier wird gemeinsam mit der Stadt Halle an einer kurzfristigen Lösung gearbeitet. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand ist mit einer Sanierung und Wiedereröffnung im Jahr 2010 bzw. 2011 zu rechnen.

Von größter Bedeutung in jedem Zoo ist die gastronomische Versorgung der Besucher. Das Wohlfühl der Besucher sowie die Verweildauer werden durch diese maßgeblich bestimmt. Vor dem Hintergrund des Vertragsablaufes des derzeitigen Pachtvertrages zum Oktober 2010 und der Notwendigkeit der Fertigstellung der Reilvilla als gastronomisches Rückgrat des halleschen Bergzoos wurde im Geschäftsjahr eine Markterkundung „Gastronomie“ durchgeführt. Das Ergebnis dieser Recherche wird die Entscheidungsgrundlage für die zu fassenden Beschlüsse im Jahr 2010 sein und damit die Voraussetzung für die Versorgung bustouristischer Besucher schaffen, die in den kommenden Jahren eine Stabilisierung bzw. Erhöhung der Besucherzahlen erreichen sollen.

Die Gesellschafterin hat im Jahr 2009 die Voraussetzungen geschaffen um den Beirat in einen Aufsichtsrat umzuwandeln. Die allgemeinen Regularien der städtischen Beteiligungen werden damit eingehalten.

Ein in den Betriebsablauf integriertes Risikomanagementsystem weist kurzfristig auf Veränderungen in den Bereichen Besucherentwicklung, Personal, Tiergesundheit etc. hin.

Durch ein zeitnahes Erkennen und systematisches Erfassen von Chancen und Risiken besteht die Möglichkeit, Risiken in den oben genannten Bereichen von Fall zu Fall zielgerichtet zu steuern, das heißt, im Wesentlichen Risiken zu vermindern, auszuschalten oder in Kauf zu nehmen.

Im Rahmen der Risikomanagements sind alle Mitarbeiter angehalten, auftretende Risiken, die über das normale operative Geschäft hinausgehen, sofort der Geschäftsführung zu melden. Grundsätzlich erfolgen eine regelmäßige Bestandsaufnahme möglicher Risiken und eine Information der Belegschaft im Rahmen von Betriebsversammlungen. Zudem finden alle 14 Tage Dienstberatungen statt, in denen auf Probleme eingegangen wird.

Derzeit werden keine Risiken gesehen, die bestandsgefährdend sind.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- oder Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung bestehen nur durch höhere Gewalt bzw. bei behördlicher Anordnung der Schließung wegen einer auftretenden Seuche.

Mit Hilfe einer monatlichen Planbetrachtung erfolgt eine regelmäßige Risikoabschätzung verbunden mit der Festlegung und Durchführung von geeigneten Gegenmaßnahmen.

Wir danken der Gesellschafterin, dem Stadtrat, dem Zoobeirat, der Stadtverwaltung und der Saalesparkasse für die im Berichtszeitraum erwiesene Unterstützung und Hilfestellung.

Weitere Risiken für die künftige Geschäftsführung existieren nach Auffassung des Unterzeichnenden nicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt.

3.8 BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährsträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 118 Absatz 4 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 118 Abs. 4 GO-LSA. Danach hat eine geeignete Stelle das Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist diese geeignete Stelle.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Lork, Heinrich

Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar		
		Bönisch, Bernhard		
		Dr. Brock, Inés	(seit 26.08.2009)	
		Geier, Egbert		
		Härig, Christian	(seit 28.01.2009 bis 26.08.2009)	
		Hintz, Katharina	(seit 26.08.2009)	
		Kley, Gerry	(seit 26.08.2009)	
		Knöchel, Swen		
		Schlereth, Ludwig	(bis 26.08.2009)	
		Störmer, Reinhard	(bis 26.08.2009)	

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2009		2008		2007		Veränderungen 2009 zu 2008
T€	%	T€	%	T€	%	T€
170	34	202	42	216	50	-32
318	65	276	57	207	49	42
4	1	6	1	4	1	-2

Bilanzsumme

492	100	484	100	427	100	8

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€
62	13	62	13	62	15	0
95	19	130	27	146	34	-35
167	34	161	33	175	41	6
168	34	131	27	44	10	37

Bilanzsumme

492	100	484	100	427	100	8

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
außerordentliches Ergebnis
Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen
Jahresüberschuss

2009	2008	2007
T€	T€	T€
834	783	871
0	11	58
509	489	518
43	55	53
150	149	115
6	8	30
138	87	157
0	0	-5
138	87	90
0	0	62

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	181	142	205	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	139	130	174	T€
Personalaufwandsquote:	61,00	62,48	59,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	Angaben in
Sachanlagenintensität:	12,76	17,01	20,75	%
Eigenkapitalquote:	12,64	12,87	14,59	%
Fremdkapitalquote:	87,36	87,13	85,41	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2009 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Verfahren zur Entsendung/Wahl städtischer Mitglieder in Aufsichtsgremien

Die **Durchführung des Verfahrens zur Entsendung/Wahl von städtischen Mitgliedern in Aufsichtsgremien der Beteiligungen** im Sommer 2009 beruhte auf den Auswirkungen der Kommunalwahl vom 07. Juni 2009.

Die Unterstützung der Stadt bei der Neubesetzung der Aufsichtsgremien erfolgte auch im Eigeninteresse der Anstalt. Die satzungsgemäße Aufgabe einer **Wahrnehmung der Mandatsbetreuung** ist erst nach der Besetzung der Gremien möglich. Die Amtsperiode der Mitglieder in Aufsichtsgremien ist in der Regel an die Legislaturperiode des Stadtrates gekoppelt.

Auf Basis des endgültigen Wahlergebnisses wurden zunächst die **Zugriffsrechte der Fraktionen** ermittelt. Eine Informationsvorlage für die konstituierende Sitzung des Stadtrates bot den Fraktionen eine Entscheidungshilfe bei der Auswahl der Mandatsträger(innen).

Das Ziel eine Entsendung/Wahl von städtischen Mitgliedern in Aufsichtsgremien ist mit den **einstimmigen Entscheidungen des Stadtrates** am 26. August 2009 und der anschließenden gesellschaftsrechtlichen Transformation erreicht worden.

Den Mandatsträgern wurden in einer von der BMA organisierten Veranstaltung Rechte und Pflichten der Mitglieder von Aufsichtsgremien sowie Rolle und Aufgaben des Wirtschaftsprüfers vermittelt.

Zusätzlich wurde ein **strukturierter Vorschlag zur Vergütung** von Mitgliedern in Aufsichtsgremien unterbreitet.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2008

Der Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2008 wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2010 liegt er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Beschleunigt wurde der Prozess der Erstellung des Berichtes durch eine Spezial-Software. Die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung führt zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung. Der innovative Lösungsansatz wird von anderen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland und von dem Land Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich ebenfalls eingesetzt.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Eröffnungsbilanz wurde die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ unterstützt.

Im **Jahr 2008** stellte die BMA die Beteiligungswerte erstmals zusammen. Gleichzeitig wurden die Auswirkungen möglicher Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung auf die Wertansätze analysiert.

Mit der Verifizierung der Bilanzansätze im **Jahr 2009** wurden die im Vorjahr prognostizierten Wertansätze bestätigt (**Bewertungsstetigkeit**).

Die **prüffähigen Unterlagen** zur Bewertung wurden laufend ergänzt.

In Abstimmungsgesprächen mit dem Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt konnte die **Statthaftigkeit weiterer Bewertungsmethoden** (Substanzwert, Ertragswert) erreicht werden.

Die **Ordnungsmäßigkeit der Verfahrensweise** zur Ermittlung der Bilanzierungsansätze wurde von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die im Konzern der Stadt Halle (Saale) zahlreiche Mandate betreut, bestätigt.

Die aktuellen **Bewertungsergebnisse** wurden **der Stadt überreicht** und erläutert.

4. Abbau Altdefizit im städtischen Haushalt

Das ursprüngliche **Konzept** von Maßnahmen zum Abbau des Altdefizites im städtischen Haushalt hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 21. November 2007 beschlossen.

Unterstützend wirkt das städtische Beteiligungsmanagement mit bei den **Projekten**

- Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses
- Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen (Wohnungswirtschaft)
- Veräußerung der Anteile an der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau an den SWH-Konzern.

Zum Verkauf des **Eigenbetriebes „Psychiatrisches Krankenhaus“** (kurz: PKH) hat das städtische Beteiligungsmanagement ein „**formloses Bieterverfahren**“ **strukturiert** und die **Rolle des Prozesstreibers** übernommen.

Der Stadtrat hat nach dem letztjährigen Beschluss über den Verkauf des PKH im Jahr 2009 noch weitere Entscheidungen zur ordnungsgemäßen Auflösung des Eigenbetriebes getroffen. Den Kaufpreis hat die Stadt am 12. März 2009 erhalten.

Bei einem der beiden **kommunalen Wohnungsunternehmen** wurden modifizierte Zielvorgaben über Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes mit Gesellschafterbeschluss transformiert.

Das städtische Beteiligungsmanagement hat im Auftrag der Stadt die Zuführung der Konsolidierungsbeiträge der Wohnungswirtschaft in den städtischen Haushalt kontrolliert. Der erwartete Betrag konnte vom städtischen Haushalt im Jahr 2009 vereinnahmt werden.

Für die Veräußerung der städtischen Anteile an der **Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau** hat das städtische Beteiligungsmanagement sowohl die Zustimmung des Stadtrates als auch die des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH (kurz: SWH) herbeigeführt.

Den Anteilskauf- und Übertragungsvertrag hat die Anstalt für die Stadt ausverhandelt. Nach notarieller Beurkundung des Vertrages wurde der Kaufpreis an die Stadt überwiesen.

Die für die Umsetzung der Maßnahmen erforderlichen Anzeigeverfahren bei der Kommunalaufsicht hat die Anstalt durchgeführt.

Im Ergebnis konnte die Stadt die für das Jahr 2009 geplanten Konsolidierungsbeiträge für den städtischen Haushalt aus den genannten Maßnahmen in vollem Umfang vereinnahmen.

Über den Stand der Umsetzung zum Gesamtkonzept bereitet die BMA die **quartalsweise Berichterstattung an das Landesverwaltungsamt** für die Stadtverwaltung vor.

5. Erweiterung der strukturierten Speicherung der Gesellschafterakten

Mit der Erweiterung der strukturierten Speicherung der Gesellschafterakten auf Unterlagen zur Mandatsbetreuung wird die satzungsgemäße Aufgabe der „Führung der Gesellschafterakten für die Stadt“ nochmals optimiert.

Ein elektronisch gestützter **zielgerichteter** und damit **schneller Zugriff** auf Stellungnahmen der BMA zu Sitzungen der Aufsichtsgremien beschleunigt die Bearbeitungszeiten durch die Beteiligungsmanager. Gleichzeitig wird die **Vollständigkeit** bei der Sammlung von Informationen gerade bei personellen Veränderungen der Beteiligungsmanager und bei geänderten Portfolio-Zuweisungen abgesichert.

Weitere Effekte der strukturierten Digitalisierung werden angestrebt:

- zeitgleiche Mehrfachnutzungen
- kostengünstige und schnellere Verteilung/Weiterleitung
- verbesserte Suche und Recherchemöglichkeiten, insbesondere wegen des Einsatzes von OCR-Verfahren zur Texterkennung.

Bestandteile der Unterlagen zur Mandatsbetreuung sind standardisierte und sonstige Kommentierungen, insbesondere

- Stellungnahmen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der Sitzungen der Aufsichtsgremien
- Jahresabschluss-Reports
- Wirtschaftsplan-Reports
- Management-Reports.

6. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Übrige Aufgabenschwerpunkte wurden neben den Zielvorgaben des Verwaltungsrates verfolgt.

Im Rahmen des **strategischen Beteiligungsmanagements** wurde die Stadtverwaltung bei diversen Projekten unterstützt.

Beispielhaft sei bei der Neuorganisation des Stadtwerke-Konzerns die Beratung für die Optimierung der Struktur und der Prozesse genannt. Die Personalentscheidungen zu den Geschäftsführer-Positionen wurden für die Aufsichtsräte und deren Personalausschüsse vorbereitet.

Bei der strategischen Neuausrichtung des Stadtwerke-Konzerns und der damit verbundenen Neuorganisation der Gesellschafterstrukturen bei Gemeinschaftsunternehmen konnte das städtische Beteiligungsmanagement sein know how einbringen.

Ein **Netzwerk für Beteiligungsmanagement** wird planmäßig aufgebaut, nachdem der Auf- bzw. Umbau der Anstalt erfolgreich abgeschlossen wurde. Kontakte in Sachsen-Anhalt und über die Landesgrenze hinaus wurden geknüpft.

Durch die Mitarbeit in einem bundesweiten Projekt zur Verbesserung der kommunalen Beteiligungssteuerung wird der Stellung der Anstalt im Umfeld deutscher Kommunen Rechnung getragen.

Bezweckt wird nicht nur eine regelmäßige fachliche Diskussion zur Weiterentwicklung der Mandatsbetreuung, sondern auch ein Informationsaustausch zu den unterschiedlichen Lösungsansätzen für eine Konsolidierung der kommunalen Finanzsituation.

Der **Internet-Auftritt** der Anstalt wurde neu konzipiert. Die geschützte Web-Präsenz mit der Domain <http://www.bma-halle.de> bietet nunmehr ein Informations- und Austauschmedium. Dem städtischen Umfeld steht eine Informations-Plattform über die Kompetenzen und Werkzeuge der Anstalt zur Verfügung. Ein Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Aufgabenträgern soll stimuliert werden, um den eigenen Qualitäts-Standard noch weiter verbessern zu können.

Die **Mandatsbetreuung** erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch standardisierte Reports an und durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien.

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Investitions- bzw. Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2009 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 755 TEUR in Höhe von 138 TEUR nicht verbraucht.

Personal- und Sachkosten wurden nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindewirtschaft aus § 90 Abs. 2 GO-LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, eingespart. Planungsseitig wurde die strategische Ausrichtung künftiger Personalkostenanpassungen berücksichtigt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2009 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes für das Jahr 2009
- Analyse, Modellierung und Dokumentation strukturierter Entscheidungsprozesse in Beteiligungs-Angelegenheiten
- Konzeption von „Grundsätzen guter Unternehmens- und Beteiligungsführung“ (Public Corporate Governance Kodex der Stadt)
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen zur Unterstützung der Doppik-Einführung bei der Stadt

Im folgenden Wirtschaftsjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Ertragszuschüsse sollen an die Stadt Halle (Saale) zurückgezahlt werden.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 111/149/01948 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 01.03.2007 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2009 nicht steuerpflichtig. Nach erneuter Beantragung beim Finanzamt erhielt die BMA mit Schreiben vom 07.09.2009 auch die Bescheinigung für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2012.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen 92 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit über Investitions- und Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale).

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sechs Personen in Vollzeit beschäftigt. Dazu waren zwei Personen geringfügig angestellt.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 8.7“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 15.0“ ein.